WELT GESCHICHTE VON LEOPOLD VON RANKE

DD
R166p
V.1

LEOPOLD VON RANKE
HISTORISCHE MEISTERWERKE

LEOPOLD VON RANKES

HISTORISCHE MEISTERWERKE

Ausgewählt und herausgegeben

von

DR. ADOLF MEYER

o. ö. Professor der Philosophie an der Staatsuniversität Santiago de Chile

und

DR. HORST MICHAEL / BERLIN

mit einer Schlußbetrachtung

von

D. DR. JUSTUS HASHAGEN

o. ö. Professor der Geschichte an der Hamburgischen Universität

HOFFMANN UND CAMPE VERLAG, HAMBURG

GEGRÜNDET 1781

LEOPOLD VON RANKE

ZWÖLF BÜCHER PREUSSISCHER GESCHICHTE

BAND 1/2:

GENESIS DES PREUSSISCHEN STAATES

Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen
von
HORST MICHAEL

HOFFMANN UND CAMPE VERLAG, HAMBURG
GEGRÜNDET 1781

D
166p
:1

LEOPOLD VON RANKES
HISTORISCHE MEISTERWERKE

Inhalts-Übersicht
der Gesamt-Ausgabe:

WELTGESCHICHTE
14 Bände in 7 Leinenbänden gebunden

GESCHICHTE DER PÄPSTE
4 Bände in 2 Leinenbänden gebunden

DEUTSCHE GESCHICHTE
IM ZEITALTER DER REFORMATION
6 Bände in 3 Leinenbänden gebunden

DIE OSMANEN
UND DIE SPANISCHE MONARCHIE
IM 16. UND 17. JAHRHUNDERT
2 Bände in 1 Leinenband gebunden

PREUSSISCHE GESCHICHTE
6 Bände in 3 Leinenbänden gebunden

FRANZÖSISCHE GESCHICHTE
6 Bände in 3 Leinenbänden gebunden

ENGLISCHE GESCHICHTE
10 Bände in 5 Leinenbänden gebunden

52155
11-733

DRUCK VON DER
DRUCKEREI-GESELLSCHAFT HARTUNG & CO., HAMBURG 25

Printed in Germany

Vorrede der ersten Ausgabe:

„Neun Bücher preußischer Geschichte 1847."

Im Anfange des achtzehnten Jahrhunderts hatte Frankreich, allem Widerstande zum Trotz, die Pyrenäische Halbinsel seinem Einfluß, wenn nicht unterworfen, doch auf eine ferne Zukunft hinaus eröffnet. Österreich hatte hauptsächlich durch den Erfolg seiner ungarischen Feldzüge den festen Bestand einer großen Macht gewonnen; Rußland in den Gefahren der schwedischen Anfälle das Übergewicht im Norden an sich gebracht. England, mit Holland verbündet, jeder fremden Einwirkung erledigt, hielt die Waage des europäischen Gleichgewichts in starker Hand. Die vier großen Mächte standen einander wie ebenso viele Weltkörper gegenüber, die nach eingepflanzten Gesetzen ihre eigenen Bahnen beschreiben. Von den übrigen Staaten waren die einen im Kriege überwunden, die andern in eine von außen auferlegte Stellung gebannt; nur in Norddeutschland hatte man an den Siegen teilgehabt; und war nicht gemeint, sich in die Bahnbewegungen der gewaltigen Nachbarn mit fortziehen zu lassen. Hier war noch ein Platz für eine große europäische Selbständigkeit; Preußen nahm ihn ein.

In dem vorliegenden Buche sollen die Ereignisse dargestellt werden, durch welche dies geschehen ist. Von geringen Anfängen, wie alles Lebendige, war der preußische Staat schon zu einer ansehnlichen Größe gediehen, als er, nicht so sehr in bewußtem Ehrgeiz, wie durch die Pflicht der Selbsterhaltung gedrängt, eine nach allen Seiten unabhängige Stellung zu ergreifen versuchte. Nach einer kurzen Zusammenfassung des Früheren werden wir uns mit der Epoche dieser Erhebung und den gefährlichen Kämpfen, unter denen sie vollzogen ward, beschäftigen: hauptsächlich mit den späteren Jahren König Friedrich Wilhelms I. und den ersten jenes Friedrich, welchen die Nachwelt den Großen genannt hat.

Dieser Fürst hat über die Ereignisse, in denen er die entscheidende Rolle spielte, auch selbst das Wort genommen: die Schlach-

ten, die er geschlagen, hat er auch beschrieben. Seine Schriften, großenteils auf die Berichte gegründet, die mitten in den Begebenheiten entstanden, in ihrer ursprünglichen Gestalt unter der Eingebung der frischesten Erinnerungen aufgesetzt, zunächst zum Andenken an die tapferen Taten der Armee bestimmt, sind unschätzbare Denkmale von Wahrhaftigkeit und Einsicht: sie vereinigen scharfe Beobachtung mit umfassend königlichen Gesichtspunkten: literarisch enthalten sie manchen glücklichen Wurf gelungener Darstellung. Was von Cäsars Kommentarien gesagt worden ist, gilt vielleicht noch in eigentlicherem Sinne von den Denkschriften Friedrichs; niemand könnte versucht sein, sie als historische Materialien zu behandeln; kaum entschließt man sich, etwas daraus zu wiederholen: so eigen tragen sie das Gepräge ihrer Zeit, und vor allem des Genius, aus dem sie hervorgegangen sind.

Unmöglich aber konnte das tätige reiche Leben, von welchem diese Schriften wieder Momente bilden, sich schon selbst ein Gegenstand der historischen Anschauung werden. Wer hat nicht den Wunsch gefühlt oder aussprechen gehört, über die preußische Geschichte und besonders Friedrich II. noch einmal ausführlichere, eingehendere Mitteilungen zu erhalten, als er selber gegeben hat? Es ist eine allgemeine Überzeugung, daß man die Dinge in ihrem Verlaufe noch genauer beobachten, ihnen noch von anderen Seiten nahetreten und zu vollerer historischer Einsicht gelangen könne, besonders wenn man Gelegenheit habe, die Archive zu durchforschen, wo in dem die Begebenheiten Tag für Tag begleitenden Schriftwechsel die ursprünglichste Kunde niedergelegt ist.

Dieser Vorteil ward mir — und ich kann nicht dankbar genug dafür sein — zunächst in Berlin selbst in erwünschter Fülle gewährt.

Der gefaßten Absicht gemäß hatte ich mich vor allem in die weitschichtigen Akten zu vertiefen, die über die Staatshandlungen Friedrich Wilhelms I. übrig sind. In bezug auf die innere Verwaltung habe ich künftigen Forschern noch eine reiche Ernte übriggelassen, von der ich nur wünsche, daß sie einmal in die Scheuern gelange. Welch ein Werk könnte eine Geschichte der preußischen Verwaltung werden, wenn man ihre Schritte nach dem jedesmaligen Bedürfnis und Erfolg, ohne theoretische Befangenheit, zu würdigen, die lebendigen Momente in ihrem Zusammenhange mit dem gesamten Staatsleben zu ergreifen verstünde, so von den alten auf die neueren Zeiten fortschritte. —

Auch die Verhandlungen mit dem Ausland konnte ich nicht in aller Ausführlichkeit mitteilen, wie etwa Pufendorf für eine andere Epoche getan hat: denn nicht die Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms war mein eigentlicher Gegenstand: ich hatte nur die vornehmste Richtung seiner Politik zu verfolgen. Schon hierbei aber ward ich auf Friedrich II. geführt; die Irrungen, in welche derselbe mit seinem Vater geriet, konnte ich zum erstenmal aus den echten Denkmalen darlegen. Nicht alles, was man bisher darüber angenommen hat, will ich, indem ich davon schweige, für unwahr erklären, aber der Widerspruch, den ich zwischen den unzweifelhaften Urkunden und der gang und gäbe gewordenen Überlieferung wahrnahm, flößte mir ein solches Mißtrauen gegen diese ein, daß ich mich auch dann, wenn sie sich allenfalls mit jenen hätte vereinigen lassen, nicht entschließen konnte, sie zu wiederholen. Und niemand tadle, daß ich das Persönlich-Denkwürdige in die Geschichte des Staates gezogen habe: es ist der Geist der Epoche, daß eins mit dem andern auf das genaueste zusammengreift. Erst nach dem Regierungsantritt Friedrichs II. hebt sich die Beschränkung, die allerdings darin liegt. Dann erst tritt die durch die erfolgreiche Anstrengung wohlverwandter Friedensjahre gezeitigte Kraft des Landes in die ihr bestimmte Laufbahn ein; unter der Führung eines Fürsten, welcher immer die Sache ins Auge faßt, scharf und richtig denkt, große Entschlüsse ergreift und in einem Kampfe auf Leben und Tod die Stellung erobert, auf die es ankam. Wenn man im Angesicht der eigenen Schriften Friedrichs den Mut zu einer historischen Arbeit über diese Zeiten verlieren könnte, so gewinnt man ihn wieder, sobald man bei archivalischen Forschungen die von ihm kaum berührte Fülle von Tätigkeit wahrnimmt, mit der er selbst im Laufe der Dinge jeden Tag mit Leben und Geist erfüllte, die Unterstützung im Rat und Feld, die ihm Männer von den seltensten Eigenschaften, deren Andenken oft erst zu erneuern ist, gewährten, die Spannkraft und Energie, mit der sein Volk in allen Gefahren ihm folgte.

Wollte ich mich aber nicht einer einseitigen Auffassung gleichsam mit Willen aussetzen, so durfte ich mich nicht auf e i n e n Standpunkt beschränken, wie bedeutend er auch sein mochte; ich mußte noch Freund und Feind hören.

Einiges gewährten mir in dieser Beziehung schon die benachbarten Höfe von Dessau und von Dresden, dort die Reliquien des Fürsten Leopold, der sich mehr als man glaubte, anschloß, hier vornehmlich die Korrespondenz eines Gegners, des Grafen Brühl,

soweit es mir gestattet ward, diese oder andere Zeugnisse der damaligen Bestrebungen des sächsischen Hofes einzusehen. Ohne Vergleich wichtiger aber mußten die beiden großen Mittelpunkte der allgemeinen Politik jener Zeit, Paris und London, für mich werden. In den auch über diese Epoche reichen Sammlungen des Archivs der auswärtigen Angelegenheiten in Paris tritt uns vor allem der König von Preußen selber entgegen: wenigstens an aufmerksamer Beobachtung ließen es die Franzosen nicht fehlen, um ihn zu verstehen: seine flüchtigsten Worte und seine ausführlichsten Gespräche sind aufbehalten; zugleich lassen sich die entfernten Gesichtspunkte der Politik wahrnehmen, zu der Friedrich eine Zeitlang in so genauem Verhältnis stand. In London enthüllte sich mir alsdann das diesem entgegengesetzte System: in den Kreisen, die hier beschrieben werden, erscheint vor allen andern die große Widersacherin König Friedrichs, Maria Theresia, in voller Tätigkeit. Ich würde mich glücklich schätzen, wenn ich das im allgemeinen wohlbekannte Bild ihres weiblichen Heroismus in bestimmteren und verständlichen Zügen aufstellen könnte.

Während der Arbeit, wobei man nur eigentlich ein Verhältnis zu seinem Gegenstande hat, mit unzähligen Aktenstücken beschäftigt, welche die schwierigsten Fragen des äußeren oder inneren Staatslebens berühren, fühlte ich oft die Unzulänglichkeit meiner Kräfte. Aber noch ganz andere Ausstellungen, als die hiermit zusammenhängenden, stehen mir bevor. Ich will sie nicht aufzählen, noch ihnen vorzubeugen suchen: ich nehme nur für die Aufnahme meines Buches den freieren Sinn der heutigen Weltbildung in Anspruch, der mir bei der Sammlung des Stoffes zustatten gekommen ist.

Die Alten schrieben gleichzeitige Geschichte mit rücksichtsloser Wahrheitsliebe; uns sei der Versuch gestattet, Ereignisse, die nun schon ein Jahrhundert hinter uns liegen, unbekümmert um die Neigungen oder Abneigungen des Tages, zu so viel möglich objektiver Anschauung zu vergegenwärtigen.

Vorrede der neuen Ausgabe in zwölf Büchern.

(1878.)

Als ich daran ging, meine neun Bücher preußischer Geschichte, deren vornehmsten Gegenstand die Erhebung des brandenburg-preußischen Staates zu einer europäischen Macht bildet, neu herauszugeben, wurde ich inne, daß das erste Buch, welches die Einleitung enthält, nicht wieder, so wie es war, vorgelegt werden konnte. Nicht allein ist durch eifrigste und glückliche Forschung die Kunde der Begebenheiten um vieles gefördert worden, der Gesichtskreis überhaupt hat sich erweitert. Durch die Ereignisse der letzten Jahre[1] fühlte ich mich selbst veranlaßt, wie ich denn auch von mehr als einer Seite her dazu aufgefordert wurde, eingehender als zuvor nachzuweisen, wie der brandenburg-preußische Staat, dem heutzutage eine so große Rolle in der universalen Bewegung Europas und der Welt zu spielen beschieden ist, von Anfang an sich gebildet hat, wie er auf den Standpunkt gekommen ist, der es ihm möglich machte, sich in die Reihe der europäischen Mächte zu erheben.

Bei diesem Vorhaben war zuerst die Natur des Gegenstandes zu erwägen. Der preußische Staat gehört nicht zu den nationalen Potenzen uralter Berechtigung; er ist eine in der Mitte derselben emporgekommene territoriale Macht. Vor den Augen der Geschichte hat sich seine Bildung Schritt für Schritt vollzogen.

Eine bloße Territorialgeschichte könnte jedoch der Wißbegier nicht genügen. Die landschaftliche Gestaltung ist allezeit durch die großen politischen und religiösen Konflikte der nationalen Potenzen untereinander oder die Unfähigkeit derselben, in ihrem eigenen Umkreis dem Beruf der höchsten Gewalt gerecht zu werden, bedingt gewesen. Dem stellte sich dann ein zugleich dynastischer und auf die Gründung eines Staates gerichteter Bildungstrieb entgegen, der in den verschiedenen Jahrhunderten identisch fortschreitet, dem Wechsel der Weltereignisse gemäß;

[1] Die Begründung des Deutschen Reiches 1866—1871.

in jeder Epoche an seiner Stelle, aber doch keiner von allen ausschließend angehörig. Auf dem Zusammenwirken dieser beiden Elemente, des universal-historischen und des territorialen, beruht das Emporkommen des preußischen Staates. Es war meine Aufgabe, ihren gegenseitigen Zusammenhang darzustellen[1]. Es würde nicht zum Ziele führen, die politischen Direktionen und Beziehungen jederzeit nacheinander zu erörtern, wie dies in einem gleichzeitigen Werke auf Grund des archivalischen Stoffes mit unermüdeter Ausdauer versucht wird. Es kam vielmehr darauf an, die Momente des historischen Werdens in seiner unerwarteten, aber doch regelmäßigen Entwicklung hervorzuheben und zu vergegenwärtigen.

Auch eine formelle Schwierigkeit trat ein, die ich nicht verschweigen will. Die Versuche epitomatorischer Darstellungen der Geschichte von Völkern und Staaten, die in alter und neuer Zeit gemacht worden sind, eignen sich nicht, den Wetteifer herauszufordern. Die Frage kann überhaupt aufgeworfen werden, inwiefern die Aufstellung allgemeiner Ansichten mit der Gründlichkeit der Forschung, die einer solchen allein Sicherheit und Eigentümlichkeit verleihen kann, vereinbar ist. Denn die historische Forschung richtet sich ihrer Natur nach auf das Einzelne. Aber man wird zugestehen, daß sie ihren Zweck verfehlt, wenn sie darin befangen bleibt. Die lebendigen Momente einer allgemeinen Entwicklung müssen auch den Gegenstand der Forschung bilden können. Eins belebt das andere; sie bedingen und ergänzen sich wechselweise. In diesem Sinne habe ich nun eine zusammenfassende Darstellung der früheren Epochen der Geschichte des preußischen Staates unternommen. Ich rechne dabei auf die Nachsicht der Kenner, welche die wissenschaftlichen Schwierigkeiten eines solchen Vorhabens ermessen und auf die Teilnahme des Publikums, dessen berechtigten Wünschen ich entgegenzukommen suche. An Stelle des ersten Buches der neun Bücher preußischer Geschichte biete ich jetzt vier dar: ich begreife sie unter dem Titel: „Genesis des preußischen Staates"; die übrigen acht sind im allgemeinen geblieben, wie sie von Anfang an entworfen waren; namentlich die sechs letzten, welche den ersten Zeitraum der Geschichte Friedrichs des Großen enthalten. Durch die neue Arbeit gelangen sie selbst gleichsam zu einer festeren Substruktion und, wie ich hoffe, zu besserem Verständnis.

[1] Vgl. dazu z. B. Seite 57.

Neben den großen Fürsten, welche die höchste Gewalt gegründet und fortgepflanzt haben, erscheinen in der deutschen Geschichte noch andere Helden, die vielmehr dadurch unsterblich wurden, daß sie jenen Widerstand leisteten: und es dürfte nicht leicht auszumachen sein, welche von beiden das meiste zur Entwicklung der Nation beigetragen haben.

Die einen haben ihr das Bewußtsein ihrer Einheit, durch die Erwerbung des Kaisertums nicht allein einen hohen Rang in der Welt, sondern auch eine Richtung auf die Kultur, welche dann nicht mehr zurückzudrängen gewesen ist, gegeben, der christlichen Kirche Bahn gemacht, feste Grundlagen der öffentlichen Ordnung geschaffen[1]. Da aber die Würde, die sie bekleideten, fremden Ursprungs und eigentlich eine allgemeine war, so kann man das alte Kaisertum nicht als eine durchaus nationale Institution betrachten; auch deshalb konnte es ihm an Widerstand nicht fehlen. Der eingeborene Genius der Nation, welcher in den allgemeinen, anderwärts ausgebildeten, zuweilen ohne das rechte Verständnis überlieferten Ideen nicht aufging, bedurfte noch einer eigentümlichen Repräsentation.

Hat man den großen Kaisern die Aufmerksamkeit gewidmet, deren sie durch ihre Persönlichkeit und ihre Erfolge so unendlich würdig sind, so darf man doch auch ihre Gegner nicht übersehen: sie bilden eine Reihe, die von Epoche zu Epoche merkwürdiger geworden ist.

Die ersten von ihnen, insofern sie nicht etwa durch Herkunft oder Kriegsglück fähig wurden, selber nach der Krone zu greifen, konnten nicht anders als zugrunde gehen: sie bekämpften eine Gewalt, die durch ihren Beruf nach innen wie nach außen unter so vielen mächtig andringenden barbarischen Feinden stark sein mußte; doch hat die Nation ihrer nicht vergessen. Besonders ist ihr einer im Gedächtnis geblieben, Herzog Ernst von Schwaben, der es der Gnade des Kaisers vorzog, dem Freunde die Treue zu halten, und, da er darüber von Fürsten und Bischöfen aus der Gemeinschaft der Kirche und dem Frieden des Reiches gestoßen wurde, in Waldeswildnis zurückwich, und hier, als er sich übermannt sah, mit Absicht den Tod suchte (1030).

[1] Weltgeschichte IV, 462 ff.

Es kamen Zeiten, wo Männer seiner Art, in der sich erhebenden Landeshoheit, welche tiefe Wurzeln in der Nation hatte, eine neue Bedeutung und vor allem einen unüberwindlichen Rückhalt gewannen.

Am meisten bezeichnet Heinrich der Löwe diese Wendung der deutschen Geschichte. Daß er sich mit dem Kaiser in einen Wettstreit der Gewalt und des Ansehens einließ, kam doch hauptsächlich nur dem Papste und den Lombarden zugute; indem er aber später sich entschloß, zu sein, was er von Geburt war, ein deutscher Landesfürst, und sein niedersächsisches Erbe gegen kaiserliche Heere zu verteidigen wußte, gab er ein Beispiel, das nachzuahmen viele andere große Geschlechter und Landschaften mit oder ohne ihre Schuld in den Fall gekommen sind. Wie harte Kämpfe hat Friedrich der Streitbare für die territoriale Selbständigkeit von Österreich, auf die dann das Haus Habsburg seine Macht vornehmlich begründete, bestehen müssen! Im mittleren Deutschland machte sich ein anderer Friedrich, genannt „mit der gebissenen Wange", aus dem Hause Wettin, am berühmtesten. Er hat einst keine Burg mehr besessen, wo er sich hätte aufhalten, kein Streitroß, das er hätte besteigen können; eine Chronik schildert, wie er flüchtig durch das Land gewandert, so daß ihn ein Hirt bei seiner Herde hätte gefangennehmen können; bald aber sehen wir ihn Schlachten gewinnen, an welchen sich das Selbstgefühl seiner Landsleute Jahrhunderte genährt hat. Er bestand die Heere zweier Kaiser von der nachhaltigsten Eroberungsbegier: er selber ging an Körper und Geist zugrunde, aber er hinterließ das Land seiner Väter seinem Hause. Ich untersuche nicht, ob es, wie einige dafür halten, nicht besser gewesen wäre, wenn dieser und andere Gegner der Kaiser vor ihnen hätten weichen müssen. Man hatte sich nun aber einmal gewöhnt, das Kaisertum als den Besitz der Gesamtheit der Fürsten und Stände, durch die es verliehen wurde, zu betrachten. Wollte der damit Bekleidete die Befugnisse, die es gab, zur Vermehrung seiner Hausmacht benutzen, so glaubte ein jeder in seinem guten Rechte zu sein, wenn er ihm widerstand. Von allen Gegnern dachte wohl niemals einer daran, das Reich zu sprengen, in der Teilnahme an der Genossenschaft desselben sahen sie vielmehr ihre eigene Größe und Sicherheit; sie wollten nur einer einseitigen Ausübung der Gewalt gegenüber ihr politisches Dasein aufrechterhalten. Und wenigstens die Landschaften waren hiemit vollkommen einverstanden. Von allen Kaisern, so glänzende Eigenschaften auch viele von ihnen besaßen, hat doch keiner seit Otto dem Großen dem Volke einen ehrenden Bei-

namen abgewinnen können; glücklich genug, wenn sie nicht ganz vergessen wurden. Unter den Territorialfürsten aber finden wir überall die Freudigen und Kühnen, die Eisernen, Ernsthaften, Erlauchten, Weisen und Guten. Sie standen der Teilnahme der Menschen näher: man sah deutlicher, wieviel eine bedeutende Persönlichkeit vermöge und wert sei; landsmännisches Selbstgefühl spiegelte sich in ihrem Lobe, während sich das Kaisertum in unergreifbarer Ferne bewegte und keine volle Teilnahme des Mitgefühls, die niemals bloße Bewunderung ist, erwecken konnte.

Allmählich trat eine gänzliche Umwandlung des allgemeinen Verhältnisses ein.

Früher war der Kaiser in seiner Macht als der lebendige und feste Mittelpunkt der Gesamtheit angesehen worden: von ihm wurden den Provinzen ihre Vorsteher gesetzt oder auch genommen: später erschien die Macht der Stände, vornehmlich der Fürsten als das Feste, Bleibende; das Kaisertum ward als eine Amtsgewalt betrachtet, welche man übertragen und wohl auch zurücknehmen könne, nur daß dieselbe ihrem ursprünglichen Charakter gemäß immer zugleich der Beistimmung des Papsttums bedurfte.

Unter diesen Umständen erhob sich das deutsche weltliche Fürstentum zu dem größten Vorhaben, das es in seiner Gemeinschaft überhaupt gefaßt hat.

Niemand wird die religiöse Idee, die zur Reformation der Kirche führte, von den Absichten der deutschen Fürsten herleiten: sie hatte einen ohne Vergleich tieferen Grund; aber die Fürsten und Stände gaben diesem Unternehmen Rückhalt und all die Unterstützung, deren es bedurfte, um nicht in seinem Beginn unterdrückt zu werden[1].

Ihr ursprünglicher Gedanke war gemeindeutscher Natur. Man wollte das Kaisertum, das in seiner damaligen Schwäche nur einseitig und unzureichend verwaltet wurde, durch eine kräftigere Teilnahme der Stände umbilden und zu einer nachhaltigeren Wirksamkeit zurückführen; da man hiebei mit den Mißbräuchen der geistlichen Gewalt zusammenstieß, so schritt man zu dem Gedanken fort, diese ebensogut umzubilden wie die weltliche und, nach den Ansichten der von dem bisherigen Begriff abweichenden Lehrer, der Nation näherzubringen.

Die meisten weltlichen Fürsten waren hierin einverstanden, die städtischen Gemeinen schlossen sich ihnen mit wenigen Aus-

[1] Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, I, Seite 162.

nahmen sämtlich an, die Nation stimmte bei weitem zum größten Teil freudig bei. Aber, wie es denn nicht anders sein konnte, man fand auch Widerstand, vornehmlich an den so ungemein starken geistlichen Bestandteilen des Deutschen Reiches, und blieb noch weit davon entfernt, das Ziel, auf das man ausgegangen, zu erreichen. Nach langwierigem Hader an den Reichstagen und einem Waffengange voll gefahrvollen Glückswechsels mit dem damaligen Kaiser mußte man von diesem Gedanken, der auch früher meistens hinter dem der Selbstverteidigung zurückgetreten, fürs erste abstehen.

So viel aber wurde bewirkt, daß, was in dem Reiche nicht hatte geschehen können, in den einzelnen Landschaften und Gebieten, fürstlichen sowohl als städtischen, durchgeführt ward und zu unbestrittenem Bestehen gelangte. Die Reichsgewalt, wie sie nunmehr war, und das Kaisertum wurden durch Gesetze verpflichtet, diese Umwandlung anzuerkennen und den allgemeinen Schutz und Frieden darüber auszudehnen[1].

Und schon dies war ein Ergebnis, hoher Anerkennung wert. Die deutsche Nation gewann eine großartige Stellung in den Gebieten des geistigen Lebens; ihr zuerst gelang es, den Kreis der Hierarchie zu durchbrechen, der das Abendland umfaßte (sowie ähnliche Glaubensformen das Morgenland), und dem ursprünglichen Sinne der positiven Religion ohne willkürliche Satzung wieder Raum zu machen in der Welt. Eine Tendenz, die sich überall in Europa Eingang verschaffte, am meisten aber der eingeborenen Art und Natur des deutschen Geistes entsprach, aus dessen unergründeter Tiefe sie unwiderstehlich hervordrang[2]. Man könnte denen beistimmen, welche in dieser Epoche, der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts, eine goldene und klassische Zeit deutscher Bildung, die wenigstens niemals verbreiteter war, erblicken, hätten nicht die theologischen Streitigkeiten allzusehr im Vordergrund gestanden. Das Fürstentum, das dabei so viel getan, bekam dadurch eine festere Grundlage. Überall vereinigte die Ausschließung oder Umbildung der geistlichen Gewalten die Stände der verschiedenen Landschaften um ihre Fürsten her: es war die Epoche, wo die landständischen Einrichtungen, besonders im Norden und Osten von Deutschland, am meisten geblüht haben. Nur in einem Stücke, der geistlichen Verfassung, wich man, und zwar so wenig als möglich ab: alle anderen geschichtlich überkommenen Momente behielt man bei oder verstärkte sie.

[1] Reformation III, 366.
[2] Reformation I, 282, 312, 337, 515.

Diese eine Abweichung aber reichte hin, um noch einmal eine das ganze neue Leben und Wesen bedrohende Gefahr hervorzurufen: sie schürzte die Knoten für die ferneren Geschicke des deutschen Volkes und deutschen Geistes.

Der von demselben angefochtene und in weiten Gebieten beseitigte Katholizismus hatte indessen — von mancherlei Mißverständnis und Mißbrauch befreit, aber zugleich aufs neue mit dem Geist der Verdammung und Verfolgung erfüllt — sich wieder in den ausschließenden Besitz des südlichen Europa gesetzt, wo ihm die größte Monarchie, die es gab, die spanische, eine unbedingte Hingebung bewies, dann sich auch in Deutschland abermals ausgebreitet und aller Vorkehrungen spottend die geistlichen Gebiete überwältigt[1]. Unter den weltlichen Fürstenhäusern waren zwei, wiewohl auch sie manchmal zweifelhaft gewesen, den übrigen doch zuletzt nicht beigetreten, sondern die lebhaftesten Verfechter der restaurierten Doktrinen geworden, das bayrische und das österreichische. Von dem ersten leuchtet ein, daß es dabei seine Kräfte in einer mißverstandenen Rolle verschwendet hat. Österreich dagegen, obgleich in seinem innern Bestand nur Territorialfürstentum, eben wie die übrigen, hatte doch, da es schon seit langer Zeit die kaiserliche Würde bekleidete, ein unverkennbares, eigenes Interesse, die Idee der alten Reichsgewalt zu erneuern; die religiösen Irrungen, weit entfernt das Kaisertum zu schwächen, gaben ihm vielmehr, da die geistlichen Reichsstände, die früher ebenfalls widerstrebt, jetzt ihren vornehmsten Rückhalt an demselben fanden, die Möglichkeit und die Aussicht, eine das Ganze umfassende Macht in diesem Bunde wiederzuerlangen[2].

Und so brach ein Krieg aus, der Deutschland dreißig Jahre lang verwüstete. Wohl ist eine große Nation nie von einem verderblicheren heimgesucht worden: es war sowohl ein innerer als ein auswärtiger: die Würfel wurden über das politische und geistige Leben der Nation zugleich geworfen. Wir werden noch ein Wort davon zu sagen haben. Hier berühren wir nur den Erfolg, welchen alle kennen, daß, wenn es einen Augenblick geschienen, als solle der Protestantismus und das mit ihm verbundene territoriale Fürstentum vernichtet oder doch auf ein überaus geringes Maß von Selbständigkeit zurückgebracht werden, sich dieses zuletzt vielmehr nicht allein unangetastet behauptete, sondern noch zu größerem Ansehen emporstieg; auch das Kaisertum wurde zwar in seiner Verbindung mit den geistlichen Reichsständen, also

[1] Päpste I, 5. und 6. Buch.
[2] Weltgeschichte VII („Wallenstein").

keineswegs machtlos, aufrechterhalten, aber doch mit so viel Schranken oder vielmehr Gegenwirkungen umgeben, daß ein Unternehmen wie das letzte, niemals wieder zu erwarten war.

Hiedurch nun trat das Landesfürstentum auf eine neue Stufe der Macht. Bei den ersten Regungen noch nicht recht gebildet, war es erdrückt worden, dann hatte es sich in seiner Besonderheit aufgestellt, hierauf sich den großen allgemeinen Bestrebungen der Nation hingegeben, und dadurch sich ständisch befestigt, jedoch immer unter dem Schutze einer gemäßigten Reichsgewalt: jetzt aber war es wenigstens im Norden und Osten von derselben beinahe unabhängig. War man nun aber, so muß gefragt werden, in dieser Richtung nicht wieder zu weit gegangen? Auf einem allgemeinen historischen Standpunkt dürfte man sagen, daß das Landesfürstentum das Verdienst erwarb, die fremden Elemente, die sich der höchsten Gewalt beigesellt hatten, zu beseitigen, aber damit war die nationale Unabhängigkeit keineswegs hergestellt. Die Einheit der Nation drohte sich in einzelne Besonderheiten aufzulösen, auf welche die benachbarten Mächte einen nachteiligten Einfluß ausübten. Für die Einheit und äußere Macht der Nation war das Landesfürstentum ohne Zweifel schon zu stark geworden. Daraus erwuchsen ihm dann auch schwere und große Pflichten: die eine, die uns noch als die wichtigere erscheint, dem Einfluß entgegenzutreten, welche fremde Staaten in jenem Kampfe erworben, und welcher die deutsche Nation nach außen hin alles Ansehens zu berauben, nach innen sie zu zersetzen drohte; die andere, in ihrem Gebiete die öffentlichen Dinge so zu ordnen, daß sie zu diesem Zwecke dienen konnten und zugleich die allgemeine Wohlfahrt befördert wurde.

Auf dieser Grundlage nun, und wenn wir nicht irren, in eigentümlichem Bewußtsein dieser Pflichten, hat sich vor allen anderen das brandenburg-preußische Territorialfürstentum entwickelt und ist zu der größten Macht von allen aufgestiegen[1].

Was durch den großen Gang der Dinge, die in niemandes Willkür gestanden, notwendig geworden war, eine europäisch-deutsche Stellung zu ergreifen und eine innere, auf sich selber beruhende Ordnung zu gründen, ist, wenn auch anderwärts versucht, doch hier hauptsächlich durchgesetzt worden. Ob dann jemals auf diesem Boden auch die Einheit der Nation, die unvergessen blieb, in durchaus nationaler Gestaltung wiederhergestellt werden könne, blieb einer fernen Zukunft zu entscheiden vorbehalten.

[1] Vgl. das Nachwort im III. Bande.

ERSTES BUCH

KOLONISATION VON BRANDENBURG UND PREUSSEN

Erstes Kapitel.

Gründung der Mark Brandenburg.

Der Umkreis der deutschen Gebiete ist durch zwei große Kolonisationen aus dem inneren Germanien her bestimmt worden: die eine war nach dem Westen, die andere nach dem Osten gerichtet.

Durch die erste sind die den freien Völkerbewegungen alter Zeit entrissenen und großenteils romanisierten Landschaften am Rhein und an der Donau eingenommen und in deutsches Land verwandelt worden: eine Begebenheit, die mit dem Umsturz des Römischen Reiches im Abendlande Hand in Hand geht. Die deutschen Stämme, welche die Kulturelemente der Landschaften, die sie besetzten, in sich aufnahmen und zu der allgemeinen Weltreligion im Christentum übertraten, brachten selbst die höchste Gewalt an sich. Das römisch-deutsche Kaisertum ward gegründet, eine Würde, in der sich politische und religiöse Momente vereinigten, beide von universeller und propagandistischer Natur. Im zehnten Jahrhundert gelangte ein kräftig emporstrebendes Geschlecht aus dem zuletzt in die Gemeinschaft gezogenen norddeutschen Stamme in den Besitz derselben.

Eben daran knüpfte sich nun die zweite Kolonisation, welche auf die bisher von der Teilnahme an der Kulturentwicklung ausgeschlossenen von slawischen Völkern bewohnten Landschaften im Osten gerichtet wurde. Daß hierbei ein deutsch-nationaler Gegensatz gegen dieselben vorgewaltet habe, dürfte man nicht behaupten. Ein Kaiser von sächsischer Herkunft (Otto III.) trug kein Bedenken, als die Polen das Christentum annahmen, zu dem Grabe seines Freundes Adalbert, der bei dem Versuch, die Preußen zu bekehren, umgekommen war, zu wallfahren und das Erzbistum Gnesen zu gründen, durch welches nicht allein die deutsche Hierarchie eingeschränkt, sondern auch bei den polnischen Fürsten ein Gefühl der Selbständigkeit erweckt wurde, welches ihre bereits eingeleitete Unterwerfung unter das Kaisertum zweifelhaft machte. Dagegen ist es unleugbar, daß bei der Ausbreitung des Christentums über die Landschaften zwischen Elbe

und Oder der alte Stammesgegensatz zwischen Sachsen und Wenden hervortrat, und zwar in immer ansteigender Wirksamkeit, insofern als dadurch der Widerstand der Einheimischen geschärft wurde, was dann wieder die Gewaltsamkeit der Eindringenden verdoppelte. Schon Otto der Große hat gehofft, durch energisches Zusammenwirken der Waffen und der Geistlichkeit das Land einzunehmen, zu siegen und die Besiegten zu vernichten. Das ging jedoch über seine Kräfte, wie es auch der Weltlage noch nicht entsprach. Wie wäre an eine Christianisierung dieses Landes zu denken gewesen, solange noch die Jomsvikingen an der pommerschen Küste durch ihre Heerfahrten und Seezüge, an denen auch die Wenden teilnahmen, den Skaldengesang belebten und der Odinstempel in Upsala den Mittelpunkt eines skandinavischen Reiches bildete. Noch stritt das nordische Heidentum mit dem angelsächsischen und irischen Christentum über den Besitz von Britannien; auch von den Küsten der Ostsee her unterstützte es die alteinheimischen Götterdienste des Binnenlandes.

Gegen das Ende des elften Jahrhunderts änderte sich das Verhältnis der Religionen. Es war der Erfolg der großen Dänenkriege in Britannien gewesen, daß das angelsächsische, besonders an Rom anschließende Christentum die Oberhand über die irischen Abweichungen sowohl als über das Heidentum behielt; durch englische Priester wurde das Christentum im Norden ausgebreitet. Die nordischen Könige suchten alsdann im Wendenlande die Heerscharen des Götzendienstes mit siegreichen Waffen heim. Diese hingen ihren Stammesgöttern unverbrüchlich an: zuweilen mußten die Deutschen mit den Wenden Verträge schließen, in denen diesen gestattet wurde, die Heeresfolge unter Vortragung ihrer Götzenbilder zu leisten. Doch konnte es damit nicht lange mehr dauern. Im Anfange des zwölften Jahrhunderts gelangte das Christentum in Polen und Rußland zur Herrschaft: von Polen her richtete sich ein christianisierender Einfluß nach dem Odergebiete. Die zum Kampfe gegen das Christentum ausgewanderten Normannen wurden dessen eifrigste Vorfechter in aller Welt. Das Heidentum hatte keinen welthistorischen Rückhalt mehr; es behauptete sich nur noch in isolierten und lokalen Bildungen.

Da wurde nun auch von Deutschland her infolge einer soeben sich vollziehenden inneren Veränderung der Kampf gegen die Wenden und Slawen mit größerem Nachdruck unternommen. Deren Widerstand war bisher dadurch befördert worden, daß die Kaiser aus dem salischen Hause, welches dem sächsischen gefolgt war, in den niederdeutschen Großen ihre Gegner sahen. Hein-

rich IV. fand in den slawischen Bevölkerungen eine Unterstützung, ohne welche er seinen Widersachern wahrscheinlich erlegen wäre. Religion und Kaisertum, die allgemeine Idee und die besondere Tendenz gingen in diesem Falle nicht mehr zusammen. Die für die Überwältigung bestimmten nördlichen und östlichen Marken hielten den nationalen und religiösen Gegensatz aufrecht, wenngleich ohne entscheidenden Erfolg oder Aussicht auf denselben, bis endlich wieder ein mächtiger Sachsenherzog auftrat, der Supplinburger Lothar, der den Krieg an den Marken mit aller Energie wieder aufnahm. Neben ihm erschienen in gleichartiger Tätigkeit auf der einen Seite die Schauenburger, Westfalen von Herkunft, denen er Stormarn und Holstein verlieh, auf der anderen die Grafen von Ballenstedt, die von den Vorbergen des Harzes aus ein weites, meist durch Erbrecht ihnen zugefallenes Gebiet beherrschten. Bezeichnend für die Natur dieser Stellungen, in welchen der Kampf gegen die Slawen doch zugleich mit dem Gegensatz gegen das salische Kaisertum verbunden war, sind die Ereignisse vom Jahre 1115, von denen überhaupt eine Reihe entscheidender Begebenheiten ausgeht.

Der letzte Salier, Heinrich V., hielt das Kaisertum mit ebensoviel Gewaltsamkeit fest, wie er es ergriffen hatte. Das Papsttum war durch eine Eidesleistung gefesselt, die sächsischen und lothringischen Großen wurden durch eine stattliche Heeresmacht, die bisher immer siegreich geblieben war, in Zaum gehalten; da erfolgt die Schlacht am Welfesholze, in welcher der tapfere und kriegskundige Führer des kaiserlichen Heeres, Hoyer von Mansfeld, umkam und der Kaiser eine Niederlage erlitt, die seinen Eingriffen in die territorialen Verhältnisse von Thüringen und Sachsen ein Ziel setzte und die geistliche Opposition in aller ihrer Stärke erweckte. Mit diesem Siege der sächsischen Großen war nun aber ein anderer über ihre slawischen Nachbarn verbunden. Es ist nicht überliefert, daß der Kaiser sie aufgerufen hätte, aber sie ergriffen den Augenblick, wo die Deutschen untereinander schlugen, um sich gegen sie zu erheben. Und zwar geschah dies noch, ehe jene Schlacht geschlagen war. Es war das Werk des Grafen Otto aus dem Hause Ballenstedt, welcher ausgebreitete Güter in dem alten Schwabengau, in dem Harz, an der Wipper und Saale mit dem Besitz des wendischen Gaues Serimunt an der Mulde und Fuhne vereinigte. Dort hielt er das Gaugericht an der alten Burg Askania, hier an der Malstätte nahe bei Köthen. Hier eben war es, daß Graf Otto mit einer wenig ansehnlichen Gefolgschaft einen starken Haufen aus dem slawischen Stamme der

Liutizen in dem Augenblick, in welchem sie sich zur Plünderung anschickten, überraschte und auseinanderwarf. In allen benachbarten sächsischen Gebieten atmete man auf, da man wie mit einem Schlage zugleich von dem kaiserlichen und dem wendischen Angriff befreit war. Man sah darin gleichsam ein göttliches Geschick (1115).

Auf diesen Vorgang, der dem Hause Ballenstedt großen Glanz verlieh, gestützt und dadurch gehoben, begann der Sohn und Nachfolger Ottos, Albrecht, genannt der Bär, seine Laufbahn. Indem er den Kampf gegen Heinrich V. und dessen Anhänger fortsetzte, erwarb er den Besitz der Markgrafschaft Lausitz und wurde Meister des ganzen Gebietes, das bereits die mütterlichen Ahnherren seines Hauses besessen hatten. Da geschah nun überdies, daß sein Verbündeter, der Herzog Lothar, den kaiserlichen Thron bestieg (1125).

An sich war es ein großes Ereignis in der deutschen Geschichte, daß die höchste Gewalt wieder an einen norddeutschen Fürsten gelangte, der, hierin von seinen ekbertinischen Vorgängern abweichend, zugleich das Herzogtum in seiner Hand behielt.

Dadurch wurde der Widerstreit des lokalen Impulses und der allgemeinen Idee gehoben. Herzog und Kaiser zugleich, vereinigte Lothar die provinziale und nationale Autorität gegen die seit zwei Jahrhunderten unter mannigfachen Schwankungen der Macht und des Glückes vergebens bekämpften wendischen Nachbarn. Überdies trat er in das intimste Verhältnis mit dem Papsttum. In dem damals ausgebrochenen Schisma ergriff er die Partei Innozenz' II., welche als die kirchlichere erschien, und unternahm, denselben zurückzuführen. Die vollkommene Eintracht der päpstlichen Gewalt mit der kaiserlichen, in der sich wieder allgemeine und lokale Autorität vereinigten, bildete nun eine langentbehrte Grundlage für die Durchführung des großen Unternehmens, für das die Weltverhältnisse überhaupt günstig lagen; doch gehörten dazu fähige und einverstandene Gehilfen. Bei einer streitigen Wahl im Erzbistum Magdeburg faßte Lothar den Entschluß, den eifrigsten Prediger, der das Geschäft seines Lebens sein ließ, in der Weltgeistlichkeit das Bewußtsein ihres Berufes, den sie vielfach aus dem Auge verlor, durch mönchische Disziplin zu erneuern: den Stifter der Prämonstratenser, Norbert, auf den erzbischöflichen Stuhl zu erheben (1126). Dieser kam mit der Absicht, die kirchlichen Institute auf das strengste zu handhaben,

die Rechte des Stiftes geltend zu machen und zugleich seine Pflichten zu erfüllen.

Dies war der geistliche Gehilfe des Kaisers, der weltliche der Graf Albrecht von Ballenstedt. Obgleich ihm Lothar jene im Widerspruch mit der kaiserlichen Autorität erworbene Markgrafschaft wieder entzog, hatte er doch an dem Zuge nach Italien Anteil genommen. Er gehörte mit zu den Fürsten, die den Gegenpapst in Rom verdammten. Den Diensten, die er leistete, entsprach die Belohnung, die er empfing: es war die Nordmark, die eben auf dem Zuge durch den plötzlichen Todesfall des jungen Besitzers (man nannte ihn die Blume Sachsens) erledigt worden war. Nach der Heimkehr von dem Kriegszuge wurde die Mark dem Grafen von Ballenstedt übertragen, wahrscheinlich auf sächsischer Erde, wo in Halberstadt die alten Kampfgenossen und verbündeten Fürsten wieder um ihren kaiserlichen Führer versammelt waren.

So wurde nun eine Kombination geschaffen, durch welche die Aktion gegen die Slawen eine verdoppelte Stärke erhielt. Das Erzbistum Magdeburg, welchem von jeher Havelberg und Brandenburg untergeordnet waren, und die Markgrafschaft, der seit Otto dem Großen alte Rechte über die slawischen Gebiete in weiten Grenzen zustanden, machten gemeinschaftliche Sache, um die geistliche und weltliche Hoheit, deren sie im Laufe der Zeit verlustig gegangen war, wiederherzustellen: der Erzbischof durch eifrige, streng disziplinierte Bekehrer, der Markgraf durch die Kriegsgenossenschaft, durch welche er die Mark aufrechterhielt und die er zu führen verstand; beide unter der Autorität eines Kaisers von gleicher Gesinnung, von dem sich die Würde des einen und des anderen herschrieb. Indem sich diese Kombination bildete, geschah nun zugleich, daß das Obotritenreich, dessen Macht sich bis an die Havel und Spree erstreckte, durch den Tod des Königs Heinrich im Jahre 1127 aufgelöst wurde. Er war selbst bereits bekehrt; aber eine Ausdehnung der Nordmark über sein Gebiet würde er niemals zugegeben haben. Nach seinem Tode konnte sich keine feste Ordnung wieder bilden. Wir finden unabhängige Häuptlinge, Witikind in Havelberg, Pribislaus, genannt Heinrich, in Brandenburg, welche die bisherige Widerstandskraft gegen die Deutschen nicht mehr besaßen.

Eine nahe Beziehung zu diesem Verhältnis hatte die Mission des Bischofs Otto von Bamberg, der mit Recht als der Apostel der Pommern gefeiert wird. Seine Wirksamkeit trug ohne Zweifel dazu bei, dem Heidentum den Boden zu entziehen, doch hütete

er sich, in den dem Sprengel von Magdeburg angehörigen Gebieten, so nahe man es ihm legte, unmittelbar einzugreifen. An und für sich bestand ein Gegensatz der Tendenz zwischen Norbert und Otto, doch gelangte er nicht zu voller Wirkung, und nimmermehr hätte Norbert das Eingreifen eines anderen geduldet; auch von seinen Anordnungen gab er nichts auf, was den Übertritt leichter gemacht haben würde. Havelberg mußte mit Gewalt bezwungen werden; es wurde wieder verloren und durch Markgraf Albrecht nochmals erobert. Eine Urkunde vom Jahre 1137 ist vorhanden, nach welcher Albrecht die Gerechtsame der Markgrafschaft damals bereits an der Peene ausübte. Wenn nun aber die Strenge der Prämonstratenser hier und da abschreckend wirkte, so liegt es in der Natur der religiösen Gefühle, daß sie anderwärts auch eine Kraft der Anziehung ausübte. Es ist gewiß, daß jener Heinrich von Brandenburg durch die Anmahnungen der Prämonstratenser bewogen wurde, sich von dem Götzen Triglaff, der auf dem Harlunger Berge in altherkömmlicher Weise verehrt wurde, abzuwenden.

Man muß wohl sagen, daß das auch durch die allgemeine Lage befördert wurde. Der alte, nationale Götzendienst fand weder vom Norden noch vom Süden her Unterstützung; dort waren die Obotriten, hier die Liutizen niedergeworfen. Sollte ein isolierter Stammeshäuptling daran mit Energie festhalten gegen einen Kaiser, der zugleich Sachsen beherrschte, dem sich auf der einen Seite eifrige Religiöse und auf der anderen ein unternehmender Markgraf mit tapfern Kriegsgefährten anschloß? Darauf, daß der eine von den beiden Häuptlingen mit Gewalt unterworfen wurde, der andere freiwillig beitrat, beruht die Gründung der Mark Brandenburg. Die Überlieferung ist: Heinrich von Brandenburg sei von dem Markgrafen aus der Taufe gehoben worden und habe dann, bei der Taufe von dessen Sohn denselben Dienst erweisend, dem letzteren das Land Zauche sofort eingeräumt und den ersten als Erben in Brandenburg anerkannt. Eine spät aufgezeichnete Erzählung, die sich mit bekannten Tatsachen, z. B. dem Alter des jungen Markgrafen, nicht leicht vereinigen läßt und das Gepräge einer unverbürgten Tradition an der Stirn trägt. Man hat sie nicht selten ganz und gar verworfen; aber von einem gleichzeitigen glaubwürdigen Chronisten wird doch bezeugt, daß Markgraf Albrecht bei dem Tode Heinrichs als dessen Erbe eintreten konnte und eingetreten ist. Vermutlich war diese Bestimmung der Preis, um welchen Heinrich trotz der auf früheren Verleihungen beruhenden Ansprüche der Markgrafen, solange er

lebte, als Herr von Brandenburg geduldet wurde. Man darf ohne Bedenken annehmen, daß es nicht sowohl unmittelbare Überwältigung war, durch welche Brandenburg an Markgraf Albrecht den Bären gelangte, als die Überlegenheit des christlich-deutschen Prinzips überhaupt, welches in einem persönlichen Verhältnis zwischen beiden Dynasten ihren Ausdruck fand.

Ohne Gewalt wurde jedoch auch die Besitznahme von Brandenburg nicht zustande gebracht. Noch lebte Heinrich, und seine slawischen Verwandten waren nicht geneigt, die Erbschaft aufzugeben, auf die sie rechneten, als jene Kombination sich auflöste, auf welcher die bisherigen Erfolge großenteils beruhten. Bei dem Tode Lothars trennte sich das Kaisertum wieder vom Herzogtum. Das Kaisertum kam an den nächsten Agnaten der Salier, den ersten Hohenstaufen. Das Herzogtum Sachsen wurde für den Enkel Lothars von seiner Tochter, der dem welfischen Stamme angehört, in Anspruch genommen.

In dem Kampfe, der hierüber ausbrach, ist der Markgraf Albrecht selbst eine Zeitlang als Herzog von Sachsen begrüßt worden. Für die Mark wäre es kein Glück gewesen, wenn es dabei sein Verbleiben gehabt hätte; sie würde dann ein Bestandteil des Herzogtums ohne Selbständigkeit geworden sein. In dem Kampfe zwischen Welfen und Hohenstaufen, dem Herzogtum Sachsen und dem Kaisertum, sollte die Markgrafschaft sich entwickeln. Hätte der Hader immer gedauert, so würde er der Befestigung der gemachten Erwerbungen großen Eintrag getan haben: wie denn einer der slawischen Verwandten des verstorbenen Heinrich Gelegenheit fand, sich in den Besitz von Brandenburg zu setzen. Von Zeit zu Zeit aber traten Momente des Verständnisses ein, die eine allgemeine Anstrengung der Streitkräfte nach Osten hin möglich machten. Der Kreuzzug Konrads III. veranlaßte selbst einen gemeinschaftlichen Angriff der norddeutschen Fürsten auf die noch heidnisch-slawischen Gebiete (1148). Dem Markgrafen Albrecht kam dann ein großer Heerzug Friedrichs I. gegen Polen sehr zustatten. Im Widerspruch mit den gegen Kaiser Lothar übernommenen Verpflichtungen entzogen sich die Polen aller Abhängigkeit von Kaiser und Reich. Der Vertreter des bisherigen Verhältnisses, Wladislaw II., war von seinem Bruder Boleslaw III., der die volle nationale Autonomie verfocht, verjagt worden, Kaiser Friedrich hielt es für geboten, den ersten zurückzuführen: kurz zuvor siegreich aus Italien heimgekehrt, unternahm er, die Sache mit dem Schwerte zu entscheiden. Zu den Polen hielt sich nun aber Jaczo von Brandenburg. Indem Fried-

rich mit einem großen Heere nach der Oder vordrang, warf sich Albrecht gegen Brandenburg und nahm es ein. Seinerseits überschritt der Kaiser die Oder im Angesicht des polnischen Heeres, bei dem sich Preußen und Pommern befanden, und nötigte Boleslaw zu einem Frieden, in welchem die Hoheit des Reiches nochmals anerkannt wurde. Die von dem König verjagten Piasten erhielten unter kaiserlicher Autorität eine Entschädigung und Ausstattung in Schlesien; man dürfte wohl behaupten, daß hierin der historische Grund und Beginn der allmählichen Sonderung Schlesiens von Polen zu suchen ist. Ein unmittelbarer Erfolg des Heerzuges aber war, daß Brandenburg unter Kombination dieser Umstände den Slawen auf immer entrissen wurde. Es geschah unter dem Zusammenwirken des Erzbischofs und des Markgrafen nicht ohne heftigen Kampf, der nun aber zum Ziele führte. Das Bistum, das bisher auf Leitzkau angewiesen war, konnte nun in Brandenburg selbst wiederhergestellt werden. Erst seitdem ward Albrecht, der bisher als Markgraf von Salzwedel erschien, allgemein als Markgraf von Brandenburg bezeichnet. Er war bisher vor allem der Vorfechter des Bischofs von Havelberg und Brandenburg gewesen: jetzt trat er als Landesherr auf. Die Markgrafschaft gelangte zum wirklichen Leben, und die Deutschen konnten definitiv daselbst Fuß fassen. Von Bedeutung war es immer, daß ein Erbrecht erworben worden war; die strenge Burgwarteinrichtung, wie sie in der Altmark bestand und wie sie anfangs auch in Brandenburg eingeführt wurde, konnte bald nachher aufgelöst werden. Die Burgmannen nahmen unter der Autorität des Markgrafen ihre Wohnung in dem offenen Lande; der einheimische wendische Adel trat mit ihnen in eine so enge Genossenschaft, daß die Herkunft der Familien von der einen oder der anderen Nationalität oft nicht auszumachen ist. Markgraf Albrecht dehnte seine Herrschaft in das Grenzgebiet der Länder Teltow und Barnim aus, ohne sich jedoch derselben zu bemächtigen. Eine Anzahl Burgen an den Grenzen sind sein Werk. Am Ende seines Lebens war ihm noch vergönnt, auch Havelberg einzurichten.

Die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen beschäftigte sich weniger mit dieser Erwerbung, über die sich nur dürftige Überlieferungen finden, als mit Albrechts Wallfahrt nach dem Orient und seiner Teilnahme an den Reichsangelegenheiten; da hatte er den Beinamen des Bären erworben.

Man hat den Beinamen wohl mit den skandinavischen Pjoren, der manchen Helden eignete, zusammengestellt. Der Bär ist der

König der nordischen Waldungen, nach der Sage ebenbürtig mit dem Löwen.

In allen seinen Handlungen zeigt Albrecht Umsicht und Energie, Klugheit und Nachdruck. Als ein eigentlicher Eroberer kann er nicht gelten, wohl aber als ein tapferer und glücklicher Erwerber; seiner Erwerbung verlieh er erst ihren wahren Wert, indem er ihr alle Elemente zuführte, welche eigentümliches Leben erwecken können. Ihm gelang das Werk: die stark miteinander von jeher ringenden Stämme, den slawischen und den deutschen, unter dem Übergewicht des letzteren zu verschmelzen. Mit den kirchlichen Institutionen, durch die es erst möglich wurde, war er von jeher verbündet; er vereinigte die beiden größten Impulse der Epoche, religiöse Antriebe und territoriale Besitzergreifung. Dadurch ward das Land an die allgemeine und deutsche Kultur geknüpft. Albrecht ist eine große, würdige Gestalt von starken Zügen, an der Spitze dieser Geschichte. Nach seinem Tode 1170 wurden seine ausgebreiteten Besitzungen unter seine dem weltlichen Stande angehörigen Söhne geteilt. Der jüngste, Bernhard, bekam Wittenberg, die Grundlage des Kurfürstentums Sachsen, und einen Teil der Stammlande am Harz; die anderen über Thüringen und Westfalen ausgedehnten wurden zwei mittleren Söhnen, Adalbert und Dietrich, zuteil. Das ansehnlichste Erbteil erhielt der älteste, Otto, und zwar schon bei Lebzeiten des Vaters: die drei Marken: die Altmark, die Vormark, die man die Priegnitz nannte, und die Mark Brandenburg, die nun ein zusammengehöriges Ganze bildeten; er hatte daselbst die begonnenen Bestrebungen fortzusetzen.

Von größtem Einfluß war die fortdauernde Tätigkeit der Prämonstratenser, die in dem Marienkloster zu Magdeburg gleichsam eine besondere Kongregation im Sinne Norberts bildeten, von der andere Stiftungen ausgingen. Bischof Anselm von Havelberg, einer der namhaftesten Kirchenpolitiker der Zeit, wahrscheinlich ein Lothringer, war der erste, welcher Kolonien in die verwüsteten Landschaften seines Sprengels einführte. Durch ihn hauptsächlich wurde Erzbischof Wichmann, nicht ganz im Einverständnis mit dem Päpstlichen Stuhl, von Naumburg nach Magdeburg gezogen, der es dann für Pflicht erachtete, die prämonstratensische Disziplin aufrechtzuerhalten. Von einer der früheren Ansiedlungen dieses Ordens, dem Kloster Kapenberg, stammen Walo, der Nachfolger Anselms, und der Propst Isfried, unter dessen Verwaltung das Kloster Jerichow zur Blüte kam; da fand zugleich die religiöse Verehrung in einem Bauwerk von

großartiger Würde eine imponierende Repräsentation. Von großem Gewicht für die Bekehrung wurde das Kloster Leitzkau. Es war in einer Stätte errichtet, an welcher der heidnische Dienst samt seinen Götzen mit Gewalt vertilgt worden; hier hatten die Bischöfe von Brandenburg, noch im Exil befindlich, meistenteils ihren Sitz. Einer von ihnen, der ebenfalls von Kapenberg stammt, Wigger, erhob in dieser Eigenschaft Leitzkau zu einem Domkapitel, bis endlich das Bistum in Brandenburg hergestellt wurde, welches nun erst die Bedeutung einer Metropole gewann, die ihm von Otto I. zugedacht war. Die Norbertsche Disziplin entfaltete ihre volle Wirksamkeit; ihr Wesen bestand darin, daß sich die Priesterschaft mit Strenge der Erfüllung ihrer Pflicht widmete, unterstützt durch eine tätige Laienbrüderschaft. Die Prämonstratenserklöster waren zugleich ackerbauende Kolonien, gehoben von religiöser Zucht und Sitte, was von um so größerer Wichtigkeit war, da nun der den Germanen eingeborene Trieb der Wanderung sich überhaupt nach dem Osten richtete.

In Brandenburg fanden sie ein großes Feld für den Landbau. Das erworbene weite Gebiet bestand aus Landschaften, die durch undurchdringliche Waldungen, Brüche und Sümpfe oder Seen voneinander gesondert wurden; auch die binnenländischen Ströme in ihrem breiten Gerinne erweitern sich zu Seen. Hier und da erkennt man noch, wie sich in jener Zeit das Land aus den weiten Wasserbecken gleichsam als Insel erhob; hauptsächlich an den Ufern der Flüsse, welche den Anwohnern größtenteils ihre Namen gegeben haben, war ein gewisser Anbau des Landes versucht worden, wie ihn das unmittelbarste Bedürfnis forderte, doch war derselbe noch sehr geringfügig. Die neuen Herren geistlichen und weltlichen Standes wirkten zu neuer besserer Ansiedlung zusammen. Von beiden zugleich ging die Berufung der Niederländer zunächst zu den Deichbauten an den Flüssen aus, welche zwar nicht den ganzen Umfang gehabt haben mögen, den ein gleichzeitiger Autor ihnen zuschreibt, aber doch für den Anbau des Landes eine neue Bahn eröffneten. Den Holländern wird die Erneuerung der einst schon von den Sachsen errichteten Dämme an den Ufern der Flüsse und der benachbarten Regionen und der Anbau zugeschrieben; sie wußten das schwere Land zu bearbeiten, welches die Wenden unbenutzt hatten liegenlassen. Der eiserne Pflug half das Land erobern. Mitten im Fortgang dieser Bestrebungen erschienen die Zisterzienser, eine Reform des Mönchsstandes, bei der es nicht so sehr auf priesterliche Funktionen abgesehen war, als auf gemeinsame Arbeit in dem

Dienste der Religion und der fortschreitenden Kultur. Sie vereinigten Ökonomie und geistliche, d. h. monastische Tätigkeit. Bernhard von Clairvaux, der ihnen ursprünglich angehörte, hat sie ausdrücklich auf den Landbau angewiesen. In sich selbst hielten sie, wie man weiß, den engsten Zusammenhang fest. Wie die Stiftungen voneinander ausgingen, so blieb fortan auch ihr Verhältnis und ihr Zusammenhang, der die ganze abendländische Welt umfaßte. Ihre Einfachheit, Armut und Tätigkeit, besonders auch eine traditionelle Wissenschaft der Urbarmachung sumpfiger Landschaften verschaffte ihnen Eingang in den früheren Wendenlanden. Erzbischof Wichmann siedelte sie in einer Gegend, die dazu besonders Gelegenheit bot, an der Nuthe an. Hier auf einer über der Sumpflandschaft emporsteigenden Höhe errichteten sie das Kloster Zinna 1171, das einige Jahre darauf einem Wendenanfalle erlag, später aber wiederhergestellt glücklich emporkam. Noch einflußreicher wurde es, daß Markgraf Otto I. in einer von einer Reihe von Seen umgebenen Waldlandschaft das Kloster Lehnin aus Zisterziensern errichtete, welches, nachdem es ebenfalls einige Stürme zu erdulden gehabt hatte, zu einer kirchlichen Metropole neben Brandenburg erwuchs. Man hat dem Markgrafen geraten, an dem Orte eine Burg zu errichten; er traf wohl eben das Rechte, wenn er eine Klosterstiftung vorzog, von der sich eine friedliche, um so nachhaltigere Einwirkung erwarten ließ. Die Zisterzienser waren die vornehmsten Träger der Verehrung der Jungfrau und des Kultus der Hostie, welche auf einfache Gemüter einen unauslöschlichen Eindruck hervorzubringen geeignet waren. Der Anbau des Landes selbst gewann einen religiösen Anstrich. Man kann sich die Klosterbrüder lebhaft vergegenwärtigen; der Abt, der inmitten des Urwaldes das Kreuz als Zeichen der Besitznahme für die religiöse Idee aufpflanzt; die Mönche, von denen die einen die Bäume fällen, die anderen die Wurzeln ausroden, die dritten sie anzünden und einen lichten Raum schaffen, von dem dann der weitere Anbau ausgeht. Die Mönche verstanden das Ackerland von dem Waldboden zu sondern; vorzüglich geschickt waren sie, das Wasser in Teiche zu sammeln oder durch Kanäle abzuführen, so daß der Sumpf sich in Wiesen- oder auch in Gartenland verwandelte. Von dem Hauptkloster zogen sie nicht aus, ohne Sämereien für Gemüse in die neue Stiftung mitzunehmen. Gerade die allgemeine Verbindung der Klöster beförderte den Obstbau. Von den Klosterhöfen verbreiteten sich dann Muster und Antrieb über das Land. Bei diesem Anblick wird man inne, wie sehr der Fortschritt der Dinge von allge-

meinen Ideen ausgeht. Selbst das ursprünglichste aller Geschäfte, der Landbau, hängt damit auf das innigste zusammen. Die Eingeborenen würden das Land selbst nie haben in Besitz nehmen können; dazu wirkten die geistlichen und weltlichen Tendenzen, welche den Anlaß zur Einwanderung gegeben hatten, bei jedem Schritte zusammen. Wenn hier den geistlichen monastischen Antrieben die belebendste Einwirkung auf die Landeskultur zuzuschreiben ist, so würden sie doch nichts ausgerichtet haben, wären nicht kriegstüchtige Ritter und Mannen, die auch ihrerseits auf die Kultur des Landes hauptsächlich angewiesen waren, jeden Augenblick bereit gewesen, die eingenommenen Grenzen mit den Waffen zu verteidigen. So wurde im Laufe des zwölften Jahrhunderts die große deutsche Kolonie im Osten der Elbe begründet. Die Markgrafen erwarben unter der Autorität des Reiches, auf das engste mit der Kirche verbündet, durch kriegerische Anstrengungen und eine glückliche, von den Umständen der Zeit begünstigte Politik weite Landstriche, die sie nun fürsorgend und umsichtig in ihr Eigentum verwandeln konnten. Zugleich aber mußte die Ritterschaft allezeit gerüstet sein, um die feindlichen Anfälle abzuwehren.

Die fernere Entwicklung des neubegründeten Fürstentums wurde durch zwei große Ereignisse in den benachbarten Gebieten bestimmt. Das erste war die Auflösung des Obotritenreiches, welches von Heinrich dem Löwen, der die Unternehmungen seines Großvaters fortsetzte, durch einige glückliche Kriegszüge in dem Mittelpunkt seines Bestehens gebrochen wurde, und die Zerstörung der letzten Tempelburg des Heidentums auf Arkona. Der Bischof von Roeskilde, Absalon, bezwang, mit dem Schwert gegürtet, die Priester des Swantewit, die sich, voll von ihrem Aberglauben, auf die Hilfe ihrer Götzen verließen. Dadurch wurde die prinzipielle Feindseligkeit eines entgegengesetzten Weltelementes, das zu unaufhörlichem Kampfe angetrieben hatte und noch immer zurückwirkte, endlich gebrochen.

Aber um so drückender lag dann das durch die Siege angewachsene Übergewicht des großen Sachsenherzogs über Brandenburg.

Zeiten traten ein, in welchen der Schutz des Kaisers allen Nachbarn desselben unentbehrlich wurde, und auch dem war der Herzog zu stark geworden. Er konnte weder einen Kaiser über sich ertragen, noch von demselben geduldet werden. In dem Kampfe, der nicht vermieden werden konnte, behielt das Kaisertum noch einmal die Oberhand. Der Fall Heinrichs des Löwen

führte für das Reich überhaupt, besonders aber für Norddeutschland eine andere Gestalt der Dinge herbei. Die vor kurzem bezwungenen slawischen Fürsten an der Ostsee, die durch den Widerstand, den die Bevölkerungen, namentlich in Mecklenburg und besonders hartnäckig in Pommern, im Kampfe geleistet, ihr Dasein gerettet hatten, aber doch zum Christentum übergetreten waren und sich dem deutschen Element nicht mehr widersetzten, wurden reichsunmittelbar. Die Askanier gewannen eine bevorzugte Stellung. Der jüngere Zweig gelangte zum Herzogtum Sachsen. Bei einer großen Reichskurie im Jahre 1184 erscheint der Markgraf von Brandenburg als Erzkämmerer des Reiches, eine Würde, auf welche sich das Kurfürstentum begründete.

Mit der ausgezeichneten Stellung unter den Fürsten des Reiches scheint es im Widerspruch zu stehen, wenn zwölf Jahre später die Markgrafen freiwillig in ein untergeordnetes Verhältnis zu dem Erzbistum Magdeburg traten. Die beiden Brüder Otto II. und Albrecht II. übertrugen am hohen Altar der Domkirche zu Magdeburg dem heiligen Mauritius und dem Erzstifte das volle Eigentum aller ihrer Erbgüter in ihrer Markgrafschaft, auch den jenseits der Elbe gelegenen Gebieten. Eine große Anzahl von hohen Geistlichen, Edlen, Freunden und Ministerialen war zugegen. Der Erzbischof nahm die Schenkung an, ein anwesender päpstlicher Legat bestätigte sie, auf den weltlichen Gerichten wurde sie mit allen erforderlichen Feierlichkeiten verkündigt. Man versteht diesen Akt auch dann noch nicht, wenn man erfährt, daß der Erzbischof sich anheischig gemacht hat, die ihm übereigneten Besitztümer binnen einem Jahr und sechs Wochen den Markgrafen als Lehen zurückzugeben; denn was konnte ihm soviel daran gelegen sein. Das eigentliche Motiv lag ohne Zweifel in der Festsetzung: daß diese Güter in Zukunft nicht nur auf die männlichen, sondern auch auf die weiblichen Nachkommen beider Brüder übergehen sollten. Ebendies aber war die vornehmste Frage der Zeit für die deutschen Fürsten: die Anerkennung der Erblichkeit der Lehen war der Preis für die Erblichkeit des Kaisertums, die der mächtigste aller Hohenstaufen, Heinrich VI., den deutschen Fürsten angeboten hatte. Der Kaiser ist damit nicht durchgedrungen, aber er wurde bewogen, die zwischen den Markgrafen und dem Erzbischof getroffene Abkunft mit der Klausel zu bestätigen, welche eben das enthielt, was er selbst den Fürsten angeboten hatte. Ihr Sinn war, wenn wir nicht irren, dahin gerichtet, die Erwerbung, die sie gemacht hatten, ihren Familien zu sichern, ohne von den Wechselfällen bedroht zu

werden, welche von der Ausübung des oberlehnsherrlichen Rechtes der Kaiser unzertrennlich waren. Indem sie sich nach dieser Seite hin sicherten, wurden sie keineswegs dem Reiche untreu; sie waren vielmehr in einem anderen Gegensatz begriffen, der für den Fortgang des deutschen Namens im Osten die größte Bedeutung hatte.

Bisher hatte Dänemark noch immer in einem mehr oder minder anerkannten Abhängigkeitsverhältnisse vom Deutschen Reiche gestanden. Waldemar I., der Bezwinger von Rügen, und dessen Nachfolger Knud aber wiesen jede Anmutung, die Lehnspflicht zu leisten, stolz und trocken zurück. Der Streit, der hierüber ausbrach, ist an den pommerschen Küsten ausgefochten worden, denn die Pommernfürsten gehörten zu dem Reiche, dessen Vasallen sie waren. Der Fürst von Rügen war dagegen der treue Anhänger Dänemarks. Als er nun von den Pommern angefeindet wurde, kam ihm der rüstige Absalon mit den seeländischen Fahrzeugen zu Hilfe. Unerwartet erschien er und warf die pommersche Seemacht in dem Schrecken seiner plötzlichen Ankunft vollkommen nieder. In kurzem sah sich der Pommernherzog Bogislaw genötigt, die von seinem Vater ererbten Lande von Dänemark zu Lehen zu nehmen. Der König erwarb dadurch Autorität in allen Gebieten, in welchen die Einwohner sich zu den pommerschen Fürsten hielten. Seine Schiffe fuhren eigenmächtig die Oder aufwärts. Ein Glück, daß indessen die Markgrafen von Brandenburg eine, wenn auch nicht bedeutende Macht erworben hatten, um dem Eindringen zu begegnen.

Brandenburg war es nun doch, welches bei neuen Angriffen der Dänen unter dem Nachfolger Absalons ihnen Widerstand leistete. Man findet eine Reihe von alten Befestigungen, die man aus diesen Zeiten herleitet; sie ziehen sich von der Havel bis zur Oder. Der lokale Krieg, der sich dort entspann, hatte durch die Unterwerfung Pommerns unter Dänemark eine universale Beziehung; er griff in den großen Kampf zwischen den Welfen und Hohenstaufen ein.

Der jugendliche Hohenstaufe Friedrich II. hielt es, als er im Bunde mit dem Papsttum nach Deutschland kam, zur Bekämpfung seiner welfischen Feinde für notwendig, ein Bündnis mit Dänemark zu schließen. Er bestätigte dem Nachfolger Knuds, König Waldemar II., alle seine Besitzungen, selbst wenn er sich dabei mit den bisherigen Ansprüchen und Rechten des Reiches in Widerspruch befinden sollte. Daraus entsprang nun aber fast

die Notwendigkeit für Brandenburg, sich der entgegengesetzten Partei anzuschließen.

Um den Nebenbuhler und die Dänen bestehen zu können, verband sich Otto IV. mit Markgraf Albrecht II. von Brandenburg, der alles zu tun versprach, was in seinen Kräften stehe, um ihm das Kaisertum zu erhalten. Seine kaiserliche Exzellenz, so sagt die Urkunde, legte dagegen die Hand in die Hand des Markgrafen und gelobte ihm, in seinen Streitigkeiten mit den Dänen und Slawen ein nachdrücklicher Vermittler zu sein: wenn dies nicht zum Ziele führe, ihm gegen diesen König und dessen Anhänger Hilfe zu leisten.

In dem vielverschlungenen Kampfe, der sich nun entspann, entschied der Tag von Bouvines für den Hohenstaufen und Frankreich gegen England und die Welfen[1]; dagegen erfochten die Brandenburger in ihrem lokalen Kriege gegen die Pommern kleine Erfolge.

Im Jahre 1215 gründete Albrecht II. Oderberg, welches als der Schlußstein der erwähnten Befestigungen anzusehen ist. Er hatte bereits den bewaldeten Norden des Barnim inne, wo ihm gegenüber auch die Pommernfürsten einige Befestigungen errichteten. Die Vollendung dieser Unternehmungen war aber seinen Söhnen vorbehalten, denen dabei der Umschwung der nordischen Angelegenheiten mächtig zustatten kam.

Noch drückte das Übergewicht des Königs Waldemar auf alle benachbarten Gebiete, als es dem Grafen von Schwerin, der sich persönlich von Waldemar beleidigt glaubte, gelang, sich der Person desselben zu bemächtigen.

Nach einiger Zeit erfolgte die Schlacht von Bornhöved, in welcher die dänische Macht den Angriffen der deutschen Fürsten und Städte erlag, — ein so entscheidender Sieg, daß sein Andenken eine Zeitlang in jährlich wiederkehrenden Festlichkeiten gefeiert worden ist (1227).

Unter so durchaus veränderten Verhältnissen konnte es den Söhnen Albrechts II., Johann und Otto, gelingen, das Werk ihres Vaters zu vollenden. Sie erwarben die streitigen Landschaften Barnim und Teltow, ohne daß man mit Bestimmtheit sagen kann, wie es geschah.

Es kann kein Zweifel sein, daß eben dies die Landschaften waren, über welche die Markgrafen mit Dänemark und den Slawen schon lange haderten. Die Vermittlung, welche Kaiser

[1] Weltgeschichte VI, 334.

Otto in Aussicht gestellt hatte, war niemals erfolgt; erst nach dem Fall der dänischen Macht, als von dorther keine widrige Einwirkung weiter stattfand, geschah die Besitznahme, soviel man sieht, zugleich durch gütliche Verständigung mit dem doch nur untergeordneten Inhaber des Landes. Wenn eine alte Nachricht meldet, er habe sich zugleich Geld für das Land zahlen lassen, so entspricht das der Politik der Askanier, welche immer nach einem von der Eroberung unabhängigen Rechtstitel durch Erbe oder Kauf trachteten.

Hierauf konnte sich die deutsche Kolonisation, die sich jetzt besonders in Gründung von Städten bewegte, in vollem Zug über das Land ergießen; es ist die Epoche, in welcher Berlin entstanden ist. Köln dürfte als die frühere Ansiedlung zu betrachten sein; es war der Grenzort des bereits eroberten Gebietes diesseits der Spree. Auf einer Bodenerhebung, auf welcher von früherem Anbau keine Spur zu finden ist, wurde eine Kirche zu Ehren des Schutzpatrons der Fischer, des heiligen Petrus, erbaut. Eine minder beengte Bodenfläche bot auf der anderen Seite der Spree für Berlin sich dar, das sich, nachdem die Eroberung weiter fortgeschritten war, auf das rascheste neben Köln erhob; hier wurde dem Patron der Schiffer und Handelsleute, dem heiligen Nikolaus, eine Kirche gewidmet. Die beiden Orte, administrativ getrennt, aber durch ihre Lage verbunden, erhielten deutsche Stadtrechte und bildeten in kurzem einen Mittelpunkt der neuerworbenen und alten Landschaften, vor welchem die Stadt Brandenburg zurücktrat.

In dem politischen Moment lagen die günstigsten Auspizien für die Gründung einer großen Hauptstadt; es war der Augenblick, in welchem der von Dänemark ausgeübte Einfluß über Pommern und Slawen auf immer zurückwich. Nachdem die Verhältnisse in Staat und Kirche einen durchgreifenden Umschwung genommen hatten, trug auch Kaiser Friedrich II. kein Bedenken, die Erwerbung der Markgrafen zu bestätigen; sie nicht allein zu belehnen, sondern sie auch, allerdings im Widerspruch mit dem einst dem Könige Waldemar gemachten Zugeständnisse, zu Lehnsherren von Pommern zu erheben. Bei seinen noch immer zweifelhaften Beziehungen zu dem Papst, die die Welt umfaßten, und dem schon früher hervorgetretenen Streben seines Sohnes Heinrich, in Deutschland eine unabhängige Macht zu erwerben, mußte dem Kaiser alles daran liegen, die in den östlichen Marken emporgekommenen askanischen Fürsten auf seiner Seite zu haben; Dänemark hatte seine frühere Bedeutung überhaupt und

so auch für ihn verloren. Für das Deutsche Reich lag ein Vorteil darin, wenn, wie schon früher beabsichtigt worden, die Lehnsherrschaft über Pommern von den Dänen auf Brandenburg überging. Die Fürsten von Pommern konnten sich dem nicht ernstlich widersetzen. Eine Urkunde findet sich, in welcher die Markgrafen ihnen gegen die Ansprüche, welche die Dänen erheben möchten, ihre Garantie erteilen.

Mit diesen Vereinbarungen verband sich noch eine ansehnlichere Territorialerweiterung.

Bei den mannigfaltig verflochtenen Familienverbindungen zwischen den Häusern Pommern, Dänemark und Brandenburg war es dahin gekommen, daß das letzte einen Anspruch auf das Land Wolgast machen konnte. Weder für Pommern wäre die Einräumung dieses Landes noch auch für Brandenburg seine Besitznahme damals ratsam gewesen. Man kam überein, daß dagegen die Landschaft an der Ucker, welche von alters her die brandenburgischen Bischöfe zu ihrer Diözese gerechnet hatten, an die Askanier überging. Es war das Land von der Welse bis zur Zarowa, welches die Pommernfürsten durch förmlichen Vertrag an die Markgrafschaft überwiesen. Schon besaßen diese das Land jenseits der Zarowa. Auch das Uckerland war in einem Zustand, in welchem die Einwanderung der Deutschen für Landbau und Kultur unentbehrlich war; sie hatte daselbst bereits begonnen und ging nun um so rascher vonstatten.

So wurde ein weites Gebiet zwischen Elbe und Oder nach und nach unter einem Fürstenhause vereinigt.

Alle die erworbenen Landschaften bildeten mit der Altmark, in welcher zuerst die Kolonisierung slawischer Gebiete erfolgreich durchgeführt worden war, ein zusammenhängendes Ganze, welches keine Sonderung vertrug.

Es leuchtet ein, daß diese Gründungen, indem sie ein besonderes deutsches Leben schufen, auch dem allgemeinen dienten: denn diesen Sinn hatte hauptsächlich die Ausdehnung der Oberherrlichkeit des Reiches über die benachbarten Nationen, daß sie sich den religiös-politischen Prinzipien desselben nicht widersetzen sollten. Der Gedanke war zu groß, um realisiert werden zu können. Es konnte nicht anders sein, als daß die Nationalitäten, auch nachdem sie das Christentum angenommen hatten, selbständig und unabhängig bestehen wollten, und daß sie, wie wir eben an Dänemark sahen, gegen das deutsche Element reagierten. Auch bei den Polen war das der Fall, und zwar bei ihnen noch unvermeidlicher als bei den Dänen; denn sie hatten zu den Völker-

schaften slawischer Herkunft, über deren Gebiet der Fortschritt der deutschen Kultur sich ausdehnte, ein national-verwandtschaftliches Verhältnis. Wie von Norden her die Dänen einwirkten, so von Osten her die Polen. Wenn die Mark Brandenburg den ersteren gegenüber den Vorteil hatte, daß sie die entfernteren Grenzgebiete, die von der dänischen Macht eben nur berührt wurden, ihr zu entreißen suchte, so wurde ihr Fortgang und Weiterumsichgreifen im Osten dadurch befördert, daß die polnischen Fürsten und ihre Verwandten in steter Zwietracht miteinander die Einwirkung der Markgrafen erleichterten und selbst hervorriefen.

In dem Polnischen Reiche war damals ein ähnliches Ereignis eingetreten wie jener Überfall, dem der Dänenkönig Waldemar II. erlag. Der Fürst von Ostpommern, Swantepolc, der von einem Kongreß der polnischen Fürsten bei Gonzawa den Beschluß erwartete, ihn in die alte Abhängigkeit zurückzuführen, überfiel dieselben mit einer feindlichen Macht und sprengte sie auseinander. Der polnische Fürst, der das Seniorat verwaltete und als der Monarch von Polen galt, Leszko der Weiße, wurde, indem er zu entrinnen suchte, ermordet. Hierauf konnte unter dem fortwährenden Kampfe der Boleslawiden, welche den Thron besaßen, und der Wladislawiden, die dem gegenüber sich gewaltig aufnahmen, keine feste Gewalt gebildet werden. Auch die Wladislawiden in Schlesien zerfielen untereinander und riefen wetteifernd die benachbarten deutschen Fürsten zu Hilfe: Heinrich von Breslau, den Markgrafen von Meißen, Boleslaw von Glogau, dem auch Lebus gehörte, den Markgrafen von Brandenburg und den Erzbischof von Magdeburg. Da nun die Polen sich mehr auf die Seite von Breslau neigten, hielt es Boleslaw für ratsam, sich der brandenburgisch-magdeburgischen Hilfe durch die Abtretung von Lebus zu versichern. Der Überlieferung zufolge hat er dabei eine ansehnliche Summe Geldes erhalten. Zur Eroberung des Schlosses hat es aber der Gewalt der Waffen bedurft. Der Erzbischof, der Lebus immer zu seinem Sprengel gerechnet hatte, und der Markgraf teilten das Land vollends untereinander.

Noch einmal führte die Vereinigung beider Gewalten zu einem großen unschätzbaren Erfolg. Nicht allein die Landschaften am linken Ufer der Oder wurden damit in den Bereich der deutschen Kolonisation gezogen; der Fall der alten Polenfeste eröffnete den Weg über die Oder. Dazu gab dann der Streit zwischen Pommern und den Piasten von Großpolen unmittelbar Anlaß. Mit diesen trat das askanische Geschlecht in verwandtschaftliche Verbin-

dung; sie hatten nichts dawider, wenn dies seine Herrschaft weiter ausdehnte. In dem Lande über der Oder vordringend, fanden die Markgrafen keinen Widerstand. Einen nicht geringen Anteil nahmen hier die beiden Ritterorden, die schon von Albrecht dem Bären in die Mark berufen worden waren. Er hatte sie auf seiner Wallfahrt kennengelernt und nach seiner Rückkunft die Johanniter mit Werben, die Tempelherren mit Müncheberg ausgestattet, von wo sie sich weiter ausbreiteten. Sie besaßen Geld genug, um damit den in sich hadernden und mit Schulden belasteten fürstlichen Höfen willkommene Aushilfe bieten zu können. Die Besitzungen, die ihnen dagegen verwilligt wurden, säumten sie nicht, durch deutsche Ansiedler zu kolonisieren. Man begann den Urwald, der auch diese Gegend noch bedeckte, zu lichten. Unter der Einwirkung der deutschen Einwanderung, die ihren Zug hierher nahm, sah man in kurzem an dessen Stelle ein blühendes Land, die Neumark, erstehen. Zwischen den Ritterorden und den Markgrafen bestand das beste Verhältnis. Jene erkannten die Landeshoheit, die ihnen Schutz gewährte, hinwiederum an. Wenn das Land Küstrin den Rittern abgetreten wurde, so hinderte das die Markgrafen nicht, in demselben auch ihrerseits Gründungen zu vollziehen. Mit den Ritterorden wetteiferten die Zisterzienser, denen noch unter den slawischen Herzögen reiche Vergabungen zuteil wurden. Die Klöster Lehnin und Chorin verknüpften die neue Landschaft unmittelbar mit den Marken. Aus den Besitzungen, die noch von einem Herzog von Groß-Polen dem Kloster Colbatz in Pommern zuteil wurden, gingen eine Menge Ackerhöfe, die man mit deutschen Bauern besetzte, hervor. Auch die Markgrafen von Brandenburg bedachten dieses Kloster: denn es scheine ihnen ratsam, sagten sie, die geistlichen Erquickungen, die ihnen der Orden gewähre, mit irdischen Gütern zu vergelten. Daß diese Vergabungen kultiviert wurden, kam ihnen dann selbst am meisten zustatten. Schon 1253 ist Frankfurt a. O. und 1257 Landsberg a. Warthe von ihnen gegründet worden. Sie standen gleichsam in der Mitte der großen Kulturbewegungen, durch welche die östlichen Grenzgebiete mit deutschen Elementen erfüllt wurden. Böhmen, vor allem Schlesien, Pommern, Mecklenburg wurden dadurch großenteils germanisiert. Während aber allenthalben in diesen Ländern einheimische Fürsten slawischer Herkunft die deutschen Elemente aufnahmen, war es in Brandenburg ein deutsches Geschlecht, welches sie auf den Grund alter Berechtigungen in dem Lande einführte. Die Germanisierung war syste-

matischer und durchgreifender, sie bildete das wesentliche Moment im Staate.

Ein sehr eigentümlich gestaltetes Gemeinwesen, das auf diese Weise zustande kam. Die slawischen Elemente, die in dasselbe aufgenommen wurden, haben seinen Charakter weniger bestimmt als die romanischen bei den alten westlichen Kolonisationen; es war eine Ausdehnung Germaniens vom linken Elbufer, das dabei erst wirklich in Besitz genommen wurde, bis weit hinaus in die Landstrecke rechts der Oder; das Schwert, das Kreuz und der Pflug haben zusammengewirkt, um es für Deutschland einzunehmen. Wie nicht selten bei den Kolonisationen treten die in der Verfassung der Mutterlande maßgebenden Ideen in verwandten, aber schärfer markierten Gestaltungen hervor. Das Landesfürstentum, das sich zugleich auf Erbrecht gründet, gelangte zu einer stärkeren Autorität als irgendwo sonst: von seinen Vergabungen schrieb sich die Kolonisation größtenteils her. Der Geistlichkeit, die dabei auf das wirksamste mitgearbeitet, ward eine bevorzugte Stellung eingeräumt. Die drei Bistümer: Brandenburg, Havelberg und Lebus, waren die vornehmsten Glieder der gesamten Landschaft, aber sie erhoben sich zu keinerlei Unabhängigkeit: ihre Hintersassen und Untertanen waren dem Markgrafen zum Kriegsdienst verpflichtet. Die durch die Natur getrennten Landschaften bildeten immer staatsrechtlich anerkannte Besonderheiten. Einige der vornehmsten Geschlechter behaupteten Vorzüge, durch die sie dem hohen Adel im Reiche gleichgestellt wurden. Das war überhaupt der Sinn des Lehnssystems, die Pflichten, welche das Verhältnis der Untertänigkeit auflegte, mit einem gewissen Gefühl eigener Selbständigkeit zu durchsetzen. Die Burgmannen und Ministerialen, die den Markgrafen umgaben und die nun in seinen Kriegen, die, wiewohl nicht von großem Belang, doch nicht ohne Gefahr waren, ihm zur Seite standen, erscheinen als ein niederer Adel, voll von Unternehmungsgeist und Eifer, zusammenhaltend und gehorsam. Und auch die Städte, die Bauernschaften, die man gründete, verbanden vermöge der Einrichtungen der Lehnschulzen, welche die Häuser und Hufen besetzten, eine gewisse Selbständigkeit mit der Unterordnung. Die Elemente, welche sie umschlossen, waren noch dürftig und unentwickelt, aber sie enthielten die Keime einer größeren Zukunft, durch und durch eine lebensvolle Organisation. Die Askanier, die an ihrer Spitze standen, waren ein friedfertiges und bildsames, unaufhörlich erwerbendes und fortschreitendes Geschlecht; wo sie erschienen, sproßte Leben auf. Eine große

Autorität gab es ihnen, daß sie in der Hierarchie des Reiches eine der ersten Stellen einnahmen, was um so mehr bedeuten wollte, da die ruhmvollen Geschlechter, in denen sich die Idee des Kaisertums dargestellt hatte, verschwanden, und eine neue Ordnung der Dinge aus den Reichsständen sich herstellte; den Reichsfürsten, namentlich den mächtigsten derselben, erwuchs ein verdoppelter Einfluß auf das gesamte Reich und die Nation.

Wenn bisher die Tätigkeit der Askanier das Talent historischer Darstellung noch nicht in dem Maße auf sich gezogen hat, wie sie es verdient, so rührt das von der Einsilbigkeit und Lückenhaftigkeit der Überlieferung her, die über sie vorhanden ist. Die berühmten Klöster ihrer Stiftung, Lehnin und Chorin, haben ihren sterblichen Überresten eine durch die Religion geheiligte Aufnahme gewährt, aber in ihren Mauern hat sich doch niemand gefunden, der die politische und landesfürstliche Tätigkeit ihrer Wohltäter, ihre moralischen Eigenschaften der Nachwelt im Gedächtnis zu erhalten vermocht hätte.

Zweites Kapitel.

Das Ordensland Preußen.

Es gehörte in den Ideenkreis der sächsischen Kaiser, wenn man, nachdem die Polen den christlichen Glauben angenommen hatten, daran ging, ihn auch bei den Preußen zu verkündigen.

Nachdem Adalbert von Prag dabei umgekommen war, wurde es noch einmal von Bruno von Querfurt versucht. Eine unvergleichliche ideale Gestalt ist dieser Bruno. Er hatte sich an Otto III., der das Christentum in Polen unabhängig machte, angeschlossen, seine Zurückgezogenheit und seine Askese, seine Wallfahrten und seinen Aufenthalt in Rom geteilt. Er lebte und webte in einer religiösen Weltanschauung, vor der die Grenzen und Unterschiede der Nationen verschwinden. Sehr unzufrieden war er mit dem Nachfolger Ottos III., Heinrich II., der mit dem christlichen Polenkönig Krieg führe, selbst in Verbindung mit Heiden, da es seine Pflicht wäre, jenen zu unterstützen, diese zu überwältigen. Er dagegen unternahm durch Lehre und Predigt, im Einverständnis mit dem Polenkönig, die heidnischen Preußen zu bekehren. Schon in den Grenzgebieten erlag er aber, wie bei der Hartnäckigkeit der Preußen und der Schwäche der polnischen Unterstützung vorauszusehen war, einem gräßlichen Märtyrertode, oder wie die Chronik sich ausdrückt: „Er stieg mit seinen fünfzehn Gefährten zum Himmel auf.“ Zwei Jahrhunderte vergingen, ehe die Bekehrung der Preußen wieder ernstlich versucht wurde. Dann aber konnte es nicht auf die Weise wie in den Gebieten der Elbe und Oder geschehen, denn Deutschland war zu ferne, um einen regelmäßigen Einfluß auszuüben, und das benachbarte Polen selbst nicht hinreichend von Kultur durchdrungen, um es zu unternehmen. Es geschah durch ein geistliches Institut, welches aus den allgemeinen Impulsen der abendländischen Christenheit gegen die Ungläubigen entsprungen, doch wieder einen deutschen nationalen Charakter trug, den es noch im Orient annahm. Vergegenwärtigen wir uns die Entstehung desselben.

Mehr als die früheren war der dritte Kreuzzug, der die Wiedereroberung des verlorenen Heiligen Landes zum Ziele hatte, eine Unternehmung der gesamten abendländischen Christenheit. Noch erschien sie als ein einiges Ganze, in welchem sich jedoch die Nationen als Glieder voneinander sonderten. Sehr bezeichnend ist für diesen Gesichtspunkt, wie das Lager der Christen bei der Belagerung von Akkon im Jahre 1190 geschildert wird. Die vereinigten Scharen des Abendlandes bildeten nicht eigentlich ein einheitliches Heer. Die verschiedenen Nationalitäten hatten nebeneinander ihre Stellung genommen: die morgenländischen Ritter unter dem König Veit, der mit seiner Gemahlin und seinen Töchtern zugegen war, auf dem Berge Thoron, südlich von ihm nach der linken Seite nahe einer Moschee die Deutschen und einige andere Nordländer, zu ihrer Seite die Flanderer unter ihrem tapfern Führer, dann in den Gärten der lateinischen Einwohner die Tempelherren, neben ihnen die Johanniter auf dem Grund und Boden, der ihnen schon lange gehört hatte; dann die Pisanen und Lombarden; — auf der rechten Seite Markgraf Konrad von Montferrat, die Franzosen, die Florentiner, die Engländer. Jeder dieser Haufen oder — wenn man will — jede dieser Landsmannschaften hielt in sich selbst zusammen. Ein besonderer Gegenstand der Sorge war die Pflege der Verwundeten, die Beerdigung der Gefallenen. Wir finden wohl, daß in Augenblicken dringender Gefahr geistliche Pilger das Gelübde ablegten, nach glücklich vollbrachter Fahrt sich diesem Dienste zu widmen und es dann eben dort vor Akkon lösten. So sollen die vor kurzem aus Lübeck und Bremen angekommenen Wallbrüder aus dem Segel ihres Schiffes ein Zelt zur Pflege der Verwundeten hergestellt, die Einrichtung, die sie zu diesem Zwecke trafen, dem Führer der Deutschen, Herzog Friedrich, überlassen haben, dem sie zur Stiftung eines Hospitals den Anlaß gegeben habe. Ohne diese schöne Sage geradehin verwerfen zu wollen, kann man doch dem, was sie berichtet, nur einen untergeordneten Wert für den damaligen Moment zuschreiben; denn ein Begräbnisplatz und Hospital der Deutschen bestanden bereits unabhängig hiervon und wurden nach der Eroberung von Akkon in diese Stadt verlegt. Schon seit mehreren Jahrzehnten hatten die Deutschen ein Spital in Jerusalem selbst besessen. Es erfreute sich der besonderen Fürsorge Kaiser Friedrichs I., wie später Friedrich II. rühmt, es war aber mit der Stadt selbst in die Hände Saladins gefallen. Das Spital, das nun nach der Eroberung in Akkon entstand, wurde so sehr als die Fortsetzung des jerusalemischen be-

trachtet, daß es dessen Namen vollständig mit Bezeichnung der Heiligen Stadt annahm: das neue Spital machte immer den Anspruch, der Erbe des alten zu sein und dies in sich darzustellen. Noch war die Krankenpflege in der Weise, wie sie von den Johannitern geübt wurde, die Hauptsache, und niemals war sie notwendiger gewesen; denn eben in jene Gegenden versetzte sich der letzte entscheidende Kampf zwischen den beiden Religionen und Völkersystemen, an welchem die Deutschen bedeutungsvollen Anteil nahmen, der für sie selbst die größte Aussicht darbot. Heinrich VI. dachte sie wie in Sizilien, so im Orient zu Meistern zu machen. Neue Züge unter seinen Auspizien hatten besonders die Deutschen verstärkt. Es ist damals gewesen, daß ein Erzbischof von Mainz einen König von Armenien gekrönt hat. Alledem machte jedoch der plötzliche Tod des Kaisers ein Ende (1197).

Auch in Voraussicht dessen, was nach diesem großen Verluste in Deutschland bevorstand, rüsteten sich die deutschen Herren zur Heimkehr: allein die Stiftung, die durch Heinrich VI. in guten Stand gebracht worden war, wollten sie nicht der Aufsicht der Johanniter, noch dem Zufall überlassen. Sie faßten den Gedanken, den beiden anderen Ritterorden von allgemeiner Bestimmung einen dritten zur Seite zu stellen, der ausschließlich deutsch sein sollte. Wenn sie für das Spital die Ordnung der Johanniter beibehielten, so nahmen sie für die Ritterschaft die Statuten der Templer zu ihrem Vorbild. Beides war auf das engste vereinigt; denn die Schenkungen, die dem Spital zugingen, kamen zugleich der Ritterschaft zugute. Der damalige Vorsteher des Hospitals, Walpot, wurde Ritter und Meister des neuen Ritterordens. Papst Innozenz III., obwohl kein Freund der Deutschen, hielt doch für ratsam, ihn zu bestätigen (1198).

So ist dieser Orden entstanden: von jenem großen Kreuzzuge, welchen Friedrich I. als Kaiser und mit dem Anspruch eines solchen unternahm, ist er eigentlich die einzige Frucht.

Nur langsam gelangte der Orden zu einer gewissen Konsistenz in sich selbst. Das Glück wollte ihm so wohl, daß im Jahre 1211 ein Mann von Geist an seine Spitze trat, Hermann von Salza, der es verstand, in den Konflikten des Kaisertums und des Papsttums, indem er sich unzweifelhaft auf die Seite des ersten neigte, eine solche Haltung anzunehmen, daß er sich auch die Kirche nicht entfremdete. In seiner thüringischen Heimat fand er unter einem einverstandenen Landgrafen die lebendigste Förderung.

Und wie schon lange der Kampf gegen die Ungläubigen im

Abendlande den Zügen nach der heiligen Stätte gleichgeachtet wurde, so wandte der Orden seine Waffen nach dem Okzident. Wir finden die Ritter in dem Burzenlande: die Sache der Ungarn, das heißt, inwiefern diese einen integrierenden Teil der abendländischen Christenheit bilden, gegen die Cumanen führen. Allein sie konnten da nicht viel ausrichten, da es ihnen an einem national-gleichförmigen Rückhalt fehlte. Ganz ein anderes Feld eröffnete sich ihnen, als sie von dem Herzog von Massowien nach der Weichsel zum Kampfe gegen die Preußen berufen wurden. Soeben hatte dort die Bekehrung einige Fortschritte fast im Sinne Brunos gemacht; es war eine ähnliche Richtung, welche im Anfang des dreizehnten Jahrhunderts — so lange nach ihm — der Zisterzienser Christian von Oliva dabei einschlug: er schloß sich, wie einst Bruno, ganz an den Römischen Stuhl an. Innozenz III. nahm ihn bei der Mission, der er sich auf eigenen Entschluß unterzog, gegen den eigenen Orden, der ihn fast als einen Ausgetretenen betrachtete, gegen den Erzbischof von Gnesen und die benachbarten weltlichen Fürsten in Schutz und erhob ihn zum Bischof. So viel erreichte Christian, daß ein paar angesehene, reichbegüterte Häuptlinge zum Christentum übertraten. Hierauf suchte er das Gebiet, das ihn anerkannte, von allem fremdartigen Einfluß loszureißen; er hielt für notwendig, jedem Fremden den Eintritt in dasselbe zu versagen. Und höchst gerechtfertigt in sich selbst, weil es zugleich den ewig gültigen Gefühlen der Menschlichkeit entsprach, war das Mittel, das er zur Ausbreitung des Christentums unter den Preußen ergriff: er rettete die jungen Mädchen, die dort nach der barbarischen Sitte des Landes mit dem Tode bedroht wurden, wenn ihrer mehr als eine in der Familie geboren wurde, und erzog sie im Christentum, in der Hoffnung, auf diese Weise dem Glauben weiteren Eingang in dem Lande zu verschaffen. Zunächst erweckte er aber den Haß der benachbarten Bevölkerung, der um so heftiger entbrannte, als eine bewaffnete Schar unter dem Zeichen des Kreuzes zum Schutz der neuen Stiftung heranzog, im Einverständnis mit dem Herzog Konrad von Massowien, der das Culmerland, welches ihm gehörte, zwischen Christian und dem Führer der Kreuzfahrer teilte. Man mußte erleben, daß die Preußen in die benachbarten Grenzländer mit der heftigsten Wut vordrangen und Massowien weit und breit verwüsteten. Statt die Bekehrung mit seiner Macht unterstützen zu können, bedurfte Konrad vielmehr fremder Hilfe für sich selber, die zugleich die Durchführung der Bekehrung anstreben und insofern einen geistlichen Charakter haben mußte.

Es geschah, soviel man weiß, auf den Rat eines einheimischen Bischofs, daß er nun den Entschluß faßte, gegen diese hartnäckigen und ihm selbst gefährlichen Heiden den deutschen Orden zu Hilfe zu rufen.

Der Orden genoß damals eines hohen Ansehens und erschien weit und breit im Reich als die würdigste Genossenschaft für die jungen Edelleute, die nicht an ihre Scholle gefesselt sein wollten. Vornehmlich die Krankenpflege, der er sich mit Einsicht und Erfolg widmete, verschaffte ihm Freunde und Gönner. Den deutschen Häusern, die zu diesem Zwecke errichtet wurden, zugleich an der Saale zu Halle und an der Donau zu Regensburg, flossen reiche Begabungen zu. Durch die Klasse der Halbbrüder, welche sich dem Orden anschlossen, ohne an die Gelübde gebunden zu sein, und doch seine Vorrechte in bezug auf die Exemptionen teilten, gewann er ausgebreitete Verbindungen und ergebene Anhänger. Man überließ ihnen Kirchenpatronate mit dem Ertrag der Zehnten und anderen Einkünften. Begüterte Edelleute, die etwa in dem Orient gewesen waren, oder solche, welche eine schwere Verschuldung abbüßen wollten; auch andere, die nur ein gutes Werk zu stiften meinten, namentlich in Thüringen und Hessen, machten ihnen ihre Besitztümer oder einen Teil derselben zum Geschenk. Die Ballei von Thüringen gilt als die älteste, als die zweite die hessische. Landgraf Ludwig der Heilige in Thüringen, dem auch Hessen angehörte, gewährte ihnen Freiheit von Zöllen und andere Exemptionen. Von den geistlichen Herren wurden sie als die besten Kämpen Christi begrüßt und unterstützt. Der Erzbischof von Trier überließ ihnen ein großes, damals verfallenes Spital in Koblenz; der Erzbischof von Salzburg Liegenschaften in Kärnten. Der römische König Heinrich hat ihnen ein Augustinerkloster in Bern, das er aufzuheben Anlaß fand, mit den geistlichen Gerechtsamen, die es besaß, übereignet. Ihr größter, unermüdlichster Förderer aber war Kaiser Friedrich II.; er hat dem Orden in Altenburg im Osterlande ein Hospital zugewiesen, mit der Bestimmung, daß die Überschüsse der Verwaltung für die Ordensbrüder im Heiligen Lande verwendet werden sollten, denn dieses Ziel verlor der Kaiser niemals aus den Augen. Es mußte ihm erwünscht sein, eine Verbindung des deutschen Adels zu idealen Zwecken, die denn auch einmal die seinen werden konnten, in Gang zu setzen: vielleicht den größten Dienst hat er ihm dadurch geleistet, daß er der Genossenschaft in Nürnberg, hierin gegen seine Gewohnheit den Fußtapfen Kaiser Ottos IV. nachfolgend, die Kapelle in der Burg mit allen ihren

geistlichen und weltlichen Gerechtsamen und bald darauf ein reich ausgestattetes Hospital mit allen dazugehörigen Höfen und Zinsleistungen übertrug; es wurde das vornehmste Hospital des Ordens in Deutschland.

In den altsächsischen Gebieten fand der Orden weniger Teilnahme, weil man daselbst schon in anderen Verbindungen zu verwandten Zwecken begriffen war; aber in dem oberen und mittleren Deutschland schlug derselbe überall Wurzel; er war im besten Fortgange begriffen, als ihm jene Einladung des Herzogs von Massowien zukam. Das damit verbundene Anerbieten eines Besitzes an der Weichsel konnte nicht anders als willkommen sein. Doch war es dies allein nicht, was den Ordensmeister Hermann von Salza bestimmte, denselben in Erwägung zu ziehen: auf ihn machte es den vornehmsten Eindruck, daß dadurch dem Orden ein großartiger Schauplatz der Tätigkeit und Kraftentwicklung eröffnet wurde.

Die starke, volkstümliche und in ursprünglicher Energie bestehende Organisation des Heidentums in Preußen war es doch, was dem fortschreitenden bewaffneten Christentum, aus dessen Ideen der Meister seine Antriebe schöpfte, Einhalt tat. Diese Heiden zu überwältigen, ihr Land zu christianisieren, war für ihn und seinen Orden die würdigste Aufgabe. Er forderte seinen Freund, den Kaiser, auf, nicht allein die angebotene Landesschenkung gutzuheißen, sondern zugleich die große Unternehmung gegen Preußen zu genehmigen und durch sein Wort zu autorisieren. Der Kaiser zweifelte nicht, daß ihm das Recht dazu zustehe: denn auch Preußen gehöre unter die Monarchie des Imperiums, welches nach den Begriffen jener Zeiten die Welt umfaßte. Und auf Hermann von Salza setzte er, weil er ein durch Reden und Taten gewaltiger Mann sei und dafür glühe, seinem Orden eine große Besitzung zu erwerben, unbegrenztes Vertrauen; er werde mit aller Kraft an das Unternehmen gehen und, wenn er es einmal angefangen habe, nicht wieder davon abstehen wie so viele andere. Er bestätigte dem Orden nicht allein die Schenkungen des Herzogs, sondern sicherte ihm die Eroberungen, die er machen werde, mit fürstlichen Prärogativen zu; er verlieh ihm die Regalien, die Jurisdiktion und alle die Gerechtsame, welche ein Reichsfürst ausübe (1226).

Die Genehmigung des Kaisers war bereits erteilt, als die Unterhandlung mit dem Herzog über die Abtretung des Culmer Gebietes ernstlich in die Hand genommen wurde. Sie hatte eine eigentümliche Schwierigkeit in der Stellung des Bischofs

Christian, der seine auf päpstlicher Bestätigung beruhende besondere geistliche Autorität auch unter den veränderten Umständen festzuhalten begehrte, während doch die Privilegien des Ordens eine selbständige bischöfliche Mitwirkung ausschlossen. Seine Exemptionen von jeder äußeren bischöflichen Gewalt waren vollständig: er betrachtete die geistliche Macht, als ihm selbst inhärierend, als einen Teil seines Bestehens. Beim Römischen Stuhle fanden die Einreden des Bischofs Berücksichtigung, aber Hermann von Salza war durch seine persönliche Stellung zwischen Papst und Kaiser dem Bischof weit überlegen; und wie hätte nicht auch der Römische Stuhl einem Unternehmen von so großer Aussicht gegenüber jedes Bedenken fallen lassen sollen, was demselben von vornherein hinderlich geworden wäre.

Das allgemeine Verhältnis war bedachtsam und umsichtig im voraus geordnet, als eine letzte Einigung mit dem Herzog das Culmerland, das bereits wie verloren für ihn war, dem Orden als sein Eigentum zusprach. Unverzüglich schickten sich hierauf die Ritter an, dem Herzoge in seinem Kriege mit den Preußen zu Hilfe zu kommen.

Es ist vielleicht der Mühe wert, auf die ersten geringfügigen Anfänge des großen Unternehmens einen flüchtigen Blick zu werfen. Der Herzog Konrad von Massowien war von den Pomesanen, deren Häuptling sich in der Gegend von Thorn eine Burg gebaut hatte, nicht wenig bedrängt. Die Ordensritter taten den Streifzügen desselben durch eine wohlangebrachte Verschanzung am linken Weichselufer Einhalt. Dann überschritten sie den Fluß; am rechten Ufer diente ihnen eine gewaltige Eiche mit ihren Ästen und Zweigen zu einer rohen Art von Brückenkopf, der von einem Graben umzogen, zugleich eine Befestigung bildete. Die älteste Erzählung ist: die Preußen hätten hier drei Verschanzungen gehabt: aus einer derselben habe sich die Besatzung zum Kampf im freien Felde gestellt. Man darf sich nur einen Einzelkampf von geringer Ausdehnung denken. Denn die Ordensbrüder und ihr Meister waren nur ihrer acht, aber, wie durch ihre Waffen, so durch Kriegsübung den Gegnern überlegen: diese fallen sämtlich im Kampfe bis auf ihren Hauptmann, der den Rittern hierauf seine Verschanzung übergibt, ihnen bald darauf Zugang zu der anderen verschafft und endlich auch den Befehlshaber der dritten, seinen nahen Verwandten, überliefert, der dann gräßlich umgebracht wird.

Hierauf wurde Thorn gegründet, dessen Namen gelehrte Kenner der Epoche wohl auch als eine Erinnerung an die berühmte Höhe

Thoron bei Akkon betrachtet haben. Die Ritter versäumten keine Zeit, das umliegende Land in Besitz zu nehmen und nach deutschem, mittelbar Magdeburger Recht den in germanisierten Landschaften ausgebildeten Gewohnheiten gemäß einzurichten, nicht jedoch ohne eigene, auf die Pflicht der Verteidigung bezügliche Abweichungen. In der Urkunde der Culmischen Handfeste trafen sie zugleich ohne Rücksicht auf Bischof Christian, zumal da derselbe in die Gefangenschaft der Preußen geraten war, solche Einrichtungen, kraft deren die geistliche Gewalt von ihnen abhängig blieb.

Die unterscheidende Eigentümlichkeit der Ritterschaft bestand darin, daß sie eine stehende Miliz bildete, welche das militärische Prinzip mit dem geistlichen, von dem alles ausging, vereinigte, und daß sie in diesem Augenblick zugleich als Landesherrschaft auftrat.

Von der Idee, mit der sich der Bischof getragen hatte, die Preußen durch indirekte Einwirkung zu bekehren, konnte seit der letzten gewaltsamen Erhebung derselben nicht mehr die Rede sein, sie mußten mit den Waffen zurückgedrängt und überwältigt werden. Viel zu schwach waren die Ritter, um für sich selbst zu diesem Werke zu schreiten: erst der Zuzug der benachbarten Fürsten und Herren machte sie dazu fähig. Und wenn früher wohl zuweilen das Lokalinteresse der Fürsten den Anordnungen der Kirche, welche auf die Vernichtung der hartnäckigen Ungläubigen drang, in den Weg trat, so lag hier ein solches außerhalb des Ganges der Begebenheit. Die Führer, unter denen die kriegerischen Scharen herbeizogen, dachten nicht daran, für sich selbst Eroberungen zu machen; sie kamen, für den Glauben und den Orden zu kämpfen.

Als ein solcher erscheint zuerst Burchard VI. aus demselben Hause Querfurt, aus welchem der heilige Bruno stammte, der dort noch heute in sagenhaftem Andenken lebt; wieviel lebendiger mußte dies in jenen Zeiten sein: es war, als wollten die Nachkommen den Tod ihres Ahnherrn an den Heiden rächen. Das Haus war im zwölften Jahrhundert in den erblichen Besitz der Burggrafschaft Magdeburg gelangt, welche wohl 500 Schilde ins Feld zu stellen vermochte. Es schloß sich den Hohenstaufen an, zu denen es in verwandtschaftlichen Beziehungen stand. Burchard III. finden wir bei den italienischen Feldzügen Friedrichs I.; Burchard IV. begleitete diesen Kaiser nach dem Orient; er hat sein Grab in Antiochien gefunden. Dessen Brüder Gebhard und Konrad, welcher das Bistum Würzburg und das Amt eines kaiser-

lichen Kanzlers versah, nahmen eifrigen Anteil an dem von Heinrich VI. veranstalteten Kreuzzuge, an den die Stiftung des Ordens anknüpft. Diesen selbst hat das Geschlecht und die Verwandtschaft desselben mit reichen Vergabungen bedacht. Es lag sehr nahe, wenn nun Burchard VI., Sohn des IV., die Waffen zugunsten des Ordens bei dessen großem Vorhaben gegen Preußen ergriff. Als nun bei seiner Ankunft die Kriegsunternehmungen erneuert, Schlösser erobert oder gebaut wurden, stellte sich ein größeres Heer der Preußen, welches dem ganzen Volke angehört zu haben scheint, der vorrückenden Ritterschaft entgegen. Es kam einmal zu einer wirklichen Feldschlacht, die dadurch entschieden wurde, daß, indem die Ritter zum Kampfe gegen die Preußen in ihrer Front heranzogen, die Polen im Rücken derselben erschienen. Die Preußen erlitten eine vollkommene Niederlage, ohne einen besonderen Verlust des christlichen Heeres.

Die von den Preußen errichteten Burgen zu brechen, war vornehmlich das Werk des jungen Markgrafen Heinrich von Meißen, der mit einer stattlichen Ritterschar herbeikam und eine nach der anderen bezwang. Ohne Gnade waren alle dem Tode verfallen, die sich mit den Waffen in der Hand betreffen ließen. Man darf die Unterwerfung Pomesaniens, des rechten Weichselufers überhaupt, dem Eifer und den Veranstaltungen dieses Fürsten — es ist derselbe, dem man den Beinamen des Erlauchten gibt — zuschreiben. Durch den Ertrag des erzgebirgischen Bergbaues war er reicher als seine Nachbarn. Er richtete ein paar Schiffe her, die zu kriegerischen Zwecken brauchbar waren, und ließ selbst einige Mannschaften zu ihrer Bedienung bei seiner Abreise zurück. Der Landmeister wußte sie aufs beste zu verwenden. Hermann Balk darf unter den namhaften Kriegsführern der Deutschen nicht vergessen werden: ihm wird die Errichtung fester Plätze und Leitung der Unternehmung zuzuschreiben sein. Es war ein großer Schritt in derselben, daß er die beiden Schiffe benutzte, um Elbing zu gründen. In kurzem sah man die Segel des Ordens auf dem Frischen Haff erscheinen. Kein Nachen der Eingeborenen wagte sich zu zeigen. Ein weiterer Erfolg war die Eroberung von Balga, worauf sich der Krieg in die Länder der Pogesamier und Warmier versetzte. Indem diese gereizt und gefährdet alle ihre Kräfte gegen die kleine Feste sammelten und die Ritter in der Tat dieselbe verlassen zu müssen fürchteten, erhielten sie aufs neue Hilfe aus Deutschland. Es war der Herzog von Braunschweig, Otto, genannt das Kind; denn in sehr frühen Jahren hatte er für sich selbst stehen müssen. Damals war es

Kurfürst Johann Siegmund von Brandenburg.

ihm beim Umschwung aller großen Verhältnisse gelungen, sich mit den Hohenstaufen zu versöhnen und sein altes Erbe zu einem Herzogtum umzugestalten. Er kam mit einer gewissen fürstlichen Pracht, mit seinem ganzen Hofe, selbst seinem Jagdgefolge. Eben zur rechten Zeit traf er ein, um den Verzagten Mut einzuflößen. Als die Eingeborenen heranrückten, ließ er, wahrscheinlich unterrichtet davon, daß sie nicht zusammenhalten würden, die Tore der Festung weit öffnen und drang in ihre Reihen vor. Er brachte ihnen eine Niederlage bei, die als entscheidend angesehen werden konnte.

Das preußische Land war durch die deutschen Waffen im Westen abgeschnitten, wie im Süden, so auch vom Norden aus umfaßt und im Innern durch wiederholte Niederlagen geschwächt. Zugleich war dem Orden eine Weltverbindung eröffnet, die ihm schon jetzt zustatten kam, überdies aber seine Macht in großen Dimensionen verstärken sollte.

Auf der Ostsee und den Küstenlanden, die ihr Becken umsäumen, rangen von jeher finnische, slawische und germanische Völkerelemente um das Übergewicht. In Wisby, welches die Handelsverbindung zwischen Deutschland und Rußland vermittelte, war allmählich der deutsche Kaufmann Meister geworden. An die Niederlassungen, die in Nowgorod gegründet wurden, schloß sich die Besitznahme der Gestade der Dünamündungen an, bei der das Schwert und das Kreuz mit dem Handel zusammenwirkten. Unter der Hoheit des Bischofs war der Orden der Schwertritter gestiftet worden, der die deutsche Herrschaft in Livland begründete. Die Dänen, die sich gegen Estland wandten, waren immer in Streit mit der livländischen Ansiedlung; aber auch auf diese Regionen wirkte der Niedergang der dänischen Macht, den wir erwähnten, zurück. Die deutschen Seefahrer gelangten zum Übergewicht auf der Ostsee, als der Deutsche Orden dahin vordrang.

Ohne Zweifel hatten die Lübecker bereits an der Gründung Elbings teilgenommen, wie denn einer alten Überlieferung nach auch der Herzog von Braunschweig auf deutschen Schiffen anlangte. Die Besitznahme dieser Küste kann, wenn wir nicht irren, bereits als das gemeinschaftliche Werk der deutschen Ritter und Städte angesehen werden; ihre Verbindung wird schon durch die erwähnte Sage angedeutet. Und da nun die Schwertritter in Livland inne wurden, daß sie allein gelassen dem Andringen der benachbarten feindlichen Populationen nicht gewachsen seien: so boten sie dem Deutschen Orden an, sich mit ihm zu vereinigen.

Obwohl die beiderseitigen Interessen beinahe identisch waren, so zweifelte dieser doch, ob er darauf eingehen sollte, da die Schwertritter, die unter den Auspizien ihres Bischofs kämpften, eine abweichende Verfassung hatten. Aber eine Niederlage, welche der Schwertorden erlitt, wobei sein Heermeister umkam, machte jeden Zweifel schwinden. Denn nur durch die Unterstützung des Deutschen Ordens konnte die entfernte Ansiedlung sich behaupten. Balk übernahm die Verwaltung der beiden Landmeistertümer. Es war das letzte Werk Hermanns von Salza, daß er die mannigfaltigen Schwierigkeiten, welche sich am römischen Hofe auch aus Rücksicht auf Dänemark der Vereinigung entgegenstellten, beseitigte.

In der Fürsorge für den Orden, den er fast als sein eigenes Werk betrachten konnte, verband Hermann von Salza mit einem Blick, der die Welt und die Aufgabe der Zeit umfaßte, ein seltenes diplomatisches Talent, um inmitten einander entgegenstrebender Potenzen das Erreichbare zu ergreifen und durchzuführen. Er entsprach dem Vertrauen, das der Kaiser von Anfang an auf seinen Eifer, seine hohe Begabung und seine Standhaftigkeit gesetzt hatte.

So weit war man gekommen. Der Grund einer neuen Herrschaft längs den lettischen und preußischen Grenzen und Küsten war gelegt; ein Staat eigentümlichster Art, welcher die weltliche Autonomie, die er in der Eroberung selbst erwarb, mit einem hohen Grade geistlicher Unabhängigkeit verband, war gestiftet: in der Idee von allgemein kirchlicher Natur, in seiner Erscheinung ausschließend deutsch, eine unschätzbare Gebietserweiterung für die deutsche Nation. Wenigstens hier wirkte das Papsttum mit dem Kaisertum zusammen. Den Marken der lateinischen Christenheit erwuchs in dieser Aufstellung ein neues Bollwerk: doppelt notwendig, da ein Ereignis eintrat, welches die Gestalt des europäisch-asiatischen Kontinents von Grund aus veränderte.

Der mongolische Völkersturm erhob sich, der von den Höhen Ostasiens China, Indien, Vorderasien, den europäischen Norden überwältigte und zugleich von Osten her das Abendland bedrohte. Es ist überhaupt der Moment, von welchem der Fortgang der äußeren Welthistorie beherrscht wird. Die Macht der Piasten wurde dadurch unmittelbar betroffen und in ihrer Energie gebrochen: die soeben germanisierten slawischen Grenzlande wurden erreicht und überflutet.

Man darf wohl sagen, die Gründung des Ordenslandes würde ein Jahrzehnt später, als sie geschah, kaum möglich gewesen

sein. Denn dann erhoben sich die heidnischen Elemente unter der Einwirkung einer Macht, die das Heidentum wieder begünstigte, zu einer neuen Stärke. Die Aufgabe des Ordens gewann aber dadurch an welthistorischer Bedeutung; er hatte die abendländische Kultur im europäischen Osten zu schützen. Die fernere Überwältigung der Preußen bekam universale Wichtigkeit. Aber auch die Schwierigkeiten stiegen in demselben Maße an. Herzog Swantepolc von Ostpommern ergriff den Augenblick, um seiner Feindseligkeit gegen den Orden Raum zu geben. Er erscheint als der Verbündete der Neubekehrten und auch der heidnischen Preußen, deren Widerstand gegen die strengen Einrichtungen und das nicht selten gewaltsame Verfahren des Ordens Unterstützung bei ihm fand. Die angebahnte Besitznahme des Landes wurde dadurch gehemmt und selbst rückgängig.

Eben diese Lage aber rief dagegen das Gemeingefühl der abendländischen Christen zugunsten des Ordens wach. In den päpstlichen Bullen werden alle Gläubigen zum Kampfe ermahnt: denn von Tartaren und ihren Genossen würden Estland, Livland und Preußen, welche durch die Ordensbrüder zum katholischen Glauben gebracht seien, mit dem Verderben bedroht. Alle benachbarten Nationen werden aufgefordert, sich dem Verderben, das sie selbst ereichen könne, mit äußerster Anstrengung zu widersetzen. Diesmal war es ein Minorit, des Namens Bartholomäus, der besonders in Böhmen, Mähren und Galizien das Kreuz mit überraschendem Erfolg predigte. Aus diesen Gegenden, in denen man die Mongolen bereits kennengelernt und eigentlich das Beste gegen sie getan, kam nun auch dem Orden der mächtigste Zuzug, den er jemals erhalten hat. Dem König Wenzel von Böhmen kommt bei der Abwehr der Mongolen ein großes Verdienst, vielleicht das vornehmste zu. Dessen Sohn Ottokar II. trat an die Spitze der Unternehmung zugunsten des Ordens; er war in diesem Augenblick die glänzendste Gestalt im östlichen Europa. Unter der Autorität des Römischen Stuhls, mit dem er in engster Beziehung stand, hatte er soeben den Frieden mit Bela IV. von Ungarn geschlossen, der sich nicht außer aller Verbindung mit dem Groß-Khan der Mongolen befand. Damals war Österreich in Ottokars Händen, welches allein eine Provinz des Ordens, und zwar eine der reichsten bildete. Unter all den mannigfachen Irrungen, in denen er begriffen war, machte er es doch möglich, mit einer zahlreichen Heerschar einen raschen Zug nach dem Ordenslande zu unternehmen. Man erzählt, er habe, indem er heranrückte, einem alten Preußen aus Samland einen Teil seines

Heeres gezeigt und gefragt, ob sein Vaterland einer solchen Macht Widerstand leisten würde; auf die bejahende Antwort desselben habe der König ihn zahlreichere Scharen sehen lassen, jedoch die nämliche Antwort bekommen; hierauf habe er ihm sein ganzes Heer vorgeführt, der Preuße aber bei diesem Anblick ausgerufen: gegen eine solche Macht sei aller Widerstand vergebens. In der Tat konnte Samland, wohin der Zug sich wendete, der Übermacht nicht widerstehen. Zugleich machte es einen gewissen Eindruck auf die Menge, daß ein König sie bekämpfe, der sie auch wieder schützen könne. Man sagt, Ottokar selbst habe den Platz zu einer neuen Burg mit treffendem Blick ausgewählt; es war Königsberg. Noch wichtiger als die zur Verteidigung geeignete lokale Beschaffenheit war die geographische Position: zwischen dem Frischen Haff und dem Kurischen, recht die geeignetste zur Verbindung der Kolonien längs der Küste der Ostsee. Insofern brachte der Zug des Böhmenkönigs eine weitreichende Wirkung hervor.

Auf der anderen Seite entwickelte sich dieser Verbindung mit den lebenskräftigen Elementen der abendländischen Christenheit gegenüber eine Feindseligkeit von nachhaltigster Bedeutung gegen den Orden. Eine preußische Chronik versichert, der Fürst von Litauen, Mindowe, sei bereits für den Orden gewonnen gewesen, als ihn eine Unbill, die er von einem Ordensgebietiger erfuhr, anderen Sinnes gemacht habe. So mag es sein. Es wäre ein Fall, in welchem eine Frage welthistorischer Natur durch persönliche Verstimmung entschieden worden wäre. Noch mehr aber fällt es ins Gewicht, daß die Großen des Landes, für ihre Unabhängigkeit besorgt, dem Fürsten entgegenlaufende Vorstellungen gemacht haben. Die Litauer konnten sich entweder den Tartaren anschließen, wobei ihr Heidentum und die damit verwachsene innere Verfassung ungefährdet blieb; oder sie konnten sich denen zugesellen, welche, unter der Fahne des Kreuzes heranziehend, ihnen eine neue Form des Glaubens und des Lebens brachten. Sie hatten, sozusagen, zwischen dem Mongolen-Khan und dem Papste zu Rom zu wählen; sie verwarfen in diesem Augenblick den Papst und die große in seinem Namen streitende Genossenschaft in ihrer Nähe. Dadurch aber gaben sie den stammesverwandten Preußen, denen das Christentum in der Form der Unterjochung gebracht wurde, Mut und Rückhalt zu immer neuem Widerstand. Die Ritter konnten den unaufhörlich aufflammenden Empörungen, von denen sie zuweilen sehr ernstlich bedroht wurden, nur mit Mühe widerstehen. Ihr Blick wendete sich abermals auf König Ottokar,

auf den auch die Päpste noch ihr ganzes Vertrauen setzten. Urban IV. erinnerte ihn im Jahre 1264, daß die schismatischen Russen und die Litauer, die an Gott nicht glauben, mit den Tartaren durch ein verdammungswürdiges Bündnis vereinigt, keinen Widerstand mehr in Polen fänden; ihre Absicht gehe dahin, die durch die Brüder des Deutschen Ordens mit ihrem Blut erworbenen Gebiete denselben zu entreißen, sie zu verwüsten und den christlichen Glauben daselbst wieder auszurotten. Einige Jahre später fügte Klemens IV. den Ermahnungen ein für Ottokars Ehrgeiz verführerisches Versprechen hinzu; er forderte denselben auf, die Ungläubigen, Litauer und Jazygen mit Krieg zu überziehen, wofür ihm alle Länder, die er erobere, zufallen sollen, die ausgenommen, welche dem preußischen Orden gehören. Ottokar ging hierauf ein und ließ sich von dem Orden den Besitz der Länder, die er erobern werde, gewährleisten. Er suchte sich zu vergewissern, daß seine Eroberungen der Kirche von Olmütz, die er zur Metropole für alle seine Länder zu erheben dachte, unterworfen bleiben würden. Wie Österreich würde auch Polen durch den Böhmenkönig absorbiert worden sein. Der richtigste Gedanke, der dabei hervortrat, war vielleicht, daß eine Art von stehender Miliz zur fortwährenden Kriegführung gegen die Ungläubigen errichtet werden sollte. Ottokar gehört zu den immer weiter emporstrebenden genialen Naturen, die ihre Kräfte allzu hoch anzuschlagen gewohnt sind. Er unternahm seinen Zug 1268, aber die ungünstige Witterung in dem unwegsamen Lande und die auf allen Seiten auftauchenden Feindseligkeiten hinderten die Unternehmung in ihren ersten Anfängen. Das Widerstreben und der Abfall der unterworfenen Preußen erneuerte sich um so drohender.

Aufs neue blieb denn der Orden, da seine eigenen Kräfte noch immer nicht ausreichten, auf die Hilfe benachbarter deutscher Fürsten angewiesen. Auch die Askanier fanden unter ihren eigenen verwandten Unternehmungen doch noch Zeit, ihre Kräfte gegen die allgemeinen Feinde zu wenden. Entscheidend war die Teilnahme, welche Dietrich von Landsberg, der Sohn jenes Markgrafen Heinrich von Meißen, der Sache widmete: wie denn Thüringen, Meißen und das Osterland damals überhaupt eine der vornehmsten Pflanzschulen für die Ritter des Deutschen Ordens bildeten. Die Namen unbedeutender Ortschaften sind durch ihre alten Besitzer in die Annalen des Ordenslandes unvergänglich eingeschrieben. Markgraf Dietrich versprach die feste Burgwehr, die Natangen zu seiner Verteidigung errichtet hatte, dem Tapfer-

sten zu verleihen. Zwei Grafen von Rheinstein vom Fuße des Harzes trugen den Preis davon; fünfzig wackere Ritter sind dabei erlegen; aber das Land wurde eröffnet. Der Markgraf nahm Stellung bei dem Markte Gerkin, von wo er das Land nach allen Seiten durchzog; einen Teil seiner Mannschaften ließ er bei seiner Abreise zurück, um den Krieg ununterbrochen fortzusetzen. Endlich beugte die Landschaft ihren stolzen Nacken. Der tapfere Heerführer der Natangen, Monte, fiel einem Schöneberg in die Hand und büßte seinen Widerstand mit dem Leben. Auch an die eingeborenen Preußen trat die Notwendigkeit einer Wahl zwischen der heidnischen und christlichen Welt heran. Ein Teil derselben, selbst aus den vornehmen Geschlechtern, den Withingen, unterwarf sich dem Papste und dem Orden, der ihnen schützende Bedingungen gewährte.

Dadurch wurden die eingenommenen Landschaften beruhigt. Andere hielten an der großen heidnischen Kombination fest, wie die Litauer, zu denen sie übertraten. Gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts, nach einem Kampfe von mehr als sechzig Jahren, konnte die Eroberung von Preußen als gesichert angesehen werden. Auch hier war mit der Kolonisation die Aufgabe verbunden, Grund und Boden vor den eindringenden Naturkräften zu sichern. Den Überflutungen der See setzte man starke Dammbauten entgegen: die der Weichsel wurden durch zusammenhängende Deiche gebändigt, in den Niederungen der Weichsel und Nogat sind die ersten Einrichtungen der Ansiedler noch heute zu erkennen. Anderseits diente die Jagd nicht allein zum Vergnügen, sondern zugleich zum Besten des Landes; sie sollte Wölfe und Bären vernichten.

Der Charakter einer Kolonie war der vorherrschende in dem neuen Lande. In dem Prinzip zwar lag es, die Einwohner zu schonen, wenn sie das Christentum annahmen, und ihnen gerecht zu werden; aber die unaufhörlichen Rebellionen wurden für den Orden und die Kirche ein Motiv der Entsetzung für die Widerstrebenden aus ihrem Erbteil; die Getreuen aus dem Adel, die Withinge, behaupteten für ihre Güter alle Allodialrechte und eine bevorzugte Stellung. Allein sie waren nicht sehr zahlreich, und da das Land durch die Kriege verwüstet worden, so bot sich ein weiter Raum für die neuen Pflanzungen dar. Der Orden betrachtete sich als Eigentümer des Landes. Die ritterliche Hilfe, die ihm geleistet wurde, belohnte er durch reiche Vergabungen: ganze Dörfer der Eingeborenen wurden den Genossen der Eroberungen überliefert. Den heranziehenden Ansiedlern in Stadt

und Land sind die Hufen, die man ihnen anwies, verkauft worden; woher sie kamen, nimmt man aus den Namen der Ortschaften ab. Eigentümlich war die Ansiedlung freier Eigentümer in besonderen Gehöften. Das Recht des Kaufs und Verkaufs war gewährleistet, doch trug man Sorge, daß nicht etwa ein Einheimischer seinen Besitz an die Einzöglinge verkaufte, um sich dann mit dem Ertrag davonzumachen. Allenthalben um dieselbe Zeit zwischen Oder und Elbe und in Schlesien wurden Städte gegründet; einige mit den Vorrechten, die das Lübische Recht verleiht; sie standen mit der Hanse, die hierher gewaltig zurückwirkte, in genauester Verbindung; andere wurden in strenger Unterordnung gehalten. Doch gab ihnen der Orden das Versprechen, in ihren Ringmauern keine Befestigungen anzulegen. Er sorgte für die Sicherheit der Straßen und des Verkehrs: Räuber wurden bis in die entferntesten Gegenden verfolgt. In seinem Innern hielt der Orden noch eine strenge Zucht aufrecht, wie sie dem Sinn einer religiösen Genossenschaft entsprach. Man hütete sich vor Mitgliedern von zweifelhaftem Ruf. Keiner von allen sollte das Wappen seines Geschlechtes führen, nur einen großen Zweck, den der christianisierenden Eroberungen, sollte man vor Augen haben. Der Orden gelangte allmählich durch die Einkünfte der Balleien, den Verkauf der Ländereien, die Beiträge der fernen Gläubigen in einen guten finanziellen Zustand. Er war reicher und kräftiger als andere benachbarte Gewalten; stark hauptsächlich dadurch, daß auch die Einzöglinge, die Ritter, nach dem verschiedenen Maß ihrer Erwerbungen und zugleich die ihnen unterwürfigen Bauerschaften zur Heeresfolge verpflichtet waren. Die Städte haben in einem oder dem anderen Zusammentreffen den Sieg entschieden.

Nicht eigentlich eine Adelsrepublik wurde hier gegründet. Der Orden, der die Landesherrschaft ausübte, war in dem Sinne der abendländischen Christenheit gegliedert; er bildete eine aristokratisch-monarchische Korporation nach strengen Satzungen, die er sich nicht gegeben hatte, noch willkürlich verändern konnte. Seine Herrschaft war drückender als die eines dynastischen Fürstentums, weil sie exklusiver war. Der im Lande angesiedelte, eingesessene Adel wurde von dem Eintritt in den Orden ferngehalten. Eine staatsähnliche Einheit erhielt alles dadurch, daß der Hochmeister des Ordens seinen Sitz in Preußen nahm.

Hundert Jahre nach der Eroberung war Akkon gefallen, mit der Stadt auch das Hospital, das bis dahin noch immer das Haupthaus des Ordens gebildet hatte. Die Hochmeister suchten sich

hierauf eine Freistätte in Venedig, wo jedoch ihres Bleibens auf die Länge nicht sein konnte, weil die Irrungen zwischen der Republik und dem Papste die ruhige Sicherheit störten, deren man bedurfte, und fremdartige und undienliche Rücksichten auflegte. Bei der Wahl eines neuen Sitzes war dann die Macht der Gebietiger in Preußen bestimmend. Bei einem Besuche daselbst hatte der Hochmeister Hohenlohe so wenig Gehorsam gefunden, daß er daran dachte, sein Amt niederzulegen: denn bei einem solchen Zustande könne er es nicht mit gutem Gewissen verwalten. Siegfried von Feuchtwangen, der seine Wahl dem Übergewicht der dortigen Gebietiger verdankte, urteilte, daß er nur in ihrer Mitte eine dem nunmehrigen Zustand angemessene Stellung erlangen werde. Er nahm Wohnung in Marienburg. Wer kennt dieses bewundernswürdige Bauwerk nicht, das den Beschauer, sowie er es betritt, gleichsam mit einem Mitgefühl jener Zeiten und Zustände erfüllt: es ist zugleich ein Denkmal der Unabhängigkeit des Ordens, seiner Größe und seiner Verfassung.

Drittes Kapitel.

Verhältnisse des Ordenslandes zu Polen, der Mark zu Kaiser und Reich.

So waren zwei große deutsche Gründungen nach Osten hin vollzogen, zwei Kolonisationen, die eine binnenländisch zwischen Elbe und Oder mit ansehnlichen Landstrichen auf dem linken Ufer des einen und auf dem rechten des anderen dieser Ströme; die andere jenseits der Weichsel längs der Seeküste und in einer Lage, die ihr die Herrschaft auf der Ostsee, zumal unter der immer anwachsenden Beteiligung der deutschen Städte zu verheißen schien. Der Charakter derselben liegt darin, daß es nicht bloße Territorialerwerbungen waren; sie wurden unter dem Impuls der Fortschrittsbewegung der Christenheit, zugleich aber doch zur Abwehr fremder Nationalitäten vollzogen[1]. Obgleich germanisch, waren sie doch auch der Einwirkung der skandinavischen Mächte entgegengesetzt; obgleich in dieser Beziehung, sowie durch die Absicht, das Heidentum zu vertilgen, den Slawen gleichartig, denselben doch auch wieder beschwerlich und selbst verhaßt, inwiefern sie Gebiete, welche Wenden und Polen entweder besessen hatten oder für sich in Anspruch nahmen, in deutsches Land verwandelten. Ihren Ursprung verdanken sie den weltumfassenden Gesichtspunkten der deutschen Kaiser und Könige, von dem ersten Sachsen an bis zum letzten Hohenstaufen. Doch sind sie keineswegs von denselben ausgeführt worden: die eine war das Werk eines mit dem Reiche und der Kirche verbündeten, an den Grenzen weit und breit erbberechtigten Geschlechtes; es hatte in den inneren Streitigkeiten der Reichsgewalten für sich selbst Stellung genommen und den Nachbarn gegenüber seine eigene Politik verfolgt: die andere entsprang aus den kirchenpolitischen Antrieben des deutschen Adels, denen der Kaiser auf dem Grund einer imperialen Weltstellung freien Raum schaffte. Den Päpsten ebensosehr verpflichtet wie dem

[1] Den Zusammenhang mit den allgemeinen Weltverhältnissen zu zeigen, hatte sich Ranke auch bei diesem Werke besonders vorgenommen. Vgl. Seite 10.

Kaiser, hatte der Deutsche Orden das Heidentum an der bedeutendsten Stelle, die es noch einnahm, vertilgt und eine Landesherrschaft gegründet, welche nach innen und nach außen hin als unabhängig gelten konnte; während die Mark zu dem Reiche gehörte und sogar an der Konstituierung der Reichsgewalt wesentlichen Anteil nahm.

In der Mitte fremder, eifersüchtiger oder feindlicher Bildungen und Nationalitäten blieben sie doch auf sich selbst angewiesen; denn das Reich war nicht in der Verfassung, eine einheitliche Aktion auszuüben. In Deutschland rechnete man auf ihre eigene Lebensfähigkeit und ihre durchaus kriegerische Organisation. Ob sie in dem nicht ganz homogenen Zustande, in dem sie waren, und getrennt voneinander, im Konflikt mit den naturwüchsigen und selbst in lebendiger Bewegung begriffenen benachbarten Völkern und Reichen dazu fähig sein würden, war nicht über allen Zweifel erhaben. Im Anfange des vierzehnten Jahrhunderts traten Umstände ein, durch welche den beiden Kolonisationen möglich zu werden schien, an den Ausflüssen der Weichsel sich auf immer zu vereinigen, die aber zugleich mehr als irgend etwas anderes dazu beitrugen, den Gegensatz der slawischen Nationalität aufzuregen. Es ist nicht viel daran gelegen, von welcher Seite diese Konflikte ausgegangen, ob sie Angriff oder Verteidigung gewesen sind: sie waren unvermeidlich, weil die größten Interessen einander gegenüberstanden.

Pommerellen. Das Weichseldelta.

Der Erbe des kriegerischen Swantepolc von Ostpommern, dessen wir oben gedachten, Mestwin II., hatte keine Leibeserben; und es war zweifelhaft, welchem von seinen näheren Verwandten er seine Landschaften hinterlassen würde: ob dem Fürsten von Rügen oder dem polnischen Herzog von Kalisch. Der erste, obwohl slawischer Herkunft, konnte doch als ein deutscher Fürst gelten; die Oberlehnsherrlichkeit von Brandenburg, unter dessen Einfluß er stand, hätte er ohne Schwierigkeit anerkannt. Er traf mit dem Bischof von Kammin, seinem Bruder, im Jahre 1292 zu Angermünde eine Abkunft, in der sie sich anheischig machten, diesen Anspruch mit aller Macht zu verteidigen. Und soviel man weiß, war Mestwin geneigt, dem beizustimmen, da er kurz vorher von dem Markgrafen bei einer Hungersnot mit Lebensmitteln unterstützt worden war. Dem aber setzten sich die einheimischen Magnaten, die von keinem Deutschen regiert werden wollten, ent-

gegen. Unter ihrer Einwirkung wurde der Fürst von Kalisch, Przemisl, zum Erben bestimmt. Noch bei Lebzeiten Mestwins finden wir ihn mit fürstlicher Gewalt verfügen; nach dessen Tode nahm er das Land in Besitz. Und noch eine größere Bedeutung bekam diese Beziehung gleich darauf, als derselbe Fürst zum König von Polen gewählt und gekrönt wurde. Auch dies geschah im Widerspruch gegen einen von dem deutschen Wesen ergriffenen slawischen Fürsten. Denn nicht eigentlich in dem schroffen nationalen Gegensatz zwischen Polen und Deutschen bewegte sich der Streit. Man muß vielmehr, wenn wir nicht irren, ein durch die Begebenheiten und den Zug der Dinge hervorgebrachtes deutsch-slawisches Element unterscheiden, ein eigentümliches Produkt der Epoche, das sich durch sich selbst forttrieb und den Gegensatz des reinen Slawismus hervorrief. Damals gelangte jenes nach dem gewaltsamen Tode Przemisls noch einmal zum Übergewicht. König Wenzel II. von Böhmen, einer der mächtigsten Fürsten der Zeit, welcher dieser Richtung recht eigentlich angehörte, erlangte nicht ohne Hilfe der Markgrafen von Brandenburg den Besitz der polnischen Krone, auf welche ihm alte Erbansprüche zustanden; und wurde auch auf Grund einer kaiserlichen Belehnung in Pommerellen anerkannt. Er begünstigte, wie in den übrigen Landschaften, so auch hier die einheimischen Gewalthaber. Bei weitem der angesehenste unter diesen war der Palatin von Stolpe und Danzig, Swentza, der sich wohl von Gottes Gnaden Graf-Palatin von Pommern geschrieben hat: König Wenzel ließ ihn unbeirrt und wußte ihn zu gewinnen. Sein Sohn und Nachfolger, Wenzel III., trug kein Bedenken, den Markgrafen von Brandenburg, die ihm dagegen in den Verwicklungen über die Erbschaft in Meißen wichtige Konzessionen machten, die Oberherrlichkeit zuzugestehen und selbst das Recht seines Vaters auf die Lande an sie zu übertragen (1305). Es schien nicht anders, als ob unter diesem zusammenwirkenden Einfluß das slawisch-deutsche Element, wie es sich jetzt unter dem Übergewicht der Deutschen gestaltet hatte, Böhmen, Schlesien, Mecklenburg und Pommern beherrschte und in Polen bereits mächtig vorgedrungen war, die Oberhand davontragen würde.

Diesem Fortgang tat nun aber die Ermordung Wenzels, des letzten aus seinem ruhmvollen Geschlecht (im August 1306), plötzlich Einhalt. Der verdrängte Piast Wladislaw Lokietek gelangte, wie in Polen, so auch in Pommerellen zur Anerkennung und machte es zu seiner Aufgabe, hinwiederum das polnische Element allenthalben zur Herrschaft zu bringen. Der Moment hat so

viel Bedeutung für die folgende Zeit, daß wir desselben wohl mit einiger Ausführlichkeit gedenken dürfen. Nicht zufrieden mit der ihm von dem pommerellischen Adel und dessen Führer geleisteten Huldigung, erhob Wladislaw seine Vettern von Kujavien zu seinen Stellvertretern in dem Lande, und übergab die Burgen Danzig, Dirschau, Schwetz an polnische Kastellane. Darüber aber erwachte das Selbstgefühl der einheimischen Machthaber. Der Graf-Palatin Swentza und seine Söhne waren nicht geneigt, sich, wie es hierdurch geschah, faktisch entsetzen zu lassen, überdies hatten sie bedeutende Geldforderungen zu machen; sie wandten sich an den Markgrafen, der um seiner eigenen Ansprüche willen nicht säumte, sie zu unterstützen. Der Natur der Sache schien es zu entsprechen, daß nun auch der Orden mit Brandenburg und Pommerellen gemeinschaftliche Sache machen und alles tun würde, um die Polen auszuschließen.

Da zeigte sich aber doch, daß die Interessen der beiden deutschen Kolonisationsstaaten keineswegs zusammengingen. Die Brandenburger waren im Einverständnis mit den deutschen Einwohnern in Danzig eingedrungen. Noch hielten sich der Landrichter Bogussa und die Kastellane Wladislaws in der Burg. Zwischen der Besatzung derselben und den Bewaffneten in der Stadt kam es zu mörderischen Kämpfen, in welchen jedoch das offenbare Übergewicht auf seiten der letzteren war. Vergeblich war es, Hilfe von Wladislaw zu erlangen; er hat die Besatzung in aller Form auf Raub und Beute angewiesen. Abgeneigt, diesem wenig königlichen Rate zu folgen und selbst unfähig dazu, wandte sich Bogussa an den in nächster Nähe mächtigen Orden und rief ihn zu Hilfe, indem er ihm zugleich Ersatz für die Kosten, die er aufwenden würde, zusagte. Für den Orden war der Antrag von größter Wichtigkeit. Weder die Polen noch auch die Brandenburger konnte er wünschen, in diesen Regionen Herr werden zu sehen, da seine Macht mit dem Übergewicht der deutschen Hanse aufs engste verbunden war. Für ihn selbst war dieser Besitz von unschätzbarem Werte. Und ohne Zweifel haben die Gebietiger von Anfang an den Gedanken gehegt, sich desselben zu bemächtigen. Auf der Stelle erschien einer von ihnen, mit dessen Hilfe die Burg für die Polen behauptet wurde. Kaum aber war das geschehen, so ereignete sich, wie so oft, daß man über die Bezahlung in Streit geriet. Der Orden setzte sich in den Besitz der Burg und gleich darauf der Stadt. Auf der einen Seite richtete er seine Feindseligkeit gegen die pommerschen Ritter, welche anwesend waren (es kam zu den gewaltsamsten Szenen), auf der anderen

aber und noch entschiedener gegen die Polen selbst. Weder Dirschau noch Schwetz konnte der Orden in deren Händen dulden. Er eroberte sie mit gewaffneter Hand, sich darauf stützend, daß Wladislaw die Kosten der Unternehmung zu tragen verweigere. Was die Erwerbung für den Orden zu bedeuten hatte, erkennt man, wenn man sich der Lage Marienburgs erinnert, welches eben damals der Sitz des Hochmeisters wurde. Für Brandenburg hätte es diese Bedeutung nicht gehabt; auch brach darüber keine Entzweiung zwischen dem Markgrafen und dem Orden aus. Der Orden war reich genug, dem Markgrafen seine Ansprüche mit Geld abzukaufen; und dieser, in tausend anderen Unternehmungen begriffen, zögerte nicht, den Preis anzunehmen. Dabei erkannte dann der Orden die Rechte des Markgrafen auf Ostpommern, die sich vom Reiche herschrieben, also die Rechte des Reiches an. Unter Teilnahme des Markgrafen wurden diese durch Heinrich VII., der überhaupt, wie man weiß, die kaiserliche Autorität in aller Welt zu erneuern unternahm[1], bestätigt. Dagegen erhoben die Polen lauten und zum ersten Male nachhaltigen Widerspruch. Jener Wladislaw, der Pommerellens entsetzt worden, nahm das Vorhaben seines Vorwesers, die polnische Krone herzustellen, mit besserem Glücke als dieser, wieder auf. Er hatte dabei die Unterstützung der polnischen Hierarchie, welche die Ausdehnung der kirchlich autonomen Macht des Ordens verabscheute. Der Päpstliche Stuhl sprach sich anderer Rücksichten halber nicht offen und unbedingt dafür aus; aber die polnischen Bischöfe waren seiner Beistimmung sicher, wenn sie ihren Fürsten zum Könige krönten. Gleich bei diesem Akt wurde das Recht auf Ostpommern gewahrt, mit dessen Erwerbung durch den Orden auch der päpstliche Hof wenig einverstanden war. Zu dem System desselben in dieser Zeit gehörte es, die Rechte des Kaisertums selbst in die Hand zu nehmen. Zwischen dem Papsttum und der neuen Krone bildete sich das engste Einverständnis zum Nachteil der kaiserlichen Autorität. Gerade in Polen ging der Peterspfennig am einträglichsten ein.

In den Feindseligkeiten, die dann eintraten, hatte der Orden, dem die Erwerbung Böhmens durch das Haus Luxemburg zustatten kam, die Oberhand. Er konnte einmal daran denken, sich Großpolens zu bemächtigen, wodurch er mit Schlesien, das in diesen Zeiten an Böhmen überging, in unmittelbare Verbindung getreten wäre. Eventualitäten wie diese machen es begreiflich,

[1] Weltgeschichte VII, 7 ff.

daß der Nachfolger Wladislaws, Kasimir, genannt der Große, der seinen Ruhm in den Beschäftigungen des Friedens sah, um diesen herzustellen, sich entschloß, Pommerellen abzutreten. Er hat selbst einmal dem Hochmeister einen Besuch gemacht und ein freudiges Erstaunen über den guten Zustand, in dem sich die Ordensländer befanden, kundgegeben: der Orden konnte dann seine Kräfte ungeteilt gegen die heidnischen Litauer wenden. Neben Ungarn, Böhmen, Polen bildete er die vierte Macht an den Marken der lateinischen Christenheit, um sie vor den Einbrüchen der Tartaren und ihrer Anhänger zu schützen. In ihm erschien die Direktion der Geister, welche auf den Kampf gegen die Ungläubigen gerichtet war, noch immer am nachhaltigsten, was ihm zahlreichen Zuzug und großen Ruf in aller Welt verschaffte. Er stieg noch immer empor und hatte die größte Epoche seiner Macht und seines Glanzes.

Ganz anders war es indessen in der Mark gegangen.

Brandenburg im Kampfe zwischen Bayern und Luxemburg.

In Markgraf Waldemar besaß der Stamm der Askanier noch einmal einen Sprößling, der sich den Bestrebungen der Altvordern entschlossen und glücklich anreihte. Das wichtigste Ereignis in seinem Leben dürfte sein, daß er sich der Stadt Stralsund gegen den Fürsten Witzlaff von Rügen und König Erich von Dänemark annahm. Dadurch wurde veranlaßt, daß sich ein Bündnis der nordischen und norddeutschen Fürsten gegen ihn bildete, an welchem auch der König von Polen Anteil hatte. Die Nachbarn der Mark, die durch seine Übermacht zurückgedrängt waren, faßten den Entschluß, derselben ein Ziel zu setzen. Es war eine Fehde in dem Charakter dieser Zeit, aber von ungewöhnlichem Umfang, die er mutvoll bestand. Seine Kriegshandlungen waren nicht immer glücklich; die Stellung jedoch, die er einnahm, eine großartig umfassende. Dagegen, daß er seinen Anspruch auf Pommerellen nicht unbedingt festhielt, wird sich immer etwas sagen lassen; aber wohl war er zu schwach dazu und schon genug, daß er es für deutsche Kolonisation rettete. Er behielt den Landstrich zwischen der Leba und Grabow; er behauptete die gegen Polen vorgerückte Grenze der Neumark; noch im Jahre 1417 verfügte er über Land und Stadt Driesen samt der Heide nach der polnischen und dem Berge nach der deutschen Seite hin. Sein Gebiet umfaßte das Land Budissin und den größten Teil

der Lausitz, die Pfalz Sachsen, die durch die Mark Landsberg nicht wenig vergrößert war, eine ganze Anzahl von Schlössern an der Saale und Unstrut; unter seiner Schutzvogtei stand die Abtei Quedlinburg; eine Herrschaft von weitem Umfange, entsprechend der ursprünglichen Stellung der Grafen von Ballenstedt in deutschen und wendischen Ländern.

Seine Tätigkeit war wie die der meisten andern Fürsten mit unaufhörlichen Vergabungen und Erwerbungen, die das Land fast wie einen großen Güterbesitz erscheinen lassen, und Erteilung von Privilegien erfüllt, aber zugleich lebte er in vollem Gefühl des Rittertums. Wie sein Oheim Otto mit dem Pfeile erschien er gern mit vollem Waffenschmuck auf den großen Turnieren. Bezeichnend ist die Bestimmung in einem seiner Verträge mit König Erich, daß derselbe ihm neunundneunzig Mannen zu Rittern schlagen solle, darunter zwanzig Edle und Herren. Man bemerkt von ihm, daß er noch mehr mit fremden Kräften als mit seinen eigenen ausgerichtet habe. Er war verschwenderisch und prachtliebend, klein von Gestalt, aber von unverwüstlicher Körperkraft, immer fertig zum Kampfe, ein Schrecken seiner Feinde und Nachbarn. Er schien eine große Zukunft für sich zu haben, aber er starb eines frühen und unerwarteten Todes, der zugleich das Ende seines Geschlechts ankündigte. Man sagt, noch im Anfange des vierzehnten Jahrhunderts seien einst ihrer neunzehn dieses Geschlechts auf dem Markgrafenberge bei Rathenau beisammen gewesen; im Jahre 1320 war von allen kein Erbe mehr übrig.

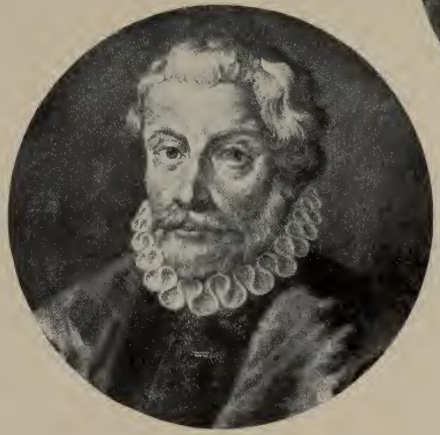
Der Abgang der Dynastie, durch welche und mit welcher das Land emporgekommen, war nun aber der größte Verlust, den es erleiden konnte: denn mit dem persönlichen Tun und Lassen der Fürsten und ihrem Verdienst hing sowohl die Form seiner Angehörigkeit zu dem Deutschen Reiche als die Haltung, die es mit autonomen Bewegungen in der Mitte der Nachbarn einmal genommen hatte, zusammen: das landschaftliche Selbstgefühl war mit der Dynastie verschmolzen. Der Orden war insofern stärker durch seine Verfassung, die keine Unterbrechung zuließ. Brandenburg wurde nach dem Tode Waldemars von den Feindseligkeiten heimgesucht, die bisher zurückgedrängt, aber nicht erstickt worden waren: jetzt bedrohten sie die Selbständigkeit des Landes.

Über die Erbfolge war nichts verfügt. Und wenn der Bund der Nachbarn, die, von dem Markgrafen gefährdet, ihn angriffen, zurückgewiesen und gesprengt worden war, so hatten dieselben

doch ihre Ansprüche nicht aufgegeben. Sie erhoben sich jetzt auf allen Seiten, um sie zur Geltung zu bringen. In der einen oder der anderen Form fanden sie Unterstützung bei den Insassen der verschiedenen Landschaften.

Für das Fortbestehen der Markgrafschaft, an die sich zugleich eine kurfürstliche Würde knüpfte, konnte es als ein glückliches Ereignis betrachtet werden, wenn der römische König Ludwig der Bayer sie an seinen gleichnamigen Sohn übertrug. Diesem gelang es dann, unter der geschickten Führung des ihm zur Seite beigegebenen Bertholds von Henneberg den alten Bestand der Landschaften zu behaupten, ungefähr wie er sich später erhalten hat. So aber standen die Dinge doch nicht, daß die enge Verbindung mit der Reichsgewalt nur Vorteile für das Land im Gefolge gehabt hätte. Ludwig der Bayer war als Kaiser in die heftigste Entzweiung mit dem Papsttum geraten; und es konnte nicht anders sein, als daß dies auch auf die Lande, die man als sein eigen betrachtete, zurückwirkte. Ein Einfall der Polen in die Mark wurde aus diesem Grunde von den Päpsten gutgeheißen und unterstützt. Noch mehr hatte es mit einem staatsrechtlichen Verhältnis auf sich, das hierbei in Frage kam. Die Lehnsherrlichkeit über Pommern, wie oft hatte man darüber gekämpft, bildete den Gipfelpunkt der askanischen Politik; der Kaiser suchte anfangs sie festzuhalten. Aber in Pommern war man mit dem Stande der allgemeinen Angelegenheiten hinreichend bekannt, um den günstigen Augenblick, den der offene Zwiespalt zwischen dem Kaiser und dem Papst darbot, nicht ungenutzt zu lassen. Um sich der Lehensherrschaft Brandenburgs, welches an Bayern gekommen war, zu entledigen, entschlossen sich die Herzöge zu dem außerordentlichen Schritte, das Land dem Papste als Lehen aufzutragen, was derselbe mit Freuden annahm. So weit aber wollte der Kaiser es doch nicht kommen lassen. Er zog es vor, die Oberlehnsherrlichkeit Brandenburgs fallen zu lassen und die Herzoge von Pommern als reichsunmittelbar anzuerkennen, zufrieden mit der Bestimmung, daß die Erbfolge in Pommern, wenn die regierende Dynastie aussterbe, an Brandenburg gelangen solle. Am empfindlichsten aber war es für das Land, daß es in die Bestrebungen des Kaisers, seine Hausmacht zu vergrößern, hineingezogen wurde; eben der Markgraf von Brandenburg wurde zum Gemahl der Gräfin Margaretha von Tirol bestimmt, wodurch dieses Land an Bayern übergehen sollte; aber damit waren die weitaussehendsten anderweiten Verwicklungen verbunden. Margaretha hatte, und zwar durch den Kaiser selbst, dessen Recht

Kurfürst Joachim II.



Kurfürst Johann Georg.

Kurfürst Joachim Friedrich.

dazu doch erheblichem Zweifel unterlag, von dem luxemburgischen Fürsten, mit dem sie verheiratet gewesen war, geschieden werden müssen. Hierüber brach der Hader zwischen Luxemburg und Bayern, der schon seit einiger Zeit bemerkt worden war, in vollen Flammen aus.

Von Anfang an soll die Absicht vorgewaltet haben, die Nachfolge in Brandenburg nicht an Bayern, sondern an Luxemburg zu bringen. Es erhellt nicht, ob man im Lande davon gehört hat; aber gewiß konnte demselben nicht daran gelegen sein, daß Tirol von Luxemburg an Bayern überging. Die Märker entfremdeten sich der Dynastie, wie diese sich ihnen entfremdete.

In die Geschicke der Mark haben diese Verhältnisse aufs bedeutendste eingegriffen: erst in dieser Epoche haben sich in ihr allgemeine Stände gebildet. Denn wenn in den früheren Zeiten von dem Rate der Getreuen und der Vasallen die Rede ist, so werden damit doch nur die Herren und Mannen bezeichnet. Diesen zur Seite hatten in den inneren Irrungen, welche der Besitzergreifung der höchsten Gewalt durch Waldemar vorangingen, auch die Städte in den verschiedenen Landesteilen politische Bedeutung erlangt und nach dessen Tode behauptet. Die immer wiederholten Anforderungen des Markgrafen Ludwig, seine großenteils fremde Umgebung, seine schlechte Geldwirtschaft regten die Landschaft zu allgemeinem Widerwillen gegen ihn auf, der im Jahre 1345 zu einer großen Manifestation gelangte. Bereits war es zwischen Luxemburg und Bayern zu Feindseligkeiten gekommen, die zwar wieder beigelegt wurden, jedoch nicht ohne Verlust der Mark; Städte und Ritterschaft hatten sich dabei gerüstet. Da geschah es nun, daß Markgraf Ludwig eine neue Auflage ausschrieb, einen Schoß, den man unerträglich fand. Bei dem Schwanken aller Verhältnisse, dem sinkenden Ansehen des bayerischen Hauses überhaupt, fühlten sich Mannen und Städte stark genug, um sich der Anforderung zu widersetzen. Ihre Beschlüsse sind sehr entschieden oppositioneller Natur. Da zu erwarten war, daß der Markgraf kraft seines landesherrlichen Rechtes zu Eintreibungen und Pfändungen schreiten werde, so vereinbaren sie untereinander, daß niemand aus dem Nachteil des andern einen Vorteil für sich ziehen solle. Sie sagen es nicht mit dürren Worten; aber sie deuten es unverhohlen an, daß sie Widerstand leisten wollen; die Städte sollen den Rittern, die Burgen den Städtern offen sein. Sie verlangen die Gerechtsame zurück, die sie unter der vorigen Regierung besessen hatten. Man bemerkt den Unterschied der Zeiten: das bisher seiner Landesherrschaft

unbedingt ergebene Land nimmt der neuen Dynastie gegenüber eine drohende Haltung an. Wenn diese ihre Stellung im Reiche überhaupt zu erweitern und zu verstärken suchte, so war dagegen das Land entschlossen, seine eigene Selbständigkeit zu behaupten. In späteren Anträgen findet sich sogar, daß die Stände auf die Aufstellung der bewaffneten Macht Einfluß verlangen.

In diesen Zwiespalt fällt nun die Erscheinung des falschen Waldemar: der Fürst, an dessen Namen sich die Erinnerung an die alten Zustände von äußerer Größe und innerem Gedeihen knüpfte, sollte nicht gestorben, sondern nur auf einer langen Wallfahrt begriffen gewesen, jetzt aber zurückgekommen sein, um sein früheres Gebiet für sich und sein Haus zurückzufordern. Noch bis zur Stunde wird hie und da seine Echtheit behauptet, aber man wird bei Erwägung alles dessen, was dabei äußerlich vorkam, wohl nie über das Urteil der damaligen Schöffen hinauskommen. Sie sagten: wenn sie schwören sollten, ob er echt oder unecht sei, würden sie sich doch mehr für das letzte erklären. Wenn er sich bei dem Volke leicht Eingang verschaffte, so beruht das auf dem Gefühle der Selbständigkeit, welches in dem Lande lebte und durch die eintretende Entfremdung des bayerischen Hauses erweckt wurde. Auf das Absterben großer Dynastien sind ja auch sonst häufig, durch die Umstände und zufällige Ähnlichkeiten veranlaßt, Menschen hervorgetreten, die ihnen anzugehören vorgaben und damit Glauben fanden. So ist nach dem Untergang der Hohenstaufen ein neuer Friedrich II. erschienen; so haben der falsche Sebastian und Demetrius nach dem Absterben der älteren Dynastien in Portugal und in Rußland Anhänger gewonnen. Es ist wie eine genealogische Lebensform; denn nur ungern und schwer gewöhnten sich von alters die Völker, die angestammten Fürstengeschlechter nicht mehr an ihrer Spitze zu sehen.

Und ebenso schwer ist es allezeit, daß neue Dynastien sich gründen und festigen. Noch ganz andere Momente wirken darauf ein, als die Frage über Echtheit und Unechtheit eines Prätendenten. Kein Zweifel ist, daß bei den Irrungen in der Mark die oppositionellen Tendenzen der Städte eine große Rolle gespielt haben. Man liest in einem Briefe Ludwigs des Römers (27. Juli 1350) an die Bürgerschaft von Köln: „Daß er wohl wisse, wer die Veranlassung zu den Hindernissen gegeben habe, die er und sein Bruder in der Mark gefunden; es sei niemand anders gewesen, als die Ratmannen in Berlin und Köln, welchen daher auch alle bösen Folgen zugeschrieben werden müßten.“ Aber noch bedeu-

tender erwies sich jener Hader zwischen Luxemburg und Wittelsbach. Karl IV., Sohn König Johanns, war indessen zum römischen König gewählt worden (1347), fand aber auch nach dem Tode seines Vorwesers, Ludwigs des Bayern, in dessen Hause und Anhang den größten Widerstand[1]. Ludwig der Brandenburger, der selbst nach der Krone getrachtet hatte, erweckte ihm in Günther von Schwarzburg einen Gegenkönig, der doch immer einige Aussicht hatte. Um ein Gegengewicht zu schaffen, erkannte Karl IV. den falschen Waldemar an, dem die Mark selbst anhing, und unternahm einen Kriegszug zu seinen Gunsten. Das eine Moment greift mit dem anderen selbst in den einzelnen Handlungen und Ereignissen zusammen. Dabei bemerkt man noch ein besonderes dynastisches Motiv. Bei dem Heere war auch jener luxemburgische Johann, dem Tirol durch die von Kaiser Ludwig ausgesprochene Scheidung seiner Ehe mit der Erbin dieses Landes, mit welcher sich dann der Brandenburger Ludwig vermählt hatte, entzogen worden war. Dieser wollte jetzt Vergeltung üben. Karls IV. Geschichtschreiber weist mit Befriedigung darauf hin, wie tief Markgraf Ludwig die Kränkung empfunden haben werde, als er von den Zinnen von Frankfurt her die Belehnung Waldemars mit der Mark ansehen mußte: doch glaubt auch er nicht an die Echtheit desselben, er sieht in der Anerkennung des Prätendenten nur einen Kunstgriff, um dem bayerischen Hause beizukommen. Nachdem der Zweck erreicht war, ließ Karl IV. Waldemar fallen: wie das Aufkommen, so rührte auch die Vernichtung desselben von ihm her. Am Tage liegt, daß es dabei nicht sein Verbleiben haben konnte. Obgleich eigenartig angelegt und entwickelt, konnte die Mark doch nicht über sich selbst verfügen: ihr Schicksal hing von der Bestimmung der Reichsgewalt ab, die in diesem Falle von dem Erbrecht der Agnaten abgesehen hatte. Wenn nun Ludwig der Bayer das Land für sein Haus innebehielt, wahrscheinlich doch mit Hintansetzung einer den Luxemburgern gemachten Zusage, so meinte der Kaiser aus dem Hause Luxemburg befugt zu sein, es seiner Familie zuzueignen: nicht aber mit Gewalt versuchte er das, sondern auf seine Weise durch geschickte Benutzung der Umstände, allmählich und soviel immer möglich in gesetzlichen Formen. Sehr zustatten kamen ihm dabei die inneren Zerwürfnisse in dem bayerischen Hause, welche schon bei Lebzeiten Ludwigs des Brandenburgers gärten, aber erst nach seinem Tode infolge der Ansprüche auf die Verlassen-

[1] Weltgeschichte VII, 47 f.

schaft des von ihm hinterbliebenen Sohnes, der nicht lange nachher ebenfalls mit Tode abging, zum Ausbruch kamen. Sobald dieser gestorben war, setzte sich Herzog Stephan in den Besitz von Oberbayern, ohne auf das Anrecht der brandenburgischen Linie Rücksicht zu nehmen: diese hielt sich nun auch ihrerseits für berechtigt, von den verwandtschaftlichen Verhältnissen abzusehen.

Wenn Karl IV. in der Sache des falschen Waldemar schon in unmittelbare Verbindung mit dem Lande gekommen war, so trat er nun auch mit dem in Brandenburg regierenden Zweige des bayerischen Hauses in eine solche. Sie ist von einer sehr außerordentlichen Natur.

Im Februar 1363 ließ sich Stephan in Oberbayern huldigen; im März dieses Jahres trat Ludwig der Römer in eine Erbverbrüderung mit Karl IV., in welcher er gleichsam von dem bayerischen Hause abfiel und zu dem luxemburgischen überging. Für den mit einiger Wahrscheinlichkeit, freilich noch nicht mit Gewißheit vorauszusehenden Fall, daß er und sein Bruder Otto ohne männliche Deszendenz versterben sollten, wurde der Sohn und eventuell der Bruder des Kaisers, die in die Brüderschaft und Erbschaft der Markgrafen aufgenommen seien, zu Erben derselben bestimmt; sie sollten sogleich den Titel Markgrafen führen. Das Abkommen wurde so feierlich als möglich getroffen, von den Kurfürsten für statthaft erklärt und im Namen des Reiches bestätigt. Bald darauf erschien Karl IV. selbst in der Mark; von dem Erzbischof von Magdeburg unterstützt, empfing er die Huldigung der Städte, denen dagegen die ihnen von den früheren Markgrafen erteilten Privilegien gewährleistet wurden.

Es war gleichsam eine Allianz zwischen der märkischen Landschaft und dem Hause Luxemburg zur Ausschließung des bayerischen, bei der noch einige dynastische Formen gewahrt wurden, unter der Autorität des Römisch-Deutschen Reiches. Doch war die Sache damit noch nicht ausgemacht: sie gestaltete sich zu einer großen europäischen Kontroverse. Zwischen den drei östlichen Reichen Ungarn, Polen und Böhmen schien es nicht selten zu ernsten Konflikten kommen zu müssen. Ungarn und Polen waren in der Regel verbündet, die unter Karl IV. emporkommende Macht von Böhmen reizte ihre Eifersucht. Sie traten dann in Bund mit den deutschen Fürsten, welche der luxemburgischen Macht widerstrebten, namentlich mit den Herzögen von Bayern. Bündnisse wurden geschlossen, die recht eigentlich gegen Karl IV. gemeint waren, in denen man doch aber sich

scheute, ihn zu nennen. Besonders war Kasimir von Polen mißvergnügt, wenn sich bei dem Abgang eines schlesischen Herzogs Karl IV. der Gebiete desselben bemeisterte. Höchlich zuwider war ihm die Erweiterung des böhmischen Machtgebietes über die Lausitz und die Mark.

Daß Kasimir im Jahre 1370 unerwartet starb, machte insofern keinen merklichen Unterschied in der Politik, weil dadurch Ungarn und Polen auf das engste durch Personalunion verbunden wurden. Besonders tätig war dabei Ladislaw von Oppeln, der durch seine Mutter Euphemia, Tochter Roberts von Neapel, Nichte des Königs von Polen, Schwester des Königs von Ungarn, sehr nahe Beziehungen zu beiden Höfen hatte und eine nicht geringe Autorität genoß. Der aber hatte nun auch, da seine nächsten Verwandten in Oppeln Lehnsleute des Kaisers waren, ein großes Interesse dabei, einen Bruch zwischen dem König von Ungarn und Karl IV. zu verhüten. Er begab sich selbst zu König Ludwig und fand ihn sehr geneigt, sich mit dem Kaiser zu versöhnen. Nur in einem Punkt, dem Verhältnis zu Bayern, wies er das von der Hand.

Die Berichte über die Verhandlung sind für die Diplomatie dieser Epoche sehr charakteristisch; die Vorschläge, die dabei gemacht wurden: alle Ausgleichungsversuche waren vergeblich. Eine Zusammenkunft der beiden Fürsten, von der man redete, schien besser vermieden zu werden, solange sie über diese entscheidende Frage entzweit waren. Karl IV. ließ sich jedoch durch das Verhalten des Königs von Ungarn in seinem Vorhaben nicht irremachen. Er nahm vielmehr davon Anlaß, in seiner Eigenschaft als römischer Kaiser mit allem Nachdruck aufzutreten. Dem Römischen Stuhle, der in diesen Streitigkeiten eine vermittelnde Stellung innehielt, brachte er in Erinnerung, wie gefährlich es für das Reich sei, daß König Ludwig die Fürsten desselben an sich ziehe; und wie verderblich es für die Christenheit überhaupt werden könne, wenn die benachbarten Ungläubigen, durch diese Entzweiung angeregt, in die Grenzgebiete einbrächen; er bemerkte sodann, daß es große Verwirrung verursachen würde, wenn man künftig nicht einmal wisse, wer bei der nächsten Reichsvakanz die Kurstimme, die an den Besitz von Brandenburg geknüpft sei, zu führen habe. Den Markgrafen Otto, der sich den Interessen des bayerischen Hauses wieder angeschlossen hatte, bezeichnete er als einen Wortbrüchigen, dessen Verhalten ihn, den Lehnsherrn, zur Einziehung seines Lehens berechtige. Er erklärte dem Papste geradezu, daß er sein gutes und wohl-

erworbenes Recht mit gewaltiger Hand und selbst durch Krieg geltend zu machen gedenke.

Indem er dem dynastischen Vorhaben zugleich eine das Wohl des Reiches und der Kirche umfassende Bedeutung beimaß, versäumte er nichts, was dazu dienen konnte, es ins Werk zu setzen. Er hatte es durch mancherlei Bündnisse mit den Nachbarn vorbereitet, wie er denn deshalb den Fürsten von Mecklenburg die ihnen erteilte herzogliche Würde bestätigte. Ein stattliches Heer sammelte sich bei Fürstenberg an der Oder. Wie hätte Otto und sein anwesender Vetter Friedrich demselben widerstehen können! Sie hatten auf eine europäische Kombination zu ihren Gunsten gerechnet, und wenigstens öffentlich hatte König Ludwig ihre Sache noch nicht aufgegeben. Damals aber wäre es ihm unmöglich gewesen, nachdrücklich einzuschreiten. Im Frühjahr 1373 nötigten ihn seine Differenzen mit der Republik Venedig, die seine Friedensvorschläge zurückgewiesen hatte, zu den ernstlichsten Veranstaltungen, zum Kriege gegen dieselbe. Überdies wurde allenthalben in Ungarn gegen Tartaren und Türken, deren Einbrüche man besorgen mußte, das Kreuz gepredigt. Selbst in Polen erhob sich ein Nebenbuhler gegen Ludwig. Unter diesen Umständen konnte er es nicht darauf wagen, mit dem römischen Kaiser, der zugleich König von Böhmen war, in Krieg zu geraten. Karl IV. hatte für sein Unternehmen gerade den rechten Zeitpunkt gewählt, um es durchzuführen. Dabei aber lag ihm doch alles daran, ehe eine Änderung in den Verhältnissen eintrat, zu seinem Zwecke zu kommen, und zwar, soviel wie möglich, durch eine gütliche Abkunft. Er fand es ratsam, den beiden Fürsten, die sich endlich zur Unterwerfung entschlossen, gute Bedingungen zu gewähren.

Otto erneuerte die Verzichtleistung Ludwig des Römers im Namen des gesamten bayerischen Hauses zugunsten des luxemburgischen in Böhmen und Mähren: der Kaiser verstand sich dagegen zu einer Geldzahlung von 150 000 Mark; in der Tat eine beträchtliche Summe, da Brandenburg damals ungefähr 6500 Mark eintrug. Überdies aber erhielt Otto eine ansehnliche Ausstattung in der Oberpfalz; das Erzkämmereramt sollte er behalten, nicht jedoch den Titel Markgraf von Brandenburg. Die Markgrafschaft wollte der Kaiser ausschließend für seine Erben besitzen: ihm und diesen wurde jetzt eine definitive Huldigung geleistet. Die Entsagung des Hauses Bayern empfing die Sanktion in einer großen Versammlung in Prag, an welcher es selbst teilnahm. So gelangte das Haus Luxemburg in den Besitz der brandenburgi-

schen Marken. Es hat keinen Kaiser gegeben, der die weltumfassende Politik, wie sie die Kaiser immer ausgeübt hatten, mit dynastischen Zwecken besser verbunden hätte als Karl IV.: die Erwerbung der Mark kann als sein Meisterstück gelten.

Für ihn selbst und sein Haus war es ein unschätzbarer Gewinn, daß er, wie vorher Schlesien und die Lausitz, so jetzt die Mark Brandenburg mit Böhmen vereinigte. In der Urkunde, welche diese Vereinigung besiegelt, wird ein besonderer Wert auf die Verbindung Brandenburgs mit den Herzogtümern Schweidnitz und Breslau in Schlesien gelegt. Die märkischen Stände haben selbst auf die Unauflöslichkeit der großen Vereinigung gedrungen. Wie hätte es dem emporkommenden Gewerbe in den Städten nicht förderlich erscheinen sollen, zu einem ausgedehnten Länderkomplex zu gehören, der ihnen Sicherheit auf immer zu gewähren versprach. Der Kaiser, der die Oder und die Elbe schiffbar machte, legte Hand an, an dem mittleren Lauf dieser Ströme zwei größere Handelsplätze zu gründen, den einen bei Frankfurt, den anderen bei Tangermünde, das er besonders liebte und mit Bauwerken schmückte. Der Handel auf der Nord- und Ostsee begegnete sich hier mit dem Handel von Prag, welches wieder seine kommerziellen Verbindungen bis Konstantinopel ausdehnte. Auch intellektuell konnte Prag als ein neues Zentrum der europäischen Kultur gelten. An der Universität, die Karl daselbst gestiftet hatte, begegneten einander die Gelehrsamkeit von Paris, von Bologna und von Oxford und die lernbegierigen Jünger slawischer und deutscher Nationalität. Unter ihnen werden auch Eingeborene der Mark genannt: Prag war für dieselbe die erste wissenschaftliche Metropole. Kaiser Karl IV., der alle Hilfsquellen der allgemeinen Wohlfahrt zu würdigen wußte, widmete den landwirtschaftlichen Zuständen, auf denen seine Einkünfte beruhten, eingehende Aufmerksamkeit, wie das Landbuch bezeugt: freilich nur ein Entwurf, aber doch eine unschätzbare Urkunde, eine Art von Domesdaybook von Brandenburg.

Für die materiellen Interessen war dergestalt hinreichend gesorgt. Die Verbindung mit dem wohlgeordneten Reiche Karls IV. schien allseitiges Gedeihen, besonders kommerziellen Aufschwung zu versprechen. Für ihre althergebrachten landschaftlichen Berechtigungen brauchte die Mark nichts zu fürchten; hatten diese doch selbst bei dem letzten Umschwunge der Dinge wesentlich mitgewirkt. Die kurfürstliche Würde blieb dabei sorgfältig gewahrt, die Absicht des Kaisers war es gerade, sich derselben zu bedienen. Bei der Erhebung seines ältesten Sohnes zum römischen

König gereichte es ihm zum größten Vorteil, daß er über die Stimme von Brandenburg, mit der er seinen zweiten Sohn Sigismund bedacht hatte, verfügen konnte[1]: eine Kombination, die nicht geradehin als nachteilig für die Mark betrachtet werden kann, insofern darin eine Anerkennung ihrer landschaftlichen Selbständigkeit lag. Aber das geschah doch alles nur unter der Einwirkung und zum Vorteil des Hauses, dem die Regierung des Reiches wie im Lande zugefallen war. Ein nur dem Reiche selber verpflichtetes Fürstentum bildete die Mark Brandenburg nicht mehr; die Selbständigkeit, durch welche sie zu einer eigentümlichen Macht im Norden und Osten emporgekommen war, hörte auf. Ihr ferneres Schicksal war an die Politik des Hauses Luxemburg geknüpft, welches noch mehr eine europäische als eine deutsche Stellung einnahm und das, indem es nach Machterweiterung strebte, neuen und schwankenden Verwicklungen entgegenging, deren auch wir wenigstens im allgemeinen gedenken müssen.

Thronstreit in Polen und Ungarn, dessen Folgen für die Mark und das Ordensland.

Die großen Herrschergeschlechter, unter und mit denen die östlichen Nationen und Völkerschaften gelebt hatten, gingen im vierzehnten Jahrhundert unter: die Arpaden in Ungarn, die Przemysliden in Böhmen, wie die Askanier in Brandenburg, so auch die Piasten in Polen. Auch dem Hause Anjou, welches durch eine allgemeine geistlich-weltliche Kombination zuerst den Arpaden und dann den Piasten nachgefolgt war und ihnen in König Ludwig (1342—82) einen Herrscher gegeben hatte, der seinen Beruf verstand, fehlte es an männlicher Nachkommenschaft. Wie die Luxemburger Fürsten nicht gleich von vornherein, aber nach kurzer Zwischenzeit den erledigten Thron der deutschen

[1] Der von dem Kaiser ohne viel Mühe entsetzte Markgraf Otto hatte sich kurz vorher mit dem Gedanken getragen, daß das Kaisertum ihm selbst oder einem seiner Freunde zuteil werden könne. Bei seiner Verzichtleistung war ihm die kurfürstliche Würde gelassen worden; und, als Kaiser Karl Anstalt traf, die Wahl seines Sohnes noch bei seinen Lebzeiten durchzuführen, ist auch Otto gefragt worden und hat in dieselbe gewilligt; denn er besaß nur soviel Macht, als der Kaiser ihm gestattete. Aber bei der Verkündung der Wahl im Reiche und bei den folgenden Verhandlungen mit dem Römischen Stuhle wurde er übergangen; die Verhandlungen wurden im Namen Sigismunds geführt, an den der Besitz der Mark, auf welchem die Kurwürde beruhte, übergegangen war.

Kaiser eingenommen und dann die Przemysliden in Böhmen, in gewisser Hinsicht die Askanier in Brandenburg ersetzt hatten, so schien es nicht anders, als ob sie nun auch dem Hause Anjou entweder in den piastischen oder in dem arpadischen Reiche nachfolgen würden. Der oben erwähnte allgemeine Vermittler, Ladislaw von Oppeln, hatte mitten in den Zerwürfnissen zwischen Karl IV. und König Ludwig eine Vermählung des jüngeren Sohnes des ersteren mit einer der Töchter des anderen eingeleitet: dieser Gedanke war nachher festgehalten worden. Es erhellt nicht mit Bestimmtheit, ob Ludwig, indem er seine ältere Tochter Maria mit dem Markgrafen Sigismund von Brandenburg und die jüngere Hedwig mit dem Herzog Wilhelm von Österreich verlobte, wirklich den Gedanken gehabt hat, wie man wohl annimmt, Ungarn mit Österreich und Polen dagegen mit Brandenburg zu verbinden: der Natur der Sache hätte es ungefähr entsprochen. Die beiden vorliegenden deutschen Marken würden dann die Mission gehabt haben, in Ungarn und Polen das deutsche Element, das daselbst wieder sehr mächtig geworden war, zu erhalten und sie auf das innigste mit der abendländischen Christenheit zu vereinigen: das würde dann auch mit der Entwicklung des Deutschen Ordens, welche damals glänzend und hoffnungsreich war, zusammengegriffen haben.

Noch hatte der Orden eine große Stellung inne: denn die östlichen Reiche, welche sich selbst und das Abendland gegen Tartaren und Türken verteidigten, sahen den fortdauernden Kampf der Ritter mit den noch heidnischen Litauern als eine gemeinschaftliche Sache an: auch der letzte Piast hatte seiner Friedensliebe zum Trotz manche Heerfahrt nach Litauen unternommen. Unaufhörlich langten wie aus dem übrigen Europa, so besonders aus Deutschland Kriegsgäste an, um an dem Kampfe gegen das Heidentum teilzunehmen. Die Ankunft neuer Genossen veranlaßte denn auch den Orden, neue Kriegszüge zu unternehmen. Burgen wurden Burgen entgegengesetzt und von beiden Seiten bestürmt, erobert, verloren, wiedergenommen und Streifzüge mit Streifzügen erwidert. Zuweilen kam es zu einem allgemeinen bedeutenden Kampf, wie im Jahre 1370.

Durch ein besonders grausames Verfahren der Ritter aufgereizt, ließ Großfürst Kynstute vernehmen: er werde dem Hochmeister demnächst einen Besuch machen; die Antwort war: er würde eine Aufnahme finden, wie sie einem so großen Herrn gebühre. Hierauf erhob sich Kynstute zum Angriff; und mit ihm war der andere Großfürst Olgierd: zu dessen Seite erschien sein Sohn

Jagiel, mit den Litauern verbanden sich Russen unter der Genehmigung der Khane der goldenen Horde, welche damals Rußland beherrschte: Tartarische Scharen schlossen sich an. Auf verschiedenen Wegen drangen sie nach dem Samlande vor, wo ihnen dann der Hochmeister Winrich von Kniprode unfern Königsberg bei Rudau begegnete. Noch einmal siegten die disziplinierten Mannschaften des Ordens, zu denen sich auch die Bürger und Bauern gesellt hatten, über die andringenden barbarischen Haufen. Trotz mancher Wechsel der Erfolge blieb doch der Orden im Übergewicht.

Der Name Winrich von Kniprode (1351—82), der zugleich als Kriegsmann und Administrator hervorleuchtete, bezeichnet den Höhepunkt der Ordensmacht. Wie aber angedeutet, beruhte der Zustand auf einem guten Vernehmen der Nachbarn untereinander und dem der Christianisierung auf dem eingeschlagenen Wege günstigen Einfluß der okzidentalischen Reiche auf Polen. Für den Orden wäre nichts erwünschter gewesen als die Kontinuation dieses Verhältnisses, die sich dann erwarten ließ, wenn dem König aus dem Hause Anjou in Polen ein König aus dem luxemburgischen oder auch dem österreichischen Hause gefolgt wäre.

Einen ganz anderen Verlauf aber nahmen die Dinge. Als Sigismund nach dem Tode Ludwigs in Polen erschien, um dessen letztwilliger Verordnung gemäß die Krone anzunehmen, und zwar im Geleite des mächtigen Starosten von Großpolen, stellten sich ihm zuerst die Großpolen selbst, die sich eben dieses Starosten entledigen wollten, hierauf aber auch die Kleinpolen, denen dieser eigentlich angehörte, unter der Einwirkung einer Gegenpartei entgegen. Sie forderten von ihm die Zusage, daß ihre künftige Königin und also auch der Gemahl derselben in Polen seinen Wohnsitz nehmen und daselbst bleiben wolle. Dazu aber konnte sich Sigismund bei den mannigfaltigen Aussichten, die ihm die Stellung des Hauses Luxemburg eröffnete, nicht verstehen. Auf den überlebenden Piasten Ziemovit von Masowien, der einen natürlichen Anspruch gehabt hätte, kamen die Polen doch darum nicht zurück. Er hatte nur eine kleine Partei: dagegen wandten sie ihre Augen auf ihren Nachbar, der soeben zu selbständiger Macht und hohem Waffenruhme emporkam, den Großfürsten Jagiel von Litauen, obwohl er noch ein Heide war: eben der Antrag der polnischen Krone war das Mittel, ihn zum Übertritt zu der lateinischen Kirche zu vermögen. So wenig wie von Sigismund wollten die Polen von dem Herzog Wilhelm hören, der

herbeigekommen war, um sich mit der jüngeren Tochter Ludwigs, Hedwig, zu vermählen. Die Polen erkannten das Erbrecht derselben an; aber den Gemahl für sie wollten sie selbst bestimmen. Wilhelm mußte sich durch die Flucht vor ihrer anwachsenden Feindseligkeit retten. Am 15. Februar 1386 war Jagiel getauft, zugleich mit seiner zahlreichen und glänzenden Umgebung; am 18. Februar vermählte er sich mit Hedwig. Wenige Wochen darauf wurde er zum Könige gekrönt. Die Vermählung war ganz das Werk des polnischen Adels, der nun aber auch dem Großfürsten-König gegenüber nicht versäumte, sich selbständig aufzustellen. Wladislaw-Jagello — denn diesen Namen trug er jetzt — versprach nicht allein, die Starosteien und alle Ämter und Würden überhaupt nur den eingeborenen Polen zu verleihen; er fügte hinzu, daß er sich bei der Besetzung derselben auf die in jedem Amtsbezirk eingeborenen Edelleute beschränken und mit deren Beirat dazu schreiten würde. Man sieht wohl, daß der Schwerpunkt der Autorität dadurch in die Adelsverbrüderungen jeder Landschaft fiel. Wenn bei der Übertragung der Krone die Vermählung mit der anerkannten Erbin Bedingung war, so liegt doch am Tage, daß auch für diese der Wille des Adels den maßgebenden Einfluß ausübte, wie sich denn auch der neue König ausdrücklich als gewählt bezeichnet hat. Der ungarische und selbst der böhmische Adel hatten bei dem Wechsel der Dynastien ähnliche Rechte erworben; der polnische überbot sie noch und schloß sich zugleich einer anderen Richtung an.

Die Verbindung von Polen und Litauen, die sich nun in einem gemeinschaftlichen Interesse unverzüglich vollzog, bildete gegen den Fortschritt des deutschen Elements den entscheidenden Gegensatz. Denn der Großfürst erschien als der geborene Gegner des Ordens; er hatte den vornehmsten Fürsten, der neben ihm in Litauen bestand, den Rittern entfremdet und diese, die sich noch einmal mit all ihrer Macht unter der Fahne des heiligen Georg entgegensetzten, zum Rückzug genötigt: auf der anderen Seite war es sein Werk, daß den dem Orden zu Hilfe ziehenden Deutschen der Durchzug durch die großpolnischen Provinzen verwehrt wurde. Überlegt man sich, was voranging und nachfolgte, so wird man nicht anstehen, diese Wahl und die daraus entspringende Verbindung der beiden Nationalitäten als das größte Ereignis anzusehen, welches seit dem Einbruch der Tartaren die östliche Welt erschüttert hat. Das deutsche Element an sich war damals im Fortschritte begriffen. Der Orden hatte seine blühendste Epoche, Luxemburg eine weltbeherrschende Stellung;

aber die Anordnungen König Ludwigs, die dies alles weiterzuleiten bestimmt waren, schlugen in ihr Gegenteil um. Die Polen nahmen den kräftigsten Gegner des abendländischen Systems zu ihrem Könige an, was den Tendenzen, die bisher vorgewaltet und im Begriff waren, weiter vorzudringen, geradezu entgegenlief, die äußeren Verhältnisse von Grund aus umgestaltete und für die inneren durch die Adelsherrschaft, die damit sanktioniert wurde, neue Antriebe auch unter die Nachbarn warf. Ein großer überaus umfassender Kampf stand bevor. Es springt in die Augen, wie sehr hiedurch an und für sich die Lage des Ordens und selbst die von Brandenburg verändert wurde: jener wurde aus der Offensive in die Defensive gedrängt: Brandenburg, welches zu einer Einwirkung auf Polen bestimmt schien, verlor diese Aussicht und geriet in Nachteil gegen das national erstarkte Polen.

War aber das Haus Luxemburg von Polen ausgeschlossen, so gelang es ihm dagegen, den Thron der Arpaden in Ungarn einzunehmen. Sigismund war bei seinem ersten Erscheinen daselbst zurückgeworfen worden, aber die inneren Entzweiungen in dem Lande, in deren Folge abermals ein neapolitanischer Fürst erschien und wirklich zur Krone gelangte, bahnten ihm dann doch den Weg. Durch die Veranstaltungen der verwitweten Königin wurde dieser gräßlich umgebracht; sie aber büßte diese Tat mit Gefangenschaft und Tod. Da eben rückte Sigismund, unterstützt von seinen luxemburgischen Verwandten in Böhmen und Mähren, aufs neue ein. Die ungarischen Großen erkannten ihn als ihren König an. Die Königin, an die sich das Erbrecht knüpfte und die ebenfalls gefangen war, wurde bald darauf mit venetianischer Hilfe befreit. Die Führer der entgegengesetzten Partei räumten das Land; und Sigismund konnte hierauf ein einigermaßen geordnetes Regiment beginnen. Bei aller Ähnlichkeit der autonomen Bewegungen des Adels in beiden Ländern ist der Unterschied, daß sich die Polen den Verfügungen des Vorgängers widersetzten, die Ungarn aber dieselben anerkannten und ausführten.

Auch von Polen ausgeschlossen, behauptete das Haus Luxemburg eine mitteleuropäische Stellung von der ausgedehntesten Berechtigung. Es war im Besitz der römischen Königswürde, die als die höchste auf Erden galt und ihre Autorität über Deutschland und einen großen Teil von Italien erstreckte. Von Jugend auf hatte Karl IV. in engen Beziehungen zu Frankreich gestanden und dieselben auf seine Nachkommen vererbt. Zwischen den drei verschiedenen Zweigen des Hauses in Böhmen und Ungarn,

welches die beiden Söhne Karls IV., und in Mähren, das die Söhne des Bruders Karls IV. innehatten, bestand damals ein freundschaftliches Verhältnis, das sich, wenn auch manchmal unterbrochen, doch immer leicht wiederherstellte; noch war in ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit lebendig. Aber mit großen Machtstellungen sind auch große Gefahren verbunden.

Wie das Ansehen von Luxemburg weniger auf einer festen Grundlage, als einer Kombination allgemeiner Verhältnisse beruhte[1], so ward es durch diese auch in Verwicklungen geführt, die es in die schwersten Bedrängnisse stürzten. Die wichtigste entsprang aus dem siegreichen Vordringen der osmanischen Macht in das illyrische Dreieck. Im Jahre 1389 erfolgte die Schlacht von Kossowo, welche dem Serbischen Reiche ein Ende machte. Man nimmt an, daß ungarische Hilfsvölker in dem Lager der Serben zugegen gewesen seien: der mächtige Palatin, Niklas von Gara, war der Schwiegersohn des Königs Lasar von Serbien. Noch einmal erwachte hierüber das Gemeingefühl der abendländischen Welt den Ungläubigen gegenüber. Sigismund stellte sich einige Jahre später an die Spitze eines großen Heereszuges gegen die Osmanen. Aber einem aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Adelsheere war das osmanische, welches schon ein stattliches Fußvolk besaß, das sich nicht über den Haufen werfen ließ, überlegen. Die Schlacht von Nikopolis (September 1396) endigte mit einer totalen Niederlage der abendländischen Ritterschaft: Sigismund entging nur wie durch ein Wunder der Gefangenschaft. Wahrscheinlich wäre der Würfel des Kriegsglückes anders gefallen, hätte Jagello dem alten System gemäß seine Streitkräfte mit denen der übrigen Abendländer vereinigt: aber dessen Verhältnis zu Sigismund, mit dem er über die Grenzlande haderte, trug überhaupt den Charakter der Feindseligkeit. Und wenn das Haus Luxemburg fast die vornehmste Stellung in der Christenheit innehatte, so wurde es auch wiederum durch die inneren Entzweiungen der Kirche jener Zeit mehr als irgendein anderes betroffen. Eine streitige Papstwahl, die vor kurzem eingetreten und sich immer fortsetzte, spaltete das Abendland in verschiedene Obedienzen. Wohl hätte Wenzel den Beruf gehabt, dem Zwiespalt ein Ende zu machen; aber dazu war er weder von Natur geeignet noch durch die Umstände befähigt. Indem er die Partei verließ, zu welcher sich die Kurfürsten hielten, veranlaßte er, daß er von der Rückwirkung des Kirchenstreites in seiner

[1] Vgl. die Anmerkung zu Seite 57.

reichsoberhauptlichen Würde erreicht wurde. Die Kurfürsten, die schon längst nicht ohne guten Grund mißvergnügt über die Verwaltung der Reichsangelegenheiten waren, schritten dazu, Wenzel abzusetzen und einen neuen römischen König an seine Stelle zu wählen. So geschah es, daß binnen wenigen Jahren das luxemburgische Haus, indem es zur größten Machtfülle aufzusteigen schien, in offenbaren Verfall geriet.

In eine höchst außerordentliche Lage kam nun die Mark durch ihre Verflechtung in diese Ereignisse. Für ihr eigenartiges Bestehen wäre eine Entwicklung unter der Dynastie, welche ihre Gründung vollzogen hatte, ohne Zweifel das beste gewesen. Nach deren Absterben war das Interesse der Besonderheit zurückgetreten: die Mark war in den Kampf der beiden mächtigsten Häuser um die Herrschaft im Reiche verwickelt worden. Man darf vielleicht einen Moment landschaftlicher Selbständigkeit darin sehen, daß sie nicht mit Polen in die enge Verbindung kam, die man anfangs beabsichtigte: sie würde dann zwar Einfluß ausgeübt haben, aber von dem größeren Gemeinwesen leicht absorbiert worden sein. Bei der Thronbesteigung ihres Markgrafen in dem entlegenen Ungarn war das nicht zu fürchten: diese führte vielmehr zu einem entgegengesetzten Nachteil. Sigismund, in alle großen Welthändel verstrickt, konnte nicht daran denken, Brandenburg zu regieren. Für ihn hatte der Besitz des Landes seinen vornehmsten Wert in den Erträgen, welche dem Fürstentum darin zustanden, und um dieser sich in seinen Verlegenheiten bedienen zu können, fand er es ratsam, sie zu verpfänden: wenn es nur an Fürsten des eigenen Hauses geschah, denen ein eventueller Anspruch an die Mark vorbehalten war. Anfang und Fortgang der Verpfändungen hingen mit dem Verhältnis des Königreichs Ungarn genau zusammen. In den Unruhen, die der Besitznahme des Thrones vorangingen, hatte Sigismund einen Teil des Gebietes, über das er bereits verfügen konnte, zwischen der Donau und der Waag an seine Vettern in Mähren, die ihn in seinen Unternehmungen unterstützten, verpfändet. Dem aber setzten sich nun die Ungarn insofern entgegen, als sie Sigismund verpflichteten, die entfremdeten Gebietsteile dem Königreiche wieder zu verschaffen. Sigismund begab sich hierauf nach Böhmen und wurde mit seinen Vettern dahin einig, daß sie jene Bezirke zurückgeben, dagegen aber die Mark Brandenburg als Pfand für ihre Schuldforderung, die auf mehr als eine halbe Million Gulden angeschlagen wurde, erhalten sollten. Dabei war ihnen auch die Kurwürde zugesagt. Alles unter dem Vorbehalt, daß die Rück-

zahlung der Pfandsumme in einer bestimmten Frist die Abtretung ungültig mache. Die Mitglieder des Hauses versprachen einander nochmals, alle für einen Mann zu stehen und ihre Besitztümer gegen jedermann, wer es auch sei, gemeinschaftlich zu verteidigen. Auch unter dem Markgrafen von Mähren wurde doch Brandenburg als ein integrierender Teil der luxemburgischen Herrschaft betrachtet.

So ferne auch der Kampf der Ungarn mit den Osmanen der Mark Brandenburg lag, so ist es doch nicht zu weit gegriffen, wenn man der Katastrophe, von welcher der als Erbherr derselben anerkannte König Sigismund betroffen wurde, eine Einwirkung auf ihre Schicksale zuschreibt. Obgleich der zur Einlösung der Mark bestimmte Termin unbenutzt verstrichen war, so war doch die Übertragung der Kur an den Pfandinhaber bis dahin noch hintangehalten worden. Sigismunds Intentionen waren immer auf Deutschland gerichtet; und er hatte sich in den kurz vorangegangenen Irrungen in Böhmen, in denen er, mit Jobst von Mähren vereinigt, an der Spitze der Magnaten seinem Bruder entgegentrat, die eventuelle Erbfolge in Brandenburg neu versichern lassen, das heißt doch wohl: den Heimfall des Landes ohne die stipulierte Rückzahlung. Nach der Niederlage von Nikopolis (1396) aber nahm man keine Rücksicht weiter auf ihn. Jobst, nunmehr allein an der Spitze der überaus mächtigen Magnaten, empfing die Belehnung mit der Kurwürde von König Wenzel, welcher dabei die eventuelle Erbfolge in Brandenburg wieder auf sich übertragen ließ. Sonst pflegen unter verwandten Fürsten die Kinder Entzweiungen zu veranlassen. Hier bringt das Fehlen derselben immer neue Verwicklungen hervor. Auch das luxemburgische Haus war von dem Schicksal der früheren Dynastien betroffen, keine erbfähige männliche Nachkommenschaft zu haben. Von den nicht mehr jungen Herren, die sämtlich keine Kinder hatten, strebte ein jeder, sich die Nachfolge in dem Gebiete des anderen zu sichern. Die Zwietracht, die hieraus entsprang und die sittlichen Mängel der Mitglieder dieses Hauses führten zu Mißverhältnissen, die auf seine Gesamtstellung verderblich zurückwirkten. Den Verabredungen des Königs Wenzel mit dem Markgrafen von Mähren über die Kurwürde von Brandenburg wurde wenig Folge gegeben: man findet nicht, daß Jobst unter die Kurfürsten aufgenommen worden ist, was doch für den wirklichen Besitz dieser Würde notwendig gewesen wäre.

In dem großen Insiegel, das Sigismund in dieser Zeit für sich zusammensetzte, bezeichnet er sich nach wie vor als Markgraf

von Brandenburg und Erzkämmerer des Reiches; aber auf sein Haus nahm er nicht mehr die alte Rücksicht. Als bei dem Tode des jüngsten Bruders die Neumark ihm zufiel, bot er sie dem Deutschen Orden zur Verpfändung an. Sein Motiv war, daß sie sonst in die Hände der Jagellonen zu fallen in Gefahr geriet, von denen er sich auch an allen anderen Seiten bedroht sah. Dasselbe Motiv, Besorgnis vor der alle Tage wachsenden Übermacht der Polen vermochte auch den Orden, die Verpfändung anzunehmen; er hätte sonst fürchten müssen, von Deutschland, von wo ihm noch immer die beste Unterstützung kam, abgeschnitten zu werden; aber es springt in die Augen, daß dadurch Brandenburg in zwei Teile zerrissen vollends seine politische Bedeutung verlor. Mittelmark und Altmark, die in den Händen des Markgrafen von Mähren blieben, wurden doch auch von diesem nur so weit gewürdigt, als sie ihm eine Rente abwarfen, die für seinen Haushalt schon deshalb unentbehrlich war, weil er das Geld, das er an andere zahlte, größtenteils selbst aufgenommen hatte und, durch seine politischen Beziehungen veranlaßt, eine immer größere Schuldenlast aufhäufte. Es versteht sich aber von selbst, daß das schon zu einem Gefühl von Selbständigkeit gelangte Land von diesem Gesichtspunkt aus nicht regiert werden konnte.

Eben unter diesen Verhältnissen bildete sich in der Mark der Zustand heraus, der als die Zeit der Quitzows ein unglückliches Andenken hinterlassen hat und dem wir einige Worte widmen müssen. Er beruht nicht so sehr auf allgemeiner Unbotmäßigkeit, als vielmehr darauf, daß sich aus der Ritterschaft eine Gewalt erhob, neben welcher die markgräfliche wenig oder nichts bedeutete. Der Widerstand gegen Markgraf Jobst begann bei dem Landeshauptmann, dem die Verwaltung anvertraut war.

Um in Frieden mit dem Erzbischof von Magdeburg zu leben, was den ruhigen Besitz des Landes bedingte, willigte Markgraf Jobst ein, daß das Schloß von Plaue, ein für beide Gebiete gleich wichtiger Platz, unter fortdauernder Oberherrlichkeit von Brandenburg, doch in den Besitz des Erzbischofs übergehen solle; der Landeshauptmann aber, der es innehatte, nahm Abstand, es zu räumen. Jobst war nicht so mächtig noch auch entschieden in seinem Willen, um es durchzusetzen, zumal da seine Abkunft einen sehr empfindlichen Verlust für das Land in sich schloß. Indem aber der Erzbischof auf dieselbe bestand, kam es zu einem Grenzkriege zwischen dem Stifte und der Mark. Eine Ungeschicklichkeit, die bei der Anwendung des eben in Gebrauch gekommenen Feuergewehrs in dem Lager der Brandenburger begangen

wurde, veranlaßte eine Niederlage derselben. Der Landeshauptmann selbst wurde gefangen, der Erzbischof, mit dem Fürsten von Anhalt verbunden, setzte sich in den Besitz von Rathenau. Noch einmal griff hier die Autorität des Königs von Böhmen ein. Der Erzbischof, der in politischen Geschäften nach Prag beschieden worden war, willigte daselbst in einen Vertrag, kraft dessen Rathenau zurückgegeben und der Landeshauptmann freigelassen wurde. Das erweckte aber hinwieder den Widerspruch der magdeburgischen Ritterschaft. Sie ließ sich nicht abhalten, Einfälle in die Mark zu machen, bei denen die Stadt Brandenburg erheblichen Nachteil erlitt. Die fürstliche Gewalt war, wie man sieht, weder auf der einen noch auf der anderen Seite mächtig genug, um sich Gehorsam zu verschaffen. Da geschah es nun vollends, daß der Landeshauptmann, indem er von dem Schauplatz zurücktrat, die Feste Plaue seinem Schwiegersohn Johann von Quitzow überließ.

Als der Begründer des Ansehens der Quitzows kann der Vater Johanns, Kuno, betrachtet werden, der bei der Abwehr eines Einfalls der Lüneburger in die Altmark das Beste geleistet hatte. Johann machte den Versuch, als der Stellvertreter seines Schwiegervaters in bezug auf die Landeshauptmannschaft aufzutreten. Man findet nicht, daß er vom Fürsten dazu ermächtigt worden sei. Vielmehr übertrug Jobst die Landeshauptmannschaft an Herzog Johann von Mecklenburg.

Dieser Fürst, der sich schon in den nordischen Kriegen hervorgetan hatte, schien sehr geeignet, den unbotmäßigen Edelleuten das Gesetz der höchsten Gewalt aufzulegen. Aber dagegen setzten sich die Angesehensten unter den Landsassen: die Grafen von Lindow und die Quitzows selbst, die bei den Herzögen von Pommern wieder Unterstützung fanden. Auf ihrer Seite waren auch die magdeburgischen Edelleute. Allenthalben brach die Fehde los, deren wichtigsten Moment die Ereignisse in Brandenburg bilden. Mit Hilfe des Fürsten von Mecklenburg und seines Marschalls Manteuffel widersetzten sich die Ritter des Havellandes, an deren Spitze ein Schlieben erscheint, die Bürger und das aufgebotene Landvolk den eingedrungenen Magdeburgern. In einem Zusammentreffen an dem Walde zu Wernitz im November 1402 behielten sie den Platz. Noch ein anderer Schlag gelang ihnen kurz darauf. Eine Anzahl der feindlichen Edelleute geriet in ihre Gewalt, von denen einer mit dem Leben büßen mußte und andere zu beträchtlichen Geldbußen verurteilt wurden, die sie freilich niemals leisteten, ohne sich jedoch für verpflichtet zu halten, des-

halb in die Gefangenschaft, wie sie versprochen hatten, zurückzukehren. Die landesherrliche Gewalt war aber hiermit nicht wiederhergestellt. Als Markgraf Jobst den Grafen Günther, einen bejahrten Herrn, dessen Sohn zum Erzbischof von Magdeburg erhoben worden war, zu seinem Verweser bestellte, lauerten die Quitzows demselben, indem er über die Elbe setzen und in das Land kommen wollte, in den waldigen Umgebungen des Flusses auf, bemächtigten sich seiner Habe und brachten ihn dazu, seine Verweserschaft aufzugeben, in deren Besitz wir dann wieder die Mecklenburger finden. Denen zu gehorchen, waren nun aber die Quitzows weit entfernt; Johann von Mecklenburg fiel im Laufe der fortdauernden Fehde in ihre Gefangenschaft. Die Quitzows übten eine Abart der landesherrlichen Gewalt aus. Sie gaben zu vernehmen, daß von ihnen dabei nur die Sache der Landschaft geführt werde, wie sie denn Köpenick und Sarmund von Meißen erstritten und ihre Waffen nun auch gegen die magdeburgische Ritterschaft wendeten. Mit dem askanischen Herzoge führten sie offenen Krieg. Jobst von Mähren konnte nichts gegen sie ausrichten; er war selbst genötigt, ihre Geldhilfe in Anspruch zu nehmen und ließ sich so weit bringen, das feste Friesack, das seinen Freunden, den Schlieben gehörte, an die Quitzows abzutreten. Es war vergeblich, daß ihm die Städte zu dem bestimmten Zwecke, die verpfändeten Schlösser einzulösen, Steuern bewilligten. Er betrachtete das Geld als die Zinsen seines Kapitals und begab sich damit nach Mähren zurück. Es lag ein Wechsel seiner Politik darin, daß er nunmehr die Landesverwesung an den pommerschen Herzog Swantibor übertrug: aber dessen Autorität war ebenfalls null und nichtig. Auf einer Versammlung, auf der von Sachsen her gegen die Quitzows eingelaufene Klagen erörtert werden sollten, verweigerten diese zu erscheinen; sie gebarten sich wie die Herren im Lande. Nicht allein mußte der Abt von Lehnin, mit dem sie über den Fischfang auf der Havel haderten, ihre schwere Hand empfinden; auch die mächtigen Städte Köln und Berlin, von denen sie bisher mit Geschenken verehrt und in prächtigen Banketten, sooft sie daselbst erschienen, gefeiert worden waren, wurden wegen einer Geldforderung von zweifelhafter Gültigkeit mit räuberischer Gewalt heimgesucht; eine Schar, die ihnen nacheilte, um ihnen die Beute wieder abzunehmen, wurde überwältigt, die angesehensten Bürger gerieten in Gefangenschaft Dietrichs von Quitzows und wurden in schwere eiserne Fesseln geschlagen.

So war diese Gewalt der Quitzows. Sie bestand nicht sowohl in

der Ausübung eines doch sehr zweifelhaften Fehderechts, als in der Abwerfung alles Gehorsams und in faktischer Usurpation der fürstlichen Autorität. Wohin war es da mit jener Stiftung der Askanier gekommen!

Unter der weltumfassenden Herrschaft der Luxemburger traten zwei einander entgegengesetzte Übelstände ein. Das Land war sich selbst überlassen und wurde zugleich von den entlegensten Ereignissen mitbetroffen. Das Verderblichste aber waren die Entzweiungen und die momentanen Abmachungen zwischen den verschiedenen Linien. Brandenburg wurde dem Interesse der Markgrafen von Mähren dienstbar, die doch selbst keine Bedeutung hatten. Die regelmäßige fürstliche Gewalt konnte nicht mehr ausgeübt werden: eine Usurpation aus der Mitte des Adels erhob sich, welche das Land mit verderblicher Unruhe erfüllte.

Die damaligen Zustände in der Neumark hatten hiermit eine gewisse Analogie. Der Orden, gewohnt und des Willens, die landesherrlichen Rechte zur Geltung zu bringen, fand doch keinen rechten Gehorsam; die mächtigen Adelsgeschlechter neigten sich zu dem König von Polen; manche von ihnen haben demselben im Gegensatz zu dem Orden sogar gehuldigt: denn die emporkommenden Gewalten ziehen die schwächeren Elemente mit Notwendigkeit an sich. Für das Ordensland war die Verbindung zwischen Polen und Litauen der größte Nachteil, in den es überhaupt geraten konnte. Denn wenn bisher der Orden die Christianisierung Litauens in dem alten Sinne der abendländischen Christenheit durch eine Verbindung von Krieg und Bekehrung durchzuführen versucht hatte und dies Unternehmen als das vornehmste Moment seiner Tätigkeit angesehen werden mußte, so war ihm durch den Übertritt Jaggellos zum Christentum, dem seine Nation allmählich folgte, gleichsam der geistige Boden, auf dem er beruhte, entzogen worden (1386).

Es ist so weit gekommen, daß der Päpstliche Stuhl dem Orden fernere Feindseligkeiten gegen die Litauer geradezu verboten hat (1403). In denen aber lebte der alte Stammeshaß fort, der sich von der ersten Eroberung des Landes herschrieb und durch die langen blutigen Kriege genährt worden war. Obgleich sie jetzt, was sie so lange verschmäht hatten, zum römisch-katholischen Christentum übertraten, blieben sie doch Feinde des Ordens. Und soeben erwuchsen sie unter einem tatkräftigen Großfürsten Witold, dem Vetter Jagellos, der ihm selbst seine eigenen Brüder opferte, um mit ihm im Einverständnis zu bleiben, zu einer Macht, die unter den russischen und tartarischen Völkerschaften

des Nordostens ein großes Ansehen genoß und nach allen Seiten hin um sich griff. Die Verbindung mit Polen kam den Litauern nicht weniger zustatten, als diesem die Verbindung mit Litauen. Witold, in welchem eine Ader schlug, die dem Ehrgeiz des großen Khans verwandt war, ließ vernehmen, daß er zur Weltherrschaft bestimmt sei. Er war der heftigste Widersacher des Ordens, er meinte wohl, noch die Deutschen in die Ostsee zu werfen, in der sie ersaufen sollten. Zuweilen, wenn anderweite Verhältnisse ihn dazu veranlaßten, trat er in Friedensverträge mit dem Orden; er ließ sich dann selbst zu Abtretungen herbei. Dann aber schürte er in diesen Landschaften den natürlichen Widerwillen der Einsassen und brannte vor Begier, sich an ihre Spitze zu stellen und seinen Vertilgungsplan ins Werk zu richten. Und wenn der Orden früher nicht selten eine Stütze gegen die Litauer an Polen gefunden hatte, so geschah jetzt das Umgekehrte. König Wladislaw-Jagello erklärte, daß er gegen seinen Blutsfreund, der zugleich ein Lehnsmann seiner Krone sei, nicht angehen dürfe. In Polen selbst war die Streitfrage wegen Pommerellens noch unvergessen. Die Absicht der Wiedereroberung dieses Landes, welche Kasimir hatte fallen lassen, nahmen die Polen unter der neuen Dynastie wieder auf; sie bestritten die Rechtmäßigkeit der Besitzergreifung des Landes durch den Deutschen Orden. Diese großen Gegensätze noch mehr als die eintretenden nachbarlichen Zwistigkeiten waren es, was endlich eine Entscheidung durch die Waffen hervorrief.

Die Streitkräfte der beiden Potenzen trafen bei Tannenberg zusammen. Diesmal, am 15. Juli 1410, erlitt der Orden eine vollkommene Niederlage. Jagello und Witold stellten demselben ein Heer gegenüber, bei welchem die heidnischen und tartarischen Völker, gegen die früher der gemeinschaftliche Anlauf des abendländischen Europas, eingeschlossen die Polen, gerichtet gewesen war, den Polen zur Seite den Orden angriffen und ihn niederwarfen. Dadurch wurde der Polenkönig Meister im Gebiete der Weichsel, nur noch von seinem Willen und den Umständen, die diesen bestimmten, hing es ab, wiefern der Orden bestehen solle oder nicht.

Böhmen war infolge der Entzweiungen im luxemburgischen Hause nicht fähig, der Übermacht Einhalt zu tun. Von der Mark Brandenburg selbst, die durch Verpfändung in zwei Teile zerrissen war, ließ sich das um so weniger erwarten, da der unbotmäßige Adel eine Hinneigung zu den Polen und deren Verfassung zeigte. Wohl hätten nun Kaiser und Reich die ihnen zugehörigen

Elemente in ihren Schutz nehmen sollen. Allein die Zerwürfnisse des Reiches und der Kirche ließen kaum einen Gedanken daran aufkommen.

In diesem Augenblick der größten Gefahr, welche die beiden Kolonisationen noch bestanden hatten, erschien der erste Hohenzoller, Burggraf Friedrich von Nürnberg, im Auftrage des Königs Sigismund in der Mark Brandenburg[1].

[1] Vgl. zu diesem dramatischen Aufbau die Anmerkung zu Seite 46, Reformation I.

ZWEITES BUCH

DAS KURHAUS BRANDENBURG VOM FÜNFZEHNTEN BIS ZUM SIEBZEHNTEN JAHRHUNDERT

Erstes Kapitel.

Kurfürst Friedrich I. Erwerbung der Mark.

Nicht autochthonisch aus alteinheimischen Völkerstämmen waren die Mark Brandenburg und der Ordensstaat Preußen hervorgegangen: beide verdanken ihren Ursprung dem Übergewicht der deutschen Nation und den Ideen der abendländischen Christenheit im zwölften und dreizehnten Jahrhundert[1]. Im Anfang des fünfzehnten schien von diesen Gründungen die eine durch den Rückgang der umfassenden Staatsgemeinschaft, der sie zur Zeit angehörte, die andere durch die Feindseligkeit der Nachbarn in ihrem Dasein gefährdet.

Heutzutage kann man sagen, daß sie bestimmt waren, zu einem großen Staate von universaler Bedeutung vereinigt zu werden; damals hätte man nicht daran denken können. Und wie hätte man vollends erwarten sollen, daß ein fremder Fürst aus oberdeutschem Stamme, dem kein Erbrecht zustand, dennoch in einem der beiden Gebiete, der Mark, ein solches auf gesetzlichem Wege erwerben, daselbst einheimisch werden und ein Geschlecht nach sich lassen würde, welches dereinst dieses große Werk vollbringen sollte; nicht sowohl durch Handlungen der Gewalt, als indem es seine besonderen Interessen allezeit mit den allgemeinen des religiösen und politischen Lebens verband.

Bei der Flüchtigkeit und Kürze des menschlichen Daseins gehört eine Aufeinanderfolge verwandter und gleichartiger Naturen dazu, um eine dauernde Staatsbildung hervorzubringen; auch die Dynastien haben ihre Mission[2]. Vor allem werden die Zeitalter durch die großen Institutionen verbunden, welche, einmal fest begründet, dem Bedürfnis der menschlichen Natur mehr oder minder gemäß, immer bekämpft und verjüngt, ein eigentümliches Leben haben; überdies aber auch durch einen genealogischen Zug, der durch die mittlere und neuere Geschichte geht. Denn die

[1] Anmerkung zu Seite 57 und Seite 94.
[2] Vgl. Weltgeschichte VI, Seite 3, und das Nachwort im III. Bande.

Geschlechter haben, indem sich ein Glied an das andere schließt, eine gewisse Kontinuität: ihre Eigenschaften erneuern sich in den verschiedenen Generationen, wenngleich niemals vollständig, selbst ihre Gesichtspunkte leben fort.

An der Schwelle von Begebenheiten, durch welche eine der wirksamsten Dynastien an den Platz gelangte, der ihr den Kreis ihrer Bestimmung eröffnete, ist es unerläßlich, auf ihre frühere Geschichte einen Blick zu werfen. Wie aller Ursprung mit Dunkel umgeben ist, so läßt sich die Herkunft der Burggrafen von Nürnberg nicht mit historischer Sicherheit nachweisen; Menschen und Geschlechter entziehen sich, bevor sie einiges Ansehen errungen haben, der näheren Kunde. Daß die Burggrafen dem alten schwäbischen Stamme Zollern angehören, hat so viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß es an Gewißheit grenzt: es ist die alte Tradition des Hauses, der man unbedenklich folgen darf. Von vieler Bedeutung für ihre Stellung wurde noch eine andere Verwandtschaft. In Franken waren sie die Erben der Herzoge von Meran, sowie sich die helvetischen Güter der Kyburg-Habsburg von dem Herzogtum Zähringen herschreiben. Weder Zähringen noch Meran sind Herzogtümer im alten Sinne; die Würde war an ein dynastisches Besitztum geknüpft: ihre Autorität breitete sich weit über das Reich hin aus.

Eine der großen Gestalten des zwölften Jahrhunderts ist Berthold von Meran, von dem eine Erinnerung in den Gedichten und Sagen der gesangreichen Zeit leicht erkennbar ist. Er stand den Hohenstaufen sehr nahe. Den Kaiser Friedrich I. hat er auf seinem Kreuzzug begleitet (er führte das Heer bei seinem Eintritt in das Griechische Reich); und später trug er wesentlich dazu bei, daß Philipp den Thron bestieg. Durch diesen gelangte dagegen das Haus in den Besitz der Pfalzgrafschaft Burgund; es trat überhaupt in glänzende dynastische Verbindungen ein. Eine der Töchter Bertholds vermählte sich mit jenem Heinrich von Breslau, der eine Zeitlang Meister von Polen war; die andere mit Philipp August von Frankreich, die dritte mit König Andreas von Ungarn. Glücklich waren sie jedoch nicht: die erste sah ihren Sohn in frühen Jahren in der Schlacht von Liegnitz umkommen; die zweite wurde von ihrem Gemahl durch päpstlichen Spruch geschieden; die dritte, Gertrud, ist ermordet worden; sie war die Mutter der heiligen Elisabeth, der ebenfalls ein trostloses Geschick harrte. Und nur eine kurze Zeit blühte das Haus überhaupt als solches. Otto II. von Meran starb im Jahre 1248, ohne einen männlichen Erben zu hinterlassen. Die Besitztümer des

Hauses gerieten dann in verschiedene Hände: sie kamen an die Bischöfe, in deren Sprengel sie lagen, oder wurden unter die Schwestern des verstorbenen Otto verteilt, von denen die eine, Elisabeth, mit dem Burggrafen Friedrich III. von Nürnberg vermählt war.

Plassenburg und Bayreuth, höchstwahrscheinlich Hof, Kulmbach und Goldkronach gehörten zu dem meranischen Erbe. Ein Teil davon war zuerst durch eine der Schwestern Elisabeths an das Haus Orlamünde gekommen, von dem derselbe durch Erbvertrag des letzten Grafen von Orlamünde-Plassenburg, Otto, im vierzehnten Jahrhundert an das burggräfliche Haus überging. Die Geschichte dieser Erwerbung ist mit einer Sage von poetisch-düsterem Charakter verwebt, in welcher der Mangel an Erben in dem Zweige Orlamünde-Plassenburg der Gemahlin Ottos, Kunigunde, zugeschrieben wird, die in dem Kloster der weißen Frauen zu Himmelsthron gestorben ist. Eine altgermanische Mythe, die als dynastische Sage in mehr als einem großen Hause wiederkehrt, erscheint hier in bestimmter Beziehung; sie hat selbst einen historischen Gehalt, indem sie den Übergang der zuerst an eine andere Familie gefallenen meranischen Besitzungen auf die Burggrafen und damit den Zusammenhang der untergegangenen und der aufkommenden Dynastie in Erinnerung bringt.

So weit gelangten die fränkischen Zollern nicht, daß sie nach dem Untergang der alten Kaisergeschlechter selbst die Hand nach der Krone hätten ausstrecken dürfen. Auch unter den Fürsten, die das Wahlrecht ausübten, hatten sie keine Stelle. Aber die zentrale Lage ihrer Besitztümer, namentlich der Burg Nürnberg, ihre wachsende Macht und ihre mannigfaltigen dynastischen Verbindungen bewirkten, daß sie immer bei der Übertragung der Krone von einem Hause auf das andere vielen Einfluß ausüben konnten und ausgeübt haben. Als es nach dem Abgang der Hohenstaufen endlich wieder Ernst damit wurde, einen Kaiser aus der deutschen Nation zu wählen, ist es Burggraf Friedrich III. gewesen, der die Aufmerksamkeit der Wähler auf den tapfern Grafen Rudolf von Habsburg, seinen Kriegsgefährten im Felde, der mit ihm auch in einem verwandtschaftlichen Verhältnisse stand, lenkte und alle die Einwendungen beseitigte, die dagegen gemacht wurden. Den Angesehensten der Kurfürsten hat er dafür gutgesagt, daß der neue römische König seine Macht nicht mißbrauchen werde. In dem Kampfe über Österreich stand er dem Hause Habsburg treulich zur Seite zugleich mit dem Herzog Albrecht von Sachsen, dessen Schwester er in sehr vorgerückten

Jahren heimführte; — sie ist dann die Stammesmutter der späteren Hohenzollern geworden. Die Burggrafen hielten sich immer an das Reich, nicht eben allezeit an das Geschlecht, welches die höchste Würde für sich selbst zu behaupten und zu benutzen gedachte. Nach der Wahl Heinrichs VII. trugen sie kein Bedenken, im Gegensatz gegen Österreich den Sohn desselben nach Böhmen zu führen. Ludwig der Bayer, damals Verbündeter der Luxemburger, verdankte einem tapferen Burggrafen den Sieg von Mühldorf. Friedrich von Österreich, der die Schlacht verlor, ergab sich dem Burggrafen Friedrich IV., einem der vertrautesten Ratgeber Ludwigs des Bayern, zugleich jenem Berthold von Henneberg, der ihm nahe verschwägert war. An Burggraf Johann II., der eine Zeitlang als Verweser in der Mark auftrat, fand Kaiser Ludwig gegen das Ende seiner Tage eine nachhaltige Stütze: der konnte ihm bereits die ansehnliche Hilfeleistung von 400 Helmen, die zum Teil in der Mark, zum Teil in Oberdeutschland dienen sollten, zusagen. Das Verhältnis löste sich mit dem Tode des Kaisers auf; aber die starke Aufstellung, die der Burggraf genommen, gab ihm selbständige Bedeutung. Gerade gegen ihn mußte Karl IV. sich wenden, wenn er zu dem Kaisertum gelangen wollte. Es kam dann zu einem Vertrage, durch welchen dem Burggrafen erhebliche Vorteile zuwuchsen. Der Fürstenstand, den er bereits besessen, wurde ihm durch eine feierliche Urkunde in aller Form bestätigt und durch entsprechende Privilegien gesichert. Den Burggrafen verschaffte der gute Haushalt, dessen sie sich befleißigten, und der Ertrag ihrer Bergwerke im Fichtelgebirge ein steigendes Ansehen unter den oberdeutschen Dynasten. Friedrich V. erscheint unter den autonomen und unaufhörlich entzweiten Gewalten als der allgemeine Schiedsrichter. Noch eine größere Rolle war dem jüngeren Sohne desselben, Friedrich VI., vorbehalten. Schon hat man die Burggrafen, als König Wenzel entsetzt wurde, unter denen genannt, die bei einer neuen Kaiserwahl in Betracht kommen dürften; sie selbst aber strebten nicht danach. Der ältere, Johann, hielt sich auch fortan an den König Wenzel; mehr empfänglich für die Bewegungen der Zeit und die Bedürfnisse des Reiches und zugleich nach eigener besserer Ausstattung strebend, schloß sich Friedrich VI. an König Ruprecht an: er war ein tätiger und einflußreicher Gehilfe desselben. Eindruck aber mußte es doch auf ihn machen, daß Ruprecht zu keiner nachhaltigen Autorität gelangte; eben bei denen fand derselbe den größten Widerstand, die ihn erhoben hatten. Ruprecht konnte weder die Ordnung im Reiche herstellen, noch

seinen Freunden die Dienste vergelten, die sie ihm leisteten. In der Fehde mit Rothenburg machte Friedrich eine bittere Erfahrung darüber. Das wirkte unzweifelhaft dazu mit, daß er sich in die Dienste Sigismunds begab, von dem man wußte, daß er nach Kräften freigebig sei. Sigismund hatte selbst den Wunsch ausgesprochen, und Ruprecht war einverstanden damit. Das persönliche Verhältnis führte aber sogleich wieder zu der lebendigsten Teilnahme an den Reichsangelegenheiten. Bei dem Abgang Ruprechts neigten sich die deutschen Fürsten wieder zu dem Hause Luxemburg; aber es war für sie ein wichtiges Anliegen, daß die Akte und Verfügungen Ruprechts nicht widerrufen wurden. Ein Wunsch, der es unmöglich machte, auf Wenzel selbst zurückzukommen, von dem nichts anderes als eine volle Reaktion zu erwarten gewesen wäre. Von Sigismund ließ sich jedoch voraussetzen, daß er, den eingetretenen Zuständen Rechnung tragend, keine Erschütterung derselben hervorrufen und eifrig Bedacht nehmen würde, die Autorität eines römischen Königs in geistlichen und weltlichen Angelegenheiten zu erneuern. Als der vornehmste Förderer dieser Tendenz erscheint nun der jüngere Burggraf von Nürnberg, der, mit Sigismund einverstanden, als dessen Bevollmächtigter bei der folgenden, freilich sehr unregelmäßigen Wahlhandlung auftrat. Dabei brachte er es allerdings so weit, daß Sigismund proklamiert werden konnte; aber die Mehrheit der Kurfürsten, eben die, welche gegen Ruprecht gewesen waren, gewann er nicht; sie zogen den Markgrafen Jobst von Mähren vor, der mit Freuden darauf einging und dem König Wenzel in bezug auf die fortdauernde Superiorität seiner Stellung Zugeständnisse machte, die denselben befriedigten. Sigismund, mit seinem Vetter ohnehin nicht ausgesöhnt, meinte nicht, sich das gefallen zu lassen. Es schien, als ob es innerhalb des luxemburgischen Hauses zu einem Kampfe um die höchste Gewalt im Deutschen Reiche kommen würde. Sigismund war im Begriff, Krieg in Mähren zu beginnen: als der Tod ihn seines Nebenbuhlers entledigt, ebneten sich alle Schwierigkeiten. Er machte dem älteren Bruder ähnliche Zugeständnisse wie Markgraf Jobst, und wurde nun in unwidersprechlich gültiger Form zum römischen König gewählt.

Mit dieser Würde war kein Zuwachs an effektiver Macht verbunden, aber sie gewährte ein universales Ansehen, für welches Sigismund gleichsam ein angeborenes Gefühl in sich trug. Er lebte und webte, wie sein Großvater und Urgroßvater, in der Idee

der allgemeinen Christenheit[1]. Wie sehr er diese Gesinnung auch als König von Ungarn bewahrte, erhellt aus den Statuten eines Ordens, den er daselbst stiftete, um seine angesehensten Anhänger untereinander und mit der Krone zu verbinden; die erste Verpflichtung ist: treu zusammenzuhalten gegen alle Heiden, Schismatiker und Feinde des christlichen Namens. Von der Bedeutung des Römisch-Deutschen Reiches, das schon eine geraume Zeit seinem Hause angehörte, hatte er die größte Vorstellung. Eine Urkunde liegt vor, in der er Ungarn und Böhmen ohne Bedenken als zum Reiche gehörig bezeichnet. Den Deutschen Orden, dessen guter Freund er war, dachte er wohl mit dem Reiche unmittelbar zu verbinden. Schon immer hatte er sich mit dem Gedanken getragen, dem päpstlichen Schisma ein Ende zu machen. In dem Innern des Reiches eine festere Macht zu gründen, namentlich mit Hilfe der Städte, war er sehr geneigt. Eine seiner ersten unmittelbarsten Sorgen galt nun aber der Mark Brandenburg, die durch den Tod Jobsts an ihn als Erbherrn zurückfiel, sich aber in einem Zustande befand, der sie beinahe als verlorenes Land erscheinen ließ.

An sich gab es der landesherrlichen Gewalt eine größere Autorität, daß der Fürst die höchste Würde im Reiche bekleidete; daß sie nun aber durch Sigismund selbst wieder zur Geltung gebracht werden würde, ließ sich doch nicht erwarten. Die Verhältnisse, die ihn früher verhindert hatten, in die Verwaltung der Mark selbsttätig einzugreifen, dauerten noch an; die neuen, in die er trat, legten ihm anderweite Pflichten auf. Ein unermeßlicher Wirkungskreis breitete sich vor ihm aus, der ihn vollauf beschäftigte. Eine baldige persönliche Dazwischenkunft in den zerrütteten Zuständen der Mark war für Sigismund ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn er nun sehr begreiflicherweise den Gedanken faßte, einen Stellvertreter dahin zu schicken, wie das ja bisher geschehen war, so war bereits der für das schwierige Amt geeignete Mann gefunden: es war der Burggraf von Nürnberg, Friedrich, der ihm soeben die nützlichsten Dienste erwiesen hatte. Infolge einer an die märkischen Stände erlassenen Aufforderung Sigismunds, ihm ihre Huldigung an seinem Hoflager zu leisten, erschienen die Bevollmächtigten derselben, unter denen die der Städte besonders zahlreich vertreten waren, aber auch einer der vornehmsten Edelleute die Ritterschaft repräsentierte, bei ihm in Ofen und vollzogen diesen Akt. Zugleich aber stellten sie ihm

[1] Vgl. Seite 89.

ihre durch Gewaltsamkeiten bedrängte Lage vor und ersuchten den König, in das Land zu kommen. Sigismund erwiderte, daß das für ihn selbst untunlich sei, daß er ihnen aber einen Stellvertreter ins Land schicken wolle, der sich vollkommen dazu eigne, die Ordnung wiederherzustellen.

Eine der früheren Handlungen Friedrichs, die im Gedächtnis geblieben sind, ist die Verwaltung der Reichshauptmannschaft im Jahre 1398, in welcher er an der Spitze eines Reichsheeres dem Unfuge räuberischer Edelleute und anderer Wegelagerer ein Ende gemacht hatte. Eine ähnliche Mission sollte er jetzt in der Mark vollziehen, zu deren Verweser und Hauptmann König Sigismund ihn ernannte: er sollte der Usurpation einer übermächtigen Adelsfamilie, welche namentlich den Städten beschwerlich fiel und alle regelmäßige Regierung ausschloß, ein Ziel setzen: er sollte auch hier den Landfrieden herstellen. Daß man zugleich den Gedanken hatte, der Übermacht der Polen über den Orden im Oder- und Weichselgebiete entgegenzutreten, erhellt aus den Urkunden, die bei einer vom König vermittelten Familienverbindung des Burggrafen mit dem Hause Meißen ausgestellt wurden. Sigismund ließ dem Orden wissen, daß er als Kurfürst von Brandenburg in den Stand zu kommen hoffe, ihm zu helfen.

Um nun aber einem so großen Berufe zu genügen, die Stellung, die ihm bestimmt war, wirklich in Besitz nehmen zu können, durfte der Burggraf nicht, wie einer der Verweser des vorigen Besitzers, von leicht zurücknehmbarer und unsicherer Berechtigung erscheinen; Vollmachten wurden ihm zuteil, die einen Anspruch auf lebenslänglichen und selbst den erblichen Besitz des Landes in sich schlossen.

In der Urkunde, durch welche die Ernennung des Burggrafen den Untertanen bekanntgemacht wird, spricht Sigismund aus, daß er zu seinen Geschäften eines Koadjutors bedürfe und sich dazu den Burggrafen Friedrich, dessen moralische und intellektuelle Eigenschaften er höchlichst rühmt, ersehen habe. Er rüstete denselben mit der vollen landesherrlichen Gewalt aus, die ihm selbst zustand. Er übertrug ihm die militärischen, administrativen und gerichtlichen Befugnisse eines Landesherrn in vollem Umfange. Nur eins behielt er sich vor: die kurfürstliche Würde und die Autorität, die ihm als römischem Könige zukomme. So hatte auch bisher König Wenzel die böhmische Kur mit der Krone vereinigt: die brandenburgische an Friedrich zu überlassen, lag kein unmittelbarer Anlaß vor. Dennoch wurde ihm ein Erb-

anspruch auf das Land in einer anderen, der Art der Geldgeschäfte jener Zeit entsprechenden Form gesichert.

Man erstaunt, wenn man von allen jenen Verpfändungen liest, welche die Geschichte der Epoche erfüllen, in denen nicht allein unmittelbare Besitztümer, sondern hauptsächlich Regierungsrechte begriffen werden. Zur Erläuterung darf man vielleicht anführen, daß noch viel später in staatlich geordneten Zuständen, z. B. in Frankreich unter der Verwaltung der beiden großen Kardinäle, denen, welche der Regierung die ihr erwünschten Geldsummen darliehen, zugleich das Eintreiben der Auflagen, auf welche die Verzinsung und Rückzahlung derselben angewiesen war, überlassen wurde. Ein in vielem Bezug dem ähnliches Verfahren herrschte im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert in Deutschland. Anleihen wurden nur durch Verpfändung der Schlösser, Städte oder Landschaften, die den Darleiher seines Kapitals und der Zinsen versicherten, zustande gebracht.

Wenn Markgraf Jobst überhaupt auf diese Weise in den Besitz der Mark gekommen war, so hatte er für erlaubt gehalten, dem Adel, in einigen Fällen auch den Städten, die ihn mit Geldsummen unterstützten, Schlösser und Lande zu verpfänden. Es war dahin gekommen, daß der Landesherrschaft als solcher kein eigener unmittelbarer Besitz übrigblieb.

Indem Sigismund daran ging, alle diese Verpfändungen rückgängig zu machen, trat er doch mit dem Burggrafen selbst in ein zwar nicht gleiches, aber doch verwandtes Verhältnis, insofern, als er die Zurücknahme der übertragenen Verweserschaft von ihm oder seinem Erben davon abhängig machte, daß zuvor 100 000 Gulden bezahlt worden seien. Eine bestimmte Überlieferung ist, daß der Burggraf dem König schon früher Gelder vorgestreckt hatte, wofür ihm ein Pfandbesitz gewährt worden war. Doch war von einem solchen Verhältnis jetzt nicht die Rede; die Übereinkunft trägt einen anderen Charakter. Das Geld wurde bewilligt, damit der Burggraf, indem er die Mark aus ihrem verderblichen Unwesen rette, nicht genötigt sei, dies auf seine Kosten und mit eigenem Verlust zu tun. So war einst Johann II. bei seiner Übernahme der Verweserschaft versichert worden, daß er sie behalten solle, bis man ihm alles wieder entrichtet habe, was man ihm für seinen Dienst, seine Kosten und anderen Schaden schuldig werden würde. Die Ausstattung Friedrichs erinnert an diese Bestallung, doch ist sie nicht allein um vieles umfassender, sondern durch die Versicherung einer bestimmten Geldsumme in Form der Verpfändung noch bindender. Auch dies war nicht

Kurfürst Joachim I. Nestor von Brandenburg.
Gemälde von Lucas Cranach d. Ä. in der Alten Pinakothek zu München.
Phot. F. Bruckmann, München.

neu. So hatte König Wenzel dem Herzog Leopold von Österreich für die Dienste, die er geleistet habe oder noch leisten werde, eine Schuldverschreibung von 40 000 Gulden erteilt, und ihm dafür die Landvogtei im obern und niedern Schwaben verpfändet, so daß er dort alles tun könne, wozu der König selbst befugt sei, und zwar so lange, bis er oder einer seiner Nachkommen es mit seinem eigenen Gelde und zu seinen Händen einlöse.

In der Bestallung des Burggrafen erscheint eine Verbindung beider Motive: sie bewegt sich in den privatrechtlichen Formen des damaligen Staatsrechts, welche doch für Sigismund und das Haus Luxemburg so bindend als nur möglich waren, sofern nicht zu einer eigentlichen Verzichtleistung geschritten werden sollte. Denn daß die Summe zurückgezahlt werden würde, hatte nach den Umständen nicht die geringste Wahrscheinlichkeit. Nicht eine eigentliche Amtsübertragung liegt hier vor; wollte der Burggraf die Stellung einnehmen, die seinem dynastischen sowohl wie persönlichen Ehrgeiz entsprach, so mußte er sie erst erobern, und zwar für seine Vollmachtgeber sowie für sich selbst.

Die Sendung eines Unterhauptmannes, der den Burggrafen einstweilen vertreten und seine Autorität zur Anerkennung bringen sollte, erwies sich erfolglos. Er selbst, der oberste Hauptmann und Verweser, mußte die Sache durchführen. Nachdem er die Einwilligung König Wenzels erlangt und sich der Mitwirkung seines Bruders in Franken versichert hatte, erschien er gegen den Johannistag 1412 in Brandenburg. Er kam im Geleite der beiden Herzöge von Sachsen, die sich, ohne der altaskanischen Ansprüche zu gedenken, als natürliche Verbündete des Burggrafen darstellten, da sie von den Quitzows selbst angegriffen waren — und eilte unverzüglich nach Berlin, das bereits einen überwiegenden Einfluß im Lande ausübte. Es ist der Stadt vielleicht anzurechnen, daß sie, obwohl die Rückgabe der verpfändeten Güter, an deren Besitz sie Anteil hatte, gefordert wurde, dem Burggrafen nach einigem Bedenken die Hand bot. Indem sie und nach ihrem Vorgang die übrigen Städte die Erbhuldigung für König Sigismund erneuerten, leisteten sie zugleich dem Burggrafen die Huldigung, und zwar, wie sie sich ausdrückten, zu seinem Gelde nach Ausweisung seiner Vollmacht. Der Sonderbarkeit des Ausdruckes zum Trotz wurde Burggraf Friedrich dadurch als gesetzmäßiger Inhaber der landesherrlichen Gewalt anerkannt. Ohne Zweifel trug dazu bei, daß er ihnen Schutz gegen die usurpatorischen Edelleute, von denen sie bedrängt wurden, verhieß. Doch war hier nicht von einem Kriege zwischen Adel

und Städten die Rede, in welchem etwa der Burggraf die Partei der letzteren ergriffen hätte: auch ein Teil des havelländischen Adels unter der Einwirkung des Abtes von Lehnin schloß sich ihm an. Sein Auftrag ging nur auf Wiederherstellung der landesherrlichen Autorität. Notwendig aber fand er dabei Widerstand bei denen, welche dieselbe usurpierten.

Als einen Akt entschiedenster Widersetzlichkeit muß man es betrachten, daß sich die Quitzows an Swantibor von Pommern-Stettin hielten, den sie früher verschmäht hatten. Es war, als ob Jobst für sie noch lebe, da doch mit dem Tode desselben auch die dem Herzoge übertragene Autorität notwendig wegfiel. Sigismund sagte: man habe ihm doch bereits gehuldigt; ein in deutschen Landen unerhörtes Verfahren sei es, daß sich der Adel im Gegensatz mit seinem Fürsten selbst ein Oberhaupt setze. In der Erwartung, daß er Widerstand finden würde, hatte Friedrich fränkische Ritter und Mannschaften herbeibeschieden mit Beistimmung seines Bruders Johann; und mancher hatte sich aufgemacht, um an den Erwerbungen, die man erwartete, teilzunehmen. Sie bildeten einen ansehnlichen Teil der kleinen Macht, mit welcher Friedrich den Pommern, die ins Land einbrachen, entgegenging. Dieser Anfang des offenen Krieges war jedoch nicht glücklich. Friedrich hatte den Schmerz, daß einige seiner treuesten Franken, auf die er besonders zählte, im Kampfe umkamen. Er empfand jetzt erst die ganze Schwierigkeit des Werkes, das er übernommen hatte; aber soviel wurde doch erreicht, daß nun auch die Priegnitz und Altmark zu ihm traten, erst die Städte und dann der Adel: dem überall, wo er sich unterwarf, gute Bedingungen gemacht wurden. Allein der Widerstand der Führer wurde dadurch noch nicht gebrochen. Dazu gehörte eine große Aktion, die dann auf den Anlaß von Gewalttätigkeiten, welche dem Erzbischof von Magdeburg widerfuhren, in Verbindung mit demselben ins Werk gesetzt wurde.

Von nicht geringer Bedeutung war, daß ein pommerscher Herzog, Wratislaw III. von Wolgast, sich bewegen ließ, eine andere Partei zu ergreifen als sein Vetter von Stettin. Auch er verabredete eine eventuelle Familienverbindung mit dem Burggrafen und verpflichtete sich, gegen die Feinde desselben nicht allein, sondern auch gegen deren Freunde gemeinschaftliche Sache mit ihm zu machen. Die Quitzows waren von allen Seiten isoliert, als ein ernstlicher Angriff gegen sie unternommen wurde. Wie einst die alte Hauptstadt der Heveller von Heinrich I., so wurden jetzt die Burgen des Adels mitten im Winter angegriffen,

die vornehmsten vier von verschiedenen Seiten her zu derselben Zeit: Hilfe leisten konnten sie einander nicht. Zuerst ward Friesack genommen, wo der Burggraf selbst erschienen war; dann wandte er sich gegen Plaue an den brandenburgisch-magdeburgischen Grenzen, vor welchem die magdeburgischen Völker lagerten: er war der wichtigste dieser Plätze, von dem aus die beiden Gebiete in Schrecken gehalten wurden. Einige magdeburgische Mannen lagen noch daselbst gefangen. Hans von Quitzow, der die Burgfeste innehatte, verließ sich auf ihre vierzehn Schuh dicken Mauern, die er für unbezwinglich hielt. Da kam die Natur und Bedeutung dieser Kämpfe recht eigens zur Erscheinung.

Denn wenn man fragt, worin die autonomen Zustände des späteren Mittelalters vor allem ihre Begründung hatten, so war es das Übergewicht der Mittel der Verteidigung über die Mittel des Angriffs. Daher kam es, daß die höchste Gewalt den Widerstand, der ihr entgegengesetzt wurde, niederzuwerfen so häufig außerstande war.

Nun aber veränderte sich die Kriegsweise. Das Geschütz, das anfangs auch zur Verteidigung gedient hatte, wurde nach und nach das wirksamste Mittel zur Herstellung der Autorität der herrschenden Gewalten. Nirgends ist es an einer wichtigen Stelle mit größerem Erfolg zur Geltung gebracht worden als damals von dem Burggrafen Friedrich. Durch das große Geschütz, das lange im Andenken geblieben ist, wurden die für unüberwindlich gehaltenen Verteidigungswerke überwältigt. Hans von Quitzow ist insofern denkwürdig, weil er das entgegengesetzte Prinzip in einem bedeutenden Moment aufrecht hielt, aber in kurzem sah er, daß er verloren sei; er suchte dem Geschütz des Burggrafen zu entfliehen, fiel aber in die Hände der Bürger. Auch die übrigen Burgen wurden dann leicht genommen: der Burggraf kam noch vor Ostern in den Stand, der Weisung Sigismunds gemäß einen allgemeinen Landfrieden zu verkündigen, welcher eine neue Zeit anbahnte. Der Friede wurde mit dem Rate und Vollbort der geistlichen und der weltlichen Herren sowie der Städte zum Gesetz des Landes erhoben; er schließt eigentlich eine gegenseitige Verpflichtung aller ein. Wer des Burggrafen, des Landes oder jemandes unter ihnen Feind sei, dem wollen sie alle gemeinschaftlich Feind sein: so soll es nach innen und außen fest und unverbrüchlich gehalten werden. Es ist der Akt, durch welchen die landesherrliche Autorität, die in diesem Falle zugleich die des Reiches und der allgemeinen Ordnung war, im Lande zur Anerkennung gelangte.

Indem Friedrich dergestalt seine lokale Aufgabe vollzog, war nun auch Sigismund zu der Erledigung der universalen geschritten, die ihm durch seine Königswahl zuteil geworden waren.

Bei weitem die wichtigste war die Hebung des kirchlichen Schisma, ohne welche sich eine Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung, denn die große Streitigkeit wirkte auf alle Verhältnisse ein, nicht erreichen ließ[1]. Die Dreiheit der Tiara entsprang für Deutschland daher, daß der anerkannte Papst Gregor VII. sich für König Ruprecht erklärt hatte und an demselben festhielt, wie dieser an ihm. Daher rührte der Versuch Wenzels, zwischen ihm und Benedict neutral zu bleiben, und die Berufung des Konziliums zu Pisa, welches einen dritten Papst aufstellte. Wenn Ruprecht dem Konzil auf den Grund hin sich widersetzt hatte, weil es nicht durch ihn, dem es als römischem König zustehen würde, sondern durch die Kardinäle berufen worden war, so knüpfte Sigismund daran an, insofern er es nun in seiner Eigenschaft als römischer König für seine Pflicht und sein Recht hielt, ein Konzilium, von welchem allein die Herstellung der kirchlichen Einheit erwartet werden konnte, zustande zu bringen. Auf sein Wort allein aber kam es dabei nicht an. Die miteinander streitenden Inhaber der geistlichen Gewalt mußten erst zur Einwilligung bewogen werden.

Der vornehmste unter ihnen war der Nachfolger des durch das Konzilium von Pisa zur päpstlichen Würde erhobenen Alexander V., Johann XXIII. Durch den König von Neapel aus Rom verjagt und auch von Oberitalien her gefährdet, ging Johann auf die Vorschläge Sigismunds, dessen Unterstützung er nicht entbehren konnte, ein und willigte, wiewohl ungern, in die Berufung der Kirchenversammlung nach einer deutschen Stadt. Auch Gregor XII., der Ältere, durch das frühere Konzilium zur Abdankung verurteilte Papst versprach, seine Bevollmächtigten dahin zu senden. Vor jedem weiteren Schritte aber mußte nun erst die Autorität Sigismunds im Reiche hergestellt sein. Bei dem Herzog von Savoyen, bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, durch deren Gebiete sein Weg aus Italien ihn führte, fand er leicht Anerkennung in seiner Autorität. Als er aber in das eigentliche Reichsgebiet gelangte, für welches dieselbe praktische Geltung hatte, ward ihm eine solche nicht zuteil.

Hauptsächlich nur die schlossen sich ihm an, denen er seine erste Wahl zu danken hatte; alle anderen hielten sich fern. Un-

[1] Weltgeschichte VII, 113 ff.

mutig wendete sich Sigismund, der bereits nach Koblenz gelangt war, aber kaum hoffen durfte, mit der geringen Begleitung, die ihn umgab, seine Krönung zu bewerkstelligen, von da nach Franken. Er hatte die Absicht, nach Ungarn zurückzugehen, lieber ungekrönt zu bleiben, als sich einem Schimpf auszusetzen. Da traf er nun mit dem Burggrafen in Nürnberg zusammen. In der allgemeinen Parteiung, in der sich unzählige Selbständigkeiten widereinander in unaufhörlicher Fehde tummelten, war es ein bedeutendes Ereignis, daß in einem der vornehmsten Reichsländer der Name des römischen Königs zur Anerkennung gekommen war.

Der umständlichste Chronist der Zeit, Windeck, schreibt es der Einwirkung des aus der Mark zurückgekehrten Burggrafen zu, wenn Sigismund jenen Entschluß aufgab, welcher in alles Begonnene verwirrend eingegriffen hätte.

Nur als römischer König konnte Sigismund das Konzilium um sich versammeln und demselben, wie er versprochen, Schutz und Sicherheit gewähren: um aber zur vollen Geltung zu kommen, bedurfte die Würde noch der feierlichen Sanktion, die in der Krönung lag. Dazu bahnte es den Weg, daß unter der Einwirkung Friedrichs und seines Bruders ein Landfriede in Franken zustande gebracht wurde.

Sigismund fand Mittel, eine so stattliche Mannschaft zu sammeln, daß seine niederrheinischen Gegner, die sich schon dazu vorbereiteten, es doch unterließen, ihm den Weg nach Aachen streitig zu machen. Er empfing die königliche Krone mit den altgewohnten Zeremonien von dem Erzbischof von Köln und fühlte sich nun erst als Oberhaupt des Reiches. Man weiß, mit welchen Reformideen für dasselbe er sich trug, als er sich nun wieder rheinaufwärts wandte, um das angekündigte Konzilium in Costnitz zu eröffnen. Den Frankfurter Bürgern sprach er mit Mißbilligung von all der Unbill, welche den Städten durch die Gewaltsamkeit und Anmaßung der Fürsten und Herren zugefügt werde. Nur auf den Städten, sagte er, beruhe das Reich, aber er denke noch eine andere Ordnung der Dinge herzustellen: das Konzilium werde ihm Gelegenheit geben, die geistlichen Fürsten zum Gehorsam zu bringen; dann werde sich Anlaß finden, auch mit den weltlichen Herren fertig zu werden. Ideen, denen verwandt, welche der Burggraf soeben auf einem anderen Schauplatz durchgeführt hatte, indem er der Unbotmäßigkeit und dem gewaltsamen Gebahren des märkischen Adels steuerte. Es schien den Weg zu einer Reform der Kirche und des Reiches zu eröffnen,

als das Konzilium von Costnitz sich nun wirklich versammelte (1414).

So viel Selbständigkeit hatte der römische König nicht, um das sichere Geleit, das er Johann Huß gegeben, aufrecht zu halten. Er opferte ihn der allgemeinen Übereinstimmung der geistlichen Gewalten. Niemand ahnte, daß man Huß erst lebendig machte, als man ihn hinrichtete. Auf der engsten Verbindung mit dem Konzilium beruhte die ganze Stellung, die Sigismund einnahm: daß er als römischer König das Konzilium versammelt hatte und versammelt hielt, war maßgebend für alle Beschlüsse. Die Dekrete des Konziliums von Pisa, das nur von Kardinälen mit zweifelhaftem Rechte berufen worden war, traten dagegen in den Hintergrund. Die Franzosen selbst, die in Pisa das meiste vermocht hatten, forderten jetzt die Abdankung Johanns XXIII., der dem dort ernannten Papste nachgefolgt war, so gut wie die der beiden anderen. Gegen den Wunsch des ersten wurden die Bevollmächtigten Gregors XII., der noch immer eine ausgebreitete Obedienz in Deutschland besaß, in Costnitz angenommen. Da dieser in seine Abdankung willigte, unter der Bedingung, daß dasselbe auch von den beiden anderen geschehe, so wurde Johann XXIII. Schritt für Schritt dahin gedrängt. Er schien sich zu fügen; aber indem er eingehende Erklärungen abgab, war er entschlossen, sich der Ausführung derselben durch die Flucht zu entziehen. Neu war dieser Gedanke nicht in ihm; auf seinem Wege nach Costnitz hatte er mit dem Herzog Friedrich von Tirol, dessen Territorien diese Stadt umschlossen, eine Zusammenkunft gehabt, denselben zum Gonfaloniere der Kirche erhoben und gegen diese und andere Vergünstigungen das Versprechen von ihm erhalten, ihn, den Papst, schützen zu wollen, wenn ihm das Konzilium unerträglich würde. Am 20. März 1415 führte Johann XXIII. dieses Vorhaben aus; er nahm seine Zuflucht zu dem Herzog, der ihm, wie er versprochen hatte, seinen Schutz und Schirm angedeihen ließ.

Eine Handlung offenbarer Feindseligkeit, die um so mehr auf sich hatte, da auch der größte der nicht unabhängigen Fürsten der Zeit, der Herzog von Burgund, ihr beizutreten Miene machte. Wollten Sigismund und die Väter des Konziliums ihre Absichten und Entschlüsse nicht aufgeben, so mußten sie den Widerstand, den sie fanden, gleich in seinem Beginn erdrücken. Sigismund ließ in allen benachbarten Landschaften den Krieg des Reiches gegen Friedrich von Österreich verkündigen: denn ohnehin waren sie Feinde. Friedrich hatte sich einer Entscheidung des Königs

in den Erbstreitigkeiten des Hauses Österreich, die zugunsten seines Vetters, des jungen Albrecht, erfolgt war, niemals unterworfen. Zwischen ihm und dem König walteten persönliche Mißverständnisse ob, die zuweilen den widerwärtigsten Charakter annahmen. Der Herzog ergriff die Sache des Papstes auch aus Haß gegen den König; und dieser hielt die Sache des Konziliums für seine eigene. Dies ist der Moment, in welchem die Lehre von der Superiorität des Konziliums über das Papsttum zu Costnitz ausgesprochen worden ist. Sie entsprach recht eigentlich den Umständen der Zeit. Das Konzilium wollte und konnte nicht dulden, daß sich Johann XXIII. seinen Beschlüssen entzog. Am 6. April 1415 wurde das Dekret feierlich gefaßt, am 7. begann der Krieg gegen den Herzog, den Vorfechter des Papstes. Zu dessen Durchführung nun war niemand eifriger als der Burggraf Friedrich: er tritt als der Feldhauptmann des Kaisers auf. Der junge Albrecht von Österreich, die bayerischen Herzöge, der Burggraf selbst erschienen im Felde; den großen Schlag führte die schweizerische Eidgenossenschaft. Von allen Seiten überrascht und übermannt, verlor Herzog Friedrich den Mut und gewann es über sich, die Gnade des römischen Königs zu suchen. Zwischen dem Herzog Ludwig von Bayern, an den sich Friedrich von Österreich wandte, und dem Burggrafen von Nürnberg, der den König vertrat, sind die vornehmsten Unterhandlungen gepflogen worden. Der Burggraf begab sich selbst zu dem Herzog und führte ihn vor den König. Auch der Papst wurde zurückgebracht.

Manchem dürfte scheinen, als ob das Ereignis, von dem wir hier einen flüchtigen Umriß entwerfen, unserem Gegenstande fern liege; in der Tat aber steht es mit demselben im allernächsten Zusammenhang. Denn eben in diesen Tagen, unter dem Einfluß dieser Begebenheiten ist die Markgrafschaft von Brandenburg samt der Kurwürde auf den Burggrafen übertragen worden. Ich lasse dahingestellt, ob es wahr ist, was eine nicht leichter Hand abzuweisende Nachricht meldet: der Burggraf habe die Mark für sich gefordert und der römische König sie ihm zugestanden. Die Wahrheit ist, der Burggraf hatte sie sich durch seine Teilnahme an den großen Angelegenheiten der Kirche und des Reiches verdient.

Für den König lag ein besonderer Beweggrund darin, daß er die Verfassung des Reiches in ihrem vollen Umfang herzustellen den Ehrgeiz fühlte.

Es war für das Ansehen des Reiches und für den Glanz der Krone wünschenswürdig, die Siebenzahl der Kurfürsten, wie sie

in der Goldenen Bulle mit besonderer Feierlichkeit festgesetzt worden, wieder ins Leben zu rufen. Sigismund hat immer behauptet, daß sein Sinn ursprünglich dahin gegangen sei. In Aachen hatte er den Kurfürsten von der Pfalz mit dem ausschließenden Rechte auf die Kur und dem Erztruchseßamte, den Kurfürsten von Sachsen mit dem Erzmarschallamte beliehen. So erhob er jetzt seinen vornehmsten Gehilfen, den Burggrafen Friedrich, zum Erzkammermeister des Reiches und Kurfürsten von Brandenburg. Ein großer Entschluß war es von seiner Seite immer, ein Erbland seines Hauses, welches, von Karl IV. mit Mühe erworben, so eng wie möglich an die Krone Böhmen geknüpft war, dieser Krone und dem Hause zu entfremden. Wohl wurde der Rückfall des Landes an einen der beiden luxemburgischen Brüder oder ihre Erben noch immer vorbehalten, aber an die Bedingung geknüpft, daß die Schuldforderung des Burggrafen, die jetzt auf 400 000 Gulden veranschlagt wurde, ohne daß man fände, wie sie berechnet worden ist, demselben zurückgezahlt sei; was sich nimmermehr erwarten ließ. König Wenzel hat niemals bewogen werden können, darin einzuwilligen; die anderen anwesenden Kurfürsten, die in dem Burggrafen einen Freund und Verbündeten sahen, zögerten nicht, ihre Willebriefe auszustellen. Ohne Zweifel hat Sigismund gewünscht, die Dienste zu vergelten, die ihm der Burggraf aufs neue geleistet hatte: die Herstellung der gesetzlichen Autorität in der Mark war ihm im Reiche zustatten gekommen; wie einst die Wahl, so hatte Friedrich auch seine Krönung wesentlich gefördert; und wenn es nun für die hierdurch begründete höchste Autorität erforderlich war, daß sie im Konzilium zur Geltung kam, so hatte der Burggraf auch an diesem Erfolge entscheidenden Anteil. Was weiter zwischen beiden persönlich vorgekommen ist, wer will es wissen; in dem König war eine Ader von Liberalität, er liebte, Dienste, die man ihm erwiesen hatte, mit der Tat zu erwidern[1].

So ist es geschehen, daß Sigismund die Rücksicht auf sein Haus und die Krone Böhmen hintansetzte und zu der Verleihung der Markgrafschaft und der Kurwürde an den Burggrafen und seine Erben schritt.

Lassen wir nicht unerwähnt, daß das Ereignis mit den damaligen Zuständen in der Mark auf das genaueste zusammenhing. Wohl waren die Quitzows verjagt; aber sie meinten noch immer,

[1] Sehr mit Recht wies Friedrich den Vorwurf zurück, daß er das Land „onverdient“ erlangt; denn er habe dem König „fleißig, treulich und frümblich gedient“.

wie Ausgewanderte pflegen, eine Partei im Lande zu haben, und fanden Rückhalt bei den benachbarten Fürsten, unter deren Schutze sie Einfälle unternahmen, die das Gepräge von Rachezügen, vornehmlich gegen die Städte, trugen. Besonders waren die beiden Herzöge von Pommern-Stettin ihre Beschützer; und man sah eine ernstliche Kriegsverwickelung mit ihnen voraus. Indem Friedrich für den Kaiser Sigismund focht, hatte er sein Auge immer dahin gerichtet; er entschuldigt bei den Ständen, Mannen, Prälaten und Städten, die in gewissem Sinne selbst seine Bundesgenossen waren, daß er noch nicht wieder bei ihnen erschienen sei, durch seine Geschäfte bei dem König, durch seine Teilnahme an den Kriegen desselben sei das unmöglich geworden; jetzt aber, so schreibt er den Städten am 9. Mai 1415, sei die Sache des Königs zu dessen Gunsten entschieden; jetzt habe er Urlaub, zu ihnen zu kommen, und da nun der Wiederausbruch des Krieges mit Pommern erwartet werden müsse, so fordert er die Stände auf, sich zu demselben mit aller Macht zu rüsten. Er hatte damals bereits sein Diplom als Markgraf und Kurfürst in den Händen; noch unterzeichnet er sich jedoch als Burggraf; er deutet nur an, daß er von dem König in Sachen des Landes einen gnädigen Bescheid erhalten habe, der ihnen allen willkommen und tröstlich sein werde.

Den Anhängern des Burggrafen und der von ihm begründeten Ordnung der Dinge konnte es nicht anders als erwünscht sein: für jene Kriegsgefahr selbst kam ihm die wiederhergestellte Autorität eines römischen Königs zustatten. Eine Entscheidung des Hofgerichtes sprach die Ächtung der Herzöge und selbst ihrer Untertanen, inwiefern sie ihnen anhängen würden, in alten, strengen Formen aus. Und noch brachte das eine große Wirkung hervor. Weder die Fürsten noch ihre Landschaften wollten außer den Frieden des Reiches gesetzt sein. Die Haltung der Mark jenem Angriff gegenüber und diese Gefahr bewirkten, daß die Herzöge von Pommern der Vermittlung der ihnen befreundeten Nachbarn Gehör gaben und eine Abkunft schlossen. Dietrich von Quitzow mußte Pommern verlassen. Er fand nun zwar neue Unterstützung in Mecklenburg. Aber wenn die Fürsten von Stargard sich seiner annahmen, so fanden diese dagegen Widerstand an den Herren von Werle, welche die Partei Friedrichs hielten. Von großer Bedeutung für diese Verhältnisse wurde es, daß dieser jetzt selbst Markgraf und Kurfürst geworden war: die Herren von Werle, ebenfalls von fürstlichem Range, nahmen keinen Anstand, dem zum Markgrafen erhobenen Freunde zu huldigen.

So wichtig wurde die neue Stellung, die er nun einnahm, sofort für das Land. Der Friede war zwar nicht vollkommen zustande gebracht, aber doch wie durch das frühere Verhalten Friedrichs, so durch sein letzten Erfolge in sichere Aussicht gestellt, als er im Herbste 1415 nach der Mark zurückkam. Er hatte den römischen König, der sich damals nach Spanien begab, um den dritten noch widerstrebenden Papst ebenfalls zur Abdankung zu bewegen, bis an die Grenzen der deutschen Zunge, bis zum Kanton Bern begleitet. Dann wandte er sich zurück, um seine eigene Angelegenheit zu führen. Ritter, Mannen und Abgeordnete der Städte versammelten sich in Berlin, welches alle Tage mehr als die vornehmste der märkischen Städte betrachtet wurde; die Anwesenheit des mecklenburgischen Fürsten, des Herrn von Werle, trug zu der Würde und dem Glanze der Handlung bei. Friedrich erschien zugleich als Friedensstifter und der Vorkämpfer der Stände. In ihm sah man die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung. Die Städte, und gerade von Berlin erzählt man das, wendeten dennoch ein, daß der römische König, ihr alter Erbherr, dem sie vierzig Jahre früher gehuldigt hatten, sie mit Mund und Hand ihrer Pflicht entbinden sollte. So hätte Sitte und Gewohnheit gefordert; und Sigismund hatte sich bereit erklärt, die Abgeordneten, wenn sie ihn persönlich aufsuchen würden, zu empfangen und ihres Eides und ihrer Pflichten, wie er bereits schriftlich getan, auch mündlich zu entlassen. Aber er war in diesem Augenblick auf jener Reise nach Spanien in weiter Ferne. Man begreift die Einwendung bei dem Übergang von einer alten Verpflichtung zu einer neuen: sie war bei ähnlichen Fällen in der Regel gemacht worden; aber doch nur formaler Natur und ohne politische Bedeutung. Auf die Erläuterungen, welche die Räte des Markgrafen gaben, sahen die Bürger davon ab und leisteten nun, wie die Urkunde lautet: „eine rechte Erbhuldigung als ihrem rechten Erbherrn Friedrich und seinen Erben, Markgrafen zu Brandenburg".

An diesem Tage — es war der 21. Oktober — begann die Herrschaft der Burggrafen von Nürnberg, wie man gleich damals hinzufügte, aus dem Stamme der Grafen von Zollern in der Mark. Der neue Herr zog von einem Ort zum anderen, um allenthalben die Huldigung entgegenzunehmen. Gegen Mecklenburg-Stargard schützte Friedrich seinen neuen Vasallen von Werle. Mit der Linie der pommerschen Herzöge zu Wolgast trat er durch eine eventuelle Eheberedung in ein nahes Verhältnis; die noch nicht erledigten Ansprüche der Herzöge von Stettin, unter denen auch

noch die Aufwendungen Swantibors erwähnt werden, beseitigte er durch Geldentschädigungen, zu deren Abtragung die märkischen Städte die Hand boten. Die alten Gegner, die Verbündeten der Quitzows, wurden zu Gnaden angenommen. Sie verpflichteten sich, den Frieden und Unfrieden des Markgrafen zu halten, die Herren, Mannen und Städte der Mark nicht zu beschädigen. In diesem Sinne wurde nach und nach auch mit den Quitzows selbst ein Einverständnis getroffen. Bei einem Kriegszug, zu dem die Kräfte des Landes bald nachher zusammengenommen werden mußten, schien es erforderlich, sich auch dieser Feindseligkeit zu entledigen. Es geschah auf den Rat und unter der Mitwirkung der Landstände, daß Markgraf Friedrich ihnen einige Zugeständnisse machte, infolge deren sie sich der neuen Ordnung der Dinge unterwarfen. Ihr usurpatorischer Gedanke war eine Chimäre geworden; und wollten sie nicht als Flüchtlinge leben, so mußten sie den Fürsten anerkennen, in dem sich die Notwendigkeit der allgemeinen Ordnung repräsentierte. Es war noch nicht ganz so weit; aber die Mark war beruhigt und sichergestellt, als nun auch König Sigismund von seiner konziliaren Reise zurückkam.

So darf man sie wohl nennen. Von dem Konzilium aufgefordert und eingesegnet, im Interesse der Wiederherstellung der geistlichen Einheit hatte er sie unternommen. Das römische Königtum oder vielmehr die Idee des Kaisertums, welche auch unter diesem Titel anerkannt wurde, gelangte dabei noch einmal auf friedlichem Wege zu einer allgemeinen Bedeutung[1]. Für Sigismund war es Pflicht, aber auch Genuß, in Besitz der höchsten Würden noch einmal Europa zu durchziehen. Es gelang ihm zwar nicht, Papst Benedikt XIII. zur Abdankung zu bringen, aber er vermochte bei seiner Anwesenheit in Perpignan und Narbonne die Obedienz desselben zu zerstören. Die Kastilianer schlossen sich dem Konzilium an. Dieses fand dann Grund genug, auch über Benedikt die Absetzung auszusprechen, während sich Gregor XII. entschloß, fortan wieder als Angelo Corraro zu leben. Sigismund, der seinen Rückweg, in fortwährender Unterhandlung begriffen, durch Frankreich, England, die Niederlande nahm, wurde, als er nach anderthalbjähriger Abwesenheit wieder anlangte, mit dankbarer Ehrerbietung empfangen. Es war ihm gelungen, der Idee der kirchlichen Einheit, unterstützt von dem Gemeingefühl, das noch in den Gemütern lebte, den Sieg über die schismatischen Entzweiungen zu verschaffen. Ein großer Kontrast: die königliche

[1] Vgl. Anmerkung zu Seite 57.

Wanderung Sigismunds durch das westliche Europa und der in kleinen und widerwärtigen Händeln verlaufene Aufenthalt Friedrichs in der Mark. Aber von Bedeutung war auch der letztere. Infolge desselben hat die Dynastie der Zollern wirklich Wurzel in dem Lande gefaßt, indem zugleich die Autorität der höchsten Gewalt und die öffentliche Ordnung zur Geltung gebracht wurde. Die konziliaren Bestrebungen des Königs und die territorialen des Markgrafen standen in einer intellektuellen Wechselwirkung. Bald nach Zurückkunft Sigismunds nach Costnitz, wo nun auch Friedrich eintraf, erhielt dessen neue Würde die feierliche Sanktion des römischen Königs. Sigismund forderte die Fürsten des Reiches auf, bis zu Pfingsten 1417 ihre Lehen feierlich in Empfang zu nehmen. Sie erschienen hierzu in großer Zahl. Von allen Akten, die dann erfolgten, ohne Zweifel der bedeutendste war die Belehnung des neuen Kurfürsten von Brandenburg. Sie fand am 18. April 1417 auf dem Marktplatz zu Costnitz statt. Der Kaiser hatte auf einer hohen Tribüne Platz genommen, zu beiden Seiten von ihm einige vornehme Geistliche; denn man liebte noch, die weltliche Gewalt in geistlicher Umgebung erscheinen zu sehen. Die anwesenden Herren hatten indes den Markgrafen aus seiner Wohnung abgeholt. Aus ihrer Mitte begaben sich zuerst die Kurfürsten von der Pfalz und von Sachsen, jener mit dem Zepter, dieser mit dem Schwerte auf die Tribüne und stellten sich, ihre Abzeichen hochhaltend, neben den König. Dann stieg Markgraf Friedrich herauf, in der Mitte zweier Bannerträger; sie haben ihre Knie gesenkt, als sie die oberste Stiege betraten, und dann nochmals unmittelbar vor dem König. Der Kanzler verlas eine Urkunde, in welcher die Rechte der Würde, mit der Friedrich belehnt werden sollte, und auch die Pflichten, welche er dagegen zu erfüllen habe, aufgezählt wurden: „Herr Kurfürst des Heiligen Römischen Reiches", sagte der König, „lieber Oheim, wollt Ihr das beschwören?" „Mächtiger König, gerne", antwortete Friedrich und leistete den Eid. Hierauf nahm der König die Banner von Brandenburg und Nürnberg aus den Händen der Ritter, und übergab sie dem Markgrafen; durch den Oberlehnsherrn gleichsam geweiht, kamen sie an die Ritter zurück. Von dem Pfalzgrafen empfing der König das Zepter des Erzkämmerers und den Reichsapfel und legte beides in Friedrichs Hände. Die Ideen, die im Jahre 1410 miteinander gefaßt worden waren, erscheinen im Jahre 1417 miteinander durchgeführt. Einerseits war eine anerkannte Reichsgewalt und mit ihr die Einheit der Christenheit wiederhergestellt[1]: anderseits

[1] Seite 107.

die Mark Brandenburg beruhigt und im Besitz des Burggrafen von Nürnberg befestigt, der durch seine Erhebung zur Kurwürde zugleich einen gesetzlichen Anteil an der Reichsverwaltung erhielt. Mit dem Lande wurde eine Würde erworben, welche nach der königlichen die höchste im Reiche war. Alles beruht auf den Diensten, welche der Burggraf dem letzten Fürsten aus dem Hause Luxemburg in den allgemeinen Angelegenheiten leistete, und auf der gleichartigen und erfolgreichen Direktion ihrer Tätigkeit; es war ein integrierender Moment der historischen Entwicklung, die sich eben vollzog.

Für die Mark Brandenburg begann damit recht eigentlich eine neue Epoche. Nicht als wäre alles von der Persönlichkeit des Fürsten ausgegangen, dessen Anerkennung vielmehr mit den inneren Regungen der Landeseingesessenen, den damaligen Entzweiungen unter ihnen, der Notwendigkeit, denselben ein Ende zu machen, in Zusammenhang steht: das Land hatte Anteil an dem Ereignis. Die alte askanische Mark in ihrer elementaren Zusammensetzung, in der sie eines mächtigen Fürstentums bedurfte, gewann durch den Eintritt der neuen Dynastie verjüngtes Leben.

In dem Akte der Belehnung lag nun aber auch ein Antrieb zur Wiederaufnahme ihrer alten und wichtigsten Ansprüche. Wenn in der Urkunde die Mark Brandenburg nicht gerade wie sie damals war, sondern mit allen ihren Rechten an Friedrich übertragen wurde, so sollte sich sogleich zeigen, was das zu bedeuten habe. Auch die Herzöge von Stettin wurden belehnt, aber mit ausdrücklichem Vorbehalt der oberherrlichen Rechte der Mark Brandenburg über Pommern, welche ihr von den früheren Kaisern übertragen worden seien. Die Konzession des Kaisers Ludwig wurde, wie andere Akten der bayerischen Dynastie, überhaupt als nicht geschehen betrachtet. So verhält es sich wohl: die Erfahrung der letzten Jahre hatte gezeigt, daß ein Übergewicht der Markgrafen über ihre nördlichen Nachbarn dazu gehöre, um das Land selbst in seiner wiederhergestellten Ordnung aufrechtzuerhalten.

Kurfürst Friedrich hat einige glückliche Kriegszüge gegen die Pommern unternommen; die große Absicht aber hat er doch nicht durchgeführt. Durch neue Zerwürfnisse im Reiche veranlaßt und durch den Kaiser wieder begünstigt, erhoben sich die Herzöge von Pommern im Jahre 1425 noch einmal zum Angriff auf die Marken, bei dem ihnen die Hauptstadt der Uckermark, auf die sie Anspruch machten, Prenzlau, in die Hand fiel. Der Kurfürst, der, seitdem ihm durch den Tod seines Bruders die fränkischen Besitztümer zugefallen waren, seinen Sitz in denselben genommen hatte, eilte

mit einer Schar seiner dortigen Mannen herbei, um das Verlorene wiederzuerobern. Wir finden ihn bald darauf das feste Vierraden belagern. Aber er wurde inne, daß die beiden Gebiete, die er beherrschte, doch sehr verschiedener Natur waren. Zwischen den fränkischen und den märkischen Rittern brach ein landsmannschaftlicher Hader aus. Jene wollten sich nicht in einem Kriege opfern, der ihnen wenig Vorteil verhieß; diese wünschten ihre Sache allein zu führen. Als nun die Gegner mit vereinigten Kräften heranrückten, so verzweifelte Kurfürst Friedrich, sie zu bestehen. Er zog zurück; faßte dann aber den Entschluß, die Mark der Verwaltung seines Sohnes Johann zu überlassen, dem es denn auch wirklich gelang, Prenzlau den Pommern zu entreißen und einen erträglichen Frieden zustande zu bringen, bei welchem jeder Teil weiterreichende Ansprüche fürs erste aufgab. Das Ziel hat man niemals aus dem Auge gelassen; Friedrich selbst verzweifelte, es zu erreichen: er ist seit dem letzten Kriegszug niemals wieder in der Mark erschienen: schon vor demselben und noch mehr nachher hat er sich in ganz anderen Richtungen als in territorialen bewegt. Seine Tätigkeit war den allgemeinen Angelegenheiten des Reiches und der Kirche gewidmet, für welche durch eine religiöse Umwälzung in dem Lande, wo die Reichsgewalt bisher ihren vornehmsten Sitz gehabt, die dringendsten Gefahren in den Gesichtskreis traten.

Von Anfang an hatte die hussitische Bewegung in Böhmen einen national-tschechischen und antideutschen Charakter. Sie erwuchs auf dem Boden der Reaktion gegen die Regierungsweise Karls IV.; denn wiewohl dieser Kaiser Böhmen vergrößert hatte, so gereichte doch die Förderung, die er den Deutschen zuteil werden ließ, den Eingeborenen zum Ärgernis. Sie klagten, er habe die Deutschen zu Bürgermeistern und Ratsherren in den Städten gesetzt, ihnen das Richteramt übertragen; ein deutsches Rechtsverfahren eingeführt; den Deutschen die Hauptkirchen eingeräumt; die Eingeborenen auf die Kirchhöfe verwiesen. Wenn nun die Universität Prag, welche die allgemeine Hochschule für das nordöstliche Europa sein sollte, vorzugsweise in den Händen der Deutschen war, denen drei Stimmen zugestanden waren, den Böhmen nur eine, so erweckte auch diese Institution und ihre Verfassung den Widerwillen der Tschechen, die sich von den großen Benefizien, die mit derselben verbunden waren, ausgeschlossen sahen. Und da nun die Mehrheit der Doktoren das orthodoxe System der abendländischen Kirche behauptete, so ist es um so eher zu begreifen, wenn die Tschechen dagegen für die Abweichung Partei nahmen, die damals

in England durch Wiclef zu einer Darstellung von hoher Bedeutung gekommen, aber dort unterdrückt worden war. Durch diesen Streit ist die Universität auseinandergesprengt worden: ein Dekret, welches das Stimmenverhältnis nicht sowohl veränderte, als umkehrte, veranlaßte die Deutschen, Prag zu verlassen. Für Deutschland fürwahr kein Unglück, da dadurch zur Bildung neuer Stätten wissenschaftlicher Kultur Anlaß gegeben wurde. Aber um so mehr Boden gewannen in Böhmen die abweichenden Lehrmeinungen, zumal da sie von einem großen Prediger in der Landessprache allem Volke verkündigt wurden. Wir berührten schon, daß Johann Huß von dem Konzilium zu Costnitz zur Verantwortung gezogen und von demselben zum Tode verdammt wurde. Welch eine Rückwirkung mußte dies auf die Tschechen haben. Der gehässigste Grundsatz der römischen Kirche, daß die Ketzer mit dem Tode im Feuer zu bestrafen seien, war gegen ihren vornehmsten Lehrer, den sie für höchst rechtgläubig hielten und der durch Frömmigkeit und Mut, durch sittliche Haltung und Sorge für das Volk die allgemeine Verehrung erworben hatte, in Anwendung gebracht; und zwar, nachdem man ihm sicheres Geleite zugesagt hatte. Das Konzil sprach aus, daß den Ketzern das ihnen gegebene Wort nicht gehalten zu werden brauche. Die Böhmen meinten in diesen Beschlüssen die Feindseligkeit der Deutschen gegen ihre Nation zu erkennen, sie fühlten sich zugleich beleidigt und bedroht; sie konnten nichts anderes erwarten, als daß man sie dem alten System mit Gewalt zu unterwerfen versuchen würde, woraus dann eine Erneuerung der verhaßten Zustände entspringen mußte. Sie waren entschlossen, sich dem aus aller Kraft zu widersetzen.

Nach kurzer Zeit, bei dem Tode Wenzels, bekam die religiöse Umwälzung eine unmittelbare Beziehung auf die politischen Zustände. Der römische König, der bei der Verurteilung des Mannes der Nation den Vorwurf des Wortbruches auf sich geladen hatte, besaß den gegründetsten Anspruch auf den Thron der Przemysliden, von denen er durch seine Ältermutter stammte. Aber die Böhmen, von religiösen und nationalen Antipathien ergriffen, verweigerten, ihn anzuerkennen. Ein blutiger Konflikt konnte dann nicht vermieden werden. Sigismund durfte dabei vor allem auf die Unterstützung des Deutschen Reiches zählen, dessen Oberhaupt er war und dem die Antipathien der Böhmen besonders galten. Durch den ausgesprochenen Abfall von der römischen Kirche empfing der Kampf vor allem einen religiösen Charakter: die Idee der Kreuzzüge wurde gegen sie als Ungläubige erneuert. Im Sommer 1420 sammelte sich auf den Aufruf des Päpstlichen Stuhles haupt-

sächlich aus deutschen benachbarten und fernen Stämmen um Sigismund ein großes Kreuzzugsheer. Da die Partei der Hussiten keineswegs die alleinherrschende in Böhmen war, erreichte man wirklich, daß Sigismund in Prag gekrönt ward. Hingegen scheiterten die Versuche, die Stadt zu unterwerfen. Da zeigte sich aber, daß die Interessen des Königs und der Deutschen doch nicht dieselben waren. Man stellte dem Könige vor, er werde sich seines Erblandes leichter bemächtigen, wofern er sich der Deutschen entschlage, durch die es verwüstet werde. Wenn dann der König sich in seinen Vergabungen, die besonders in Verpfändungen bestanden, freigebig gegen die Böhmen erwies, so erweckte das hinwieder die Eifersucht und den Verdacht der Deutschen. In dem Heere, das zur Eroberung bestimmt war, trat eine Entzweiung hervor, die jeden glücklichen Erfolg verhinderte. Als endlich der Rückzug des großen Heeres beschlossen werden mußte, maßen die Deutschen dem Könige und seiner versteckten Hinneigung zu den Böhmen selbst die Schuld davon bei. Man fing an, in dem römischen, d. i. dem deutschen König, doch wieder mehr den König von Ungarn zu sehen.

Auf einem Reichstage, den Sigismund auszuschreiben veranlaßt war und doch nicht besuchte, kam dann durch die rheinischen Kurfürsten unter Einwirkung eines päpstlichen Legaten ein Reichsbündnis zur Ausrottung der Hussiten zustande, dem bei weitem die meisten Fürsten und Städte sich zugesellten. Ein überaus zahlreiches Heer trat zusammen. Als die böhmischen Grenzen überschritten wurden, stiegen die Fürsten von den Pferden und gaben die Überzeugung kund, sich zu einem heiligen Werk anzuschicken. Sie rechneten darauf, daß Sigismund mit den Österreichern von der andern Seite in Böhmen vorrücken und sie unterstützen würde. Der König hatte es mit Bestimmtheit versprochen, aber vergebens harrte man auf ihn; und da die Böhmen ihre ganze Macht gegen das Reichsheer wandten, das vor Saaz lagerte, und ihre Kriegführung bei weitem kräftiger war, so löste sich dieses in einem fluchtähnlichen Rückzuge auf (Oktober 1421).

Die entscheidenden Ereignisse der Epoche überschauend dürfen wir wohl diese Niederlage in ihrer historischen Bedeutung mit denen von Nikopolis[1] und Tannenberg[2] zusammenstellen: es war eine dem bisherigen Waffendienst, wie er mit den Landesverfassungen aufs engste verwebt war, entgegengesetzte, durch Energie und nationalreligiösen Impuls verstärkte Heeresmacht,

[1] Seite 79.
[2] Seite 84.

welche dem germanischen Europa gegenüber im Felde erschien. Hierdurch wurde das Deutsche Reich, das bisher das Übergewicht besessen hatte, in eine defensive Stellung von sehr zweifelhaftem Erfolge gedrängt, bei welcher jeder Stand und jede Landschaft für sich selber zu sorgen hatte. Kurfürst Friedrich wurde davon in Franken in nächster Nähe berührt; und wie sehr wuchs jene Gefahr, als ein litauischer Fürst, einverstanden mit dem Könige von Polen, die böhmische Krone annahm: eine Kombination, durch welche die Mark ebenfalls bedroht wurde.

Friedrich suchte sich dadurch zu helfen, daß er sich um eine Allianz und zugleich um ein verwandtschaftliches Verhältnis mit dem Könige von Polen bemühte: sein zweiter Sohn wurde zum Gemahl einer Tochter desselben bestimmt. Das hat zuletzt nicht zu dem erwünschten Ziele geführt, aber schon der Versuch mußte eine Entzweiung mit dem römischen Könige hervorbringen, die dem Kurfürsten doch in seiner territorialen Stellung sehr nachteilig wurde. Ohne Zweifel wirkte sie hauptsächlich dazu mit, daß Sigismund die zur Vakanz kommende Kurwürde von Sachsen, auf die sich Friedrich und sein Haus Rechnung gemacht hatte, vielmehr an das Haus Wettin übertrug, welches ihm dagegen auf das eifrigste in Böhmen zu Hilfe kam. Irren wir nicht, so ist diese Zersetzung der bisherigen Verhältnisse, zusammenfallend mit der immer wachsenden Gefahr der Hussitenkriege, für das Reich als solches von der größten Bedeutung gewesen. Die Notwendigkeit einer spontanen Aktion gegen die Böhmen, im Interesse mehr des Reiches als des Königs, führte bereits im Jahre 1424 zu einem Verein, in welchem sich die Kurfürsten als die bleibende Zentralmacht im Reiche zu konstituieren begannen. Friedrich nahm daran den lebendigsten Anteil. Er faßte überhaupt für die Einrichtung des Reiches als einer Gesamtheit ebenso tiefgreifende wie wohlerwogene Entwürfe, die, wenn auch damals von einer nur vorübergehenden Wirkung, doch für die späteren Zeiten, wo man sie wieder aufnahm, hohen Wert gehabt haben[1]. Endlich aber konnte man sich nicht verbergen, daß der böhmische Streit weder durch den König noch durch das Reich, dessen Anstrengungen den Entwürfen, die man faßte, niemals entsprachen, zu Ende zu bringen sei. Es war nicht anders: man mußte darauf Verzicht leisten, die Böhmen mit Gewalt der Waffen zu unterwerfen, und sich entschließen, auf eine Abkunft mit ihnen Bedacht zu nehmen. Die Meinung ging dahin, daß es nur durch ein allge-

[1] Reformation I, 45 ff.

meines Konzil geschehen könnte, wie ein solches zu Basel soeben zusammentrat.

Das Konzilium von Basel (seit 1431) hat einen anderen Charakter als das Costnitzer. Seine Berufung war eine einfache Konsequenz der früheren Beschlüsse. Aber dem Römischen Stuhle konnte die Einwilligung dazu nur durch das nachdrücklichste Auftreten abgewonnen werden. Entscheidend dafür ist zuletzt ein Plakat gewesen, in welchem die Berufung des Konzils als das einzige Mittel bezeichnet wurde, den böhmischen Irrlehren Grenzen zu stecken: würde man sich in Rom dem entgegensetzen, so würde man die Ketzerei begünstigen: die Versammlung werde man damit doch nicht hindern, diese aber alsdann den Papst anklagen und vielleicht zu einer Absetzung desselben schreiten. Es ist immer behauptet worden, daß Kurfürst Friedrich an diesem Plakat mitbeteiligt gewesen sei. Aber auch nachdem die Versammlung von Martin V., wenngleich sehr ungern, gestattet worden war, traf dessen Nachfolger, Eugenius IV., ernstliche Anstalten, sie wieder aufzulösen. In diesem Augenblick ist es gewesen, daß die in Basel versammelten Väter das Costnitzer Dekret, welches die Superiorität des Konzils über die Päpste aussprach, erneuerten. Aber wenn es sich in dieser Beziehung der früheren Versammlung anschloß, so trat es in der Frage über die Hussiten einen bedeutenden Schritt zurück. Unter der Leitung eines Legaten, der damit einverstanden war, entschloß es sich, die große Angelegenheit eines Austrages mit den Böhmen in die Hand zu nehmen.

An dieser Verhandlung hat nun Kurfürst Friedrich persönlich den größten Anteil gehabt. Einst bei der Rückkehr von einer Reise hatte er sein fränkisches Gebiet von den Hussiten überflutet und der Verwüstung preisgegeben gefunden. Er hatte dann nichts gespart, um sie zum Abzuge zu vermögen, und war dabei mit den Führern in ein freundliches Verhältnis getreten. Jetzt erschien er im Auftrag des Konzils an der Spitze einer zahlreichen und stattlichen Deputation in Eger, um die Verhandlungen einzuleiten. Dort stellten sich auch die Böhmen ein, unter denen die taboritische unversöhnliche Partei mit Gewalt zurückgedrängt worden war. In der Behausung des Markgrafen fanden sich die beiden Deputationen zusammen. Die beredtesten Mitglieder derselben, der Kanonikus Toke von Magdeburg, Kaplan des Markgrafen, und Johann Rokyczana, begrüßten einander mit Worten des Friedens und der Versöhnung. Man vereinbarte die Bedingungen, unter denen eine Unterhandlung zwischen dem Konzil und den

Hussiten möglich wurde, die endlich zu den Kompaktaten geführt hat, welche die Grundlage des Friedens in der Kirche und damit auch in dem Reiche bildeten. Alles zusammengefaßt, darf man wohl sagen, daß das nur durch eine Art von Emanzipation von den beiden höchsten Gewalten, dem Kaiser und dem Papste, geschehen ist: die konziliare Autorität und die reichsständische Selbständigkeit griffen dabei zusammen. Einer von denen, die das meiste zu diesem Gange der Dinge beitrugen, ist Friedrich I. gewesen: er folgte darin der Notwendigkeit der Dinge. Noch war die dynastische Frage übrig, welche zugleich über die unmittelbare Gegenwart hinausreichte. Sigismund selbst gelangte endlich zur böhmischen Krone, indem er die Kompaktaten annahm. Nicht lange darauf aber ist er mit Tode abgegangen: er starb, auf dem kaiserlichen Throne sitzend — denn das eingeborene Gefühl der höchsten Würde wollte er in das Grab nehmen (1437). Mit seinem Tode aber erst bekam jene Frage ihre volle Bedeutung. Er hatte alles dafür getan, um seinem Schwiegersohn Albrecht die Nachfolge zu sichern; es jedoch nicht durchsetzen können. Denn allzu lebhaft waren die böhmischen Antipathien gegen die Deutschen, um sich nicht dem Erbrecht, das auf ein deutsches Haus überging, zu widersetzen. Und wie viel lag überhaupt daran, ob Habsburg den Luxemburgern im Reiche und ihren Erblanden nachfolgen würde oder nicht.

Wenn wir den Nachrichten glauben dürfen, welche, wenngleich nicht urkundlich, vorliegen, doch aus urkundlichem Material genommen sind, so hat Markgraf Friedrich selbst die Nachfolge Albrechts im Deutschen Reiche in Gang gebracht. Schon damals ist gegen diese Kombination eingewendet worden, daß Österreich dadurch zu mächtig werden dürfte: auf solche Weise werde der Machtgedanke Karls IV., den dieser nicht durchzusetzen vermocht habe, wieder aufgenommen und vollendet. Und kein Zweifel ist, daß die spätere Macht des Hauses Österreich auf dieser Verbindung beruht: damals war sie, wenn man in Betracht zog, wie wenig Sigismund, auch mit Albrecht verbunden, dennoch ausgerichtet hatte, nicht gerade gefährlich. Was den Markgrafen dafür entschied, war die Lage von Böhmen.

Denn wenn nicht wieder ein deutscher Fürst die Krone von Böhmen erwarb, so war nichts wahrscheinlicher, als daß ein polnischer Prinz sie erlangen und Polen sich Schlesien, auf das es alte Ansprüche hatte, vielleicht auch Mähren aneignen würde. Dem zuvorzukommen, erschien es als das vornehmste Mittel, den Schwiegersohn Sigismunds zum römischen König zu erheben:

denn dann würde Böhmen sich ihm leicht unterwerfen, wie das denn auch geschah.

Die Erhebung des Hauses Österreich und die selbständige Macht des Hauses Brandenburg sind in einem und demselben Augenblick angebahnt worden; sie sind beide aus dem luxemburgischen Erbe hervorgegangen. An sich bestand ja ein hohenzollernsches Fürstentum sowohl wie ein habsburgisches: diesem ward durch die luxemburgische Erbschaft eine neue Stellung zuteil, jenem durch die Verzichtleistung der Luxemburger auf die Mark, die nun erst ihre volle Wirkung hatte. Wie enge damals die Interessen sich verflochten, erkennt man daraus, daß ein Sohn des Markgrafen Friedrich es war, welcher im Auftrage des neuen römischen Königs aus dem Hause Österreich dem Vordringen der Polen in Schlesien, welche auf diese Weise auch Böhmen zu gewinnen dachten, und von denen man meinte, daß sie mit den Osmanen verbündet seien, Einhalt tat. Nach dem unerwartet frühen Tode des Königs Albrecht hatte der Kurfürst-Markgraf die Genugtuung, den Sohn desselben, Ladislaus, Enkel Sigismunds, in Ungarn und Böhmen anerkannt zu sehen. Seiner Beistimmung, die nach einigem Bedenken erfolgte, verdankte Friedrich von Österreich seine Wahl zum römischen König.

In Kurfürst Friedrich I. erkennen wir einen politischen Genius ersten Ranges, ebenso reich an Ideen wie voll von Talent, sie auszuführen, immer nach den wechselnden Umständen und Erfordernissen der Zeit. Sein Verhältnis zu Ruprecht und dann zu Sigismund, sein Anteil an der Königswahl des letztern und dann an dem Costnitzer Konzil, seine Erwerbung der Mark und der kurfürstlichen Würde, später sein Verhalten den Hussiten gegenüber, die daran sich anknüpfenden reichsständischen und konziliaren Entwürfe, selbst der Anteil, den er an dem Übergang der böhmischen Krone an das Haus Österreich hatte, bilden ein großes zusammenhängendes Ganze, getragen von originalen Gedanken und Bestrebungen, die für die Nachwelt grundlegend geworden sind. Friedrich stand auf der Höhe der Bildung seiner Zeit. In seiner Jugend hatte er gelehrten Unterricht genossen; er hatte nicht allein Latein gelernt, sondern auch die Anfangsgründe des bürgerlichen und kanonischen Rechtes sich zu eigen gemacht. Er war sowohl der französischen Sprache mächtig, in der noch ein ritterlicher Atem wehte, als mit der italienischen Literatur vertraut, in welcher bereits die klassische Bildung zu überwiegen begann. Und dabei vergaß er die deutsche Heldensage nicht: er gedenkt in seinem Testament seiner deutschen Lesebücher, die

für seine Nachkommen aufbewahrt werden sollen. Darin lag eben der Charakter der Zeit, daß sich die Tendenzen verschiedener Epochen die Hand reichen. Der kirchlichen Andacht, welche die Gemüter erfüllte, hingegeben, faßte er doch Gedanken, die jenseits des herrschenden Systems lagen: er war fähig, mit den konziliaren Männern zu verkehren, sie zu verstehen, ihre Ansichten aufzunehmen und sie selbst für die seinen empfänglich zu machen; er war wie von Natur zur Vermittlung geeignet. Als ein unerschütterlicher Freund kann er nicht gelten; man hat ihm das oft mit Bitterkeit vorgeworfen; auch ist es nicht ohne Grund: er folgte nur immer der allgemeinen Direktion, die er im Gefühl der Lage der Dinge ergriffen hatte, ohne sich durch persönliche Rücksichten für gebunden zu erachten. Und allezeit lebte in ihm etwas, was über den Moment erhaben ist. Zugleich fein und gediegen wußte er sich Eingang bei den verschiedenen Parteien zu schaffen. Er war ein guter Kriegsmann. Man will dreißig Kriegszüge zählen, an denen er mit Mut und Einsicht teilgenommen; doch schien er dabei nur immer das Unvermeidliche zu tun. Es kümmerte ihn, daß er Kirchenglocken zu Geschützen habe umgießen lassen; und noch mehr, daß er die armen Leute mit Steuern habe belasten müssen; er forderte seine Nachkommen auf, ihnen dafür gnädig zu sein: denn mit dem Schwunge seiner Ideen verband er einen Zug von Popularität und einen lebendigen Begriff vom Beruf des Fürstentums. In diesem Sinne faßte er den Beisatz in dem Titel: von Gottes Gnaden; alle seine Landschaften betrachtete er als ein ihm von Gott anvertrautes Gut. Von ihm ist das schöne und große Wort: Er sei der Amtmann Gottes am Fürstentum. In einem alten Bilde erscheint er in ansehnlicher Gestalt mit herabwallendem Haar und Bart in dem langen Talar, den ein Gürtel zusammenfaßt, jedoch nicht ohne einigen Schmuck der Zeit, würdig, vornehm und doch bürgerlich.

Zweites Kapitel.

Die Kurfürsten Friedrich II. und Albrecht. Erweiterung und Umgrenzung der Mark Brandenburg.

Mit aller seiner Virtuosität hatte Friedrich I. doch keinen Staat geschaffen, nicht einmal eigentlich den Umriß eines solchen gezogen: denn durch Entlegenheit und Landesart standen Franken und die Marken einander sehr fern; sie hatten die verschiedenartigsten nachbarlichen Interessen. Friedrich hatte den fränkischen Landschaften, die mit dem Reiche am innigsten zusammenhingen, seine Aufmerksamkeit vorzugsweise gewidmet: die Marken hatte er nicht einmal in ihrem alten Umfang herzustellen vermocht. Bei seinem Tode wurden die beiden Teile voneinander gesondert. Die fränkischen Landschaften ober- und unterhalb des Gebirges hinterließ Friedrich dem erstgeborenen und dem dritten seiner Söhne, die Mark dem zweiten mit einem Anspruch und eventuellen Anteil für den vierten. Daß er die Marken mit der an ihren Besitz gebundenen Kurwürde nicht dem ältesten übertrug, hatte seinen Grund darin, daß dieser, mit der Verwaltung der Mark beauftragt, das Land doch nicht zu beruhigen, noch auch zu befriedigen verstanden hatte.

Sehr geeignet dazu erschien und war der zweite, Friedrich, der denn auch gleich bei seinem Regierungsantritt den Entschluß kundgab, diesen Beruf zu erfüllen. Seine Gesinnung erscheint in der Antwort, die er den Bevollmächtigten des Deutschen Ordens gab, als diese ihn an die Nachgiebigkeit seines Vaters in ihren Streitigkeiten mit demselben erinnerten. „Der", sagte er, „habe viel Länder gehabt, er nur eins."

Wenn er nun aber diesem seinem Gebiete, der Mark Brandenburg, alle seine Tätigkeit zuwandte, so fehlte doch viel, daß er es zu einem einheitlichen Ganzen vereinigt gefunden hätte. Ein solches bildeten damals auch die größeren Reiche nicht. Die Stände, aus denen sie sich zusammensetzten, fühlten sich als Bestandteile der europäischen Gemeinschaft, der sie angehörten: vor allem die Geistlichkeit, die ihr besonderes Oberhaupt hatte, aber

auch der Adel, der den Fürsten allenthalben nur einen sehr bedingten persönlichen Gehorsam schuldig zu sein meinte; endlich die Städte, deren Interesse in mannigfaltigen, großartigen Verbindungen Europa durchzog. Die Aufgabe der monarchischen Gewalt war, die auseinanderstrebenden Stände um sich zu vereinigen und sie zu einem Ganzen zu konsolidieren. So faßte nun auch Friedrich II. seine landesfürstliche Aufgabe; sein Bemühen war, der Mark eine besondere in sich zusammenhaltende Existenz zu sichern. Noch wirkten die Lehnsverhältnisse zum Erzstifte Magdeburg zersetzend und niederhaltend ein; noch umfaßte das große norddeutsche Städtebündnis zum Teil auch die Marken. Die Landesgeistlichkeit hing hier wie anderwärts von den Einwirkungen und Geboten der römischen Kurie ab. Der Adel, noch vor kurzem eigenmächtig und fast unabhängig, nährte die alten Gefühle der Autonomie. Als die Hohenzollern in die Mark kamen, repräsentierten sie nur eben die Ansprüche der höchsten Gewalt als solcher; um zur Wirksamkeit zu gelangen, mußte diese sich erst bei den Landeseingesessenen geltend machen. Friedrich II. (1440—1470) hat sich dadurch in der Landesgeschichte ein unvergängliches Andenken gestiftet, daß er das unternahm und bis auf einen gewissen Grad durchführte. Unmittelbaren Anlaß gaben ihm die Städte seiner Landschaft, die zu der noch in voller Blüte stehenden Hansa gehörten. Die mächtigen Gemeinwesen des nördlichen und östlichen Deutschlands, welche diese Genossenschaft bildeten, waren, eine einzige ausgenommen, zugleich dem territorialen Fürstentum unterworfen oder verpflichtet. Wenn aber eine ihrer Satzungen bestimmte, daß eine jede dem Landesherrn das leisten solle, was demselben von Rechts wegen zukomme, so war der Umfang dieser Pflicht sehr zweifelhaft. Ein eigentliches Untertanenverhältnis konnte nicht bestehen, da der Bund Beschlüsse faßte, welche alle Glieder banden, und eine eigene Politik befolgte. So weit war es nun mit den binnenländischen konföderierten Städten, zu denen die märkischen zählten, nicht gekommen, aber bei ihren Differenzen mit dem Fürstentum hatten sie doch immer den Rückhalt und das Beispiel des großen Bundes für sich. Eine sehr eigentümliche, beinahe unabhängige Stellung nahmen die zu einem Gemeinwesen verbundenen Nachbarstädte Berlin und Köln in diesen Zeiten ein.

Die festen Mauern mit wohlbewachten Türmen gesichert, verweigerten sie selbst dem Landesfürsten den Eintritt, obwohl diesem ein Haus innerhalb der Ringmauern gehörte. Auf dem

Rathaus, in der Mitte der beiden Städte, wurden alle wichtigen Geschäfte durch die Ratmannen, von denen ein Drittel Köln, zwei Drittel Berlin angehörten, wahrgenommen. Früher waren diese von der Gemeinde gewählt worden, ohne daß man ihre Bestätigung bei dem Fürsten nachsuchte. Nach und nach hatte sich eingeführt, daß der Rat sich aus den patrizischen Geschlechtern selbst ergänzte. Dem aber war es nun gelungen, auch die Jurisdiktion in seine Hände zu bringen. Dem Schulzen, welcher die niedere Gerichtsbarkeit verwaltete, war allmählich durch fürstliche Belehnung auch die höhere zuteil geworden. Gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts hielt es einer derselben für erlaubt, sein ganzes Recht an den Rat zu veräußern.

Markgraf Jobst hatte kein Bedenken getragen, es zu genehmigen, und dem eine allgemeine Verzichtleistung auf die Rechte hinzugefügt, die ihm etwa noch zustehen möchten. Die Städte hatten in ihrem Hader mit den Quitzows die Markgrafen aus dem Hause Hohenzollern als ihre Landesherren begrüßt, aber sie versagten diesen dann jede Einwirkung auf ihre innere Verfassung. Notwendig stießen sie nun hierbei mit dem Fürstentum zusammen. Gleich bei der Huldigung, bei welcher Friedrich II. als der natürliche Erbherr anerkannt wurde, hatte man doch bemerken wollen, daß er die Privilegien nicht ganz in der bindenden Form, die man gewünscht hätte, bestätigte. Doch würde er schwerlich unternommen haben, sie abzuschaffen, wäre ihm nicht eine innere Zwietracht zwischen Rat und Gemeinde zu Hilfe gekommen. Die Übermacht des Rates entsprach dem Herkommen in den großen Seestädten: wie man denn vor kurzem erlebt hatte, daß sie in Lübeck unterbrochen, aber nach langem Schwanken wiederhergestellt worden war. Unaufhörlich jedoch wogten innere Gärungen dagegen auf: bei dem Drucke des Zustandes brach eine solche bald nach dem Regierungswechsel wie anderwärts auch in Berlin aus. Die Gemeinde, die sich von dem Rat beschwert erachtete und überhaupt mit der Verschmelzung der beiden Städte nicht zufrieden war, rief den Beistand des Fürsten an, der dann nicht ohne die Hilfe der Gewerke und Bürgerschaft mit einer ansehnlichen bewaffneten Macht in die Stadt kam, den Rat nötigte, ihm die Schlüssel zu den Toren einzuhändigen und ihn zur Verantwortung zog. Hierauf dankten die patrizischen Bürgermeister und Ratmannen ab: die Wahl des Rates aus der Gemeinde und den Gewerken wurde hergestellt; zugleich aber der Bestätigung des Fürsten unterworfen. Alle Bündnisse mit anderen Städten innerhalb oder außerhalb der Mark wurden aufgehoben.

Der Kurfürst nahm das obere und untere Gericht wieder in seine Hand, mit dem Rechte, die Richter zu setzen und zu entsetzen, „wie es in alter Zeit gewesen sei". Der erforderliche Grund und Boden wurde ihm abgetreten, um eine Burg darauf zu erbauen. Wenn es dergestalt eine Verbindung der landesfürstlichen Autorität mit den popularen Elementen der Städte war, wodurch der Eigenmacht der patrizischen Geschlechter und ihrer Verbindung mit dem norddeutschen Städtebunde ein Ende gemacht wurde, so zeigte sich doch bald, daß das für den Fürsten nicht ausreichte.

Im Jahre 1447 erneuerte sich unter begünstigenden äußeren Umständen die empörerische Bewegung der Hauptstadt. Sie verlangte ihre Privilegien zurück, bei deren Vorenthaltung auch sie die übernommenen Verpflichtungen nicht halten würde, und man hatte Grund zu der Annahme, daß sie sich um auswärtige Hilfe bewerbe. Schon sah sich auch Kurfürst Friedrich II. seinerseits nach einer solchen um. Er ersuchte den Deutschen Orden um seinen Beistand, der dann, von der Solidarität der beiderseitigen Interessen durchdrungen, bereit war, solche zu leisten. Die Sache ließ sich zum offenen Kampfe an; schon geschahen Gewaltsamkeiten und Gefangene wurden eingebracht, wovor jedoch beide Teile zurückschraken. Unter Vermittlung des Johannitermeisters und des Bischofs Stephan von Brandenburg, eines Mannes von vorzüglicher Begabung, der noch einmal die prämonstratensische Disziplin in der Geistlichkeit des Landes erneuerte und dem Fürsten durch herzliche Freundschaft verbunden war, sowie der Bürgermeister und Ratmannen der übrigen Städte kam es zu einem Vergleich, in welchem Berlin und Köln die von ihnen gegen den Fürsten eingegangenen Verpflichtungen fortan zu halten angelobten. Es war eine Art von Rechtsgang, welchen der Kurfürst vor den Ständen des Landes eröffnete und der zu seinen Gunsten entschieden wurde. Die Gemeinschaft des Landes war es auch diesmal, wie bei dem Streit mit den Quitzows, was der landesfürstlichen Gewalt ihre Autorität rettete. Der Kurfürst konnte nun dazu schreiten, seine Burg aufzurichten: „Der Herrschaft", wie er sagt, „und dem Lande zum Frommen und zur Zierde"; doch hielt er noch für nötig, sie mit Burglehen zu versehen, um ihr für die Zeit seiner Abwesenheit sichere Verteidigung zu verschaffen. Den Landesadel suchte Friedrich nicht sowohl mit gewaltiger Hand niederzuhalten, als in Bestrebungen friedlicher Tugenden um sich zu vereinigen.

Im Jahre 1445 stiftete er eine Brüderschaft, durch welche Einigkeit, das Gefühl der Ehre und unbefleckten Sittlichkeit nach dem

Vorbilde der Jungfrau, von der sie den Namen trug, gepflegt werden sollte. Er ernannte die Ritter, stellte sich als Obmann in ihren Streitigkeiten auf und übernahm die Pflicht, einer der letzten Weisungen seines Vaters gemäß, die heruntergekommenen Mitglieder an seinem Hofe zu erhalten. Sein Motiv war auch hier, wie er sagt, daß er die Untertanen in Frieden und Einung zusammenhalten wolle.

Mit der durchaus veränderten Stellung der Markgrafschaft und ihrer Fürsten war nun ein Lehnsverhältnis wie das, in welchem die Mark seit dem zwölften Jahrhundert zu dem Erzstift Magdeburg stand, nicht mehr vereinbar. Der letzte von den Erzbischöfen aus nicht fürstlichem Geblüt, Friedrich von Beichlingen, ein Mann, der unter dem Anschein weltlicher Gesinnung und den Äußerlichkeiten von Pomp und Vergnügen doch einen tiefen Ernst und eine der geistlichen Würde wohl anstehende Friedensliebe verband, bot selbst dazu die Hand, um es aufzulösen. Eben in den Streitigkeiten zwischen dem Erzstift und der Markgrafschaft, die aus dem alten Verhältnis erwuchsen, lag ein Grund für das unbotmäßige Verhalten der Ritterschaft beider Lande; Magdeburg, die Stadt, trat dem Erzbischof noch stärker entgegen als Berlin dem Landesherrn. Erzbischof Friedrich entschloß sich, seine Lehnsherrschaft aufzugeben und über die streitigen Besitztümer eine Abkunft zu treffen, bei welcher auch der Kurfürst manches alte Recht aufgab. Das gehörte überhaupt zum Geiste der Zeit in der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts, daß der Besitz sich fester bestimmt und gegenseitig abgrenzt.

Noch ein anderes Ereignis von hoher Wichtigkeit war es, daß Friedrich in den Stand kam, sein Verhältnis zu den im Lande einheimischen Bischöfen selbst zu ordnen. Seine Stellung als Kurfürst und die Beziehungen, in die er kraft derselben zu dem Römischen Stuhl gelangte, bahnten ihm den Weg dazu. Denn so weit war es nun einmal gekommen, daß die konziliaren Tendenzen der letzten Jahrzehnte aufgegeben werden mußten. Allmählich gewannen die Päpste zu Rom wieder ein universales Ansehen. König Friedrich aus dem Hause Österreich trat selbst auf ihre Seite. Und man kam in den Fall, sich mit einem Konkordat, welches den ursprünglichen Ideen doch nur sehr unvollkommen entsprach, und mit besonderen Konzessionen begnügen zu müssen. Eine solche war es, durch welche der Kurfürst von Brandenburg sich der Unterwürfigkeit seiner Landesbistümer versicherte. Sie waren, wie berührt, mit dem Fürstentum erwachsen und durch dasselbe ausgestattet worden; ihre Land-

sässigkeit war außer Zweifel. Was hätte aus dem Lande werden sollen, wenn sie Tendenzen reichsständischer Unabhängigkeit in dasselbe getragen hätten. Durch Papst Nikolaus V., der in der Herstellung der allgemeinen Obedienz seinen Lebensberuf sah, erlangte nun Friedrich II. das Zugeständnis, daß er die Bischöfe zu denominieren habe (1447). Von dem größten Werte war das für den Landesherrn auch deshalb, weil sich sonst untergeordnete Parteiungen des Landesadels der Wahlen hätten bemeistern und sich dadurch verstärken können. Man weiß, daß in den mächtigen Reichen: Spanien, Frankreich, England diese Befugnis einen Moment der emporkommenden Monarchie bildete. In der Mark unter Verhältnissen, die sich mit jenen nicht vergleichen lassen, war das päpstliche ebenfalls von hoher Wichtigkeit. Es griff mit alledem zusammen, was der Fürst überhaupt bedachtsam und nachdrücklich vornahm.

Mit diesen auf das Innere des Landes und die Konsolidation seiner Bestandteile gerichteten Bestrebungen hat es einen natürlichen Zusammenhang, wenn Friedrich II. den Ehrgeiz empfand, das von den Marken seit einem halben Jahrhundert losgerissene Gebiet über der Oder mit demselben wieder zu vereinigen. An sich höchst merkwürdig sind die Umstände, die ihm die Gelegenheit dazu boten; sie sind zugleich für die Verflechtung der brandenburgisch-preußischen Angelegenheiten von größter Bedeutung. Die Erwerbung der Neumark, die Zerwürfnisse in dem Orden und die Festsetzung der Polen in Westpreußen greifen so unmittelbar ineinander, daß wir ihrer hier zusammen gedenken müssen.

Verbindung der preußischen Stände mit Polen.

Indem sich die eine der beiden Kolonisationen um das neue Fürstenhaus her, das in ihrer Mitte mit der Autorität des Deutschen Reiches bekleidet auftrat, auf eine Weise gestaltete, daß sie dadurch wieder zu einem besonderen zusammenhaltenden Dasein und zu eigenem Ansehen gelangte, begegnete der anderen, daß sie in sich selber zerfiel und dadurch den alten Feinden den Weg in ihr Inneres öffnete. Der Orden und die Stände des Landes gerieten in unversöhnlichen Zwiespalt.

Auch das beruhte zuletzt auf der Niederlage von Tannenberg, nach welcher der Ordensstaat in Preußen seine alte Macht- und Weltstellung nicht wiedergewinnen konnte. Er sah sich endlich zu dem Frieden von Brzesc genötigt, in welchem er nur als eine beschränkte Territorialmacht erschien; dieser Friede aber wurde

von der Gesamtheit des Ordens keineswegs gutgeheißen. Der Deutschmeister trat in offenen Gegensatz mit dem Hochmeister und machte den Versuch, sich an die Stelle desselben zu schwingen; der Heermeister von Lievland versagte den Gehorsam. Dadurch geschah aber wieder vermöge einer unvermeidlichen Rückwirkung, daß in den großen Konventen in Preußen die Opposition gegen den Hochmeister zum Übergewicht gelangte. Er mußte die hohen Stellen nach deren Dafürhalten besetzen, wodurch eine allgemeine Unbotmäßigkeit überhand nahm, welche durch den Hader zwischen den oberdeutschen und den mitteldeutschen Mitgliedern des Ordens, die überall um den größeren Einfluß stritten, noch anwuchs und von dem Lande auf das bitterste empfunden wurde. Hier hatten schon die Anordnungen, die der Hochmeister infolge seiner Kriegsaufwendungen vornahm, namentlich die Einführung neuer Steuern und Zölle im Land und in den Hafenplätzen Widerspruch und Widerstand hervorgerufen. Die Städte fanden sich in ihrem Gewerbe durch den Orden mehr gehindert als gefördert. Der Landesadel, der durch die strengen Lehnsgesetze in dem Güterbesitz beschränkt und von dem Orden ausgeschlossen war, wollte sich den Steuern, die der Hochmeister ausschrieb, nicht unterwerfen. Wenn nun dieser — es war Paul von Rußdorf — trotz alledem den Gedanken faßte, in seinem Streit mit den feindseligen Meistern und Ordensgebietigern einen Rückhalt bei den Landständen zu suchen, so liegt am Tage, wie sehr das diesen zustatten kommen mußte; sie machten die Abstellung ihrer Beschwerden zur Bedingung einer Unterstützung des Hochmeisters.

Auf einer Tagfahrt zu Elbing am 18. Januar 1440 erklärten die Städte: allezeit treulich an ihm halten zu wollen, vorausgesetzt, daß ein jeder seines Leibes und Gutes sicher sei, und daß er sie bei Freiheit, Privilegien und Gerechtigkeit schütze; sie forderten ihn auf, dafür zu sorgen, daß ihnen von seinen Gebietigern und Amtsleuten kein Unrecht geschehe. Paul von Rußdorf antwortete mit der Andeutung, daß das nicht ganz in seiner Macht stehe. Fehle es ihm an Macht dazu, erwiderten ihm die Abgeordneten, so würden sie ihm alle beistehen, um solche zu erlangen und dabei zu bleiben. Der Hochmeister ließ sie die Erklärung erneuern, daß es ihnen nur um ihre eigene Sicherheit zu tun sei. Es sah aus, als ob die Stände und der Hochmeister gemeinschaftliche Sache gegen die Unbotmäßigkeiten der Ordensritter machen würden; und gewiß hätte der Hochmeister die ihm gebotene Hand der Stände mit Entschiedenheit ergreifen müssen, wenn er wieder

Herr im Orden werden wollte; er würde dann auch das Land in Pflicht gehalten haben, aber er fürchtete, daß durch jeden entschiedenen Schritt der Einfluß seines Feindes, des Deutschmeisters, verstärkt werden würde. Sein Zögern und Schwanken brachte die Dinge zur Entscheidung. Da die Gewaltsamkeiten der Ritter immer zunahmen, ohne daß von dem Hochmeister Abhilfe zu erwarten war, beschlossen die Stände, sich selbst zu helfen. Am 20. Februar 1440 vereinbarten sie eine Bundesformel zu gegenseitiger Hilfe untereinander von weitaussehendem Inhalt. Es heißt darin: wenn ein städtisches Gemeinwesen oder ein Mitglied der Ritterschaft seines Rechtes beraubt und seiner Güter entsetzt werde, sollen alle anderen dazu mitwirken, daß dieselben zu ihrem Rechte gelangen, das heißt doch: sie halten in solchen Fällen den Widerstand für zulässig und selbst für gerechtfertigt. Sie begründen das durch ihre Erfahrungen über die im Orden herrschenden Entzweiungen und wiederholen: ihr Zweck sei einzig, bei Leib und Gut und bei ihren Rechten zu bleiben. Die Gesinnung des Bundes spricht sich darin aus, daß die Mitglieder desselben bei der nächsten Hochmeisterwahl nicht dem Orden huldigten, sondern nur dem Hochmeister. Es war Konrad von Erlichshausen, der sich durch Festigkeit und Friedensliebe zugleich hervortat und auch unter diesen Umständen alles vermied, was zu einem Bruche hätte führen können. Um so lauter ließen andere, besonders der Bischof von Ermland vernehmen, daß der Bund gegen natürliche und göttliche Ordnung, gegen päpstliches und kaiserliches Recht laufe. Und diese Gesinnung nun behielt bei der nächsten Wahl 1450 die Oberhand. Nur mit großer Mühe erlangte Ludwig von Erlichshausen, Nachfolger Konrads, der jedoch davor gewarnt hatte, ihn zu wählen, weil er zu schwach von Charakter sei, die Huldigung — hauptsächlich infolge des ausdrücklichen Versprechens, die Rechte und Privilegien der Stände eher zu vermehren, als zu beeinträchtigen. Was hätte aber dazu gehört, um sich inmitten dieser entgegengesetzten Tendenzen zu behaupten! Ein päpstlicher Legat erschien, der die Ansichten der Geistlichen zu den seinen machte. Von dem römischen Könige ging ein Schreiben ein, in welchem ausgesprochen wurde, der Bund laufe wider göttliches und weltliches Recht, Freiheit und Gesetz. Der Gegensatz ist unendlich merkwürdig: indem die höchsten Gewalt, Kaiser und Papst, den Bund für unverträglich mit den Ordnungen und Rechten, auf welche die menschliche Gesellschaft und die Christenheit gegründet sei, erklären: beharren die Stände dabei, daß sie dieser Verbindung nicht ent-

behren können. Sie weisen die allgemeine Versicherung des Hochmeisters, der ihnen Gerechtigkeit verspricht, als ungenügend zurück; denn dergleichen habe man immer gegeben, aber niemals gehalten. Es ist also der Gegensatz zwischen dem göttlichen Rechte der Obrigkeit und zwischen dem Rechte des Widerstandes gegen Übergriffe und Gewalttätigkeiten der höchsten Landesherrschaft, was damals in Preußen die Geister entzweite; die Frage streift an die wichtigsten konstitutionellen Streitigkeiten der späteren Zeit. Einen eigentümlichen Charakter hat sie dadurch, daß die Landesherrschaft nicht von einem Fürsten ausgeübt wird, sondern von einem Orden, und zwar von einem solchen, der nicht aus Eingeborenen besteht. Ihm tritt der Anspruch der neu entwickelten Kolonie, für sich selbst zu bestehen, in dem Bunde entgegen: dieser hat zugleich eine konstitutionelle und koloniale Bedeutung. Man kann aus der Ferne der Zeiten dem preußischen Bunde eine gewisse Sympathie nicht versagen: er hätte nur seine Sache innerhalb des deutschen Namens mit gesetzlichen und nationalen Mitteln durchzuführen wenigstens versuchen sollen. Wer will sagen, wie weit er damit gekommen wäre; die menschlichen Geschicke müssen eben sich erfüllen. Auf die Nachricht, daß der Hochmeister Truppen in Böhmen werbe, und weil der Orden sich im Gegensatz zu Rittern und Städten an das Landvolk wandte, so daß eine doppelte Gefahr entstand, hatte man im Bunde von vornherein den Gedanken gefaßt, sich in die Arme von Polen zu werfen. Wenn man sich zugleich an den Kaiser wandte, um einen schützenden Rechtsspruch bei ihm auszuwirken, so konnte man sich doch schwerlich verbergen, daß davon, da dieser Fürst sich schon ausgesprochen hatte, nicht viel zu erwarten sein werde. In dem Orden war man der Meinung, mit dem Rechte in der einen das Schwert in der anderen Hand zu verbinden. Dagegen ward auf den Tagfahrten des Bundes die Meinung festgehalten, daß man an die dem Hochmeister geleistete Huldigung nicht gebunden sei, da derselbe von seinen Zusagen keine gehalten habe. Polnische Große an der Grenze schürten die Zwietracht zwischen dem Bunde und dem Orden. Schon trugen die Ritter der Eidechsengesellschaft kein Bedenken, Polen unter sich aufzunehmen.

Am 1. Dezember 1453 erfolgte der kaiserliche Rechtsspruch, durch welchen der Bund verurteilt und für nichtig erklärt wurde. Aber das war bereits die Stimmung der Zeit, daß der kaiserliche Spruch, statt Folgeleistung zu finden, vielmehr den vollen offenen Abfall hervorrief. Als die Nachricht von demselben eintraf, faßten

die Stände, da es für sie keinen rechtlichen Ausweg mehr gab, die Absicht, in Verbindung mit den Polen den Orden geradezu aus dem Lande zu vertreiben. Indem die Unterhandlung mit dem Hochmeister nochmals angeknüpft und immer fortgesetzt wurde, bereitete man sich zu einem entscheidenden Schlage vor.

Die Ordensburgen in den Städten wurden bereits umlagert und bedroht; ihre Besatzung zu verstärken, wäre von keiner Bürgerschaft gestattet worden. Als alles reif war, kündigte man dem Hochmeister die Verpflichtungen auf, die man bei der Huldigung übernommen hatte. Ein Ordensgebietiger, der zu weiterer Verhandlung in die Nähe von Thorn gekommen war, wo man bereits böhmische Söldner aufgenommen hatte und ein Eidechsenritter die Vorstädte befehligte, wurde gefänglich daselbst eingebracht. Gegen einen Anfall der Massen verzweifelte die Besatzung, sich zu verteidigen. Die Stadt, wo einst die Ordensmacht zuerst festen Fuß gefaßt hatte, war auch die erste, wo ihr Ruin begann. So wurde auch Danzig, Elbing, Königsberg überrascht und erobert: die Ordensritter hatten den Mut ihrer Sache nicht mehr; sie erschienen verwirrt, verzagt und selbst bestechlich. Eine große Anzahl anderer Burgen wurde ebenfalls eingenommen; nur Marienburg und Conitz behaupteten sich.

Das Haupthaus diente jetzt zur Stätte der Zuflucht und Notwehr. Und in dem nun ward auch ein Verständnis mit Polen getroffen. Bei König Kasimir IV., der eben damals in Krakau seine Vermählung feierte, trafen die Gesandten des Ordens und die Bevollmächtigten des Bundes, wie kurz vorher am kaiserlichen Hofe, zusammen. Jene brachten die Bedingungen des letzten großen Friedens, durch welche jeder der beiden Regierungen die Verbindung mit den Untertanen der anderen verboten war, und die Zusage des Königs, daran festzuhalten, in Erinnerung. Sie wurden von den päpstlichen Legaten unterstützt.

Dagegen hoben die anderen die Gewaltsamkeiten des Ordens hervor, welche der König, der von diesem selbst als sein Patron bezeichnet werde, nicht dulden dürfe; sie erkannten die Ansprüche der Polen auf die oberherrlichen Rechte im Lande an. Auf diese Anträge einzugehen, hat man wohl im Rate des Königs nicht lange Bedenken getragen; sie enthielten das größte nationale Interesse, das den Polen geboten werden konnte: besonders der Kastellan von Krakau drang darauf, daß man die Gelegenheit, die sich ungesucht darbiete, die Ansprüche der polnischen Krone durchzuführen, ungesäumt ergreifen müsse. Auch scheint es einiges Gewicht gehabt zu haben, daß man in Betracht zog, der

Bund werde, wenn ihn Polen zurückweise, sich an Böhmen wenden, von woher ihm schon Söldner zugezogen waren. In Gegenwart des Erzbischofs von Gnesen leisteten die Bevollmächtigten dem König den Eid der Treue und des Gehorsams; dagegen verwandelte der König die preußischen Landschaften in polnische Palatinate: Thorn, Elbing, Danzig und Königsberg, die er sogleich den vornehmsten Führern des Bundes verlieh mit dem Rechte, an den künftigen Wahlen eines polnischen Königs Anteil zu nehmen. Alle die Lasten, über deren Druck der Bund geklagt hatte, wurden aufgehoben: man vereinbarte, daß die einmal abgebrochenen Burgen niemals wieder aufgerichtet werden sollten. Und schon hatte der König dem Orden in aller Form den Krieg angekündigt. Unmittelbar darauf setzte er sich in Bewegung, um Preußen nicht sowohl zu erobern, als in Besitz zu nehmen. Am 23. Mai hielt er seinen feierlichen Einzug in Thorn; dann ward ihm in Elbing eine allgemeine Huldigung geleistet, an der die Bischöfe von Kulm, Pomesanien und Samland, die Ritterschaft, der Adel und die Abgeordneten der Städte teilnahmen: die Bischöfe legten das Ordenskleid ab: es schien in der Tat, als ob der Orden aus diesen Landen ganz und gar vertrieben werden sollte. Daß nun der Deutsche Orden von denen, die ihn in seiner Unnachgiebigkeit gegen die Stände bestärkt hatten, von Kaiser und Papst Unterstützung erhalten würde, ließ sich nicht erwarten. In diesem Augenblick war die Christenheit von der Nachricht erschreckt, daß Konstantinopel in die Hände der Türken gefallen sei (1453): dahin wandte sich alle Aufmerksamkeit der Gewalten des christlichen Gemeinwesens. Der Orden war zu seiner Verteidigung nur auf die Hilfsquellen, die er sich durch sich selbst erschließen konnte, und den einen oder den anderen seiner Nachbarn angewiesen. Vor allem richtete er seine Augen auf den Kurfürsten von Brandenburg, der von der Gefahr, die aus dem polnisch-preußischen Ereignis entsprang, selbst mitbetroffen wurde. Denn wenn die Neumark im Besitz des Ordens war, so hielten doch die Kurfürsten aus dem Hause Zollern ihren Anspruch daran fest. Friedrich II. hatte denselben von seinem Regierungsantritt an zur Sprache gebracht; er war nur mit Mühe bewogen worden, von der Zurückforderung Abstand zu nehmen. Von jeher aber waren die Absichten der Krone Polens vornehmlich auf dieses Land gerichtet gewesen: kein Zweifel konnte sein, daß dies auch jetzt der Fall sein werde. Aber überdies, wie hätte dem Kurfürsten nicht das Umsichgreifen der Polen und das Verderben des Ordens höchst widerwärtig sein sollen. Gleich beim Ausbruch

einer ernsten Gefahr hat ihn der Orden nicht sowohl ersucht, als vielmehr bei allem, was ihm heilig sei, beschworen, sich das Verdienst um den achtbaren Adel zu erwerben, daß er ihn nicht aus den preußischen Landen vertreiben lasse. Die Frage über die Neumark bekam alsdann eine durchaus andere Gestalt. Der bisherige Gegensatz zwischen dem Orden und dem Kurfürsten verschwand in einem gemeinschaftlichen Interesse beider den Polen gegenüber. Geschah es doch, daß in den beginnenden Irrungen der Orden selbst nicht mehr der Plätze Meister blieb, die ihm einen Zuzug frischer Kräfte aus Deutschland sicherten. In dem Besitze des Kurfürsten konnte ihm das Land nützlicher werden, als in dem eigenen. Und da dem Orden zugleich die gewohnten finanziellen Hilfsquellen versagten, so faßte er nunmehr selbst den Entschluß, das streitige Land dem Kurfürsten zu überlassen. Am 22. Februar 1454 — es ist derselbe Tag, an welchem Kasimir dem Orden den Krieg erklärte — trug ein Ordensgebietiger dem Kurfürsten den Pfandbesitz der Neumark gegen Zahlung von 40 000 Gulden an; er solle das Land alsdann mit allen seinen Nutzungen in Besitz nehmen; zum Schutze desselben seine Banner allenthalben aushängen und sich von Herren, Mannen und Städten huldigen lassen; diese sollen ihm versprechen, von ihm und seinen Erben nicht wieder abzutreten, es wäre denn, daß die obige Summe ihm zurückgezahlt sei. Bestimmungen ungefähr wie die, unter denen Friedrich I. in den Besitz der Mark Brandenburg gekommen war. Aber noch viel dringender waren jetzt die Umstände. Indem der König Kasimir den Anlauf nahm, den Orden in Preußen zu vernichten, machte er auch der neumärkischen Landschaft Anträge, die den Zugeständnissen entsprachen, durch welchen er den preußischen Bund an sich gefesselt hatte: der drückenden Lasten, die der Orden ihr aufgebürdet hatte, versprach er sie zu entledigen. Man kann sich darüber nicht täuschen, daß dies doch einen nicht geringen Eindruck in der Neumark hervorbrachte. Die erste Versammlung der Landschaft, die hierüber berufen wurde, konnte zu keiner Entscheidung kommen. Auch bei einer zweiten ursprünglich von den Städten berufenen, aber auch von den Mannen besuchten Versammlung zu Friedeberg am 31. März 1454 fehlte es nicht an Hinneigung, auf die vom König gemachten Vorschläge einzugehen. Als der Ordensvoigt Hans von Dobeneck in der Kirche erschien, wo die Versammlung gehalten wurde, fand er die Stimmung bedenklich. Er gab alsdann der Frage einen präzisen Ausdruck; sie lautete, ob es nicht besser sei, mit dem Kurfürsten von Brandenburg auf Grund der Verpfändung sich zu einigen,

als sich den Polen anzuschließen. Nach einigem Bedenken wurde Brandenburg vorgezogen. Wie die Dinge standen, geschah das zugleich im Interesse des Ordens, der den Übergang der Neumark an Polen schlechterdings vermeiden mußte. Man trägt wohl nichts in die Sache hinein, wenn man annimmt, daß auch in dem Lande ein patriotisch-deutsches Gefühl dabei mitwirkte, das zugleich eine lokale Farbe trug: es beruhte auf dem Verdienst, das sich die früheren brandenburgischen Fürsten um den ursprünglichen Anbau und die Kolonisation der Neumark erworben hatten.

Die Zusammengehörigkeit der Marken war nie vergessen und von der zollernschen Dynastie, in welcher sich die Stellung der Askanier wieder erneuerte, immer in Erinnerung gebracht worden. Zu der Abtretung des Ordens kam ein spontaner Entschluß des Landes hinzu. Am 5. April 1454 erfolgte die Huldigung der Mannen und Städte zu Neu-Landsberg. Friedrich bestätigte ihnen dagegen die alten Privilegien und Gerechtsamen, namentlich auch einen umfassenden Freibrief des Hochmeisters Paul von Rußdorf. Unter den neuen Zugeständnissen, die er ihnen machte, möchte das wichtigste sein, daß er bei dem Kriegszuge der Ritterschaft in seinem Dienst ihre Unterhaltung zu übernehmen versprach. Kurz darauf sind noch andere Bestimmungen getroffen worden, welche den Besitz des Landes und dessen Unterwürfigkeit dem Kurfürsten weiter versicherten.

Verband sich nun der Kurfürst von Brandenburg aufs engste mit dem Orden, so hatte dieser auch von anderen Seiten her soviel Kräfte gesammelt, daß er nochmals widerstandsfähig wurde.

Noch in der Voraussetzung eines vollen Übergewichts zogen die Polen gegen Conitz heran; sie vermaßen sich, der Peitschenknall ihrer Fuhrleute werde hinreichen, um die Feinde auseinanderzutreiben. Aber dort vor Conitz erlebten sie, daß eine tapfere Schar deutscher Reiter ihre Schlachtordnung durchbrach. Indem dann zugleich die Besatzung aus dieser Feste gegen sie vordrang, waren sie in der Notwendigkeit, das Feld zu räumen. Hierauf mußte auch die Belagerung Marienburgs aufgegeben werden; eine große Anzahl von Schlössern und einige Landschaften kehrten unter die Herrschaft des Ordens zurück, der sich durch zahlreiche Mietstruppen, die er freilich nur unter sehr lästigen Bedingungen angeworben hatte, so weit verstärkte, daß seine Sache noch keineswegs verloren schien. Niemand nahm sich derselben wärmer an als Kurfürst Friedrich.

In seinen Briefen zeigt er sich davon durchdrungen, daß es ein Interesse des Reiches sei, das gegen die Polen verteidigt werden

müsse: nicht ein geringer Verlust sei es, den man durch die Unterwerfung Preußens unter die Polen erleide. Aber was konnte er, schwach an Kräften wie er war, seiner Landschaft noch nicht recht Meister geworden und von anderen wenig unterstützt, in der Sache leisten; an Regsamkeit ließ er es nicht fehlen. Zuerst machte er sich Hoffnung, den großen Streit in Güte beilegen zu können; er erschien dabei zugleich als Bevollmächtigter des Kaisers. Aber in kurzem wurde er inne, daß von Polen beschlossen sei, die Oberherrschaft über Preußen zu erwerben; und vergeblich waren seine Versuche, die Stände zur Pflicht gegen den Orden zurückzuführen; sie hatten nun einmal mit demselben gebrochen und fühlten sich bereits als die stärkeren. Ihm selbst kam ein anderer Moment dringender Gefahr zur Anschauung. Bei seiner Rückreise wurden die Wagen seiner Begleitung von den Söldnern durchsucht, weil sie darin die Schätze des Ordens zu finden hofften, die man aus dem Lande führe. Er hätte nichts dagegen gehabt, daß sein eigner Wagen ebenfalls durchsucht worden wäre, aber in Rücksicht auf seine Würde stand man davon ab.

Von allem das Notwendigste für die Rettung des Landes war offenbar die Befriedigung der Mietstruppen; und unverzüglich begab sich der Kurfürst nach Franken, um durch seine Vermittlung die erforderlichen Gelder aufzubringen. Aber auch hier griff der Hader zwischen dem Deutschmeister und dem Hochmeister ein: wenn man dem ersteren Verpfändung einiger Balleien anmutete, so fürchtete er, er werde sie verlieren, ohne Preußen zu retten. Der Kurfürst gab dennoch den Mut nicht auf; er faßte den Gedanken, den Widerstand, den die Mietstruppen, solange sie an ihrer Pflicht festhielten, noch leisteten, durch eine kriegerische Bewegung gegen Polen zugleich von Deutschland und Dänemark her zu unterstützen und so erst recht wirksam zu machen. Er meinte, wenn man ihm von Reichs wegen dreitausend Reisige schicke, denen er dreitausend eigene zur Seite gäbe, so würde man stark genug sein, um auf die Polen loszugehen und einen für die Erhaltung des Ordens günstigen Eindruck hervorzubringen. Zugleich machte sich der König von Dänemark anheischig, mit seiner Flotte an den Weichselmündungen, sobald es die Jahreszeit zulasse, zu erscheinen, um die Städte von dem Bündnis mit Polen abzuziehen; auf einer Zusammenkunft in Rostock versprach er dies dem Kurfürsten sehr ausdrücklich. Aber wer in der Welt etwas ausrichten will, muß sich auf seine eigenen Kräfte verlassen können. Alle diese Kombinationen mißlangen. Weder erschienen die geforderten Reisigen in Brandenburg noch die dänische Flotte

an den Weichselmündungen; und vor allem, es war unmöglich, das Geld für die Söldner herbeizuschaffen. Von einer Festsetzung neuer Zahlungstermine wollten diese nichts hören: denn so habe man immer geredet und nie eine Zusage erfüllt; sie verlangten Geld, dessen sie keinen Augenblick länger entbehren könnten. Das war eben der Sinn dieser Söldnerscharen, welche die Waffen zu dessen Diensten führten, der sie besoldete, ohne andere Pflicht: daß sie von dem, den sie verteidigen sollten, wenn er sie nicht bezahlte, wohl auch zu eben dem übergingen, gegen den sie geworben waren, sofern ihnen dieser Bezahlung leistete. Und da nun der Orden mit ihrem Solde fortwährend in Rückstand blieb, so wandten sie sich an den König von Polen, dem sie gegenüberstanden. Sie versprachen demselben die Überlieferung der festen Plätze, die sie innehatten, darunter des Haupthauses Marienburg, wenn er sie befriedige. Noch zögerten die deutschen Rottenführer; sie erklärten wenigstens, sie würden lieber die Besoldung von dem Orden nehmen, als vom Könige. Aber ein großer Teil der Mietsvölker bestand aus Böhmen, die damals den Ruf der Tapferkeit und der Kriegsübung für sich hatten: welche Sympathie hätten diese mit dem Orden oder den Deutschen überhaupt haben sollen? Und endlich entschloß sich König Kasimir, eine für jene Zeit sehr ansehnliche Summe gegen fünftehalbhunderttausend Gulden in nahen Terminen zu zahlen. Hierauf am 15. August 1456 kam der Vertrag zustande, der eine Art Verkauf des Landes in sich hielt. Der König feierte die Pfingsten 1457 in dem Haupthause des Ordens Marienburg, wobei sich die böhmischen Söldner damit belustigten, die klerikale Institution, der sie gedient hatten, zu verhöhnen. Auch dann aber leistete der Orden noch Widerstand; er hatte Königsberg wieder eingenommen; in den Niederlanden sowie in Samland blieb er der Meister; hier nahm er eine militärisch haltbare Position ein; und überdies lehnte er sich auf Livland. Kasimir, der seinen Blick zugleich auf Andringen der Litauer noch Podolien gerichtet hatte, führte den preußischen Krieg nicht mit dem Eifer, den man von ihm erwartete; der preußische Bund hat einmal gedroht, ihn bei seinem Reiche und seinem Adel deshalb zu verklagen, daß er den Krieg so lässig führe. Zu einer Herstellung der alten Ordensmacht konnte es darum doch nicht kommen. Kaiser und Reich befanden sich nicht in der Lage, Hilfe zu leisten; der päpstliche Hof war zweifelhaft geworden; und sehr unzuverlässig erwiesen sich abermals die einheimischen Prälaten: das Bistum Ermland, von welchem der Anlaß zu der unversöhnlichen Zwietracht gegeben

worden war, ging zuletzt zu dem Könige von Polen über. Die Verteidigung des göttlichen Rechtes und der Ideen der Christenheit, die bisher vorgewaltet hatten, zeigte sich nur schwach. In einer zweiten Feldschlacht bei Czarnowitz behielten die Polen abermals die Oberhand, nicht ohne die Hilfe der Tartaren, die, von Litauen herbeigekommen, im rechten Momente angriffen.

Hierauf fiel eine Festung nach der anderen in die Hände des Königs: er wurde des linken Weichselufers Meister. Wollte der Orden die östlichen Landschaften retten, so konnte dies nur durch eine Abkunft mit ihm geschehen. Sehr bezeichnend für die Lage, wie sie nunmehr geworden war, sind die Friedensunterhandlungen, die auf der Frischen Nehrung, und zwar mehr zwischen den beiden Parteien, die in dem Ordensgebiet einander gegenüberstanden, als zwischen dem Hochmeister und dem Könige unmittelbar gepflogen wurden. Auf der einen Seite führte der Gubernator Stibor von Baisen, auf der anderen der Bürgermeister von Königsberg, Steinhaupt, das Wort. Dabei ist wohl auch die Absicht hervorgetreten, sich wieder zu vereinigen. „Laßt uns", so sagte Stibor von Baisen, „alle wieder eins werden und unter einem Herrn stehen. Der König soll der oberste Schutzherr des Ordens sein, dem er einen Teil seiner Besitzungen lassen wird." Ein anderer Vorschlag, der auf einem sehr abweichenden Wege doch zu demselben Ziele geführt hätte, ging dahin, den König von Polen durch Zahlung seiner Kriegskosten zu entschädigen und dem Orden eine andere Verfassung zu geben, bei der die Einheimischen den Fremden gleichgestellt werden und beide an der Wahl der künftigen Hochmeister teilhaben sollten: denn es sei nicht gut, von Undeutschen regiert zu werden. Die Vertreter des Bundes erwiderten hierauf: sie seien dem Könige durch ihre Eidesleistung viel zu sehr verpflichtet, als daß sie sich von ihm absondern dürften. Ebensowenig, versetzte der Bürgermeister von Königsberg, könne man denen, die für den Orden ihr Blut vergossen, jetzt zumuten, sich von demselben loszusagen; er fügte eine Bemerkung hinzu, die einen denkenden Mann verrät: er warnte die andere Partei, sich nicht zuviel auf die Zusagen von Polen zu verlassen; namentlich würden sie, wenn das gesamte Ordensland den Polen unterworfen sei, auf keine Rücksicht von deren Seite zählen dürfen. Ihrerseits machten auch die Anhänger des Bundes eine Erinnerung eingreifendster Art: sie empfahlen den Untertanen des Ordens, wenn diesem die Landesherrschaft verbleibe, doch zugleich die Oberherrlichkeit des Königs anzuerkennen, dessen Hilfe der Hochmeister alsdann immer anrufen könne,

wenn er bei den Ordensgebietigern keinen Gehorsam finde. Man erkennt die allgemeine Lage: die Trennung der Lande war durch die Haltung, die ein jedes von ihnen im Kriege einnahm, unvermeidlich geworden. Aber wenn es nun einmal dabei blieb, wenn die Wiedereroberung der westlichen Lande dem Orden nicht möglich und die Eroberung der östlichen für den König zu schwer war, so stellte sich zugleich heraus, daß für die letzteren in der Oberherrlichkeit des Königs und für die ersteren in dem Bestehen eines besonderen Ordenslandes doch auch ein eigener Vorteil lag. Die große deutsche Kolonie sonderte sich in zwei Teile, der westliche wagte es darauf, unter der Oberherrschaft der Polen seine bürgerliche Unabhängigkeit zu behaupten; der östliche hielt an der Landesherrschaft des Ordens fest, der jedoch von Polen her Schranken gezogen werden konnten. Die dortigen Verhandlungen führten zu keiner Übereinkunft; aber der päpstliche Legat, der im Jahre 1466 nach Polen kam, knüpfte daran an, aus Gründen freilich, die aus der alsdann, wie wir noch berühren werden, veränderten Weltlage entsprangen. Er willigte ein, daß der Hochmeister in die an sich dem römischen Hofe unbequeme Abhängigkeit von Polen treten könne, wogegen der König dem Orden die Landschaften, die ihm noch gehörten, unter den Modifikationen, die man vereinbarte, überließ. Auf dieser Grundlage ist ein neuer, ewiger Friede zu Thorn am 19. Oktober 1466 geschlossen worden, der die Oberherrlichkeit der Krone Polen über die bisherigen Ordenslande festsetzte.

Nicht eigentlich durch Waffentaten der Polen ist die große Umwandlung bewirkt worden: sie ging aus dem Ankämpfen der Untertanen des Ordens gegen seine Verfassung hervor, aus den Ideen der Selbständigkeit, die sich in dem ersteren wie in jedem kolonisierten Lande zu regen begannen, und dem eigenmächtigen Verhalten, welches die Ritter und Gebietiger des Ordens selbst wider den Willen des von ihnen doch sehr abhängigen Hochmeisters sich zuschulden kommen ließen. Daß eine Veränderung notwendig war, konnte niemand in Abrede stellen, aber das Reich und die Kirche wiesen dieselbe zurück: das Recht des Widerstandes wollten und konnten sie nicht anerkennen. Prinzipiell hat es nun auch der König von Polen nicht anerkannt; aber faktisch, geleitet von dem Interesse seiner Macht, auf welches sich auch die stützten, die Rückhalt bei ihm suchten. Der unbezweifelten Überlegenheit ihrer Tendenzen nicht allein, sondern auch ihrer Vorbereitungen, ihrer Haltung überhaupt ist es zuzuschreiben, wenn der König von Polen das Übergewicht erlangte.

In der Tatsache ist es nicht vollkommen begründet, wenn nun in dem Frieden die bisher preußischen Lande als integrierende Teile des polnischen Reiches betrachtet wurden: von den Landschaften Pommerellen, Culm, Michelau, welche unmittelbar unter die Krone kamen, ließ es sich vielleicht noch sagen, obgleich die Rechte, welche dem westlichen Preußen bewilligt wurden, ihm einen hohen Grad von Selbständigkeit sicherten. Aber der König trat als Schirmherr des gesamten Gebietes auf, wie er sich denn auch eben aus diesem Grunde Marienburg nicht wieder entreißen ließ: denn das Haupthaus müsse ihm als dem Schirmherrn gehören. Wenn er den Hochmeister verpflichtete, ausgenommen den Römischen Stuhl keinen anderen obersten Herrn anzuerkennen als den König allein, so wurde dadurch der Knoten für künftige Begebenheiten von großer Bedeutung geschürzt. Von vornherein liegt am Tage, daß das kaum durchzuführen war, solange der Orden aus deutschen Rittern bestand, die ihren Hochmeister wählten. Es stellte sich gleich nach der nächsten Wahl heraus, daß die natürliche Verpflichtung gegen Kaiser und Reich, welche die Mitglieder des Ordens hatten, und die gegen den König von Polen übernommene nicht vereinbar waren. In dem Frieden selbst lag, wie so häufig, der Anlaß neuer Entzweiungen, die zu einer anderen Lösung der Schwierigkeiten führen sollten. Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg konnte nicht viel dafür tun; Glück genug, wenn er die mitten in diesen Zerwürfnissen erworbene Neumark behauptete. Aber einem seiner Nachfolger ist es gelungen, die Unabhängigkeit des östlichen Preußens wiederherzustellen und einem anderen, das westliche in Verbindung mit seinen deutschen Landen zu bringen. Wieviel aber mußte dem vorangehen, welche Anstrengungen mußten gemacht, welche Gefahren bestanden werden, ehe es dahin kommen konnte; ganz andere Verhältnisse mußten eingetreten sein.

Bleiben wir bei der damaligen Epoche stehen, so entspricht das polnisch-preußische Ereignis einer allgemeinen Veränderung, die in den Weltverhältnissen eintrat[1].

Es hat auch einen inneren Zusammenhang, wenn die Eroberung von Konstantinopel durch die Türken und die Katastrophe des Ordens in Preußen in der Zeit zusammentrafen.

Denn wenn drittehalb Jahrhunderte früher die abendländische Christenheit trotz ihrer inneren Konflikte sich doch mit dem Vorhaben getragen hatte, dem Glauben und der Kirche in ihrer da-

[1] Vgl. Seite 10.

maligen Gestalt die universale Herrschaft zu verschaffen, so war nunmehr eine entgegengesetzte Weltmacht, die türkisch-tartarische des vorderen Asiens und des südöstlichen Europa, welches der nächste Gegenstand des großen Kampfes war, Meister geworden. Jener Intention entstammte der Ordensstaat, der jetzt einer Vereinigung des polnischen Reiches mit Völkerelementen, die bisher als feindlich betrachtet worden waren, unterlag: für Institutionen, wie die des Ordens in Preußen, war kein Raum mehr in der Welt. Wie nun aber das Deutsche Reich mit diesen Ideen durchdrungen, zu einem der vornehmsten Träger derselben geworden war, so konnte es nicht anders sein, als daß es auch von dem Rückschlage dagegen betroffen wurde. Wir bemerkten, wie sehr das bei der hussitischen Bewegung der Fall war. Doch war es durch die Thronbesteigung Sigismunds in Böhmen und die Fortsetzung seiner Regierung durch Albrecht von Österreich gelungen, den feindlichen Impuls derselben zu mäßigen. Die wenngleich schwache Regierung des Ladislaus hatte doch immer den Erfolg, dem deutschen Element in Ungarn und Böhmen einen gewissen Einfluß zu sichern. Da war es nun ein Ereignis von allgemeiner Wichtigkeit, daß der junge Fürst, der sich eben erst vermählt hatte, indem er Anstalt machte, seine Stellung vollständig einzunehmen, unerwartet unter Umständen, welche den meisten Zeitgenossen eine Vergiftung anzuzeigen schienen, verstarb; das ganze südöstliche Europa wurde dadurch erschüttert und umgestaltet. In Ungarn wurde die eben auf das gewaltsamste niedergedrückte Partei der Hunyadi gerade deshalb, weil sie Unrecht erlitten hatte, übermächtig: aus dem Gefängnis, in welchem, wie man sagte, der Sohn des ruhmreichen Johann Hunyad, Matthias, festgehalten wurde, ward er auf den Thron von Ungarn berufen (1458—1490).

Der Gubernator von Böhmen, Georg Podiebrad, der diesen Umschwung beförderte, welcher doch aus der Antipathie gegen die Deutschen herrührte, bahnte sich selber dadurch den Weg zum Thron in Böhmen. Seine Stellung ist für das Reich, das Haus Hohenzollern und die Mark selbst so bedeutend geworden, daß wir nicht umgehen können, ihrer hier zu gedenken.

Einwirkung Podiebrads.

Georg Podiebrad verdankte seine Thronbesteigung (1458) zwei einander entgegengesetzten Parteien, die aber hierbei zusammenwirkten — den Magnaten des Landes, welche keinen deutschen

König wollten, und den Hussiten, die von einem fremden, der römischen Kirche angehörigen, Gefährdung der Kompaktaten fürchteten, auf denen ihr national-religiöses Bewußtsein beruhte. Podiebrad gehörte den hussitischen Überzeugungen an, doch waren sie in ihm nicht so stark, daß er die Krönung durch katholische Bischöfe nicht gesucht und angenommen hätte. Er meinte beides vereinigen zu können: die Kraft, welche aus der Verbindung mit den nationalen Ideen, die er in Schutz nahm, entsprang, und zugleich das Ansehen, das ihm eine durch die von der Kirche vorgeschriebene Form sanktionierte Krone verlieh. Das Deutsche Reich wurde insofern davon berührt, als der König von Böhmen zugleich die Würde eines deutschen Kurfürsten bekleidete. Aber noch bei weitem höher standen die Gedanken Podiebrads. Die Verwirrungen und Gegensätze im Reiche waren so stark, und Kaiser Friedrich so ohnmächtig, daß Podiebrad die Absicht fassen konnte, sich demselben selbst wider seinen Willen als römischer König an die Seite zu stellen und die sehr eingreifenden politischen Reformen, die ihm nahegelegt wurden, in die Hand zu nehmen. An und für sich wäre nichts dagegen zu sagen gewesen, wenn ein böhmischer König, dessen Emporkommen den bisherigen Verhältnissen entsprochen hätte, zur Würde eines römischen Königs aufgestiegen wäre; man hätte damit in alte eben verlassene Bahnen eingelenkt. Eine Neuerung von unabsehbarer Tragweite aber wäre es gewesen, wenn ein geborener Tscheche von hussitischem Bekenntnis den deutschen Thron bestiegen hätte. Jedermann empfand, wieviel darin lag; niemand jedoch mehr als die hohenzollernschen Fürsten, die mit Böhmen von jeher in der engsten Verbindung gestanden hatten. Wohin wären die Burggrafschaft und Markgrafschaft gekommen, wenn ein Nationalkönig Böhmens die benachbarten Gebiete wieder an sich zu bringen unternommen hätte; Franken und die Mark hatten hierin noch einmal ein gleiches Interesse. In ihrer Gefährdung lag der vornehmste Grund zu der Erbverbrüderung der Dynastie mit dem Hause Wettin, welche später einen das ganze Reich umfassenden Einfluß ausgeübt hat. Damals diente sie zur Bildung einer zusammenhängenden Grenzlinie zur Verteidigung gegen den neuen König. Aber welchen Schutz konnte diese gewähren, wenn Georg römischer König wurde: ein Vorhaben, das bereits in den Reichskollegien in Erwägung kam. Den vornehmsten Widerstand setzten ihm die beiden Hohenzollern entgegen; minder laut und offen der Kurfürst, der sich hauptsächlich auf die Pflicht bezog, die ihm der Kurverein auflege, so daß er sich ohne vorgängige

Rücksprache gar nicht äußern dürfe, mit rückhaltsloser Entschiedenheit aber sein Bruder, Markgraf Albrecht. Er kehrte besonders das Argument hervor, daß Girzik (so nannte man Georg) ein Undeutscher sei, was denn im Fürstenkollegium großen Anklang fand. Die unausbleibliche Folge war, daß nun Podiebrad gerade den Markgrafen mit seiner nachbarlichen Überlegenheit sehr beschwerlich fiel und ihnen besonders in Franken empfindlichen Nachteil beibrachte. In Oberdeutschland hatte dieses Haus ohnehin mächtige Gegner zu bekämpfen. Es waren vor allem die beiden Wittelsbacher: Ludwig der Reiche von Bayern und der Arrogator von der Pfalz, Friedrich; und nicht unbedeutend ist die Angelegenheit, über welche sie streitig waren.

Markgraf Albrecht hielt unbedingt zu Kaiser Friedrich; und dieser hatte ihm das Nürnberger Landgericht verliehen, welches ihm die Aussicht auf die Herstellung des Herzogtums Franken eröffnete. Der Pfalzgraf und der Herzog Ludwig, welche ansehnliche Besitzungen in Franken hatten, waren nicht gemeint, sich dieser Anordnung zu fügen; und hierin nun gewährte ihnen König Georg, dem an einer Verstärkung der markgräflichen Macht in Franken nichts gelegen sein konnte, seinen Beistand. Er unterstützte den Herzog Ludwig mit böhmischen Mannschaften. Sein entschiedenes Auftreten bewog auch die Bischöfe von Würzburg und Bamberg, sich von Albrecht zu trennen. In kurzem war dieser in der Tat genötigt, auf die Ausdehnung seines Gerichtssprengels über die Wittelsbacher Besitzungen in Franken Verzicht zu leisten, zu seinem tiefsten Verdruß; denn sein ganzes Herz hing an dem Plan: bei Unterzeichnung des Vertrages sah man eine Träne des Schmerzes in den Augen des unerschrockenen Kriegsmannes.

König Georg wurde durch diesen Erfolg um so mehr in den Stand gesetzt, an die Erwerbung der römischen Krone zu denken. Herzog Ludwig war mit Eifer dafür. Selbst die rheinischen Kurfürsten schienen bereits gewonnen zu sein. Dabei aber waltete die Voraussetzung vor, daß König Georg seinem ersten Schwure gemäß an der Einheit der katholischen Kirche festhalte; die geistlichen Herren machten ihm eine engere Vereinigung Böhmens mit dem Römischen Stuhle, als sie bis jetzt vorhanden sei, zur Bedingung. Man kann dies als die Frage ansehen, an welche der Fortgang der Unternehmungen des Königs und sein Schicksal überhaupt sich knüpfte. Im Jahre 1462 schickte Georg Podiebrad eine feierliche Gesandtschaft nach Rom, zugleich um die Obedienz zu leisten und um Bestätigung der Baseler Kompaktaten zu bitten: er meinte, in der doppelseitigen Stellung, die er eingenommen

hatte, zu verharren. Die römische Kurie aber und der damalige Papst Pius II. waren nicht in der Stimmung, darauf einzugehen.

In Rom fühlte man sich wieder stark genug dazu. Schon manches war in dieser Richtung gelungen; und eben langten die Gesandten des Königs von Frankreich, Ludwigs XI., an, durch welche derselbe erklären ließ, daß er auf die den Baseler Beschlüssen entnommene pragmatische Sanktion seines Vaters Verzicht leiste. Es war das Beispiel, welches man in Rom den böhmischen Gesandten zur Nachahmung vorhielt. Pius II. nahm schon Anstoß an der Form, in der ihm die Obedienz angetragen wurde: im Namen des Königs, und nicht im Namen des Reiches. Der vornehmste Gesandte fügte nach einigem Bedenken dieses Wort hinzu; aber dadurch wurde der Papst nicht bewogen, die alten Kompaktaten zu bestätigen. Er behauptete: sie seien nur für die Generation, die jetzt nicht mehr lebe, bewilligt worden: durch das Zugeständnis des Laienkelches aber werde die Einheit der Kirche, auf die alles ankomme, gestört und gefährdet. Nach einigen Konferenzen, welche fruchtlos blieben, wurden die Kompaktaten in aller Form widerrufen und dem König zur Pflicht gemacht, sich dem zu unterwerfen, nicht ohne die Drohung, ihn widrigenfalls dazu zu zwingen. Im Vorgefühl dieser Gefahr und seiner Gesamtstellung gemäß hatte sich Georg Podiebrad, wie die Hussiten von jeher, dem jagellonischen Hause genähert. Auch König Kasimir von Polen, dem die große Niederwerfung des preußischen Ordens gelungen war, welche in Rom damals noch nicht gutgeheißen und in Deutschland als ein Schimpf für das Reich betrachtet wurde, fühlte das Bedürfnis einer Verbindung, die ihn gegen Deutschland und Rom sicherstellen konnte.

Im Mai 1462 ward nun eine Zusammenkunft zwischen den beiden slawischen Potentaten zu Großglogau gehalten, in welcher sie ihren Glanz wetteifernd entfalteten und ein Bündnis auf Lebenszeit schlossen. Es mag dahingestellt bleiben, ob sie dabei bestimmte Pläne gefaßt haben. Gewiß ist, daß die nationale Verwandtschaft der beiden Staaten und Völker durch die Zusammenkunft selbst in lebendige Erinnerung kam: die polnischen Unternehmungen gegen Preußen und die Aufrechthaltung der hussitischen Kompaktaten gingen Hand in Hand miteinander. Dabei ist es nun geschehen, daß die großen Weltverhältnisse in die territoriale Konsolidation von Brandenburg eingriffen. Kurfürst Friedrich hatte an sich eine dieser Allianz entgegengesetzte Tendenz; noch mehr aber wirkte auf den König von Böhmen die Stellung des zollernschen Hauses in Franken, die Feindseligkeit

des Markgrafen Albrecht und die Verbindung, in welcher er selbst mit dessen oberdeutschen Gegnern stand. Man erzählte damals, von diesen sei der Antrag gemacht worden, das burggräfliche Haus wieder der Markgrafschaft zu berauben. So weit nun ging die Feindschaft der beiden Könige doch nicht; aber Georg Podiebrad ergriff den günstigen Augenblick, dem Kurfürsten Friedrich die Vogtei der Lausitz, deren er sich im Gegensatz mit den Nachbarn bemächtigt und in der ihn der König bisher geduldet hatte, zu entreißen. Dem durch die politischen Verhältnisse und eine unvergleichliche Überlegenheit der Macht unterstützten Ausspruche des Königs von Böhmen konnte sich Friedrich II. nicht widersetzen; er mußte geschehen lassen, daß der alte Plan der Luxemburger, die Lausitz mit Böhmen zu vereinigen, der noch immer Schwierigkeiten gefunden hatte, nunmehr durchgesetzt wurde. Ihm wurde Kottbus mit seinem Weichbilde bewilligt; die Lausitz ist dann bis zum Dreißigjährigen Kriege bei Böhmen geblieben.

Einige Jahre später ist in den Verwicklungen, in die Podiebrad geriet, ein Moment eingetreten, welcher dem Kurfürsten Friedrich die größte Aussicht eröffnete. Der Römische Stuhl hatte endlich mit Podiebrad gebrochen und ihn seiner Krone verlustig erklärt. Um demselben einen Nachfolger zu geben, wandte er seinen Blick auf den Kurfürsten Friedrich von Brandenburg, der von dem König Unbill erfahren hatte und der Kirche wie dem Reiche allezeit treu geblieben war. Man bot ihm sehr erhebliche Unterstützungen von seiten des Papstes und des Kaisers an, wenn er es übernehmen wolle, an der Stelle Podiebrads König von Böhmen zu werden. Auch noch ein anderer Grund war angeführt, der den Kurfürsten dazu bestimmen zu müssen schien. Man machte ihm bemerklich, daß die böhmische Krone sonst an die Polen geraten würde; wie sehr würde dies die hussitische Ketzerei verstärken und zu ihrer Ausbreitung beitragen. Und für den Kurfürsten selbst liege eine Gefahr darin: man wisse, daß Kasimir die Rechte des Hauses Luxemburg zu besitzen meine; an seinem Hofe werde unumwunden gesagt, daß die Mark zu Polen gehöre. So zeigte man ihm auf der einen Seite eine Gefahr für seine ganze Existenz, auf der anderen die Hilfe der großen Gewalten der Christenheit und die Aussicht, sich als ihr Vorfechter Ruhm für ewige Zeiten zu erwerben. Auf Kurfürst Friedrich machte das nun alles nicht geringen Eindruck, doch wendete er sich, ehe er einschlug, an seinen Bruder Albrecht und bat ihn um Rat. Der aber warnte ihn auf das dringendste vor diesem Unternehmen: denn die Hilfe, die

man ihm verspreche, werde man ihm doch nicht leisten: der entsetzte König werde immer eine Partei behalten und im besten Falle werde der Kurfürst sich zu Konzessionen gegen die Böhmen verstehen müssen, deren Ausführung ihm nicht anders als höchst beschwerlich fallen könne: er sah darin nur eine Gefahr für den Kurfürsten und für das Haus. Der Antrag wurde hierauf abgelehnt; aber schon hatte der Ehrgeiz der Familie eine andere, mit den allgemeinen Angelegenheiten verflochtene, jedoch wesentlich territoriale Richtung genommen.

Erneuerte Absicht auf Pommern. Kurfürst Albrecht.

Im Jahre 1464 starb Herzog Otto von Stettin, der letzte seines Stammes. Bei seinem Begräbnis zeigte sich, wie schneidend die Meinungen über seinen rechtmäßigen Nachfolger einander gegenüberstanden. Der Bürgermeister von Stettin warf Helm und Schild in das Grab mit den Worten: „Da liege die Herrschaft des Landes begraben." „Mitnichten", so rief einer der Edelleute; er holte Helm und Schild wieder aus der Gruft heraus: „denn es gibt noch geborene Herzoge von Pommern, die von Wolgast."

Der Gegensatz beruht darauf, daß die alten Rechte Brandenburgs auf die Lehnsherrschaft über Pommern durch Kaiser Sigismund wieder erneuert, von den Kurfürsten aus dem hohenzollernschen Hause eifrig festgehalten wurden. Es kam ihnen zustatten, daß sie mit den Herzögen von Stettin, die jetzt ausgestorben waren, immer in gutem Vernehmen gestanden hatten, selbst in einem bessern, als das war, welches zwischen diesen und ihren Vettern in Wolgast obwaltete. Daß den Kurfürsten eine auch noch von der Lehnsherrlichkeit unabhängige Anwartschaft auf das Land erteilt worden sei, erhellt nicht mit Bestimmtheit, aber sie meinten dessen auch nicht zu bedürfen; sie hielten dafür, daß das Land ihnen heimgestorben sei, was ein Recht der Besitznahme, nötigenfalls mit Gewalt der Waffen begründe. Kaiser Friedrich erneuerte die alten Belehnungen um so unbedenklicher, da die Wolgaster Herzoge die Lehen zu muten versäumt hatten. Er übertrug das Fürstentum Stettin-Pommern, Kassuben und Wenden, so weit es Herzog Otto besessen hatte, als Reichslehen dem Kurfürsten Friedrich und dem Markgrafen Albrecht, dessen Bruder; er begrüßte sie bereits mit dem herzoglichen Titel von diesen Ländern, den sie auch selbst annahmen.

Dagegen erhoben die Pommernfürsten von der Wolgaster Linie die ernstlichste Einrede. Dem aus der Zugehörigkeit zu dem

Reiche und dem aus Lehnsrechten entspringenden Anspruch setzten sie das altslawische Herkommen des Gesamterbrechtes der herrschenden Familie entgegen. Sie behaupteten, ihr Recht schreibe sich aus den heidnischen Zeiten her; sie sagen wohl, es sei zwei Jahrtausende alt; von keinem Kaiser könne es aufgehoben werden. Und dahin ging nun auch die überwiegende Meinung in dem Lande; die stammverwandten Fürsten nahmen den größten Teil davon in Besitz.

Auch dieser Gegensatz ist ein prinzipieller — zwischen der Lehnsherrlichkeit, die hier noch als eine Neuerung erscheint, und dem Erbrecht unvordenklichen Alters. An dieser Stelle konnte derselbe jedoch nicht ausgefochten werden. Denn Pommern mit den Waffen zu überwältigen, waren die Markgrafen lange nicht stark genug; auch die Herzöge aber trauten ihren Kräften keine unbedingte Widerstandsfähigkeit zu. Man vereinigte sich endlich auf einem Tage zu Soldin zu dem Beschlusse, daß beiden Fürstenhäusern gehuldigt werden, das Land aber doch in dem Besitz der Herzöge von Wolgast bleiben sollte.

Gewiß ein den Markgrafen nicht eben günstiger Vergleich, da der kaiserliche Lehnsbrief ihnen den Besitz der Lande zusprach. Aber auch so weit wollte die Landschaft sich nicht fügen. Sie nahm Anstand, die doppelte Huldigung, welche ihr Verhältnis zweifelhaft machte, zu leisten. Auch die Städte waren nicht für die Markgrafen. Denn in den großen Kämpfen der Zeit hatte Kurfürst Friedrich sich immer als ein Gegner der landschaftlichen Unabhängigkeitsbestrebungen erwiesen. Wie in Oberdeutschland sein Bruder, so wurde er in Niederdeutschland als der Vorkämpfer der Fürstenmacht betrachtet. Der Krieg in dem Ordenslande, der soeben in sein letztes Stadium trat, wirkte nun auf die Verhältnisse zuungunsten Brandenburgs zurück. Wir wissen, Friedrich war immer für den Orden gewesen. Der ostpommersche Herzog Erich (zu Stolpe), der auch von den Ansprüchen brandenburgischer Oberlehnsherrlichkeit mitbetroffen wurde, ergriff die Partei des Königs von Polen; er erneuerte die Erinnerung an die Verwandtschaft der pommerschen Herzöge mit den polnischen Königen und trug nicht wenig zur endlichen Entscheidung bei, indem er den Abzug der deutschen Söldner, welche dem Orden noch dienten, vermittelte; er hat selbst eine bedeutende Geldzahlung zu diesem Zwecke geleistet. Der Rückhalt nun, den das Übergewicht des polnischen Königs, der als der Verwandte der Herzöge von Pommern auftrat, diesen gab, war ohne Zweifel ein Moment des Widerstandes, zu dem sie sich entschlossen. Man

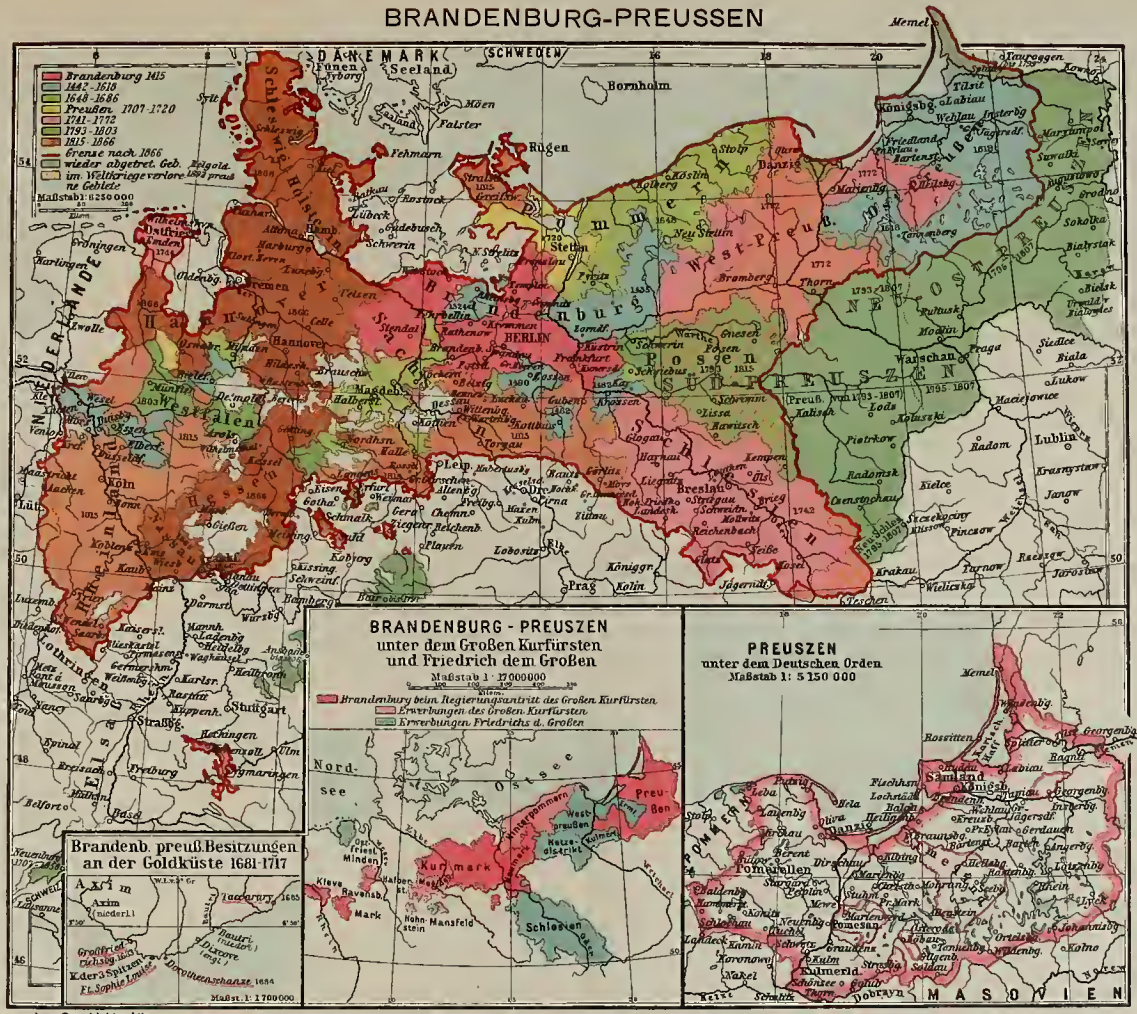
weiß, daß Herzog Erich von Pommern dem König Kasimir von Polen erklären ließ, sein Gebiet habe gegen niemand anders Lehnsverpflichtungen als gegen die Krone von Polen. Auch in Pommern traten wie in Preußen die polnischen Ansprüche den Rechten des Reiches entgegen. Es wäre nun die Pflicht des Kaisers gewesen, für seine und des Reiches Rechte einzutreten; auch machte ihn Kurfürst Friedrich darauf aufmerksam. Er schrieb ihm: er sei an den entferntesten Grenzen des Reiches als Ortsfürst angestellt, um die Rechte des Reiches gegen die fremden Zungen zu behaupten; aber er machte damit keinen Eindruck; die Entscheidungen, die aus der kaiserlichen Kanzlei kamen, wurden immer zweifelhafter. Auf die Hilfe von Kaiser und Reich durfte der Kurfürst nicht zählen; er blieb auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Auch hat er, als er zu den Waffen griff, das eine und das andere ausgerichtet; aber das Unternehmen durchzuführen, war er nicht imstande. Vor Stettin fand er, und zwar noch mehr durch die Bürger als die städtischen Behörden, einen Widerstand, den er nicht überwältigen konnte. Wenn er sich im nächsten Jahre wieder aufmachte und zur Belagerung von Uckermünde schritt, so war seine Absicht vornehmlich gegen Stettin gerichtet, dessen Seefahrt er von dort aus zu hindern hoffte. Aber das kleine Schloß war zu gut verteidigt, besonders wird die Geschicklichkeit eines Mönches, der als Büchsenmeister auftrat, von den Chronisten gefeiert. Andere Unfälle kamen hinzu. Ein großer Wagenzug, welcher Lebensmittel herbeiführen sollte, fiel in die Hände der Pommern. Indem man von Hunger bedroht wurde, hatte man zugleich zu fürchten, durch Verhaue in den dichten Waldungen abgeschnitten zu werden. Der Kurfürst, der mit großen Hoffnungen ausgezogen war, mußte sich zu eiligem Rückzuge entschließen. Die Rache der Angegriffenen suchte dann sein eigenes Gebiet heim, namentlich die Neumark, wo Herzog Erich ein Andenken des Schreckens hinterließ, das sogar sprichwörtlich wurde. Da geschah es nun, daß der König von Polen das Übergewicht, das man ihm streitig machte, doch erlangte. Er vermittelte einen Waffenstillstand und eröffnete dann eine Verhandlung über den Rechtsstreit an seinem Hofe. Wie sehr lief dies den Begriffen des deutschen Ortsfürsten von der Pflicht und den Rechten des Markgrafen entgegen. Friedrich II. hat seine Lebensfreudigkeit darüber eingebüßt. Sein Ehrgeiz war gewesen, den Namen der Zollern bis an die Seeküste hin in Ansehen zu bringen: sein ganzes Selbstgefühl beruhte darauf, daß er die Neumark für sein Haus erworben hatte; die Besorgnis ergriff ihn, er werde sie

nicht behaupten können und das Land seinem Stamme verloren gehen. Er würde, sagt er, in jener Welt sich darüber grämen. Und ohne Zweifel wäre dies zugleich für die Behauptung der übrigen Gebiete und die Konsolidation der Marken nachteilig geworden.

Noch war nichts verloren; und er wollte nichts aufgeben. Aber die Zuversicht, die genommene Stellung behaupten und entwickeln zu können, hatte er nicht mehr. Man bemerkte an ihm eine Melancholie, die mit Unruhe gepaart war. Die mit den Jahren anwachsenden körperlichen Schwachheiten verhinderten ihn, den Krieg zu führen, und die Lage der Verhältnisse ließ ihm keine Aussicht, auf eine andere Weise zum Ziele zu kommen. Da hat er dann seinem Bruder Albrecht angetragen, noch bei seinen Lebzeiten ihm das Kurfürstentum und die Marken zu überlassen (1470). Ein seltenes bedeutungsvolles Verhältnis zwischen diesen beiden Brüdern: Friedrich, ruhig von Natur, biderbe, ohne Falsch, von den Ideen, auf denen die Christenheit und das Reich beruhten, durchdrungen; vor allem darauf bedacht, ein frommer Fürst zu sein, ein guter Regent, niemand Unrecht zu tun, ohne doch sich selbst etwas zu vergeben; Albrecht, von Jugend auf, gleichsam von Gewerbe ein Kriegsmann, von einer Tapferkeit und Gewandtheit in den Waffen, die ihm den Beinamen des deutschen Achilles verschafft haben[1]: noch ein Ritter in altem Stil, glücklich etwa auf einem freien Platz bei Onolzbach große Turniere abzuhalten, aber zugleich ein Feldhauptmann nach den Bedürfnissen der damals umgewandelten Kriegführung, der ebenso das Geschütz wie die Armbrust des Fußvolks anzuwenden verstand. Mit seinen kriegerischen Eigenschaften verband er zugleich unermüdlichen Eifer in der Unterhandlung, die bei den Gegensätzen der Städte, des Adels und der Dynastien, deren Verbindungen und ihren wechselnden Verhältnissen dringende Schwierigkeiten auf allen Seiten und zugleich auch mannigfaltige Wege, dieselben zu überwinden, darbot. Er galt für schlau und wenig zuverlässig. Wie wir an einem Beispiel sahen, er war selbst praktischer als sein Bruder Friedrich; er sah besser die Schwierigkeiten, die in der realen Lage der Dinge waren, als dieser. Er hatte Sinn für die Landesverwaltung selbst im kleinsten, seine Anweisungen sind den Verhältnissen angemessen, durchgreifend, landesfürstlich. Was ihn vornehmlich charakterisiert, ist, dem Kaiser allezeit eine unverbrüchliche Hingebung bewiesen zu

[1] Dieser Beiname bezeichnet so wenig sein Wesen, daß man denselben wohl fallen lassen sollte. Der deutsche Achilles war seinem Agamemnon nur allzu getreu.

BRANDENBURG-PREUSSEN


Brandenburg 1415
1462–1610
1648–1686
Preußen 1707–1720
1741–1772
1793–1803
1815–1866
Grenze nach 1866
wieder abgetret. Geb.
im Weltkriege verlore-
ne Gebiete
Maßstab 1:8250000
DÄNEMARK
SCHWEDEN
Seeland
Fünen
Rügen
Bornholm
Memel
Königsb
Danzig
Stettin
Berlin
HERLIN
Hannover
Magdeb
Kassel
Münster
Köln
Leipz
Dresden
Breslau
Posen
Warschau
Lublin
Krakau
Prag
Wien
Nürnberg
Stuttgart
Straßb
Basel
Mainz
Frankfurt
Erfurt
Kiel
Hamburg
Bremen
Lübeck
Rostock
Stralsund
Schwerin
Hannover
Braunschweig
Magdeburg
Halberstadt
Münster
Minden
Paderborn
Detmold
Osnabrück
Aachen
Trier
Koblenz
Bonn
Mainz
Darmstadt
Mannheim
Heidelberg
Karlsruhe
Freiburg
Ulm
Augsburg
Regensburg
Ingolstadt
Passau
Linz
Salzburg
Innsbruck
Triest
Venedig
Verona
Mailand
Turin
Genua
Nizza
Marseille
Lyon
Genf
Metz
Nancy
Straßburg
Belfort
Basel
Zürich
Bern
Luzern
Chur
Mailand
Como
Lugano
Bellinzona
Brüssel
Antwerpen
Gent
Lille
Amsterdam
Rotterdam
Haag
Utrecht
Groningen
Emden
Oldenburg
Bremen
Hamburg
Lübeck
Kiel
Flensburg
Schleswig
Sylt
Helgoland
Fehmarn
Rügen
Usedom
Wollin
Stettin
Danzig
Königsberg
Memel
Tilsit
Insterburg
Gumbinnen
Allenstein
Marienburg
Elbing
Thorn
Bromberg
Posen
Gnesen
Kalisch
Lodz
Petrikau
Radomsk
Kielce
Sandomir
Lublin
Zamosc
Brody
Lemberg
Przemysl
Krakau
Tarnow
Jaroslau
Jaslo
Sanok
Przemysl
Lemberg
Tarnopol
Kamenez
Brody
Lodz
Warschau
Plock
Lomza
Ostrolenka
Bialystok
Grodno
Kowno
Wilna
Memel
Tilsit
Insterburg
Gumbinnen
Goldap
Lyck
Johannisburg
Neidenburg
Soldau
Osterode
Allenstein
Rastenburg
Sensburg
Angerburg
Lötzen
Ortelsburg
Neidenburg
Soldau
Neumark
Deutsch Eylau
Rosenberg
Marienwerder
Graudenz
Kulm
Briesen
Strasburg
Neumark
Schwetz
Thorn
Culmsee
Gollub
Dobrin
Soldau
Neidenburg
Ortelsburg
Lyck
Johannisburg
Lötzen
Rastenburg
Sensburg
Angerburg
Goldap
Gumbinnen
Insterburg
Tilsit
Ragnit
Memel
Labiau
Wehlau
Friedland
Preußisch Eylau
Bartenstein
Heilsberg
Braunsberg
Frauenburg
Elbing
Marienburg
Dirschau
Pr. Stargard
Neustadt
Putzig
Hela
Danzig
Zoppot
Gotenhafen
Oxhöft
Rixhöft
Lauenburg
Bütow
Rummelsburg
Schlawe
Stolp
Leba
Lauenburg
Bütow
Rummelsburg
Schlawe
Stolp
Leba
Putzig
Neustadt
Pr. Stargard
Dirschau
Marienburg
Elbing
Braunsberg
Frauenburg
Heilsberg
Bartenstein
Preußisch Eylau
Friedland
Labiau
Wehlau
Insterburg
Tilsit
Ragnit
Memel
Rossitten
Cranz
Pillau
Fischhausen
Königsberg
Samland
Labiau
Wehlau
Insterburg
Gerdauen
Angerburg
Lötzen
Johannisburg
Ortelsburg
Neidenburg
Soldau
Osterode
Allenstein
Rastenburg
Sensburg
Goldap
Gumbinnen

haben. Wenn Kurfürst Friedrich an seiner Stelle den fremden Nationen gegenüber sich mehr an die Idee des Reiches hielt, so verfocht Albrecht mehr die kaiserliche Gewalt als solche; den Parteistandpunkten gemäß, die in Oberdeutschland vorwalteten, schloß er sich dem Kaiser aus dem Hause Österreich und der Politik desselben an.

Niemand hat mehr dazu beigetragen, dieses Haus in Besitz der Reichsgewalt zu halten als Markgraf Albrecht. Seine Nachkommen haben es ihm oft verdacht, aber gegen Ungarn und Böhmen hatte doch Österreich eine ähnliche Stellung, wie Brandenburg gegen Böhmen und Polen; und unter allen Umständen mußte die Autorität des Kaisertums, wie es eben konstituiert war, aufrechterhalten bleiben. Sonst würde das Reich, meinte Albrecht, sich in drei verschiedene Körperschaften auflösen: geistliche und weltliche Fürsten und Städte, während vielmehr die Aufgabe aller sei, sich um die kaiserliche Gewalt her zu vereinigen. Ihm vergalt das der Kaiser wieder mit Ermächtigungen und Anwartungen, die dann freilich erst durch eigene Macht zu realisieren waren. Durch den Besitz der fränkischen Fürstentümer und alle die nachbarlichen Beziehungen, in Bund und Fehde, die sich daran knüpften, hochangesehen, wurde Markgraf Albrecht der mächtigste Fürst im Reiche, als ihm durch die Resignation seines Bruders die Mark zufiel. Er war selbst erstaunt, bei seinem Besuch das Land so ausgedehnt und blühend zu finden. Ein eignes kleines Königreich, wie sein Bruder gesagt hatte, dessen Ausdehnung und Machtstellung zu verstärken er nun für seinen Beruf hielt. Eine ganz andere Gestalt gewann durch seinen Eintritt der Streit mit Pommern. Der Kaiser, der bisher geschwankt hatte, verlieh dem bewährten Anhänger und Freunde die Lehnsherrschaft über Pommern in unzweifelhaften Ausdrücken. Die Pommernfürsten hielten es dann für ratsam, sich dem zu fügen. Man kam überein, daß der Markgraf die Lehen über Pommern-Stettin vom Kaiser empfangen, sie aber dann mit Hand und Mund an den Herzog übertragen solle. Die von dem Markgrafen in Besitz genommenen Bezirke des Herzogtums sollten demselben verbleiben[1]. Wenn aber auf diese Weise die Autorität des Kaisers und des Markgrafen hergestellt erschien, so ließ sich doch nicht anders erwarten, als daß sowohl im Lande als bei den Fürsten mancherlei Widerspruch zutage kommen würde: doch würden sie sich schwerlich geregt haben, wären sie nicht durch anderweite Verbindungen dazu ermutigt worden.

[1] Vertrag zu Prenzlau 31. Mai 1472.

Diesmal waren es nicht die Polen, auf die sie sich stützten, sondern König Matthias von Ungarn, der durch eine sehr außerordentliche Verflechtung der Umstände zu diesen Händeln in Beziehung trat. In dem immer fortdauernden Kampfe über die böhmische Krone schloß Matthias, dessen humanistische Umgebung die hussitische Ketzerei als eine Art von Barbarei betrachtete, sich unbedingt dem römischen Hofe an. König Kasimir hielt an seinen Sympathien für die Hussiten fest. Sein Sohn Wladislaw wurde von diesen, Matthias von den großen katholischen Herren und den mit ihnen verbündeten schlesischen Städten zum Könige erwählt. Matthias konnte, vielbeschäftigt mit dem türkischen Kriege, weder so lange Podiebrad lebte noch auch nach dessen Tod sich Böhmens bemeistern, aber in den Nebenländern der Krone faßte er Fuß.

Im Herbste 1474 finden wir ihn in einem festen Lager bei Breslau den Polen gegenüber, welche Niederschlesien überfluteten, ihn aber nicht anzugreifen wagten. Matthias behauptete sich im Besitz des größten Teiles von Schlesien. Man weiß nicht anders, als daß er geneigt gewesen wäre, mit Albrecht von Brandenburg sich zu verständigen. Das wurde aber unmöglich, weil der Kaiser, wenn die Rede davon war, Matthias oder Wladislaw als Kurfürsten anzuerkennen, eine Würde, die der Krone Böhmen inhärierte, sich auf die Seite des letzteren neigte, und Markgraf Albrecht, wie sonst, so auch hierin dem Kaiser folgte. Wenn nun Brandenburg mit dem Kaiser und mit Polen vereinigt war, so nahm dagegen Matthias den Deutschen Orden nicht allein gegen Polen, sondern auch gegen Brandenburg in Schutz. So konnte es geschehen, daß der Orden, auf Matthias gestützt, seinen Anspruch auf die Neumark erneuerte, zum äußersten Erstaunen Albrechts, der sich als den unzweifelhaften Erbherrn des Landes betrachtete.

In Schlesien kam es bereits zu Reibungen zwischen Albrecht und Matthias. Heinrich XI. von Glogau war mit einer Tochter Albrechts verheiratet gewesen und hatte ihr sein Fürstentum als Sicherung des Brautschatzes verschrieben. Nach dessen Abgange machte aber einer der Stammesvettern, Herzog Hans von Sagan, Anspruch auf dasselbe; und es entspann sich zwischen ihm und dem Sohne des Kurfürsten, Johann, der schon in dessen Namen die Mark verwaltete, eine Fehde, in welcher der Kurprinz Crossen, Herzog Hans dagegen Glogau in Besitz nahm. Da nun Hans von Sagan im Dienste des Königs Matthias stand und die allgemeine Meinung dahin ging, daß er diese Stadt eben zugunsten des Königs besetzt halte, so lag in dieser Sache zugleich ein unmittelbarer

Hader zwischen Matthias und dem Kurfürsten, wie denn, als der Herzog dem Orden Hilfe durch die Neumark zuführen wollte, die märkische Regierung das nicht zugab.

Diese Feindseligkeit nun, in welche Brandenburg mit einem der mächtigsten Fürsten der Zeit verwickelt wurde, war es, was die Pommernherzöge zu neuem Widerstande gegen die ihnen aufgedrungene Lehnsabhängigkeit ermutigte. Dem Herzoge Wratislav, der in Einverständnis mit Hans von Sagan und König Matthias getreten war, gelang es, sich des festen Garz, welches dem Kurfürsten in dem letzten Vertrage ausdrücklich zugesprochen war, zu bemächtigen. Er hielt sich für stark genug, dem Markgrafen die Zurücknahme der in Prenzlau eingegangenen Verpflichtungen anzutragen, als die Bedingung fernerer Freundschaft. Der Markgraf erwiderte, so könnte man mit ihm sprechen, wenn er im Gefängnis säße: er war entschlossen, das einmal Erworbene mit allen Kräften zu behaupten, und schickte sich zu dem großen Waffengange an, der nun unvermeidlich wurde: es ist das Unternehmen, durch welches er sich ein dauerndes Andenken in der Geschichte der Mark erworben hat. Die Vorbereitungen sind so merkwürdig wie der Krieg selbst. Albrecht erreichte, was seinem Vater nicht hatte gelingen wollen: er vereinigte die Streitkräfte der Mark Brandenburg mit denen, die er aus Franken herbeiführte, zu einer gemeinschaftlichen großen Aktion. Ein Anschlag ist vorhanden, in welchem die Gesamtmacht zu Roß und Fuß, die man aufbringen will, auf 20 000 Mann berechnet wird: 18 000 aus der Mark, ungefähr ein Dritteil zu Pferd, zwei Dritteil zu Fuß, 2000 die Fremden. Der Beschluß zu der allgemeinen Rüstung der Mark wurde auf einem Herrentage zu Kölln an der Spree gefaßt, dem dann die Städte beitraten. Sie schickten ihre städtischen Milizen unter ihren Hauptleuten, die großenteils der Magistratur angehörten, dem Markgrafen zu, mit der Weisung, daß diese alles das tun sollten, was ihnen der Markgraf befehle. In dieser Weisung liegt die Anerkennung der militärischen Gewalt des Landesherrn über die durch autonome Anordnungen aufgebrachten städtischen Streitkräfte. Die Ritterschaft hatte sich zu den vorbereitenden Versammlungen nicht gerade zahlreich eingefunden. In jeder Landschaft wurden landeskundige Bevollmächtigte aus ihrer Mitte aufgestellt, welche nach dem Lehnsverhältnis die Leistungen der einzelnen und der Landschaften selbst anschlugen. Noch einmal treten hierbei die Namen der alten Lande hervor, wie sie bei der ersten Eroberung besetzt und eingereicht worden waren: Zauche, Havelland, Teltow, die Barnims, wie sich versteht,

Priegnitz und Altmark; die ältesten Zustände erscheinen noch einmal nach dem Bedürfnis der Zeit. Die geistlichen Herren, die drei Bischöfe und der Herrenmeister sind besonders angeschlagen. Die Städte haben auch Reiterei zu stellen, die Landschaften unter Herren und Rittern auch Fußvolk. Von den Städten verlangt man das dritte Element der neueren Kriegführung: das Geschütz. So erscheint das gesamte Land, wie es sich nach und nach wehrhaft ausgebildet, zu einer großen kriegerischen Genossenschaft unter dem Fürsten vereinigt. Besonders läßt dieser es sich angelegen sein, Disziplin und Mannszucht einzuführen. Auf das strengste ist jede Gewaltsamkeit verpönt. Sorgfältig beugt man den Unordnungen vor, die bei dem Einholen des Futters oder der Lebensmittel einzutreten pflegten. Hauptleute sind aufgestellt, welche die vorkommenden Streitigkeiten zu schlichten haben. Bei dem Schall der Trommel soll sich jeder an den bestimmten Sammelplatz verfügen; die Hauptleute können dann untereinander zu Rate gehen, was zunächst zu tun ist; dem haben alle zu folgen. Mit Einsicht und Vorbedacht war alles angeordnet, was etwa zum Sturm vorgekehrt werden soll. Neben dem Namen der Heiligen und dem christlichen Symbol erscheint auch das Minnetrinken der nordischen Altvordern. Die kriegerischen Vorkehrungen atmen alle Energie und Erfahrung; wie sie an die ältesten Zeiten anknüpfen, so deuten sie auf die folgenden hin, in denen nach langem Zwischenraum aus diesen Regionen eine Militärmacht ersten Ranges hervorgegangen ist.

Damals nun lag alles daran, sich gegen die dreifache Feindseligkeit, die man zu bestehen hatte, zu behaupten und vor allem Pommern zur Anerkennung eines Verhältnisses der Unterordnung zu nötigen. Von der Neumark her warf man sich auf die Gebiete des Herzogs Bogislaw, der dann bald — denn zum Widerstand gegen das Geschütz des Markgrafen waren seine Städte nicht eingerichtet, und auch sonst war er bei weitem der schwächere — nachzugeben und sogar sich dem Zuge gegen seine Stammesvettern anzuschließen gezwungen ward. Die kleinen Flüsse überschritt man mit einer Bedachtsamkeit und Anstrengung, als wenn sie große Ströme wären; die verlorenen Plätze wurden sämtlich eingenommen, jedoch mit Ausnahme eben von Garz. Indessen war auch der Versuch des Herzogs von Sagan zurückgewiesen worden. Im nächsten Jahre waren die Pommern genötigt, in einem neuen Vertrage, der sonst beinahe für sie günstiger war als für den Kurfürsten, die Oberlehnsherrlichkeit

desselben anzuerkennen und zugleich ihrer Verbindung mit König Matthias zu entsagen.

Die allgemeine Lage wurde dadurch bestimmt, daß indes Matthias von anderen Seiten, namentlich von der türkischen, gefährdet, auf die große Aktion nach dem Norden hin, die er beabsichtigte, Verzicht geleistet hatte. Er überließ Böhmen an Wladislaw und gab auf, was er eine Zeitlang vorgehabt hatte, nach Preußen vorzudringen. Er willigte in die Erneuerung des Friedens von Thorn, so daß das Übergewicht der Polen in Westpreußen unerschüttert blieb.

Für Matthias war es genug, wenn ihm auf seine Lebenszeit Schlesien und Lausitz überlassen wurden. Er gewann dadurch eine Stellung, die ihm in den wiederbeginnenden Irrungen mit dem Kaiser auch insofern zustatten kam, als sie die benachbarten Fürsten abhielt, dessen Sache zu der ihrigen zu machen. So entschuldigte es die Herzöge von Sachsen, wenn sie sich ruhig verhielten. In Brandenburg kam zutage, daß die einheimischen Interessen mit denen des regierenden Kurfürsten nicht immer Hand in Hand gingen.

Für die Mark war es geraten, mit dem Könige von Ungarn in gutem Vernehmen zu stehen. Ohne den Vater, der in den oberdeutschen und in den Reichsangelegenheiten im Sinne des Kaisers tätig war, vorher zu fragen, traf Markgraf Johann an seiner Stelle Verabredungen, zunächst mit Hans von Sagan, durch welche dem Krieg in Schlesien ein Ende gemacht wurde; für die seiner Schwester verschriebene Pfandsumme wurde ihm Crossen und Züllichau abgetreten. Kurfürst Albrecht war ungehalten, daß sein Sohn sich weise bedünke und in die großen Angelegenheiten des Reiches eingreife, von denen er doch nichts verstehe. Nach der Hand aber billigte er das Abkommen selbst.

Denn wenn irgendeinem anderen, so wohnte dem Kurfürsten Albrecht von Anfang an die Überzeugung inne, daß die unter ihm vereinigten hohenzollernschen Gebiete doch nicht als ein einziges Land regiert werden könnten. Wenn er in der Mark Gehorsam fand, so beruhte das wohl auch darauf, daß er ihr eine selbständige Existenz für alle Zukunft gewährleistete. Er setzte fest (1473), daß die Mark dem Erstgeborenen seiner Söhne, der sogleich als sein Verweser auftrat, zufallen und fortan nicht geteilt werden solle. In der Urkunde ist die Primogenitur nicht mit so großer Bestimmtheit ausgesprochen worden als die Trennung: derselben zufolge würde ein Fall eintreten können, wo eine Option zwischen Brandenburg und Franken verstattet wäre; die Trennung würde

aber auch dann aufrechterhalten bleiben. Und wenn nun weiter festgesetzt wurde, daß niemals mehr als drei Mitglieder des Hauses regierende Herren sein sollten, für Franken aber eine Zweiteilung vorbehalten blieb, so folgte daraus, daß die Mark niemals geteilt werden durfte. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit des ganzen Hauses beherrscht alle Bestimmungen; aber zugleich die Absicht, der Mark eine bevorzugte Stellung zu geben. Überhaupt hat sich Kurfürst Albrecht um die Mark die größten Verdienste erworben. Ohne sein Eingreifen zugleich mit der fränkischen Ritterschaft, seine Kriegserfahrung und seine politische Geschicklichkeit würde sie sich schwerlich in ihrem Bestande behauptet haben. Insofern ersetzte er den Bruder, dessen letzte Jahre unglücklich gewesen waren, vollkommen und gab erst der ergriffenen Stellung wahrhaft Haltbarkeit. Seine Disposition über die Erfolge traf mit dem Interesse des künftigen Staates zusammen. Sie sicherte der Mark Sonderung von Franken, Unteilbarkeit in sich selbst und eine Prärogative, die eine Art von Hoheit in sich schloß. Indem der Kurprinz und sein märkisches Land sich selber überlassen wurden, verfolgte Albrecht die einmal eingeschlagene Laufbahn in den Reichsgeschäften. Er hielt unbedingt zu Österreich. Es geschah unter seiner Mitwirkung und im Gegensatz gegen Matthias, der Österreich auf das gewaltsamste bedrängte und gewillt schien, es auf immer an Ungarn zu fesseln, daß Maximilian von Österreich zum römischen König gewählt wurde.

Man verkannte wohl nicht, welchen Einfluß die durch Maximilian angebahnte Verbindung Österreichs mit Burgund einmal haben könnte; aber dagegen fiel die Macht des Königs Matthias und sein Bündnis mit Frankreich, durch welche das Haus in hohem Grade bedroht wurde, ins Gewicht. Eine starke Gegenmacht, die nur Österreich sein konnte, ward dadurch notwendig.

Albrecht war in der Ausübung seiner Reichspflichten begriffen: er hatte noch soeben sich bereit erklärt, den vereinbarten Anschlag anzunehmen, ohne auf einen Abzug zu denken, wie das ihm wohl sonst zustehen würde, als ihn das Schicksal der Sterblichen erreichte. Er starb zu Frankfurt, am Samstage nach Sonntag Lätare, 11. März 1486.

Drittes Kapitel.

Momente der inneren Entwicklung.

Die Kurfürsten Johann (1486—1499), Joachim I. (1499—1535) und Joachim II. (1535—1571).

Das fünfzehnte Jahrhundert war die Epoche der größten Konflikte Deutschlands mit den beiden slawischen Nationalitäten an seinen Grenzen. Die Polen hatten durch ihre Verbindung mit Litauen, die Böhmen durch religiös-politische Neuerungen einen antideutschen Impuls bekommen. Die Kriegsführung und Politik des Königs Matthias von Ungarn waren insofern nicht nachteilig für die Deutschen, als sie die beiden anderen Reiche, das eine durch offene Feindseligkeit, das andere durch den natürlichen Gegensatz beschäftigte. Während der Sohn des Königs von Polen zur böhmischen Krone gelangte, behauptete doch auch Matthias ein Anrecht auf dieselbe. Seinerseits hat aber auch er gewaltsam in deutschen Gebieten um sich gegriffen. Er beherrschte Schlesien und die Lausitz, eine Zeitlang Österreich selbst. Er hatte eine große Stellung, welche, nach Deutschland vorgedrungen, auf Italien einwirkte und Polen sowie Böhmen bedrohte und ein allezeit schlagfertiges gefürchtetes Kriegsheer. Indem er beabsichtigte, den Krieg gegen die Jagellonen wieder aufzunehmen, um seinem natürlichen Sohne die Nachfolge in Ungarn zu verschaffen und ihn in seinen übrigen Besitztümern zu sichern, ein Unternehmen, welches allgemeine Verwirrung hervorgebracht und ohne Zweifel auch Norddeutschland sowie den Orden in den Kampf hineingezogen haben würde, rief ein unerwarteter Tod ihn ab (5. April 1490). Dadurch bekam alles eine andere Gestalt. Sein Nebenbuhler in Böhmen, Wladislaw, wurde sogar sein Nachfolger in Ungarn selbst. Alles, was Matthias zusammengehalten, wurde auseinandergesprengt; auch die entfremdeten Kronlande kamen an Böhmen zurück. Die Macht der Jagellonen wurde, nachdem einige Irrungen zwischen ihnen selbst beseitigt waren, die vorwaltende in dem östlichen Europa; und da ihre vornehmste Richtung gegen den einzigen

Feind ging, der sie gefährden konnte, den Großherrn in Konstantinopel, so war für Deutschland, aus dem die Ungarn überall zurückwichen, von keiner dieser Mächte eine Gefahr zu besorgen. Von dieser großen Veränderung wurde nun auch die Mark Brandenburg nahe berührt. Es war das Verdienst der hohenzollernschen Dynastie, daß die Mark gegen das Anstürmen der überlegenen Weltkräfte gesichert, in sich selbst bis zu ihrem alten Bestande wiederhergestellt und behauptet worden war. Zugleich hatten die Zollern die Mark aus der verderblichen Unterordnung, in welche sie unter den Fürsten aus dem Hause Luxemburg gedrängt worden war, befreit und dem Lande seine territoriale Selbständigkeit zurückgegeben; vollkommen aber konnte diese nicht sein, solange die Verhältnisse der fränkischen Fürstentümer maßgebend auf die Mark zurückwirkten — zuweilen, wie wir soeben sahen, vorteilhaft, öfter aber nachteilig, wie man das in der Zeit Friedrichs II. oftmals empfunden hatte. Da war es nun von entscheidender Wichtigkeit, daß die Disposition des Kurfürsten Albrecht der Mark die Selbständigkeit, die sie in der Tat besaß, durch seine Disposition für die Zukunft sicherte. Die Idee eines Gesamthauses wurde immer aufrechterhalten, aber das Kurfürstentum gelangte zu einer bevorzugten Stellung. Das Land stellte sich auf seine eigenen Füße; es konnte seine eigene Politik nach seinen eigenen äußeren und inneren Verhältnissen einschlagen; es gewann sozusagen einen Mittelpunkt in sich selbst. Für diese Umwandlung ist nun die Regierung des Kurfürsten Johann von vieler Bedeutung. Zu großem Vorteil gereichte ihm, daß er in den letzten Jahren des Königs Matthias, indem er sich der von diesem bedrängten schlesischen Herzoge annahm, die auch Wladislaw beschützte, mit diesem gemeinschaftliche Sache gemacht hatte. Dessen Erhebung war den deutschen Fürsten überhaupt willkommen. Er wurde in bester Form als Kurfürst anerkannt. Dafür war nun auch er dem Kurfürstenkollegium verpflichtet. In der Erhebung Wladislaws lag nicht mehr die Feindseligkeit gegen die Deutschen, in welcher die Jagellonen emporgekommen waren. Ohne die Kompaktate zu brechen, hielt sich Wladislaw doch mit Eifer zur römischen Kirche. Auch dem Kurfürsten von Brandenburg erwies er sich geneigt. Er bestätigte ihm nicht allein den mit Matthias geschlossenen Vertrag, sondern leistete auch auf das Recht des Wiederkaufs der damals abgetretenen Ortschaften Verzicht; er willigte ebenfalls in den Kauf, durch welchen Johann die Herrschaft Zossen soeben an sich gebracht hatte, und übernahm als Lehnsherr, die zu erwartenden Streitigkeiten zu schlichten. Überhaupt traten die jagel-

lonischen Könige nunmehr in sehr mannigfaltige und ausgebreitete Familienverbindungen mit den deutschen Fürsten.

Die Töchter des Königs Kasimir verheirateten sich mit den Herzögen von Pommern, Sachsen, Liegnitz und den Markgrafen von Ansbach.

Alle die großen Gegensätze der deutschen Grenzländer gegen Polen, Ungarn und Böhmen hörten damit zunächst auf. Dem Zustand, der sich dann anbahnte, entspricht es, wenn auch der Streit über die Lehnsherrschaft von Pommern, der sich von den Askaniern herschrieb und unter den ersten Hohenzollern wieder erneuert worden war, endlich geschlichtet wurde. Bogislaw X., der alle pommerschen Gebiete in seiner Hand vereinigte, war dem Kurfürstentum Brandenburg, wie es damals war, an Macht nicht allein gleich, sondern überlegen. Voll von dem Ehrgeiz, ein freier und unmittelbarer Fürst des Reiches zu sein, in welchem er von der kaiserlichen Kanzlei her, man weiß nicht, ob mit Vorwissen Maximilians oder nicht, bestärkt wurde, sprach er unumwunden aus, daß er sich durch den zuletzt eingegangenen Vertrag nicht gebunden erachte; nie und nimmermehr werde er sich zur Lehnsempfängnis von Brandenburg verstehen, weder schriftlich noch auch persönlich. Dagegen erklärte er sich bereit — denn er gönne sein Land niemand lieber als dem Kurfürsten —, das Heimfallsrecht, das Brandenburg schon früher erworben, für den Fall, daß sein Stamm aussterbe, anzuerkennen und zu bestätigen. So ungefähr war einst durch Kaiser Ludwig den Bayern festgesetzt worden. Die Umstände lagen nicht so, daß Johann es weiter hätte bringen können. Man stellte ihm vor, wenn er jemals in den Fall kommen sollte, sein Recht an Pommern mit dem Schwerte durchführen zu müssen, so werde er an den leicht zu verteidigenden Pässen, den geschlossenen Inseln, den großen festen Städten unüberwindlichen Widerstand finden; alles das habe er nicht zu fürchten, wenn er sich mit dem dereinstigen Heimfall begnüge, der ihm durch die Stände des Landes ausdrücklich versichert werden solle. Nach langwierigen Verhandlungen zweifelhaften Ausganges vereinigte man sich im März 1493 zu einem Vertrag, in welchem Kurfürst Johann den Herzog von Pommern von jeder Lehnspflicht quitt und ledig sprach, wogegen ihm durch diesen und die Stände das Heimfallsrecht zugesichert wurde, wie man denn auch alle Grenzstreitigkeiten möglichst beseitigte. Die beiden Fürsten schlossen eine Erbeinigung, in welcher sie sich gegenseitige Hilfeleistung gegen fremde Ansprüche und bei inneren Empörungen zusagten. So hatte kurz zuvor unter Friedrich II. auch die

Lehnshoheit über Mecklenburg aufgegeben werden müssen und war in ein eventuelles Sukzessionsrecht verwandelt worden.

Eigentlich hörten erst damals die häufig stürmischen Unruhen auf, die bei dem Ausgang der Askanier begonnen und die luxemburgische Herrschaft, deren Auflösung und das Auftreten der ersten hohenzollernschen Fürsten begleitet hatten. Man möchte die Mark mit einem Strome vergleichen, der seinen Weg durch Seen genommen, und, aus denselben hervorkommend, in seiner ursprünglichen Richtung weiter fließt. Man kann nun wieder ihrer eigentümlichen Entwicklung folgen; aber große Resultate darf man zunächst nicht erwarten.

Allerdings dem analog, was in anderen deutschen Ländern geschah, aber doch infolge vorangegangener Ereignisse wieder auf ihre besondere Weise gestaltete sich in der Mark die landständische Verfassung. Noch war die Eigenmacht der Stände mitnichten gebrochen. Hier und da fuhren die Städte fort, Münzen zu schlagen, Fahlbürger aufzunehmen und diejenigen zu bestrafen, welche ihr Recht vor dem Markgrafen suchten und nicht bei dem Rate. Wenn denn auch der Adel nach wie vor die Straßen durch Halten und Roßten sperrte, so war sein Motiv nicht geradezu Raubsucht. Er wollte das fürstliche Geleit nicht anerkennen; die Geleite der Edelleute sollten erforderlich sein, wenn man seines Weges ungestört ziehen wollte. Die unzweifelhaften Rechte der höchsten Gewalt wurden noch nicht anerkannt; aber die allgemeinen Zustände lagen günstig für dieselben. Die in dem Reiche ergangenen Landfriedensordnungen wirkten allenthalben ein. In den östlichen Reichslanden bekamen sie durch die Erbeinigung der drei großen Häuser Brandenburg, Sachsen, Hessen, die dabei einander ihre Rechte gegenseitig gewährleisteten, eine feste Grundlage. In Brandenburg kam dem Fürstentum besonders seine Verbindung mit den Bischöfen sehr zustatten. Unter lebhafter Mitwirkung des Bischofs von Havelberg wurde der Trotz der priegnitzischen Edelleute gebändigt. Hauptsächlich durch die pommerschen Kriege war die Schuldenlast so hoch angewachsen, daß eine erhebliche Beisteuer von seiten der Stände notwendig war. Auf dem Landtage zu Berlin 1488 wurden die Städte durch die Bischöfe von Brandenburg und Havelberg bewogen, eine Auflage auf das Bier zu übernehmen, deren Ertrag vornehmlich zu diesem Zwecke bestimmt war. Prälaten und Herren, selbst die Ritterschaft auf ihren Höfen und Schlössern wurden davon ausgenommen. Man befolgte bei der Anlage das Beispiel von Magdeburg, welches von jeher zum Muster gedient hatte.

Aber die altmärkischen Städte wiesen dieselbe zurück; sie taten sogar Einspruch gegen eine allgemeine Versammlung der Stände, die außerhalb der Altmark zusammenkäme; auf ihre Verbindung mit der Hanse hatten sie noch nicht Verzicht geleistet. Der Aufruhr, der sich erhob, mußte mit Gewalt der Waffen niedergeschlagen werden. Ein ständisches Gericht verurteilte dann die altmärkischen Städte zur Leistung dieser Pflicht; denn mit der fürstlichen Autorität ging die Mehrheit in den ständischen Versammlungen meist Hand in Hand; woran sich dann wieder eine erhöhte Bedeutung der Stände selbst knüpfte. Nach und nach führte sich die Verfassung ein, daß die Umlage und Verteilung der erforderlichen Steuern ihnen überlassen wurde, wogegen sie die von dem Landesherrn kontrahierten Schulden zur Tilgung übernahmen — eine Einrichtung, auf der die Landschaft und ihre Rechte größtenteils beruhten und zugleich ihr enges Verhältnis mit dem Fürsten. Die Verbindung zwischen dem im Lande nunmehr einheimischen Fürstenhause und den Landeseingesessenen erhielt durch ein staatswirtschaftliches Moment gleichsam eine neue Verkittung und verdoppelte Stärke.

Je friedlicher sich im letzten Jahrzehnt des fünfzehnten und in den ersten des sechzehnten Jahrhunderts die äußeren Verhältnisse, namentlich für den Osten und den Norden von Deutschland, gestalteten, um so mehr gewann die allgemeine Kulturentwicklung Raum. Der Zug der Gedanken und des Lebens, in dem die Menschen einander begegneten, bewegte sich in den Tendenzen bürgerlicher, künstlerischer, kommerzieller Entwicklung, welche die Geister beschäftigten und befriedigten.

Eines der wichtigsten Momente lag in dem veränderten Gange der allgemeinen Studien: es waren die Tage des emporkommenden Humanismus. Dabei kam es aber nicht etwa allein auf Sprache und Grammatik an. Durch die Beschäftigung mit dem klassischen Altertume wurden die großen Ideen, die dem menschlichen Leben in der Gesellschaft zugrunde liegen in Recht, Religion und bürgerlicher Gesellschaft, ins Bewußtsein gerufen.

In diesem Sinne stiftete Joachim I., Sohn und Nachfolger Johanns, wie schon dieser beabsichtigt hatte, die Universität Frankfurt an der Oder. Sie sollte, wie die Urkunde sagt, den Eingeborenen Gelegenheit geben, das Kleinod der Wissenschaften sich zuzueignen. Besonders war an der Rechtswissenschaft gelegen, um derentwillen Italien viel besucht wurde. Der erste Kanzler der neuen Hochschule war ein Doktor der Rechte von Bologna; der erste Ordinarius der Juristenfakultät hatte sowohl in Rom als am

Reichskammergericht den theoretischen Studien die Praxis hinzugefügt. Bald finden wir einen namhaften Professor der Rechte, den seine von Bewunderung ergriffenen Zuhörer, die Gasse füllend, aus dem Hörsaal nach Hause begleiten. Das hatte nun aber wieder eine unmittelbare Beziehung auf das vorliegende Bedürfnis des Landes. Wie man nicht mehr an der Havelbrücke zu Brandenburg, oder zu den Linden in der Altmark Recht sprach, so reichten auch die alten Weistümer, Satzungen und Rechtsbegriffe für Zeit und Land nicht mehr aus. Man darf wohl sagen, daß die deutschen Rechtsbücher, in den Zeiten einer ohnmächtigen höchsten Gewalt aufgezeichnet, sich an das Besondere anschließend, den Sinn der Absonderung und Autonomie nähren. In dem römischen Rechte dagegen, das die Elemente eines geordneten Zustandes, wie es denn in einem solchen entstanden ist, in sich trägt, sind die allgemeinen Ideen wissenschaftlich ausgearbeitet: es setzt eine starke Staatsgewalt voraus, welche allen gerecht wird. Von diesen Ideen durchdrungen, bemühte sich nun Joachim I. nach dem Vorbild von Kaiser und Reich auch in der Mark dem römischen, oder wie man sich ausdrückte, dem geschriebenen kaiserlichen Rechte, das er allein als Recht anerkannte, den Vorrang über die Landesgewohnheiten zu verschaffen. In einem seiner Edikte erhebt er sich zum Begriff des Prinzipates: er verfügt, wie die Kaiser pflegen, aus Vollkommenheit seiner Macht und rechtem Wissen. Man kann darüber lächeln, aber bemerkt zu werden verdient es doch, wenn die Eingriffe in die städtische Verwaltung, die Joachim I. für ratsam hielt, mit einer Stelle aus Cicero, die sehr zuungunsten des Übergewichtes der Plebs lautet, gerechtfertigt werden. Für die Teilnahme der Gemeinden an der städtischen Verfassung gab es sehr bestimmte und beschränkende Vorschriften, welche für die späteren Zustände überhaupt maßgebend geworden sind. Von noch größerer Bedeutung für alle Stände aber war die Bildung der Rechtsinstitute, zu der er schritt. Ein neuer allgemeiner Gerichtshof ward gegründet, in welchem nach römischem Rechte gesprochen werden sollte; nicht als ob damit alle persönlichen und korporativen Vorrechte wären aufgehoben worden: es war schon genug, daß man in den allgemeinen Grundsätzen der Rechtspflege dazu überging. Diesem Gerichtshof unterwarfen sich die mächtigen Edelleute, die dem Land- und Hofgerichte bisher Widerstand geleistet hatten. Der Fürst, auf dessen Gerichtszwang alles beruhte, behielt sich vor, auch die Hintersassen der bei der Zusammensetzung desselben zugezogenen Stände zu hören; denn keinem Menschen könne er Recht verweigern. Wenn Fehden und Gewalt-

samkeiten aufhörten, so rührte das größtenteils auch von der Veränderung der Rechtsbegriffe her, welche dieselben nicht mehr begünstigten, noch zuließen. Sehr ungern sah der Kurfürst, daß das Reichskammergericht als Appellationsinstanz auch für seine Untertanen gelten sollte: denn dadurch werde die Einheit der Rechtsverwaltung, die er begründe, wieder durchbrochen.

Indem in Joachim I. der Gedanke vorwaltete, sein Gebiet in sich selbst zu konsolidieren und abzuschließen, versäumte er doch auch nicht, seine Beziehungen zum Reiche zu pflegen und zu entwickeln. Unter Maximilian I., der die das Ganze zusammenhaltenden Ideen wieder erweckte[1] und dabei zugleich eine Partei für Österreich zu bilden Sorge trug, gewann er eine sehr einflußreiche Stellung, einmal vermöge seiner kurfürstlichen Würde und sodann durch die zahlreichen und mannigfaltigen Verbindungen, die ihm seine Familie in ihren beiden Zweigen eröffnete. Von großem Werte war es, daß sein Bruder Albrecht zu dem Erzbistum von Magdeburg, bei dem die Mark einst selbst zu Lehen gegangen war, gelangte und sofort auch zum Administrator von Halberstadt postuliert wurde. Es waren die Landschaften, die in der Natur ihrer Bevölkerung und in ihrer Verfassung eine innere Verwandtschaft mit der Mark Brandenburg hatten. Die erste Verbindung derselben mit Brandenburg wurde hierdurch lange vor der Säkularisation angebahnt. Noch eine andere Aussicht gewährte es für das Haus, daß derselbe junge Fürst gleich darauf zum Erzbischof von Mainz gewählt wurde. Ursprünglich ist Kaiser Maximilian dagegen gewesen, weil er nicht wollen könne, daß zwei Brüder zugleich in dem kurfürstlichen Kollegium Sitz und Stimme hätten; in die geschehene Wahl hat er sich aber leicht gefunden, denn er wünschte mit dem Hause Brandenburg gut zu stehen. Gerade diese Wahl zeugt von dem Ansehen desselben im Reiche; sie geschah im Wettstreit mit zwei Mitbewerbern aus dem Hause Wittelsbach. So war Albrecht in Gegensatz gegen das Haus Sachsen in Magdeburg und Halberstadt durchgedrungen. Er erschien durch die Verbindung des östlichen Erzbistums, dem das Primat im Fürstenrate, mit dem westlichen, dem die Leitung des Kurfürstenrates und des Erzkanzleramtes zustand, als einer der angesehensten Prälaten, die es je im Reiche gegeben hat; Leo X. gestattete die ungewöhnliche Kumulation der geistlichen Würden in dem jungen Fürsten, der durch Talent und Bildung zu einer großen Zukunft bestimmt zu sein schien.

Noch nach anderen Seiten hin traten unternehmende Sprö-

[1] Reformation I, 86 ff.

linge der fränkischen Linie in erwünschte und vielversprechende Verhältnisse. Es waren die Söhne Friedrichs, genannt des Alten, der sich mit einer Tochter König Kasimirs IV. von Polen, Schwester des Königs Wladislaw von Böhmen und Ungarn, vermählt hatte. Einer der Söhne aus dieser Ehe, Markgraf Georg, begab sich in seiner Jugend an den böhmischen Hof; er ist daselbst zu einem der Vormünder des jungen Königs Ludwig bestellt worden. Unter der Begünstigung des Vaters und des Sohnes gelang es ihm, eine nahe Anwartschaft auf Ratibor zu erlangen. Das Fürstentum Jägerndorf erwarb er von den bisherigen Besitzern, den Grafen von Schellenberg, durch Kauf auf Grund einer ausdrücklichen Ermächtigung, die ihm zuteil geworden war, böhmische Lehen in Schlesien für sich, seine Brüder und ihre Erben zu erwerben. Noch weiter sollte es führen, daß ein jüngerer Sohn aus derselben Ehe, Albrecht, 1511 Hochmeister des preußischen Ordens wurde. Was ihn dazu empfahl, war zweierlei, einmal das Ansehen seines Vaters und seines Oheims bei Kaiser und Reich und sodann seine eben berührte Verwandtschaft mit dem jagellonischen Hause. Wenn die Hohenzollern die eine der beiden großen Kolonisationen vor ihrem Ruin geschützt hatten, so geschah hierdurch, daß ein Sprößling dieses Stammes an die Spitze der andern trat, die, wenngleich äußerlich abhängig, sich einer inneren Selbständigkeit erfreute.

Es schien nicht anders, als ob diese Verbindung unverzüglich zu einer großen Manifestation gelangen sollte. Der Artikel des ewigen Friedens, welcher den Hochmeister zur Huldigung gegen den König von Polen, von dem doch seine Wahl nicht abhing, verpflichtete, erfuhr verdoppelte Widerrede, als im Anfang des sechzehnten Jahrhunderts die Ideen der Reichsgemeinschaft und der dem Reiche zustehenden Autorität wieder lebendig erwachten und zugleich Mitglieder deutscher Fürstenhäuser das Hochmeistertum erlangten. Sie weigerten sich, die Bestimmungen eines Friedens, der von Kaiser und Reich niemals anerkannt war, da er den Orden so gut wie vernichte, zu erfüllen. Demgemäß versagte nun auch Markgraf von Brandenburg dem Könige von Polen den Huldigungseid.

So weit aber reichte die Rücksicht auf die obwaltende Familienverbindung keineswegs, daß der König von Polen sich das hätte gefallen lassen sollen, auch die polnischen Reichsstände würden es nicht geduldet haben. Die mannigfaltigen Verhandlungen, die gepflogen wurden, endigten nur immer mit der Erneuerung ihrer Forderungen, die sie auf den ewigen Frieden begründeten. Auf den Schutz des Reiches konnte der Orden auch jetzt nur wenig

zählen; eine Zeitlang stand der Papst auf seiner Seite; aber die Macht des Königs im Osten und sein Gegensatz gegen das schismatische Rußland mußten doch den römischen Hof bedenklich machen, Polen zu beleidigen. Der Kaiser trug sich wohl mit dem Plane, durch Verbindung der norddeutschen Fürsten mit Rußland die Freiheit des Ordenslandes gegen die Polen zu retten; aber auf ihn wirkten dann die engen Verhältnisse, in die er mit den Jagellonen durch die Verabredung einer Doppelheirat der beiden Häuser trat. Für den Kurfürsten Joachim und die Mark Brandenburg war die Erneuerung der polnischen und preußischen Feindseligkeit insofern von territorialer Bedeutung, als der Hochmeister, dem alles daran lag, eine ungehemmte Verbindung mit dem deutschen Adel herzustellen, einverstanden mit den Ordensgebietigern sich entschloß, auf alle Ansprüche, welche der Orden kraft des Wiedereinlösungsrechtes, das er bei Abtretung der Neumark sich vorbehalten hatte, besaß, Verzicht leistete und die darauf bezüglichen Dokumente zurückgab, wogegen Joachim I. dem Orden freien Durchzug durch sein gesamtes Land gestattete. Nachdem diese Schwierigkeit gehoben war, nahm Joachim I. um so eifrigeren Anteil an den Angelegenheiten des Ordens. Er war die Seele des Bundes, der, als der Krieg zwischen Polen und dem Orden wirklich ausbrach, zugunsten des letzteren geschlossen wurde. Man dachte die Städte, die vom Reiche abgefallen waren, mit Gewalt zur Erneuerung ihrer Pflicht gegen dasselbe zu nötigen; aber viel zu schwach waren die Streitkräfte, die man ins Feld schicken konnte, um ein so schwieriges Unternehmen zur Ausführung zu bringen. Und hatte nicht der Kaiser bereits in dieser Sache nachgegeben? Er hatte den Städten Exemtion von dem Reichskammergericht bewilligt, was eine Art von faktischer Abtretung derselben in sich schloß.

In den Gedankenkreis, aus dem diese Unternehmungen entsprangen, gehört es, daß Joachim I. den Anspruch seines Hauses an die Oberlehnsherrlichkeit über Pommern wieder erneuerte. Er kam auf den Soldiner Vertrag zurück in der Meinung, daß die Konzession seines Vaters, die nur aus persönlichen Verhältnissen entsprungen sei, ihn nicht binde. Auch bei seiner Vermählung mit einer dänischen Prinzessin war er nicht ohne ehrgeizige Absichten. An den Plänen Christians II., seine Wiederherstellung in Dänemark durchzuführen, nahm er lebendigen Anteil; man rechnete dabei auf die Beihilfe des deutschen Adels überhaupt. Und da der Hochmeister zur Heerführung ausersehen war, fürchteten die Polen, daß hierbei die Erneuerung der Ordensherrschaft zugleich

beabsichtigt werde, und suchten sich durch Bündnisse mit Mecklenburg und Pommern dagegen in Verfassung zu setzen. Dergestalt spielte Joachim I. wie im Reiche so auch in den nordischen Irrungen eine nicht unbedeutende Rolle; er erschien als der Mittelpunkt einer Koalition, welche den Orden in seiner Macht und Unabhängigkeit herzustellen suchte. Es erfüllte ihn mit Selbstgefühl, daß dem so war: Bruder des Reichserzkanzlers, Beschützer seines Vetters, des Hochmeisters von Preußen, in seinem Erbland so angesehen, wie noch nie ein Landesfürst vor ihm, das Oberhaupt einer zahlreichen und tätigen Verwandtschaft, nahm er in dieser Epoche, in welcher das deutsche Fürstentum unter einem sehr beweglichen, geistvollen und unternehmenden, aber wenig mächtigen Kaiser selbständig sich regen konnte, glänzend und prachtliebend, wie er war, eine hervorragende Stellung ein. Diese Zeiten aber, die durch allgemeine Regsamkeit und autonome Bewegungen, immer unter dem Schutz des Reiches, eine eigentümliche Phase in der deutschen Geschichte bilden, voll von freien Lebensregungen, gingen vorüber; andere traten ein, in welchen große Mächte und universale Strömungen der Meinungen jede individuelle Tätigkeit zu beherrschen begannen. Das Besondere konnte nur in seinem Verhältnis zum Allgemeinen bestehen und empfing dadurch seinen Charakter[1].

Von entscheidender Wichtigkeit hierfür war die Kaiserwahl von 1519. Wie das Haus Brandenburg überhaupt bisher mit Österreich in bestem Verhältnis gestanden hatte (denn hauptsächlich ihm war es zuzuschreiben, daß nach Albrecht II. Friedrich III. und nach diesem Maximilian gewählt wurde): so war auch Joachim an sich keineswegs gegen Österreich; er behauptet, dem Kaiser Maximilian selbst den Rat gegeben zu haben, auf die Beförderung seines Enkels Karl von Burgund zu denken. Doch knüpfte er eine Bedingung daran, durch die er gleichsam in Mitgenossenschaft an der Größe dieses Hauses zu gelangen meinte. Er verlangte die Vermählung der Infantin Katharina, Schwester Karls, mit seinem ältesten Sohn; er versichert, das sei ihm auch versprochen worden. Aber bei den Unterhandlungen zeigte sich, daß doch keine wirklich bindende Zusage zu erreichen war. Von Österreich-Burgund in seinem Wunsche einer dynastischen Verbindung zurückgestoßen wandte sich der Kurfürst an den vornehmsten Gegner desselben, König Franz I. von Frankreich, ebenfalls in der Absicht, durch die Vermählung seines ältesten Sohnes mit einer französischen Prinzessin

[1] Vgl. Seite 10.

seinem Hause einen neuen Glanz zu verschaffen. Dahin führte ihn zugleich ein weitaussehender politischer Ehrgeiz: da König Franz, der unmöglich viel nach Deutschland kommen konnte, sich erbot, den Kurfürsten zu seinem Statthalter im Reiche zu machen; er stellte ihm selbst die römische Königswürde in Aussicht. Die dynastische und politische Ambition Joachims wäre dadurch vollkommen befriedigt worden; ein Wirkungskreis von weitestem Umfang hätte sich vor ihm eröffnet. Aber viel zu tief war das Haus Österreich in Deutschland gewurzelt, und zu lebhaft bereits die nationale Antipathie gegen Frankreich, als daß die Erhebung des Königs Franz zum deutschen Throne sich hätte erreichen lassen. Dann hat Joachim I. wohl daran gedacht, die Krone für sich selbst zu gewinnen; aber auch dies blieb nur ein flüchtiger Gedanke: sein eigener Bruder war dagegen. Kurfürst Albrecht von Mainz meinte, ein solches Vorhaben, auch wenn es gelinge, könne doch nur den Ruin des Hauses zur Folge haben. Zuletzt in der entscheidenden Sitzung gab auch Joachim dem Könige von Spanien, Erzherzog von Österreich, seine Stimme.

Wer wüßte nicht, welche Folgen diese Wahl in allen europäischen Angelegenheiten nach sich gezogen hat! Dadurch kam das Kaisertum und Deutschland in unmittelbare Verbindung mit Spanien und dem südlichen Europa überhaupt. Die Niederlande, durch deren Besitz das eine mit dem andern verbunden wurde, bekamen eine neue und eingreifende Beziehung zu dem Reiche, zumal da der alte Gegensatz zwischen Burgund und Valois den Kampf zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich unmittelbar hervorrief.

Einige Jahre darauf trat noch eine andere große Veränderung ein. Das jagellonische Haus in Böhmen, mit welchem das brandenburgisch-fränkische in eine sehr enge Allianz getreten war, fand in dem erneuerten Kampfe mit den Türken seinen Untergang. Infolge alter Ansprüche, hauptsächlich aber kraft der von Maximilian mit dem jagellonischen Hause getroffenen Verabredungen folgte ihm das Haus Österreich wie zunächst in Böhmen, so bald hernach auch in Ungarn. Wenn man sich der Beziehungen erinnert, in denen von jeher Brandenburg zu beiden Königreichen stand, so leuchtet ein, welch ein Wechsel es für dies Haus war, daß nun Österreich diese Kronen erwarb. Allerdings war schon früher davon die Rede gewesen. Die Hohenzollern hatten den Anspruch Österreichs selbst befördert, weil es ihnen darauf ankam, das deutsche Element in diesen Ländern zu stärken gegenüber den Tschechen und Polen; und Besorgnisse vor Österreich konnte man

damals nicht hegen, da es in sich selbst entzweit und überhaupt geschwächt war. Ganz anders verhielt es sich jetzt. Das Haus Österreich war bereits in eine die Welt umfassende Stellung getreten. Wenn es nun auch der beiden Königreiche Meister wurde, so geriet Brandenburg, das ihm bisher an Ansehen ziemlich gleich gewesen war, in den Nachteil einer untergeordneten, wenigstens ohne Vergleich geringeren Machtstellung. In Schlesien berührten sich die Dynastien unmittelbar. Und sofort zeigte sich, daß der neue König Ferdinand von Böhmen, Bruder Kaiser Karls, die Rechte der böhmischen Krone anders verstand als seine beiden jagellonischen Vorfahren. Er erkannte die Verhältnisse nicht an, in welche die brandenburgischen Fürsten unter Konnivenz derselben in den Gebieten der Krone, namentlich in Schlesien, getreten waren. Aber das waren Nachteile, die keine Politik hätte vermeiden können, da sie von einer allgemeinen Kombination abhingen. Joachim I. scheint sie kaum als besonders drückend empfunden zu haben, zumal da ein anderes Weltereignis ihm die Verbindung mit dem Hause Österreich wünschenswert machte.

Indem die österreichisch-burgundische Macht emporstieg, war eine religiöse Bewegung eingetreten von einer gleichen oder vielmehr noch größeren Tragweite, die Reformation der Kirche. Als der neue Kaiser seinen ersten Reichstag hielt, trat ihm Luther gegenüber. Durch die auf Deutschland einwirkenden Kräfte einer neuen Weltmacht und einer religiösen Bewegung, die alles, was früher in ähnlicher Richtung vorgekommen war, an Tiefe und Großartigkeit bei weitem übertraf, geschah, daß der Kurfürst von Brandenburg die eben ergriffene Haltung, die sich doch mehr in Entwürfen als in Handlungen kundgab, nicht mehr fortsetzen konnte. Seine ganze Aufmerksamkeit mußte sich auf die welthistorischen Gegensätze richten, die neben ihm emporkamen. In bezug auf die religiöse Frage hielt Joachim I. an den Gesinnungen fest, in denen er aufgewachsen war, und verwarf die Neuerung. Einverstanden mit den vornehmsten seiner Landesbischöfe ließ er das Edikt von Worms in seinem Gebiete exsequieren.

Und nicht ohne alle Aussicht war er, diese Tendenzen noch einmal im Reiche zur Geltung zu bringen, da er selbst als Kurfürst eine Stelle im Reichsregiment bekleidete, welchem in Abwesenheit des Kaisers, der von Deutschland nach Spanien gegangen war, die Regierung zufiel. Aber viel zu stark war die entgegengesetzte Strömung. In dem Reichsregiment behielten die Tendenzen der Neuerung die Oberhand, zuweilen in unmittelbarem Gegensatz mit Joachim I., der in der Minderheit blieb. Zugleich wurde die

religiöse Einwirkung der kaiserlichen Macht durch den Kampf gelähmt, in den dieselbe mit dem Päpstlichen Stuhl geriet. Reichstagsbeschlüsse erfolgten, welche den territorialen Gewalten auch in religiöser Hinsicht Autonomie gewährten. Joachim I. seinerseits hielt an dem Hergebrachten fest; er verabredete mit seinen Ständen einen Landtagsabschied, welcher die bischöfliche Gewalt bestätigte, um alle Neuerungen auszuschließen. Derselben Meinung waren noch einige mächtige benachbarte Fürsten, während andere auf dem Grund der Reichsabschiede zu einer durchgreifenden Umbildung der gesamten religiösen Verfassung schritten. Die Gegensätze riefen der eine den anderen hervor; zwei Parteien bildeten sich, zwischen denen es zu einem Kriege kommen zu müssen schien. Man dürfte nicht sagen, daß politische und religiöse Beziehungen durchaus ineinander gefallen seien. Joachim I. gewann es selbst über sich, von seinen Prätensionen auf Pommern zurückzutreten, um den Herzog vom Übertritt zur andern Partei abzuhalten. Indem er aber für sich selbst diese entschiedene Stellung ergriff, mußte er erleben, daß einer seiner nächsten Stammesvettern einer entgegengesetzten Richtung huldigte und dabei zu einem der größten Erfolge gelangte, die dem Hause jemals zuteil geworden waren. Albrecht, den der Kurfürst zur Aufrechterhaltung des Ordens und zum Kriege gegen Polen hatte in den Stand setzen wollen, sagte dem Orden ab und verband sich, einverstanden mit den Landeseinwohnern, mit dem König von Polen.

Alles knüpfte sich daran, daß der Hochmeister der oben berührten Vorgänge wegen von dem Könige mit Krieg überzogen zu werden fürchten mußte, ohne daß ihm aus dem Reiche die mindeste Hilfe zuteil werden konnte. Er war in der Notwendigkeit, einem Angriff von Polen, welcher unfehlbar erfolgreich gewesen sein würde, durch die Veränderung seiner Haltung zuvorzukommen. Dazu bot nun die Doktrin des Reformators von der Unverbindlichkeit der Ordensgelübde den unmittelbarsten Anlaß dar. Das Land und der Fürst waren von den reformatorischen Ideen ergriffen und durchdrungen worden. Wenn der Hochmeister den Orden verließ und sich nur als Fürst aufstellte, so schwand jedes Hindernis der Leistung der von dem Könige geforderten Huldigung; und dieser selbst bot dazu die Hand: er war nicht so streng katholisch, um diese Auskunft von sich zu weisen. Unter der Vermittlung der piastischen Fürsten von Liegnitz, die beiden verwandt waren, kam ein Vertrag zustande, der dazu führte, daß das Ordensland in ein Herzogtum verwandelt wurde. Nichts war dem Könige erwünschter, als der unaufhörlich gärenden Feindseligkeit des

Ordens, welcher immer darauf rechnete, vom Reich unterstützt zu werden und von neuem zu einer großen Bedeutung unter den europäischen Mächten emporzusteigen, dadurch entledigt zu werden. Die in dem Frieden von Thorn festgesetzte Huldigung konnte nun erst aufrichtig vollzogen werden: das erbliche Fürstentum konnte in ein Verhältnis der Unterordnung treten, die für den Gewählten des Ordens unannehmbar gewesen wäre. Es springt in die Augen, welch unermeßlicher Vorteil für das Haus Brandenburg darin lag. Ohne die Idee der kirchlichen Reform wäre die Durchführung dieses Unternehmens unmöglich gewesen.

Zunächst wurde Kurfürst Joachim I. vornehmlich deshalb auf das unangenehmste berührt, weil der neue Herzog, der notwendig mit Kaiser und Reich zerfiel, sich an die Anhänger der Reformation in Deutschland hielt, welche eben die Gegner des Kurfürsten waren. Auch die fränkischen Fürstentümer des Hauses Brandenburg gingen zu diesen über. Der Bruder Albrechts, Markgraf Georg von Ansbach, der sich durch seinen Eifer für das Luthertum den Beinamen des Frommen erworben hat, säumte keinen Augenblick, als er zum Besitz der fränkischen Fürstentümer gelangt war, in denen die Abweichung von der katholischen Kirche überhaupt die Oberhand gewonnen hatte, die Veränderung der Kirchenverfassung in denselben vollständig durchzuführen und sich den gleichgesinnten Fürsten anzuschließen. Er nahm keine Rücksicht darauf, daß seine schlesischen Erwerbungen ihm wahrscheinlich gelassen worden wären, wenn er zur alten Kirche hätte zurückkehren wollen. Joachim I. hat ihn einmal auf die Gefahr aufmerksam gemacht, in welche er durch die Neuerung selbst die alten Besitztümer des Hauses bringe; Georg ließ sich aber dadurch nicht irremachen.

Nach den Siegen des Kaisers und dem Frieden, zu welchem er den Papst nötigte, fand nun aber auch der Katholizismus allmählich wieder festen Rückhalt an der kaiserlichen Gewalt. Und ein neuer Reichsabschied kam zustande, in welchem die in dem vorangegangenen enthaltenen Zugeständnisse an die Evangelischen aufgehoben wurden. Zu den Fürsten und Ständen, welche an den einmal durchgeführten Veränderungen festhielten und nunmehr als die Protestierenden auftraten, gehörte auch Georg von Ansbach; Joachim dagegen begrüßte es mit Freuden, als der Kaiser im Jahre 1530 nach Deutschland zurückkam und sein ganzes Übergewicht zugunsten der alten Kirche geltend machte. Er hatte Anteil an dem Reichsabschied von Augsburg, in welchem das Edikt von Worms erneuert und bestätigt wurde; er wirkte dazu

mit, daß der Bruder des Kaisers, König Ferdinand von Böhmen und Ungarn, zum römischen Könige erhoben wurde.

So weit aber ging seine Hingebung doch nicht, daß er die Anwendung der Gewalt gegen die religiöse Abweichung von seiten des Kaisers, der bereits damals dazu neigte, gebilligt hätte. Denn wie hätten die deutschen Fürsten, so gut katholisch sie auch sein mochten, nicht bei dem Gedanken erschrecken sollen, daß der Kaiser ihre Nachbarn, mit denen sie trotz der Entzweiung doch wieder in gleichem Verhältnis standen, niederwerfen würde; er wäre dadurch allmächtig im Reiche geworden. Joachim stimmte dem Reichserzkanzler, seinem Bruder, bei, wenn dieser die Protestanten auf dem Wege des Rechtes durch das Reichskammergericht, also durch die Stände selbst, zu bekämpfen riet und seine Anstalt dazu traf. Und wenn in den Verwirrungen der Zeit König Ferdinand sich Württembergs bemächtigte und von seinem Bruder damit belehnt wurde, so hatte Joachim nichts dagegen, daß sich ein Bund bildete, welcher die Wiederherstellung des verjagten Herzogs unternahm und ausführte. Sein Sinn war nur darauf gerichtet, im engen Verein mit den gleichgesinnten Fürsten auf den Grund der alten Verfassung die Protestanten zurückzudrängen. Im Jahre 1533 trat er der Übereinkunft von Halle bei, die, wiewohl unter gemäßigten Ausdrücken, doch eine entschieden feindselige Absicht gegen die Protestanten ankündigte, welche in dem Maße anwuchs, als die in Schmalkalden unter denselben geschlossene Vereinigung sich erweiterte und verstärkte. An jene Übereinkunft knüpfte Doktor Matthias Held an, als er das Bündnis zu Nürnberg zustande brachte, das zur Wahrung der Interessen der katholischen Mehrheit im Reichstag bestimmt war und die Hilfe des Kaisers dabei in Aussicht stellte, so daß jedermann einen unmittelbaren Ausbruch des inneren Krieges erwartete. Ehe es aber soweit kam, war Joachim am 11. Juli 1535 gestorben.

Sein Leben zerfällt in zwei Teile, die sich unterscheiden nach den großen Epochen, in die sie treffen. In der ersten war der Boden des römisch-katholischen Glaubens noch nicht erschüttert; die Welt bewegte sich in Kulturtendenzen, die man für vereinbar mit der Kirche hielt. Denen war auch Joachim I. zugewandt; er dachte die Größe seines Hauses auf die bisherigen Zustände zu begründen, in denen es in Deutschland keine überwiegende Macht gab; er war hochangesehen und schwelgte in Entwürfen, die den Norden und Osten von Europa umfaßten. Ganz anders, als die Reformation der Kirche auf der einen Seite ins Werk gesetzt wurde und auf der anderen das Haus Österreich eine weltbeherr-

schende Stellung gewann. Indem Joachim I. in der Mitte zwischen beiden seine Autonomie zu behaupten suchte, geriet er in großes Gedränge. Er blieb der alten Kirchenform getreu, um so mehr, da die reformatorischen Ideen von denen ergriffen wurden, die er als Nebenbuhler und Gegner betrachtete. Die Zerwürfnisse, in die er darüber geriet, haben etwas zu Kleinliches, um hier erörtert zu werden, zumal da sie im Sande verrannen. Die Macht des Hauses Österreich, die sich dem gegenüber entwickelte, war ihm insofern nicht unwillkommen, als sie dem alten Glauben einen Rückhalt gewährte; auf der anderen Seite aber fühlte er sich doch als Reichsfürst veranlaßt, ihren weiteren Anwachs nicht zu wünschen noch zu begünstigen; und insofern konnte er wieder nicht gerade gegen die Protestanten sein, die sich demselben opponierten. Nicht wenig fiel es ins Gewicht, daß seine nächsten Stammesvettern der Reformation und ihren Tendenzen beitraten; er konnte sie nicht unterstützen, da er katholisch blieb, noch auch bekämpfen, weil die Macht und die Zukunft des Hauses auf ihnen beruhte. Mit einem Worte: er hatte die Stellung noch nicht gefunden, welche eine sichere erfolgreiche Politik möglich gemacht hätte[1].

Wäre es zu einem Kriege gekommen, so hätte durch einen günstigen Verlauf desselben Franken und Preußen, bei einem ungünstigen das Kurfürstentum selbst ins Verderben geraten müssen. Gleich nach dem Tode Joachims zeigte sich, daß die Direktion, in der er sich bewegt hatte, von seinen Nachkommen nicht festgehalten werden würde.

Joachim II.

Die Meinungen[2] sind nicht durchaus persönlichen Ursprungs. Ganze Generationen schreiten von der einen zu der anderen fort; ihre Abwandlungen bilden, obgleich wieder mannigfaltig geartet, doch den vornehmsten Unterschied zwischen den aufeinanderfolgenden Geschlechtern der Menschen.

Indem Joachim I. unerschütterlich am alten Glauben festhielt, griffen die neuen Ideen und Anschauungen, denen er widerstrebte, in seinem Lande, in seiner Familie um sich; seine Söhne, mehr ihrer Mutter folgend als dem Vater, nahmen sie in sich auf[3].

---

[1] Vgl. Reformation II, 375: „An jeder Stelle greifen Politik und Theologie ineinander."

[2] Vgl. das Nachwort III. Band.

[3] Zu dem folgenden vgl. Reformation II, 411 ff.

Joachim I. hatte, wie es noch die allgemeine Gewohnheit war, ohne Rücksicht auf die von seinem Großvater festgesetzte Disposition seine Landschaften unter seine beiden Söhne geteilt. Nur zwei Dritteile bildeten das Erbteil des ältesten Sohnes Joachim, dem die Kurwürde zufiel; ein Dritteil, die Neumark mit Kottbus, empfing der jüngere, Johann. Zugleich hatte Joachim I. seinen Wunsch und Willen dahin zu erkennen gegeben, daß sie an dem alten Glauben festhalten und sich in der Verbindung mit der katholischen Mehrheit und dem Kaiser dem Anwachsen des Protestantismus entgegensetzen sollten. Aber auf der Stelle zeigte sich, daß seine Söhne anderen Überzeugungen folgten. Bei einer ihrer ersten politischen Handlungen, der Erneuerung der Erbverbrüderung mit Sachsen und Hessen, hatten sie nichts dagegen, daß die im Sinne des Katholizismus verfaßte Formel desselben so verändert wurde, wie Johann Friedrich von Sachsen, der als der vornehmste Führer der Protestanten erschien, es forderte. Der katholisch-eifrige Herzog Georg von Sachsen albertinischer Linie war jedoch nicht dieser Meinung. Dadurch geschah es, daß die Erneuerung doch nicht zustande kam. Nur soviel stellte sich dabei heraus, daß bei den beiden brandenburgischen Fürsten die Ausführung der kriegerischen Absichten, die bei den letzten Verbindungen ihres Vaters vorgewaltet hatten, nicht zu erwarten stand. Ebensowenig konnte man hierbei auf das Land zählen, wo die evangelischen Überzeugungen fast die allgemeinen geworden waren. In allen Städten hatten sie die Oberhand. In einer und der anderen wurden Neuerungen in diesem Sinne versucht: alle verlangten den Genuß des Abendmahls unter beiderlei Gestalt. Auch von einem Teil des Adels ist es gewiß, daß er derselben Richtung angehörte. Wie hätte nun das Land an einem Kriege teilnehmen sollen, der die Wahrung der katholischen Glaubensform und Doktrin, von denen man sich loszureißen vor Eifer brannte, zu seinem Zwecke hatte. Und von dem Hause Österreich, das seinen Impuls von dem großen und weltumfassenden Interesse nahm, das es allenthalben zu wahren hatte, durfte man in diesem Augenblick nicht voraussetzen, daß es viel dafür tun oder gar zum Kriege drängen würde, wie Doktor Matthias Held in Aussicht genommen hatte. Franz I. von Frankreich stand mit dem Landgrafen Philipp in unzweifelhafter Verbindung; die Besorgnis regte sich, wenn es zum Kriege käme, würden sich der König und der deutsche Reichsfürst zum Angriff auf die Niederlande die Hand reichen. Noch immer schien es möglich — selbst die Schwester Karls V., Maria, der die Niederlande zur Verwaltung anvertraut waren, sprach es aus —, daß

jener dann zum Reichsoberhaupte erhoben und ihren beiden Brüdern entgegengesetzt werden könnte. Zur selben Zeit drohte ein Anfall der Türken: die deutschen Verhältnisse konnten leicht auch auf den König-Woiwoden Johann Zapolya zurückwirken, so daß alles in Verwirrung und Kriegsbedrängnis geraten wäre, sobald ein Bruch in Deutschland erfolgte. In diese Verhältnisse nun einzugreifen, wurde dem neuen Kurfürst von Brandenburg die Aufgabe zuteil. Unmöglich konnte er an den Absichten des Vaters festhalten, die seiner eigenen religiösen Überzeugung entgegenliefen. Die aus der Lage der Dinge und den Zuständen für ihn entspringende Frage war eine ganz andere: sie war, wie dem allgemeinen Wunsche, den er innerlich teilte, Raum gegeben werden könne, ohne darum mit dem Kaiser zu brechen. Da hat nun, wenn wir recht unterrichtet sind, einer der Räte des verstorbenen Kurfürsten, der aber selbst die evangelische Meinung teilte, Eustachius von Schlieben, den Neueingetretenen den Rat gegeben, den reformatorischen Tendenzen ihren Lauf zu lassen, ohne sich selbst viel einzumischen; denn den Bischöfen sei ja die Sorge für die Kirche eigentlich übertragen; einer von diesen aber, Matthias von Jagow, Bischof zu Brandenburg, sei der kirchlichen Umbildung zugetan; ein ruhiger und verständiger Mann, gegen welchen der Metropolitan Kurfürst Albrechts, Erzbischof von Magdeburg, keine Einwendung gemacht habe; dem möge man die Veränderungen, die er notwendig finde, einzuführen überlassen. Darauf nun ging der Kurfürst ein; er faßte die Absicht, der religiösen Umwandlung in dem Lande freie Bahn zu machen und dabei doch den zwischen beiden Parteien im Reiche drohenden Krieg zu vermeiden, zunächst selbst im Einverständnis mit Österreich. In diesem Gedanken liegt die Summe seiner Politik, die er ohne viel Aufsehen allmählich, aber entschieden ins Werk setzte. Joachim II. war durch seine zweite Vermählung mit Hedwig, Tochter des Königs Sigismund von Polen, in jene weitverbreitete jagellonische Verwandtschaft getreten, der auch Johann Zapolya angehörte; dieser war der Schwager des Kurfürsten. Vielleicht ist es kein Zufall, wenn der Woiwode Frieden mit König Ferdinand schloß, eben als Joachim mit demselben eine Zusammenkunft in Bautzen hatte, um seine böhmischen Lehen zu empfangen. Denn auch der König von Polen wünschte nichts mehr, als den Frieden in der abendländischen Welt zu erhalten, um den Türken widerstehen zu können. Joachim hat ihm ausdrücklich versprochen, in Deutschland dafür zu wirken. Noch bei weitem wichtiger war es nun, daß sich der Kurfürst von dort nach Frankfurt zu einem angesetzten Tage

begab und hier in enge Verbindung mit dem kaiserlichen Bevollmächtigten, dem Erzbischof von Lunden trat, dessen Haltung zu der von Doktor Matthias Held beobachteten in vollem Gegensatz stand. Dieser hatte nur immer die katholischen und kammergerichtlichen Interessen im Auge, Lunden die allgemeinen politischen Beziehungen des kaiserlichen Hauses. Leicht verständigte sich der junge Kurfürst mit dem Erzbischof. Hauptsächlich unter Joachims Einfluß machte dieser den Protestanten Zugeständnisse, durch welche sie beruhigt und die Feindseligkeiten vermieden wurden. Er bewilligte ihnen einen Anstand und stellte einen Religionsvergleich in Aussicht. Die gesamte Lage wurde hierdurch verändert: der Protestantismus erschien nicht mehr schlechthin im Gegensatz mit dem Kaiser; der Kurfürst von Brandenburg nahm in der Mitte zwischen dem Kaiser und dem Schmalkaldischen Bunde eine pazifikatorische Stellung ein. Unter diesen Gesichtspunkten ist die Kirchenreformation der Mark eingeleitet worden: die Form, in der es geschah, knüpfte an die politische Haltung des Kurfürsten an.

Noch war der Landtagsabschied von 1527 in voller Geltung. Man hat sich auch unter Joachim II. darauf bezogen, aber indessen, wie eben gezeigt, hatten die Grundsätze der religiösen Reform sich der Gemüter bemächtigt, in der Mark sowie in ganz Norddeutschland. Nicht von den Ständen als solchen, aber von hervorragenden Mitgliedern eines jeden derselben ist der Impuls zu der Änderung ausgegangen. Mit Bezug auf die obschwebende Kriegsgefahr hatte der Kurfürst einen Befehl erlassen, durch welchen es den Untertanen verboten wurde, in fremde Dienste zu treten. Dieser Befehl wurde der Gemeinde von Berlin und Köln am 13. Februar 1539 in einer großen Versammlung verkündigt, jedoch zugleich mit der Weisung, sich zum Kriegsdienste gerüstet und fertig zu halten: denn daß die Sachen zu einem Waffengange führen würden, war noch immer möglich. Die Bürger verhießen, dem gern nachzukommen, knüpften aber ein Gesuch von größter Tragweite daran. Nach gehaltener Gemeinsprache wurde der Kurfürst gebeten, daß ihnen der Genuß des Abendmahls unter beiderlei Gestalt gestattet werden möge. Der Kurfürst hatte das schon hoffen lassen und konnte nichts dagegen haben. Eine Schwierigkeit hätte darin liegen können, daß der erwähnte Landtagsabschied die Rechte der Bischöfe auch den neuen Prädikanten gegenüber wahrte. Eben da aber trat die Wirksamkeit des Bischofs von Brandenburg, Matthias von Jagow, den Erwartungen gemäß, die man von ihm hegte, hervor; in der festen Überzeugung, daß er dabei seine

Pflicht als Bischof erfülle, ließ er den evangelischen Meinungen freien Lauf. Ohne mit dem Landtagsabschied in Widerspruch zu geraten, unter der Führung des angesehensten Bischofs, der, indem er die neuen Prediger begünstigte, doch auch Sorge für den alten Klerus trug, konnte die religiöse Veränderung durchgeführt werden. Wie bei der Einweihung der Universität Frankfurt, so nahm die Landschaft auch an dem ersten evangelischen Hochamt in Spandau Anteil. Die Bischöfe ließen es geschehen, wenn einträgliche geistliche Güter etwa zugunsten jener Universität eingezogen wurden. Manche Äußerlichkeiten des Gottesdienstes, die in den Nachbarländern abgestellt worden waren, behielt man hier bei: Luther selbst hat das gebilligt. Man darf nicht zuviel Wert darauf legen; aber bemerkenswert ist es immer, daß die religiöse Konzession des Kurfürsten eine Erwiderung für die Bereitwilligkeit zu militärischer Dienstleistung, gleichsam eine Belohnung dafür in sich schloß. Rechte und Pflichten wurden gegenseitig anerkannt. Den Ständen wurde die Zusicherung gegeben, daß der Fürst ohne ihre Einwilligung in kein neues Bündnis treten werde. Eben dies aber war die Bedingung, unter welcher auch der Kaiser die geschehene Veränderung guthieß.

Die unruhigen Bewegungen, welche anderwärts die Umgestaltung der Kirche begleiteten, traten in Brandenburg nicht ein: die Durchführung der reformatorischen Idee war bereits in ihr zweites Stadium getreten. Die Einziehung der geistlichen Güter erfolgte mit dem Vorbehalt, den man auf dem Landtage vereinbarte, daß dem Landesadel dabei nichts an seinem Anrecht auf stiftische Versorgungen entgehen solle: er erhielt größtenteils die Feldklöster, deren Bewidmungen von seinen Vorfahren herrührten. Die Städte bekamen die klösterlichen Gebäude und benutzten sie zu ihren Hospitälern und Schulen. Auf die großen Abteien, wie Lehnin und Chorin, wurden Vorschüsse angewiesen, welche den kurfürstlichen Kassen bereits geleistet worden waren. Die bedrängten Finanzverhältnisse des freigebigen, selbst verschwenderischen Fürsten wirkten auf den Gang der Umwandlung und die Teilnahme der Stände mannigfach ein. Die Reformation war eine Handlung der Gesamtheit des Landes überhaupt — sie trug zur Konsolidation desselben um so mehr bei, da von verschiedenen Ständen jeder sein besonderes Interesse dabei fand. Die Bischöfe traten über oder legten doch kein Hindernis in den Weg. Die große Johanniterballei folgte ohne vieles Bedenken: die Kommendatoren nahmen Frauen; bei der nächsten Herrenmeisterwahl wurde der Eid in protestantischer Form geleistet; der neu-

erwählte erkannte den Landesherrn als seinen Patron an und unterwarf sich eigentlich seiner Herrschaft. Dies war der Markgraf Johann von Küstrin, der rückhaltsloser als sein Bruder der protestantischen Partei sich beigesellte. Dem Sinne Joachims hätte das nicht entsprochen. Sein System war, indem er die Reformation der Kirche ruhig und gemäßigt durchführte, sich zugleich an das Haus Österreich enge anzuschließen. In einem Artikel seines Vertrages mit dem Kaiser und dem Könige hat er ausdrücklich versprochen, kein anderes Bündnis weder der Religion halber noch um irgendeiner anderen Sache willen einzugehen. Der Gedanke war, im Bunde mit dem Kaiser den allgemeinen Frieden in Deutschland zu erhalten. Diese pazifikatorische Richtung brachte es mit sich, daß Joachim an der Entscheidung des großen Gegensatzes, der sich vor aller Augen entwickelte, keinen Anteil nehmen konnte. Er unterstützte das Haus Österreich in seinem Gegensatz gegen den König von Frankreich und die Türken: jenem konnte er nicht vergeben, daß er sich mit den Feinden des Glaubens in Verbindung gesetzt hatte; er hat den Papst einmal aufgefordert, dem König den Titel des Allerchristlichsten fortan zu versagen: gegen die Türken ist er wohl selbst zu Felde gezogen, freilich ohne alle Frucht; denn die Unordnungen, die aus der Mannigfaltigkeit der herbeiziehenden fürstlichen und städtischen Truppen und der Unregelmäßigkeit der Geldzahlungen entsprangen, wußte er nicht zu beseitigen; zum Feldherrn war er nicht geboren. Er gehörte ganz der Direktion an, die auf dem Reichstag von Speyer im Jahre 1544 die überwiegende war: die Sache der Religion schien mit der Macht des Reiches und dem Interesse des Kaisers verbunden zu sein. Aber man weiß, daß sich eben hieran die große Wendung der kaiserlichen Politik knüpfte. Nachdem Karl V. zum Frieden mit Frankreich gelangt und durch einen Stillstand den Türken gegenüber gesichert war, wurde er von dem Ehrgeiz ergriffen, die Reduktion der Protestanten zugleich zur Wiederherstellung der kaiserlichen Autorität in ihrer alten Machtfülle zu benutzen; er ergriff die Waffen gegen den Schmalkaldischen Bund[1]. Bei den ersten Eigenmächtigkeiten des Kaisers in der kölnischen Angelegenheit war der Kurfürst keineswegs für denselben: er sah darin eine Verletzung der kurfürstlichen Rechte, denen er vielmehr in dem Reiche ihre alte, jetzt geschmälerte Bedeutung wieder zu verschaffen wünschte. Aber noch weniger war er mit den Unter-

[1] Reformation III, 44.

nehmungen des Kurfürsten Johann Friedrich von Sachsen, mit dem er überhaupt kein gutes Verhältnis unterhielt, einverstanden: er wollte weder Magdeburg in die Hände desselben geraten noch ihn in Böhmen zum Herrn und Meister werden sehen. Er hat seinem Sohne erlaubt, dem Kaiser einen Reiterdienst zu tun, wie es auch Markgraf Johann mit seiner evangelischen Gesinnung vereinbar fand, in dem Lager des Kaisers zu erscheinen und ihm mit seinen besten Kräften beizustehen. Jedermann weiß, mit welchem unerwarteten und entscheidenden Erfolge Karl V. sein kriegerisches Unternehmen ausführte. Nicht an dem Kampfe selbst beteiligte sich Joachim II., wohl aber an dem darauffolgenden Versuche des Kaisers, in der Religion bis auf ein künftiges Konzilium Maß zu geben: ein brandenburgischer Hofprediger war bei der Abfassung des Interims tätig. Nur hätte der Kurfürst gewünscht, daß die festgesetzte Formel für das gesamte Reich, die katholischen wie die evangelischen Landschaften Geltung bekommen hätte; die Einheit von Deutschland würde alsdann gewahrt worden sein. In demselben Sinne wünschte er, daß dem allgemeinen Konzilium ein nationales vorangehen möge. Es waren eminent deutsche Forderungen, der natürlichen Stellung des Kurfürsten gemäß, die aber den Absichten des Kaisers und der Natur des großen Gegensatzes, der allmählich ein europäischer geworden war, nicht mehr entsprachen. Karl V. gedachte die alte Idee, daß der Kaiser das Oberhaupt der gesamten Christenheit sei, wieder in der Welt zur Anerkennung zu bringen[1]. Seine Stellung in Italien und Spanien machten ihm unmöglich, den deutschen Gesichtspunkten gerecht zu werden. Notwendig erfolgte, daß er damit eine tiefe, umfassende und darum auch kräftige Opposition gegen sich aufrief; nicht weniger in politischer als in religiöser Beziehung, sowohl von den besonderen deutschen als auch den allgemeinen europäischen Interessen getragen, die dann in einem Moment gegen ihn losbrach, als er es am wenigsten erwartete, und ihn zwang, nach den Niederlanden zu flüchten. Ein universal-historisches Ereignis von unermeßlichen Folgen für die Welt, durch welches nun aber auch die Lage des Kurfürsten von Brandenburg wesentlich verändert wurde. Denn, wenn er bisher auf der einen Seite von der protestantischen Aktionspartei, auf der anderen von dem unternehmenden Kaiser in den Hintergrund gedrängt worden war, so hörte das nun auf. Der Schmalkaldische Bund war von dem Kaiser vernichtet wor-

[1] Reformation III, 416.

den; dieser selbst wurde durch die Fürsten, die ihm dabei zur Seite gestanden hatten, überrascht und verdrängt. Den deutschen Fürsten und Ständen wurde ein Moment autonomer Entscheidung in einer der größten Angelegenheiten, die jemals vorgekommen waren, zuteil. Auch auf diesen Erfolg wirkte Joachim II. nicht unmittelbar ein; aber für seine pazifikatorische Tätigkeit wurde nun erst freier Raum geschaffen. Von den drei Wegen zur Beseitigung des religiösen Zwiespaltes, welche man ursprünglich unterschieden hatte, ein allgemeines, ein nationales Konzilium oder einen Reichstag, blieb nur der letzte möglich. Auf einem Reichstage aber konnte nicht von der Entscheidung streitiger Glaubensartikel und Kirchenformen, sondern nur von der Herstellung des Friedens zwischen beiden Parteien die Rede sein. Dazu nun vereinigte sich Joachim II. mit dem eben eingetretenen Kurfürsten August von Sachsen albertinischer Linie — denn bei der Übertragung dieser Würde von den Ernestinern auf die Albertiner, zu der Karl V. geschritten war, hatte es sein Verbleiben — und mit König Ferdinand, dem Bruder Karls V., selbst. Auf dem Reichstag zu Augsburg wurde vor allem eine Verständigung in dem Kollegium der Kurfürsten erzielt. Die geistlichen, durch das, was sie erlitten hatten, ihrer Gefahr inne geworden und durch das Übergewicht der weltlichen bewogen, entschlossen sich, von der Bezugnahme auf ein Konzilium abzustehen und den Grundsatz anzunehmen, daß der Friede im Reiche auch ohne eine konziliare Entscheidung bestehen solle. Um auch den Fürstenrat, in welchem die Gegensätze noch heftiger aufeinanderstießen, dazu zu bewegen, trug es wesentlich bei, daß die seit zwanzig Jahren unterbrochene Erbverbrüderung zwischen Brandenburg, Sachsen und Hessen wiederhergestellt wurde. Diese Verbrüderung der mächtigeren norddeutschen Dynastien und der alte Kurfürstenverein übten den wesentlichsten Einfluß auf die allgemeine Pazifikation. Der Kurfürst Joachim, dessen Altvordern diese beiden Verbindungen vornehmlich zu verdanken waren, nahm an dem Zustandekommen des Religionsfriedens zu Augsburg lebendigen und erfolgreichen Anteil. Der Friede wurde nicht allein ohne den Kaiser, sondern im Gegensatz gegen ihn geschlossen. Aber dahin führte die Verflechtung der Dinge, da König Ferdinand, von ihm mit seiner Stellvertretung beauftragt, den Ständen beipflichtete, und in den Punkten, in denen diese sich nicht vereinigten, eine Entscheidung gab, bei der sich die beiden Teile zunächst beruhigten.

Nicht gesonnen, von seinen Ideen einen Schritt zurückzuweichen,

entschloß sich Karl V. zur Abdankung (1556): die Krone kam an Ferdinand, der bei dem ihm eigentümlich übertragenen Besitz von Böhmen, Ungarn und Österreich auf die Hilfe der deutschen Fürsten angewiesen war und, von Spanien getrennt, in jenen Ländern aber durch mannigfache innere Irrungen religiöser und politischer Natur beschäftigt nicht mehr gefährlich erschien. Eine bloße Übertragung der Reichsverwaltung hätte den Kurfürsten nicht genügt; denn dann wäre immer ein fremder Einfluß möglich geblieben und das Reich hätte leicht nochmals in auswärtige Händel verwickelt werden können. Brandenburg und Sachsen waren sehr damit zufrieden, daß Karl V. Verzicht leistete. Ferdinand I. verpflichtete sich durch seine Kapitulation, an den Vereinbarungen des Religionsfriedens festzuhalten: nachdem er das beschworen in der Kurkapelle zu Frankfurt am Main, setzte ihm der Erzkämmerer des Reiches, Joachim II., die goldene Krone auf das Haupt, die das Imperium bedeutete, d. h. die Machtvollkommenheit des vom alten Rom überkommenen Kaisertums. Den exklusiv katholischen Charakter, der demselben bisher eigen gewesen war, behielt es seitdem nicht mehr; es war an den Religionsfrieden gebunden, durch welchen das ruhige Bestehen des protestantischen Bekenntnisses gewährleistet wurde. Joachim II. hatte von Anfang an auf einen Austrag der beiden Parteien, der hierdurch Sanktion erhielt, hingearbeitet. Daß es so weit kam, war ihm nicht eigentlich zu danken; es war mehr seine Idee als sein Werk: es entsprach der Notwendigkeit der Dinge.

Joachim II. besaß nicht die Gaben, durch welche die meisten Fürsten seines Stammes glänzen und sein eigener Bruder sich hervortat, für Krieg und Administration; er war astrologischen und alchimistischen Träumereien zugetan und keineswegs korrekt in seiner Häuslichkeit. Man weiß, daß Anna Sydow ihn wohl in Manneskleidern auf die Jagd begleitet hat, er konnte eine Zeitlang keine Stunde ohne sie leben; aber mit seinem friedlichen, genußliebenden, behäbigen Wesen verband er einen Blick von weiter, freier Umsicht, rege Fürsorge für Industrie und Handel, Aufmerksamkeit selbst auf die verborgenen Hilfsquellen des Landes, die erst eine spätere Zeit an den Tag bringen sollte, und ein seltenes Talent für politische Unterhandlung; nicht weggeworfen war das Geld für den Aufwand, den er dafür bei aller Beschränktheit seiner Mittel zu machen den Entschluß hatte. Seine umfassende und tief angelegte Politik hat sehr schwierige und bedeutungsvolle Aufgaben gelöst. In dem großen politisch-religiösen Kampfe der Epoche führte er, dem Sinne und dem Bedürfnisse der Zeit

gemäß, sein Land, ohne von Erschütterungen betroffen zu werden, auf die Seite der kirchlichen Reform hinüber, die er noch in einer Weise auffaßte, welche den Ideen des Reiches und der abendländischen Christenheit nicht eigentlich entgegenlief[1]. Zugleich sicherte er, mit dem albertinischen Sachsen verbündet, den Kurfürsten ihre Würde und die alte gesetzmäßige Prärogative im Reiche, welches unter seiner Mitwirkung einen paritätischen Charakter erhielt. In seiner ruhigen und abwartenden, aber aufmerksam das allgemeine Interesse mit dem besonderen verbindenden politischen Haltung ist Joachim II. einer der Begründer der Größe von Brandenburg geworden. Vor allem gelang es ihm, unter dem Wechsel der Verhältnisse dem Lande die Verbindung mit dem Erzbistum Magdeburg zu erhalten, die für dasselbe schon jetzt von hoher Wichtigkeit war und es in der Folge noch mehr werden sollte.

Wir berührten, unter welchen Umständen der Bruder Joachims I. zum Erzbistum Magdeburg und dem Bistum Halberstadt gelangte. Obgleich Kardinal der römischen Kirche, hat er doch der Reformation in diesen Landschaften freien Lauf lassen müssen. Er hat es nicht eigentlich erlaubt; dem Verhältnis gemäß, wie es war, hat er selbst gesagt: er könne es nicht verhindern. In seinem Nachfolger, einem Stammesverwandten der fränkischen Linie, Johann Albert, fand das protestantische Bekenntnis einen entschiedenen Gegner. Mit diesem noch schwankenden Zustande hängt es zusammen, wenn die Landeseinsassen, die zu den eifrigsten Anhängern der Reformation gehörten, wie denn die Stadt Magdeburg in den Schmalkaldischen Bund getreten ist, sehr damit einverstanden waren, daß sich Johann Friedrich, indem er nach dem unglücklichen Abzug aus Oberdeutschland seine ganze Macht nach Niederdeutschland warf, sich des Landes bemächtigte. Johann Albert wurde zu einer förmlichen Verzichtleistung genötigt: die beiden Stifte huldigten dem Kurfürsten aus dem ernestinischen Hause Sachsen. Nach der Niederlage von Mühlberg, bei der entgegengesetzten Wendung, die die Dinge nahmen, konnte das keinen Bestand haben. Indem man daran ging, Magdeburg für den Kaiser zu erobern, bereitete man doch die Waffenerhebung gegen ihn vor, die ihn niederwarf. Als Magdeburg end-

[1] Er unterscheidet sich dadurch von den anderen protestantischen Fürsten, deren Fehler nach Ranke (Reformation III, 21) in der Verkennung der beherrschenden Idee ihrer Zeit lag: des Zwanges zur staatlichen Autonomie ohne Rücksicht auf andersartige Interessen (vgl. Reformation II, 352).

lich kapitulierte, wurde der Stadt ihre volle Religionsfreiheit gesichert; auch im Stifte und im Lande war sie unangetastet geblieben. Dem entsprach nun die neue Wahl eines Erzbischofs. Um nicht einer katholischen Reaktion zu verfallen, wählte jetzt das Kapitel einen Prinzen aus dem Hause Brandenburg, den zweiten Sohn des Kurfürsten Joachim II., Friedrich, der von den Ständen, weil er ihnen die Erhaltung ihres religiösen Bekenntnisses zusagte, freudig aufgenommen wurde. Er war der erste protestantische Fürst, welcher Magdeburg und Halberstadt verwaltete. Über die Erstattung der Kriegskosten wurde eine Abkunft mit ihm getroffen; die Hoheit über die Stadt blieb noch zweifelhaft. Eine Zeitlang haben die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen und der Erzbischof sie gemeinschaftlich besessen.

Kurfürst Joachim, der an der Zahlung der Kriegskosten teilgenommen hatte, wußte nach dem Tode Friedrichs denselben durch seinen jüngsten Sohn Sigismund auf dem erzbischöflichen sowohl als auf dem bischöflichen Stuhle zu ersetzen. Nach dem frühzeitigen Hinscheiden Sigismunds gelang es dem Kurfürsten, das Erzstift Magdeburg an seinen Enkel Joachim Friedrich, den Sohn des Kurprinzen, zu bringen. In Halberstadt geschah das deshalb nicht, weil das katholische Bekenntnis im Domkapitel noch das Übergewicht hatte; in Magdeburg dagegen waren die Domkapitulare bereits ausschließend Protestanten. Das wesentliche Moment für die Verbindung der Lande ist doch das religiöse; ohne die Einheit im Bekenntnis wäre sie nimmermehr zustande gekommen. Ein anderer Erfolg des Übertrittes Joachims II. zu dem evangelischen Bekenntnis war es, daß zwischen den beiden Linien des Hauses ein gutes Verhältnis hergestellt wurde, worin die Bedingung seines weiteren Emporkommens lag. Wie erwähnt, die Reformation war es, was die Umwandlung des Ordenslandes in ein Herzogtum möglich machte. Wenn die polnische Krone dies nicht allein zugab, sondern förderte, so war dabei die dynastische Verbindung der fränkischen Linie mit den Jagellonen vermittelnd eingetreten. In dem engsten Verhältnisse zu beiden Häusern stand Herzog Friedrich II. von Liegnitz, der in dieser Angelegenheit die Verhandlung hauptsächlich geführt hat. Als nun der König von Polen zu dem Entschluß kam, Albrecht zu belehnen, wurde sein Bruder, der eifrig evangelische Markgraf Georg, der unter dem damaligen ebenfalls jagellonischen Könige von Böhmen eine große Rolle spielte, und die fränkische Linie des Hauses Brandenburg überhaupt in die Belehnung eingeschlossen.

Wohl ist es nun wahr, daß dadurch Preußen doch unter die

Oberherrschaft von Polen geriet; aber es war keine unmittelbare wie die in Westpreußen. Zwischen die Bevölkerung und den König trat eine deutsche Dynastie, deren Mission es war, bei dem Lehnsverhältnis, welches sie einging, den deutschen Charakter des Landes zu schützen und zu entwickeln.

Die Stellung des neuen Herzogs hatte nun aber die größten Schwierigkeiten. Den Ständen gegenüber machte er sich anheischig, die alten Privilegien nicht allein zu erhalten, sondern auch zu vermehren; er war auch deshalb ihnen verpflichtet, weil sie zu seiner Erhebung wesentlich beigetragen hatten; ihre wachsenden Ansprüche wurden dann von polnischer Seite aufrechterhalten. Hätten sie sich unbedingt mit den Polen vereinigt, so würde er ihnen haben erliegen müssen. Glücklicherweise konnte es nie dahin kommen: einmal, weil das Land in seinem energischen Protestantismus doch immer im Gegensatz zu Polen blieb, und sodann, weil es nicht daran denken konnte, den Westpreußen gleich zu werden, denen die polnische Oberherrschaft sehr beschwerlich fiel: Preußen war auf eine enge Verbindung mit Deutschland angewiesen, dem die Bevölkerung durch Herkunft und Sinnesweise angehörte. Aber das Deutsche Reich und der Orden waren weit entfernt, das Herzogtum als rechtsbeständig anzuerkennen: die Acht und Aberacht wurde von Karl V. über den Herzog ausgesprochen. Nur in der Verbindung mit den Protestanten und dem Schmalkaldischen Bund konnte er Rückhalt finden. Und aus dieser Rücksicht waren denn auch die Polen keine eifrigen Papisten: eine Vereinigung von Kaiser und Reich mit dem Papste, um den Orden in Preußen wiederherzustellen, hätte sie in die blutigsten Kriege verwickeln können. Durch die Niederlage des Schmalkaldischen Bundes wurde auch Preußen betroffen. Man begreift, wenn der Herzog nichts versäumte, um den Widerstand gegen den Kaiser aufzurufen, zu schüren. Das Verhalten der Markgrafen Hans von Küstrin und Albrecht von Kulmbach in diesen Unruhen beruht großenteils auf ihrer Verbindung mit dem Herzoge und auf seinen Ratschlägen. Aber auch nach der in Deutschland gefallenen Entscheidung blieb die in Preußen eingeführte Ordnung der Dinge immer gefährdet; der Kaiser und das Reich blieben nach wie vor ihre Gegner. Wenn es nun für Preußen wie für Polen selbst höchst wünschenswert wurde, sich in dem Reiche eine kräftige Einwirkung zu ihren Gunsten zu verschaffen, so erschien nichts wichtiger als eine enge Verbindung mit dem angesehenen Kurfürsten von Brandenburg. Schon hatte Joachim II. infolge seiner Vermählung mit der Tochter des Königs Sigismund den Antrag gemacht,

seinen aus derselben entsprossenen Sohn in die Mitbelehnung aufzunehmen, aber damit kein Gehör gefunden. So viel Gewicht hatten die dynastischen Beziehungen nicht bei den Polen; dagegen konnte man auf den Eindruck zählen, den die erwähnte Rücksicht auf sie machen mußte.

Besonders ist es Lampert Distelmeier gewesen, der diesen Gesichtspunkt hervorhob und ihn zur Geltung brachte: ein Mann, der überhaupt eine sehr bedeutende Stellung einnahm. Als der erste brandenburgische Minister von durchgreifendem und fortwirkendem Verdienst kann, wie oben berührt, Eustachius von Schlieben betrachtet werden, der, wie er überhaupt an der inneren und äußeren Politik Joachims II. den größten Anteil hatte, so auch das gute Verhältnis desselben zu der Krone Polen einleitete; das letzte mit der bewußten Absicht, den Herzog von Preußen zu unterstützen. Zu seiner Seite und von ihm in den Dienst gezogen erscheint seit 1550 Lampert Distelmeier, ein geborener Leipziger, Schüler Melanchthons, der ihm die Laufbahn anwies, die seinen Talenten entsprach: ein stattlicher Mann von juridisch-theologischer Beredsamkeit, wie die Geschäfte sie erforderten, gelassen und beredt. Er hatte an dem Abschluß des Vertrages von Passau, der Erneuerung der Erbverbrüderung zwischen Sachsen, Hessen und Brandenburg und dem Religionsfrieden großen Anteil. Man schreibt es ihm zu, wenn die Domkapitulare zu Magdeburg von den jüngeren Markgrafen des Hauses Brandenburg einen nach dem andern erwählten; auch bei der Wahl und dann bei der Verheiratung Joachim Friedrichs war er sehr tätig. Für die letzten machte er geltend, daß der Kaiser keine Bedingung an die Administration des Stifts geknüpft habe; und daß man bei der Dringlichkeit der Sache abwarten müsse, wer etwas dagegen unternehmen wolle. So richtete er nun auch sein Augenmerk auf die preußisch-polnische Angelegenheit. Er rechnete darauf, daß den Polen selbst daran liegen müsse, den Kurfürsten in ein Verhältnis zu ziehen, durch das er veranlaßt werden mußte, jedem Versuche zu einer Wiederunterwerfung Preußens unter das Reich und die Kirche zu widerstreben. Nach dem Tode Sigismunds hoffte er bei dem Nachfolger desselben, Sigismund August, der seinem Schwager nicht entgegen sein werde, damit Eingang zu finden. Eine geheime Sendung bahnte in der Tat den Weg dazu. Im März 1563 kam es zu einer Verständigung, die freilich nur eine vorläufige war. Denn der Kurfürst wollte sich nur dann zu einer Hilfeleistung verpflichten, wenn der Herzog von dem Orden angegriffen würde, während die Polen eine solche für jede Aggression, die das Königreich erfahren

könne, in Anspruch nahmen. Ohne daß diese Differenz wirklich gehoben worden wäre, erhielten doch die brandenburgischen Gesandten ein Diplom, in welchem der König dem Kurfürsten und seinen Nachfolgern in der Kur die Mitbelehnung versprach. Und bald wurde man inne, wie nötig für die Verhältnisse des Herzogtums selbst die enge Verbindung war. Herzog Albrecht wurde von den trübsten Ereignissen betroffen. Er hatte den Versuch gemacht, die Verbindung der strengen lutherischen Geistlichkeit mit den übermächtigen Ständen, die ihn einengten, zu sprengen; diese aber hatten die Hilfe der Polen für sich aufgerufen. Der Herzog war in die Notwendigkeit gebracht, seine Räte ihrer Rache aufzuopfern. Es ist dabei zu herzzerreißenden Szenen gekommen: wie wenn der wirksamste der Räte seinen Kopf in den Schoß des Herzogs legte, der ihn mit Tränen entließ. Er hatte ihm einstmals versprochen, ihn zu schützen bei seiner Seelenseligkeit: und fühlte sich nun in seinem Gewissen verwirrt, daß er sein Versprechen nicht halten konnte: er mußte erleben, daß die einzigen Menschen, auf die er traute, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Es liegt am Tage, daß das Herzogtum in seiner isolierten Stellung zu schwach war, um eine selbständige Regierung bilden zu können: insofern bot die Mitbelehnung des Kurfürsten eine eventuelle Möglichkeit besserer Zustände dar. Die polnischen Senatoren waren eifrigst dagegen: sie mißbilligten die Huldigung, zu der sich die preußischen Stände verstanden; denn ein selbständiges Preußen neben sich zu sehen und dessen Entwicklung zu fördern, lag nicht in ihrem Sinne. Sie mochten voraussetzen, daß sie die Stände von Preußen, denen sie soeben gute Dienste geleistet hatten, auch zu dieser Ansicht fortreißen würden. Bei denen aber stellte sich nun doch auch eine andere Betrachtung heraus, und zwar eben die, welche Distelmeier vorausgesehen hatte; sie wollten nicht in eine Abhängigkeit von Polen geraten, durch welche auch das religiöse Bekenntnis gefährdet werden würde. So erklärte sich selbst der große Antagonist der letzten Räte des Herzogs Albrecht, Truchseß von Wetzhausen. Dieselben Motive, welche die Preußen einst in dem großen Bundeskriege vermochten, an dem Hochmeister festzuhalten, eigentlich die nämlichen, welche die Verwandlung des Hochmeistertums in ein Herzogtum veranlaßten: das Bedürfnis und der Wunsch, mit Deutschland vereinigt zu bleiben, waren auch jetzt wirksam, um die Mitbelehnung des Kurfürsten von Brandenburg als einen Vorteil für das Land erscheinen zu lassen. Wenn der polnische Reichstag trotz der Hinneigung des Königs noch dagegen war, so ver-

säumte man nicht, durch Geschenke die mächtigsten Magnaten umzustimmen, wobei die brandenburgischen Stände den Kurfürsten reichlich unterstützt haben. Damit wurde dann der Zweck erreicht. Als nach dem Tode des ersten Herzogs dessen Sohn Albrecht Friedrich belehnt wurde, empfing, wie dieser selbst wünschte, neben Georg Friedrich von Ansbach auch Kurfürst Joachim II. die Mitbelehnung (19. Juli 1569). Darin lag dann, wie sich sogleich zeigte, eine Befestigung der polnisch-preußischen Verhältnisse überhaupt. Dem eben erneuerten Anspruch dem Orden gegenüber fiel es ins Gewicht, daß nach dem Tode Joachims II. dessen Nachfolger Johann Georg zugleich den Herzog Albrecht Friedrich in der Mark in die Erbhuldigung einschloß und Kaiser Maximilian denselben in die Reichsbelehnung aufnahm, ohne Rücksicht auf die Achtserklärung, von der der Vater betroffen worden war: nach Abgang aller Mitglieder der beiden Linien sollte auch den Nachkommen von Albrecht Friedrich zu ihren dann hinterlassenen Reichslehen und Regalien die Lehnsfolge gestattet sein. Mit Recht ist bemerkt worden, daß hierin eine stillschweigende Aufhebung der Reichsacht lag; man hat ihrer später nicht weiter erwähnt. Die intime Verbindung Brandenburgs mit Preußen wurde von doppelter Bedeutung, da sie die Möglichkeit einer anderen Erwerbung von hohem Werte eröffnete. Wie es scheint, war Maximilian II. nicht dagegen, wenn für den Erben von Preußen, Albrecht Friedrich, die Vermählung mit der ältesten Tochter des Herzogs von Kleve gesucht wurde. Der Kaiser wollte das Land nicht unter den Einfluß der spanischen Regierung, mit der er gespannt war, geraten lassen. Wir berühren noch eine dritte Richtung der weitausgreifenden Politik dieser Zeit. Auch den Anspruch auf einige schlesische Fürstentümer begründete Joachim II., indem er mit dem Herzog von Liegnitz in Erbverbrüderung trat. Der Sohn jenes Friedrichs, welcher an der Erhebung des Hochmeisters so viel Anteil hatte, wurde mit der Tochter des Kurfürsten, und die Tochter des Herzogs mit dem ältesten Sohne des Kurfürsten, der ihm nachfolgen sollte, vermählt. Der vornehmste Artikel des hierbei geschlossenen Vertrages bestimmt, daß beim Erlöschen des Mannsstammes der Herzöge von Liegnitz die künftigen Kurfürsten von Brandenburg die gesamten herzoglichen Lande erben sollten.

Man verbarg sich wohl von Anfang an nicht, daß die Durchführung dieser Sukzession bei dem Könige von Böhmen Anstand finden werde. Zu den Grundsätzen Ferdinands gehörte es, die Ansiedlung deutscher Reichsfürsten in dem Königreich Böhmen

zu verhüten. Aber so vollkommen abhängig von Böhmen war Schlesien überhaupt nicht, daß die schlesischen Herren den ohne ihre Einwilligung erlassenen Gesetzen und Verordnungen des Königs von Böhmen unterworfen gewesen wären. Und überdies wiesen die Herzöge ein älteres Privilegium vom Jahre 1511 auf, durch welches das ihnen bei Lebzeiten zustehende Recht der Verfügung über ihre Güter auch bei ihrem Ableben zugesichert sein solle. Auf der Grundlage dieser alt verbrieften Befugnisse der Herzöge, welche die Rechte der Krone Böhmen einschränkten, ist die Erbverbrüderung geschlossen worden. Die Untertanen der Herzogtümer haben eine eventuelle Huldigung für das Haus Brandenburg geleistet: Joachim II. nahm Schlesien und Preußen in den kurfürstlichen Titel auf. Es war gleichsam ein Umriß des künftigen preußischen Staates entworfen, freilich noch nicht in festen Zügen und nur erst in Ansprüchen von ferner Aussicht, die aber durch ein religiöses Interesse zusammengehalten wurden.

Viertes Kapitel.

Brandenburg im Gegensatz mit der Restauration des Katholizismus.

Auch auf Staatsbildungen kann man das sinnvolle Wort anwenden, daß der Mensch nicht vom Brote allein lebt. Die innere Konsolidation der Mark und ihre Aussichten auf territoriale Erweiterungen waren es doch nicht allein, was die Grundlage eines eigentümlichen Staatswesens ausmachte; dazu gehörte eine originale Beziehung zu den um die Weltherrschaft streitenden Kräften. In dem politischen Leben kommen die Ideen zugleich mit den Anfängen ihrer Verwirklichung zur Erscheinung[1]. Hier nehmen wir vor allen Dingen wahr, daß der dynastische und der protestantische Gedanke einander durchdrangen und kaum mehr unterschieden werden konnten. Erst durch die Einführung der Reformation in der Mark auf den Wunsch und im Beirat der Stände hatte sich die Dynastie mit dem Lande vollkommen identifiziert. Durch die Erwerbung des Erzbistums Magdeburg für einen Prinzen des Hauses und durch die Gründung des Herzogtums Preußen war sie unwiderruflich an die protestantische Lebensform geknüpft. Aber in schroffem und unvermitteltem Gegensatz mit den altgläubigen Gewalten war doch dieser brandenburgische Protestantismus mitnichten. Die Einführung der Reformation, selbst die Kirchenordnung Joachims II. beruhte auf einem guten Einvernehmen mit dem Kaiser. So war der Übergang der Ordensherrschaft in ein Herzogtum nur unter der Mitwirkung der Krone Polen, die doch einigen Nachgiebigkeiten zum Trotz sehr katholisch blieb, gelungen. Die Idee des freilich noch in den ersten Anfängen seiner Bildung begriffenen Staates lag in der Behauptung der Selbständigkeit[2], welche Protestantismus und territoriale Macht verliehen, ohne Feindseligkeit oder offenen Kampf mit den großen Potenzen, die der alten Kirche anhingen, allerdings unter Voraussetzung ihrer Mäßigung und Toleranz. Unter diesem

[1] Vgl. Reformation I, 487.
[2] Vgl. das Nachwort im III. Band.

Gesichtspunkt gewinnt die gleichartige Bewegung der beiden deutschen Kolonisationen, die zugleich religiös und politisch war, eine hohe Wichtigkeit für die Welt überhaupt. Sie konnten um so mehr die Grundlage einer wirklichen Staatsbildung werden, je enger die beiden Landschaften sich vereinigten. Es war gleichsam ein Vorgefühl davon, was bei der Nachricht von der Mitbelehnung eine Festlichkeit in Berlin veranlaßte, die eigentlich mehr der Zukunft galt als der Gegenwart. Bei einem Dankfeste, das Joachim II. dafür veranstaltete, erschienen Hof, Beamte, Magistrate und Edelleute in einer so engen Vereinigung wie bei der Annahme der Reformation. Die Prediger aus Stadt und Umgegend nahmen, den Kelch in der Hand, Anteil an dem friedlichen Aufzug. Dieser bekam durch die Anwesenheit des Kurfürsten, seines Sohnes und seines Enkels, dem die spätere Sukzession zustand, eine besondere Bedeutung für die Zukunft, die der Kanzler, dem der Erfolg zu danken war, in einer feierlichen Rede an die Stände hervorhob. Aber welch eine Aufgabe war es nun, diesen Staat, dessen Umrisse und ideale Grundlage doch nur flüchtig und nicht recht greifbar erschienen, zu realisieren und seine Bestimmung zu erfüllen. Zustände, wie sie im Anfange der sechziger Jahre des Jahrhunderts herrschten, gehörten dazu, um die Absicht zu fassen.

Noch waren die reformatorischen Tendenzen im Übergewicht. Es war die Zeit, in der die protestantischen Institutionen in England gegründet worden sind. Allein soeben gelangte auch die entgegengesetzte Weltmacht wieder zu Kräften; ein neuer, noch umfassenderer und selbst heftigerer Kampf, als der erste gewesen war, trat in Aussicht. Das Tridentinische Konzilium war einst Joachim II. in aller Form angekündigt worden: er war weit entfernt, sich der Berufung desselben zu widersetzen; wenn er für seine Bevollmächtigten Sitz und Stimme forderte, so zeigt das nur, wie sehr er bereit war, es zu beschicken; er hoffte noch, seiner vermittelnden Richtung daselbst Bahn zu machen. Aber wie wenig entsprachen doch die Erfolge diesen Erwartungen. Die Dekrete des Konziliums erneuerten und verjüngten das System, das von den Protestanten bekämpft wurde, in bestimmten Formeln, und diese wurden als die allein gültigen, allein orthodoxen aller Welt zur Annahme vorgelegt. Bald darauf ward das Ziel ins Auge gefaßt, den Protestantismus zurückzuwerfen, in die engsten Grenzen einzuschließen oder zu vernichten. In dem westlichen Europa brach der blutigste Kampf darüber aus. In Deutschland, wo der nicht mehr durch die Machtbestrebungen des Kaisers zersetzte

Katholizismus unter der Einwirkung des Papstes zu voller freier Aktion gelangte, wurde die Restauration des Katholizismus in den geistlichen Fürstentümern, denen sich auch weltliche anschlossen, meistens in friedlichen Formen, wenngleich nicht ohne Gewaltsamkeit, durchgeführt. Die Frage entstand, wie der Protestantismus im Reiche und in den einzelnen Landschaften, die ihm anhingen, dieser auf den mannigfaltigsten Wegen einwirkenden Reaktion widerstehen würde. Die Kriege in den Niederlanden hatten in dieser Hinsicht keine ungünstigen Folgen für Norddeutschland und die Mark. Die Flüchtlinge, die aus den Niederlanden nach der Altmark, der Mittelmark und selbst der Neumark einwanderten, trugen ihre durch die Verfolgungen geschärften Antipathien gegen das Papsttum nach Brandenburg. Nachdem Johann Georg (1571—1598), der Sohn und Nachfolger Joachims II., den inneren Haushalt hergestellt hatte — es war eine schwere Aufgabe, durch deren Lösung er sich den Beinamen des Ökonomen erwarb —, wendete er seinen Blick wieder auf die allgemeinen Angelegenheiten. Er hatte nichts dagegen, wenn die märkischen Edelleute in den Krieg zogen und auch ihre Bauern in Waffen und Wehr mit sich dahin führten: der alte kriegerische Geist des märkischen Adels, der zu schlummern schien, regte sich in dieser Richtung. So bestand ein späterer Zuzug, den Christian von Anhalt zur Unterstützung der Reformierten nach Frankreich führte, großenteils aus Brandenburgern. Der Kurfürst brachte ihnen in Erinnerung, daß sie den Namen der Deutschen und Märker, sowie ihren Geschlechtern unter allen Umständen Ehre machen sollten. Nur hielt er darüber, daß den Verordnungen seines Vaters gemäß nichts ohne seine Einwilligung geschehe.

In einem inneren Zusammenhange damit steht es, daß der Gegensatz gegen die auch in Deutschland vordringenden Jesuitenschulen es war, was den Kurfürsten veranlaßte, auf den höheren Unterricht seine besondere Aufmerksamkeit zu richten. Nach ihrer ersten Blüte hatte sich die Universität Frankfurt neben Wittenberg nicht mehr in Ansehen halten können. Später wurde sie mit guten Lehrern besetzt, welche von ihrem Katheder her das Land beherrschten und auch in die Ferne wirkten, namentlich nach Böhmen, Mähren, Siebenbürgen. Wir finden eine große Anzahl fremder Professoren in Frankfurt. Für das Land aber wurde es Gesetz, daß keine Anstellung im öffentlichen Dienst an die erteilt werden sollte, die nicht ihre Studien daselbst gemacht hatten. Der Adel nahm vielen Anteil an denselben: nicht wenige

Mitglieder der vornehmeren Geschlechter erscheinen als Doktoren des Rechts und wissenschaftlich gebildete Männer überhaupt.

Unter Joachim II. hatten die Bürgerlichen in den öffentlichen Ämtern das Übergewicht gehabt; unter Johann Georg finden wir mehr Edelleute im Besitz derselben: doch zeigt sich keine grundsätzliche Sonderung der Stände. Alles hängt von dem Fürsten ab, der seinerseits wieder ohne die Landschaft keinen Schritt tun konnte. In dieser Zeit hatte die Regierung der Marken einen vollständig patriarchalischen Charakter, dem die gemäßigtprotestantische Richtung eine eigentümliche Färbung verlieh.

Im ganzen schloß sich Brandenburg unter der Einwirkung Distelmeiers an das mächtigere Sachsen an. Beide wirkten bei den theologischen Zwistigkeiten zusammen; sie setzten den sehr positiven, aber doch zwischen zwei Extremen in der Mitte stehenden Lehrbegriff, welchen die formula concordiae ausspricht, fest (1577). Man darf diese Vereinbarung zugleich als Defensivmaßregel gegen die vordringende katholische Doktrin betrachten, der eine einheitliche Verfassung der Landeskirche entgegengesetzt werden mußte. In dieser Form hauptsächlich erschienen die großen Gegensätze in Deutschland; sie hatten einen territorialen Grundzug, der nun aber notwendig auf das Reich zurückwirkte, da die höchste Gewalt in demselben sich wesentlich eben aus den reichsständischen Elementen zusammensetzte. Da aber trat nun der Streit hervor, welcher Deutschland in den letzten Jahrzehnten des sechzehnten und den ersten des siebzehnten Jahrhunderts in steter Aufregung hielt. Es war die Frage, ob die ausgedehnten Landschaften, die bisher unter der Herrschaft geistlicher Fürsten gestanden hatten, an das katholische Bekenntnis gebunden sein sollten oder nicht. Die Freistellung würde das Reich protestantisiert, die Restitution es zum Katholizismus zurückgeführt haben. Alle Dynastien im Reiche wurden von der Entscheidung hierüber betroffen; keine mehr als die brandenburgische. Von den streitigen Fürstentümern fast das vornehmste war das Erzbistum Magdeburg, dem das Primat auf der geistlichen Bank des Fürstenkollegiums zukam; es war, wie erwähnt, an Mitglieder des Hauses Brandenburg gelangt und mußte von diesem auch deshalb behauptet werden, weil sonst eine feindselige Gewalt in unmittelbarer Nähe zu geistlicher und weltlicher Autorität gelangt sein würde. Der Übergang der Bistumverwaltung in der Mark an das Kurhaus, der soeben durch regelmäßige Wahl der Kapitel geschehen war, würde sich dann schwerlich haben behaupten können. Durch Wahl der Domkapitulare zu Magdeburg war, wie

berührt, Joachim Friedrich noch bei Lebzeiten seines Großvaters zur Verwaltung des Erzbistums gelangt. Er nahm diese Wahl an in der Überzeugung, daß er damit nicht gegen den Religionsfrieden verstoße, durch welchen nur der Übergang des geistlichen Fürstentums von dem einen zu dem anderen Bekenntnis verboten sei; das Erzstift sei aber schon vor ihm reformiert gewesen; er selbst habe sich von Anfang an zur evangelischen Kirche gehalten. Und in dieser Auffassung hatte er Kaiser Maximilian II. für sich. Man konnte nicht anders erwarten, als daß der Päpstliche Stuhl Einwendungen erheben werde; für das Deutsche Reich aber war das nicht entscheidend. Der Kaiser sagte, für seine Person könnte er es geschehen lassen, daß die Administration auf den jungen Markgrafen übertragen werde. Er hätte einen anderen Titel lieber gesehen, etwa den eines Konservators, mit welchem die Geistlichen auf dem Reichstag leichter einverstanden sein würden; aber auch darauf bestand er nicht. Doch sofort trat eine andere Schwierigkeit von noch umfassenderer Bedeutung hervor, welche die Teilnahme des Administrators an dem Reichstage betraf. Der Kaiser richtete sein Amtsschreiben zu demselben an das Kapitel, dem selbst viel daran lag, Sitz und Stimme am Reichstag für das Stift zu behaupten, zwar ohne den Administrator zu nennen, aber auch ohne ihn auszuschließen, vielmehr mit einem Vorbehalte, der auf ihn hindeutete. Das Haus Brandenburg ist dem Andenken Maximilians II. zu großer Dankbarkeit verpflichtet; in der magdeburgischen, wie in der preußischen Angelegenheit ist er demselben sehr förderlich gewesen. Das gründete sich aber wieder darauf, daß der Übergang des Kaisertums auf die jüngere Linie des Hauses Österreich großenteils das Werk des brandenburgischen Hauses war; die kriegerische Aktion der Markgrafen Hans und Albrecht sowohl, wie die pazifikatorische Haltung Joachims II. hatten wesentlich dazu beigetragen. Das Verhältnis war ein gegenseitiges, mit dem Religionsfrieden zusammenhängendes, und hatte für beide Teile gleichen Wert. In Magdeburg war man anfangs zweifelhaft, ob man der Ladung des Stiftes zu dem Reichstage gerecht werden solle. Joachim Friedrich erklärte sich von Anfang an dafür, und zwar zunächst für eine Sendung des Kapitels, an der er insofern Anteil habe, als das Kapitel und sein Oberhaupt unzertrennlich verbunden seien: es war eine Sache, die ihn den größten Teil seines Lebens hindurch beschäftigen sollte. Er glaubte ebensogut Sitz und Stimme im Reichstag zu haben, wie sie die Erzbischöfe in alten Zeiten besessen hatten.

Nicht allein würde die protestantische Administration dadurch erst vollkommen sicher geworden sein; es wäre derselben auch ein Anteil an der Reichsverwaltung durch die Reichstage zugefallen, welcher das Übergewicht der katholischen Majorität in Frage gestellt hätte.

Alles hing zusammen: der innere Bestand des Landes, der nachbarliche Friede, die Anerkennung im Reiche und die Einwirkung auf dasselbe. Je dringender aber das Vorhaben sein mochte, um so hartnäckigeren Widerstand fand es. Dem Aministrator Joachim Friedrich gelang es nicht, weder auf der Reichsversammlung von 1582 noch auf der von 1594 zur Ausübung der Session für sein Erzstift zu gelangen. Nur so weit brachte er es doch, daß er nicht gerade Verzicht zu leisten genötigt wurde; sein Recht ward zuletzt von dem Kaiser Rudolf II. anerkannt. Und schon dies war von nicht geringer Bedeutung, da der seiner Natur nach zweifelhafte Anspruch den Rückhalt der kaiserlichen Autorität in aller Form gewann. Der Protestantismus blieb in den norddeutschen Gebieten, wo er überall unter ähnlichen Veranstaltungen zur Herrschaft gekommen war, unangefochten.

Gedenken wir aber jetzt des eigentümlichen Verhältnisses, in welchem Joachim Friedrich (1598—1608) überhaupt stand. Er war der Sohn des Kurfürsten Johann Georg; er stammte aus dessen erster Ehe mit Sophia von Liegnitz, so daß die schlesische Anwartschaft durch ihn dem Hause erhalten wurde. Eine zweite Ehe des Vaters hatte demselben zwar einige Söhne gebracht; sie waren aber früh gestorben. Da es nun auch der fränkischen Linie an lebensfähigen Nachkommen gebrach, wie denn Georg Friedrich von Ansbach und Bayreuth ohne Kinder war, so erschien Joachim Friedrich als der Stammhalter des ganzen Hauses. Das genealogische Motiv wirkte dazu mit, daß Joachim Friedrich, indem er als Erzbischof von Magdeburg angesehen sein wollte, doch zugleich kein Bedenken trug, sich zu vermählen. Unerhört war es damals nicht mehr, daß Domherren trotz ihrer geistlichen Würde Frauen nahmen; aber es bildete doch einen der stärksten Akte der protestantischen Neuerung, daß nun auch der durch ein solches Kapitel gewählte Administrator des Erzbistums sich verheiratete. Es war die Tochter des Markgrafen von Küstrin, Katharina, die Joachim Friedrich heimführte: sie sind in der Tat die Stammeseltern des späteren kurfürstlichen Hauses. Ihr Sohn war Johann Sigismund, Vater Georg Wilhelms, Großvater des Großen Kurfürsten. Um die ungeteilte Vererbung der Mark erwarb sich Joachim Friedrich noch ein besonderes Verdienst. Sein Vater, Johann

Georg war zum dritten Male eine Ehe eingegangen, aus welcher lebensfähige Söhne entsprossen waren. Er faßte dann die Absicht, den ältesten derselben mit der Neumark auszustatten.

Wie bei der Einsetzung Johanns selbst der Dispositionen des Kurfürsten Albrecht[1] nicht gedacht worden war, so glaubte auch Johann Georg nicht daran gebunden zu sein und verfügte in seinem Testament die Abtretung der Neumark an Markgraf Christian. Dem aber wollte sich der Nachfolger Joachim Friedrich nicht fügen; er rief dagegen nach seinem Regierungsantritt die Hilfe der Stände an, war doch durch seine Vermählung seinen Nachkommen ein besonderes Recht auf die Neumark erwachsen. Die Stände trugen Bedenken, in eine Angelegenheit, die so ganz Haussache war, einzugreifen. Doch traf der Adel eben das Rechte, wenn er dem neuen Kurfürsten riet, zur Schlichtung derselben den Stammesvetter Georg Friedrich, der bereits in Preußen eine bedeutende Stellung einnahm, herbeizuziehen.

Diese beiden Fürsten, Joachim Friedrich und Georg Friedrich, vereinigten sich (1599) zu dem Geraschen Vertrage, der auf der Disposition des Kurfürsten Albrecht beruhte, derselben aber erst feste Bestimmungen hinzufügte, die dann in Gültigkeit geblieben sind. In Gera versammelten sich die Räte; die Fürsten selbst kamen in Magdeburg zusammen. Die Auskunft wurde durch die bevorstehende Erledigung der fränkischen Fürstentümer möglich. Doch gehörte dazu vor allem auch die Beistimmung der Beteiligten. Nicht ohne Mühe wurde diese, besonders durch die Dazwischenkunft des Kurprinzen Johann Sigismund, erreicht. Die beiden älteren Söhne aus der dritten Ehe Johann Georgs erhielten die fränkischen Fürstentümer, Christian: Bayreuth und Joachim Ernst: Ansbach. Ihre Nachkommen haben diese Landschaften bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts besessen. Der entferntere Besitz der fränkischen Linie, Jägerndorf, wurde an den Kurfürsten selbst überlassen, der damit unter die böhmisch-schlesischen Fürsten eintrat, das kleine Land aber für einen seiner jüngeren Söhne, Johann Georg, bestimmte. Für das Kurfürstentum wurde die Primogenitur festgesetzt, Sukzession in Land und Leuten: die Kurwürde und die gesamte Mark Brandenburg nebst allen damit verbundenen Gebieten mit ausdrücklichem Einschluß der Neumark sollen auf ewige Zeiten ungeteilt dem Erstgeborenen in Gemäßheit der Goldenen Bulle zukommen.

Indem diese Auseinandersetzungen die Selbständigkeit von

[1] Vgl. Seite 149.

Brandenburg erhielten, wurde auch Preußen auf das engste in den Kreis der dynastischen Kombination gezogen.

Herzog Albrecht Friedrich verfiel einem düsteren Verhängnis, wohl dem schmerzlichsten, was einen Menschen treffen kann.

Man begreift es, wenn er unter allen den unklaren und verwirrten Zuständen im Lande selbst, den Eingriffen der Polen, den Streitigkeiten der Theologen einem Hange zur Zurückgezogenheit Raum gab, der aber zur Schwermut führte und in Trübung seines Verstandes umschlug, so daß ihm ein Vormund gesetzt werden mußte. Georg Friedrich nahm die Kuratel in Anspruch und erlangte sie ohne besondere Schwierigkeiten. Wenn nun aber in dem Diplom hierüber zugleich die Bestätigung des Erbrechts des brandenburgischen Hauses enthalten war, so erhob der polnische Adel dawider Einrede, weil die Mitbelehnung des Kurhauses durch König Sigismund ohne Einwilligung der Stände geschehen sei. Auch von dem preußischen Adel wurde Georg Friedrich nicht gern gesehen. Dagegen konnte er sich auf die Städte lehnen, die ihn mit Freuden empfingen. Sehr zustatten kam ihm die Regierung Stephan Bathorys in Polen. Denn da die Richtung dieses Fürsten mit Entschiedenheit gegen Türken, Tartaren und Russen ging, so war es ihm erwünscht, mit den benachbarten deutschen Fürstentümern in gutem Vernehmen zu stehen. Georg Friedrich gewann ihn, indem er ihm seine Hilfe zusagte, Geldvorschüsse gewährte und die Streitigkeiten mit Dänemark vermittelte. Auf diese Freundschaft des Oberlehnsherrn gestützt, konnte Georg Friedrich das fürstliche Interesse im Lande wahrnehmen: er behauptete das Recht des Regenten, Fremde zu seinen Räten zu bestellen; er löste die Bistümer auf, welche bisher den Mittelpunkt der geistlich-ständischen Opposition gebildet hatten, und verwandte ihre Einkünfte für andere kirchliche Zwecke und für den Unterricht. Vergeblich waren die Beschwerden der Stände bei König Stephan, der vielmehr der fürstlichen Gewalt seine Protektion verlieh.

Bei der Thronbesteigung des Hauses Wasa in Polen löste sich dies Verhältnis nicht auf; den Polen selbst kam es darauf an, daß nicht etwa Österreich, das damals einen Erzherzog auf den Thron zu befördern wünschte, von dem Hause Brandenburg dabei unterstützt wurde. Dann traten die Mißverhältnisse Sigismunds III. zu Schweden ein; unmöglich konnte dieser König zu einer Verbindung seines großen Vasallen mit seinem Bruder in Schweden, den er noch zu überwältigen hoffte, irgendwelche Veranlassung geben wollen.

Bei dieser Lage der Sachen durfte man hoffen, daß die vornehmste Frage, die jetzt in den Vordergrund trat, ob nämlich das Herzogtum an das Kurhaus übergehen sollte, zugunsten desselben entschieden werden würde, zumal da der Kurprinz Johann Sigismund in frühen Jahren mit der ältesten Tochter Albrecht Friedrichs vermählt worden war, was das Anrecht der Mitbelehnung nicht wenig verstärkte. Zu dieser Aussicht einer Machtvergrößerung nach Osten hin gesellte sich nun aber eine andere auf Grund derselben Vermählung in dem Westen von Deutschland. Was man nur als eine ferne Möglichkeit hatte betrachten können, wurde nahezu eine Realität.

Niemand zweifelte, daß der Mannesstamm der Herzoge von Jülich-Kleve dem Aussterben nahe sei. Man hat wohl eines Tages den nächsten Erben, Johann Wilhelm, mit dem Ausdruck dieses Gefühls nach seinem Schloß in Düsseldorf wie nach einem für fremde Hände bestimmten Gut hinblicken sehen. Den Bürgern der Stadt stiegen dabei Tränen in die Augen. Er und sie meinten nicht anders, als daß, sobald er, ohne Erben zu hinterlassen, sterbe, die Spanier, die damals unter dem Herzog von Parma das Übergewicht in den Niederlanden hatten, das Land in Besitz nehmen würden. Eine Sicherung vor diesem Geschick erwartete man noch von dem Anrecht der Schwestern Johann Wilhelms, die an protestantische Fürsten vermählt waren, den Herzog von Preußen, die Pfalzgrafen von Neuburg und Zweibrücken. Von großer Aussicht war es nun, daß die Rechte der ältesten von ihnen durch ihre Tochter an den künftigen Kurfürsten in Brandenburg übergingen, so daß das Recht auf die Sukzession in Preußen einen Anspruch auf Jülich-Kleve in sich schloß. Noch lebte Johann Wilhelm, und alles bewegte sich in entgegengesetzten Bestrebungen von sehr eventueller Natur, als Georg Friedrich, dem das Gesamthaus auch in dieser Beziehung fast das meiste verdankte, im Jahre 1603 mit Tode abging.

Hierauf gelangten die Bestimmungen des Geraer Vertrages zur Vollziehung: und unverzüglich schickte sich Joachim Friedrich an, die Kuratel von Preußen in seine Hand zu bringen. Zuerst fand er vielen Widerspruch, sowohl auf dem polnischen Reichstage als bei den preußischen Ständen. Er hielt es für geraten, den preußischen Landtag, bei dem er sich eingefunden hatte, wieder zu verlassen, weil seine Anwesenheit eher schädlich als förderlich wirkte. Abermals war es der König selbst, durch welchen die Kuratel dem Kurfürsten übertragen wurde; jedoch eben nur die Kuratel. Die Belehnung vermochte Joachim Friedrich nicht zu

erlangen, obgleich nur von einer Erneuerung der Mitbelehnung die Rede sein konnte.

Zu den vielverschlungenen Verhandlungen, die hierüber und über die Erbschaft von Kleve unaufhörlich gepflogen wurden, kamen die schlesisch-böhmischen Irrungen, in welche der Besitz von Jägerndorf verwickelte, hinzu. Diese Angelegenheiten, die weit über den bisherigen Gesichtskreis hinausführten, sind es gewesen, was den Kurfürsten vermochte, einen Staatsrat einzurichten: denn er bedürfe für dieselben guten Rates und getreuer Leute.

Das allerdringendste waren aber die Reichsgeschäfte. In dem Streite der Konfessionen bildete es einen Moment von Belang, daß der Sohn Joachim Friedrichs, Johann Georg, im Gegensatz gegen die Guisen zum Bischof von Straßburg erhoben worden war. Ob er anerkannt werden sollte oder nicht, gehörte zu den großen, die protestantischen Bistümer betreffenden Streitfragen, welche die beiden Parteien am meisten spalteten und von denen Joachim Friedrich schon als Administrator von Magdeburg betroffen worden war. Notwendig widmete er, als er zum Kurfürstentum gelangt war, dieser Angelegenheit, welche die Zukunft des Reiches gewissermaßen in sich schloß, verdoppelte Aufmerksamkeit. Das Kammergericht unternahm damals, die Einziehung der geistlichen Güter, welche in dem pfälzischen und württembergischen Gebiet in großem Umfange geschehen war, auf juridischem Wege rückgängig zu machen. Joachim Friedrich, davon in seinem Kurfürstentum nicht berührt, wollte das doch nicht dulden, da die protestantische Sache in Ober- und Niederdeutschland eine und dieselbe sei. Und wie nahe lagen ihm die analogen Zustände in den beiden fränkischen Markgrafschaften: er überwand jetzt den Widerwillen, den die theologischen Streitigkeiten seit mehr als einem Menschenalter zwischen Lutheranern und Reformierten hervorgerufen hatten. Festhaltend an seinem lutherischen Bekenntnis trat er doch in unmittelbare Verbindung mit der reformierten Kurpfalz, indem er sich hierbei von Sachsen trennte, welches in den eingelebten Antipathien gegen die Pfalz beharrte. Pfalz und Brandenburg waren es nun, welche auf dem Reichstage von 1603 den auf die Einziehung der geistlichen Güter hinzielenden Beschlüssen in den Weg traten. Brandenburg gewann dadurch für das protestantische Oberdeutschland eine Schutz verleihende Stellung; freilich war es deshalb auch den Feindseligkeiten der Katholiken um so mehr ausgesetzt.

Soviel man auch verhandelte, so konnte es zu keiner Verein-

barung mehr kommen; der Religionsfriede wurde vielmehr täglich zweifelhafter. Von der Besitznahme der Stadt Donauwörth durch Maximilian von Bayern urteilte man in Brandenburg, daß der Friede dadurch wie durch Heroldsruf aufgekündigt worden sei. Und wie wahr das sei, zeigte sich auf dem Reichstag zu Regensburg 1608. Um sich gegen die unzuverlässige und selbst drohende Reichsgewalt zu sichern, traten die oberländischen weltlichen Fürsten in eine Union zusammen, während sich die geistlichen unter der Führung von Bayern ihrerseits zur Liga vereinigten. Beide Parteien legten bereits Hand an das Schwert.

Für den Fall, daß der Herzog von Kleve sterben und dadurch die Sukzession in Jülich eröffnet werden sollte, traf Joachim Friedrich noch einige Vorkehrungen, um die Besitznahme für seinen Sohn oder vielmehr dessen Gemahlin unverzüglich zu vollziehen.

Joachim Friedrich nimmt eine eigentümlich bedeutende Stellung in der brandenburgisch-preußischen Geschichte ein. Eine sonderbare Fügung, daß gerade er zum Stammvater seines Hauses bestimmt war. Als er auf die Welt kam, ward er kaum für lebensfähig gehalten; seine ersten Tage bedurften der sorgfältigsten und umsichtigsten Pflege. Er wurde fern von dem Hofe in ländlicher Einsamkeit und in recht eigentlich gelehrten Studien erzogen; denn einen geistlichen, wenigstens theologischen Charakter trug das deutsche Fürstentum in dieser Zeit. In seiner Jugend hat Joachim Friedrich die Vereinigung der brandenburgischen Bistümer mit der kurfürstlichen Regierung vermittelt; für sich selbst trat er dann, wie wir sahen, als der Nachfolger der Erzbischöfe von Magdeburg auf. Seine lange Verwaltung hat einen gesegneten Einfluß auf das Erzstift ausgeübt. Es gehörte zugleich Entschluß und Behutsamkeit dazu, um die Stellung, die hieraus erwuchs, den Anfechtungen der Gegner und den Schwankungen der Reichsgewalt gegenüber zu behaupten. Dem entsprach es dann, wenn Joachim Friedrich, nachdem er Kurfürst geworden war, sich zur Pflicht machte, der Gesamtheit der Protestanten angesichts der vordringenden katholischen Reaktion die erworbenen Rechte zu wahren. So wurde er zu einer die beiden protestantischen Konfessionen umfassenden Haltung im Reiche geführt, die für die spätere Politik des Hauses maßgebend gewesen ist. Überhaupt hat Joachim Friedrich zur Machtentwicklung der Dynastie auf das wirksamste beigetragen. Die beabsichtigte Teilung der Mark hielt er ferne. Seinen Veranstaltungen war es zuzuschreiben, daß das Kurhaus durch die Behauptung der Kuratel und Sukzession

Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg.

Das Berliner Schloß vor dem Umbau durch Schlüter,
von der Langen Brücke aus gesehen. Aus dem Hohenzollern-Jahrbuch.

in Preußen und durch die damit zusammenhängenden Ansprüche auf die Erbschaft an Kleve nach Osten und Westen hin zu einer europäischen Stellung gelangte: das eine gab eine Beziehung zu den nordischen und das andere zu den westlichen Potenzen. Er nahm die Politik Joachims II. wieder auf, erweiterte sie aber, so wie sein Staatsrat an die Maximen Distelmeiers anknüpfte, aber ihnen eine größere Ausdehnung verlieh. Nach allen Seiten hin hat diese Regierung neue Aussichten eröffnet, den Nachfolgern neue Bahnen vorgezeichnet. Noch war indes nichts definitiv erreicht. Die zweifelhafte Lage der Dinge im Reiche und Europa ließ vielmehr gefährliche Stürme voraussehen; Joachim Friedrich wurde durch den religiösen Gedanken, der in ihm die tiefste Wahrheit hatte, über beängstigende Besorgnis hinweggehoben. Am 18. Juli 1608 hörte man ihn, indem er von Storkow nach Berlin fuhr, auf seinem Wagen laut singen und beten, als er von einem Schlage getroffen wurde, der seinem Leben ein Ende machte. Er war eine stille, allem Ansehen und Geräusch abgeneigte Natur, von einer nicht eben imponierenden Erscheinung; auch was er sagte, machte bei den Fremden, die ihn sahen, keinen besonderen Eindruck. Von den Festlichkeiten, welche die Jahrbücher der Chronisten früher anfüllten, wissen diese unter seiner Regierung wenig zu erzählen; er lebte immer in den religiöspolitischen Geschäften der Zeit; emporstrebend, aber ohne lärmenden Ehrgeiz, hatte er den Mut seiner Sache, d. h. des protestantischen Glaubens, welche zugleich die seines Hauses und seines Landes geworden war.

Der älteste Sohn Joachim Friedrichs, der ihm in der Kur nachfolgte, Johann Sigismund (1608—1619), teilte nicht allein die Richtung, die der Vater eingeschlagen hatte; er hat sie sogar noch entschiedener ergriffen. Von Jugend auf lebte er in einem erweiterten Gesichtskreis. Von der strengen, aber beschränkten Zucht der lutherischen Anschauungen, die am Hofe Johann Georgs herrschten, hinweg war er in den Jahren, in denen der Mensch zur Aufnahme neuer Ideen am fähigsten ist, zu seinem Oheim nach Straßburg gegangen, wo sich ihm eine nahe Berührung mit den in Frankreich kämpfenden Direktionen und Parteien darbot. Es war die Machtfülle und die Niederlage der Liga, das erste Emporkommen Heinrichs IV., was er dort gleichsam miterlebte; dann hatte ihn seine frühe Vermählung nach Preußen geführt, wo er eine Zeitlang in der Kuratel seines eigenen Schwiegervaters den Markgrafen Georg Friedrich vertrat und die im Norden streitenden Mächte in ihren unmittelbaren Beziehungen zu dem

Herzogtum Preußen kennenlernte. Wenn er nun ferner, wie schon erwähnt, eingreifenden Anteil an der Auseinandersetzung mit den Halbbrüdern seines Vaters und deren Ausstattung mit fränkischen Fürstentümern nahm, so wirkte auch er dazu mit, daß auf ein enges Verhältnis mit Kurpfalz Bedacht genommen wurde. Vater und Sohn waren auf das innigste vereinigt. Die Ansprüche auf Jülich-Kleve, welche der Vater ergriff und festhielt, waren doch eigentlich die des Sohnes. Ihm lag es ob, die Stellung, die dieser vorbereitet hatte, vollständig in Besitz zu nehmen, was ihn notwendig über dessen Politik hinausführte. Eine eigentliche Herrschernatur war er nicht: er war auffahrend und dann nachgiebig; gern ließ er anderen die Initiative der Beschlüsse. Für den Genuß der Gesellschaft, auch des heiteren Trinkgelages, war er nur zu empfänglich; er empfand die Pflichten der höchsten Gewalt zuweilen auch als Last. Ein großer Vorteil war es dann, daß ein Staatsrat, meistens aus einverstandenen Männern zusammengesetzt, die eingeschlagene Direktion mit Sicherheit und Energie festhielt.

Eine Reise nach Preußen, auf der Johann Sigismund begriffen war, als der Vater ihm starb, unterbrach er darum nicht. Und sehr ernst war die dortige Lage der Dinge.

In dem Lande regte sich eine Partei, welche wenigstens bis zum Ableben ihres kranken Herzogs eine ständische, nur der Krone Polen untergeordnete Regierung einzurichten gedachte: denn sehr beschwerlich war ihnen die Erstarkung der monarchischen Gewalt unter den beiden letzten Regierungsverwesern gewesen. Allein König Sigismund von Polen trug das gute Verhältnis, in das er zu Georg Friedrich und Joachim Friedrich getreten war, auch auf Johann Sigismund über. Zweierlei mag ihn dazu bewogen haben, einmal die Unmöglichkeit, die kirchlichen Konzessionen für die Katholiken, welche die Polen unbedingt forderten, von den preußischen Ständen zu erlangen, und vor allem die Gefahr, welche die Verletzung des Fürsten in sich geschlossen haben würde; denn leicht würden die Schweden in ihrem Kampf mit Polen, dem sie damals die Herrschaft über Rußland streitig machten, die Unabhängigkeit eines Herzogs von Preußen anerkannt haben. So geschah es, daß die Krone Polen dem neuen Fürsten zuerst die Regierung bestätigte, wie denn die polnischen Kommissare die Forderung der preußischen Stände zurückwiesen und bald darauf (1611) dem Kurfürsten die Belehnung erteilten. Nach dem Tode Albrecht Friedrichs hat dann der Übergang des Landes unter die Herrschaft des kurfürstlichen Hauses keine Schwierigkeit ge-

macht. Fürwahr ein großer Schritt für das Land und das Haus. Die koloniale Emanzipation des Landes gewann durch die Verbindung mit einem deutschen Fürstenhause eine feste Begründung im Gegensatz sowohl gegen den Orden, der sich fortwährend regte, wie gegen die Reichsstände von Polen. Wie einst bei jenen Konferenzen auf der Nehrung vorausgesehen worden, die westpreußischen Stände begrüßten dies Ereignis mit Freuden: denn die Herrschaft der Polen würde ihnen sonst unerträglich geworden sein. Die Beseitigung, wenngleich keineswegs aller, aber doch der nächsten Schwierigkeiten der preußischen Sache war für den Kurfürsten in dem Augenblick, als sie gelang, auch darum unschätzbar, weil er dadurch nach dem Westen hin freie Hand bekam, sowohl für die Angelegenheit des Reiches als auch für die jülich-klevesche, die soeben in ihre Krisis trat.

Für diese lag der eigentliche Streitpunkt nicht darin, daß den Erben der älteren Schwester des verstorbenen Herzogs Johann Wilhelm die Ansprüche der zweiten Schwester, der Pfalzgräfin von Neuburg, und ihrer Nachkommen entgegentraten; die Herzogin von Preußen hatte selbst eine friedliche Abkunft gewünscht. Eine solche war dann auch zunächst getroffen: zwei Statthalter-Repräsentanten der beiden Fürsten führten im Einverständnis mit den auch dort mächtigen Ständen die Regierung.

Das wichtigste politische Verhältnis knüpfte sich vielmehr daran, daß der Kaiser und das Haus Österreich das Land zu sequestrieren die Absicht faßten; es würde dann gleichsam ein Anhang zu dessen katholischen Niederlanden gebildet und dadurch die Macht dieses Hauses gewaltig verstärkt haben.

Schwerlich würde es dem Kurfürsten und dem Pfalzgrafen unter alle dem Widerstreben der deutschen Nachbarn, von denen der angesehenste, der Kurfürst von Sachsen, selbst Ansprüche machte, gelungen sein, das Land gegen die vereinigte spanisch-österreichische Macht zu behaupten — die dazu erforderlichen Streitkräfte besaßen sie nicht —, aber es kam ihnen zustatten, daß die benachbarten europäischen Mächte für sie waren; weder die Vereinigten Niederlande, noch Frankreich, noch auch der König von England, der sich damals zur Union hielt, wollten das Land Jülich-Kleve in die Hände des Hauses Österreich geraten lassen. In diesem Interesse hatte sich Heinrich IV. angeschickt, das Schwert gegen das Haus Spanien-Österreich zu ergreifen.

Ein allgemeiner Krieg würde dann ausgebrochen sein, dessen Gang und Erfolg auch über Jülich-Kleve entschieden hätte, wahrscheinlich doch zugunsten der beiden noch verbundenen Fürsten,

denn auch Neuburg war noch gut protestantisch. Die Ermordung Heinrichs IV. machte alledem ein Ende (1610). Wohl erfolgte auch dann noch eine lokale Entscheidung: durch eine vereinigte Aktion der einverstandenen Mächte wurde das feste Jülich dem Erzherzoge, der es in Besitz genommen hatte, wieder entrissen.

Nach einiger Zeit aber trat eine Umwandlung der allgemeinen Verhältnisse ein. Im Gegensatz mit den einheimischen Protestanten näherte sich die Witwe Heinrichs IV., Regentin von Frankreich, wieder den Spaniern. Ohne Besorgnis konnte die nunmehr gesicherte Regierung der spanischen Niederlande und der Reichshofrat, also die kaiserliche Autorität, in allen am Niederrhein auftauchenden Irrungen einander die Hand bieten; und indem dann von dieser Seite bereits neue Gefahr drohte, geschah das Unerwartete: der eine der possedierenden Fürsten, der Pfalzgraf von Neuburg, trat zum Papsttum über und gesellte sich den katholischen Mächten bei. Brandenburg kam in die Lage, indem es sein Erbteil verteidigte, dem überlegenen Andrang der österreichisch-spanischen durch das Gemeingefühl des Katholizismus verstärkten Macht widerstehen zu müssen, eine Aufgabe, der es bei der Geringfügigkeit seiner damaligen Kräfte und Hilfsquellen schechterdings nicht gewachsen war. Es würde haben Verzicht leisten müssen, wenn es nicht in den Vereinigten Niederlanden einen Rückhalt gefunden hätte. Nach einiger Zeit rückten wirklich die Spanier von der einen, die Holländer von der anderen Seite, in denen sich der Gegensatz der beiden um das Übergewicht in Europa ringenden Parteien darstellte, in den Landschaften ein. Der jülich-klevesche Streit bildete ein Moment in diesem allgemeinen Kampfe, in welchem Brandenburg entschiedener als bisher Stellung nahm.

Unter diesen Umständen ist es gewesen, daß Kurfürst Johann Sigismund seinen Übertritt von der lutherischen zu der reformierten Konfession erklärte.

Bei der ersten Besitzergreifung in der Mark, die durch einen Bevollmächtigten desselben vollzogen ward, hatten die Stände die Bitte ausgesprochen, daß er keine Fremden in die Regierung einführen und sie bei ihren Freiheiten und Rechten sowie der evangelischen Religion nach Augsburgscher Konfession lassen möge. Wenn er ihnen das zusagte, so ließ er sich dadurch für sein eigenes Bekenntnis nichts vorschreiben. Daran kann man nicht zweifeln, daß die kalvinistische Auffassung der Abendmahlslehre, verständlicher als die lutherische und doch ebenso tiefsinnig, die

Überzeugung Johann Sigismunds geworden war. Aber unleugbar haben damit auch politische Beweggründe zusammengewirkt.

Wenn ich nicht irre, darf man ein Motiv der inneren Politik, welches in dieser Epoche in mehr als einem protestantischen Lande hervortritt, dabei voraussetzen. Bei dem engen Zusammengreifen der geistlichen und der ständischen Autorität, das sich unter den Lutheranern, wie überall sonst, so auch in der Mark Brandenburg ausgebildet hatte, lag ein Moment der Autonomie der Regierungen darin, von dem herrschenden Bekenntnis einen Schritt zurückzutreten. So hatte einst die abweichende Doktrin Osianders bei dem Herzoge von Preußen Unterstützung gefunden. Einen ähnlichen Versuch, sich von dem konfessionellen und ständischen Übergewicht zu emanzipieren, hatte der Kanzler Crell in Sachsen gemacht. Es gab einen Gesichtspunkt, unter welchem das reformierte Bekenntnis dem Fürstentum vorteilhafter erschien als das lutherische. Die unausbleibliche Folge war aber dann auch das Widerstreben der territorialen Autoritäten und der eingeführten Konfession. In Brandenburg hing der Übertritt zu dem reformierten Bekenntnis auf das genaueste mit den auswärtigen Verhältnissen, welche eine Annäherung an Pfalz und Oranien herbeiführten, und den daran anknüpfenden Beziehungen der Dynastie zusammen. Aus dem kurpfälzischen Hause, welches der reformierten Lehre in Deutschland Bahn gemacht hatte, stammte die Dame, mit welcher der junge Kurprinz, Georg Wilhelm, der eben damals die Verwaltung von Kleve übernahm, sich verlobte und die er kurz darauf heimführte. Sie brachte die Dynastie in ein nahes Verhältnis zu den Vorkämpfern des Protestantismus in dem westlichen Europa; hauptsächlich aber geschah dadurch, daß die brandenburgische Politik im Reiche mit der kurpfälzischen Hand in Hand ging.

Johann Sigismund beteiligte sich an dem Versuche, welcher bei dem Übergang der Reichsregierung von Rudolf II. auf Matthias von den Kurfürsten gemacht wurde, in derselben eine Umwandlung hervorzurufen. Man dachte, den Reichshofrat, der in den Rechtsangelegenheiten die größte Wirksamkeit ausübte, und den geheimen Rat unter ständischer, namentlich kurfürstlicher Mitwirkung zu konstituieren. Aber selbst unter den weltlichen und protestantischen Kurfürsten gab es eine Stimme, die sich für die Wahrung der kaiserlichen Prärogative erklärte; es war die von Sachsen, welches aus mannigfaltigen Rücksichten Bedenken trug, den kaiserlichen Hof zu verletzen. Und wer sähe nicht, welch eine

Schwierigkeit diese Umwandlung, die ein reichständisches Prinzip an die Stelle der kaiserlichen Autorität gesetzt haben würde, der Natur der Sache nach in sich trug. Überdies hatte sie den Reichstag gegen sich; da herrschte noch die Majorität vor, die jede Reform und jeden Machtzuwachs des Kurfürstenkollegiums verabscheute. Das wichtigste Objekt der Aufmerksamkeit bildeten die Reichsgeschäfte selbst. Der letzte Reichstag war durch die Entzweiung zwischen der katholischen Mehrheit und der protestantischen Minderheit, die sich jener nicht unterwerfen wollte, auseinandergesprengt worden. Man versammelte sich im Sommer 1613 zu einem neuen Reichstage; die oberste aller Fragen war nun, ob die protestantische Minderheit, die sich darüber nicht täuschen konnte, daß sie in allen Konsultationen überstimmt werden würde, an denselben teilnehmen sollte oder nicht. Die Unierten beschlossen, ihre Teilnahme an den Sitzungen von der vorgängigen Hebung ihrer Beschwerden, welche seit dem Ereignis von Donauwörth immer dringender geworden waren, abhängig zu machen.

Bei der Bedeutung dieses Verlangens für die Fortsetzung der Reichsverhandlungen überhaupt oder die Auflösung ihrer bisherigen Formen konnte für Brandenburg allerdings der Zweifel entstehen, ob es sich dem anschließen solle oder nicht. Der brandenburgische Bevollmächtigte legte in der Versammlung der Unierten, als ihre Beschwerdeschrift mit jener Erklärung zur Überreichung an den Kaiser fertig geworden war, das volle Bewußtsein dieser Schwierigkeit an den Tag. Er machte bemerklich, daß der Kurfürst von den vorgetragenen Beschwerden wenig berührt werde; auf das unmittelbarste dagegen von dem Einfluß, den der kaiserliche Hof in bezug auf die jülich-klevesche Erbstreitigkeit ausüben könne. Nur dann, fuhr er fort, wolle der Kurfürst sich den Ständen anschließen, wenn ihm versprochen werde, an dem einmal gefaßten Beschluß festzuhalten. Dies Versprechen wurde ihm gegeben; und um so wichtiger war es nun nicht allein für die Unierten, sondern auch für Brandenburg, welchen Erfolg sie haben würden. Die Sache war keineswegs ohne Aussicht. Es kam nur darauf an, daß das Gerichtsverfahren wegen der geistlichen Güter sistiert und eine paritätische Kommission zum Ausgleich der Streitigkeiten niedergesetzt werden sollte. Etwas Definitives wurde nicht gefordert; und eine Zeitlang schienen die Vertreter des Kaisers nicht abgeneigt, Konzessionen dieser Art zu machen; zuletzt wurde jedoch alles abgelehnt. Mit gutem Grunde darf man annehmen, daß eine Vereinbarung der kaiserlichen Regierung mit der Liga, also auch mit der Majorität der Reichs-

stände, ihre Ablehnung der protestantischen Vorschläge motivierte. Die Unierten enthielten sich hierauf der Teilnahme an den Reichsverhandlungen. Die Mehrheit fuhr dennoch darin fort und schritt zu einem Reichsabschied, den nun aber die Unierten und Korrespondierenden nicht anerkannten. Es gewann dann das Ansehen, als ob bei der großen Spaltung, die nun offen hervortrat, Österreich und Brandenburg von den entgegengesetzten Positionen her einander bekämpfen würden: Österreich, vereint mit den Reichsständen im Besitz der alten Reichsgewalt, Brandenburg in Verbindung mit der Minorität. Doch kam dieser Gegensatz nicht zu voller Entwicklung, hauptsächlich deshalb, weil in der kaiserlichen Regierung selbst verschiedene Direktionen miteinander kämpften. Kardinal Khlesel, der unter Matthias die Leitung der Geschäfte in den Händen hatte, gab die vermittelnde Politik noch nicht auf und vermied jeden offenen Zwiespalt im Reiche. Denn ihm selbst war die ligistisch-spanische Tendenz zuwider; in ihm stellte sich noch immer die Politik dar, welche die deutsche Linie des Hauses Österreich seit Karl V. in Verbindung mit den Reichsfürsten eingeschlagen hatte. Und auch Brandenburg ging sehr vorsichtig zu Werke. Eben in Kleve war es zur Rücksicht auf die katholische Bevölkerung, die es sich nicht ganz entfremden durfte, genötigt; so war das Herzogtum Preußen durch sein Lehnsverhältnis an die polnische Krone gefesselt. Die Verbindung mit den reformierten Fürsten fand in dem lutherischen Bekenntnis der vornehmsten Landschaften ein hemmendes Gegengewicht. Das ist der Charakter dieser Epoche überhaupt: die großen Gegensätze streben einander entgegen, aber sie treffen noch nicht unmittelbar aufeinander; sie sprechen sich in allgemeinen Verbindungen aus, bei denen religiöse, politische und dynastische Verhältnisse einander durchdringen. Minder bedeutend sind die nationalen; namentlich Brandenburg, von dem nicht zweifelhaft sein konnte, zu welcher der beiden Parteien es gehörte, stand mit den Protestanten aller Nationen in näherer Berührung als mit den katholischen Fürstenhäusern in Deutschland.

Sei es mir erlaubt, bei den sehr persönlichen Beziehungen eines Mitgliedes der Familie, in denen sich dies Verhältnis darstellt, einen Augenblick stehenzubleiben, einem Dokument folgend, das nicht gerade zu denen gehört, aus welchen man historische Belehrung zu schöpfen gewohnt ist — es ist ein Stammbuch, das sich der Markgraf Joachim Sigismund, der zweite Sohn des Kurfürsten Johann Sigismund, in seinen Reise- und Studienjahren um das Jahr 1620 angelegt hat und in das

die näheren Bekannten und Freunde des Hauses sowie die Mitglieder desselben ihre Namen eingeschrieben haben. Die beigefügten Wahlsprüche stellen einen Zug ihrer Persönlichkeit dar.

Vor allen erscheint darin König Sigismund III. von Polen mit seiner Gemahlin Constantia und seinem Sohne, der sich mit dem Namen Wladislaus Sigismundus einzeichnete. Die Anfangsbuchstaben der Worte, die sie ihren Namen vorangehen lassen, deuten wohl alle religiöse Sprüche an, die auch die Protestanten als vollgültig anerkennen konnten; wenigstens ist es bei dem König der Fall, der darin bezeigt, daß er alle seine Hoffnungen auf Gott setze. Denen schließt sich zunächst Jakob von Kurland an, der Sohn einer Tochter Albrecht Friedrichs von Preußen, mit einem nicht eben korrekt lateinischen, aber seiner Lage angemessenen Spruch, welcher bedachtsame Vorsicht empfiehlt. Wir finden dann die Familie selbst, vor allem die Mutter Anna, welche die Verbindung des Kurhauses mit Preußen und Kleve herbeigeführt hat; ihr Spruch ist: „Gottes Wort mein Hort"; sie unterzeichnet sich als geborene und vermählte Markgräfin zu Brandenburg und Kurfürstin; die Worte, die sie hinzufügt, zeugen von einem eigentümlichen mütterlichen Selbstgefühl: sie schreibt getreue Mutter; aber sie knüpft das gleichsam an eine Bedingung: den Gehorsam des Sohnes. Neben ihr ihre Töchter, von denen sich die eine unter ihrer Mitwirkung mit dem Könige von Schweden, die andere mit dem Fürsten von Siebenbürgen verheiratet hat. Für die allgemeine Stellung des Hauses hat es keine bedeutendere Persönlichkeit gegeben als diese Fürstin. In das Stammbuch schrieb sich dann auch die Schwester der Mutter, Magdalene Sibylla, ein und deren Gemahl in zweiter Ehe, Johann Georg, Kurfürst von Sachsen, sowie ihre Töchter, die sich nach Hessen-Darmstadt und Holstein verheiratet haben. Auch eine Schwägerin fehlt nicht, welche die Lebensregel: gegen jedermann freundlich zu sein, hinzufügt. Nach einer anderen und noch bedeutenderen Seite hin führt das Verhältnis zu dem Hause Pfalz. Zunächst finden wir die Gemahlin Georg Wilhelms, deren wir schon gedachten, Schwägerin Joachim Friedrichs, Elisabeth Charlotte, Tochter Friedrichs IV. von der Pfalz, welche mit einem französischen Spruche auftritt, der das Glück in dieser Welt von dem Vertrauen auf Gott herleitet. Von großer Bedeutung ist ihre Mutter Louise Juliane, Tochter des Prinzen Wilhelm von Oranien, durch welche die große westliche Verwandtschaft begründet wurde; sie zeichnet das Wort ein: „Rein und aufrichtig". Es folgt die jüngere Louise

Juliane, Tochter der älteren, die sich mit einem Pfalzgrafen von Zweibrücken vermählte, mit einigen anderen Gliedern dieser Familie, unter denen sich Johann Kasimir von Kleeburg mit den Worten „Standhaftigkeit und Geduld" einschreibt. Unter diesen pfälzischen Verwandten stoßen wir auf den Namen Fridericus; es ist Friedrich V., eine Zeitlang König von Böhmen. Neben ihm finden wir seine Gemahlin Elisabeth, Tochter Jakobs I., aus deren Stamm einmal die Könige von England hervorgehen sollten; ihre Sprüche sind nur mit Anfangsbuchstaben bezeichnet. Wahrscheinlich ihrer Umgebung gehörte Algernoon Percy an, der ein sinnvolles Motto: „Zum Lobe der Tugend unter dem Geleit des Glückes" einschreibt. Und noch in einen weiteren Kreis, der nahe verwandt, aber doch auch wieder sehr verschieden ist, werden wir durch das Stammbuch eingeführt: er wird durch das Haus de la Tour gebildet. Obenan erscheint im Dezember 1620 der unternehmende und mächtige Henry, Duc de Bouillon, der nicht allein die Hugenotten in Frankreich zu verteidigen, sondern eine Koalition aller Reformierten zustande zu bringen gesucht hat. Dem Wechsel seiner Schicksale entspricht der von ihm eingezeichnete Spruch: „Gott erhöht, Gott erniedrigt." Resigniert, aber großartig lautet das Motto seiner Gemahlin, der Tochter des Prinzen Wilhelm von Oranien: „Gott dienen d. h. herrschen." Wohl die persönlich merkwürdigste Aufzeichnung ist die des jungen Heinrich de la Tour aus dem November 1620; es ist der große Turenne, damals erst neun Jahre alt; er muß aber bereits Virgil gekannt haben; und vortrefflich ist sein Denkspruch: „Die Tugend strebt nach dem Hohen." Man weiß, daß er in seinem Alter sich der schönsten Stellen aus den lateinischen Schriftstellern erinnerte, die er sich in seiner Jugend eingeprägt hatte. Die Inschrift von Julienne de la Tour von demselben Datum ist wieder religiös. In der Universität Sedan, zu der die reformierte Jugend von allen Seiten herbeiströmte, scheinen diese letzten Stammbuchsblätter geschrieben zu sein; andere in anderen Situationen. Es ist angenehm, in dem Büchlein so viele Namen bedeutender Persönlichkeiten, gleichsam in traulicher Gesellschaft, beisammen zu finden. Sie geben die weiteste Aussicht: der Blick reicht über den ganzen Nordwesten von Europa. Die Sprüche haben meistens einen protestantischen Anhauch. Der Grundzug von allen ist Gottvertrauen, gepaart mit einem emporstrebenden Gefühl für Mannhaftigkeit und Tugend. Sie zeugen von Verbreitung allgemeiner Bildung in höheren Kreisen jener Zeit. Mit den deutschen wechseln französische, italienische und spanische Sprüche. Besonders merkwürdig

für die Folgezeit sind die Namen Georg Wilhelms und des katholischen Ministers, der sich ihm in Kleve beigesellte, Adam von Schwarzenbergs. Der erste gibt noch ein großes Streben kund: „Dem tapfern Herzen“, so lautet sein Spruch, „ist nichts unmöglich.“ Der andere verrät Selbstvertrauen und die Absicht, seinem Glücke, wohin auch immer es ihn ruft, zu folgen. Indem sie dies schrieben, war der Sturm schon ausgebrochen, in welchem sie ihren Mut und ihr Glück erproben sollten.

Fünftes Kapitel.

Bedrängnisse und Gefahren im Kampfe der beiden Parteien.

Georg Wilhelm (1619—1640).

Es waren die inneren Verhältnisse der österreichischen Lande, was den Ausbruch des großen Kampfes herbeiführte. In Böhmen und Österreich selbst stießen die beiden politisch-religiösen Direktionen, welche die Welt entzweiten, unmittelbar aufeinander. Die Regierung, die nach einer Vermittlung strebte, wurde gestürzt; eine andere kam empor, die ihrer Natur nach einer streng katholischen Richtung folgte. Nach dem Tode des Kaisers Matthias gelangte die Nachfolge im Kaisertum an den vornehmsten Repräsentanten dieser Richtung, den Erzherzog Ferdinand aus dem jüngeren Zweige der deutschen Linie des Hauses, der die Verbindung mit Spanien, welche bisher nur locker gewesen war, wieder erneuerte. Brandenburg akzedierte diese Wahl, weil es dieselbe nicht verhindern konnte. Aber indes waren die Böhmen sowohl tschechischen wie deutschen Stammes in vollen Aufruhr geraten. Es kam so weit, daß sie ihre Krone dem Hause Österreich zu entziehen gedachten.

Da war es nun von universal-historischer Wichtigkeit, daß der Führer der Union, Friedrich V. von der Pfalz, nach einigem Bedenken sich entschloß, dieselbe anzunehmen: in ihm stellte sich das vorgeschrittene protestantische Prinzip dar. Man begreift es, wenn dies darin seine größte Förderung und einen Fortschritt von weitester Aussicht erblickte; wären dabei nur nicht andere Rücksichten von hoher Wichtigkeit beiseite gesetzt worden. Bisher hatte es immer einen Gesichtspunkt der allgemeinen deutschen Politik ausgemacht, den Anspruch der Böhmen auf freies Wahlrecht nicht zur Geltung kommen zu lassen. Nur einmal unter Georg Podiebrad war es vollständig ausgeübt worden, nicht jedoch ohne Nachteil und Gefahr für Deutschland. Seitdem war das Erbrecht, wie es den europäischen und deutschen Zuständen entsprach, wieder zu überwiegender Geltung gekommen. Indem nun

Friedrich V. von der Pfalz die auf ihn gefallene Wahl annahm, setzte er sich mit den vorwaltenden dynastischen Ideen in Widerspruch. Es stärkte die Böhmen in ihren nationalen Tendenzen; aber es lockerte den Zusammenhang, in welchem ihr Land mit Deutschland stand. Seine bisherigen Freunde und Verbündeten konnten und mochten ihn nicht unterstützen. Der in Deutschland angesehenste protestantische Kurfürst Johann Georg von Sachsen trat zu seinen Gegnern über. Selbst sein Schwiegervater, der erste Stuart auf dem englischen Thron, zog seine Hand von ihm ab.

Dagegen gewann das exklusive Prinzip des Katholizismus dadurch eine neue Stütze, daß es sich zugleich als den Rückhalt des Erbrechts darstellte, auf welchem von jeher die weltliche Gewalt in Europa fast allenthalben beruhte. Dem noch ohnmächtigen Kaiser trat der bestgerüstete Fürst des Reiches, Maximilian von Bayern, zur Seite, und da auch der König von Spanien, der infolge einer mit Ferdinand getroffenen Abkunft sein eigenstes Interesse in der Sache sah, es an nachhaltiger Mitwirkung nicht fehlen ließ, so ward ein Heer ins Feld gebracht, von welchem die böhmischen Streitkräfte, die zu keinem militärischen Organismus sich vereinigen konnten, die mit ihnen verbündeten Kriegsscharen Siebenbürgens und die deutschen Hilfsvölker bei dem ersten ernstlichen Anlauf über den Haufen geworfen und vernichtet wurden. Die Schlacht am Weißen Berge (1620) entschied über das fernere Schicksal von Böhmen. Eine blutige Reaktion erfolgte, wie sie in Umfang und Nachwirkung kaum ihresgleichen gehabt hat: Utraquismus, Luthertum und das reformierte Bekenntnis wurden gleichmäßig erdrückt oder verbannt. Nur in den Nebenlanden, deren Unterwerfung durch die Teilnahme von seiten des Kurfürsten von Sachsen entschieden worden war, erhielt sich das lutherische Bekenntnis.

An sich wurde Brandenburg von diesem großen Schlage insoweit mitbetroffen, als es ja dem System, welches im Kampfe erlag, im allgemeinen angehörte. Zugleich aber wirkte das Ergebnis auf seine eigentümliche Machtstellung unmittelbar zurück. Wir erinnern uns der Verhältnisse, in denen Brandenburg von jeher zu Böhmen gestanden hatte. Schon zweimal war von den hohenzollernschen Fürsten der Nachteil erwogen worden, der ihnen aus der Ausstattung des Hauses Österreich mit der Krone Böhmen erwachse. Das erstemal im fünfzehnten Jahrhundert hatte man davon abgesehen, weil sonst ein polnischer Fürst die Krone erlangt hätte, und weil die Elemente der Opposition im Lande keine gefahrdrohende Vermehrung der österreichischen

Streitkräfte durch diese Erwerbung erwarten ließen. Diese Elemente walteten noch vor, als in dem sechzehnten Jahrhundert Böhmen definitiv an das Haus Österreich gelangte. Überdies schloß sich damals die jüngere Linie dieses Hauses im Gegensatz gegen die ältere an die deutschen Fürsten an. Jetzt aber wurde der Kaiser unbeschränkter Herr in Böhmen. Böhmen bildete seitdem eine reale Grundlage für die Macht Österreichs, welches zugleich in die früher gelockerte Verbindung mit Spanien zurücktrat und in dem strengen Katholizismus eine mächtige Unterstützung fand. Der erste Blick zeigt, wie sehr hierdurch die Machtstellung Brandenburgs für damals und für die Zukunft vor der österreichischen zurücktrat. Überdies aber entsprang aus dem böhmischen Ereignis eine große territoriale Streitfrage zwischen beiden Häusern. Noch hielt das Haus Brandenburg das Herzogtum Jägerndorf für seinen rechtmäßigen Besitz. Von Österreich nicht eigentlich anerkannt und durch und durch ein eifriger Kalvinist, hatte sich Johann Georg von Jägerndorf der ständischen Opposition gegen den Kaiser angeschlossen. Er erscheint als Generaloberst in Ober- und Niederschlesien und hielt sich demgemäß an den König aus dem Hause Pfalz, dessen Sache gleichsam seine eigene war; auch nach der Schlacht am Weißen Berge gab er sie noch nicht verloren. Sein Kriegsvolk hielt Neiße und Glatz besetzt und wollte sich selbst nach der Abkunft mit dem Kurfürsten von Sachsen über Schlesien nicht trennen lassen. Seine Patente forderten die schlesischen Stände auf, treu zur alten Konföderation zu halten und sich an den unheilvollen Exekutionen in Prag ein warnendes Beispiel zu nehmen. Allein schon hatte Kaiser Ferdinand eine Achtserklärung gegen ihn ergehen lassen, die von kaiserlichen und sächsischen Völkern in Ausführung gebracht wurde. Sie waren seiner Macht bei weitem überlegen; er sah sich genötigt, das Land zu verlassen und sich nach Siebenbürgen zu flüchten. Darin lag für das Haus Brandenburg nicht allein der Verlust des Landes, sondern einer großen Position, deren Einwirkung sich über Böhmen und Schlesien erstreckte.

Nicht wenig wurde Brandenburg auch von den Folgen berührt, welche das böhmische Ereignis in Oberdeutschland nach sich zog. Ferdinand trug kein Bedenken, die Beleidigung, die ihm als König von Böhmen geschehen war, mit dem vollen Gewicht der kaiserlichen Autorität zu strafen; er sprach über seinen unglücklichen Nebenbuhler die Reichsacht aus. Von verschiedenen Seiten her ergossen sich die spanisch-niederländischen und die bayerischen Kriegsmannschaften über dessen Erblande. Die Union war viel

zu schwach, dem zu widerstreben. Ihre Auflösung und der Gang des Ereignisses überhaupt beraubten Brandenburg seines Einflusses in Oberdeutschland. In diesen Verlust mußte man sich noch um einer besonderen Rücksicht halber fügen. Die Auflösung der Union gehörte dazu, daß der Kurfürst Georg Wilhelm und seine Vettern in Franken die Belehnung des Kaisers empfangen konnten. In diesem Augenblick brach in Zusammenhang hiermit der Krieg zwischen den Spaniern und den Vereinigten Niederlanden wieder aus. Es geschah eben in den kleve-jülichischen Landen, daß sie zusammenstießen. Spinola und Prinz Moritz stellten sich einander in zwei feindlichen Feldlagern gegenüber. Kurfürst Georg Wilhelm trat mit der Republik in einen Vertrag, der ihm seine Rechte sicherte. Was er selbst dazu beitragen konnte, war höchst geringfügig; die Entscheidung hing eben von ganz anderen Kräften ab, als von den seinen.

Von allen Folgen der Schlacht am Weißen Berge die wichtigste sowohl für Brandenburg als für das Reich war das Unternehmen des Kaisers, mit der Unterdrückung seines pfälzischen Gegners eine Veränderung in den Reichsangelegenheiten dadurch zu verbinden, daß er die Kurwürde der Pfalz auf seinen Freund und Gehilfen, den Herzog von Bayern, dem auch ein ansehnlicher Teil der eingezogenen Landschaften zufiel, übertrug. Etwas Ähnliches war in dem Schmalkaldischen Kriege durch Übertragung der sächsischen Kur von Ernestinern auf die Albertiner geschehen; doch hatte das in jener Epoche deshalb weniger zu bedeuten, weil das Verhältnis der Bekenntnisse dadurch nicht geändert wurde. Unter Ferdinand II. aber war gerade dies die Absicht: in dem Kurfürstenrate sollte ebensowohl eine katholische Mehrheit gegründet werden, wie eine solche im Fürstenrate bestand, was die katholische Reaktion zu voller Herrschaft bringen mußte. Auf dem Reichskonvente, der um dieser Sache willen im Anfange des Jahres 1623 zu Regensburg gehalten wurde, widersetzten sich Sachsen und Brandenburg einem Vorhaben, welches sie ihres aus der Kurwürde entspringenden Ansehens im Reiche zu berauben drohte; denn was hätten einer katholischen Majorität gegenüber ihre Stimmen im Kollegium noch bedeutet. Mit vereintem Eifer bemerkten sie, daß die Achtserklärung formlos geschehen sei, daß sie der kaiserlichen Kapitulation zuwiderlaufe und eine Anerkennung derselben alle anderen Stände, namentlich die geringeren, gefährden müsse. Besonders betonten die brandenburgischen Gesandten in den Verhandlungen noch zweierlei: einmal, daß das Verfahren des Kaisers ihm auch deshalb verargt werden könne,

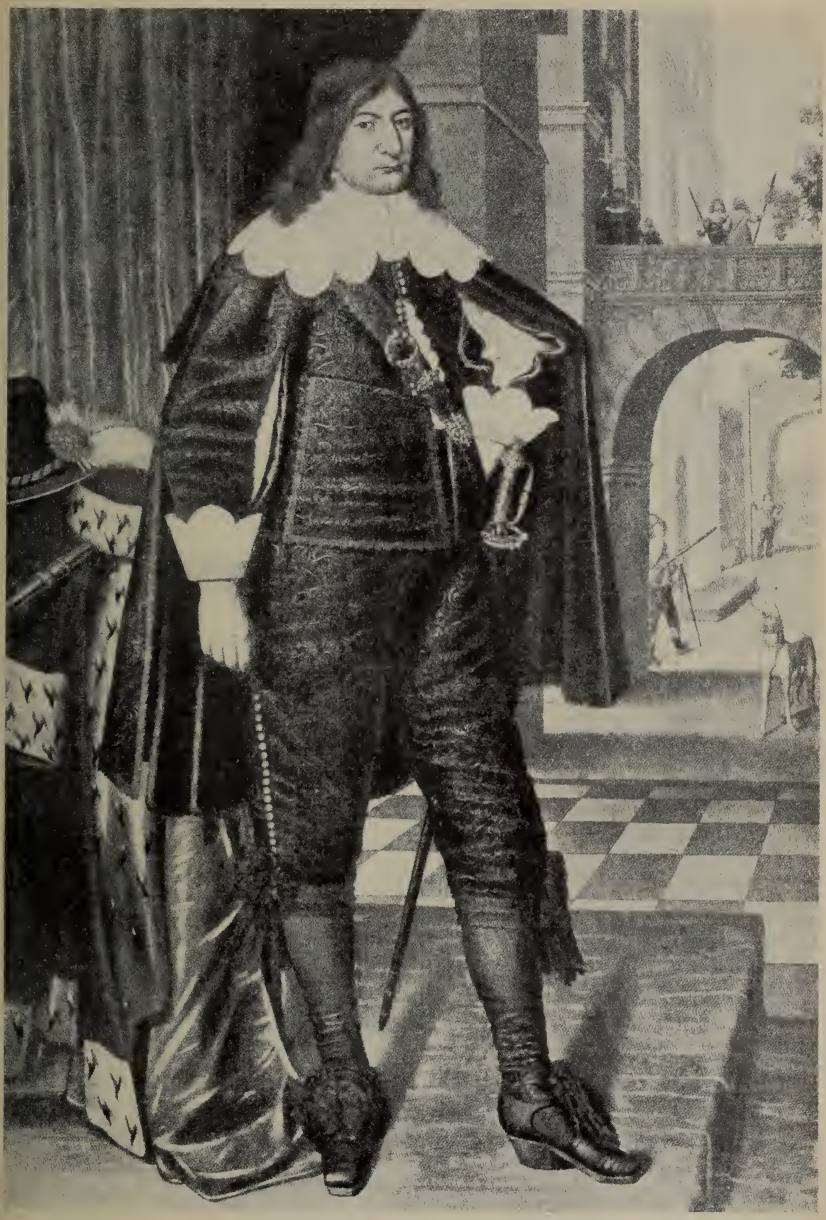
weil es zu seinem eigenen Vorteil gereiche; ganz ungehörig aber sei es, daß er auch den Kindern des Pfalzgrafen und den unbeteiligten Agnaten ihr Erbteil entziehe. Alle diese Einwendungen glitten aber an den schon gefaßten Beschlüssen der geistlichen Kurfürsten ab. Weniger unzugänglich als diese erschien der Kaiser, bei dem die Spanier abweichende, auf ihre europäische Stellung bezüglichen Rücksichten in Anregung brachten; aber zuletzt wollte er sich von dem Papsttum, das sich entschieden dafür aussprach, nicht trennen. Und viel zu stark war bereits der Herzog von Bayern, als daß er ihn hätte beleidigen dürfen. Da die brandenburgischen Gesandten den Ausgang der Beratung voraussahen, so hielten sie für nötig, vor aller Teilnahme ihrem Kurfürsten das Recht zu sichern, sich an die Beschlüsse, die man fassen werde, nicht zu binden. Durch den Willen der Mehrheit glaubte sich der Kaiser autorisiert, zur Lehnserteilung zu schreiten. Sachsen und Brandenburg gaben ihre Verstimmung dadurch zu erkennen, daß die Gesandten dem Akte nicht beiwohnten. Maximilian von Bayern erschien nun aber sofort im Verein mit den geistlichen Kurfürsten als eines der mächtigsten Mitglieder dieses Kollegiums, in welchem fortan Brandenburg und Sachsen wenig bedeuteten.

Wenn es nun aber vor kurzem für Friedrich von der Pfalz so verderbliche Folgen gehabt hatte, daß er die Krone von Böhmen annahm, denn es zog ihm eine allgemeine Mißbilligung zu, so traf ein ähnliches Schicksal nun den Kaiser; denn die Achtserklärung wurde als unrechtmäßig betrachtet, und das pfalzgräfliche Haus hatte zahlreiche und angesehene Freunde in der Welt. Ein großes Bündnis wurde zu seinen Gunsten geschlossen, welches von England her auf der einen Seite Frankreich und Holland und auf der anderen Dänemark und Schweden umfassen sollte. Bethlen Gabor ward in das Verständnis gezogen. Für Brandenburg nun war die große Frage, ob es diesem Bündnisse beitreten solle oder nicht. Ein flüchtiger Gedanke ist aufgetaucht, daß dem Kurfürsten selbst die Direktion des von Dänemark im Reiche und von Schweden im polnischen Gebiete zu unternehmenden Krieges in die Hand gegeben werden sollte; der geographischen Lage, der allgemeinen Situation und dem deutschen Interesse würde das entsprochen haben, aber der Kurfürst, dem es an einer nennenswerten bewaffneten Macht fehlte, war viel zu schwach[1].

Wohl gab es um ihn her eine Partei, die zur Teilnahme an

[1] Vgl. zur Zeitgeschichte „Wallenstein“ in Weltgeschichte VII.

diesem Bündnis drängte. Es waren die größtenteils kalvinistischen Räte, welche vor allem die Angelegenheit der Religion in ihren europäischen Beziehungen vor Augen hatten und die Politik Johann Sigismunds fortzusetzen dachten; sie hatten die angesehensten Damen des Hofes, in denen sich das dynastische Verhältnis des Hauses repräsentierte, auf ihrer Seite. Dagegen aber waren die Stände des Landes, welche ihre Sicherheit nur in der Verbindung mit dem Kaiser sahen; sie wollten überdies nicht zu einem Kriege beitragen, der den Kalvinisten zugute käme. Der Kurfürst beklagte sich bitter, daß das Sinnen und Trachten der Einwohner nur auf friedliche Genüsse gerichtet sei; seine Aufgebote und Ermahnungen beachte man nicht. Die Stände machten ihm den Vorwurf, daß er sie ohne die rechte Führung lasse. Bei steigender Gefahr hielten sie es für hinreichend, wenn sie die Festungen besetzten, wohin die beste Habe geflüchtet war; auch hierfür bewilligten sie gleich von Anfang an nur 3000, dann mit abnehmendem Eifer nicht mehr als 900 Mann; übrigens meinten sie, sei es genug, nur in Devotion gegen kaiserliche Majestät zu verharren. Wie hätten sie auch Zutrauen fassen können, da der vorwaltende Minister des Kurfürsten, Graf Schwarzenberg, katholischer Konfession war und einen Bruch mit dem Kaiser unter allen Umständen zu verhüten suchte. Dergestalt wurden Hof und Land durch entgegengesetzte Velleitäten zersetzt, welche es zu keinem Entschluß kommen ließen; nicht einmal zu einer starken Neutralität konnte man sich ermannen. Daraus folgte notwendig, daß die Stellung Brandenburgs von dem Ausschlag des Kampfes zwischen den großen Weltmächten, in den man nicht einzugreifen wagte, abhängig wurde. Welch unerhörte Wechselfälle bot aber dieser Weltkampf dar. Das erste große Ereignis war, daß ein kaiserliches Heer, endlich einmal wieder ein wahrhaft kaiserliches, obwohl unter einem sehr selbständigen Führer, der es selbst aufgebracht hatte, unter Wallenstein, in Norddeutschland vordrang, in der Absicht, jenem großen Bündnis, welches die Herstellung des verjagten Königs von Böhmen zu seinem Zwecke hatte, zu widerstehen. Für Brandenburg erschien es als ein Glück, daß es an dem Bunde nicht teilgenommen hatte, es wäre höchstwahrscheinlich auf der Stelle über den Haufen geworfen worden. Der Sieg der ligistischen und kaiserlichen Armee über den König von Dänemark gab nun auch der Autorität des Kaisers und der Liga in Norddeutschland das Übergewicht. Die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen sahen sich genötigt, Maximilian von Bayern als ihren Mitkurfürsten anzuerkennen. Brandenburg glaubte alles irgend mögliche



Kurfürst Friedrich Wilhelm im Jahre 1642.
Nach dem Gemälde von Matthias Czwiczek.

zu tun, wenn es dabei nur die Ansprüche des pfälzischen Hauses nicht fallen ließ. Und von dem zweiten Feldzuge wurde die Mark unmittelbar betroffen. Als Wallenstein, der indessen durch einen Stillstand in Ungarn freie Hand gewonnen hatte, von Schlesien kommend, sich zu einem entscheidenden Angriff gegen Dänemark wandte, ließ er die Havelpässe ohne Rücksicht auf den Kurfürsten besetzen, wie auch die Dänen von der anderen Seite in das Land eindrangen. Nicht gerade aber in den brandenburgischen Gebieten kam es zum Kampf. Die Dänen konnten nirgends ernstlichen Widerstand leisten; der kaiserliche General ward ihrer durch einen glücklichen Zug nach der Halbinsel vollkommen Meister. Und für sich selbst erwarb er damit eine höchst außerordentliche Stellung im Reiche; der Kaiser belohnte seine Dienste, indem er ihn zum Herzog von Mecklenburg erhob. Um sich in dieser Würde behaupten zu können, hielt Wallenstein für geboten, der Feindseligkeit mit Brandenburg vorzubeugen und es zur kaiserlichen Partei herüberzuziehen. Nicht unbedeutend war die Territorialausstattung, die er für Brandenburg in Aussicht stellte. Er ließ dem Kurfürsten eine günstige Entscheidung in der Sache von Jülich-Kleve und Entschädigung für Jägerndorf hoffen. Vor allem versprach er sich der Anwartschaft auf Pommern, wo der längst vorgesehene Fall, in welchem Brandenburg zum Besitz des Landes gelangen sollte, der Tod des letzten Herzogs aus altpommerschem Stamme nahe bevorzustehen schien, auf das kräftigste anzunehmen. Dem fügte er die Andeutung hinzu, daß Mecklenburg nach Abgang seines eigenen Stammes an Brandenburg gelangen werde. Nur eine Bedingung stellte er dafür auf, daß nämlich Brandenburg mit ihm gegen die Schweden gemeinschaftliche Sache machen sollte.

Der Kurfürst, Vasall Polens, von welchem er als Herzog von Preußen belehnt worden war, und beleidigt von König Gustav, der Pillau eigenmächtig eingenommen hatte, wurde in der Tat bewogen, einzuwilligen. Er hat den Polen eine kleine Truppenschar zur Hilfe geschickt; allein gerade hierbei erschien die brandenburgische Macht in ihrer tiefsten Erniedrigung. Als die kurfürstlichen Truppen bei Preußisch-Mark der Schweden ansichtig wurden, an deren Spitze der namhafteste böhmische Flüchtling, Graf von Thurn, stand und die ihnen bei weitem durch Zahl und Stellung überlegen waren, streckten sie die Waffen; sie wurden dann größtenteils dem schwedischen Heere einverleibt. Das Gefühl ihrer Schwäche wirkte dabei mit ihren religiösen Sympathien zusammen: König Gustav Adolf hatte eine Stellung genommen,

in welcher er als der einzige Hort der protestantischen Sache erschien. Die Hilfe, welche die Kaiserlichen den Polen zuschickten, noch mehr der Versuch, der damals in den Gesichtskreis trat, eine maritime Verbindung der spanischen und der polnischen Macht herzustellen, hatten ihn in den eigensten Interessen seiner Familie und seines Reiches verletzt; denn noch immer war er von den Polen als König von Schweden nicht anerkannt. Eben im Widerstreit mit diesen Plänen suchte er sich der preußischen Küsten zu bemeistern. Wenn man die Ereignisse der Jahrhunderte kombiniert, so wird man nicht leugnen können, daß die große und siegreiche Haltung, die er annahm, den ersten wirklichen Nachteil in sich schloß, welchen die Polen seit dem Ewigen Frieden von 1466, der ihnen die preußischen Lande unterwarf, erlitten. Insofern war er bei weitem mehr der Verbündete des Kurfürsten als sein Gegner; und sehr bald wurde dieser selbst es inne, daß die Politik, der er in Deutschland nachzugeben genötigt war, ihn in Preußen vernichten würde; sein eigener Minister Schwarzenberg hörte in Wien davon, daß die Absicht dahin gehe, in dem Ordenslande den Katholizismus wiederherzustellen und es der Kirche zurückzugeben. Aber durch den großen Gang der katholischen Restauration, welcher diesen Gedanken hervorrief, wurde der Protestantismus in Deutschland und bereits der Kurfürst unmittelbar bedroht. Auf Antrieb der ligistischen Kurfürsten war das Restitutionsedikt promulgiert worden (1629), welches das Vorhaben, die Hierarchie in ihrem vollen Umfang zu erneuern, ankündigte. Es war der Schritt, der, indem er die Existenz der Protestanten bedrohte, auch alle protestantischen Gefühle wachrief. So weit konnte auch in der Mark die Devotion gegen kaiserliche Majestät nicht gehen, um sich dem Ruine, der damit gedroht wurde, auszusetzen. Georg Wilhelm konnte sich nicht verbergen, daß er damit zugrunde gerichtet werde. Schon war Halberstadt an einen kaiserlichen Prinzen übergegangen, Magdeburg an einen sächsischen; auch die Herstellung der märkischen Bistümer, die Zurückgabe der geistlichen Güter überhaupt wurde in Aussicht genommen; und dazu sollte nun die Reduktion von Preußen kommen. Es war das letzte Ziel der katholischen Politik; unmöglich konnte ein brandenburgischer Kurfürst ruhig geschehen lassen, daß es erreicht wurde. So weit ging die Abhängigkeit von den im Reiche herrschenden Gewalten bei Georg Wilhelm doch nicht, daß er das Unrecht, das ihm geschah, nicht auf das tiefste empfunden hätte. In diesem Gefühl wandte er auch jetzt seine Augen auf Gustav Adolf, den Gemahl seiner Schwester,

der, indem er Polen bekämpfte, doch unaufhörlich erklärt hatte, daß er dabei dem Umsichgreifen des Hauses Österreich Einhalt zu tun suche. Wie in religiöser Hinsicht der Liga und dem Kurfürsten Maximilian, so trat er in politischer dem General Wallenstein entgegen. Dies waren die Geister, welche die Zeit beherrschten: Maximilian und Wallenstein; ihnen gegenüber Gustav Adolf; dem aber trat ein vierter zur Seite: Kardinal Richelieu, der in antiösterreichischen Interessen lebte und webte und nichts mehr wünschte, als dem Könige von Schweden freie Hand gegen Österreich zu verschaffen, wozu vor allem notwendig war, eine Abkunft desselben mit Polen herbeizuführen. England wirkte mit Frankreich, mit dem es noch einmal vor kurzem gerungen hatte, gleichwohl dabei zusammen. Neben allen diesen großen Potenzen hatte nun auch Georg Wilhelm einen Entschluß zu fassen; wenn sein nächstes Absehen auf die Konservation seines Herzogtums Preußen gerichtet sein mußte, so kam ihm zustatten, daß die polnischen Magnaten der Wiederherstellung Preußens in den alten Zustand selbst entgegen waren, noch besonders deshalb, weil sie besorgten, König Sigismund werde einen Teil des Landes für einen seiner Söhne von dem Kaiser zu Lehen erhalten.

Den Entzweiungen zwischen dem Kurfürsten-Herzog und dem König von Schweden sowie zwischen diesem und Polen wurde die Spitze abgebrochen, wenn sie alle zusammen sich den Tendenzen des Hauses Österreich zu widersetzen Anlaß fanden. Die Verhandlungen zu Altmark über einen Stillstand zwischen Polen und Schweden waren zugleich gegen Österreich gerichtet. Verkennen wir aber nicht, daß für den Kurfürsten auch ein dem entgegenlaufendes Interesse hervortrat. Die große Anwartschaft, welche Wallenstein in Anregung gebracht hatte, wurde zweifelhaft, sobald sich die Schweden der Herrschaft auf der Ostsee bemächtigten; und wenn diese Eventualität in der Ferne lag, so war ein anderer Nachteil bereits eingetreten: der Kurfürst mußte fürs erste die Okkupation der preußischen Küsten nachgeben. Er machte dagegen eine Bedingung von Belang, gegen die sich Gustav Adolf lange sträubte, in die er aber unter dem Einflusse der fremden Gesandten endlich willigte; es war die einstweilige Besitznahme von Marienburg und Höft, durch welche die Verbindung des Herzogtums mit dem Kurfürstentum erleichtert wurde. Die Hauptsache ist, daß der Kurfürst den Entschluß faßte, entgegenstehenden Rücksichten zum Trotz mit Schweden in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten, bei dem er dann, so schwer es ihm auch wurde, eine Reihe von Jahren aushielt. Es

war allerdings nur ein Stillstand, was man damals verabredete; aber er sollte sechs Jahre dauern, eine unschätzbare Zeit in dieser Krisis.

Auf so lange bekam der König freie Hände gegen Österreich. Wenn er sich nun entschloß, das große Werk zu unternehmen, so geschah das nicht etwa auf Antrieb Brandenburgs oder anderer deutscher Fürsten von Bedeutung, sondern vor allem unter der Einwirkung des Kardinals Richelieu, der, obwohl katholischer Kirchenfürst, durch seine persönliche Lage dazu angetrieben wurde, den Protestantismus in Deutschland zu retten.

Was ist der Protestantismus anders als eben die durch die Abweichung vom Papsttum und ihre unvermeidlichen Konsequenzen hervorgebrachte Gestaltung der Dinge? Gustav Adolf wußte, daß die norddeutschen Städte, die norddeutschen Landschaften überhaupt sich in dem Zustand behaupten wollten, in dem sie sich jetzt befanden; auch ihnen galt die errungene kirchliche Selbständigkeit als das Wesen ihres Daseins. Was könne sich mit ihnen ausrichten lassen, sagte er einmal, wenn ein zweiter Moritz von Sachsen sich an ihre Spitze stelle. Die deutschen Fürsten der Zeit waren zu behaglich situiert und durch herkömmliche Rücksichten beschränkt, als daß sie selbständig etwas unternommen hätten. Eben das macht den welthistorischen Mann, daß er in dem Streit des Tages die beherrschenden Momente, den Gegensatz der Gedanken begreift und erfaßt. So erschien Gustav Adolf im Sommer 1630 in Deutschland: er stieg in Pommern an das Land, wo der Kurfürst von Brandenburg ihn nicht zu sehen gewünscht hätte, und setzte sich daselbst fest. Neben Kardinal Richelieu nahm Gustav Adolf eine eigenartige große Stellung ein, inwiefern er den politischen Motiven das Religiöse, das in ihm selbst die lebendigste Wahrheit hatte, hinzufügte. Beide zusammen bildeten nun dem Übergewicht, welches Österreich-Spanien in Verbindung mit der katholischen Restauration erlangt hatten, gegenüber eine neue Kombination von universaler Bedeutung. Es war nun unabwendbar und wie ein Verhängnis, daß sie in Deutschland zusammentrafen.

Gleich bei seinem ersten Erscheinen in Deutschland ergriff Gustav Adolf eine politisch-territoriale Stellung, die wie für das Reich überhaupt, so besonders für Brandenburg unendlich wichtig werden sollte.

Wie berührt, die Erbfolge in Pommern, der vornehmste Gegenstand der politischen Bestrebungen der Altvordern des Kurfürsten von Brandenburg, war ihrer Eröffnung nahe. Man sah voraus,

daß Bogislaw XIV. in kurzem ohne erbfähige Nachkommen sterben würde. Dem Kurfürsten war bereits für diesen Fall gehuldigt worden. In dem Vertrag nun, welchen Bogislaw mit Gustav Adolf zu treffen sich nach einigem Schwanken doch zuletzt nicht weigern konnte, war dieses Anspruches gedacht worden, wenngleich nicht in durchaus unzweideutigen Worten. Die Hauptbestimmung war, daß der Kurfürst als präsumtiver Nachfolger des Herzogs den Vertrag desselben mit dem König von Schweden annehme und wenn dann der vorgesehene Fall eintrete, dem König die aufgelaufenen Kriegskosten erstatten solle, und zwar aus eigenen Mitteln, nicht denen des Landes. Ohne Zweifel war es dieser Punkt, der den brandenburgischen Gesandten, der nach dem Tage des Abschlusses eintraf, zu der Aufforderung an den König veranlaßte, die Restitution von Pommern ohne Unkosten zu versprechen. Der König drückte sich sehr uneigennützig aus: er sei gekommen, seine Freunde zu unterstützen, nicht zu berauben. Aber mit der Herstellung des früheren Zustandes wäre er noch nicht zufrieden gewesen. Er forderte gleich im ersten Augenblick eine Sicherheit für sich, die nicht in Worten, wie er sagte, in Papier und Tinte bestehen dürfe, sondern in Realitäten. Mit diesen Bedingungen: Erstattung der Kriegskosten, Behauptung Pommerns bis zur Erlegung derselben und eine reale Sicherheit, hat der König den deutschen Boden betreten. Vor Augen liegt, daß es dem Kurfürsten von Brandenburg, dem aus diesen Gesichtspunkten kein Hehl gemacht wurde, nicht leicht fallen konnte, den König als einen Verbündeten in Deutschland zu betrachten. Er hätte lieber auch fortan an Kaiser und Reich gehalten; aber alle Versuche, welche die sächsischen und brandenburgischen Bevollmächtigten auf dem Kollegialtage von Regensburg machten, eine Zurücknahme des Restitutionsedikts oder eine solche Ermäßigung desselben, bei der ihr einmal eingerichtetes Staatswesen bestehen könne, zu erlangen, blieben erfolglos; die Mehrheit des Kollegiums hielt hartnäckig an dem Edikt fest. Einst hatte Wallenstein dem brandenburgischen Minister eine Ausnahme zugunsten seines Herrn versprochen; aber dieser selbst wurde durch eben die Mehrheit, welche bei dem Restitutionsedikt beharrte, zur Abdankung genötigt. Man glaubte, auch ohne ihn den König von Schweden zurückwerfen zu können, und dachte daran, über die, welche demselben anhängen würden, neue Konfiskationen zu verhängen; einem solchen Vorhaben mußte nun schlechterdings Widerstand geleistet werden.

Noch in Regensburg wurde der Gedanke gefaßt, eine Vereini-

gung aller Evangelischen unter dem Vortritt der beiden Kurfürsten zu diesem Zwecke zu schließen. Lange schwankten die Räte zwischen Devotion und Widerstand: auf dem Konvent zu Leipzig entschloß man sich zu letzterem.

Ohne Bedenken wird man annehmen dürfen, daß die Aufstellung Gustav Adolfs und sein siegreiches Vordringen an der Oder den Mut dazu verlieh. Noch war man jedoch mit dem König in kein Verständnis getreten; aber man zog bereits die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einem solchen kommen müsse, in Betracht. Schon war von den Bedingungen die Rede, die der König dabei einzugehen habe. Die vornehmsten sind: Zurückgabe alles dessen, was er erobert habe oder erobern werde, ohne Entgelt und die Zusage, keinen Frieden zu schließen, in welchem die Evangelischen nicht Genugtuung erhielten. Das stimmt, wie man sieht, nicht ganz mit dem überein, was Gustav Adolf in Pommern sich hatte versprechen lassen. Überdies trat er gegen Brandenburg mit neuen Forderungen hervor; zu seiner Sicherheit verlangte er die Eröffnung der Festungen Küstrin und Spandau. Der Kurfürst wandte in seiner Bedrängnis ein, er würde damit gegen Kaiser und Reich verstoßen. Der König erwiderte: da der Kaiser selbst die Reichsgesetze nicht halte, sondern nach seinem Belieben verfahre, wie sollte nicht auch ein Kurfürst berechtigt sein, zu tun, was seine Lage erfordere. Sehr begreiflich fürwahr ist, daß Georg Wilhelm sich sträubte. Die Schweden hatten die preußischen Küsten inne, sich in Pommern festgesetzt und forderten nun die Einräumung seiner wichtigsten Festungen. Wieviel gehörte dazu, alles dies zu bewilligen. Aber umgehen ließ es sich nicht mehr; man mußte sich dem fremden König anschließen oder von der Partei, welche Kaiser und Reich beherrschte, die verderblichsten Einwirkungen erwarten. Mancherlei Verhandlungen und Zusammenkünfte wurden gepflogen, lange ohne Erfolg; was an einem Tage beschlossen zu sein schien, wurde am anderen wieder zurückgenommen. Aller Augen waren auf Magdeburg gerichtet, das von Tilly belagert wurde, ein Unternehmen, durch welches zugleich über das Schicksal der beiden Kurfürsten entschieden werden mußte, wenn sie sich nicht bei dem König von Schweden einen festen Rückhalt sicherten. Endlich in Besorgnis, von den Schweden zuletzt auch selbst feindlich behandelt zu werden, entschloß sich Georg Wilhelm, ihnen das Besatzungsrecht von Spandau, in beschränkter Form selbst das von Küstrin einzuräumen. Gustav Adolf versprach, die Plätze gegen alle Feinde zu verteidigen und im Friedensschluß zurückzugeben. Man sieht, in welche

Abhängigkeit Brandenburg von dem Könige geriet; dennoch, wie extreme Zustände auch wieder Momente der Rettung in sich schließen, so lag darin ein Akt wiederkehrender Selbständigkeit. Die Kaiserlichen hatten den Kurfürsten an aller tätigen Teilnahme an der Landesdefension gehindert; sie hatten unter keinen Umständen gestatten wollen, daß er Truppen aus Preußen heranziehe; Gustav Adolf ließ das geschehen.

Der Kurfürst sollte Veranstaltungen treffen können, wie sie der Leipziger Beschluß den Protestanten anbefahl.

In diesen Rüstungen darf man eine der ersten Grundlagen der brandenburgischen Armee sehen, die sich damals in protestantischem Sinne im Bunde mit den Schweden zu bilden anfing.

Aber indes war Magdeburg gefallen; auf der Stelle wurde der Kurfürst von Sachsen in seinem Gebiete überzogen und mit Gewaltsamkeiten heimgesucht. Jetzt zögerte auch er nicht länger, dem Könige von Schweden seine Pässe zu eröffnen und ein Bündnis zu schließen, dessen vornehmste Bedingung war, daß kein Teil ohne den anderen Friede machen oder auch nur über einen solchen mit dem Feinde verhandeln solle. So ward eine Koalition der beiden Kurfürsten mit dem Könige getroffen, der es nun wirklich gelang, den gewaltigen Feind zu bestehen und niederzuwerfen. Die norddeutschen Kirchen sollten noch heute auf dem Schlachtfelde von Breitenfeld dem Könige ein Denkmal errichten, ohne dessen Hilfe sie verloren gewesen wären. Es ist wahr, Gustav Adolf blieb immer König von Schweden und verlor die Interessen seines Landes nie aus den Augen; aber zugleich hielt er doch die allgemeinen, aus dem Konflikt der Weltlage entspringenden Gesichtspunkte fest; ohne die Verbindung des einen mit dem anderen geschieht nun einmal nichts auf Erden; sie sind in dem Bewußtsein eines Königs und Kriegsfürsten kaum zu trennen. In diesem Falle hatten aber doch die allgemeinen, auf die Religion gerichteten Absichten und Zwecke bei weitem die Oberhand, und denen zunächst galt und diente die ganze Aktion des Königs.

Das Resultat des Sieges von Breitenfeld (1631) war vor allem, daß der Restitution der geistlichen Güter auf immer ein Ende gemacht wurde, namentlich für Brandenburg ein unschätzbarer Gewinn. Der König hat behauptet, und es ist etwas Wahres daran, daß er Brandenburg vor dem völligen Ruin errettet habe. Dabei ist doch nicht in Abrede zu stellen, daß er dem Lande eine drückende Unterordnung auferlegte und dem Hause bei dessen größten Aussichten gewaltig in den Weg trat.

Wie sich nun das eine und das andere dieser Verhältnisse weiter

entwickeln sollte, hing weniger von den Mitteln und Anstrengungen Brandenburgs ab, die noch nicht besonders ins Gewicht fielen, als von dem Gange, den die großen Weltangelegenheiten nahmen. Solange der König lebte, ward ein gutes Verhältnis aufrechterhalten. Gustav Adolf verhehlte nicht, daß er die Seeküste, den größten Teil von Pommern überhaupt zu behalten wünsche; er meinte, daß Brandenburg durch Säkularisationen entschädigt werden könne, denen die geistliche Gewalt um so weniger widerstreben dürfe, da von ihr das ganze Ungemach des Krieges ausgegangen sei. Nach allem, was später verlautet ist, darf man annehmen, daß von einer Ausgleichung der beiderseitigen Interessen durch die Vermählung des Kurprinzen von Brandenburg mit der Tochter Gustav Adolfs die Rede gewesen ist.

Aber weder bei Lebzeiten noch nach dem Tode des Königs ist etwas darüber festgesetzt worden. Mit Schweden verbündet, aber doch auch wieder von ihm in Schatten gestellt; gerettet von ihm, aber doch auch wieder bedrängt, geriet Brandenburg in Gefahr, die große Provinz, deren Anfall ihm von Kaiser und Reich gesichert war, durch die Schweden zu verlieren.

Das Verhältnis in den Marken war dem sehr ähnlich, welches in Preußen eingetreten war. Hier wie dort hatte Brandenburg ein Interesse, den schwedischen Eingriffen zu widerstreben, aber zugleich noch ein größeres, sie zu dulden. Denn ohne Schweden würde man dort eine Wiedereinziehung des Ordens und hier eine Zurücknahme der geistlichen Güter haben erwarten müssen. Dem entsprach das Verhältnis in dem jülich-kleveschen Lande; ohne die Hilfe von Holland und die Vorteile, welche dieses damals über die Spanier in Wesel und Herzogenbusch davontrug, würde die kaiserliche Sequestration, welche Tilly bereits ausgesprochen hatte, behauptet worden und der Kurfürst seines Rechtes vielleicht verlustig gegangen sein. Die Generalstaaten retteten dasselbe; aber dafür verfügten sie auch ohne viele Rücksicht auf den Verbündeten über das Land, von dem sie den größten Teil innehatten. Keineswegs einfach lagen dergestalt die unmittelbaren Interessen. Es gab Gesichtspunkte, unter denen die Verbündeten doch auch wieder als Gegner erschienen. Durch das Verhältnis von Jülich-Kleve und von Pommern zu dem Deutschen Reiche war man allezeit genötigt, auch auf den Kaiser Rücksicht zu nehmen, zumal nachdem sich durch die Schlacht von Lützen, in welcher die Schweden das Feld behielten, aber den größten König und Heerführer, den sie je gehabt haben, verloren, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den in Deutschland einander

bekämpfenden Streitkräften hergestellt hatte. Auf verwandte Weise gestalteten sich die Beziehungen Brandenburgs zu den großen europäischen Mächten. Noch einmal regte sich in den Spaniern, die damals von England nichts mehr zu fürchten hatten, die Absicht, den Krieg gegen Frankreich in vollem Umfang zu erneuern. Man begreift es, wenn unter diesen Umständen die brandenburgische Politik unentschieden und schwankend blieb. Kurfürst Georg Wilhelm besaß wünschenswerte gesellschaftliche Eigenschaften; er war leutselig, höflich, freigebig, doch in der Weise der Fürsten seiner Zeit dem Behagen an den kleinen Vergnügungen des Lebens hingegeben: ein gutes Reitpferd, ein behendes Windspiel konnten ihn die Sorgen der Regierung vergessen machen. Seine geistige Begabung stand nicht unter dem gewöhnlichen Maß, doch hätten die außerordentlichsten Fähigkeiten dazu gehört, um in dieser sturmvollen Zeit das Ruder mit Sicherheit zu führen. Georg Wilhelm war nicht ohne Ehrgeiz, wie der erwähnte Wahlspruch zeigt; er dachte daran, was einst die Historie von ihm sagen werde; und unter seinen Zeitgenossen wollte er vor allem für ehrlich und zuverlässig gelten. Die Sorge für das eine oder das andere fiel jedoch bei den Verwicklungen der Epoche am meisten seinem Geheimen Rate zu. In dem aber standen zwei verschiedene Direktionen einander entgegen. Die eine war die der Mitglieder, die aus den Regierungen seines Vaters und Großvaters auf ihn gekommen waren, unter denen der Kanzler Götze, der noch der Distelmeierschen Schule angehörte, das vorwaltende Ansehen genoß; ihm gesellten sich Knesebeck, Leuchtmar und Pfuel bei, die alle durch den Widerwillen gegen den Kollegen, den ihnen Georg Wilhelm gegeben hatte und der sein besonderes Vertrauen besaß, Adam von Schwarzenberg, miteinander verbunden wurden. Schwarzenberg hatte sich dem Kurfürsten in den kleve-jülichschen Verwicklungen unentbehrlich gemacht; obwohl Katholik, hielt er an Brandenburg fest. Dadurch geschah, daß die allgemeine Parteiung der Welt in den Geheimen Rat des Kurfürsten eindrang und ihn zersetzte. Die älteren Räte waren für Schweden, Schwarzenberg für den Kaiser; doch wollten sie alle dafür angesehen sein, daß sie nur das Interesse ihres Herrn vor Augen hätten; und wenigstens von den ersten hat man dies nie bezweifelt; sie hatten eine Stütze an Louise Juliane, der Mutter der Kurfürstin, die den beiden Häusern, dem oranischen und dem pfälzischen, angehörte, und dem Kurfürsten, der gewöhnt war, auf sie zu hören, deren Interessen immer in Erinnerung erhielt. Wie hätten sich bei diesen

Gegensätzen am Hofe feste und energische Beschlußnahmen erwarten lassen; er wurde selbst von den im Kampf begriffenen Weltelementen ergriffen und gespalten. Noch ein Glück, daß die Verbindung mit Sachsen, dem sich Brandenburg in den Reichsangelegenheiten seit einem Jahrzehnt immer angeschlossen hatte, einen gewissen Rückhalt gewährte, den Georg Wilhelm unter keinen Umständen aufgeben wollte.

Im Sommer 1633 erschien der französische Gesandte Feuquières in Berlin, um den Kurfürsten zum Eintritt in den Bund von Heilbronn zu vermögen. Er versprach ihm dagegen die Unterstützung von Frankreich, namentlich in der Sache von Jülich. Der Kurfürst nahm diese Versicherung dankbar auf und ersuchte den König von Frankreich zugleich um seine Vermittlung in den Differenzen mit den Niederlanden sowie um seine Unterstützung in den Angelegenheiten von Preußen und Pommern, besonders wenn es einmal zu ernstlich gemeinten Friedensunterhandlungen komme; was aber die unmittelbare Verbindung mit ihm, die in dem Beitritt zu dem Bunde von Heilbronn gelegen hätte, anbelangt, so verschob er alles auf die Kommunikationen, die er mit dem Hofe von Sachsen pflegen werde, von dem er sich nicht absondern könne, schon deshalb nicht, weil dieser sein Nachbar sonst in bezug auf ihn das nämliche tun werde.

In dieser Zeit gewann alles dadurch einen neuen Charakter, daß Wallenstein, der der Sache des Kaisers vor und nach der Schlacht bei Lützen wieder einen nachhaltigen Bestand gegeben hatte und der bei seiner zweiten Heerführung eine noch selbständigere Stellung einnahm als bei der ersten, eine Pazifikation, bei der das vornehmste Interesse der protestantischen Fürsten gewahrt wurde, in Vorschlag brachte: sie sollten nicht allein zu keiner Restitution der geistlichen Güter genötigt, auch die Gesamtverfassung des Reiches sollte nach ihren Entwürfen hergestellt werden, mit dem Willen des Kaisers oder gegen ihn. Mehr als einmal kam Georg Wilhelm mit den Waffen und den Plänen Wallensteins in Berührung; er war weit entfernt davon, Vertrauen zu ihm zu fassen.

Als nun in den ersten Wochen des Jahres 1634 die Pläne Wallensteins reiften, wurde Hans Georg von Arnim von Dresden, wo man sehr geneigt war, sie zu unterstützen, nach Berlin geschickt, um auch den Kurfürsten von Brandenburg dafür zu gewinnen. Bei den meisten Räten desselben stieß er, obgleich die allgemeinen Reformpläne großenteils die ihren waren, auf Abneigung und Widerspruch; sie bestanden darauf, erst mit den

Schweden, die sie noch fortfuhren als Alliierte zu betrachten, Rücksprache zu nehmen. Arnim fand nur bei Schwarzenberg Gehör und versuchte dann den Kurfürsten persönlich auf seine Seite zu ziehen. Dieser war damals durch Krankheit genötigt, das Bett zu hüten, was ihn aber nicht abhielt, Arnim eine Audienz zu geben; das Schwanken seiner Politik kam dabei zu persönlicher Erscheinung. Er mochte sich nicht für Schweden erklären, weil man ihm gesagt hatte, er könne, wenn er mit dieser Macht verbunden bleibe, nimmermehr auf die Erwerbung von Pommern rechnen. Aber mit Wallenstein in ein näheres Verhältnis zu treten, trug er doch wegen der Unzuverlässigkeit desselben großes Bedenken; er dürfte sich, sagte er, am Ende selber noch für Frankreich und Schweden erklären; oder aber wenn er sich mit dem Kaiser entzweie, könne dieser doch die Oberhand davontragen und wiederum zum Meister von Deutschland werden. Für ihn war das eine und das andere gleich unzuträglich, das volle Übergewicht der Franzosen und Schweden sowohl wie die Rückkehr der kaiserlichen Suprematie. Nur eins stand ihm fest, daß er an der Verbindung mit Sachsen festhalten müsse. „Nein", rief er aus, „von Sachsen will ich mich nicht sondern." Der Erfolg zeigte, daß Georg Wilhelm bei aller seiner zaghaften Nachgiebigkeit die Sache doch nicht unrichtig beurteilt hatte. Eben das geschah, was ihm wahrscheinlich vorgekommen war: bei dem Ausbruch der Entzweiung zwischen Wallenstein und dem Kaiser behielt dieser den Platz.

Und damit trat ein allgemeiner Umschwung in den Verhältnissen ein, wie er ihn vorausgesehen hatte. Indem das Wallensteinsche Heer sich dem Kaiser anschloß, bekam die kaiserliche Autorität, von den Spaniern aufs beste unterstützt, das Übergewicht. Nach einigen Monaten erfolgte die Schlacht von Nördlingen, welche allen Angelegenheiten eine andere Wendung gab. Die Niederlage, welche die Schweden erlitten, entriß ihnen ihr Ansehen in Deutschland, das bereits mehr auf Furcht als auf Hinneigung beruhte.

Der Kurfürst von Sachsen fühlte sich infolge dieser Wendung der Dinge bewogen, den Frieden zu Prag zu schließen, in welchem allerdings nun auch der Kaiser das Restitutionsedikt fallen ließ; die Religionsverhältnisse sollten in den Zustand wiederhergestellt werden, in dem sie sich vor dem Erlaß des Edikts im Jahre 1627 befunden hatten. Man rechnete dabei auf die Akzession von Brandenburg, die zugleich eine Trennung von Schweden in sich schloß, da ja die Verbindung der beiden Fürsten mit Schweden

von der Opposition gegen das Edikt hergekommen war. Sollte nun aber Brandenburg auch hierin dem Beispiele Sachsens folgen? Am Tage liegt, daß durch den Prager Frieden den gerechten Forderungen und Ansprüchen des Protestantismus, dessen Bedrängnisse lange vor 1627 angefangen hatten, keine Befriedigung widerfuhr. Aber auch unter anderen Gesichtspunkten enthielt diese Anmutung eine der schwersten Fragen, welche jemals der brandenburgischen Politik vorgelegt worden ist; sie umfaßte die damalige Lage des Staatswesens und schien über seine Zukunft zu entscheiden. In der Relation über seine Reise bemerkt Feuquières, Georg Wilhelm würde der mächtigste Fürst in Deutschland sein, wenn nicht seine Territorien von anderen in Besitz genommen wären; so werde ihm Jülich-Kleve, soweit er es dem Pfalzgrafen von Neuburg gegenüber besitze, doch von den Holländern faktisch vorenthalten; Einkünfte könne er daraus nicht ziehen; dasselbe geschehe in Preußen von den Schweden; in dem vornehmsten Lande, der Mark, auf welcher die kurfürstliche Würde beruhe, seien denselben einige feste Plätze eingeräumt worden; der Kurfürst richte seine ganze Aufmerksamkeit auf Pommern, dessen Heimfall ihm nicht bestritten werden könne, sobald der sehr gebrechliche Herzog sterbe; er wünsche, daß derselbe nur so lange leben möge, bis ein Vertrag mit Schweden geschlossen sei. Statt des Prager Friedens hätte Georg Wilhelm einen anderen gewünscht, der ein friedliches Verständnis mit Frankreich und Schweden möglich gemacht hätte; er erschrak bei dem Gedanken, daß er von einer Partei auf die andere übergehen, daß er gegen die streiten solle, mit denen er bisher verbunden gewesen war. Aber nicht zum Frieden ließen sich die allgemeinen Angelegenheiten an, sondern zum entschiedensten Kriege. Infolge der Schlacht von Nördlingen (1634) wurden die Spanier mächtig genug, um in Frankreich einzudringen, und setzten alles in Schrecken, ausgenommen den großen Kardinal und seinen Vertrauten, Pater Joseph, denen es denn gelang, Frankreich widerstandsfähig zu machen. In diesem Kriege trennte sich Europa noch mehr als bisher in zwei Parteien. Zwischen denen mußte der Kurfürst von Brandenburg wählen; die Erwägung seiner Lage führte ihn zur kaiserlichen Partei hinüber. Man durfte noch nicht hoffen, daß Holland in Jülich oder Schweden in Pommern auf die Stellung, die sie eingenommen hatten, Verzicht leisten würden; und von Frankreich ließ sich in der Bedrängnis, in der es noch immer war, keine erfolgreiche Einwirkung auf diese beiden Mächte erwarten. Die Autorität von

Kaiser und Reich war zu tief gewurzelt, als daß man sich ihrer hätte entschlagen können. Die Stände der Mark waren wenigstens zum Teil gut kaiserlich; und beruhte nicht jener Anspruch auf Pommern auf den erteilten Anwartschaften von Kaiser und Reich? Nur mit deren Hilfe konnte man sie durchsetzen. Eine Vereinbarung mit dem Kaiser ließ ein erträgliches Verhältnis in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten erwarten. Und wie dann, wenn man die Aufforderung zum Beitritt zurückwies und sich mit dem Kaiser entzweite? Dem Kurfürsten wurde gesagt, Schweden könne ihm sein Land verwüsten, der Kaiser könne es ihm nehmen: man brachte ihm die pfälzischen Ereignisse in Erinnerung, die Destruktion des Pfalzgrafen-Kurfürsten, den keine fremde Einwirkung wiederherzustellen vermocht habe. So geschah es, daß Schwarzenberg über die anderen Mitglieder des Geheimen Rates, welche ihren protestantischen Sympathien treu blieben, das Übergewicht davontrug. Das wichtigste Moment dafür lag ohne Zweifel in dem Artikel des Prager Friedens, welcher besagte: wenn der Kurfürst von Brandenburg beitrete, so solle er der Anwartschaft besonders auf Pommern und der darüber erlangten Belehnungen versichert sein und dabei von dem Kaiser geschützt werden. Was konnte Schweden diesem Versprechen entgegensetzen? Was auch im Laufe der Unterhandlungen gesagt werden mochte, die Intention dieser Macht, an der deutschen Küste sich festzusetzen, war unzweifelhaft; sie lief den Ansprüchen Brandenburgs geradezu entgegen. Es erschien als ein unschätzbarer Vorteil des Friedens, daß die älteste und größte Anwartschaft des Hauses von Kaiser und Reich in Schutz genommen werden sollte.

Und nicht ganz und gar dachte Brandenburg das Interesse Österreichs zu dem seinen zu machen. Bei der Akzession zu dem Frieden fügte es noch einige Einschränkungen hinzu, vor allem die Wiederholung des Reservates zugunsten der Rechte der pfälzischen Familie sowie des kurfürstlichen Kollegiums und den Vorbehalt, nicht selbst beitragen zu müssen, um die von der Amnestie ausgeschlossen Bleibenden zu bekämpfen.

Der Kaiser hat in seiner Rückantwort diese Einschränkungen weder ausdrücklich zurückgewiesen noch auch ausdrücklich angenommen. Aber schon aus der Forderung sieht man, daß Brandenburg überhaupt nicht gemeint war, die alte Politik durchaus aufzugeben. Dieselbe Gesinnung trat hervor, als man sich entschloß, nach dem Wunsche des Kaisers den Sohn desselben, den König von Ungarn, zum römischen König zu erheben. In der

Kapitulation, die ihm vorgeschrieben wurde, versäumte man nicht, sich vor ähnlichen Übergriffen, wie Ferdinand II. sie vorgenommen, sicherzustellen. Ausdrücklich werden Achtserklärungen, wie die zuletzt ergangene, ohne Einwilligung des Kurfürstenrates verboten, selbst für den Fall, der damals zur Entschuldigung hatte dienen sollen, daß die Empörung notorisch und unzweifelhaft sei. Auch in der pommernschen Angelegenheit nahmen die zur Wahl versammelten Kurfürsten Partei für Brandenburg. Sie verwarfen den Anspruch der Schweden, zur Sicherung der ihnen zu zahlenden Abfertigungsgelder einen Teil von Pommern besetzt zu halten; sie mißbilligten den von Gustav Adolf mit Bogislaw XIV. geschlossenen Vertrag; von einer Satisfaktion für Schweden wollten sie vollends nichts hören, denn dafür sei keinerlei Grund vorhanden: sehr geringfügig sei, was Schweden selbst aufgewendet habe. Auf diese Grundlagen war es, daß sich Georg Wilhelm mit dem Kaiser vereinigte. Sein ganzer Eifer war darauf gerichtet, Pommern für sein Haus zu erwerben in Verbindung mit Kaiser und Reich; er ließ sich dafür eine große Beeinträchtigung seiner territorialen Selbständigkeit gefallen; er willigte in die Forderung, daß die Truppen, die er ins Feld stellte, zugleich für Kaiser und Reich in Pflicht genommen wurden. Aber nur wenig befriedigend waren die Erfolge des Krieges, der unter diesen Auspizien unternommen wurde. Die Schweden behaupteten sich nicht allein in Pommern gegen die Angriffe der Kaiserlichen und der Sachsen; sie drangen auch selbst in die Mark ein. Und hier zeigten sich denn die schädlichen Folgen, die der Wechsel eines politischen Systems, welcher die Beistimmung der Bevölkerung nicht hat, immer nach sich zieht. Indem Schwarzenberg den Kurfürsten auf die Seite des Kaisers hinüberzog, behielten die Schweden die Sympathien der Einwohner; man sah es bei der ersten feindlichen Begegnung, als Wrangel in die Mark eindrang. Er fand nicht allein nirgends Widerstand; die Stadt Berlin versicherte ihm, sie habe an den Ratschlägen und Entschlüssen des Hofes keinen Anteil. So bemerkte man auch in Pommern den Widerstreit der religiösen Interessen, die dem Frieden entgegenliefen, mit der Autorität des Reiches, die zu demselben geführt hätte. Wie wurden die letzten Jahre des Pommernherzogs durch diesen Gegensatz getrübt und umwölkt; er widerstrebte in seiner Seele der Herrschaft der Schweden, die er doch vor seinen Augen in seinem Lande immer stärker werden sah. Sein Tod (Mai 1637) hatte vor allem die

Wirkung, daß die großen Streitfragen, die nicht allein Pommern, sondern das ganze Reich betrafen, in voller Schärfe hervortraten.

Die Schweden nahmen infolge des ersten Vertrages Pommern zunächst für sich selbst in Anspruch. Der Kurfürst von Brandenburg, der diesen Vertrag nie angenommen hatte, erließ Besitzergreifungspatente und veranstaltete Werbungen, um mit dem heranziehenden kaiserlichen Heere zugleich das Herzogtum, wo sein Recht ein altanerkanntes war, in Besitz zu nehmen. Und diesmal schienen günstige Gestirne über dem Unternehmen aufzugehen. Die Schweden wurden von den märkischen Grenzen überall zurückgedrängt; sie verloren Havelberg, die Werbener Schanze und Schwedt. Im Frühjahr 1638 gelang es den Brandenburgern unter Klitzing, der mit einer für diese Zeit ansehnlichen Kriegsmacht, 2000 Mann zu Fuß, 400 Dragonern erschien, die Stadt Garz, auf deren Besitz man von jeher vielen Wert legte, in raschem Anlauf zu erobern und den schwedischen Befehlshaber gefangen abzuführen. In Vorpommern wurden die Schweden auf wenige Küstenplätze, Stralsund, Anklam und Greifswalde, eingeschränkt; es gewann doch wirklich den Anschein, als ob das Land zugleich für das Reich und Brandenburg noch würde erobert werden können. Man versichert, in Schweden würde damals eine für beide Teile erträgliche Abkunft zu erreichen gewesen sein. Da aber zeigte sich noch einmal, daß der Krieg, der aus einer allgemeinen europäischen Kombination entsprungen war, durch provinziale und lokale Anstrengungen nicht beendigt werden konnte. In dem französisch-spanischen Konflikt, welcher alles beherrschte, trat ein Augenblick ein, wo auch Frankreich nicht abgeneigt gewesen wäre, einen Stillstand zu schließen; es hätte dann vielleicht Schweden seinem Schicksal überlassen. Aber wenn man auf die Bedingungen zu reden kam, die von beiden Seiten in Vorschlag gebracht wurden, so stellte sich die Unmöglichkeit einer Vereinbarung heraus. Um Spanien zu befriedigen, hätte der Kardinal die wichtigsten Resultate seiner äußeren Politik aufgeben müssen; er entschloß sich im Gegenteil, noch einmal alle Kräfte, die ihm zu Gebote standen, dagegen aufzubieten und den alten Allianzen, die bereits lau geworden waren, neuen Antrieb zu geben. Die wichtigste von allen war die mit den Schweden, durch welche acht Jahre früher die Übermacht Österreichs in Deutschland gebrochen worden war; man wollte sie nicht aus Deutschland verjagen lassen. Durch die Subsidien, die Frankreich anbot, wurde dann auch der schwedische Reichsrat,

der ein Recht zu haben glaubte, das Erworbene zu behaupten, zu neuen Kriegsrüstungen vermocht.

Ein nicht geringer Vorteil war es, daß Schweden infolge des Vertrages von Stuhmsdorf von Polen nichts zu fürchten hatte. Dieser Vertrag, bei dessen Abschluß Markgraf Sigismund besonders tätig war, enthielt insofern einen Vorteil für Brandenburg, als der Besitz der preußischen Küsten gegen Räumung von Marienburg dem Kurfürsten zurückgegeben wurde. Allein damit war ein anderer großer Nachteil verbunden. Der zwanzigjährige Waffenstillstand war bei weitem mehr das Werk von Frankreich, welches dadurch zu erreichen wünschte und erreichte, daß die Schweden ihre Kräfte nach Deutschland richten konnten. Welch ein Irrweg der Politik, daß Brandenburg, indem es im Bunde mit Kaiser und Reich die Schweden aus Deutschland zu entfernen sich anstrengte, diese zugleich durch den in Preußen geschlossenen Vertrag in den Stand setzen half, ebendort ihre Kräfte zu vereinigen. Der schwedische General konnte dann eine überlegene Macht bei Stettin aufstellen (Sommer 1638). Die neuangekommenen Truppen ließ er in den festen Plätzen zurück. Mit den Veteranen warf er sich ins Feld; ohne viel Mühe nahm er Garz wieder in Besitz und schleifte es. An einer Wiedereroberung Pommerns für Brandenburg war dann nicht zu denken; den Kaiserlichen wurden die Schweden gefährlicher, als diese ihnen.

Die Entscheidung über das Schicksal Pommerns hing aufs neue von den Wechselfällen des zwischen Frankreich und Spanien entbrannten Krieges, der die Welt umfaßte, ab, Die brandenburgischen Streitkräfte lösten sich vollends auf, als der Kurfürst mit seinem Sohne seine Sicherheit in Preußen suchte. Schwarzenberg, der als Statthalter zurückblieb, hatte nun die Aufgabe, den provinzialen Krieg durchzuführen, der auf seinen Rat unternommen worden war. Von ihm hing die Administration des Landes und das Militärwesen ab. Die Befehlshaber in den Festungen, die sich glücklicherweise noch hielten, waren meist seine persönlichen Anhänger. Doch dachte er keineswegs nachzugeben; zuweilen war von umfassenden Unternehmungen unter sächsischer Mitwirkung die Rede. Die Brandenburger machten Streifzüge gegen die schwedischen Quartiere in Pommern; diese vergalten dieselbe durch Einfälle und Plünderung in der Mark. Genug, ein bitterer, verwüstender, hoffnungsloser Krieg war im Gange, als Georg Wilhelm starb.

Kurfürst Georg Wilhelm und das Staatswesen, das er vorfand, waren den Stürmen der Zeit, wie sie nunmehr wurde, nicht ge-

Louise Henriette, die erste Gemahlin des Großen Kurfürsten.
Nach dem Gemälde von Gerard van Honthorst.

Kurfürstin Dorothea, die zweite Gemahlin des Großen Kurfürsten.
Nach dem Gemälde von Vaillant im Berliner Schloß.

wachsen. Es war eben die, in welcher der Gegensatz zwischen Religion und Reich alle Staatsbildungen, welche auf beide begründet waren, zersetzte und mit Auflösung bedrohte[1].

Bisher hatte sich der Widerstreit, obwohl von universaler Natur, doch mehr in kleinen Gegensätzen bewegt, in denen auch geringere Kräfte zur Geltung kommen konnten. Da hatte Brandenburg die Grundlagen seiner Macht erworben, ansehnliche Landschaften im Osten und Westen vereinigt und seine eigentümliche Politik eingeschlagen. Im Dreißigjährigen Kriege aber nahm alles größere Dimensionen an, da konnte ein aus verschiedenen und entlegenen Bestandteilen zusammengesetztes Staatswesen wie das brandenburgische zu keiner Konsistenz noch Einwirkung auf die Welt gelangen; es war schon genug, wenn es nicht geradehin zugrunde gerichtet wurde. Georg Wilhelm empfing seine Impulse von den Gefahren, die ihn bedrohten. In seinen ersten Regierungsjahren lief er Gefahr, in den Ruin des pfälzischen Hauses mitverwickelt zu werden. Nicht so unbegründet, wie man annimmt, war seine Besorgnis, von der Reichsacht, die damals wieder furchtbar geworden war, betroffen zu werden. Indem er alles vermied, was dazu Anlaß geben konnte, begegnete ihm, daß das Restitutionsedikt die Existenz seines Kurfürstentums und seines Herzogtums in Frage stellte. Hierauf trat er nicht ohne Vorgefühl des Ungemachs, das daraus entspringen dürfte, aber durch die äußerste Gefahr gedrängt, schrittweise auf die entgegengesetzte Seite und schloß sich dem König von Schweden an.

Kein Zweifel, daß dies die Bedingung der Erhaltung Brandenburgs in der eigentümlichen Bildung, die es verlangt hatte, war. Nach der Hand aber wurden auch die Schweden höchst beschwerlich, für niemand mehr als das Haus Brandenburg, dem sie in seiner größten Aussicht entgegentraten. Es war zwischen zwei Mächten eingeengt, die, wie jene kyaneischen Felsen der ältesten Schiffahrtssage unaufhörlich aufeinanderstoßend, alles, was in ihre Mitte geriet, zu zerquetschen drohten. Zuletzt trat Georg Wilhelm, zufrieden, das Bestehen und den protestantischen Charakter seiner Landschaften jetzt auch von seiten des Kaisers gesichert zu sehen, zur Durchführung seines vornehmsten territorialen Anspruches in Bund mit demselben gegen die Schweden.

[1] Er hatte noch nicht von der wirksamsten Idee Besitz ergriffen, welche das neue Europa beherrschte, von der Idee einer völlig autonomen und eigenwilligen Staatsgewalt. Vgl. hierzu Reformation II, 352 und 375 sowie III, 21. Erst der Große Kurfürst brachte diese Idee auch in Brandenburg zu dauernder Herrschaft.

Nicht Schwachheit oder übermäßige Abhängigkeit von dem Kaiser haben ihm die brandenburgischen Staatsmänner jener Zeit zum Vorwurf gemacht, vielmehr unbedachtsamen Ehrgeiz; er habe durch Verbindung mit anderen und eigene Truppenwerbungen sich Ansehen gewinnen wollen; aber wie wenig habe der Erfolg seinen Erwartungen entsprochen; von seinen Verbündeten sei das Land vor seinen Augen verwüstet worden; er, der Kurfürst selbst, habe kaum mehr zu leben gehabt und sich nach Preußen flüchten müssen. In dem Kampfe gegen die Schweden in Pommern, den er dergestalt unternahm, ward er von dem Rückschlage, den die Verbündeten des Hauses Österreich von den Gegnern desselben zu erfahren hatten, betroffen. Sein Mißgeschick rührte von der Verschiedenheit und Entlegenheit seiner Provinzen, den Entzweiungen seiner Räte her, die er zu überwinden nicht die persönlichen Eigenschaften besaß, vor allem aber von der Überlegenheit der großen im Kampfe begriffenen Weltelemente und der Mangelhaftigkeit seiner eigenen Macht. Durch die Stürme und Ungewitter, welche die Zeit bedrängten, rettete Georg Wilhelm wenigstens den dynastischen Besitz seiner Landschaften, nicht jedoch ohne schwere Beschädigung; er hinterließ sie in der äußersten Gefahr und Bedrängnis. Aber in einem solchen Zustand hatte das brandenburgische Staatswesen wenig Wert für die Welt. Diese durch die Vorgänger friedlich und umsichtig zusammengebrachten Landschaften boten keine Gewähr dar, zu einem eigentümlichen und bedeutenden Dasein zu gelangen. Es wäre denn der Nachfolger aus härterem Metall gegossen, vom Genius belebt und von besserem Glücke begünstigt worden.

DRITTES BUCH

DER GROSSE KURFÜRST

Erstes Kapitel.

Die ersten Regierungsjahre des Großen Kurfürsten.
Verzicht auf Vorpommern.

Anders ist es überhaupt wohl nicht: die Eindrücke, welche die jugendliche Seele empfängt, wirken auf das ganze folgende Leben ein. Und nicht von dem Zufall werden sie hervorgebracht. Die Ereignisse der Zeit, die Traditionen der Familie, der Ehrgeiz der Altvordern, ein geheimes Gefühl der eigenen Kraft erfüllen die Seele mit Entwürfen, Erwartungen und Phantasien und geben ihr eine Richtung, die das ganze Leben durchzieht.

Der Sohn Georg Wilhelms, der erste Friedrich Wilhelm in der Reihe der brandenburgischen Fürsten (geb. 1620), war durch seine Mutter der Neffe jenes Friedrich V., der durch seine Unternehmungen und seine Katastrophe in Böhmen den Anlaß zu der universalen Verwicklung, welche die Zeit beherrschte, gegeben hat; und zugleich durch die Schwester seines Vaters der Neffe Gustav Adolfs; gleichsam von Geburt gehörte er in die Reihe der Fürsten, die sich der Macht des Hauses Österreich entgegensetzten; aber noch mehr, er wurde als der künftige Erbe Gustav Adolfs betrachtet. Es war unzweifelhaft ein Glück für ihn, daß er in früher Jugend, sieben Jahre alt, durch die Fürsorge der Mutter von dem tumultuarischen und bei aller Not der Zeit üppigen Hofe entfernt und nach dem zur Landesverteidigung bestimmten und wieder ausschließend brandenburgischen Küstrin gebracht wurde. Hier konnten seine gesunden Naturgaben ungestört sich entwickeln; er nahm die Elemente alles Wissens in sich auf; er faßte langsam, aber scharf; besonders die Unterweisung über göttliche Dinge schlug in seinem lebendigen, für das, was Religion ist, empfänglichen Gemüt tiefe Wurzel. Ein glücklich gewählter Erzieher, der die Welt kannte und eine feste Gesinnung in sich trug, Romilian Kalkum, genannt Leuchtmar, leitete seine Studien und seine Vergnügungen; diese bestanden besonders in dem Weidwerk, nicht allein in der Hasenhetze, sondern auch in der Jagd

von Hirschen, selbst Ebern, wobei der Prinz Gewandtheit und Herzhaftigkeit zeigte.

König Gustav Adolf soll Wohlgefallen an seinem Wesen gefunden und ihn zu seinem Eidam und dereinstigen Nachfolger bestimmt haben. Nach einiger Zeit finden wir den jungen Fürsten an dem Hoflager der Königin zu Wolgast, wo ihm denn auch beschieden war, an dem Leichenzuge nach dem Schiffe teilzunehmen, welches den Körper des in der Schlacht gefallenen Königs nach Schweden überführte.

In dem Familienrat ist über die Verbindung Friedrich Wilhelms mit der jungen Königin von Schweden schon damals beratschlagt worden; trotz der Schwierigkeiten, die man sich nicht verhehlte, hat man doch den Plan an sich gebilligt. In Pommern wurde der Prinz von Hohen und Geringen als der unzweifelhafte Erbe des Landes bewillkommt. Welch eine Zukunft, die sich vor ihm auftat! Schweden, das auch Finnland und Livland begriff, das Herzogtum Preußen, das ausgebreitete mächtige Pommern zu beherrschen und zugleich Kurfürst von Brandenburg zu sein und in Jülich-Kleve, woher sein Erzieher stammte, in nahe Verbindung mit den Niederlanden zu treten, alles zugleich als Vorfechter des protestantischen Glaubens, dem er mit aller Kraft seines religiösen Bewußtseins anhing — eine Stellung von unendlicher Wichtigkeit für das Deutsche Reich und Europa. Freilich war das alles in weiter und ungewisser Ferne.

In den Jahren 1633—1634 wurde die Mark von den Wechselfällen des Krieges zwischen Schweden und dem Kaiser bedroht und erreicht. Die Mutter hielt für ratsam, ihren Sohn nach den Niederlanden reisen zu lassen, wo sich ihre Familie aufhielt, ihre Schwägerin, die verjagte Königin von Böhmen, ein Asyl gefunden hatte. In Begleitung des Erziehers besuchte der Kurprinz die Universität Leyden, bald darauf auch das Feldlager des Prinzen von Oranien.

Er hatte bei aller seiner Jugend Selbstbeherrschung genug, um den Verführungen einer holländischen Mitternacht zu widerstehen. Er lebte bereits in dem Mitgefühl der großen Angelegenheiten, in dem dort vorherrschenden antiösterreichischen Sinne. Wie tief mußte es ihn betreffen, daß nun eben damals sein Vater den Prager Frieden annahm und in die engste Verbindung mit dem Hause Österreich trat. Vater und Sohn gehörten dann den entgegengesetzten und miteinander kämpfenden Weltmächten an. Eine Entfremdung zwischen ihnen selbst konnte nicht ausbleiben. Für den Prinzen war eine kleine, doch möglichst fürst-

liche Hofhaltung in Arnheim eingerichtet worden, durch die er in unmittelbare Verbindung mit den Ständen von Kleve kam. Da wurde nun der Gedanke gefaßt, daß er zum Statthalter des Landes erhoben werden solle. Man bestimmte ihm eine der Damen aus dem Hause Pfalz, eine der Töchter der Königin, zur Gemahlin; die Stände meinten, unter seiner Führung alsdann eine neutrale und von den jeweiligen Velleitäten des brandenburgischen Hofes unabhängige Stellung zu gewinnen. Kurfürst Georg Wilhelm war empört darüber: das sei ja eben, sagte er, als sei man in Kleve seiner müde. Er besorgte, daß alle die deutschen Fürsten, welche dem Prager Frieden widerstrebten, sich seinem Sohne anschließen würden. Er versagte ihm nicht allein die Statthalterschaft, sondern drang auf seine Rückkehr nach Hause. Dem Vater gehorsam, fügte sich der Kurprinz dieser Weisung, obgleich er dadurch von der Ausführung eines Planes, der prinzipiell seinen Hinneigungen entsprach, abberufen wurde. Die Überlieferung ist, er habe den dunkeln und umfassenden Absichten des ersten Ministers, denen er durch seine längere Abwesenheit Raum geben würde, durch seine Rückkehr in den Weg treten wollen. Daraus konnte aber nur ein sehr widerwärtiges Verhältnis entspringen. Der Kurprinz sah sich vernachlässigt, von allen Beratungen ausgeschlossen und fürchtete, man stehe ihm selbst nach dem Leben; eine Krankheit, in die er verfiel, schrieb er einem vergifteten Brote zu, das ihm bei einem Gastmahl Schwarzenbergs gereicht worden sei[1]. Nach seiner Genesung folgte er seinem Vater nach Preußen, wo seine Stimmung sich nicht verbessern konnte; was er erfuhr, war eben das Gegenteil von dem, was er wünschte. Der Zustand von Melancholie, in den er dort in Königsberg verfiel, bewog den Minister, bei dem Kurfürsten darauf anzutragen, ihm ein Besitztum zu verleihen, das ihm Beschäftigung und freie Bewegung gewähre. Der Prinz selbst fuhr fort, Schwarzenberg als seinen geschworenen Feind zu betrachten; er geriet in Aufwallung, wenn man seinen Namen nur nannte. Er blieb nach wie vor der Meinung, man wolle sich seiner entledigen; wäre dies einmal geschehen, so würde der jüngere Schwarzenberg, Sohn

[1] Auch die Jugendgeschichte des Großen Kurfürsten hat ihre Legende, in der diese Vergiftung eine große Rolle spielt. Sie stammt aus einer Mitteilung desselben an den Maler Garliep. Auch die vorhergegangene Reise wird den bösen Absichten des Grafen Schwarzenberg zugeschrieben. Das letzte ist nun offenbar falsch: kaum kann es der Kurfürst behauptet haben. Das erste aber hat er immer für wahr gehalten, schwerlich mit Recht. Die näheren Nachrichten über seine damalige Krankheit lassen die Annahme einer vorgängigen Vergiftung nicht zu.

des Ministers, danach streben, das Herzogtum Kleve und das Kurfürstentum Brandenburg zu erlangen; der Vater denke und unterhandle bereits darüber, Kardinal der römischen Kirche zu werden, was ihm den Vorrang vor allen Reichsfürsten verschaffen würde. Eben diesen Minister fand Friedrich Wilhelm nun bei dem Tode seines Vaters (1640) in dem Besitz einer beinahe selbständigen Macht. Überhaupt fühlte sich der junge Fürst, indem er zur Regierung gelangte, in einer sehr bedrängten Lage. Er habe, sagte er später einmal, keine Freunde gefunden, sondern nur Feinde und keine Mittel gegen diese; alle seine Ämter und Gefälle seien versetzt, die Kurlande von Freunden sowohl wie von Feinden verwüstet, die Festungen von dem Notdürftigsten entblößt und gleichsam in feindlicher Haltung gewesen.

Seine Sukzession in Preußen selbst war nicht außer Frage; in den Kurlanden, wo sie unantastbar feststand, war doch durch die erwähnte Stellung Schwarzenbergs die wirkliche Ausübung der höchsten Autorität auf eine Weise beschränkt, die selbst eine Gefahr in sich schloß; der doppelte Eid, den die Truppen hatten schwören müssen, gab ihnen eine Art von Unabhängigkeit dem Landesherrn gegenüber. An und für sich sollte der Eid nur für diejenigen gelten, welche in das Feld geführt wurden. Die Befehlshaber in den Festungen, die dem Kurfürsten vorbehalten blieben, waren nicht genötigt, denselben zu schwören; allein das hinderte nicht, daß solche, die ihn geschworen hatten, Befehlshaber der Festungen wurden. Auf deren intakter Behauptung aber beruhte jetzt die Landesherrschaft. Es waren Küstrin, Oderberg, Peitz, Spandau, Berlin, die Werbener Schanze. Man hielt den Statthalter, dessen Anhänger die meisten Befehlshaber waren, Burgsdorf in Küstrin ausgenommen, für fähig, kaiserliche Völker in dieselben einführen zu lassen, was eine Entfremdung des Landes von der Dynastie hätte veranlassen können. Um dies zu verhindern und seines angestammten Gebietes Meister zu werden, bedurfte es für den jungen Fürsten einer Verbindung von Entschlossenheit und kluger Umsicht, mit welcher sonst nur unrechtmäßige Herrscher ihre Gegner gestürzt und sich selbst in Besitz der Gewalt gesetzt haben. Friedrich Wilhelm begnügte sich anfangs mit dem Handschlag der Obersten; erst später ließ er sie für sich allein in Pflicht nehmen. Doch wurden die Befehlshaber in Küstrin und Peitz ausdrücklich angewiesen, keine kaiserlichen Besatzungen aufzunehmen, wer es auch sein möge, der sie schicke. Man kann dies als den Moment ansehen, in welchem die erst vor kurzem begründete brandenburgische Kriegsmacht, die

entweder den schwedischen oder kaiserlichen Waffen gefolgt und von fremder Leitung abhängig gewesen war, in den ausschließenden Gehorsam des Landesfürsten zurückkehrte. Die ersten gegenseitigen Mitteilungen, welche zwischen dem Kurfürsten und Schwarzenberg in bezug auf allgemeine Politik gewechselt wurden, lauteten noch vertraulich; bald aber folgte eine Differenz, und zwar von diplomatischer Natur. Friedrich Wilhelm gab den brandenburgischen Gesandten auf dem wiedervereinigten Reichstag zu Regensburg unmittelbar den Befehl, bei der Verhandlung über die schwedische Entschädigung sich des eigentlichen Votierens zu enthalten und alles nur unter dem Vorbehalt der Berichterstattung an ihn anzunehmen. Die Verhandlungen waren von prinzipieller Wichtigkeit. Schwarzenberg verhehlte nicht, daß von einer Entschädigung der Schweden durch pommersches Gebiet die Rede sei; denn in der Tat hielt nicht allein der Kaiser, sondern auch viele Stände dafür, daß man den Frieden im Reiche mit einer Satisfaktion der Schweden erkaufen müsse; Schwarzenberg bemerkte, daß dabei zugleich doch eine entsprechende Entschädigung für den Kurfürsten in Aussicht genommen sei, und machte denselben aufmerksam, er werde sich dieser Rekompensen berauben, wenn er sich an den Verhandlungen am Reichstage über die Sache nicht mehr beteilige. Man begreift, daß er mit seinen Einwendungen nichts ausrichtete; denn eben darauf kam es dem jungen Fürsten an, sich von dem überwiegenden Einfluß des Statthalters politisch und militärisch zu emanzipieren. Der entscheidendste Schritt auf dieser Bahn war, daß der Kurfürst überhaupt von der Fortsetzung des Krieges zwischen der Mark und Pommern nichts mehr hören wollte; denn eben auf den Kriegsveranstaltungen beruhte die Autorität des Statthalters. Der Kurfürst erließ den Befehl, keinerlei Einfälle von den Marken aus in Pommern zu unternehmen, weil das den Feind reize. Schwarzenberg wandte ein, daß das nur die Schweden um so dreister mache und dem Lande nichts helfe; bei Kaiser und Reich dürfte das auch deshalb keine Billigung finden, weil dann die Schweden, von aller Besorgnis für ihre Plätze in Mecklenburg und Pommern frei, anderwärts im Reiche desto stärker auftreten würden. Friedrich Wilhelm antwortete, daß das nicht zu befürchten stehe, da er ja den Befehl jeden Augenblick widerrufen könne; und wie wenig nehme auch der Kaiser seinerseits Rücksichten auf Pommern und die Marken. Noch ein anderer Beweggrund bedeutendster Art wirkte hierbei auf Friedrich Wilhelm. Das Land, insofern es nicht von den Feinden bereits besetzt war,

namentlich Havelland und Zauche, vor allem die Hauptstadt, forderten einen Waffenstillstand, auch wegen der Gewalttaten der eigenen Völker. Der Kurfürst, an den sich die Stände und die Hauptstadt in ihren Streitigkeiten mit den Truppen und ihren Führern wendeten, entschied für jene. Bei einer Annäherung eines schwedischen Heerhaufens ließ Schwarzenberg die Vorstädte Berlins abbrennen, was einen um so peinlicheren Eindruck machte, als die Schweden doch nicht in die Nähe kamen. Der Stände sicher und selbst der Offiziere, die sich in das Notwendige fanden, konnte nun der Kurfürst Schwarzenberg aus den Geschäften entfernen. Schwarzenberg erhielt keine Entlassung in aller Form; aber er sah sich bei Seite gesetzt und dachte daran, abzudanken, als er durch die unerwartete Wendung der Dinge, welche kamen, erschüttert und gebrochen, mit Tode abging: den Wechsel des Geschickes konnte er nicht ertragen. Die Ausübung der Autorität ging nun eben an die über, welche von jeher seine Feinde gewesen waren: die alten Räte, Freunde von Schweden, wurden wieder herangezogen. Die Statthalterschaft übernahm Ernst von Jägerndorf, dem es gelang, dem letzten Widerstreben ein Ende zu machen. Nach vier Monaten innerer Gärung und Gefahr war der Kurfürst der Mark, d. h. der Landesteile Meister, welche noch nicht von dem Feinde okkupiert waren. Indessen war nun auch die Belehnung mit dem Herzogtum Preußen in Polen nachgesucht worden; allein auch hierbei fanden sich die größten Schwierigkeiten. Die Landboten wollten Preußen zu voller Untertänigkeit herabdrücken; und sie mißbilligten, daß die Verwaltung dem Kurfürsten überlassen würde, bevor er belehnt worden war. Die polnische Regierung knüpfte die Belehnung an Bedingungen, bei welchen es hauptsächlich darauf abgesehen war, die Seehäfen in ihre Hand zu bringen.

Kurfürst Friedrich Wilhelm seinerseits betrachtete die Belehnung als eine dem Könige allein zustehende Handlung, durch deren Vollziehung den Formen genügt werde, aber der Selbständigkeit des Landes kein Eintrag geschehe.

Auf dem polnischen Reichstage ist eine Protestation, die schon 1611 gegen das Verhältnis der Kurfürsten von Brandenburg zu Preußen eingebracht war, wiederholt worden, so daß, wenn die Landboten dabei mitzusprechen hatten, das ganze bisher von der polnischen Regierung eingehaltene Verfahren ungesetzmäßig erschienen wäre.

Aber dagegen waren die beiden Großkanzler des Reiches und durch ihre Vermittlung der Senat; die Autorität der polnischen

Regierung im Reich selbst hatte eine gewisse Beziehung zu einer von der Landbotenkammer unabhängigen Stellung des Herzogs in Preußen.

Und da nun der Kurfürst standhaft dabei blieb, daß er nicht verbunden sei, eine neue Bedingung einzugehen, wie er denn seinem Gesandten verbot, einen darauf zielenden Antrag auch nur zum Bericht an ihn anzunehmen, der König von Polen dagegen mit der ihm bewilligten Seezulage zufrieden war, so gelang es dem Kurfürsten, der auch kein anderes Mittel unversucht ließ, die Affektion der Magnaten sich zu verschaffen, unmittelbar nach dem Reichstagsschluß am 7. Oktober 1641 die Belehnung in den gewohnten Formen zu erlangen. Es fehlte da nicht an einem Versuche der Einrede; aber sie wurde durch den König beseitigt. Das polnisch-preußische Ereignis entspricht dem märkisch-deutschen: denn so weit war es gekommen, daß die landesfürstliche Gewalt weder in Preußen noch in der Mark mit voller Freiheit ausgeübt werden konnte. Hier ließ sich die Autonomie nur dadurch wiederherstellen, daß der Mann entfernt wurde, an dessen persönliche Stellung eine unzuträgliche Abhängigkeit namentlich von dem Kaiser geknüpft war; dort wurde der Versuch, die gewohnte Abhängigkeit durch neue Bedingungen zu verstärken, der in der Landbotenkammer gemacht wurde, durch Verbindung mit den entgegengesetzten Interessen des Königs und Senats vereitelt. In der Mark ergriff der Kurfürst die ererbte Macht; in Preußen ließ er sich keine neuen Beschränkungen aufbürden. Mit Berlin war er verbündet; Königsberg mußte erst durch Konzessionen gewonnen werden.

Die allervornehmste Aufmerksamkeit nahm Schweden in Anspruch, und zwar in doppelter Hinsicht. Einmal war den Kriegshandlungen selbst wenigstens durch einen Waffenstillstand ein Ende zu machen. Ein solcher wurde denn auch bereits am 14. Juli 1641 getroffen; denn auch den Schweden mußte daran liegen, sich dieser benachbarten Feindseligkeit, die unter einem kräftigen Fürsten gefährlich werden konnte, zu entledigen. Man kam überein, welche Ortschaften in den Händen der Schweden bleiben sollten; die ganze übrige Kurmark sollte in die Gewalt des Kurfürsten zurückkehren und der der Schweden entledigt sein. Mit diesem Vertrage hatte es jedoch eine eigentümliche Bewandtnis: seine volle Wirksamkeit war an den Austausch der Ratifikationen gebunden; ein solcher ist niemals erfolgt; nur das sachliche Interesse beider Teile kann es erklären, daß er dennoch als geschlossen betrachtet wurde. Aber man begreift es auch,

wenn über die Ausführung lebhafte Kontestationen eintraten. Man wurde inne, daß die Schweden auch die Altmark und selbst das Herrenmeistertum soviel wie möglich für sich behalten wollten; der Betrag der Kontributionen, der ohnehin dem Lande sehr beschwerlich fiel, würde dadurch vollends unerträglich geworden sein, wenn jene Landesteile nicht mehr zu demselben herbeigezogen worden wären. Vergeblich war eine Mission nach Stockholm im Sommer 1642; erst als die Schweden von einem Kriege mit Dänemark bedroht wurden, zeigten sie sich gefügiger. Im Juni 1644 ließen sie sich zu einem Vergleich herbei, durch welchen dem Kurfürsten, der erst das Jahr zuvor die Erbhuldigung in den verschiedenen Landschaften, aus denen die Mark bestand, in der einen nach der anderen empfangen hatte, die Städte Frankfurt und Crossen mit den dazugehörigen Schanzen zurückgegeben wurden unter der Bedingung, daß er sie nicht in die Hände der Feinde Schwedens geraten lasse.

Ein Vergleich, durch welchen der noch nicht ratifizierte Waffenstillstand gleichwohl Realität und das Kurfürstentum einen gesicherten Bestand erhielt. Dazu kam denn der große Umschlag, der in den Reichsangelegenheiten erfolgte.

Man wird den Schweden die Ehre nicht bestreiten dürfen, daß sie es gewesen sind, die das Machtverhältnis, welches sich durch den Prager Frieden gebildet hatte und welches den Protestantismus in einen sehr beschränkten Lebenskreis gebannt haben würde, auf immer zerstört haben. Wären sie geschlagen worden, so wäre an das Emporkommen des brandenburgisch-preußischen Staates niemals zu denken gewesen: seine Grundlage, die Idee der religiös-politischen Autonomie, würde dadurch vernichtet worden sein. Wie sehr aber würde sich dieselbe verstärkt haben, wenn nun zugleich eine unauflösliche Verbindung zwischen Brandenburg und Schweden zustande gekommen wäre. Davon durchdrungen, nahm der Kurfürst den Gedanken, der über seiner Kindheit geschwebt hatte, daß er mit der Königin von Schweden vermählt werden sollte, wieder auf. Daß Oxenstierna an den früheren Verhandlungen teilgenommen hat, ist unzweifelhaft. Wenn nicht weiter davon die Rede gewesen war, so schrieb man das in Brandenburg der Veränderung der Politik und bösen Ratschlägen ebensowohl zu wie der Jugend beider Teile. Nun aber vernahm man, daß die Königin wachse und gedeihe; Friedrich Wilhelm selbst war herangereift und ergriff die Aussicht, die sich ihm darbot, mit jugendlichem Eifer. Die Sachen lagen so, daß die Verbindung die größten Aussichten eröffnet hätte. „Er könne wohl", sagte der

Kurfürst, „seine Macht mit der der schwedischen Krone nicht vergleichen; aber seine Stellung im Reiche sei dazu angetan, daß eine Verbindung mit dem Kurfürstentum auch der Krone sehr nützlich werden könne." Es würde ihm selbst nicht übel gefallen haben, zugleich König von Schweden und Kurfürst von Brandenburg zu sein. Eine Potenz wäre geschaffen worden, die den Norden von Europa beherrscht und auf das Deutsche Reich maßgebenden Einfluß würde haben gewinnen können. Die Verbindung schien sehr natürlich. In Polen war man am eifrigsten dagegen, unmittelbar gefährlich wäre sie für Dänemark geworden; am kaiserlichen Hofe, wo man den Anwachs der brandenburgischen Territorien von jeher ungern gesehen hatte, erweckte das Vorhaben Bestürzung und Unruhe. Eben diese Rücksichten machten das Geheimnis bei einer so zarten Sache doppelt notwendig.

Bei der Sendung Leuchtmars nach Stockholm war die ganze Welt voll davon, daß sie nicht die Auseinandersetzung der über den Waffenstillstand ausgebrochenen Differenzen, noch etwas anderes, sondern lediglich diese große Angelegenheit zum Zweck haben könne. Über diese Voraussetzungen aber war auch die historische Kunde bisher noch nicht hinausgekommen; selbst den offiziellen Historiographen, von denen der schwedische das Vertrauen des Reichskanzlers besaß und der brandenburgische die geheimen Papiere benutzen konnte, ist von einer weiteren Verhandlung nichts bekanntgeworden. Dennoch hat eine solche eben in der Absicht, die man vermutete, stattgefunden. Aus einem spät bekannt gewordenen Tagebuch Leuchtmars, der seinem Zögling eine so glänzende und großartige Verbindung sehr gern verschafft hätte, ergibt sich, daß er darüber mit Oxenstierna, an den er gewiesen war, verhandelt hat. Der Reichskanzler erklärte sich weder dafür noch dawider; er stellte nicht in Abrede, daß die Vermählung für Schweden und dessen Staat sehr nützlich werden könne; aber alles hänge von dem Willen der jungen Königin ab, auf die er keinen Einfluß ausüben könne, und von den Reichsständen, ohne deren Einwilligung sie sich nicht verheiraten dürfe; sie selbst müsse erst majorenn werden, um sich aussprechen zu können. In demselben Sinne ließ sich noch ein anderer der schwedischen Magnaten vernehmen. Die Sache wurde als unentschieden betrachtet; aber sie war nicht aufgegeben. Einen Bezug darauf hatte es, und verdient erwähnt zu werden, wenn zwei Jahre später die brandenburgischen Gesandten und der jüngere Oxenstierna ihre Ansichten über den Kurfürsten und die Königin austauschten. Jene rühmten ihren Herrn als fleißig im Rat, wie-

wohl nicht eben von leibesstarker Konstitution. Oxenstierna antwortete, daß er einer der besten Fürsten Deutschlands werden würde, und rühmte dagegen seine Königin, ihren scharfen Verstand und ihre Ähnlichkeit mit ihrem Vater und die Aussicht, daß sie eine gute Königin sein werde. Ein unverfängliches Gespräch, dem es Bedeutung gibt, wenn man von vertrauter Seite hörte, der Kurfürst wolle alles daran setzen, um zu dieser Vermählung zu gelangen. Ich denke aber, es gab schon damals ein unüberwindliches Hindernis.

So jung die Königin auch war, so hatte sie doch bereits den Sinn entwickelt, den sie später immer behauptet hat; sie wollte ihr eigen sein; sie wollte von niemand abhängen, auch nicht von einem Gemahl[1]. Ob die schwedischen Herren dafür sein konnten, ihrer Königin einen Gemahl zu geben, der fähig gewesen wäre, der monarchischen Idee wieder eine stärkere Repräsentation zu verschaffen, mag dahingestellt bleiben. Der Kurfürst selbst war überzeugt, daß die schwedischen Minister für die Vermählung nicht ihr Ansehen einsetzen würden. Man sprach davon, daß sie eine Republik einrichten oder auch, daß einer von ihnen selbst mit der Königin sich vermählen wolle.

Ein anderer Gedanke war, daß Christine nach dem Vorbilde der Königin Elisabeth von England unvermählt zu bleiben und eine ähnliche Rolle in der Welt zu spielen begehre wie diese. Als im Sommer 1645 die Friedensunterhandlungen begannen, standen Schweden und Brandenburg noch in keinem entschiedenen Gegensatz. Am 11. Juni übergaben die Franzosen in Münster, die Schweden in Osnabrück ihre Propositionen, die sich in bezug auf die Entschädigung noch sehr im allgemeinen hielten. Der Kurfürst hatte keinen Zweifel daran, daß ihm das durch alte und neue Anwartschaften und bereits durch vorläufige Huldigung versicherte Herzogtum Pommern in seiner Integrität zufallen müsse. Bei der beabsichtigten Vermählung sollte doch davon keine Rede sein. Die Schweden sollten, noch ehe eine solche verabredet werde, Pommern verlassen. Wenn im Gespräch die schwedischen Gesandten die Absicht zu erkennen gaben, zur Versicherung der Ansprüche der Armee einige Küstenplätze zu behalten, so behandelten die Brandenburger das wie einen Scherz. Darüber täuschte sich auch der Kurfürst nicht, daß den Schweden eine Satisfaktion bewilligt werden müsse; aber er meinte, nicht von den alten Erblanden, von denen Brandenburg seit Jahrhunderten Titel und Wappen trage, könne dieselbe genommen

[1] Vgl. über Christine Päpste II, 167 ff.

Berlin und Cölln. Nach dem Kupferstich von P. Schut.

Kurfürstliche Werft zu Havelberg.

werden, sondern nur aus den geistlichen Gütern, wie ja auch nach den Erzählungen des Alten Testaments die Landesfeinde oft aus den Tempelschätzen befriedigt worden seien.

Diese Frage, die so oft vorgekommen, gewann jetzt eine andere Gestalt. Die unmittelbaren Reichsstifter, die an protestantische Fürsten übergegangen waren und durch den Krieg denselben entrissen werden sollten, waren nach der Vorstellung des Großen Kurfürsten, wie es Gustav Adolf schon angedeutet hatte, der einzige Gegenstand, auf welchen die Feinde angewiesen werden konnten. Er hielt dafür, daß Magdeburg, Halberstadt, Bremen, da es nun einmal nicht anders sei, an die Schweden überlassen werden könne, ohne daß die Landschaften darum dem Reiche entfremdet würden. So weit glaubte er den Religionsfrieden ausdehnen zu können. Von einer eigentlichen Abtretung alter Reichslande wollte er nichts hören; er war dagegen, wenn Maximilian von Bayern eine solche in Beziehung auf das Elsaß an Frankreich vorgeschlagen hatte, denn dabei werde kein Segen sein. Er wünschte das Reich in seiner Integrität, in seiner alten Verfassung zu behaupten. Er hielt diese auch in bezug auf den geistlichen Vorbehalt fest, so daß die Mehrheit der Kapitel protestantische Fürsten zu den Bistümern postulieren könne. Wenn er nachgab, daß man den alten Kurfürsten Maximilian seiner Würde nicht berauben solle, so bestand er doch darauf, daß nach dessen Tode sie an das Haus Pfalz zurückkommen müsse; die Herstellung des freien Bekenntnisses in den österreichischen Erblanden hat er keineswegs aufgegeben. Er meinte für Jägerndorf, welches seinem Hause im Kampfe darüber verlorengegangen sei, eine Entschädigung in Schlesien in Anspruch nehmen zu dürfen. Mit der Forderung der Herstellung der Zustände im Reiche, wie sie vor dem Kriege gewesen waren, verband sich in ihm überhaupt die Erwartung, ein dominierendes Ansehen im Reiche zu gewinnen. Die Verbindung der Marken mit Pommern und Preußen würde ein einem Königreich ähnliches Territorium im Osten des Reiches für ihn gebildet haben. Mochte dann die Vermählung der Königin Christine stattfinden oder nicht; er würde immer auf die Ausübung der reichsrechtlichen Befugnisse, welche Schweden erworben hätte, Einfluß gehabt haben; sie würden, wenn er die ganze Küstenstrecke beherrschte und mit den Niederlanden in Verbindung blieb, Rücksicht auf ihn haben nehmen müssen. Denn sein Aufenthalt in den Niederlanden, für welche eine der Quellen ihres Wohlstandes in ihrem Ostseehandel lag, trug dazu bei, daß ihm eine freie maritime Stellung an diesen Küsten als

ein großes Ziel vorschwebte. Er sah sich im Geist von der Oder, deren beide Ufer er beherrscht hätte, die Küsten, welche die seinigen würden, entlang, nach Preußen schiffen, dessen Häfen er soeben vor jeder polnischen Beaufsichtigung gerettet hatte.

Es liegt etwas Stolzes und Großartiges in diesen Entwürfen, die in die älteste Zeit zurückweisen und in die neueste eingreifen.

Wie so ganz mußte die jugendliche Seele eines emporstrebenden Fürsten davon ergriffen werden: aber der Realität der damaligen Zeiten entsprachen sie nicht; sie liefen dem Interesse der beiden großen Gewalten entgegen, die sich im Kampfe gegeneinander erhoben hatten, dem Kaisertum, wie es sich zur Zeit Georg Wilhelms rekonstituiert, und der schwedischen Macht, wie sie sich in den letzten Jahren wieder erhoben hatte. Solange der dänische Krieg dauerte, hatten die Schweden mit ihren Forderungen zurückgehalten. Nachdem der Friede zu Brömsebro (August 1645) ihnen einen für ihre weitere Machtentwicklung unschätzbaren Vorteil verschafft hatte: die Zollfreiheit im Sunde und den Besitz von Gothland und Oesel, hielten sie mit weiteren Plänen für dieselbe in anderen Beziehungen nicht mehr lange zurück. Nach allerlei Retizenzen und zweifelhaften Andeutungen sprachen sie gegen Ende des Jahres 1645 unumwunden aus, daß ihr Begehren auf das gesamte Pommern gerichtet sei. Oxenstierna ließ wohl einmal vernehmen, die Courtoisie eines jungen tapfern Fürsten gegen eine jugendliche Königin würde erfordern, daß er ihr nachgebe. Übrigens hatten die Schweden kein Hehl damit, daß für sie das vornehmste Hindernis dieser Verbindung in der Besorgnis liege, des ausschließenden Besitzes von Pommern, das sie jetzt erwerben könnten, infolge derselben wieder verlustig zu gehen. Indem aber diese Forderungen von der einen Seite gemacht wurden, mußte der Kurfürst erleben, daß man auf der anderen, der kaiserlichen, sehr geneigt war, darauf einzugehen.

Der Kaiser war durch die Einfälle der Schweden in die österreichischen Erblande in seinem Dasein bedroht, zumal da die Feindseligkeiten der Franzosen hinzukamen und zu derselben Zeit die Osmanen vordrangen. Nunmehr erst wurde das alles wahr, was Wallenstein zwanzig Jahre früher ausgesprochen und worauf er die Notwendigkeit der Aufstellung einer eigenen österreichischen Armee begründet hatte. Aber diese Armee war jetzt allenthalben geschlagen. Nur in dem Frieden in Deutschland sah der Kaiser seine Rettung; er willigte in die Abtretung Pommerns ein, um die Schweden zum Frieden zu vermögen, den sie ohne dies nicht eingehen würden. Und dem pflichteten auch die Reichs-

fürsten bei; die evangelischen waren, wenn nicht alle, doch großenteils dafür; denn an dem Emporkommen eines reformierten Fürsten, wie Friedrich Wilhelm, hatte man in den altlutherischen Landen keinen Gefallen: sie erwarteten den Schutz ihres Bekenntnisses am meisten von den Schweden, denen sie die Freiheit desselben verdankten. Alle aber wünschten den Frieden, der nur durch diese Konzession zu erlangen sei. Man erinnerte, daß Brandenburg Pommern doch noch niemals besessen habe. Bisher hatte es den Anschein gehabt, als könne der Kurfürst wählen zwischen Schweden und dem Kaiser: jetzt stellte sich heraus, daß sie gemeinschaftliche Sache gegen ihn machten; er war genötigt, in ihrer Mitte eine von beiden unabhängige Stellung zu ergreifen.

Schon seit einiger Zeit hatte er sich in der Vermählungssache mit einer gewissen Kälte geäußert; denn es wurde ihm zweifelhaft, ob die schwedischen Minister nicht in derselben eine Schmälerung ihrer Autorität sehen würden, und ob er nicht seinerseits seine eigene Angelegenheit allzusehr mit der schwedischen vermische. In der Tat waren die beiden Länder zu weit entwickelt, um durch die Verbindung nicht jedwedes in seinem Wesen beeinträchtigt zu werden. Was der Kurfürst als sein angestammtes Recht forderte, den Besitz von Pommern, danach trachteten die Schweden aus natürlichem Interesse ihres Staates kraft des Anrechts auf Satisfaktion, die ihnen gegen das Reich zustehe. Diese großen Interessen der beiden Länder setzten sich der Vermählung entgegen. Der Kurfürst beschloß jetzt seinerseits darauf Verzicht zu leisten, da man ihn mit der Hoffnung nur hinzuhalten suche. Überdies gab es noch eine andere sehr erhebliche Schwierigkeit, die in der Differenz des reformierten Bekenntnisses, zu dem der Kurfürst mit gläubiger Hingebung sich hielt, und des lutherischen, an das die Königin gefesselt war, lag. Mit dem Heiratsplane gingen Versuche, diese Differenzen zu heben, Hand in Hand, freilich mit geringer Aussicht, jemals zum Ziel zu führen. Wenn Kurfürst Friedrich Wilhelm in diesem Augenblick eine Verbindung mit dem Hause Oranien anknüpfte, die zu seiner ersten Vermählung mit Luise, Tochter des Prinzen Heinrich von Oranien, führte, so war dafür die Gleichheit des Bekenntnisses ein sehr wirksames Motiv. Man weiß, welche unberechenbaren Folgen für Staat und Kirche diese Verbindung für die beiden Häuser herbeigeführt hat; schon damals hatte sie einen hohen politischen Wert. Der Kurfürst war durch friedliche Abkunft mit der Landgräfin von Hessen und den Generalstaaten in den Besitz zwar

nicht aller, aber doch eines guten Teiles seiner festen Plätze in dem kleveschen Gebiete gelangt: Duisburg und Calcar gehörten ihm wieder. Die Verpflichtung, die er dabei übernahm, diese Plätze zu behaupten, gaben ihm Anlaß, sich hier mit einer ansehnlichen Macht aufzustellen, die, als er selbst mit seinen Leibregimentern eintraf, 4000 Mann zu Fuß und 2000 Mann zu Pferd betrug und ihm ein nicht geringes Ansehen verlieh. In welchem Lichte er seine Aufstellung ansah, nimmt man aus der Antwort ab, die er den kleveschen Ständen, welche gegen die von ihnen nicht bewilligte Anwesenheit der Truppen remonstrierten, damals erteilt hat: „Er könne", sagt er, „der Truppen nicht entbehren, da sein Staat gleichsam in der Balance stehe und der Ausschlag dessen hohes Aufnehmen oder äußersten Ruin in sich enthalte"; er war nicht gemeint, durch landschaftliche Widerrede in dem Ergreifen einer starken politischen Position sich hindern zu lassen. Bisher hatten Fremde, die ihn besuchten, bemerkt, daß ihn vor allen Dingen am meisten der Mangel an Kriegskräften drücke, durch den er verhindert würde, auf die allgemeinen Angelegenheiten selbständig einzuwirken: zum erstenmal war es ihm gelungen, eine nach Verhältnis stattliche Mannschaft aufzustellen, die er durch immer neue Rüstungen vermehrte, bei denen einige für die Armee grundlegende Einrichtungen getroffen worden sind. Fürs erste war ihm jedoch die Verbindung mit Holland zu diesem Zwecke nicht förderlich: die Holländer durften mit den kleveschen Ständen, denen sie die Aufrechterhaltung ihrer Privilegien versprochen hatten, nicht brechen. Durch ihre Einwirkung wurde es dem Kurfürsten unmöglich, seine Truppen beisammen zu erhalten und die Stellung, die ihm vorschwebte, einzunehmen. Überhaupt hatten die Schweden in den Generalstaaten eine Partei, die sich auch in bezug auf Pommern der brandenburgischen Politik widersetzte.

Einen gewissen Rückhalt für dieselbe bot dagegen Polen dar, welches in der Herrschaft Schwedens über Pommern eine eigene Gefahr erblickte. Der Kurfürst sagte wohl: er müsse sich dabei in acht nehmen; denn leicht würden die Polen seine Nachgiebigkeit gegen Schweden für Felonie erklären und ihn in Preußen angreifen. Wohl ließ der französische Gesandte Lougueville verlauten, als Vetter der Königin von Polen werde er seinen Einfluß zugunsten Brandenburgs verwenden. Die Brandenburger erwiderten: auf den König komme es nicht so sehr an, als auf die Magnaten; denen aber würde jeder Vorwand willkommen sein, um Preußen einzunehmen und in Starosteien zu zerteilen.

Auf die Franzosen machte die Haltung und Politik des Kurfürsten doch einen gewissen Eindruck. Sie wollten Brandenburg nicht auf das Äußerste bringen, weil es, wenn es einen ihm allzu ungünstigen Frieden eingehe, denselben nicht halten werde: es werde immer Freunde finden, z. B. in Mecklenburg, das in ähnlichem Falle sei: der Kaiser selbst werde sich in Zukunft ihnen beigesellen. Sie geben nicht eigentlich Sympathien für Brandenburg kund, aber sie fürchten den nahen Wiederausbruch des Krieges in Deutschland, während sie alle Kräfte gegen Spanien anzustrengen denken. So weit reichten diese Rücksichten nicht, daß sie geneigt geworden wären, die Forderungen des Kurfürsten zu genehmigen; aber doch so weit, daß man auch den Schweden nicht den ganzen Umfang dessen bewilligte, was sie verlangten.

Wenn man das gesamte Pommern an Schweden überlieferte, so würde der Friede, indem man ihn schloß, durch die gewaltsame Stellung, in welche man Brandenburg dadurch gedrängt hätte, wieder zweifelhaft geworden sein: es war nicht sowohl der rechtliche Anspruch, noch eine sichere Allianz, als die allgemeine Stellung, welche dem Kurfürsten Beachtung verschaffte. Von Schweden her kam ihm ein anderes Motiv zustatten. Mit Bestimmtheit erfährt man, daß die Königin selbst für den Frieden war, weil der Fortgang des Krieges Oxenstierna immer mächtiger machte. Die Betrachtung, daß die Einziehung des gesamten Pommern nicht zu dem sicheren Frieden führen würde und dieser doch für die monarchische Gewalt in Schweden notwendig sei, bewirkte, daß man in Stockholm den schon früher vorgebrachten, aber zurückgelegten Entwurf wieder aufnahm, nach welchem das gesamte Vorpommern, Stettin eingeschlossen, an Schweden gelangen, Hinterpommern aber an Brandenburg heimfallen solle, mit Vorbehalt anderweiter Kompensationen nach beiden Seiten hin. Dahin neigten jetzt auch die Franzosen. Noch war der Kurfürst weit entfernt, darauf eingehen zu wollen; nur zu kleinen Abtretungen an der Küste zeigte er sich zuletzt unter den dringenden Umständen geneigt. Dagegen aber drohte man ihm, wenn er nicht mehr nachgebe, das gesamte Pommern den Schweden zu überlassen, selbst ohne seinen Konsens, zufrieden mit der Garantie des Reiches. Das war die peinliche Alternative, die man ihm vorlegte: entweder Einwilligung in die Abtretung Vorpommerns oder Verlust des gesamten Landes. Sein dynastisches Bewußtsein empörte sich gegen das eine wie gegen das andere: denn wie könne man seinem Hause zumuten, den vornehmsten Nachteil eines Krieges zu tragen, an dem es keine Schuld gehabt

habe. Man erwiderte, ohne Schuld sei Brandenburg doch bei der Überkunft Gustav Adolfs nicht gewesen; seine Einwendungen machten nicht den geringsten Eindruck.

Gegen Ende des Jahres 1646 war der Kurfürst nach dem Haag gegangen, um sich zu vermählen. Hier suchte ihn eine Botschaft von Kaiser und Reich auf, um ihm die Alternative vorzulegen; und wenn er das eine nicht annehme, ihm mit dem anderen als einer unabwendbaren Notwendigkeit zu bedrohen: denn den Frieden wolle und müsse man nun einmal haben. Der deutschen Gesandtschaft gesellte sich nun auch eine französische hinzu, um das Gewicht des Antrages zu verstärken. Noch hielt der Kurfürst seinen Widerspruch aufrecht: er besorgte, wie er dem Gesandten sagte, auch wenn er sich füge, in eine Abhängigkeit von Schweden zu geraten, die ihm Fesseln auf immer anlegen werde. In dem Kurfürstenrate beschloß man, dem Kollegen von Brandenburg eine kurze Frist zu setzen. Die Bevollmächtigten zum Kongreß schreiben ihm am 12. Januar 1647: in Osnabrück und Münster sei alles gegen sie, niemand für sie; sie fürchten das Verderben ihres armen Vaterlandes und bitten aufs dringendste um rasche Resolution.

Unter diesen Umständen haben die Geheimen Räte dem Kurfürsten geraten, in die Überlassung von Vorpommern einzuwilligen: denn einen Krieg zu führen wäre das Land vollkommen unfähig; gehe Pommern ohne seine Einwilligung doch verloren, so werde ihm Schweden allezeit feindselig sein; in verzweifelten Dingen dürfe man verzweifelte Ratschläge fassen; in Zukunft, unter veränderten Umständen, würde der Kurfürst Gelegenheit finden, sein Eigentum wieder in Besitz zu erlangen.

In diesem Sinne faßte nun der Kurfürst seinen Entschluß. In dem ersten Entwurfe, der darüber dem französischen Gesandten überliefert wurde, war noch immer die Absicht ausgedrückt, Stettin zu behalten. Der Gesandte sagte darauf, daß dies bei den Schweden niemals erreicht werden könne. Diese hatten eben damals neue Instruktion empfangen, welche ihnen jede weitere Nachgiebigkeit verbot. Salvius zeigte einige Handschreiben der Königin vor, die das besagten. Die Ausdehnung der Forderung, welche die Schweden in bezug auf Pommern aufstellten, war unerwartet stark: sie erklärten, wenn der Kurfürst das mindeste von ihren Forderungen, wie sie nunmehr waren, verweigere, so würden sie auf ganz Pommern bestehen, unter Garantie des Kaisers, des Reiches und anderer Mächte, was für den schwedischen Staat das beste sein dürfte. Jede Remonstration war ver-

geblich; es war an keine Milderung zu denken, kein Zögern wurde gestattet. Am 7. Januar 1647 kam der Vertrag zustande, in welchem der Kurfürst darin einwilligte, daß Vorpommern fortan von der Königin von Schweden und ihren Nachfolgern besessen werde, eingeschlossen die Flußmündungen und das zu beiden Seiten liegende Uferland. Erst nachdem dieser große Schritt geschehen war, konnte von dem von Anfang an vorbehaltenen Äquivalente ernstlich die Rede sein. Friedrich Wilhelm hatte ursprünglich gemeint, daß die Schweden auf die einzuziehenden Stifter angewiesen werden sollten. Mit diesen Absichten war er jetzt gescheitert: er mußte darauf eingehen, daß ihm für seinen Erbanspruch auf Pommern die Stifter Halberstadt und Minden und die Exspektanz auf Magdeburg, welches einstweilen in dem Besitz des sächsischen Administrators blieb, zugesprochen wurde.

Von den momentanen Umständen absehend, erkennen wir in den Bestimmungen eine große Wendung der brandenburgischen Geschicke. Nicht mit Pommern ward die Mark verbunden, was dem Staate eine überwiegende Richtung auf Kommerz und Seewesen gegeben hätte, sondern mit niederdeutschen Landschaften, durch die seine Beziehungen zu dem Deutschen Reiche und die Tendenz, eine Landmacht zu bilden, hervorgerufen wurde. Noch stieß jedoch die Festsetzung auf Schwierigkeiten, hauptsächlich bei den Nachbarn; Braunschweig und das herzogliche Sachsen wollten weder Magdeburg noch auch Minden zugestehen.

Die Kaiserlichen, die an sich nichts dagegen hatten, dachten doch die Frage wegen Magdeburg noch an die Reichsstände zu bringen. Um keinen Preis wollten die Brandenburger sich hierauf einlassen: sie erinnerten die Kaiserlichen, daß sie in diesem Falle, was sie bisher vermieden hätten, tun und, dem Rate der Franzosen und Schweden gemäß, ihre Entschädigung in Schlesien suchen würden. Hierauf ließen diese ihr Vorhaben fallen; und das ganze Abkommen konnte als gesichert betrachtet werden.

Zweites Kapitel.

Territoriale und reichsrechtliche Stellung. Erwerbung der Souveränität.

Nicht ohne Erfolg waren diese ersten Jahre Friedrich Wilhelms: Preußen war gesichert, Brandenburg in Besitz genommen, Kleve behauptet, von der großen pommernschen Erbschaft laut den geschlossenen Verträgen wenigstens ein Teil gerettet und ein ansehnliches Äquivalent für das übrige bestimmt. Der Umfang des Staates, wie er noch auf eine lange Zeit bleiben sollte, war im allgemeinen festgesetzt. Aber wie unsicher und mangelhaft erschien noch alles. Die Landschaften waren erschöpft an Kräften; das kleine Heer, das einmal gebildet worden, war wieder aufgelöst; die Truppenschar, die man beibehielt, kaum hinreichend zur Besatzung der festen Plätze; und doch der Friede noch keineswegs herbeigeführt. Als die erwähnten Vereinbarungen getroffen wurden, setzte man voraus, daß der Universalfriede demnächst folgen würde; denn die meisten besonderen Fragen waren bereits erledigt. Eine der vornehmsten war es jedoch nicht. Wie die Franzosen bei den Verhandlungen von Anfang an den Gesichtspunkt gefaßt hatten, die spanische Monarchie, mit welcher ihr Krieg andauerte, der Hilfe zu berauben, die dieselbe aus Deutschland zog, so wollten sie auch jetzt Spanien nicht in die Pazifikation aufnehmen. Aber der Kaiser Ferdinand III., seiner alten dynastischen Beziehungen zu Spanien eingedenk, weigerte sich, seinen Frieden ohne diese Macht abzuschließen. Die Schweden stellten sich auf die französische Seite; und der Krieg brach noch einmal in vollen Flammen aus. Niemand konnte den Ausgang voraussehen, von dem auch für Brandenburg alles abhing.

Wie sehr Friedrich Wilhelm sich dadurch gefährdet fühlte, die ganze Verlegenheit, wenn wir so sagen dürfen, seiner Seele — denn es war eine Sache, welche alle seine äußeren und inneren Beziehungen umfaßte —, sieht man aus einer seiner eigenhändigen Aufzeichnungen, in denen er gleichsam mit sich selbst zu Rate geht. „Auf der einen Seite", sagt er, „habe ich die Krone Schweden und auf der anderen den Kaiser; ich sitze zwischen

ihnen und warte, was sie mit mir anfangen: ob sie mir das Meinige lassen oder nehmen wollen." Wenn er die biblischen Geschichten liest — die einzigen, welche sich damals den Gemütern recht einprägten —, so will ihn fast bedünken, als sei niemals ein Fürst in einer ähnlichen Bedrängnis gewesen wie er; weder David noch Salomo habe es jemals so schwer gehabt zu finden, „was zu tun". Sich an den Kaiser zu halten, schien ihm in dem Augenblick, da sich auch dessen alte Verbündete, namentlich Bayern, durch den Waffenstillstand, den es traf, von ihm abwandten, und seine Macht tief gesunken war, untunlich: er würde dadurch Schweden und Frankreich über sich hereinziehen, gegen die er sein Land nicht würde verteidigen können. Er erinnert sich an den Grundsatz der Katholischen, daß den Ketzern keine Treue zu halten sei; zugleich an die mancherlei Unbill, die er von dem Kaiser namentlich in der schlesischen Sache erlitten habe; auch von den Schweden, sagte er, habe er nichts Gutes erfahren, aber sie seien doch eines Glaubens mit ihm, und da er nun ohne Bündnis nicht sein könne, so halte er es für nötig, ein solches mit den Schweden zu schließen, und zwar, ehe sie abermals einen Sieg davongetragen hätten; denn alsdann würden sie ihn nicht einmal annehmen.

Indem er also dabei blieb, trotz allem, was vorgekommen war, an Schweden festzuhalten, nährte er doch die Hoffnung, für sich selbst eine Armee zu bilden und sich dann mit anderen Fürsten vereinigen zu können: eine solche Verbindung aber im voraus zu versuchen, wäre nicht ratsam; denn dann würde Schweden sofort über sie herfallen.

Die Ereignisse ließen sich zugunsten Österreichs an: dem Kurfürsten wurden Anerbietungen gemacht, denen ähnlich, unter welchen einst sein Vater dem Prager Frieden beigetreten war. Er ging aber darauf nicht ein: denn das erneuerte Übergewicht des Hauses Österreich würde in die alten Verwirrungen zurückgeworfen haben. Der Gedanke, den er ergriff, eine Allianz unter den Reichsständen zu gründen, konnte zwar nicht durchgeführt werden, blieb aber doch nicht unwirksam. Durch seine pazifikatorische Haltung erreichte er auf dem Friedenskongreß, daß nun in der Tat die Reformierten als Mitbekenner der Augsburgischen Konfession anerkannt und in den Mitgenuß des Religionsfriedens aufgenommen wurden: denn einem neuen drohenden Übergewicht der Katholiken gegenüber mußten die Protestanten sich vereinigt halten. Und indessen nahmen nun die kriegerischen Ereignisse eine entscheidende Wendung. Den Einbrüchen der

Schweden in die österreichischen Erblande erlag die kaiserliche Macht. Ferdinand III. mußte die Ausschließung der Spanier von dem Frieden bewilligen. Hierauf ward, den früheren Vereinbarungen gemäß, der Friede am 24. Oktober 1648 von den Bevollmächtigten des Kaisers, der beiden Kronen, den Kurfürsten und den Ständen des Reiches unterzeichnet und besiegelt. Es war doch so weit gekommen, daß das Ereignis dort in Münster sowohl in katholischen Kirchen, als bei dem protestantischen Gottesdienst mit einem Tedeum gefeiert wurde. Die allgemeinste Bedeutung desselben lag eben darin, daß eine Abkunft zwischen den beiden religiösen Bekenntnissen zustande kam: sie wurde besonders von den Protestanten, die darin eine endliche Gewähr ihres Bestehens erblickten, mit Jubel begrüßt. Nirgends war der Friede willkommener als in Brandenburg. Der Kurfürst sagt: obwohl er lieber gesehen hätte, man hätte ihm sein Erbland gelassen und anderen die dafür bestimmten Äquivalente überwiesen; so werde er ihn doch unverbrüchlich beobachten.

Ein Universalfriede war es auch jetzt nicht, so umfassend auch seine Bestimmungen lauteten.

Der Krieg zwischen Frankreich und Spanien, von dem alles ausgegangen war, dauerte fort. Und auf der Stelle fürchtete man den Wiederausbruch des Krieges zwischen Schweden und Polen: denn von den kaiserlichen Erblanden werde sich die schwedische Armee auf Polen stürzen. Der Kurfürst und seine Räte überlegten bereits, was zu tun sei. Die Räte besorgten, ihr Fürst möchte sich mit dem Könige von Polen gegen die Schweden verbinden; er antwortete ihnen: dahin gehe seine Meinung nicht; er denke vielmehr mit beiden Kronen Friede und Freundschaft zu pflegen.

Aber auch übrigens schien das erste Jahr nach dem Frieden weniger eine Ausführung desselben, als neuen Krieg anzukündigen. Fürs erste hielten Schweden und Franzosen auf der einen Seite, der Kaiser und seine Anhänger auf der anderen das Schwert noch in der Hand. Die Räumung der Landschaften, die Aufbringung der den Schweden versprochenen Satisfaktion von fünf Millionen Talern, an deren Zahlung in verschiedenen Terminen der Abzug der Truppen aus den okkupierten Landen geknüpft war, hatten noch die größten Schwierigkeiten. Es war nicht genug, daß ein neuer Kongreß zu Nürnberg die Sache im allgemeinen in die Hand nahm; jeder Beteiligte mußte auch für sich sorgen.

Unter diesen Umständen dauerte es noch geraume Zeit, ehe

der Kurfürst von den ihm zugewiesenen Landschaften Besitz ergreifen konnte. In Halberstadt hatten, wie sonst allenthalben, die Offiziere der Schweden Güter und Ämter eingenommen, die sie ungern verließen: wie denn der junge Bauer nicht aus Egeln, das sein Vater sich angeeignet hatte, weichen wollte. Endlich aber trafen infolge neuer Unterhandlungen Befehle aus Schweden ein, gegen welche kein Widerstreben möglich war. Die Überlieferung des Fürstentums erfolgte zwischen den Bevollmächtigten; dann wurde der Kurfürst von einer ständischen Deputation an der Grenze im Felde bei Ottleben auf einem Hügel empfangen. Am 2. April 1650 geschah die Huldigung zu Halberstadt: die Privilegien der Lande wurden bestätigt. Die Schweden befleckten ihren Abzug mit Gewaltsamkeiten, die ihnen ein Andenken des Hasses stifteten; die Besitzergreifung des Kurfürsten erschien als Befreiung von den verhaßten Bedrängern. Kurz vorher hatten ihm die Stände von Minden gehuldigt; in Petershagen war ein Vivat für Brandenburg erschollen. Im April erfolgte die eventuelle Huldigung der magdeburgischen Stände zu Groß-Salza, jedoch ohne Teilnahme der Stadt, die auch dem bisherigen Administrator nicht gehuldigt hatte.

Für die Erbschaftslande von Jülich-Kleve entsprang aus den Bestimmungen des Friedens eine eigentümliche Schwierigkeit, die Friedrich Wilhelm auf eigene Hand in seinem Sinne zu heben suchte. Die durch den Provisionalvertrag vom 9. März 1629 angeordnete Trennung zwischen Jülich-Berg, das dem Pfalzgrafen von Neuburg zufiel, und Kleve-Mark, das bei Brandenburg verblieb, hielt der Kurfürst keineswegs für definitiv, wie sie es denn auch nicht war. Namentlich wollte er nicht dulden, daß seine in dem jülichschen Gebiet angesessenen Glaubensgenossen, deren man bei 60 000 zählte, von der dortigen Regierung belästigt und bedrängt würden; er betrachtete sie noch immer als seine Untertanen, demgemäß, was in den Jahren 1609 und 1612 bestimmt worden war. Wenn nun in der vorläufigen Vereinbarung über den allgemeinen Frieden das Jahr 1624 als Normaljahr für die religiösen Zustände festgesetzt wurde, eine Zeit, in der in diesen Landen die katholische Reaktion schon eingetreten war, so meinte Friedrich Wilhelm, daß dies auf die noch nicht definitiv gesonderten Landschaften keine Anwendung finde. Bereits im Jahre 1647 hatte er den Pfalzgrafen genötigt, indem er ihn in Düsseldorf bedrohte, sich zur Herstellung des ursprünglichen Zustandes zu verpflichten. Nachdem nun aber der Friede mit dem Normaljahr 1624 unterzeichnet und proklamiert worden war,

kehrte man in Jülich zu einer ausschließend katholischen Haltung zurück. Die Reformierten wurden mit gehässigen Verfolgungen heimgesucht; und es zeigte sich bald, daß das hiergegen angewandte, nicht minder gehässige Mittel der Repressalien, zu denen man griff, keine Wirkung habe, noch haben werde. Der Kurfürst meinte, nicht anders zu seinem Zweck kommen zu können, als wenn er dem alten Gauner von Düsseldorf, wie er damals den Pfalzgrafen nannte, noch einmal zu Leibe gehe: er wollte seinen Glaubensgenossen in dem noch nicht völlig entfremdeten Gebiete mit Gewalt Recht schaffen. Eine kaiserliche Kommission, die zur Schlichtung der Streitigkeiten bestimmt war, weigerte er sich anzuerkennen, weil die Angelegenheit durch den erwähnten Vertrag auf immer abgemacht sei. Aber der Pfalzgraf war diesmal nicht gesonnen, zurückzuweichen; er hatte den Wortlaut des Friedensinstruments für sich und in der Behauptung desselben den Kaiser ohne Zweifel auf seiner Seite; auch waren ihm lothringische Truppen zur Hand, die in den Niederlanden Kriegsdienste leisteten. Es war eine Fehde wie im alten Stil, wenn Friedrich Wilhelm im Juni 1651 seine Truppen in das jülich-bergische Gebiet einrücken und einige feste Plätze besetzen ließ. Sehr charakteristisch ist der Versuch der Vermittlung, welchen der Graf Waldeck, der damals aus holländischen Diensten in die brandenburgischen überging, einleitete. Ein an sich unbedeutendes Ereignis trat dabei ein, das aber wohl erwähnt werden mag. Man verabredete eine Zusammenkunft beider Fürsten zu Angerort, die dann wirklich erfolgte. Drei Zelte waren aufgerichtet, für jeden der Fürsten eins, das dritte für die Unterhandlung bestimmt. Der Kurfürst hatte nicht Lust, alle die alten gegenseitigen Klagen rekapitulieren zu hören; denn er sei gekommen, nicht zu disputieren, sondern um Frieden zu machen. Dahin schienen auch die Verhandlungen zu führen, welche unter Vermittlung Waldecks gepflogen wurden; und dieser versichert, sie seien schon so weit vorgerückt gewesen, daß man das Ergebnis ins reine habe schreiben wollen. Aber ein unerwarteter Zufall unterbrach alles. Der Pfalzgraf hatte den Kurfürsten in dessen Zelt begleitet, wo man sich zu Tisch setzte; man war fröhlich zusammen und unterhielt sich angenehm, ohne, wie sich versteht, der Streitpunkte zu gedenken, als plötzlich der Oberstallmeister des Kurfürsten eintrat und ihm ins Ohr raunte, daß man lothringische Truppen in der Nähe wahrnehme; der Kurfürst stand auf und befahl dem Grafen Waldeck, nachzusehen, was daran sei.

Auf beiden Seiten gab sich eine heftige Unruhe kund: die Brandenburger stiegen zu Pferd; auch das kurfürstliche Streitroß wurde gesattelt; der Pfalzgraf, der von nichts wußte, ließ sich den Degen wieder umhängen. Alles kam daher, daß ein lothringer Oberst, der zu spät nach Düsseldorf gekommen war, um den Pfalzgrafen zu begleiten, demselben nachfolgte, ohne jemand vorauszuschicken. Der Lärm, den das machte, reichte hin, um den begonnenen Unterhandlungen ein Ende auf immer zu machen; man glaubte, darin den Anfang einer allgemeinen Entzweiung zu erblicken. Der Pfalzgraf konnte auf Spanien, Lothringen und den König von Polen, der sein Schwager war, zählen; dem Kurfürsten gab man Verbindungen mit den Feinden von Polen sowie von Spanien schuld. Dort am Ort hatten die Freunde des Pfalzgrafen so sehr das Übergewicht, daß der Kurfürst es nicht wagen konnte, auf dem Wege der Gewalt zu beharren. Mit dem Versuche, seiner Ansicht über einen Artikel des Westfälischen Friedens eigenmächtig Raum zu schaffen, blieb er offenbar im Nachteil. Er mußte nun doch eine kaiserliche Kommission anerkennen und einen Vergleich annehmen, der freilich nichts weiter entschied, als daß die Waffen niedergelegt und die Dinge in den Stand wiederhergestellt werden sollten, wie er vor der Erhebung derselben gewesen war. (Oktober 1651.) So sehr Friedrich Wilhelm überzeugt sein mochte, daß er in seinem Rechte sei, mußte er sich doch der Kombination der überlegenen Gewalten fügen, die gegen ihn war; er sah sich zunächst durch unübersteigliche Schranken gehemmt. Mit dem unerwünschten Ausgang dieses kleinen Unternehmens hing nun aber eine Veränderung seiner Staatsverwaltung überhaupt zusammen.

Noch war die Leitung der Geschäfte in der Hand jenes vielgewandten und entschlossenen Kriegsobersten Burgsdorf, welcher bei der Besitzergreifung der Mark die wichtigsten Dienste geleistet hatte; er führte den Vorsitz im geheimen Rate, indem er zugleich als Oberkammerherr am Hofe die erste Rolle spielte. Über den jungen Fürsten, den er von Kindheit auf kannte, übte er eine Art väterlicher und hofmeisterlicher Autorität wie Mazarin über Ludwig XIV. aus.

Aufgewachsen in dem wilden Treiben des Dreißigjährigen Krieges, vereinigte Burgsdorf mit Völlerei und Spielsucht sinnlichen Übermut, Eigensinn und einen seltsamen Anspruch auf höhere Eingebungen. Der Sache seines Fürsten unbedingt ergeben, legte er eine gewisse Tüchtigkeit, sie zu führen, an den Tag: aber er ließ doch in der Verwaltung der inneren Geschäfte

eine Unordnung ohnegleichen einreißen und in den äußeren verletzte er Freund und Feind. Sehr glaublich ist es, wenn man versichert, die sittige und wohlerzogene Kurfürstin Luise Henriette, die er mit seinen hochfahrenden Rücksichtslosigkeiten nicht verschonte, habe zu seinem Falle mitgewirkt. Aber überhaupt zeigte sich, daß die Politik, die unter seiner Führung eingeschlagen worden war, nicht zu behaupten sei. In einem Gutachten, welches Joachim Friedrich von Blumenthal, der bei der Besitznahme von Halberstadt aus dem kaiserlichen in den Dienst des Kurfürsten übergetreten war und dessen Vertrauen in hohem Grade besaß, über die brandenburgischen Angelegenheiten und die zu ergreifende Politik damals erstattet hat, wird der Feindseligkeit gegen den Pfalzgrafen von Neuburg nicht weiter gedacht, sondern vielmehr das gemeinschaftliche Interesse, das der Kurfürst mit demselben habe, auf das lebendigste hervorgehoben: denn würden sie sich entzweien, so würden leicht die Ansprüche Dritter an die Erbschaftslande Geltung gewinnen; überdies aber: der Pfalzgraf nehme eine bedeutende Stellung in der Welt ein; mit Polen oder mit Spanien vereinigt, könne er dem Kurfürsten sehr gefährlich werden. Vielleicht darf man annehmen, daß eben das politische Ansehen des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm, welches bei dem letzten Konflikt mit ihm zutage gekommen war, den Umschlag des früheren Systems und das Ergreifen eines entgegengesetzten hervorrief. Vor allem legte Blumenthal dem Kurfürsten jetzt wieder die Notwendigkeit eines guten Vernehmens mit dem Kaiser an das Herz: er forderte ihn zu fleißiger Korrespondenz mit demselben auf; alle Monate möge er ihm schreiben. Und wenn er damit Eingang fand, so lag ein Motiv dafür in den eigensten Angelegenheiten des Kurfürsten. Noch war Friedrich Wilhelm nicht in den Besitz aller ihm in dem Frieden bestimmten Landschaften gelangt; noch wurde ihm Hinterpommern von den Schweden vorenthalten.

In der Auseinandersetzung über Pommern machten sie besonders zwei Schwierigkeiten: die eine in bezug auf den ihnen an der Ostseite der Oder zugesprochenen Landstrich, dessen Umfang unter dem Einfluß der mit Besitztümern in dem Lande ausgestatteten Truppenführer weit über alles ausgedehnt wurde, was man hätte erwarten können; die andere in bezug auf die Lizenten, d. h. die in den hinterpommerschen Hafenplätzen zu erhebenden Seezölle, welche die Schweden für sich forderten. Alle Verhandlungen hierüber blieben vergeblich; eine besondere Sendung nach Stockholm hatte keinen Erfolg. Der Kurfürst fand

keinen anderen Rückhalt als den, welchen ihm Kaiser und Reich in einer Angelegenheit gewährten, die den Schweden besonders am Herzen lag: sie wünschten nichts ansehnlicher, als die ihnen im Frieden bewilligte Reichsstandschaft anzutreten. Der Kurfürst setzte sich dem mit all seinem Ansehen entgegen; er meinte, die Ausantwortung von Hinterpommern zur Bedingung der Aufnahme Schwedens unter die Reichsstände zu machen. An sich in Wien war man nicht eben gut brandenburgisch gesinnt; die schwedischen Ansprüche, durch Geldgeschenke unterstützt, fanden bei den Reichshofräten Berücksichtigung, wogegen eine brandenburgische Gesandtschaft doch nur wenig ausrichtete. Allein Brandenburg besaß ein Recht, an der Kaiserwahl Anteil zu nehmen. Daß Kaiser Ferdinand III. seinen gleichnamigen Sohn zu seinem Nachfolger erwählt zu sehen wünschte, war ein Beweggrund für ihn, mit dem Kurfürsten sich gut zu stellen. Eine Reise Friedrich Wilhelms nach Prag im November 1652 führte zu einer allgemeinen Verständigung. Der Kaiser versprach, daß Schweden weder die Belehnung noch einen Indult für dieselbe erhalten solle, noch auch Sitz und Stimme auf dem Reichstage ausüben dürfe, bevor es nicht den Kurfürsten von Brandenburg in Besitz von Hinterpommern gesetzt habe. Hierdurch wurde ein Gegengewicht geschaffen, durch welches es so weit kam, daß Schweden sich zu einer gewissen Nachgiebigkeit, z. B. zur Teilung der Lizente, entschloß und endlich auch in die Ausantwortung der Provinz willigte. Nicht aber allein mit dem Kaiser, sondern auch mit den Mitkurfürsten suchte Friedrich Wilhelm ein gutes Verhältnis herzustellen; auf der Rückreise wurde er in Dresden in das kurfürstliche Kollegium feierlich aufgenommen. Man knüpfte dabei an den alten Kurfürstenverein und die Kurfürstentage an und verband sich, die Präeminenz der Kurfürsten zu erhalten. Ein Motiv dafür war, daß von den Schweden oder vielmehr von den Deutschen, die sich an sie anschlossen, der Versuch gemacht wurde, in der deutschen Reichsverfassung dem Kollegium der Fürsten eine überwiegende Berechtigung zu vindizieren. Man sprach von einer anderen Art der Kaiserwahl und von einer neuen Wahlkapitulation, über die in dem Friedensinstrument selbst dem künftigen Reichstage Bestimmung vorbehalten war. Was der Kurfürst von Mainz bemerkt hatte, es werde hauptsächlich auf das Verständnis der Kurfürsten selbst ankommen, diesen Anlauf abzuwehren, das war jetzt die allgemeine Meinung. So geschah es, daß Brandenburg an dem Kaiser wie an den Kurfürsten einen Rückhalt fand.

Was nun alles gesagt, zurückgenommen und wieder gesagt worden ist: der Kaiser hielt wirklich daran fest, die Eröffnung des Reichstags und die Vorlegung der Propositionen, also auch die Session der schwedischen Gesandten so lange aufzuschieben, bis die Räumung von Hinterpommern wirklich geschehen sei. Wenn die Kaiserwahl Ferdinands IV. einige Tage früher vollzogen wurde, als der Kurfürst gewünscht, so hatte das auf die Hauptsache keinen Einfluß: Wahl und Krönung dienten nur, die Eröffnung des Reichstages zu verzögern, was für Brandenburg willkommen sein mußte. Auch unter anderen Gesichtspunkten wurden nun die Verhandlungen des Reichstags sehr bedeutend, namentlich für Brandenburg. Denn wenn es dem Kurfürsten nunmehr gelungen war, in den Besitz der durch den Frieden ihm gesicherten Landschaften zu gelangen, so war doch damit seine staatsrechtliche Stellung zu dem Reiche unter den veränderten Verhältnissen noch nicht festgesetzt. Auf dem Reichstag kamen nun alle die Fragen, an welchen die alten Kurfürsten von Brandenburg sich sehr lebhaft beteiligt hatten, über die Reichsjustiz, die paritätische Einrichtung des Kammergerichts, eine verbesserte Reichshofratsordnung zur Sprache; was der Friedensschluß in dieser Hinsicht vorläufig bestimmt hatte, sollte nun ausgeführt werden. Und schon erfreute man sich des großen Erfolges, daß die Religionsangelegenheiten von den Beschlüssen der Mehrheit nicht mehr entschieden werden durften; aber diese Mehrheit bestand noch immer; sie wurde sogar verstärkt, indem eine Anzahl neuer Fürsten kreiert und trotz einigen Widerspruchs in den Reichsfürstenstand erhoben wurden. Was dies sagen wollte, ergab sich besonders daraus, daß die Majorität Steuern votieren sollte, welche der Minorität zur Last fallen mußten. Dazu kam, daß auch im Kurfürstenrate eine katholische Majorität bestand. Alles ließ sich so an, als ob diese durch den Katholizismus zusammengehaltenen und vom Kaiser abhängigen Majoritäten das Übergewicht an dem Reichstag in einer dem evangelischen Wesen nachteiligen Weise ausüben würden. Für die Evangelischen in den österreichischen Erblanden konnte nicht allein nichts ausgewirkt werden; die Beschwerden, die von dort her verlauteten, hielten vielmehr die Spannung zwischen den Religionsparteien fortwährend im Gange. Lange Zeit hatte man von Berlin aus dem ruhig zugesehen; die Reichstagsgesandtschaft wurde von Blumenthal geleitet, der, wie berührt, das Heil des Kurhauses in der intimsten Verbindung mit dem kaiserlichen Hofe sah. Aber mit ihm zugleich war Waldeck in die Geschäfte getreten, einer der

König Ferdinand III.
Nach dem Kupferstich von Frans van der Steen.

Kaiser Leopold I.
Nach dem Kupferstich von Matthäus Küsell.

Männer, in welchen das Gefühl der Selbständigkeit, das sich in Brandenburg regte, zuerst zu energischem Bewußtsein kam; er bewegte sich überhaupt in einer dem Hause Österreich entgegengesetzten Richtung. Um keinen Preis wollte er sich in die Gültigkeit des Votums der Mehrheit der Reichsstände über aufzulegende Steuern fügen: denn alsdann werde der Kurfürst ein steuerbarer Untertan, er, der doch Königen gleich sein könne; man käme nie in die Lage, für Kirchen und Schulen etwas zu tun und überhaupt Ordnung in den eigenen Haushalt zu bringen, wenn man der Mehrheit der Reichsstände das Recht zuerkenne, seinen Landschaften Steuern aufzulegen. Waldeck war damals mit der Verwaltung der Finanzen betraut; er fühlte, daß er der Erträge des Landes mächtig bleiben müsse, wenn demselben in seiner bedrängten Lage überhaupt wieder aufgeholfen werden solle. Und was die katholische Majorität im Kurfürstenrate anlangte, die durch den Eintritt Bayerns zustande gekommen war, so setzte man wenigstens durch, daß sie in den Deputationen nicht stattfand: da sollte einer von den evangelischen Kurfürsten zwei Stimmen zu führen haben. Denn darauf kam es an, daß nicht von seiten des Reiches ein dem Interesse der Religion und des Fürstentums entgegengesetzter Einfluß ausgeübt würde, was, wie früher die Gegensätze hervorgerufen, auch damals leicht die alten Verwirrungen zurückgeführt haben würde.

Mit der Erwerbung des Territorialbestandes auf den Grund der Verzichtleistung auf Vorpommern, wodurch dem Kurfürsten eine bedeutendere Stellung in den westlichen und norddeutschen Reichslanden zuteil wurde, als je einer seiner Vorgänger besessen hatte, vereinigte sich die Behauptung der Rechte des Fürstentums und der evangelischen Religion, dem in den vorangegangenen Zeiten ergriffenen, für Brandenburg charakteristischen Prinzip gemäß.

Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte sich jetzt um das Haus Österreich das Verdienst erworben, die Nachfolge im Reiche, soviel er vermochte, demselben zu sichern; aber zugleich trat er ihm selbständig zur Seite; einer von demselben abhängigen Majorität am Reichstag wollte er sich in den beiden wichtigsten Punkten, dem religiösen und finanziellen, nicht unterwerfen. So stark und umfassend die Autorität, die Friedrich Wilhelm innerhalb des Reiches erwarb, nun auch war, so würde sie doch allein, da er immer sein Augenmerk zugeich auf den Reichstag und die benachbarten gleichberechtigten Stände richten mußte, schwerlich zur Durchbildung eines Staates geführt haben; aber der Kurfürst

hatte noch ein anderes Gebiet, welches staatsrechtlich von Kaiser und Reich unabhängig war: das Herzogtum Preußen. Allerdings war er auch hier nicht selbständig; er war Vasall der Krone von Polen, an sich eine noch empfindlichere Unterordnung als die unter das Deutsche Reich, da der Kurfürst von dem polnischen Reichstag ausgeschlossen blieb. Derselbe Staatsmann, der für die Rechte des Landesfürstentums in Deutschland eintrat, bekämpfte auch die Abhängigkeit desselben von Polen mit eindringender Schärfe: wie unnatürlich sei es, daß ein Kurfürst, dem eine große Stellung im Reiche zukomme, der Herr ausgedehnter Landschaften, von einem Könige abhängen solle, der durch die Gunst bestechlicher Senatoren auf den Thron komme und die höchste Gewalt nur zu einem kleinen Teile besitze. Es waren die Zeiten, in welchen die Kosaken, ungeduldig, unter der polnischen Adelsrepublik zu stehen, unter den Schutz Rußlands traten, das damals ermutigt wurde, seine Hände nach den einst an die Polen verlorenen Provinzen auszustrecken, und in welchen zugleich im Innern auf den Antrieb eines verjagten Kanzlers eine Partei sich erhob, deren Ansprüche dem Throne und dem Staate gegenüber sich in dem liberum veto manifestierte. Von dem damaligen König Johann Kasimir sagten seine Vertrauten, es sei ihm alles gleichgültig, Gewinn oder Verlust, wenn er nur in seinen inneren Gemächern, in seinen Vergnügungen und den Unterhaltungen mit seiner Umgebung nicht gestört werde: seine Hofleute sprachen ihm nur von Gegenständen des Genusses. Man versichert, er habe Zeit seines Lebens nie ein Buch durchgelesen, obwohl er dem Orden der Jesuiten angehörte; für die Regierung wohnte ihm keine Gabe bei. Nur seiner Gemahlin, der er keineswegs eheliche Treue hielt, schrieb man es zu, daß er nicht von den Polen verjagt wurde. Welch eine harte Pflicht war es nun für einen mächtigen Reichsfürsten von sittlicher Haltung und energischem Selbstgefühl, der Vasall eines so schwachen Königs zu sein und einem Reiche anzugehören, das, von steten inneren Gärungen ergriffen, seine Stellung in der östlichen Welt nicht mehr behaupten konnte. Der russischen Feindseligkeit gesellte sich in dieser Epoche die noch gefährlichere schwedische hinzu. Niemals hatten die inneren Entzweiungen des Hauses Wasa beigelegt, noch auch über die von den Schweden eingenommenen polnisch-deutschen Provinzen ein definitives Abkommen getroffen werden können; weder der König von Polen noch der Reichstag wollten von ihren Ansprüchen einen Schritt zurücktreten. Als die Königin Christine von Schweden ihre Krone niederlegte, um ihren reli-

giösen, künstlerischen, wissenschaftlichen und, wenn wir so sagen dürfen, touristischen Neigungen zu leben, so überließ sie die Behauptung der schwedischen Rechte sehr ausdrücklich ihrem Nachfolger, einem Fürsten aus dem Hause Pfalz, Karl Gustav; der aber hielt es nun für seinen Beruf, den alten nationalen Krieg der Schweden gegen Polen wieder zu erneuern, und zwar nicht nur, um das Erworbene zu behaupten, sondern in der entschiedenen Absicht, die Herrschaft über die Ostsee für Schweden zu erwerben. Von diesem Gegensatz wurde nun das Herzogtum Preußen unmittelbar berührt. Die Lehnsabhängigkeit, die dem Hochmeister infolge der Niederlage des Ordens aufgezwungen worden war, die sich der erste Herzog gefallen ließ, um den Protestantismus zu retten und einer völligen Unterwerfung zu entgehen, hatte bei der Veränderung aller Verhältnisse keinen Sinn mehr. Der Kurfürst-Herzog konnte unmöglich gewillt sein, dies Verhältnis mit eigener Gefahr aufrechtzuerhalten oder gar zu verstärken; ebensowenig konnte er wünschen, Schweden, das ihn ohnehin zu den schwersten Opfern gedrängt hatte, jetzt zu voller Herrschaft über die Küsten gelangen zu sehen. Ungefähr dieselbe Situation, unter der sich einst Georg Wilhelm befunden hatte. Wollte man den vornehmsten Unterschied der beiden Regierungen bezeichnen, so lag derselbe darin, daß Georg Wilhelm sich von den miteinander kämpfenden Mächten der einen oder der anderen anschloß und ihr gleichsam dienstbar wurde; Friedrich Wilhelm dagegen eine Stellung zwischen ihnen ergriff, die ihn zwar von dem Ausschlage ihres Kampfes nicht unabhängig machte — denn das wäre unmöglich gewesen —, aber doch in den Stand setzte, die von der Lage seines Landes gebotene Politik mit Nachdruck einzuhalten. Für ihn selber und ein preußisches Herzogtum bot alsdann der Kampf der beiden Mächte große Aussichten dar; denn eine nach allen Seiten bedeutende Position zwischen den beiden kämpfenden Mächten hatte das Herzogtum von Natur. Friedrich Wilhelm versäumte nichts, um sie zu verstärken. Die preußischen Stände erwarben sich, wie schon öfter, auch diesmal das Verdienst, den Gedanken, auf welchem ihr eigentümliches Dasein überhaupt beruhte, energisch zu ergreifen; sie vergaßen für den Augenblick ihre Beschwerden und bewilligten die ihnen an sich sehr verhaßte Auflage der Akzise, so daß eine stattliche Macht aufgestellt werden konnte, zu der man aus den deutschen Provinzen, auch den westlichen, alle verfügbaren Truppen heranzog. Wenn ich nicht irre, so ist in diesem

Momente die Idee des Staates, die der Fürst gefaßt hatte, in den verschiedenen Landschaften zuerst hervorgetreten.

Nicht allein die Marken, welche von Pommern her, sondern auch Kleve, das von Bremen aus bedroht wurde, empfanden das Interesse, welches eine starke Aufstellung ihres Fürsten in Preußen dem schwedischen Übergewicht gegenüber für sie hatte. Von dort kamen die besten Truppen nach Preußen. Man nahm eine Haltung an, in der man die Wechselfälle des bevorstehenden Kampfes abwarten und die eine und die andere Partei ergreifen oder aber zwischen ihnen sich selbständig erheben konnte. Der erste Waffengang fiel nun zunächst ganz zugunsten der Schweden aus: niemals hatte sich die innere Schwäche von Polen offenbarer kundgegeben. Der König von Schweden hatte Warschau eingenommen (1656); der König von Polen war nach Oberschlesien geflüchtet; ein großer Teil der Magnaten huldigte dem Könige von Schweden und schloß sich seinen Heerzügen an. Demgegenüber nahm Friedrich Wilhelm mit seinem Heere und den Ständen beider Lande, denn auch die Westpreußen machten gemeinschaftliche Sache mit ihm, eine imponierende Stellung ein. Allein zugunsten des Königs von Polen einzutreten und das Glück der Schlachten gegen die siegreichen Schweden zu versuchen, hielt er sich doch nicht für berufen und stark genug; und auch Karl Gustav mußte Bedenken tragen, ob er es unternehmen sollte, ihn mit den Waffen zu überwältigen. An sich wäre sein Sinn dahin gegangen. Wenn die Schweden vor Jahrhunderten Finnland, unter den letzten Königen Estland und Livland eingenommen, im Westfälischen Frieden Vorpommern und Wismar an sich gebracht hatten, so dachten sie nun ihre Herrschaft über die Küstenlande der Ostsee zu vollenden. Sie beklagten, sich in der Abkunft zu Stuhmsdorf zur Herausgabe der bereits eingenommenen Hafenplätze bequemt zu haben: Karl Gustav hielt es fast für eine Ehrensache, sich derselben wieder zu bemeistern. Er trug dem Kurfürsten an, Preußen fortan als Vasall von Schweden zu besitzen. Es war ein durch alle politischen Verhältnisse und eine unmittelbare Gefahr gebotenes Zugeständnis, wenn Friedrich Wilhelm nach mancherlei Zögerungen (eine ihm angetragene Erweiterung des Landes lehnte er ab) auf diese Anforderung einging; er tat es aber nur mit großem Widerstreben; niemals hatte man ihn melancholischer gesehen. Er mußte seine Küsten den Schweden überlassen, auf seine Bündnisse Verzicht leisten; bei alledem gab es doch eine Rücksicht, welche diese Abkunft annehmbar machte. Einmal wurden die Lehnsverpflichtungen gegen

Schweden nicht so streng bestimmt wie die früheren gegen Polen. Einige andere Bestimmungen gaben dem Lehnsverband das Ansehen eines Bundes; aber das hauptsächlichste Gewicht lag in einem, man möchte sagen universal-historischen Moment; es beruhte auf dem gemeinschaftlichen Interesse der germanischen und protestantischen Potenzen gegen die Herrschaft der Polen[1].

Ihre Verbindung stellte sich um so dringender heraus, da der geflüchtete König, indem er wieder zurückkam, alle nationalen und religiösen Gefühle für seine Sache erweckte. Nicht mit Unrecht sagte Karl Gustav: würden die Polen siegen, so würden sie beide verloren sein, er und der Kurfürst. Um diesen auf immer an sich zu fesseln, bot er ihm an, ihn zum Großherzog, selbst zum König der bestgelegenen und zum größten Teil eroberten Woiwodschaften zu machen, was der Kurfürst auch deshalb nicht von sich wies, weil ihm dadurch die Unabhängigkeit, die man ihm in Preußen versagte, in Großpolen zuteil geworden wäre. Wie auch die Verhandlungen und Absichten sich in den verschiedenen Momenten gestalten mochten, die Hauptsache blieb die gemeinschaftliche Reaktion gegen die große katholische Macht, welche früher den Norden beherrscht hatte[2]. Im Gegensatz gegen die anderen Räte des Kurfürsten trieb Waldeck dazu vorwärts. In dieser Kombination, welche eine Wiedererhebung des polnischen und katholischen Prinzips über das protestantische und deutsche[3] befürchten ließ, war es, daß Brandenburg, Preußen und Schweden ihre Waffen vereinigten, um den Polen, die indessen ihre Hauptstadt wieder eingenommen hatten, die Spitze zu bieten. Das ist das historisch Bedeutende an der dreitägigen Schlacht von Warschau, in welcher die Polen auseinandergesprengt und niedergeworfen wurden. Seitdem in der Schlacht von Tannenberg die ritterliche Ordensmacht von den Polen überwältigt worden war, hatten diese in den Ländern der deutschen Kolonisationen diesseits und jenseits der Weichsel die Oberhand behauptet; die erste Gegenwirkung lag, wie angedeutet, in den Vorteilen, welche Gustav Adolf über die Polen davontrug. Wenn nun Karl Gustav diesen Kampf aufnahm, anfangs mit großem Erfolg, der jedoch wieder zweifelhaft wurde, so war es von hoher Wichtigkeit, daß sich der nunmehr zur eigenen Herrschaft gelangte Herzog von Preußen demselben anschloß. Es war das Kernland des Ordens,

[1] Vgl. Seite 10.
[2] Vgl. Seite 10.
[3] Vgl. das Nachwort in Band III. — Über die Bedeutung dieser „Prinzipien“ auch „Die Großen Mächte“ (Päpste II, 448 und 473 ff.).

das ihm dazu die Kraft und den Antrieb gab. Der Wechsel der Zeiten erscheint in der Verschiedenheit der militärischen Organisation: die Ritterschaft war nicht fähig gewesen, den Streitkräften des östlichen Europa, die der damalige König von Polen um sich sammelte, zu widerstehen; jetzt aber war eine anders angelegte militärische Einrichtung entstanden, vor der hier wiederum die nicht weiter entwickelten ungeordneten polnischen Heerhaufen zurückweichen mußten. Die militärische Organisation, in welcher sich die Eingeborenen des Ordenslandes mit den Streitkräften der deutschen Provinzen des Kurfürsten vereinigten, ist die Grundlage nicht mehr der brandenburgischen allein, die überdies nur einige Regimenter zählte, sondern der brandenburgisch-preußischen Armee, wie sie fortan bestehen sollte. Als ein bedeutendes Ereignis muß es betrachtet werden, daß diese Armee, die zuerst gegen das Vordringen Karl Gustavs standhielt, sodann im Bunde mit ihm den Polen eine Niederlage beibrachte. Nicht durch Negoziationen, sondern durch diese großen Handlungen wurde die Selbständigkeit des Landes Preußen begründet: es ist die erste große Waffentat der brandenburgisch-preußischen Armee. Welch eine geringfügige Rolle hatte dieselbe vor kurzem gespielt, als sich die schwedischen Waffen mit den protestantischen vereinigten. Friedrich Wilhelm stand jetzt dem Schwedenkönig ebenbürtig zur Seite. Er war noch dessen Lehnsmann, aber doch nur für eine Provinz, die seine Macht, wie sie sich zugleich von Deutschland her entwickelte, bei weitem nicht begriff. Nicht so sehr eben darauf kam es an, inwiefern er seit dem Beginn dieser Unruhen daran gedacht hat, sich zu dem Range eines unabhängigen, souveränen Fürsten zu erheben, als darauf, daß er faktisch eine selbständige Stellung erlangte: er war durch seine Streitkräfte ein unabhängiger Fürst, ehe er noch so hieß. Aber dahin mußte es doch nun kommen, sobald die allgemeinen Verhältnisse eine Entwicklung nahmen, die dahin führen konnte. Die erste entscheidende Wendung in den nordischen Angelegenheiten lag in dem Angriff der Russen auf Schweden. Denn fast noch weniger als andere Mächte konnten die Russen zugeben, daß die Ostsee definitiv gleichsam eine schwedische Landsee würde; und in diesem Augenblick verletzte ihr Einfall in Livland die Polen mitnichten. Es machte ihnen wenig Eindruck, daß der Zar sich sogar beikommen ließ, die Lehnsherrschaft über Preußen zu fordern; sie sahen in demselben zunächst einen neuen Verbündeten und schickten sich nun mit verdoppeltem Eifer an, gegen die Schwe-

den und den Kurfürsten heranzuziehen; sie drohten sogar unter Konnivenz des Kaisers, mit dem sie gut standen, die kurfürstlichen Lande in Deutschland anzugreifen, was doch nur dadurch motiviert werden konnte, daß Friedrich Wilhelm der Vasall des Königs von Schweden war.

Von drei Potenzen auf einmal mit dem Anspruch auf Oberlehnsherrlichkeit heimgesucht und in seiner faktischen Stellung doch von keiner derselben abhängig, wie hätte der Kurfürst-Herzog nicht den Gedanken fassen sollen, sich einer solchen Unterordnung überhaupt zu entledigen; aber von den Polen, welche seit dem Losbrechen der Russen wieder die Oberhand erlangt hatten und in Westpreußen mächtig vordrangen, war das damals schlechterdings nicht zu erreichen; sie hielten den König von Schweden bereits für geschlagen und verloren. Die preußischen Stände hätten wenigstens einen Waffenstillstand gewünscht, aber die Polen verweigerten denselben. Eine definitive Abkunft mit dem Kurfürsten wollten sie nur dann eingehen, wenn er in die alte Lehnsabhängigkeit zurückkehre; seine Verbindung mit Schweden betrachteten sie als Felonie im Sinne des Lehnsrechts, ohne auf seine besondere Stellung Rücksicht zu nehmen. Wollte der Kurfürst diese nicht aufgeben und wieder unter die Oberherrschaft der Polen, die er doch besiegt hatte, zurückkehren, so blieb ihm nichts übrig, als im Bunde mit Karl Gustav zu verharren und sich den Polen noch einmal mit aller Macht entgegenzustellen. König Karl X., der, von allen Seiten bedrängt, in einer erneuerten Vereinbarung mit Brandenburg seine Rettung sah, willigte dagegen in die Vorschläge, die der Kurfürst ihm zugunsten der Souveränität seines Herzogtums machte. Das Wort war schon früher geäußert worden; der König hatte nie darauf eingehen wollen: jetzt aber sah er sich durch seine Lage dazu genötigt; hatte doch auch für ihn selbst das dem Kurfürsten aufgedrängte Lehnsverhältnis geringere Bedeutung als früher, da sein großer Plan durch den Einbruch der Russen durchbrochen war: er dachte auf Frieden mit Rußland und rechnete dabei auf die Einwirkung Brandenburgs. In dem Vertrag von Labiau (10. November 1656) willigte er ein, den Lehnsnexus aufzugeben und einen Bund an dessen Stelle treten zu lassen. In der verwirrenden Bewegung der Zeitereignisse tritt diese Verabredung nicht besonders hervor; für die Festsetzung der preußischen Verhältnisse ist sie von hoher Wichtigkeit für alle Zeiten. Denn nicht allein verzichtet der König auf seine eigenen Ansprüche; man

setzte fest, daß Preußen für immer auch von Polen getrennt bleiben solle. Der Kurfürst und seine Nachkommen sollen nie wieder in ein ähnliches Verhältnis zu Polen oder irgendeiner anderen Macht treten; sie sollen oberste, absolute und souveräne Fürsten sein und alle Rechte souveräner Fürsten genießen. Noch einmal knüpfte der Kurfürst dadurch sein Schicksal an die Entscheidung des schwedisch-polnischen Krieges, durch den ihm auch noch eine andere große Aussicht eröffnet wurde. Die Großpolen gaben ihm ihren Wunsch zu erkennen, fortan unter seinem Schutze zu stehen. Und was ließ sich nicht alles hoffen, da in diesem Augenblick die siebenbürgischen Heerscharen unter dem Fürsten Ragoczy in Polen einbrachen: es war, als wäre der alte Bethlen Gabor, der einmal der europäischen Koalition gegen Österreich angehört hatte[1], wieder aufgelebt. Auch Georg Ragoczy trat als Verteidiger der Protestanten in Ungarn, der alten Freiheiten dieses Landes überhaupt auf; er war reich durch den Ertrag seiner Bergwerke, und man kennt ihn als einen der größten Gegner, welchen der Orden der Jesuiten jemals gehabt hat. Eine glückliche Waffentat der Siebenbürger und Schweden würde auf Polen sowohl wie auf den Bestand der österreichischen Macht eine erschütternde Rückwirkung ausgeübt haben. Dieser Kombination gehörte damals auch Brandenburg-Preußen an. Waldeck, der nur immer gegen die beiden Mächte Österreich und Polen anstrebte, begleitete den König auf dem Zuge. So umfassend aber die Erwartungen waren, die man an den Feldzug von 1657 knüpfte, so geringfügig, in der Hauptsache entgegengesetzt, waren seine Erfolge. Wohl wurde die Vereinigung mit Ragoczy vollzogen; aber sie führte zu keiner Entscheidung, da die Polen jedem ernstlichen Zusammentreffen auswichen. Ragoczy war doch nicht so einverstanden, wie man annahm: er war nicht für den König, noch viel weniger für den Kurfürsten; und erschien vielmehr, nachdem Brzesc eingenommen war, sehr geneigt, eine Abkunft mit Polen zu schließen, zumal da sein Land von einem tartarischen Einfall bedroht war: er hat dem König Kasimir ein Bündnis gegen Karl X., mit dem er vollkommen zerfiel, angetragen. Von dem schwedisch-siebenbürgischen Bündnis hatten die Polen nicht allein nichts zu fürchten; es kam ihnen insofern selbst zustatten, als Österreich dadurch bewogen wurde, mit ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen; zugleich fanden sie einen neuen Verbündeten an Dänemark.

[1] Vgl. Weltgeschichte VII (Wallenstein), Seite 215 f. und 230 f.

Ungeduldig, die in den letzten Frieden erlittenen Verluste wieder herbeizubringen und ermutigt durch die Feindseligkeiten, welche sich besonders durch den Einfluß des Hauses Österreich allerorten gegen Schweden regten, erhoben sich die Dänen zu einem neuen Angriff auf diese Macht. Die Teilnahme Dänemarks und Österreichs an der polnischen Sache kann man als die zweite große Wendung dieses Krieges betrachten. Auf der Stelle wurde Karl Gustav genötigt, seine Waffen von Polen nach Dänemark zu wenden; aber ein Unglück sah er darin nicht. In aller Welt fing man an, ihn nur um so mehr zu fürchten: denn man hielt es nicht für wahrscheinlich, daß die Dänen ihm Widerstand leisten würden; man meinte selbst, er werde sich des Sundes bemächtigen und durch den Ertrag des Zolles in den Stand gesetzt werden, neue Armeen ins Feld zu stellen, um das nördliche Europa zu übermeistern: er stand mit Mazarin und Cromwell in Verbindung. Dieses Triumvirat bedrohte die bestehenden dynastischen Verhältnisse von Europa; die Absicht wurde gefaßt, bei der neu eintretenden Vakanz einen Kaiser in Deutschland zu setzen, der nicht aus dem Hause Österreich stamme. Noch wurde der Kurfürst von Brandenburg als ihr Verbündeter angesehen: wenn sie die Oberhand behielten, hätte er Groß-Polen zu behaupten und selbst, wie Karl Gustav anriet, Schlesien zu erobern hoffen dürfen. Allein was hätte daraus weiter erfolgen müssen. Schon jetzt sah er sich durch Entfernung des Königs den Feindseligkeiten seiner Gegner allein ausgesetzt; in dieser Gefahr hatte er keinen Skrupel dabei, wenn er, vom König verlassen, sich von ihm losriß. Unmöglich konnte er dulden, daß Dänemark vollkommen niedergeworfen und die Absicht Schwedens auf die Herrschaft in der Ostsee, in dieser Kombination doppelt drückend, realisiert werde; noch weniger gestatten, daß Frankreich und Schweden über die deutsche Krone verfügten. Der große Gang der allgemeinen Politik und ihre Aussichten trieben ihn alle Tage mehr auf die andere Seite hin: es mußte ihm lieber sein, die Kontinuation der kaiserlichen Autorität in dem Hause Österreich fortdauern, als einen seiner Gegner, etwa seinen Nachbar in Jülich und Berg, den Pfalzgrafen von Neuburg, von dem zunächst die Rede war, zu derselben erhoben zu sehen. Ebenso konnte ihm nichts an dem Übergewicht Schwedens über Polen gelegen sein, sofern nur diese Krone selbst ihn seiner bisherigen Abhängigkeit entlastete. Darauf nun war jetzt sein ganzes Bemühen gerichtet, die Unabhängigkeit seines Herzogtums von Polen und den Mächten überhaupt

anerkannt zu sehen. Um keinen Preis wollte er in die schwankenden inneren Angelegenheiten Polens länger verwickelt bleiben. Und wer stehe dafür, daß nicht einmal der Zar oder der Kaiser sich des polnischen Thrones bemächtige, was solle dann aus ihm werden. Die ansehnliche Armee, die er im Felde hatte, gab seinen Vorstellungen Nachdruck und Gewicht. Niemand hat seinen Gedanken so gut gewürdigt wie die leitenden Männer in den Generalstaaten, besonders Johann de Witt, sonst ein Gegner des mit Brandenburg so enge verbundenen Hauses Oranien, aber nicht so beschränkten Sinnes, um die großen politischen Verhältnisse unter diesem Gesichtspunkte anzusehen; das Interesse seiner eigenen Republik forderte Unabhängigkeit der preußischen Küstenlande sowohl von den Schweden wie von den Polen, um ihres Verkehrs in der Ostsee und der Verbindung mit Rußland sicher zu bleiben.

Nicht so entschieden erklärten sich die Dänen; anfangs widerrieten sie das ganze Vorhaben: denn die Untertanen in Preußen würden es nicht gern sehen, und der Schutz von Polen werde in anderen Zeiten dem Kurfürsten immer einen gewissen Rückhalt gewähren; man könne ja die beschwerlichen Punkte des bisherigen Verhältnisses abstellen. Der brandenburgische Gesandte erwiderte: Polen habe sein Recht auf eine unerträgliche Weise mißbraucht und es unmöglich gemacht, in eine Unterordnung zurückzukehren, die nun einmal mit Fug und Recht abgebrochen sei; der Kurfürst bemerkte: er habe ein Verdienst um Polen; denn dem Widerstande, den er den Schweden anfänglich geleistet, und der ihn in Abhängigkeit von denselben gebracht habe, sei es überhaupt zuzuschreiben, daß Polen sich habe sammeln und einigermaßen wiederherstellen können. Dadurch wurden die Dänen eines anderen überzeugt und boten dann dem Kurfürsten ihre guten Dienste an. Von großer Wirksamkeit ist es ohne Zweifel gewesen, daß der Gesandte des Hauses Österreich, Lisola, dafür eintrat; denn dieser Macht lag alles daran, den Kurfürsten von der entgegengesetzten Seite und dem feindlichen Bundesgenossen abzuziehen. Es geschah unter der vereinigten Einwirkung der verbündeten Mächte, von denen die Polen vor Schweden geschützt zu werden hoffen konnten, daß diese sich in die Bedingung fügten, welche der Kurfürst für seinen Beitritt machte. Nach langen in das tiefste Geheimnis verhüllten Verhandlungen, von denen dem französischen Gesandten am Hofe keine Ahnung beikam, willigten die Polen zu Wehlau am 19. September 1657 ein, daß der Kurfürst, der sich dagegen mit ihnen zu verbinden versprach, Preußen

in seinen alten Grenzen, aber mit dem Rechte der Oberherrschaft, in absoluter Gewalt und frei von allen bisher auferlegten Lasten besitzen sollte, er selbst und seine männlichen Deszendenten. Das war ungefähr dasselbe, was der König von Schweden zugestanden hatte. Aber wie eine ganz andere Bedeutung gewann es, wenn es von den Polen bewilligt wurde; denn die schwedische Lehnsherrschaft war doch nur eben vor kurzem erzwungen, die polnische Jahrhunderte alt, von Europa als ein unzweifelhaftes staatsrechtliches Verhältnis anerkannt. Bei der persönlichen Zusammenkunft, die zwischen dem Könige und dem Kurfürsten, der sich nach den Marken zurückbegab, zu Bromberg stattfand, kommt ein unerwartet inniges Verhältnis zum Vorschein. Ohne Zweifel war es das Werk der Königin von Polen, Ludovica Gonzaga und der Kurfürstin Luise; sie waren beide friedlich gesinnt und hatten sich untereinander verständigt. Dort wurden noch einige Nebenpunkte, nicht ohne daß neue Schwierigkeiten sich erhoben hätten, entschieden, die Hauptsache, die Anerkennung der Souveränität, unter freiem Himmel durch Eidesleistung bestätigt. So brachten es die veränderten Weltverhältnisse mit sich. Die Lehnsabhängigkeit, die einst nach schweren Niederlagen den Ordensmeistern aufgedrungen worden und von dem letzten derselben, der sich und das Land säkularisierte, anerkannt worden war, wurde wieder abgeworfen, nachdem die Polen ihrerseits nicht allein Niederlagen erlitten, sondern in Verwicklungen geraten waren, aus denen sie nur durch dieses Zugeständnis gerettet werden konnten. Die Aufhebung des Lehnsverhältnisses ward von einem Herzog von Preußen gefordert, der, an der Spitze einer stattlichen Armee mit dem vornehmsten Feinde verbündet, noch immer sehr gefährlich werden konnte; sie war die Bedingung seines Überganges von diesem Feinde zu den mit Polen einverstandenen europäischen Gewalten. Ein Ereignis von weitreichender historischer Beziehung. Die große deutsche Kolonie im Osten, deren Gründung den langen fortgesetzten Anstrengungen der deutschen Nation zu verdanken war, wurde dadurch in ihre ursprüngliche Unabhängigkeit von den benachbarten Mächten hergestellt, wenigstens insoweit, als sie den Kurfürsten von Brandenburg, Herzog von Preußen, als ihr Haupt anerkannte. Und was lag nicht alles für diesen Fürsten selbst und für sein Haus in dem Ereignis! In der Mitte der großen Reiche, die ihnen bisher ihren Willen auflegten und eine eigentümliche Politik nach eigenem Interesse doch in der Tat verhinderten, erscheinen der Fürst und das Land als ihnen ebenbürtig und gleichberech-

tigt, als nur von sich selbst abhängig. Es war das Werk eines geschickten Steuermanns, der in dem politischen Sturm, der sich um ihn her erhob, die Richtung seiner Fahrt mehr als einmal verändert und zuletzt glücklich in den sicheren Hafen gelangt. Für die Bildung des Staates ist die Erwerbung insofern unschätzbar, als sie den Kurfürsten aller Rücksicht auf die Politik von Polen entledigte: er konnte fortan seinen eigenen Gesichtspunkten folgen.

Drittes Kapitel.

Teilnahme an dem schwedisch-dänischen Kriege.

Die Stände und das stehende Heer. Weitere Aussichten.

Die neue Richtung, die Friedrich Wilhelm einschlug, war nicht ohne die größte Gefahr. Dem König Karl Gustav war sie sogar nicht unangenehm; er bekam dadurch das Recht, seine Waffen gegen den früheren Verbündeten zu richten, der jetzt seinem großen Plane entgegenstand. In dem ersten Anlauf gelang es ihm, Dänemark zu einem Frieden zu nötigen, welchem Schweden mehrere seiner bestangebauten Provinzen verdankt. Der Rückhalt, den ihm Frankreich, von dem er bei seiner letzten Unternehmung mit Geld unterstützt wurde, und der Protektor von England gewährten, sein unüberwindlich erscheinendes Heer, sein Einfluß auf das Deutsche Reich gaben ihm eine Stellung, in der er seinen Feinden überaus gefährlich wurde, keinem mehr als dem benachbarten Kurfürsten, den er als bundesbrüchig und mit beleidigendem Unglimpf behandelte. Im Februar 1658 verband sich Friedrich Wilhelm auf das engste mit dem Kaiser; ein Bündnis ward geschlossen, das nicht allein, wie der Titel lautete, auf Defension berechnet war, sondern zugleich auf ein gemeinschaftliches Unternehmen gegen die Schweden; denn nur durch einen entschiedenen Angriff auf dieselben würde der allgemeine Friede herbeigeführt werden können. Man beschloß, einen Einfall in Pommern zu unternehmen, in der Sache einigermaßen, wie einst unter Georg Wilhelm. Doch ließ sich der Große Kurfürst bessere Versicherung ausstellen als einst sein Vater: die Festungen, die man erobere, sollten nur mit brandenburgischen Völkern besetzt und ohne seine Einwilligung an niemand ausgeantwortet werden.

Lassen wir nicht unbemerkt, daß die sinnige und sittige Kurfürstin Luise mit dem Wechsel sehr zufrieden war. Sie mißbilligte, daß ihr Gemahl neue Erwerbungen in Polen habe machen wollen. Das gewaltsame und stürmische Verhalten Karl Gustavs X.,

seine Verbindung mit dem Protektor, dem geschworenen Gegner von Oranien, welches in enger Verbindung mit dem Hause Stuart stand, widerte sie an. Aber sie hatte nichts gegen den Angriff auf das schwedische Pommern, weil es ja dem kurfürstlichen Hause als ein Erbteil gehöre. Sie sah es gern, daß ihr Gemahl wieder mit dem Reich — denn einen Kaiser gab es noch nicht wieder — und mit Österreich in Verbindung trat. Derselben Gesinnung war der nach und nach zur Leitung der Geschäfte aufsteigende Minister Otto von Schwerin. Er hat ihr die Gebete verfaßt, die sie für ihren Gemahl in geweihten Stunden aussprach und in denen Gott angerufen wird, den Kurfürsten, seinen treuen Diener, mit Engeln zu begleiten und alle Welt sehen zu lassen, daß er an dem ungerechten Treiben der Feinde einen Greuel habe. Der Kurfürst lebte in einem auf religiöser Gesinnung begründeten Einverständnis mit ihr.

Dabei trat nun aber die große Frage, welche zu dem Umschwunge der Politik vornehmlich beigetragen, die Kaiserwahl, in den Vordergrund. Die Absicht der Franzosen und Schweden, die auch von Cromwell unterstützt wurde, ging, wie angedeutet, dahin, den Thronerben von Österreich, Leopold, von dem Kaisertum auszuschließen; und unter den Wahlfürsten waren ihrer drei: Mainz, Köln und Pfalz derselben Meinung. Aber einen katholischen Fürsten — und ein solcher mußte es sein — zu finden, der als Gegenkandidat hätte aufgestellt werden können, wollte doch nicht gelingen. Man dachte an den Oheim des Kaisers, Erzherzog Leopold Wilhelm, der sich in Krieg und Politik einen guten Namen erworben hatte und noch in frischen Jahren stand; er war deshalb nicht abgeneigt, darauf einzugehen, weil sein Neffe Leopold sich mit einer Infantin von Spanien vermählen wollte, was diesem, wenn er zugleich Kaiser würde, die Aussicht gebe, die Monarchie Karls V. wiederherzustellen; das aber werde in ganz Europa Widerstand finden. Die rheinischen Kurfürsten wären aus diesem Grunde für ihn gewesen; aber in diesem Augenblick erfuhr man, daß die Königin von Spanien doch eine Aussicht auf Nachkommenschaft habe, worauf Leopold Wilhelm von seiner Prätension zurücktrat. Ein anderer Gedanke war, die Kaiserkrone an Bayern zu bringen; aber der Kurfürst von Bayern selbst lehnte ab, denn er wollte lieber ein reicher Fürst sein als ein armer Kaiser. Man bemerkte, der deutsche Kaiser habe in den Reichslanden nicht so viel eigenen Besitz, um darauf sich ein Haus bauen, und nicht so viel Einkommen, um einen Tag davon leben zu können. Daß ein anderer Fürst als eben der Erzherzog

von Österreich, König von Böhmen und Ungarn, das Reich würde verwalten können, ließ sich nicht erwarten. Man hat bei den vorläufigen Beratungen hierüber an die Errichtung einer ständischen Regierung gedacht, wie das Reichsregiment gewesen war; aber bei der allgemeinen Agitation wäre davon nur Unruhe zu fürchten gewesen: niemals bedurfte man mehr eines mit einer ansehnlichen Hausmacht ausgestatteten Kaisers als in diesem Zeitpunkte. Denn trotz des andauernden Krieges gegen Spanien war der Einfluß der Franzosen im Westen des Reiches unbeschränkt, und auf dem Osten desselben lasteten die Schweden; besonders bei den beiden mächtigsten weltlichen Kurfürsten, bei Brandenburg und Sachsen, machte sich diese Betrachtung Geltung. Auf einer Zusammenkunft zu Lichtenburg vereinigten sich die beiderseitigen Räte dahin, daß es einen mächtigen Kaiser zum Widerstand gegen die von außen her eindringenden Gewalten geben müsse. Auf dieser Seite standen auch Bayern und das durch einen besonderen Vertrag an Österreich gefesselte Trier. Zwei entgegengesetzte Parteien bildeten sich dergestalt im Kurkollegium, von denen die eine für Leopold war, die andere gegen ihn. Jede von ihnen zählte drei Stimmen; Brandenburg behielt sich vor, in den Beratungen den Ausschlag zu geben; da aber kein Zweifel war, daß es an Österreich festhalten würde, durfte Leopold darauf rechnen, die Mehrheit für sich zu gewinnen. Aber noch ein anderer Streit erhob sich, der vor der Wahl erledigt werden mußte. Er betraf die Kapitulation, deren Annahme der eigentlichen Wahl vorangehen mußte.

Die damalige Wahlkapitulation ist in staatsrechtlicher Hinsicht eine der merkwürdigsten, inwiefern sie die Landeshoheit und die Rechte der Fürsten mächtig verstärkte. Das vornehmste Moment aber, worauf es ankam, lag in einer Frage der allgemeinen Politik. Man schlug einen Artikel vor, durch welchen dem künftigen Kaiser die Teilnahme an dem Kriege Spaniens gegen Frankreich und dessen Bundesgenossen in Italien und in dem Kreise Burgund verboten wurde[1]. Für Leopold war es sehr hart, sich gegen sein Haus zu verpflichten; und besonders hiergegen nahmen Spanien und Österreich die Unterstützung von Brandenburg in Anspruch. Aber mit großer Hartnäckigkeit hielten Pfalz, Mainz und Köln an dem Artikel fest, der für die Franzosen, mit denen sie verbündet waren, die Hauptsache ausmachte. Man kam darauf zurück, wenn Leopold die Annahme verweigere, ihm doch noch einen anderen Kandidaten, etwa den Pfalzgrafen von Neu-

[1] „Französische Geschichte", XI. Buch, 6. Kapitel.

burg entgegenzusetzen; die allgemeine Entzweiung von Europa trennte auch den Rat der deutschen Kurfürsten. Und so entschieden stand Friedrich Wilhelm auch jetzt nicht auf der Seite von Österreich, daß er mit Frankreich darüber hätte brechen wollen. Er schlug vor, die den Franzosen zu gebende Zusicherung durch eine entsprechende, die diese selbst zu geben hätten, zu ergänzen: daß sie nämlich auch ihrerseits gehalten sein sollten, den Gegnern des Kaisers und des Reiches keine Unterstützung zu leisten. Nichts schien natürlicher und für die Selbständigkeit des Reiches wichtiger.

Wohl sah man voraus, daß Frankreich sich nicht werde abhalten lassen, den Schweden auch fortan eine Geldhilfe zu leisten; aber man wäre dadurch der offenen Waffengemeinschaft Frankreichs mit Schweden sowohl wie mit den italienischen Gegnern des Hauses Österreich zuvorgekommen. Die Franzosen waren nicht geneigt, dies anzunehmen; und noch immer waren sie mit den drei Kurfürsten auf das engste vereinigt. Ein Motiv für die einen und die anderen lag in der damals eingetretenen engen Verbindung der Franzosen mit dem Protektor von England. Die Spanier wollten das Recht haben, wenn nicht gegen die Franzosen, so doch gegen die Engländer deutsche Truppen ins Feld zu führen; sie hätten gewünscht, daß England von den Verbündeten Frankreichs, gegen die man nicht kämpfen dürfe, namentlich ausgenommen würde. Der Kurfürst von Brandenburg wandte ein, daß das die Versammlung zu zersprengen drohe; die drei Kurfürsten würden sich von dem Wahltage entfernen; die übrigen würden dann Bedenken tragen, einen Kaiser zu proklamieren. Man sprach auch in der Versammlung von der Gefahr eines neuen Bruches zwischen den Kurfürsten, eines erneuerten allgemeinen Krieges, was denn die Wahl eines Kaisers ins Unbestimmte hinausziehen werde. In dieser Krisis brachte dann der Kurfürst von Trier in Erinnerung, wie schimpflich es für das Reich sei, um dieser kleinen Differenzen willen die Wahl aufzuschieben: er machte seinen beiden geistlichen Kollegen einen Vorwurf daraus, daß sie das zulassen wollten, während ein junger weltlicher Kurfürst für die Sache des Reiches sei. Wir erfahren, daß diese Erinnerung Eindruck auf die übrigen machte, so daß sie der herrschenden Stimmung nachgaben.

Es war ein Ereignis von Bedeutung, daß man sich endlich entschloß, einen bestimmten Tag für die Wahl festzusetzen, und den vornehmsten oder vielmehr einzigen Kandidaten, den König Leopold aufforderte, nach Frankfurt zu kommen. Ganz Germanien,

Kurfürst Friedrich Wilhelm.
Nach einem Kupferstich aus dem Jahre 1683.

Kurprinz Karl Emil († 1674).
Nach dem Gemälde im Berliner Schloß.

sagt der päpstliche Nuntius, atmete bei dieser Nachricht auf; denn man hatte bereits gefürchtet, daß sich die Wahl noch jahrelang hinziehen könne. Der streitige Artikel war jetzt auf den Rat Brandenburgs dahin modifiziert worden, daß die Verbündeten Frankreichs, gegen die es dem Reiche nicht freistehe, feindlich anzugehen, keine anderen sein sollten als die, welche zur Zeit des Westfälischen Friedens im Bunde mit dieser Macht gewesen seien. Das waren offenbar die Engländer. Aber man hielt es für unzuträglich, sie zu nennen; der Artikel wurde in den gewohnten Formen des Reiches abgefaßt. Noch einmal kam es darüber in der Sitzung am 15. Juli 1658 zu einer lebhaften Kontroverse unter den Kurfürsten. Die drei französisch Gesinnten verwarfen die neue Fassung; und schon hatte der Reichserzkanzler eine andere mehr im Sinne der Franzosen entworfen. Aber die Majorität: Trier, Sachsen, Bayern und Brandenburg hielten unerschütterlich an der ihren fest. Der Mehrheit fügte sich dann die Minderheit in dem Gefühl, daß eine Entzweiung vermieden werden müsse. Nachdem man nun zu dem Beschluß gekommen war, konnte König Leopold in die Versammlung gerufen werden, um die Kapitulation, wie sie nunmehr war, anzunehmen oder zu verwerfen. Es war ein Akt von hoher Wichtigkeit, daß er sie annahm, und zwar im Einverständnis mit den Räten, die ihn umgaben. So ist es geschehen, daß den Einwirkungen der großen in Deutschland eingedrungenen auswärtigen Mächte zum Trotz in einer allgemeinen Gärung von zweifelhaftem Ausgang doch wieder ein Fürst aus dem Hause Österreich zur Kaiserkrone gelangte: es war die erste Frucht des Übertrittes von Brandenburg auf die andere Seite. Auf dem Wahlkonvent hat man wohl gesagt, Friedrich Wilhelm wäre der würdigste, die Krone selbst zu tragen, wenn er nur katholisch wäre. Sein Gesandter antwortete: die Katholizität wäre doch keine wesentliche Bedingung; aber sein Fürst würde die Wahl, wenn sie auch mit aller Regelmäßigkeit auf ihn fiele, doch nicht annehmen. Friedrich Wilhelm war damit zufrieden, die Kaiserwahl den geistlichen Kurfürsten zum Trotz durchzuführen: er hat sich immer gerühmt, Leopold die Krone auf das Haupt gesetzt zu haben. Zu dieser engen Verbindung aber mußte es kommen, wenn Deutschland jemals den beiden Mächten, die es bedrängten, Widerstand zu leisten fähig werden sollte. Die Wahl Leopolds war aus dieser Erwägung hervorgegangen; daß sie gelang, bildete insofern einen historischen Moment, als sie eine Möglichkeit dazu eröffnete, vorausgesetzt, daß ein gutes Vernehmen zwischen Brandenburg und Österreich

behauptet werde. Zunächst machte die Politik des Königs von Schweden ein Einverständnis zwischen ihnen notwendig.

Die Unterhandlungen über die Ausführung des Friedens zwischen Schweden und Dänemark führten zu einem neuen Bruche. Und sehr bezeichnend ist der Punkt, der dazu die Veranlassung gab: Karl Gustav forderte die Sperrung der Einfahrt durch den Sund für fremde Flotten, was ihn zum Meister der Ostsee gemacht haben würde. Die Dänen verweigerten es hauptsächlich deshalb, weil sie dadurch ihrer Bundesgenossenschaft mit den Niederlanden beraubt werden würden. Wenn der König dennoch auf das hartnäckigste darauf bestand, so lag einer der vornehmsten Beweggründe dafür in der gegen seinen Sinn und Wunsch durchgeführten Kaiserwahl. In der Verbindung zwischen Österreich und Brandenburg, die dazu führte, sah er den Kern einer Koalition, die gegen ihn selbst gerichtet war. Es bildete einen Gegensatz hiermit, wenn er sich entschloß, einen neuen Angriff auf Dänemark zu unternehmen, das er zu überwältigen mit Bestimmtheit voraussetzte. Er ging schon darüber zu Rate, wie er es als schwedische Provinz einrichten würde, und dachte sich aus, wie er die Huldigung der neuen Untertanen empfangen wolle: die schwedische Krone auf dem Haupte, die dänische auf dem Tische vor sich. Meister von Dänemark, meinte er alle seine Feinde überwältigen, namentlich auch den Kurfürsten von Brandenburg für seinen Abfall strafen zu können.

In diesem Sinne erhob er sich im August 1658 aufs neue gegen Kopenhagen, zunächst mit dem Gedanken, die Stadt mit Sturm zu nehmen. Bei dem Anblick der brennenden Vorstädte wurde er inne, daß derselbe nicht auszuführen sei; er mußte sich zu einer Belagerung entschließen, die bei dem Mangel an erforderlichem Geschütz nicht anders als langwierig werden konnte. Erst durch die Eroberung von Kronenburg ward er mit solchem ausgerüstet; erst dann durfte er hoffen, mit der Belagerung zum Ziele zu kommen. Die alte Idee der Vereinigung Skandinaviens lebte in dieser Form wieder auf[1], zugleich mit dem Anspruch der Herrschaft über die Ostsee; Karl Gustav hielt noch an dem Plane fest, die beiden Preußen, das königliche und das herzogliche, mit Schweden zu vereinigen. Dagegen verbanden sich nun auf der anderen Seite Österreich, Polen und Brandenburg. Im Spätsommer 1658 erschienen ihre Truppen im Felde, um vor allem Dänemark zu retten. Und zugleich erzwang sich eine holländische Flotte die Durchfahrt im Sund. Bei ihrem Erscheinen an der Reede von

[1] Weltgeschichte VII, 172 ff.

Kopenhagen mußte die Belagerung in eine Blockade verwandelt werden. Unter der Führung des Kurfürsten von Brandenburg wurde die Insel Alsen genommen. Die Kurfürstin spricht ihren Unmut aus, daß ihr Gemahl verhindert worden sei, auch Fünen anzugreifen. In diesem Gedränge schritt Karl Gustav im Februar 1659 nun doch zu dem Versuch, Kopenhagen durch Überraschung mit Sturm zu nehmen; aber indessen war in den Dänen das Gefühl ihres nationalen Daseins erwacht; sie leisteten einen verzweifelten und erfolgreichen Widerstand. Karl Gustav mußte zurückweichen und hatte den Verlust vieler seiner besten Offiziere zu beklagen. Aber allezeit hartnäckig auf seinem Sinn bestehend, gab er die Behauptung der Inseln nicht auf: er betrachtete sie als eine reale Assekuration des Friedens. Und noch war der Ausgang nicht vorauszusehen, da nun auch eine englische Flotte in See ging, um der holländischen im Sunde das Gleichgewicht zu halten. In Frankreich war die alte Allianz mit Schweden um so weniger aufgegeben, da sie mit den deutschen Angelegenheiten aufs genaueste zusammenhing.

Mazarin zweifelte nicht, den Kurfürsten von Brandenburg noch auf seine Seite herüberzuziehen. Einer seiner Agenten erschien bei demselben im Feldlager von Wiborg. Wir haben dessen Bericht übrig, in welcher die dortigen Zustände mit einer gewissen Anschaulichkeit geschildert werden. Die Polen, bei denen sich Tartaren und selbst Türken befanden, erschienen noch ziemlich in dem primitiven Zustand einer Nation von Reitern und Edelleuten; die Gemeinen hatten wenig Bedürfnisse; sie lebten tagelang von Branntwein und Tabak und schliefen die Nächte auf dem Schnee; man bewunderte unter ihnen besonders die Veteranen, die aus dem Türkenkriege kamen. Die brandenburgische Kavallerie war nicht so gut beritten und bewaffnet, doch machte auch sie einen stattlichen Eindruck, einen noch besseren das Fußvolk in seiner blauen Uniform. Den Kurfürsten fand der Gesandte in Wiborg, wo er eines Tages in einer sechsspännigen Karosse zur Audienz abgeholt wurde; denn er hatte Briefe seines Königs und des Kardinals Mazarin zu überreichen. In dem Zimmer, in das er eintrat, waren gerade die Feldobersten und Kavaliere versammelt, der Kurfürst mitten unter ihnen; zur Seite etwas entfernt standen die vornehmsten Räte, Otto von Schwerin und der Doktor Jena. Nachdem der Kurfürst die Schreiben empfangen hatte, näherte sich Schwerin, um sie mit ihm zu lesen, und sagte dann einige Worte darüber. In allen seinen Äußerungen verriet der Kurfürst heftige Animosität gegen den König von Schweden, den er der

Undankbarkeit, Härte, Illoyalität beschuldigte, und Entrüstung über den Beistand, der demselben dennoch von den Franzosen geleistet werde. Bei Tafel hat er einmal auf das Wohl des allerchristlichsten Königs getrunken, aber sich dann doch laut und wegwerfend über die Subsidien beklagt, die sein Feind von Frankreich beziehe. Die Umgebung erschrak über die Rücksichtslosigkeit seiner Äußerungen; an eine Annäherung an die Gegner war nicht zu denken. Der Kurfürst rechnete noch auf das Gleichgewicht der sich einander bekämpfenden Mächte, bei welchem er seine Sache gegen Karl Gustav durchzuführen hoffte.

Wie aber der unternommene Kampf einen allgemeinen europäischen Charakter trug, so hing auch der Ausgang desselben von der Abwandlung der allgemeinen Verhältnisse ab.

Der Sinn der Engländer war es nie gewesen, die Prätension des Königs Karl Gustav oder sein Vorhaben in bezug auf die Schließung des Sundes zu unterstützen; indem sie zugunsten desselben in See erschienen, trafen sie doch zugleich mit Holland und Frankreich eine Abkunft dagegen. Ebensowenig war es der Sinn der Holländer, den alten Bestand von Dänemark wieder in seiner Integrität herzustellen, wozu auch Frankreich, immer in gutem Verhältnis zu Karl Gustav stehend, die Hand nicht geboten haben würde. Die Abkunft der drei Mächte enthielt zugleich eine Bestätigung des Röskilder Friedens, welcher für Dänemark höchst nachteilig war. Ihnen erschien der dänisch-schwedische Krieg wie ein lokales Zerwürfnis, das durch ihre Intervention nicht nach den Rechtsansprüchen beider Teile, sondern den Interessen der vorwaltenden Mächte gemäß geschlichtet werden müsse. Dieses aber bekam noch besonders durch die in England eingetretene Staatsveränderung das Übergewicht[1]. Der Protektor Oliver Cromwell war gestorben (1658); Richard konnte das Protektorat nicht behaupten, so daß, wie der innere Zustand von England, auch dessen Aktion nach außen zweifelhaft wurde. Die englische Flotte schickte sich, ehe sie noch etwas geleistet hatte, zur Rückfahrt an; hatte man doch überhaupt nicht begriffen, wie England für den König von Schweden sein könne, der den Fremden den Sund zu sperren die Absicht hegte. Eine Partei kam in England empor, welcher alles an der Wiederherstellung eines guten Vernehmens zu Holland gelegen war. Auch hier hielt man nicht entschieden an der Sache der Dänen fest. Im August 1659 vereinigten sich England und Holland, die beiden nordischen Könige

[1] „Englische Geschichte", 9.—12. Buch.

zur Annahme der von ihnen gemachten Vorschläge nötigenfalls zu zwingen. Wo blieben dann die von den deutschen Mächten zugunsten Dänemarks ergriffenen Pläne, die auf eine Niederwerfung des schwedischen Übergewichts überhaupt abzielten! Die Haager Konzerte, so nannte man jene Verträge zwischen den Mächten, waren offenbar den Schweden in territorialer Beziehung günstig, wiewohl Karl Gustav, der zugleich an seinen maritimen Plänen festhielt, sich noch weigerte, darauf einzugehen; er ließ wohl vernehmen, er werde Entwürfe solcher Art mit dem Schwerte zerreißen. Allein in dem territorialen Kampfe geriet er doch jeden Augenblick mehr in Nachteil. Schon gingen die meisten der Plätze, welche er in dem königlichen Preußen inne hatte, einer nach dem anderen verloren; die polnischen Streitkräfte waren den seinen bei weitem überlegen. Die größte Wirkung aber hatte es, daß indes die brandenburgischen und österreichischen Truppen in Pommern siegreich vorrückten. Karl Gustav sah sich dadurch veranlaßt, seinen bewährtesten General Wrangel als Gouverneur nach Pommern zu schicken. Diesem gelang es auch, die Aufhebung der von den Verbündeten unternommenen Belagerung von Stettin zu erzwingen; aber dadurch wurde die schwedische Macht in Dänemark geschwächt; Fünen, das von Wrangel verteidigt worden war, fiel den Verbündeten, mit denen auch die Holländer zusammenwirkten, trotz des tapfersten Widerstandes in die Hände. Wäre den im Norden miteinander kämpfenden Mächten die Entscheidung allein überlassen geblieben, so würde Schweden, von allen Seiten bedrängt, seine bisherige Stellung nicht haben behaupten können. Mit großem Nachdruck brachte besonders der Große Kurfürst, der einige pommersche Plätze besetzt hielt, sein Anrecht auf dieses Land, das ihm mit Unrecht entrissen worden sei, in Erinnerung; er meinte durchzusetzen, daß es ihm in Frieden überlassen würde.

Dem stellte sich nun aber ein anderes europäisches Verhältnis entgegen. In dem französisch-spanischen Krieg hatte Frankreich die Oberhand behalten; es nötigte die Spanier zu dem pyrenäischen Frieden, durch dessen Bestimmungen die spanische Monarchie die empfindlichsten Verluste erlitt und in ihrer Gesamtstellung beeinträchtigt wurde. Dadurch aber bekam Kardinal Mazarin freie Hand, um die dominierende Stellung Frankreichs nach jeder anderen Seite hin zu begründen. Die Niederwerfung Schwedens, in welchem er den besten Verbündeten Frankreichs sah, wollte er nicht ruhig mitansehen, am wenigsten den Verlust von Pommern, den man demselben anmutete. Er erklärte, daß er

die Eroberung von Pommern durch die beiden deutschen Mächte schlechterdings nicht gestatten werde: denn darin läge ein Bruch des Westfälischen Friedens, auf dessen ungeschmälerter Beobachtung die Behauptung der französischen Erwerbungen beruhte; dem König Karl Gustav werde er nötigenfalls zur Behauptung Pommerns mit einer Armee zu Hilfe kommen. Sollten nun die deutschen Mächte darauf es wagen, den Wiederausbruch des verderblichsten aller Kriege, der jemals in Deutschland gewütet hatte, zu veranlassen? Dazu kam, daß man nach dem unerwartet frühen Tode Karl Gustavs im Februar 1660 auf die Wiederherstellung eines dauernden Friedens mehr als bisher rechnen konnte. Bei dem Friedenskongreß zu Oliva, der dann eröffnet wurde, erneuerte der Kurfürst seine Ansprüche wenigstens auf einen Teil von Vorpommern und die Behauptung der von ihm besetzten Plätze. Aber Frankreich war zu entschieden entgegen, als daß sich dies hätte erlangen lassen.

Noch einmal haben damals die Venetianer in die allgemeinen Unterhandlungen eingegriffen. Dem Gesandten in Frankreich legte Mazarin die Herstellung der pommerschen Plätze als eine Forderung vor, auf der er unbedingt bestehen müsse. Denn, wie berührt, die Invasion Pommerns schien auch Lothringen und Elsaß zu gefährden; diese Forderung hat dann der Gesandte am kaiserlichen Hofe, Aloyse Molin, vorgelegt. Er kann nicht genug sagen, wie sehr man dort die Folgen des pyrenäischen Friedens gefürchet habe, denn nun werde Frankreich sein Kriegsvolk über die Grenzen nach Deutschland werfen, wie einst die Armagnacs.

Diese überaus drohende Lage der allgemeinen Angelegenheiten bewirkte nun, daß der Kurfürst und der Kaiser sich zur Annahme des Friedens entschlossen. In dem Kriege hatten zwei verschiedene Interessen zusammengegriffen; das eine gegen die Seemacht der Schweden, das andere gegen die Landmacht und besonders gegen die Autorität in Deutschland.

Das erste repräsentierten vornehmlich die Holländer, denen in dieser Beziehung England und Frankreich beistimmten; das andere war ein deutsches; man dachte Dänemark an das Reich zu knüpfen und Schweden aus demselben zu entfernen; Österreich war darin so eifrig wie Brandenburg; aber dagegen erklärte sich Frankreich. Der erste Entwurf ging bei dem Friedensschluß durch, nicht der zweite.

Dem Kurfürsten mußte es genügen, daß die Schweden alle auf die Verträge von Königsberg, Marienburg, Labiau gegründeten Ansprüche aufgaben, so daß seine Souveränität in Preußen auch

von dieser Seite her anerkannt wurde. Gewiß ein großer Erfolg für die allgemeine Stellung des Kurfürsten; der Krieg hatte ihm Ruhm verschafft; er genoß eines allgemeinen Ansehens in Europa; aber zu einem befriedigenden Zustand war er bei weitem nicht gelangt.

Man kann sich nicht die Augen dagegen verschließen, daß die Bestimmungen des Friedens von Oliva den Ideen, in denen der dänisch-schwedische Feldzug unternommen worden war, nicht entsprachen. Man hatte gehofft, die der Selbständigkeit von Deutschland nachteiligen Festsetzungen des Westfälischen Friedens nach der schwedischen Seite hin zu vernichten; aber sie wurden vielmehr in ihrem ganzen Umfange bestätigt. Die Schweden behielten ihre Besitzungen im Deutschen Reiche in voller Ausdehnung. Die Franzosen verstärkten ihre Autorität durch den Einfluß, den sie auf den Friedensabschluß ausübten; und innerhalb des Reiches selbst gab es ein Bündnis, welches sich diesem Interesse mächtig anschloß. Es war der sogenannte Rheinische Bund, der im Gegensatz gegen die Kaiserwahl des Jahres 1658 zustande kam. Man versteht denselben wohl nicht recht, wenn man darin eine von Frankreich provozierte eigentlich französische Allianz sehen will.

In jenen Zeiten nämlich, in welchen die Ausführung des Westfälischen Friedens eine allgemeine Unruhe und Besorgnis erweckte, waren einander gegenüber ein katholisches Bündnis und ein protestantisches entstanden. Das erste umfaßte die rheinischen Fürsten; und dies gab dem Rheinischen Bunde später seinen Namen; zu dem zweiten traten die braunschweigischen Häuser, Schweden und Hessen zusammen; es beherrschte Niedersachsen. Diese beiden Einigungen von 1651 waren ein Produkt jener Zeiten, in welchen der Angriff Brandenburgs auf Neuburg die Besorgnis eines Wiederausbruchs eines allgemeinen Krieges hervorrief. Als nun im Jahre 1658 die Wahl Leopolds in Opposition mit den rheinischen Fürsten sowie mit der schwedischen Politik erfolgte und zugleich der dänische Krieg ungewohnte Rüstungen des Kaisers hervorrief, die möglicherweise — und in der Tat wurde dies gefürchtet — auch gegen die Widersacher seiner Wahl gerichtet sein konnten, so vereinigten sich die beiden Bündnisse unter dem Schutze Frankreichs, das erst durch eine solche Verbindung der Ausführung des erwähnten Artikels in der Wahlkapitulation, durch welchen dem Kaiser den Niederlanden zu Hilfe zu kommen verboten wurde, sicher zu werden meinte. So kam der Rheinbund zustande, der den Häusern Brandenburg

und Österreich gegenüber sich an Frankreich und Schweden anschloß. In den Berichten der aufmerksamen Venetianer erscheint er als eine Schöpfung Karl Gustavs, der darin ein Werkzeug zum Widerstande gegen den Kaiser habe.

Nach seinem Tode und dem Abschluß des Friedens dauerte nun dies Bündnis unter dem Einfluß Frankreichs und der neuen schwedischen Regierung fort; es bildete eine Art von Oppositionsmacht, die als eine eigene Korporation in den Verhandlungen und selbst im Kriege aufzutreten Anspruch machte. Im Jahre 1661 wurde eine neue Allianz zwischen Frankreich und Schweden getroffen, bei welcher der deutschen Angelegenheiten nicht gedacht wird; nur darum jedoch, weil Frankreich mit dem Zustande der Dinge im Reiche zufrieden sei. Ebenso blieben der Kaiser und Brandenburg vereinigt; es war ganz in dem Sinne des Kurfürsten, wenn der Kaiser es verzögerte, den Schweden die Belehnung mit ihren deutschen Provinzen zu erteilen. Der Kaiser war der Meinung, Frankreich wolle ihm Schweden zu unmittelbaren Feindseligkeiten in dem Reiche zur Seite setzen, wie Portugal auf der Pyrenäischen Halbinsel dem König von Spanien. Noch ward die alte Gemeinschaft dieser Interessen nicht aus den Augen verloren. In Spanien hielt man an der Verbindung mit Brandenburg fest. Der Generalgouverneur in den Niederlanden Caracena legte vielen Wert darauf, daß man dieselben durch Subsidien verstärke, da der Kurfürst zu den Anhängern des allerdurchlauchtigsten Hauses gehöre; seinerseits war auch der Kurfürst von der Wichtigkeit eines guten Vernehmens mit Österreich durchdrungen. Aus einem Schreiben an seinen Minister Schwerin sieht man, daß eine Krankheit des Kaisers, die damals in einer bedenklichen Lage der allgemeinen Angelegenheiten eintrat, ihm wahrhafte Besorgnis einflößte. „Gott", sagte er, „möge ihn erhalten zum Besten des Reiches." Er fürchtete, daß Franzosen und Schweden ohne den Widerstand des Hauses Österreich Herren und Meister im Reiche werden würden. „Aber besser", ruft er aus, „türkische Protektion als französische Dienstbarkeit." Nicht jedoch auf Österreich allein konnte er es dabei ankommen lassen.

Die Stände der verschiedenen Landschaften und das stehende Heer.

Eben in diesem Zustande der öffentlichen Angelegenheiten nach einem glücklich beendigten Kriege, der zu einer Selbständig-

keit geführt hatte, die um jeden Preis aufrechterhalten werden mußte, aber in fortwährender, mit dem Kaiser gemeinschaftlicher Opposition gegen die beiden in dem Reiche zu großer Autorität gelangten Mächte ist es gewesen, daß Friedrich Wilhelm an die Einrichtung haltbarer innerer Verfassungen schritt.

Schon immer war er damit beschäftigt gewesen; der Krieg selbst hatte ihn darin weiter geführt, als die Unterhandlungen in friedlichen Zuständen vermocht hätten. Nunmehr aber forderte seine ganze Stellung, die ohne bewaffnete Macht nicht aufrechterhalten werden konnte, einen Austrag der noch immer obwaltenden alten Streitigkeiten zwischen den Fürsten und den Landständen, die sich in dieser Frage zusammendrängten. Zuerst gelangte er in der Provinz, die immer am hartnäckigsten widerstrebt hatte, zu einem Resultat. In Kleve und Mark waren die ständischen Gerechtsame zu einem Übergewicht gelangt, wie sonst nirgends; sie waren durch die Verbündeten des Kurfürsten, die Generalstaaten, ausdrücklich garantiert. Friedrich Wilhelm hat sich im Jahre 1649 genötigt gesehen, sie in vollem Umfang anzuerkennen. Die Irrungen des Jahres 1651 hatten bei dem unerwünschten Verlauf, den sie nahmen, dazu beigetragen, ihn noch mehr zu beschränken: die Generalstaaten machten seine auf die militärischen Bedürfnisse gerichteten Veranstaltungen durch ihr Einschreiten rückgängig. Auch noch in anderer Beziehung wurde dann seine Lage schwieriger als jemals.

Der Nachfolger Wolfgangs von Neuburg, Philipp Wilhelm, der seine Regierung mit ungewöhnlicher Nachgiebigkeit gegen die Stände seines Anteils eröffnete, erwarb sich dadurch auch in dem brandenburgischen Anteil viel Zuneigung. Er forderte zugleich Satisfaktion wegen des letzten Angriffs und meinte wohl, daß der Kurfürst, wenn ein Rechtsgang gegen ihn eröffnet werde, sein Anrecht an die Erbschaft überhaupt verlieren könne. Darin unterstützten ihn Köln und Münster, beide zugleich aus religiösen Beweggründen; und bei der unter den Ständen von Kleve und Mark herrschenden Stimmung schien es wirklich, als könne ein Umschlag eintreten. Aber in dieser Besorgnis wurden die Generalstaaten sowohl wie die Evangelischen in dem Lande inne, wieviel ihnen daran liege, daß die fürstliche Gewalt in der Hand von Brandenburg sei und bleibe. Die einer nach Regensburg entsandten Deputation gegebenen sehr weit reichenden Aufträge wurden von den Ständen beschränkt, die Garnisonen geduldet. In dem Resolutionsrezeß vom Oktober 1653, der übrigens den Umfang der ständischen Gerechtsame festhielt, wurde dem Kur-

fürsten doch eine, wenn auch nur kleine Bewilligung für seine Truppen gemacht. Man bemerkt auch hier wie anderwärts den Forderungen des Kurfürsten gegenüber ein freiwilliges Entgegenkommen der Landschaft. Bald darauf regte sich, wie oben angedeutet, eben in diesen Ständen eine Idee von dem Zusammenhange des werdenden Staates. Als Karl Gustav Preußen angriff, fühlten die kleveschen Stände durch ein eigentümliches dynastisches Verhältnis sich selbst bedroht. Denn der König von Schweden, geborener Pfalzgraf von Zweibrücken, war der Enkel der dritten Schwester des letzten Herzogs von Jülich-Kleve. Auch er meinte einen Anspruch an die Lande zu haben; und als er im Jahre 1654 Brandenburg bedrohte, fürchtete Kleve zugleich für sich selbst: durch entfernte und fast in Vergessenheit geratene Ansprüche wollten die Stände des Landes nicht in neue Verwirrung geraten. Sollte es aber nicht dahin kommen, so mußten sie ihren Fürsten in dem großen Kriege, in dem er begriffen war, unterstützen. So weit führte das noch nicht, daß man sich über die streitigen Verfassungsfragen verständigt hätte; aber dem Fürsten wurden doch für die Zeitumstände ansehnliche Geldsummen bewilligt, die seinen Rüstungen zustatten kamen und dann bei weitem überschritten wurden. Man dachte nicht mehr an das Verbot der Werbungen; sie fanden in ausgedehntem Maßstabe statt. In den ersten Monaten des Jahres 1656 konnten dem Kurfürsten mehr als 6000 Mann kleve-märkischer Truppen oder in diesen Gebieten geworbener Mannschaften zuziehen, die nicht wenig dazu beitrugen, daß seine Armee in Preußen die großartige Haltung einnahm, die ihm und seiner aufkommenden Macht zu unbeschreiblichem Vorteil gereichte. Man wird wohl sagen dürfen, daß hierdurch der Ausgleich zwischen den Fürsten und dem Lande begründet wurde. Als der Krieg glücklich und glorreich beendet worden, war es, denke ich, keine Frage mehr, daß auch die Revision der anstößigen Rezesse in einer für beide Teile annehmbaren Weise erfolgen würde; sie wurden überdies durch kaiserliche höchste Autorität im Reiche annulliert: der Kurfürst konnte sich auf einige Artikel der Reichsabschiede stützen. Dazu kam noch ein an sich diesen Landschaften fernliegendes Moment.

Die Wiederherstellung Karls II. ohne Bedingung in den drei großbritannischen Reichen machte einen die Gemüter beherrschenden Eindruck in aller Welt. Der Statthalter von Kleve, Johann Moritz von Nassau-Siegen, erwähnte sie bei der Eröffnung der Stände am 18./28. Oktober 1660 mit besonderem Nachdruck; er berührte gleichsam warnend den unglücklichen Ausgang aller

derer, die sich an Karl I. vergangen hatten. Die Rede ist ausführlich, eingehend, entschieden und in einem Tone, den man nur anschlagen kann, wenn man ein nur noch nicht ausgesprochenes Einverständnis voraussetzen darf. Schon hatte der Kurfürst einen neuen Rezeß entworfen, in welchem die Unzuträglichkeiten einer zwischen den Fürsten und Ständen geteilten Herrschaft hervorgehoben wurden. Die Stände erklärten sich ohne Zögern zur Annahme des vorgelegten Entwurfs bereit und behielten sich nur vor, dem Kurfürsten, wenn er selbst erscheine, ihre Wünsche vorzutragen.

Im Januar 1661 wurde ein Landtag berufen, dessen vornehmster Zweck es war, für die Erhaltung der Truppen eine festere Grundlage zu gewinnen. Der Kurfürst verlangte vor allem die Mittel zur Erhaltung der Garnisonen in Kleve-Mark und die Revision der finanziellen Verfassungen. Im März 1661 kam es zu einem Rezesse, in welchem dem Kurfürsten die für jene Zeit ansehnliche Summe von 110 000 Talern von den Ständen bewilligt wurde. Diesen blieben noch bedeutende Vorrechte, namentlich das Indigenatsrecht und die Befugnis, sich selbst zu versammeln auf vorangegangene Anzeige; aber ihr Konsens blieb nicht mehr wie bisher zur Anwerbung und Einführung von Truppen erforderlich. Auch die Vereidigung der Beamten auf die früheren Rezesse gaben sie auf. Zwei Momente, auf denen die Durchführung des kurfürstlichen Staatswesens beruhte. Obgleich das Bedürfnis der Armee ein Steuerbewilligungsrecht im alten Sinne ausschloß, so wurde es doch noch festgehalten; aber die Bewilligungen erfolgten regelmäßig. Mit der Steuer wurden die Kosten der Garnison in Lippstadt und Kalkar bestritten; überdies auch Wartegelder an Offiziere, welche beim Ausbruche eines Krieges zu Werbungen von Kompagnien verpflichtet waren, wie das anderwärts geschah; es war die Grundlage der damaligen Kriegsmacht.

Überhaupt traten die Zeiten ein, in welchen die ständischen Vorrechte allenthalben in Europa in Nachteil gerieten: wie die unumschränkte Monarchie in Dänemark durch feierlichen Landesbeschluß eingeführt; in Schweden durch einen König, der seine Tätigkeit einmal auch nach dem Innern wandte, befördert wurde; Ludwig XIV. nach den Unruhen der Fronde ein von Parlament und Prinzen unabhängiges Regiment errichtete; in England das restaurierte Königtum in glücklichem Fortgang begriffen war; das Parlament selbst jede Annäherung an die republikanischen Ideen der letzten Jahrzehnte zu vermeiden suchte. Wohin die Ansichten in Deutschland gingen, sieht man aus dem in jener

Zeit beliebten Handbuch: Der Fürstenstaat, von Seckendorf, in welchem eine Ausgleichung der beiden Direktionen an die Hand gegeben wird. Dem Fürsten wird darin zur Pflicht gemacht, seine Untertanen als freigeborene Leute zu behandeln, seine Stände zu hören, die mit ihnen geschlossenen Abschiede und Verträge zu beobachten. Zugleich aber wird dem Fürsten, da er die öffentliche Ordnung in geistlichen und weltlichen Dingen aufrechtzuerhalten hat, die richterliche und selbst die gesetzgebende Gewalt beigelegt: er müsse die Mittel haben, um Ungehorsam im Innern und äußere Gewalt zurückzudrängen.

Wenn nun der Kurfürst von Brandenburg auch seinerseits es unternahm, der landesfürstlichen Gewalt das Übergewicht zu verschaffen, so kam es doch dabei nicht so sehr auf den Gegensatz der Doktrin an. Die Frage war sehr präziser, vor allen Dingen militärischer Natur.

Denn in den kriegerischen Ereignissen des Jahrhunderts hatte sich die Untauglichkeit der früheren Verfassung, auf welche auch die Landesverteidigung gegründet war, herausgestellt. Nur durch geworbene Truppen waren die großen Entscheidungen erfochten worden; nur durch solche konnte der nunmehr eingerichtete Zustand behauptet werden. Die Aufgabe für Fürst und Land konzentrierte sich darin, diese Notwendigkeit anzuerkennen und eine veränderte Kriegsverfassung zu begründen. Die Ritterdienste waren schon seit Jahrhunderten nicht mehr in auskömmlicher Weise geleistet worden, die städtischen Milizen nur für den lokalen Dienst eingerichtet; und selbst die zeitweiligen Bewilligungen für geworbene Truppen erschienen dem Bedürfnis gegenüber unzureichend. Nur eine stehende Truppe, wie man sich ausdrückte, der miles perpetuus, genügte dem Bedürfnis. Es liegt aber am Tage, daß die Einführung einer Kriegsmacht, die bloß von dem Fürsten abhängen konnte, demselben ein Übergewicht verschaffen mußte, bei welchem die Immunitäten des ständischen Regiments und die Vorrechte der Ritterschaft nicht in Geltung bleiben konnten. Miles perpetuus und landständische Rechte liefen einander entgegen; und dennoch konnte der erste ohne die letzten nicht bestehen. Das vornehmste Bestreben des Fürsten mußte sein, die Stände zu den für seinen unentbehrlichen Kriegsstaat erforderlichen Bewilligungen zu vermögen.

Von der größten Wichtigkeit dafür war es nun, wieweit es dem Kurfürsten in dem vornehmsten seiner Lande, der Mark Brandenburg, damit gelingen würde. Die märkischen Stände hatten während des Krieges nicht geringe Anstrengungen gemacht, ihren

Fürsten zu unterstützen, namentlich bei der Wiedereinlösung der verpfändeten Domänen. Sie berechneten, daß in den letzten Jahren 4 000 000 Taler ordentliche und andere 4 000 000 durch außerordentliche Steuern aufgebracht worden seien: aber jetzt wünschten sie des Friedens zu genießen, da das Land durch Mißwachs, Seuchen und die Unordnung der Kriegszeit erschöpft war. Dagegen trat ihnen nun der Kurfürst mit der Behauptung entgegen, daß die Sicherheit des Landes, welche die Wohlfahrt aller einzelnen bilde, auf den militärischen Einrichtungen beruhe, Festungen und Truppen; und forderte sie auf, ihm die Summe anzugeben, die er von ihnen für diesen Zweck zu erwarten habe, zugleich die Mittel, wie man dieselbe herbeizuschaffen gedenke; jeder nach seinem Vermögen. Die Stände lehnten es ab, eine direkte Antwort darauf zu geben, ohne eine Verweigerung damit aussprechen zu wollen; die Instruktion, die sie aus ihren Bezirken mitbrachten, ging dahin, sich mit dem Kurfürsten über den Unterhalt seines militärischen Etats auf eine für sie annehmbare Summe zu vergleichen. Demnach forderten sie vielmehr den Kurfürsten auf, ihnen die Geldsumme zu bezeichnen, die ihm genügen könne. Er hatte ihnen gesagt: er habe seine Kavallerie bereits entlassen und bei der Infanterie eine ansehnliche Reduktion vorgenommen. Die Stände waren damit noch nicht zufrieden; auch die Fußvölker wünschten sie größtenteils entlassen zu sehen, nur diejenigen ausgenommen, welche zur Besatzung der Festungen unumgänglich nötig seien. Sie ersuchten ihn, seinen Kriegsstaat aufzulösen, alle Regimenter bis auf die Stäbe und die Primaplanas zu entlassen, an keine weitere Anschaffung von Geschütz zu denken: die Truppen, die etwa zur Bewachung der Landesbefestigungen erforderlich seien, wieder auf Kompagnien zurückzuführen. Die Andeutung des Kurfürsten, daß eine Einführung der Akzise das geeignetste Mittel für ihn und die Stände sein werde, um aus der Sache zu kommen, wiesen sie mit Entschiedenheit von der Hand. Friedrich Wilhelm, dem es soeben gelungen war, den stolzen Nacken der kleveschen Stände zu beugen, war nicht gemeint, vor den Ständen der Kurmark, die er als viel gefügiger kannte, zurückzuweichen. Er antwortete: er habe schon getan, was sich tun lasse; aber sich ganz außer Verfassung zu setzen, könne ihm niemand zumuten; wenigstens einen Überfall abzuwehren müsse er jederzeit imstande sein; aufs genaueste überlegt, könne er nicht mit weniger als 20 000 Taler monatlich auskommen: im ganzen forderte er 300 000 Taler. Die Stände zeigten sich sehr betreten über diese Forderung; größer

als sie in anderen Ländern vorkommen, namentlich auch in denen, welche von dem Reiche an eine auswärtige Nation hingegeben worden seien: man lasse sie jetzt aufatmen. Der Kurfürst aber wolle von seinen Soldaten eine gar zu große Menge behalten, was ihnen zu einer unerträglichen Last gereichen würde: die Zahl der Truppen müsse nach dem Vermögen des Landes bestimmt werden, und zwar keineswegs für alle Zukunft. Friedrich Wilhelm, der diese Erkärung in Ton und Inhalt unangemessen fand, entgegnete nicht ohne Zeichen seines Mißfallens: er seinerseits habe zum Schutz seiner märkischen Lande die größten Gefahren nicht gescheut; er habe in den Bedrängnissen die Konservation seines Staates in die Waffen gesetzt; er müsse in fortdauernder Kriegsbereitschaft sich halten. Der entschiedene Wille des Fürsten, seine Ungnade, die sie durch die anzüglichen Ausdrücke ihrer Eingabe verschuldet zu haben später sich selbst anklagten, die Erinnerung an die ihnen durch die Reichsabschiede auferlegte Pflicht bewogen die Stände, die Summe zu bewilligen, bei welcher der Kurfürst zuletzt stehen geblieben war: 20 000 Taler des Monats. Sie erboten sich, sofort dieselbe in der bisherigen Form der Kontribution umzulegen.

So gering diese Summe auch scheinen mag, so drückend war sie doch damals; sie ward es doppelt durch die Form ihrer Beitreibung in dem erschöpften Lande.

Einen überaus betrübenden Eindruck macht eine Tabelle aus dem siebzehnten Jahrhundert, in der die Häuserzahl, welche die märkischen Städte bei guter alter Zeit gehabt, mit der zusammengestellt wird, die sich nach den Stürmen des Dreißigjährigen Krieges noch vorfand. In vielen waren die Hälfte, in anderen zwei Dritteile, in einigen fünf Sechsteile der Häuser zugrunde gegangen. Berlin hatte keine Vorstädte mehr und innerhalb seiner Wälle wenigstens ein Vierteil der Häuser weniger: es zählte nur 300 Bürger.

Und diese Städte nun wurden von der Kontribution betroffen, die auf die bürgerlichen Grundstücke, besonders auf die Häuser, gelegt ward. Die Auflage war nicht allein beschwerlich, sondern sie hinderte jede Verbesserung. Wer sollte sich anbauen bei noch mangelndem Erwerb, mit der Gewißheit, daß ihn eine Auflage dieser Art treffen werde. Unaufhörlich sah man den Exekutionswagen mit den den Säumigen abgepfändeten Habseligkeiten durch die Straßen fahren.

Als sich die Deputierten der Landstände im Januar 1667 wieder versammelten, stellte sich heraus, daß man einem völligen Ruin

entgegengehe, wenn man hierin keinen Einhalt tue. Der Kurfürst kann nicht genug ausdrücken, mit wie jammervollen Wehklagen er täglich und stündlich überlaufen werde[1]. Allein, fügte er hinzu, nachlassen könne er von seinen Forderungen nichts; glücklich genug, wenn er nur nicht mehr verlangen müsse; er sehe keinen Ausweg, als es mit einer andern Steuer zu versuchen.

Schon öfters hatte er dies angekündigt und nach dem Muster der Vereinigten Niederlande eine Verbrauchssteuer in Vorschlag gebracht; auch war wohl ein und der andere Versuch, namentlich durch Waldeck, eine solche einzurichten, gemacht worden, jedoch nur in sehr beschränktem Sinne und Umfang und daher ohne viel Nutzen; jetzt aber erneuerte der Fürst den Vorschlag auf das ernstlichste. Sein Gesichtspunkt war, daß die Grundstücke der ihnen unerträglich fallenden Bürden erledigt, und dagegen jeder Einwohner, gleichviel ob er ein Haus besitze oder nicht, den Schutz, den er genieße, durch einen Beitrag zu den allgemeinen Lasten vergüten solle.

Es gelang ihm jedoch auch diesmal nicht, bei dem Adel des Landes durchzudringen.

Die erste Entschuldigung der Deputierten, daß sie über eine Sache nicht beratschlagen könnten, über die sie nicht instruiert seien, da derselben in dem Einberufungsschreiben keine Erwähnung geschehen, erwiderte er mit der Anweisung, in ihre Kreise zurückzukehren und sich die mangelnden Instruktionen einzuholen. Aber die Beratungen, die hierauf in den Kreisen gepflogen wurden, hatten auch diesmal kein günstiges Ergebnis. Prälaten, Grafen und Ritterschaft von diesseit und jenseit der Oder und der Elbe bestärkten einander bei ihren Zusammenkünften nur in ihrem Widerwillen gegen die Neuerung. Als die Deputierten zurückkamen, brachten sie die Erklärung mit, daß die allgemeine Einführung einer solchen Steuer dem Adel untunlich scheine, der alsdann von seinen Vorrechten nichts als den bloßen Namen übrig behalten werde. Sie erinnerten an die Verdienste, welche sie sich um das Fürstentum und dessen Macht erworben; der Kurfürst, meinten sie, werde einen Stand, aus dem ihm so viele hohe Minister und tapfere Generale entsprungen, nicht den Bürgern und Bauern gleichmachen wollen; eben darin

[1] „Winseln und jammerlichen Klagden“: Proposition vom 26. Januar 1667. Eine Klage der Frankfurter beschwert sich z. B. über die 1150 Tlr. monatliche Kontribution, die ihnen aufliegen, mancher zahle 20 bis 30 Tlr.; man lasse seinen Kindern nichts als baufällige beschwerte Häuser und eine unsägliche Menge eingelöster Kontributionszettel.

bestehe der Ruhm seiner Regierung, daß er alte Rechte zu schonen wisse.

Dagegen waren die Städte, von denen die Mehrzahl schon immer auf seiten des Kurfürsten gestanden hatte, jetzt sämtlich für seinen Vorschlag. Wo die Magistrate zögerten, erklärten sich die Gilden, die Bürgerschaften selbst nicht ohne tumultuarische Aufwallung dafür und rissen endlich jene mit sich fort. Die städtischen Abgeordneten bezeichneten die Absicht des Fürsten als eine Eingebung Gottes: sie flehen ihn als ihren liebsten Landesvater an, so viel tausend nach Linderung seufzende Seelen in Städten und Dörfern zu erhören und die Verbrauchssteuer statt der Kontribution ganz allgemein im Lande einzuführen[1].

Gewiß einer der wichtigsten Momente für die gesamte Landesverfassung. An und für sich konnte man den Vorschlägen des Kurfürsten nicht nachsagen, daß sie das Ansehen der Stände als solcher bedroht hätten. Sie waren sogar von dem Beispiel einer Republik hergenommen, von den Niederlanden, wo ebenfalls die Besoldung einer zahlreichen stehenden Armee auf den Ertrag der indirekten Abgaben, einer Konsumtionsakzise gegründet war. Hätte die Ritterschaft sich in das Notwendige gefunden und die Veränderung der Steuer bewilligt, so würde sie auch auf Verwaltung und weitere Bewilligung derselben Einfluß gehabt haben.

So groß nun war die Macht des Kurfürsten mitnichten, daß er es hätte wagen dürfen, nach dem Wunsche der Städte die Steuer für Stadt und Land auszuschreiben ohne Bewilligung der Ritterschaft; es schien sogar einen Augenblick, als wolle er dieselbe ganz aufgeben; und schon war ein Edikt entworfen, nach welchem durch eine bessere Verteilung der Kontribution für die Wohlfahrt der Städte gesorgt werden sollte; worüber sich sofort Mißvergnügen und böse Nachrede in dem Lande erhob, gleich als habe sich der Fürst von dem Adel gegen das allgemeine Beste einnehmen lassen. In diesem Augenblick aber war Friedrich Wilhelm schon entschlossen: er schlug den einzigen Weg ein, welchen ihm die Landesverfassung offen ließ; er bewilligte den Städten allein die Einführung der Steuer, die sie forderten.

---

[1] Eingaben vom 23. und 28. März 1667. Christen sollten mit Hintansetzung des strengen Rechten den agonisierenden Nebenchristen zu Hilfe kommen: die Auflage sei sowohl Gottes Wort als der Natur gemäß, „als welche eine gemeine Last gemein und mit gesammter Hülfe zu tragen anweiset"; keine Befreiung könne das Gesetz der gemeinen Wohlfahrt überwägen. Übrigens erklärten wohl die Gilden, „sie würden den Executoribus die Hälse brechen".

Kurfürst Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst.
Gemälde von Hannemann.
Aus dem Corpus Imaginum der Photographischen Gesellschaft, Berlin.

Das ward besonders dadurch möglich, daß Ritterschaft und Städte schon seit langer Zeit zwei voneinander gesonderte finanzielle Körperschaften bildeten, mit fester Quotisation, die als Grundfeste der ganzen Verfassung galt. Der Widerspruch der Ritterschaft, der nicht ausblieb, verlor dadurch seine Kraft: von den beiden Körperschaften hatte keine das Recht, sich in die Art und Weise zu mischen, wie die andere ihre Verpflichtung erfüllen wollte.

Im April 1667 ward nun den Städten freigestellt, die Akzise einzuführen oder bei der bisherigen Abgabe zu bleiben unter dem Vorbehalt der Regierung, wenn die Quote der Kontribution nicht aufkomme, das Fehlende auf eine andere Weise einzubringen. Den ersten, noch zaghaften Versuch machte man in Berlin; der Erfolg übertraf die Erwartung bei weitem. Im Spätjahr 1667 erklärten Bürgermeister, Rat und Bürgerschaft der Residenz, schon habe vielen armen Kontributionspflichtigen geholfen werden können; mit ihrer Teilnahme ward die neue Steuer weiter ausgeführt und fester eingerichtet. Dem Beispiele der Hauptstadt folgten zuerst Frankfurt, Prenzlau, Brandenburg, später alle anderen nach.

Und niemals erwies sich eine neue Steuer den Verhältnissen angemessener, vorteilhafter.

Man konnte es wieder wagen, neue Häuser zu bauen, da man die unerschwingliche Auflage davon nicht mehr zu entrichten brauchte. Schon im Jahre 1671 meldete ein gelehrter Bürgermeister von Berlin, daß daselbst binnen zwei Jahren über anderthalbhundert Häuser wiederhergestellt und viele andere neu aufgerichtet worden seien. In späteren Edikten rühmt der Kurfürst ähnliche Erfolge von dem ganzen Lande; binnen wenigen Jahren kamen die Städte in einen gedeihlichen Zustand, von dem sich ihr ferneres Aufkommen erwarten ließ. Die zur Erhaltung der Truppen angesetzte Geldsumme ward nicht allein aufgebracht, sondern übertroffen.

Wenn man sich den Druck des vorangegangenen Zustandes vergegenwärtigt, so begreift man, daß die Einführung der Akzise als eine Erleichterung des Landes erschien: wie denn auch aus den benachbarten Gebieten, wo man sich nicht so rasch zu einem Wechsel in dem Abgabensystem entschloß, zahlreiche Einwohner nach dem Brandenburgischen herüberzogen. Diese Vorgänge in der Mark Brandenburg, die eine Veränderung der Verfassung in sich schlossen, sind doch nicht durchaus lokaler Natur; sie entsprechen einer Notwendigkeit, die durch die allgemeinen Ereig-

nisse herbeigeführt wurde, und der Natur des Staates, der im Konflikte der europäischen und deutschen Verhältnisse sich bildete und die Provinzen, ohne von ihnen abzuhängen, umfaßte[1]. Die Bewegung war, wenn wir die Reihe der wirksamen Tatsachen auffassen, von oben nach unten.

Für die allgemeine einmal ergriffene Stellung war die Armee notwendig; zu ihrer Erhaltung gehörte die Landesbesteuerung. Ein Glück, daß eine solche gefunden wurde, welche dem Aufkommen der Einwohner wieder zustatten kam. Aber darüber spalteten sich die Stände. Bei einer der nächsten Versammlungen brach der Adel eigenmächtig auf und verließ sie; von einem verfassungsmäßigen Verfahren konnte dann nicht die Rede sein; der Fürst oder vielmehr seine Beamten leiteten alles vermöge faktischer Autorität, mit den Städten einverstanden, aber nicht von ihnen abhängig und von dem Adel wenigstens nicht gehindert.

Auf einem Konvokationstag des Jahres 1683, um dies sogleich hier anzuknüpfen, sind die Rechte der Stände nochmals zur Sprache gekommen: diese forderten damals nicht ein eigentliches Steuerbewilligungsrecht, sondern nur eine beratende Stimme bei der Einführung neuer Steuern. Die Regierung war weit entfernt, dies Recht in Abrede zu stellen; wenn sie zuletzt ein paarmal keine Rücksicht darauf genommen habe, so entschuldigte sie das mit der dringenden Not, vor der zu Zeiten Rezesse und Rechte zurückweichen müssen. — Allein eine andere Schwierigkeit lag in dem inneren Verhältnis der ständischen Körperschaft. Zu dem erwähnten Tage waren auch die Städte beschieden worden und erschienen. Allein schon fand sich ihr Interesse mit dem der Ritterschaft in vollem Widerspruch. Sie forderten z. B. vor allem die Ausführung der kurfürstlichen Edikte, nach welchen das Brauen und Branntweinbrennen auf dem Lande abgeschafft und die Krüge in die Städte verlegt werden sollten.

Wie sehr lief dies dem Vorteil der Ritterschaft entgegen, die bisher nicht allein Dörfer, sondern auch manche Städte mit ihrem Getränk versehen hatte. Ehe noch das mindeste zur Schlichtung dieser oder anderer Schwierigkeiten geschehen, denn noch mehrere kamen zur Sprache, reisten die ritterschaftlichen Deputierten ab, ohne den städtischen auch nur Nachricht davon gegeben zu haben. — Wie wäre bei einer Spaltung solcher Art noch eine Beratung mit der Korporation der Stände möglich gewesen?

---

[1] Vgl. Seite 10.

Ohne Zweifel hätten sich die Ritterschaften entschließen sollen, das unbedingt Erforderliche zu bewilligen: aber noch war ihr Gesichtskreis zu enge, als daß die Bedürfnisse des gesamten Staatswesens, dem sie angehörten, die gebührende Rücksicht bei ihnen hätte finden sollen; sie lebten in dem Bewußtsein ihrer provinziellen Lage und ihrer alten Vorrechte. Die notwendige Folge davon war, daß der Adel bloß noch eine landschaftliche Bedeutung behielt: Gerechtsame hauptsächlich nur in bezug auf seine eigene Angelegenheiten. Die Kontribution vom platten Lande ward im Jahre 1686 bestimmt, wie sie im allgemeinen geblieben: nur sind von Zeit zu Zeit, namentlich unter der nächsten Regierung, noch einige Aufschläge übernommen worden. Die Ritterschaft war keineswegs machtlos, aber sie bewegte sich doch nur in sehr bestimmt gezogenen Schranken; auf die Gesamtheit der Staatsverwaltung hatte sie den alten gesetzlichen Einfluß nicht mehr.

Auch die Städte aber konnten auf einen solchen keinen Anspruch machen. Die Veränderung der Steuer hatten sie nicht etwa in ständischen Beratungen der Ritterschaft abgewonnen: sie verdankten sie dem Worte des Fürsten, der ihnen nun auch die Möglichkeit einer fruchtbaren Durchführung verschaffen mußte. Sein Entschluß hatte die Sache festgesetzt; sein Arm hielt darüber. Zur Ausführung und Verwaltung bediente er sich seiner Beamten, die dann überall sehr tief eingriffen, und litt nicht, daß ihnen Widerstand geleistet wurde. So ging es in der Mark Brandenburg.

In dem Verhältnis zu den preußischen Ständen trat noch ein anderes Moment hervor. Die Verhandlungen, welche zur Feststellung der fürstlichen und ständischen Rechte gepflogen wurden, schlossen zugleich, wie die Verträge von Wehlau und Bromberg, die vollständige Losreißung von Polen in sich ein. Wenn man sich der Stellung erinnert, welche die preußischen Stände einst gegen die Hochmeister, dann gegen die beiden Herzöge der fränkischen Linie, endlich auch gegen die Kurfürsten genommen hatten: so begreift man, daß die Opposition, die Friedrich Wilhelm fand, hier an sich besonders stark sein mußte. Unter der Einwirkung der polnischen Oberherrschaft war die Beschränkung der fürstlichen Macht bisher in dem Herzogtum noch weiter gegangen als in irgendeinem deutschen Lande. Der Kanzler durfte den Verordnungen des Herzogs das Siegel verweigern; die Oberräte verwalteten den Haushalt und die Domänen desselben; der

Landtag, zu dem die Abgeordneten mit Anweisung von ihren Kreisen versehen wurden, entschied in allen wichtigen Angelegenheiten. Der König von Polen maßte sich das Recht an, mißliebige Verordnungen zu vernichten; trug der Fürst Bedenken, so befahl der König; er setzte eine Frist, innerhalb welcher derselbe die erledigten Stellen nach den ihm gemachten Vorschlägen wieder besetzt haben müsse.

Während des Krieges hatte der Kurfürst Anstand genommen, gegen die ständische Autonomie ernstlich anzugehen. Die Preußen waren ihm bei seiner Aufstellung gegen Polen unendlich nützlich geworden; ihr gute Stimmung war ihm unentbehrlich. Hätte er sie in dem, was sie für ihr gutes Recht hielten, beeinträchtigt, so hätte er fürchten müssen, sie auf die Seite des einen oder des anderen der beiden Könige, mit denen er über die Oberherrschaft von Preußen stritt, hinüberzutreiben; nunmehr aber fielen diese Rücksichten weg. Man beurteilt wohl das Verfahren des Kurfürsten nicht richtig, wenn man es entweder tadelt, als wohl erworbenen Rechten entgegenlaufend, oder auch verteidigt, weil das allgemeine Wohl sonst nicht habe gedeihen können. Diese alte Verfassung bestand schon nicht mehr; sie beruhte auf der Einwirkung des Königs von Polen, welche durch den Vertrag von Wehlau und den Schwur von Bromberg aufgehoben worden war. — Die Frage betraf vielmehr die Errichtung einer neuen Verfassung auf den Trümmern der alten.

Und da suchten nun die Stände den Rückhalt, den sie am König verloren, durch neue Bedingungen, die sie dem Kurfürsten auflegen wollten, zu ersetzen. Fast wie jene Aragonesen, und die Ungarn nach der Handfeste des Königs Andreas, waren sie der Meinung, er solle sie regieren, solange er diese Bedingungen halte; „aber nicht, wenn nicht“. Sie forderten: vor jedem Landtage solle die Verwaltung untersucht werden; wenn sich finde, daß ihre Privilegien verletzt worden, so wollten sie ihres Eides entbunden sein.

Nimmermehr konnte sich Friedrich Wilhelm in eine Regierungsform dieser Art fügen. Er schlug den Ständen eine Verfassung vor, bei der er ihnen sehr bedeutende Rechte, unter anderen Mitaufsicht auf die Steuern, bewilligte; aber dabei blieb er immer, daß er die Macht behalten müsse, zu tun, was einem löblichen Fürsten zu tun gebühre. Er wollte es zu einer haltbaren Ausgleichung der beiderseitigen Rechte bringen[1].

[1] „Und weiß man wohl, daß sie sich Dinge gegen meine Vorfahren angemaßt und vorgenommen, welche in ihren Freiheiten nicht begriffen

Es kam hierüber zu dem heftigsten Gegensatz. Die Stände suchten ihre alte Verbindung mit dem Hofe von Polen zu erneuern; und es wird sich nicht in Abrede stellen lassen, daß sich auch dort ein gewisses Gelüste danach geregt hat; der Schöppenmeister Rhode, der sich in Königsberg zu dem Ansehen eines herrschenden Volksführers erhoben, dem niemand zu widersprechen wagte, schlug einen Bund fast im Sinne des preußischen Bundes im fünfzehnten Jahrhundert vor zur Wiederherstellung des glücklichen Zustandes, in welchem Preußen unter Polen gewesen; und ward seinerseits der königlichen Gnade versichert. Kurfürstliche Kriegsmannschaften besetzten die Landstraßen, um die Verbindung zwischen Königsberg und Warschau zu unterbrechen: dagegen zog die Stadt ihre Kanonen auf die kneiphöfischen Wälle. Als der Kurfürst den Entschluß faßte, sich selbst in die Mitte dieser Unruhen zu begeben, war seiner Familie nicht wohl zumute: wir sehen aus ihren Briefen, daß sie ihn Gott und seinen Engeln empfehlen, damit nicht Böses über ihn beschlossen werde. Auch fand er den hartnäckigsten Widerstand; man hat ihm wohl gesagt, wenn man hundert Beschwerden habe, und er stelle deren neunundneunzig ab, so werde man ihm um der hundertsten willen den Eid versagen. „Ich tue hier nichts", ruft er einmal aus, „als daß ich mich in mir selber ereifere: Gott helfe mir von den Leuten, die keine Gründe hören."

Allmählich aber machten sich diese doch geltend, zumal es dem Kurfürsten durch ein entschlossenes Ergreifen des günstigen Augenblicks gelang, den Schöppenmeister in seine Hände zu bringen. Viel zu weit waren die Stände gegangen: sie lehnten sich nicht sowohl gegen ihren Fürsten als gegen ein historisches Ereignis auf, das sich nun einmal im Konflikte der europäischen Kräfte vollzogen hatte und das sie nicht im entferntesten fähig waren rückgängig zu machen. Endlich entschlossen sie sich doch, die wichtigsten Fragen zu erledigen, ohne Rücksicht auf Polen: es ward ein Abkommen getroffen, bei welchem fürstliche und ständische Rechte in eine Art von Gleichgewicht kamen: Friedrich Wilhelm fand sie jenen sogar noch vorteilhafter, als sein ursprünglicher Antrag gewesen war.

Der Landtagsabschied, der mit den Ständen vereinbart wurde, und die Assekuration, die der Kurfürst ihnen ausstellte, ergänzen

---

sein; daß ich alles gern klärlich gesetzt haben will ist die Ursach, daß ich meinen Kindern keine Schwierigkeiten nach meinem Tode verlassen möchte." Hinterließe er unmündige Kinder, so würden sie denen nicht huldigen wollen. Schreiben des Kurfürsten an Schwerin, 27. Febr. 1662.

einander. In der letzteren bezeichnet derselbe näher, wie er sich das staatsrechtliche Verhältnis dachte. Er behauptet, daß ihm kraft der geschlossenen Verträge die Rechte des Königs in der Republik Polen sowie die herzoglichen und die des Ordens zustehen. Die Defension des Landes behält er sich vor, nach seinem landesfürstlichen Amt mit Beirat der Stände in gehörigen Stand zu bringen. Er erklärte, des Herzogtums Preußen halber wolle er ohne Rat der Stände keinen Krieg anfangen: allein es könne Fälle der Notwendigkeit geben, in welchen er wider seinen Willen in Kriege verwickelt werde, so daß er nicht imstande sei, ihre Einwilligung einzuholen. Worte, die noch verschiedener Auslegung fähig waren, aber fürs erste genügten. Der Kurfürst rechnete für das Beste des Landes auf ein gegenseitiges Vertrauen, das er, charakteristisch genug, von der einen Seite als das gnädigste und von der anderen Seite als das untertänigste bezeichnet. Am 16. Oktober 1663 leisteten ihm die Stände die Huldigung, als ihrem einigen, wahren, unmittelbaren Oberherrn.

Ein für die brandenburgischen und für die deutschen Angelegenheiten überhaupt unendlich wichtiger Tag. Die geschlossenen Verträge wurden nunmehr erst eine Wahrheit; der polnische Einfluß hörte auf; es war die entscheidende Gegenwirkung gegen die im fünfzehnten Jahrhundert an Polen erlittenen Verluste. Damit aber war die Sache noch nicht beendet; zu tief war in die Gemüter das Gefühl der alten Unabhängigkeit gewurzelt. Wenngleich die Abkunft so verstanden worden war, daß das Land verpflichtet werde, an den Kriegen des Kurfürsten teilzunehmen, eine Ansicht, auf der die Einheit und der Zusammenhang des ganzen Staatswesens beruhte: so war das doch noch nicht die allgemeine Meinung. Eine große Partei hielt sich nicht für verbunden, den Kurfürsten instand zu setzen, für seine Kriege in Deutschland Truppen zu werben oder zu besolden. Noch war vielmehr die Idee, daß man doch vor allem zu Polen gehöre, nicht ausgerottet; und wenn nun ein König von Polen sich weigere, den Traktat von Bromberg zu bestätigen, so erschien die strenge Autorität, welche der Kurfürst ausübte, als Gewalt und Tyrannei. Daraus entsprangen dann die beklagenswertesten Ereignisse.

In dem Widerstand gegen den Kurfürsten verflocht sich der Wunsch, die polnische Oberhoheit wiederherzustellen; aber die Kunde solcher Versuche gab jenem hinwiederum das Recht, die Widersetzlichkeit als Hochverrat zu ahnden. Er schritt dabei bis zum äußersten fort; der namhafteste der Widerstrebenden, Christian Ludwig von Kalkstein, wurde in der Hauptstadt von

Polen aufgehoben: denn so schwach war bereits die Macht, auf deren Hilfe die Widersacher rechneten, daß dies möglich wurde. Ohne Gnade wurde dann der Angeklagte der Tortur unterworfen und auf den Grund seiner Aussagen des Hochverrats schuldig befunden und zum Tode verurteilt: er behauptete dennoch, daß er unschuldig sterbe; er war der Märtyrer der alten Verfassung, die er wiederherstellen wollte, obgleich die Grundlage, auf der sie beruhte, durch den Gang der Ereignisse zerstört worden war.

Momente der damaligen Politik und Staatsbildung. Weitere Aussichten.

Es bedarf keiner weiteren Erörterung, wie genau die inneren Verhältnisse mit den äußeren zusammengriffen; sie bildeten, wie in der Regel, so besonders unter Kurfürst Friedrich Wilhelm ein einziges Ganze. Was in Preußen geschah, war nicht allein gegen Polen gerichtet, sondern zugleich gegen Schweden und Frankreich, die auch in den polnischen Angelegenheiten zusammenhielten. Durch die Einrichtung der Mark trat man der bedrohenden und drückenden Nähe der Schweden in Pommern entgegen: vornehmlich durch die Erneuerung der Festungen, namentlich durch die Fürsorge, die für die Erweiterung und Befestigung von Berlin getragen wurde; aber auch die Ausführung des Friedrich-Wilhelm-Kanals hängt damit zusammen; denn man mußte jetzt neue Mittel des Verkehrs suchen. Da die Odermündungen verloren waren, so wurde die Verbindung der Oder mit der Elbe ein dringendes Bedürfnis für einen unabhängigen und sicheren Handelsverkehr: man mußte mit Hamburg und dessen den Osten und Westen umfassenden Handelswegen in Verbindung kommen. So hatte, wenn wir dies hier anknüpfen dürfen, die Gründung der Universität Duisburg zugleich einen Zweck nach außen, insofern sie sich den von Neuburg gepflegten Jesuiten, der niederrheinischen Katholizität überhaupt, entgegensetzte. Nach einiger Zeit trat eine Abwandlung der Politik dadurch ein, daß die Bundesverhältnisse zwischen Schweden und Frankreich sich zu lockern begannen und ihren auf die Gegner gerichteten Impuls verloren.

Der Kurfürst machte dann keine Einwendung weiter gegen die Belehnung der Schweden mit ihren deutschen Provinzen; er selbst trug kein Bedenken, dem Rheinischen Bunde beizutreten. Aber das gehörte wieder dazu, die jülich-klevesche Erbschaftssache

mit Pfalz-Neuburg zu einem definitiven Austrag zu bringen: der alte Provisionalvertrag wurde in seinen wesentlichen Bestimmungen festgehalten und in einen Erbvergleich verwandelt, der für die Fürsten, die nun Freundschaft machten, und für das Land, das nun erst definitiv brandenburgisch wurde und seine Huldigung leistete, von gleicher Bedeutung war.

Eine neue Verwirrung drohte dem Reiche dadurch, daß Karl II. von England in seinem unglücklichen Zerwürfnis mit Holland die Krone Schweden und den Bischof von Münster auf seine Seite zog. Jedermann erwartete, daß die Schweden die Gelegenheit ergreifen würden, ihre alten Absichten gegen die Stadt Bremen durchzuführen. Der Kurfürst trat dagegen mit Lüneburg-Braunschweig sowie mit Holland und Dänemark in Allianz. Zugleich hielt er das beste Vernehmen mit dem Hause Österreich, dessen Mitwirkung zu allen vorliegenden Zwecken unentbehrlich war, sorgfältig aufrecht. Die Allianz vom Jahre 1658 wurde noch vor ihrem Ablauf in erweitertem Sinne erneuert; als Grund dafür wird die allgemeine europäische Bewegung, welche leicht einen Angriff auf eine oder die andere Macht hervorrufen könne, angegeben; die beiden Mächte vereinigten sich zu gegenseitiger Verteidigung in und außerhalb des Reiches, gemäß den Festsetzungen von Osnabrück, Wehlau, Bromberg und Oliva. Auf diesen Rückhalt gelehnt, konnte der Kurfürst, mit den Gegnern Schwedens verbündet und doch auch von diesem nicht bedroht, weil es gegen Bremen und Dänemark beschäftigt war, zur Ausführung einer Unternehmung schreiten, die für den werdenden Staat die allergrößte Bedeutung hatte. Je weiter und fester sich dieser entwickelte, um so mehr empfand es Friedrich Wilhelm, daß Magdeburg, auf das er gegründete Ansprüche besaß, der größte Stapelplatz an der Elbe, der zugleich eine der wichtigsten militärischen Positionen bildete, noch nicht in seinen Händen war. Die Erbhuldigung, auf die der Westfälische Friede dem Kurfürsten ein Recht gab, war noch immer nicht geleistet; und wenn er der Stadt die Anmutung machte, eine brandenburgische Garnison aufzunehmen, so setzte sie sich im Gefühl ihrer alten Selbständigkeit dagegen. Der damalige Zustand der Dinge gab dem Kurfürsten Gelegenheit, sie dazu zu zwingen. Es war ein alter, mit den allgemeinen Angelegenheiten verflochtener Streit zwischen der Stadt, welche sich ihrer Unterwerfung unter den Erzbischof oder den Administrator zu erledigen, und dem Erzstift, welches diese Unterwerfung festzuhalten suchte. Ähnliche Streitigkeiten fanden in derselben Zeit auch an anderen Stellen statt, wo die

städtischen Freiheiten zur Reichsunmittelbarkeit aufstrebten und die Fürsten ihre Bundeshoheit zu behaupten gewillt waren. In Magdeburg ist derselbe auch deshalb merkwürdig, weil der größte Mann, den die Stadt hervorgebracht hat, der Erfinder der Luftpumpe, Otto Guericke, das Amt eines Bürgermeisters verwaltete und nichts versäumte, um die Unabhängigkeitsbestrebungen derselben zu fördern. Bei dem Abschlusse des Westfälischen Friedens war es ihm nicht ohne die Hilfe Schwedens gelungen, einen Artikel in das Friedensinstrument zu bringen, der den Freiheiten und Ansprüchen der Stadt günstig war; wiewohl er keine formelle Anerkennung derselben enthielt. Nach der Hand aber fanden sich Schwierigkeiten, die nicht ohne historische Beziehung waren. Die Stadt berief sich auf ein Privilegium Ottos I., das aber ohne Zweifel eine Fälschung war und nicht herbeigeschafft werden konnte. Gewisse Lokalrechte hat ihr Wallenstein, um ihrer sicher zu sein, bewilligt; aber auch diese wurden unter ganz veränderten Umständen eifrig bestritten. Auf den Zusammenkünften und Reichstagen, die dann folgten, hatte Magdeburg die Städte des Reiches und die Bevollmächtigten Schwedens für sich; nicht jedoch Kurfürsten und Fürsten: Reichsgutachten und Reichskonklusa wurden in einem ihr entgegengesetzten Sinne abgefaßt. Immer dringender wurden alsdann die Anforderungen des Administrators und des Kurfürsten von Brandenburg, deren Interessen in dieser Sache zusammenfielen. Der nordische Krieg hatte hierauf eine gewisse Einwirkung, indem die Unterstützung, welche die Stadt bei den Schweden fand, den Kaiser notwendig veranlaßte, gegen sie zu sein.

Im Jahre 1666 lagen nun die Sachen so, daß der Kurfürst daran denken konnte, seinen vom Reiche anerkannten Anspruch auf Huldigung mit Gewalt durchzusetzen. An der Spitze einer stattlichen Armee, die er nicht ohne fremde Subsidien aufgestellt hatte, aber in deren Führung niemand eingriff, beschloß er, und zwar unverzüglich, ehe noch die Schweden dagegen einwirken konnten, durch eine große Demonstration den Widerstand der Stadt zu beugen. Wie er in einem Briefe an Schwerin sagt: er verlange von den Magdeburgern kategorische Antwort auf zwei Anträge: einmal, ob sie ihm den Eid des Gehorsams, den sie einst seinem Eltervater geschworen (er meint Joachim Friedrich, dem die Stadt 1579 als ihrem Administrator gehuldigt hatte), erneuern, und sodann: ob sie ihm bewilligen wolle, eine Garnison darin zu halten; denn er sei von seinem eigenen Lande abgeschnitten, wenn er keinen Posten an der Elbe in seinem Besitz

habe; keinen besseren gebe es dafür als Magdeburg; sonst könne man ihm von dort aus Hindernisse in den Weg legen, wenn er von der einen seiner Landschaften in die andere ziehen wolle. Er war entschlossen, es dabei auf eine Belagerung ankommen zu lassen, die nur wenige Wochen dauern könne: nur Schweden müsse aus dem Spiele bleiben. Und auf der Stelle, jedoch nicht ohne sich der Einwilligung des Kaisers sowohl wie des Administrators versichert zu haben, schritt er ans Werk. In Wanzleben wurden einer magdeburgischen Deputation die beiden Forderungen vorgelegt. Gegen die Erbhuldigung nach der Norm von 1579, die schon früher geleistet worden war, hatten sie wenig einzuwenden; die größten Bedenken aber erregte es, eine Besatzung aufnehmen zu sollen, was gegen die altherkömmlichen Privilegien der Stadt laufe. Darüber behielten sie sich weitere Verhandlungen vor: lange widerstreben aber konnten sie nicht. Denn schon war das kurfürstliche Heer unter Sparr angelangt; zum Widerstande war nichts vorbereitet. Sollte aber die Stadt mit Gewalt genommen werden? Welch eine gräßliche Aussicht lag darin zu einer Wiederholung dessen, was im Jahre 1631 geschehen war. Von keiner Seite ließ sich Beistand hoffen. Da konnte Otto Guericke seine bisherigen Bestrebungen nicht mehr festhalten: der Erforscher der Kräfte der Natur hatte wohl auch Sinn für die politischen Gewalten und für den Wechsel der großen Verhältnisse. Der Magistrat der Stadt und die Bürgerschaft, die nach ihrer alten Verfassung zusammenberufen wurde, fügten sich den Anforderungen des Kurfürsten, vorausgesetzt, daß er die übrigen Privilegien, namentlich auch ihre Stapelgerechtigkeit, aufrechterhalte. Sie gaben nicht allein die Aufnahme der Besatzungen zu, sondern verstanden sich auch zu einem ansehnlichen Beitrage zur Unterhaltung derselben. Dagegen bewilligte ihnen der Kurfürst die Sicherheiten, die sie verlangten.

Fürwahr, ein großer Erfolg ist auch das zu nennen; denn an dem baldigen Heimfall des magdeburgischen Herzogtums ließ sich nicht zweifeln: der Kurfürst betrachtete es schon im voraus als sein eigen.

In diesen Zeiten ist noch einmal, als es mit der Abdankung Johann Kasimirs Ernst wurde, die Frage an Friedrich Wilhelm gerichtet worden, ob er nicht selbst die Krone Polens anzunehmen bereit sei. Das Wort wurde wiederholt: eine Krone sei einer Messe wert. Man überlege sich aber, was darin lag: ein katholischer Herzog von Preußen, Kurfürst von Brandenburg, Herzog von Kleve, zugleich König von Polen, also zur Durchführung religiöser

und dynastischer Pläne doppelt stark; aber an die polnischen Magnaten gebunden. Es waren Pläne, wie sie einst zur Zeit der ersten Hohenzollern gehegt werden konnten. Seitdem aber war die religiöse Spaltung eingetreten. Der Übertritt des Kurfürsten wäre einer Umwälzung gleichgekommen und hätte den Ruin der evangelischen Sache herbeiführen können. Kurfürst Friedrich Wilhelm antwortete: „Meine Religion, darin ich meiner Seligkeit versichert bin, um einer Krone willen zu verlassen, werde ich in Ewigkeit nicht tun." Dem religiösen fügte er auch einige politische Gründe hinzu: die Verbindung seiner Macht mit der polnischen werde beiden große Eifersucht zuziehen; der Kaiser sowohl wie Schweden und Frankreich würden dagegen sein; er halte es für besser, daß er der Nachbar und Alliierte der Polen sei, als ihr König[1].

Noch war sein Blick auf die Entwicklung des eigenen Staates gerichtet. Nachdem der Streit mit Jülich beendigt und Magdeburg eingenommen war, sah der Kurfürst seine Besitzungen, so verschieden sie auch an sich noch waren, als ein Ganzes vor sich. Darin liegt die Idee des Staates, die sich allmählich erhob, nämlich in der Umfassung der mannigfaltigen Landschaften und Landesarten in einer dynastischen Gemeinschaft, die zugleich eine politische war; freilich eine noch nicht vollständig entwickelte. Wie der Fürst damals seine Lage ansah und was er in derselben für notwendig hielt, erkennt man aus einem Aktenstück vom Jahre 1667, der sogenannten väterlichen Vermahnung, die eine Art von politischem Testament, zunächst bestimmt für den Kurprinzen Karl Emil, in sich enthält[2]. Einige Jahre vorher hatte der Kurfürst verfügt, daß seinem zweiten Sohne Friedrich dereinst das Fürstentum Halberstadt zuteil werden solle; denn er müsse in den Stand gesetzt werden, sich zu verheiraten, da das Kurhaus nur auf wenigen Augen beruhe. Die vornehmsten Attribute der höchsten Gewalt: in politischer, namentlich in militärischer Beziehung, hatte er dabei dem künftigen Kurfürsten vorbehalten. Der Fürst von Halberstadt sollte weder Krieg anfangen, noch Bündnisse schließen, noch nach eigenem Gutdünken auf dem Reichstage stimmen dürfen; Landesfolge und Kontribution in Kriegszeiten sollten dem Kurfürsten zustehen, und eine ähnliche beschränkte Disposition behielt sich Friedrich Wilhelm selbst für seinen dritten Sohn vor. Allein er tat das doch nicht

[1] Vgl. Anmerkung zu Seite 225.
[2] Abgedruckt am Schluß des III. Bandes.

ohne große Bedenken und ermahnt seinen Nachfolger, ja nicht weiterzugehen: auch das Gebiet des Erzstiftes Magdeburg werde in kurzem an Brandenburg fallen; wie das denn nach dem Tode des Administrators wirklich geschehen ist. Weder dies noch irgendein anderes Land dürfe, in welcher Form auch immer, von den Kurlanden gesondert werden: denn durch die Teilung der Lande verliere das Haus sein Ansehen; selbst die kurfürstliche Autorität würde dann in dem Glanze, den sie erfordere, nicht aufrechterhalten werden können. Auf diesen Punkt, die Befestigung und Behauptung der erworbenen Stellung, legt der Kurfürst den größten Nachdruck. In engem Zusammenhange mit demselben steht das Verhältnis zu den auswärtigen Mächten, für welche er nach freiem Ermessen des Zuträglichen seine Ratschläge erteilt. Von größter Bedeutung war das Verhältnis zum Kaiser, mit dem der Kurfürst damals in bestem Vernehmen stand; so soll auch der Nachfolger mit demselben in genauer und enger Verbindung verharren: dahin weise das rühmliche Beispiel der Altvordern, die deshalb allezeit von Freunden und Feinden gelobt worden seien; unbedingt jedoch soll die Hingebung an Österreich nicht sein: mit den fremden Kronen soll der Nachfolger gute Freundschaft halten, vor allem darum, damit nicht etwa der Kaiser oder Spanien zu weit greifen und die Festsetzungen des Westfälischen Friedens zugunsten der Evangelischen und der deutschen Stände überschreiten; aber auch Frankreich und Schweden dürfe nicht zu mächtig werden; denen gegenüber müsse man sich wieder an den Kaiser und das Haus Österreich halten, um das Gleichgewicht zu behaupten: besonders dann müsse man dem Kaiser beistehen, wenn er der letzten Friedensschlüsse wegen von den Schweden angegriffen werden sollte; ebenso der Krone und Republik Polen, wenn die Schweden ihre alten Feindseligkeiten gegen dieselbe erneuern würden; es sei Schuldigkeit, den getroffenen Pakten gemäß sie alsdann mit aller Kraft zu unterstützen. Der Kurfürst empfiehlt die Politik, die er selber beobachtet hat: in der Mitte zwischen Österreich-Spanien und Frankreich-Schweden die Übermacht des einen oder des anderen Teils möglichst zu verhindern. Den Schweden soll kein Angriff weder auf Österreich noch Polen gestattet sein; also eine Politik, wie sie Gustav Adolf und Karl Gustav gegen diese beiden Mächte befolgt hatten, nicht ohne Verbindung mit Brandenburg, nicht mehr geduldet noch auch unterstützt werden. Das war das Resultat der Verwicklungen in dem letzten Kriege: daran wollte man auf immer festhalten. Wohl wurde vorausgesetzt, daß Branden-

burg in gutem Vernehmen mit Frankreich stehen könne; aber dieses sollte nicht dahin ausgedehnt werden, daß dadurch den Konstitutionen des Reiches, der Goldenen Bulle, den Rechten der Kurfürsten Abbruch geschehe. Darin besteht das Wesen dieser Stellung, daß man sich sowohl gegen Frankreich als gegen Österreich zur Aufrechterhaltung der Rechte und der Verfassung des Reiches verpflichtet. Der Kurfürst nennt England, Dänemark und Holland als seine Verbündeten: andere Verbindungen werde der Wechsel der Zeiten an die Hand geben; „aber", sagte er, „Allianzen sind gut, eigene Kräfte sind besser"; nur durch diese erhalte man sich in Ansehen: er selbst sei erst konsiderabel geworden, seitdem er die Waffen zu führen gewußt habe. In der kleinen Schrift wird nichts schärfer betont, als die Ermahnung, auf diesem Wege fortzufahren. Vornehmlich bringt er dem Nachfolger die Sicherung der verschiedenen Landschaften durch feste Plätze in Erinnerung. Gegen die Schweden, die noch immer ein Gelüst nach den preußischen Seehäfen haben, soll er Pillau instand erhalten, mit Fischhausen verstärken; um Berlin gegen ihre Anfälle zu schützen, dachte er eine Festung in Löckenitz anzulegen und eine andere in Müllrose zum Schutz des für den Handel unentbehrlichen Kanals, was zugleich gegen die Lausitz hin eine größere Sicherheit gewähren werde. Den Besitz von Magdeburg schlägt er unendlich hoch an, da er im obersächsischen und niedersächsischen Kreise eine starke Position verleihe, und gibt den dringenden Rat, die mit der Stadt aufgerichteten Verträge pünktlich zu erfüllen. Die Festung soll nach einem von ihm selbst gemachten Entwurfe ausgebaut werden. So will er auch weder Minden, noch Lippstadt, noch Kalkar als Festung aufgeben. Ein durchschlagendes Motiv dafür ist, daß die Untertanen kraft Reichsschluß verpflichtet seien, die für die festen Plätze und ihre Besatzungen nötigen Kosten aufzubringen. Vor allem auf denen beruht die Kriegsmacht. Der Kurfürst bezeichnet, wieviel Truppen in jeder Festung in Friedens- und in Kriegszeiten gehalten werden sollen. Sonst war nur dafür gesorgt, daß bewährte, kriegserfahrene Offiziere Besoldungen empfingen, um nicht in fremde Dienste zu treten und um in den Zeiten der Gefahr Werbungen, sobald man sie brauchte, zu vollziehen. Auf das nachdrücklichste wird dem Nachfolger eingeschärft, die Souveränität in Preußen zu behaupten; sie werde ihm von beiden Seiten bestritten werden, von den Polen und den Landständen; sie sei aber das beste Keinod, das er besitze. Der Kurfürst erörtert ausführlich, wie der Kammerstaat in Preußen zu heben sei: denn wieviel liege daran, daß man

die Landtage nicht mit Geldforderungn zu behelligen brauche. Häufige Landtage sind ihm verhaßt; auch auf die Miliz dort zu Lande gibt er nicht viel; seine Meinung wäre, die Dienstpflicht in Geldleistung zu verwandeln, die dann für eine brauchbare Heeresmacht verwendet werden könnte; um keinen Preis dürfe man dem Wunsche der Stände, einen Landesobersten aus den Eingeborenen aufzustellen, nachkommen; denn ein solcher würde dann den Befehl über die Garnisonen und selbst über das Heer im Felde zu haben vermeinen; seine Macht würde die der Oberräte, die man vielmehr beschränken müßte, gewaltig vermehren: denn von denen würde er abhängig sein.

Eben das war die Bedingung des militärischen Fürstentums, wie es der Kurfürst aufzurichten gedachte, daß die ständische Verfassung außer alle Beziehung mit der Verwaltung des Kriegswesens gesetzt wurde: sollte jemals ein Statthalter ernannt werden, so müsse der Fürst darauf sehen, die Truppen unabhängig von demselben in seiner Pflicht zu behalten; auch der Zivilregierung, die nur für die Unterhaltung der Garnisonen zu sorgen habe, müsse jeder Einfluß auf dieselben abgeschnitten werden. Mit der Idee, eine militärische Macht aufzustellen, wozu das Land seine Hilfe zu leisten verpflichtet ist, verbündet sich die andere, den Befehl über die Armee doch ganz in den eigenen Händen zu behalten. So gerüstet zu sein, schien dem Kurfürsten selbst für die Erhaltung der Religion notwendig.

Auf dem religiösen Bekenntnis beruht zuletzt alles. Die äußere Politik knüpft sich an die Aufrechterhaltung des Protestantismus; auch für die innere Verwaltung meinte Kurfürst Friedrich Wilhelm das Wort Gottes, welches die beste Politik enthalte, zur Norm nehmen zu müssen. Er war glücklich, daß die vornehmsten seiner Landschaften protestantisch waren. Eine nicht geringe Schwierigkeit macht ihm der Gegensatz der Lehre der Reformierten, zu der er sich selbst hielt, und der Lutherischen, welcher die Landschaften angehörten. Für seinen Dienst gab er den Reformierten den Vorzug, wofern sie nur auch in anderen erforderlichen Eigenschaften den Lutheranern, die etwa in Frage kommen konnten, gleich seien. Aber sehr dringend empfiehlt er dem Nachfolger, das reformierte Bekenntnis nicht etwa auf Kosten der Lutheraner fördern zu wollen. In einigen seiner Landschaften waren nun aber auch zahlreiche katholische Untertanen; er drang vor allem darauf, die ihnen vertragsmäßig bewilligten Rechte zu wahren. Jedoch entging ihm nicht, in welche Schwierigkeit bei

alledem eine protestantische Regierung mit dem Kirchenregiment zu geraten Gefahr laufe.

Höchst bemerkenswert ist seine Meinung, daß er auch von den Katholiken als oberster Bischof angesehen werden müsse, d. h. daß päpstliche Bullen und bischöfliche Erlasse seiner Autorität keinen Eintrag tun dürften; eine Auffassung, die eben den Kern der Frage betrifft und unter größeren Verhältnissen in den späteren Zeiten nicht hat festgehalten werden können.

Die ganze kleine Schrift zeugt von einem Gleichgewicht von Gemüt und Verstand, Religion und Politik, militärischer und bürgerlicher Einsicht: wenn wir so sagen dürfen, der werdende Staat kommt in dem Kurfürsten gleichsam zum Bewußtsein. Die vorwaltenden Ideen sind von durchaus friedlicher Natur: dahin gerichtet, das Erworbene zu behaupten. Doch waren das nicht die einzigen, die ihn belebten.

Noch ein anderes Schriftstück liegt vor. Man erstaunt, wenn man es liest, daß die größte Erwerbung, die sich darbieten konnte, die von Schlesien, bereits damals in Aussicht genommen wurde. Bemerken wir vor allem, wie sie motiviert wird. Friedrich Wilhelm geht davon aus, daß zwar sein Haus hinreichende Besitzungen habe und nicht mit Unrecht nach neuen trachten dürfe; aber Gott gebiete doch auch einem Fürsten, für sein Haus Sorge zu tragen, die Rechte desselben wahrzunehmen und keine Gelegenheit dazu zu versäumen. Da richtete sich nun sein Blick auf den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß das Haus Österreich aussterbe: denn nicht viel stärker als die ältere Linie dieses Hauses in Spanien war die jüngere in Deutschland. Der Kaiser hatte noch keine erbfähigen Nachkommen.

Da nun durch die Ansprüche der Franzosen die allgemeine Aufmerksamkeit auf den bevorstehenden Abgang des Mannesstammes der älteren spanischen Linie des Hauses Österreich gerichtet war, so wendeten sich die Blicke auch auf den erwähnten Zustand der deutschen Linie. Unter den Nachbarn sprach man bereits von einer Teilung ihrer Lande. Hieran anknüpfend spricht nun der Kurfürst die Meinung aus, daß in dem Fall des Abganges des Hauses Österreich ohne rechtmäßige Erben kein anderes Haus bessere Rechte auf den Besitz von Schlesien habe als Brandenburg. Die piastischen Fürstentümer, die damals noch nicht zur Erledigung gekommen waren, brachte er hierbei nicht in Anschlag, wohl aber Jägerndorf; denn der Schaden, der durch dessen Vorenthaltung dem Hause Brandenburg erwachsen sei, belaufe sich, wenn man alles berechne, auf Millionen: die Ent-

schädigungen, die der Kaiser bisher dafür angeboten, seien zu geringfügig, um sie anzunehmen, und er erwarte eine Zeit, in der er bessere zu erlangen vermöge. Er erinnert ferner, daß das Haus Brandenburg früher auch andere Besitzungen in Schlesien gehabt habe, aus denen es verdrängt worden sei. Unerwartet ist, daß er auf die alten Gewaltschritte Karls V. in bezug auf Geldern zurückkommt: denn ohne allen Zweifel habe dies dem Hause Kleve gehört, dessen Erbe Brandenburg sei. Auch aus diesem genealogischen Grunde meint er einen Anspruch gegen das Haus Österreich zu haben. Was ihn nun aber vermochte, seine Absichten auf Schlesien zu richten, war das nachbarliche Verhältnis; denn Brandenburg dürfe es sich nicht gefallen lassen, daß das ihm so nahe gelegene Land in andere Hände gerate: sehr gefährlich würde es sein, wenn es dem sächsischen Hause zufiele; denn ein allzu großes Aufnehmen von Sachsen wäre für Brandenburg verderblich; noch weniger könne man dulden, daß Schweden einen Besitz daselbst erwerbe; es halte schon die Oder geschlossen und beherrsche die Mündung dieses Stromes; würde es nun auch an dem oberen Lauf desselben sich festsetzen, so wäre Brandenburg von beiden Seiten umfaßt. Niemand wisse besser als er, was für Nachbarn die Schweden seien, denen nur schon zuviel in dem Deutschen Reiche gehöre. Schließlich gedenkt er auch der alten Verwandtschaft der Häuser Brandenburg und Österreich, so daß es billig sei, daß das erste bei dem Abgang des letzteren nicht leer ausgehe.

Obgleich der Fall, den er voraussetzte, noch in weiter Ferne lag, so wurde doch der Kurfürst durch die Größe der Aussicht bewogen, die Mittel dieser Erwerbung noch näher zu überlegen. Vor allem hält er die Herbeischaffung des Kriegsmaterials nach Frankfurt a. d. O., Küstrin und Crossen für notwendig; seine Meinung ist dann, mit einer Armee, für jene Zeit von der ansehnlichen Stärke von 12 000 Mann, ausgenommen die Artillerie, in Schlesien einzubrechen; bei ihrem Einrücken müsse den Katholischen Freilassung ihrer Religion und den Evangelischen Zurückgabe der ihnen entrissenen Kirchen versprochen werden: zunächst soll man Glogau angreifen, um es mit Güte oder Gewalt einzunehmen, und dann auf Breslau losgehen, das man durch Versicherungen seiner alten Gerechtsame werde gewinnen können: man müsse sich vor allem des Domes bemächtigen. Den Herzog von Brieg meint er der Souveränität zu versichern auf so lange, als sein Stamm dauere.

Georg Friedrich Graf von Waldeck.
Nach einem zeitgenössischen Stich.

Prinz Friedrich von Hessen-Homburg.
Nach dem Kupferstich im Theatrum Europaeum.

Der Gedanke war damals nicht, dieses Unternehmen wirklich zur Ausführung zu bringen; es war eben nur ein Entwurf für einen künftigen Fall. Aber in der Tat kein schlechtes Programm für die Unternehmungen, zu welchen der Urenkel des Kurfürsten schritt, als der Mannsstamm der deutschen Linie des Hauses Österreich wirklich erloschen war. Ganz andere Verwicklungen waren es, durch welche der Kurfürst selbst zu Kriegsunternehmungen zu schreiten veranlaßt wurde.

Viertes Kapitel.

Friedrich Wilhelm im Kampfe mit Frankreich und Schweden.

Noch schien der große Friedenschluß von Münster alles zu beherrschen; der Pyrenäische Friede hatte denselben für den Süden, der Friede von Oliva für den Norden von Europa ergänzt. In den Konflikten der Religion und der Mächte schien es zu einem Austrag gekommen zu sein, bei welchem sich das allgemeine Gleichgewicht und damit die Sicherheit und Freiheit eines jeden behaupten könne. Da geschah es nun, daß Frankreich, welches in den letzten Kriegen das Übergewicht davongetragen hatte, mit dem Errungenen nicht zufrieden war, sondern über die Satzungen der Friedensschlüsse hinaus ohne Rücksicht auf dieselben sich zu vergrößern unternahm. Das war das Wesentliche an jenem Devolutionskriege, in welchem Frankreich, auf ein wenig begründetes Recht gestützt, die spanischen Niederlande mit Krieg überzog und eine Anzahl fester Pätze in Besitz nahm[1]. Ganz Europa empfand, was das zu bedeuten habe. Im ersten Augenblick war von einer Koalition zum Widerstande gegen den Ehrgeiz des Königs die Rede, und Brandenburg bereit, mit Österreich und Spanien in eine Allianz zu treten, vorausgesetzt jedoch, daß nicht allein Holland und das Reich, sondern auch England an der Aktion teilnehme und man gegen Schweden gesichert sei. Wie aber wäre bei alle den mannigfaltigen und einander zuwiderlaufenden Interessen der verschiedenen Staaten eine Vereinigung so umfassender Art möglich gewesen. Ungehindert, wie man weiß, vollzog der König seine Besitznahme; aber eine minder umfassende Allianz bildete sich allerdings gegen ihn. England und Schweden vereinigten sich mit Holland, indem sie mit dem König über seine bisherigen Eroberungen einen Pakt schlossen, ihm doch keine weitere Ausdehnung derselben zu gestatten: wenn eine solche versucht würde, so sollten die Grenzen dem Pyrenäischen Frieden gemäß wiederhergestellt werden. Aus mancherlei Gründen, auch der inneren Verwaltung, ging Ludwig XIV.

[1] „Französische Geschichte", XII. Buch, 4. Kapitel usf.

darauf ein, aber mit der Absicht, die Allianz, die seinen Entwürfen entgegentrat, zu sprengen und die Republik, der er die meiste Schuld gab, dafür zu züchtigen, daß sie es wagte, ihm ein Halt zuzurufen. Mit geheimnisvoller Umsicht knüpfte er überall Unterhandlungen an, durch welche es ihm gelang, die Republik zu isolieren und England sogar zur Teilnahme an einem Angriff gegen dieselbe zu vermögen. Auch dem Kurfürsten von Brandenburg wurde nun der Antrag gemacht, dem König beizutreten, nicht ohne daß ihm erhebliche Vorteile angeboten worden wären. Allein ihm schwebte immer die allgemeine Frage vor. Augenscheinlich war der Krieg gegen Holland doch der zweite und entscheidende Schritt, welchen Ludwig XIV. zur Durchführung seiner eigenmächtigen Politik unternahm. Einer der kurfürstlichen Räte, der Rabensteiner Meinders, früher ein Sekretär Waldecks, dessen Tendenzen er aber doch nicht geradehin zu den seinen machte, hat die Momente zusammengestellt, um derentwillen man sich entschließen müsse, Holland nicht fallen zu lassen. Der erste war die Erhaltung des einmal gegründeten Gleichgewichts, eben der Gedanke also, von dem der Abschluß der Tripelallianz ausgegangen war: alle christlichen Potentaten seien dabei interessiert, daß Frankreich nicht noch furchtbarer, er sagt, redoutabler werde, als es schon sei. Ein anderer ward in der Lage des Reiches gefunden, besonders der mächtigen Reichsstände, für welche die Nachbarschaft von Frankreich sehr gefährlich sei, da diese Macht die stärkeren zu erdrücken und die geringeren zu erheben trachte; endlich mit den Niederlanden müsse Brandenburg verbündet sein, dazu führe der Zustand der klevischen und preußischen Lande und das Bedürfnis des Handels, woran dem Kurfürsten so viel liege; „mit der Republik leben und sterben die Kommerzien". Der Kurfürst konnte sich nicht verbergen, was es auf sich habe, sich einem König von Frankreich zu widersetzen: seine ganze Seele war in Agitation darüber. „Ich habe", schreibt er eines Morgens an seinen ersten Minister Schwerin, „diese Nacht nicht schlafen können und Gott angerufen, mir in den Sinn zu geben, was ich zu tun und zu lassen habe." Was ihn bestimmte, war neben den angeführten Beweggründen ohne Zweifel auch der religiöse. In England stand alles in Frage: die Verfassung und die Religion. Sollte man auch die Republik der Niederlande untergehen lassen, die ihr Dasein dem Protestantismus verdankte und als dessen vornehmstes Bollwerk erschien?

In der katholischen Welt sprach man von der Exstirpation der Ketzer, die mit der Unternehmung gegen Holland eingeleitet

werde. In Wien selbst war trotz der Antipathien gegen Frankreich eine starke Hinneigung für dies Unternehmen. Der Kurfürst fürchtete, Ludwig XIV. werde, wenn er Herr in Deutschland sei, die deutschen Fürsten nicht besser behandeln als die französischen Großen. Er sprach es einmal sehr kräftig aus: er wolle nicht ohne Erhebung der Waffen es so weit kommen lassen, daß er einmal in die Bastille geschleppt werden könne.

So wurde dieser Entschluß gefaßt. Die politische Lage von Europa, die Krisis der Religion, die Gefahr der Unabhängigkeit des Deutschen Reiches und der deutschen Fürsten, endlich die Rücksicht auf die Unentbehrlichkeit von Holland für das europäische Gleichgewicht und den allgemeinen Handel bewogen den Kurfürsten, sich mit der Republik zu verbinden. Es kam nur noch auf die Bedingungen an, durch welche diese es ihm möglich machen werde, im Felde zu erscheinen, wozu er denn auch andere Reichsfürsten herbeizuziehen hoffte. Dem nahe befreundeten Herzog von Celle schrieb er im April 1672: er vereinige sich mit Holland auf leichtere Bedingung als die, auf welche er ursprünglich zu bestehen beabsichtigt habe, da die Republik wegen des mit England ausgebrochenen Seekriegs anderweit so große Ausgaben machen müsse, und fordert den Herzog auf, desgleichen zu tun „zu seinem unsterblichen Ruhme"; zwar scheine die Sache schwer, aber man müsse auf die Gerechtigkeit derselben sehen; gewiß sei der Entschluß ein gewagter, „aber ohne Wagen gewinnt man nichts". Indem er das schrieb, entwickelte sich die ganze Gefahr der Republik. Man sah, daß Spanien mit England und Frankreich, welche zu dem Unternehmen vereinigt waren, nicht brechen werde; man erfuhr, daß Frankreich die Absicht hege, die Schweden gegen Brandenburg ins Feld zu bringen. Das aber entflammte den Kurfürsten nun noch mehr; er hatte eine vollkommene Kenntnis der Gefahr, in die er sich durch eine Allianz mit Holland stürzen werde. Der in seiner Bildung begriffene neue Staat zeigte, wozu er da sei in der Welt: seine Kraftentwicklung galt der Erhaltung der wichtigsten moralischen und religiösen Prinzipien.

Bei den Verhandlungen mit Holland kam es hauptsächlich auf die Bestimmung der Hilfsgelder an, ohne die der Kurfürst nicht imstande war, zu Felde zu gehen; denn so war nun einmal die Lage des Staates zurzeit. Bei den regelmäßigen Truppen, die man hielt, kam man wenig über das Bedürfnis der Garnisonen und der unmittelbaren Sicherheit hinaus. Alles Weitere beruhte auf den Werbungen, zu denen jene wohlgeschulten Offiziere, die

immer unterhalten wurden, durch ansehnliche Werbegelder in den Stand gesetzt werden mußten.

Endlich ließ sich Holland zu annehmbaren Erbietungen herbei. Der mit dem Kurfürsten vertraute holländische Gesandte Rede von Amerongen hatte damals, doch wohl, um weniger beobachtet zu werden, seinen Aufenthalt im Kloster Lehnin genommen, von wo er leicht nach Potsdam kommen konnte. Hier wurde der Vertrag am 6. Mai 1672 unterzeichnet. Noch hatte man damals keine Ahnung von der Art und Weise des Angriffs, den Frankreich versuchen würde. Der Kurfürst versprach, seine Truppen zur Unterstützung der Republik in Westfalen aufzustellen. Unerwartet brach König Ludwig XIV. von dem Süden her, den Rhein überschreitend, in das niederländische Gebiet. Jene großen Schläge erfolgten, welche der Unabhängigkeit nicht allein, sondern der Existenz der Republik ein Ende zu machen drohten. In ihrem Gefolge trat eine innere Umwälzung ein, durch welche der Prinz von Oranien an die Spitze der Republik gestellt wurde — ein junger Mann, noch durch keine Handlungen bewährt, von dem niemand wissen konnte, wie er sich den beiden Königen gegenüber verhalten würde: das Land war in den Händen des einen, er selbst der Neffe des anderen. Unermeßlich war das Übergewicht, das Ludwig XIV. in diesem Augenblick besaß. Das Deutsche Reich war insofern unmittelbar davon betroffen, als der Kurfürst von Köln, der allerdings gegründete Beschwerden gegen die Holländer hatte, und der Bischof von Münster, der seine alte Feindseligkeit unter wenig sagenden Vorwänden erneuerte, auf seiner Seite standen.

Welch ein Unterfangen war es nun, wenn von allen europäischen und deutschen Fürsten allein der Kurfürst von Brandenburg sich auf die Seite der Holländer schlug. Aber er durfte wohl darauf rechnen, daß das allgemeine Interesse, das er zu verfechten sich anschickte, ihm Verbündete verschaffen werde; vornehmlich zählte er auf den Kaiser, den er als den geborenen Gegner von Frankreich betrachtete. In einem sehr eigentümlichen Verhältnis befand sich aber damals der kaiserliche Hof. Er war durch einen geheimen Vertrag über eine eventuelle Teilung der spanischen Monarchie an Frankreich gebunden; er hatte darin wirklich versprochen, sich in einen Krieg zwischen Frankreich und Holland nicht einzumischen; nicht als ob man in Wien den Untergang Hollands gewünscht hätte; man hielt vielmehr dafür, der Krieg werde den König lange beschäftigen und ihn in erhebliche Schwierigkeiten verwickeln. Einen unbeschreiblichen Eindruck

machte es nun, als die Nachricht von den ersten großen Erfolgen der Franzosen eintrafen. Festungen fielen in ihre Hände, gegen welche die spanisch-österreichischen Streitkräfte niemals etwas ausgerichtet hatten.

Indem diese Nachrichten, welche ein fortan unwiderstehliches Übergewicht der französischen Macht ankündigten, erschollen, war der Gesandte des Kurfürsten, Fürst Johann Georg von Anhalt, in Wien erschienen, um den Kaiser aufzufordern, sich mit Brandenburg zum Schutze des Reiches zu vereinen. Hochwillkommen war er allen denen, welche an der zu Frankreich neigenden Politik des Kaisers Anstoß nahmen. Und wenn der Kurfürst vor allem darauf antrug, daß der Kaiser die Integrität und Unantastbarkeit des Reiches in Schutz nehmen möge, so war das ein Anliegen, das diesen näher anging, als den Kurfürsten selbst. Sehr auffallender Weise ließ der eventuelle Teilungsvertrag doch zugleich Raum für Maßregeln zu diesem Zweck; in demselben war die Möglichkeit neuer Irrungen und selbst eines Krieges vorausgesehen und vorläufige Bestimmung über die Beschränkung der alsdann nicht zu vermeidenden Feindseligkeiten getroffen. Ohne mit Frankreich zu brechen, konnte der Kaiser auf die Anträge eingehen, die ihm zum Schutze des Reiches gemacht wurden. Es war eine Erneuerung der in den Jahren 1658 und 1666 zwischen Österreich und Brandenburg verabredeten Allianz, wenn am 13./23. Juni zwischen ihnen eine auf die damaligen Verhältnisse bezügliche Verabredung getroffen wurde: diese ging dahin, keine Beeinträchtigungen zu dulden, namentlich auch keine Werbungen, Durchzüge und Einquartierungen fremder Truppen zum Nachteil des Reiches und des öffentlichen Friedens, und zur gemeinschaftlichen Verteidigung ein Heer von 24 000 Mann ins Feld zu stellen. Der Aachener Friede wurde anerkannt, zugleich aber auch der Pyrenäische; besonders sollte die Stadt Köln, die mit ihrem Fürsten entzweit war, von beiden Verbündeten in Schutz genommen werden. Der Kurfürst zog seine Truppen bei Halberstadt zusammen; französische Anerbietungen, die ihm auch hier gemacht wurden, lehnte er ab, jedoch mit der Versicherung, daß er nichts gegen den Westfälischen Frieden tun werde; wie denn auch Ludwig XIV. alles vermied, was als ein offener Bruch desselben hätte bezeichnet werden können. In dem Vertrage zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten geschieht der Sache Hollands keine Erwähnung. Aber als sich nun die Kaiserlichen unter Montecuculi mit den Brandenburgern vereinigten, so konnte die Entwicklung so bedeutender

Streitkräfte nicht ohne Rückwirkung auf den Krieg gegen Holland bleiben.

Der König entschloß sich, einen seiner besten Generale, Marschall Turenne, von den Niederlanden hinwegzurufen und eine Richtung zum eventuellen Widerstande gegen diese Armee und zum Schutz seiner Verbündeten, Köln und Münster, nehmen zu lassen. Der Kurfürst ist immer überzeugt gewesen, daß er dadurch den Holländern einen großen Dienst geleistet habe, wie denn Gröningen dadurch gerettet worden sei; von der entgegengesetzten Seite, auch von England her, hat man ihm das sogar zum Vorwurf gemacht. Zu einer direkten Aktion zugunsten Hollands zu schreiten, war und blieb unmöglich für den Kurfürsten. Er hatte einen Bundesgenossen an dem Kaiser, ohne den er nichts unternehmen konnte, und der doch vertragsmäßig verpflichtet war, Holland nicht zu unterstützen. Der Bund zwischen Brandenburg und dem Kaiser bezog sich lediglich auf das Reich. Auch in dieser Beziehung aber hatte das Verhältnis etwas Unklares, wie die Bestimmung des Münsterschen Friedens selbst, dessen Festsetzungen man nicht überschreiten wollte, und der doch Bündnisse mit den Auswärtigen gestattete.

Wie weit konnte man in der Feindseligkeit gegen Frankreich gehen, ohne mit den Satzungen des Westfälischen Friedens in Konflikt zu geraten? Hauptsächlich, um der Stadt Köln möglich zu machen, sich des Übergewichts der mit dem Kurfürsten verbündeten Franzosen zu entschlagen und sich auf die Seite des Reiches zu wenden, hatte man die Absicht, die vereinigten Streitkräfte auf das linke Rheinufer zu ziehen; aber die Kurfürsten von Trier und Mainz weigerten sich beide, den Übergang über den Strom zu gestatten. Die Gewalt des Königs fesselte alle Beschlüsse. Eine Diversion, wie sie die Holländer brauchten, kam nicht zustande; nicht ohne Grund waren ihre Beschwerden, daß für ihre großen Leistungen doch in der Tat nichts für sie geschehe.

Endlich faßte man Ende des Jahres den Entschluß, sich in zwei verschiedenen Abteilungen, der einen unter Montecuculi, der anderen unter dem Kurfürsten selbst auf dem rechten Rheinufer gegen Köln und Münster in Bewegung zu setzen, um diese von den Franzosen loszureißen. Der Kurfürst entschloß sich zu dem Zuge nach Westfalen, den er früher abgelehnt hatte. Was ihn dazu vermochte, ersieht man aus dem Gutachten von Meinders, der ihn auf dem Zuge begleitete. Es waren folgende Erwägungen:

Vor allem, daß die Hauptsache doch immer die Assistenz der Republik sei, die nicht ganz unrecht habe, wenn sie durch die

bisherigen Unternehmungen sich nicht befriedigt finde: sie könne leicht darauf kommen, die Subsidien vorzuenthalten, durch welche man allein eine so konsiderable Armee im Felde erhalte; dadurch würde dann der Prinz von Oranien, der an die Spitze des Widerstandes getreten war, und dessen Partei geschwächt werden. Wenn man dagegen wirklich nach Westfalen ziehe, werde man zugleich den Verbündeten von Frankreich Abbruch tun und die Holländer stärken. Auch lasse sich nicht sagen, daß man dadurch den Westfälischen Frieden breche: denn diesem zufolge habe jeder Fürst das Recht, sein Land gegen unbefugten Einbruch zu schützen. Eben aber war die Grafschaft Mark von Münster und Köln angegriffen worden.

Auf einem sehr schlüpferigen Boden bewegte sich auch dann noch die Kriegführung. Man dachte die beiden Verbündeten Frankreichs für ihre Gebietsüberschreitung zu züchtigen und womöglich von Frankreich abzuziehen, ohne doch mit dieser Macht selbst zu brechen oder sie zu wirklichen Feindseligkeiten zu reizen: man suchte gleichsam Krieg und Frieden zu vereinigen. Es leuchtet ein, daß ein Zusammentreffen aber zuletzt doch nicht vermieden werden konnte; auch dies war sehr charakteristisch.

Am Anfang des Jahres 1673 finden wir Kaiserliche und Brandenburger vereinigt in Westfalen und nach einigem Zögern und Bedenken entschlossen, gegen die beiden Bischöfe zum Angriff zu schreiten. Der Kurfürst verwarf alle Anregungen zum Waffenstillstand oder auch zum Frieden; er ließ vernehmen, daß er damit umgehe, etwas „Hauptsächliches" vorzunehmen, wozu er nach Montecuculis Abreise nach Wien der Mitwirkung der Kaiserlichen um so sicherer war. Gegen Ende Januar setzten sich die beiden deutschen Heere, zusammen 20 000 Mann stark, in Marsch. Anfang Februar besetzten sie Soest. Die Frage war nur, ob auch die Franzosen auf die Unterscheidungen der Deutschen ihrerseits Gewicht legen würden.

Es gehört zu den großen militärischen Handlungen Turennes, daß er, dabei von seinem Hofe eher gehindert als angetrieben, den Entschluß faßte, den deutschen Armeen mit seiner ganzen Macht zu begegnen. Er meinte, wenn man den Bischof von Münster nicht unterstütze, so würde derselbe unfehlbar zu den Verbündeten übertreten: denn noch immer habe der kaiserliche Name eine große Autorität; seine Städte würden abfallen, sobald ein kaiserlicher Trompeter sie auffordere: der Abfall von Münster würde den von Köln unmittelbar nach sich ziehen; die Verbündeten würden von Werle, das ihnen nicht widerstehen könne,

gegen Deutz vordringen. Um dies zu verhindern, setzte er sich unverzüglich in Bewegung. Noch waren seine Truppen in gutem Stande; denn auch Wesel war in französischen Händen.

Ungehindert rückte er den verbündeten Armeen entgegen. Sein vornehmster Gedanke war nun, die Landwehr, die das kölnische Gebiet deckte, bei der Schanze Berkenbaum vor den Verbündeten zu erreichen und zu besetzen. Indem er so geschwind als möglich zwischen Kampen und Unna vorrückte, gelang es ihm, das schwach befestigte Unna zu überraschen und einzunehmen. Noch war die französische Strategie der deutschen ohne Zweifel überlegen. Von dem Zweck der feindlichen Bewegungen hatten die Verbündeten keine deutliche Vorstellung. Sie meinten nicht anders, als daß Turenne gekommen sei, mit ihnen in offenem Felde zu schlagen, und stellten sich vor Soest an der Ostseite dieses Platzes auf, um ihm zu begegnen. Alles war voll Mut und Feuer zur Schlacht. Turenne war seinerseits nicht der Meinung, eine solche zu liefern. Ihm kam es nur darauf an, Berkenbaum und die Landwehr zu besetzen, was er mit so viel Umsicht und militärischer Geschicklichkeit vollzog, daß die deutschen Armeen nicht für ratsam hielten, ihn in seiner festen Position anzugreifen. Eine sehr intensive Kälte verhinderte die Kavallerie, lange im Felde zu halten. Wie Turenne vorausgesehen, der Kurfürst konnte nun weder Soest noch Hamm behaupten: er zog nach Minden zurück, das kaiserliche Heer ins Hildesheimische.

Wenn ihre Absicht gewesen war, Münster und Köln zu zwingen, sich von Frankreich zu trennen, so war dieselbe durch die rasche Bewegung Turennes vollkommen gescheitert. Der Kurfürst geriet dadurch in Nachteil und Verlegenheit; denn noch waren mehrere Monate der holländischen Subsidien rückständig: seine eigenen Landschaften waren der Invasion ausgesetzt. Er ließ wohl vernehmen: er habe den Holländern den Dorn aus dem Fuße gezogen, denselben aber dabei in den eigenen Fuß gesteckt.

Man sprach damals von zwei Parteien in seinem Hauptquartier, von denen die eine für, die andere gegen Holland sei; die letzte, an deren Spitze Schwerin, habe jetzt das Übergewicht über die erste, die durch Meinders vertreten sei, gewonnen. So mag es sich auch verhalten; doch hing die Entscheidung nicht von Persönlichkeiten ab, sondern von der Wendung, welche die Dinge genommen hatten.

Der Kurfürst wurde inne, daß er durch seine Kriegführung, die doch mehr in Demonstrationen bestand und bei welcher der Westfälische Friede vorbehalten bleiben sollte, in eine voll-

kommen unhaltbare Lage geraten war. Die Unterhandlungen wurden unter Vermittlung des Pfalzgrafen von Neuburg eröffnet.

Bereits am 10. April ist ein Präliminarvertrag abgeschlossen und dieser alsdann am 6. Juni in einen förmlichen Traktat verwandelt worden. Es ist weniger ein eigentlicher Friedensschluß — denn fast war es noch zweifelhaft, ob Frankreich und Brandenburg in Krieg miteinander seien — als eine Wiederherstellung der alten Allianz zwischen den beiden Mächten, welche von dem Kurfürsten zugunsten der vereinigten Staaten unterbrochen sei. Der Kurfürst verzichtet darauf, den Holländern Beistand gegen Frankreich zu leisten, und tritt dem entgegengesetzten Bündnis bei, in welchem Münster und Köln begriffen waren: das Vorgefallene erscheint als ein nachbarlicher Hader des Kurfürsten mit den beiden Bischöfen; von beiden Seiten wird alles in den früheren Stand wiederhergestellt. Seinerseits verspricht der König, die eingenommenen festen Plätze im Kleveschen zurückzugeben; die meisten sogleich, die wichtigsten drei, sobald ein Friede mit den Generalstaaten zustande gekommen sei.

Vollständig aber war das hierdurch begründete Einverständnis mitnichten. Das Verhältnis zum Reiche wurde in der Abkunft ausdrücklich vorbehalten. Meinders, der die Unterhandlungen zu Ende führte, legte besonderen Wert darauf, daß der König sich das gefallen ließ, und daß dabei des Westfälischen Friedens gedacht wurde: er schließt daraus, daß der König sich aufs neue an denselben binde; wieviel würden die Franzosen darum gegeben haben, wenn sie die Weglassung dieses Wortes hätten erreichen können: durch dies Wort behalte der Kurfürst das Recht, sich der deutschen Stände anzunehmen, die von Frankreich bedrängt werden würden; auch den inneren Reichsordnungen geschehe dadurch kein Eintrag: unter anderem würde es der Abkunft nicht entgegenlaufen, wenn Friedrich Wilhelm den Kurfürsten von Trier in seinen Schutz nehme kraft des Inhalts der kurfürstlichen Vereine.

So war doch im Frieden selbst ein Keim des Krieges enthalten. Und die Franzosen gaben Anlaß, daß es bald wieder zu einem Bruche kam, indem sie sich anmaßten, ihre Winterquartiere im Reiche zu nehmen. Ludwig XIV. ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Reich in eine allgemeine Bewegung geraten würde: allein er nahm darauf keine Rücksicht. Die Folgen ließen um so weniger auf sich warten, da die Franzosen auf ihre Weise gegen die Landschaften, die ihnen nicht ohne weiteres gehorchten, Gewaltsamkeiten ausübten. Hie und da ergriff das Landvolk die

Waffen gegen sie; die bedrängten Fürsten riefen den Reichstag um Hilfe an. Und überhaupt war der Zustand für das Deutsche Reich unerträglich. Wenn die Schweden in diesem Moment den Vorschlag machten, im Reiche eine dritte Partei zu bilden, um den Frieden herzustellen, so war der Kurfürst, obwohl in gutem Vernehmen mit ihnen, doch sehr dagegen: denn gewiß sei es dabei auf einen Vorteil von Frankreich abgesehen; man müsse vielmehr Frankreich auffordern, seine Truppen von dem Boden des Reiches abzuführen: sonst werde ein Reichsstand nach dem anderen ruiniert werden. Indem der Kurfürst seiner Allianz mit Holland entsagte, hatte er sich doch das Recht vorbehalten, die Pflicht, die ihm für das Deutsche Reich obliege, zu erfüllen. Dazu kamen mancherlei Mißachtungen, die er von seiten der Franzosen bei der Erfüllung der Friedensbedingungen erfuhr. Er gewann die Überzeugung, daß er in der Lage, in die ihn die letzten Mißerfolge gebracht hatten, weder selbst bestehen, noch auch die Unabhängigkeit, die das Reich genieße, werde behaupten können. Aber die Erfahrung hatte gezeigt, daß seine Verbindung mit dem Kaiser allein, namentlich in der zwischen Krieg und Frieden zweifelhaften Haltung, welche demselben auferlegt war, nicht zum Ziele führen könne. Eine größere und stärkere Bundesgenossenschaft gehörte dazu, wenn nicht allein die Republik Holland gerettet, sondern auch die Unabhängigkeit des Reiches gesichert werden sollte.

Da geschah nun wirklich, daß eine umfassende Koalition gebildet wurde, was der Kurfürst von Anfang an gewünscht hatte. Der Impuls zu derselben entsprang noch einmal in der spanischen Monarchie, welche sich endlich dazu ermannte, sich der Sache von Holland anzunehmen. Kaiser Leopold wurde durch den spanischen Gesandten an seinem Hofe und mancherlei andere Einflüsse bewogen, in diesen Bund einzutreten und von beiden unterstützt ein zahlreiches Heer in das Feld zu stellen. Die Absicht wurde gefaßt, den Franzosen Lothringen wieder zu entreißen und den im Pyrenäischen Frieden (1659) eingeführten Zustand wiederherzustellen. Trotz der Abkunft von Vossem (1673) meinte Friedrich Wilhelm in seinem Rechte zu sein, wenn er dem beitrete. Zwischen dem um sich greifenden Frankreich, das ihn selbst gebeugt hatte, und dem gegen dasselbe verbündeten Europa in der Mitte, trug er kein Bedenken, sowie es möglich wurde, sich auf die Seite der großen Verbindung zu stellen, in der jetzt sein eigener Neffe, Prinz Wilhelm von Oranien, eine bedeutende Stellung einnahm. Der Vertrag, durch den das geschah, wurde in

Wien eingeleitet, aber in Berlin verhandelt, auf Wunsch der Generalstaaten durch deren Gesandten.

Es erschien wie eine Rückkehr zu den natürlichen Beziehungen, die sich auch persönlich freundschaftlich, fast verwandtschaftlich gestalteten, wenn die Generalstaaten das alte Subsidienverhältnis, durch das dem Kurfürsten möglich wurde, eine Armee ins Feld zu bringen, wiederherstellten; aber sie drangen darauf, daß Spanien und der Kaiser als Prinzipalpaziszenten eintraten. Spanien übernahm einen Teil der Subsidien, so daß den Spaniern und den Generalstaaten eine gewisse Kontrolle über den Bestand des kurfürstlichen Heeres zufiel. Eine volle Selbständigkeit war das, wie man sieht, noch nicht; aber weiter war es in der Situation, in der man sich befand, nicht zu bringen; und nur auf den Bestand der Militärverwaltung bezog sich der fremde Einfluß. Die Politik war doch die eigene, dem Kurfürsten in seiner Lage gebotene. Nur unter der Bedingung griff er zu den Waffen, daß ihm die drei Mächte für den Fall, daß er von irgendeiner Seite deshalb angegriffen würde, ihres Beistandes und voller Satisfaktion versicherten. In einer ganz anderen Stellung als zuvor war er nun, als er wieder zu den Waffen griff: das Mitglied einer Koalition, welche Ernst damit machte, Holland und das Reich vor den französischen Übergriffen zu sichern. Der frühere Feldzug war nur ein Vorspiel gewesen; jetzt erst begann die wirkliche Aktion.

Ein größeres Moment für die Schicksale des Reiches konnte es nicht geben; es war damals, daß die Franzosen Anstalt getroffen hatten, das Elsaß vollkommen in Besitz zu nehmen; die zehn kleineren Reichstädte waren von dem König überwältigt und eingenommen worden; und wenn es nun zu einer Vereinigung der deutschen Streitkräfte gegen Frankreich kam, so konnten dieselben nicht anders, als eine Richtung zur Wiedereroberung dieser Provinzen nehmen. Der Kurfürst mußte selbst seine Waffen dahin wenden. Vergegenwärtigen wir uns die Umstände, unter denen das geschah, die dortige Lage überhaupt.

Turenne war genötigt worden, von dem rechten Rheinufer, wo er durch einige glückliche Schläge das Elsaß zu decken suchte, auf das linke zurückzukehren: die kaiserlichen Völker und die mit ihnen vereinigten Reichstruppen unter der Führung des kaiserlichen Generals Bournonville, eines geborenen Niederländers, waren all seinen Anstrengungen zum Trotz ihm auf das rechte gefolgt. Die Stadt Straßburg war für sie, namentlich die Bürgerschaft, was denn nicht wenig dazu beitrug, die Truppen in

gutem Stande zu halten. Wenn die Franzosen sich ihnen gegenüber behaupteten, so geschah das hauptsächlich durch die überlegene Strategie des Feldherrn. Der Marschall war zweifelhaft, was die Deutschen unternehmen: ob sie sich gegen Zabern oder Hagenau oder gegen ihn selbst wenden würden. Sie hätten Hagenau angreifen müssen, einen Platz, der nicht zu verteidigen war und die Franzosen von Philippsburg abschnitt, welches dann, wie er selbst sagt, nicht hätte behauptet werden können. Turenne säumte nicht, die Besatzung von Hagenau zu verstärken; um aber für alle Fälle gerüstet zu sein, nahm er eine Stellung in der Nähe von Straßburg, in dem der Stadt gehörigen Marlenheim. Hier meinte er sich halten und nach den Umständen Zabern oder Hagenau unterstützen zu können. Mehr als eine Woche hielt er sich daselbst auf, ohne daß die deutschen Truppen eine Bewegung nach der einen oder anderen Seite gemacht hätten; sie erwarteten die Ankunft des Kurfürsten von Brandenburg, der dann sich gegen Turenne aufstellen sollte, während sie nach dem Oberelsaß zurückzögen, wo sie ihre Winterquartiere zu nehmen gedachten. An Hagenau und dessen Bedeutung scheinen sie nicht gedacht zu haben.

Am 3./13. Oktober 1674 überschritt nun der Kurfürst von Brandenburg mit einem zahlreichen, krieggeübten und wohlerhaltenen Heere den Rhein; die Verbündeten waren den Franzosen bei weitem überlegen: und wieviel lag daran, sich dieses Vorteils mit Entschiedenheit und ohne Zaudern zu bedienen: das künftige Schicksal hing davon ab. Der Kurfürst war nach der ausdrücklichen Anordnung des Kaisers für alle allgemeinen Unternehmungen der Mehrheit des Kriegsrats unterworfen; aber sein Ansehen war doch stark genug, den Entschluß hervorzurufen, einen unmittelbaren Angriff auf Turenne zu unternehmen.

Es ist wohl der Mühe wert, den Verlauf des Unternehmens mit ein paar Worten zu schildern.

In der Nacht vom 17. bis 18. Oktober setzte man sich dazu in Bewegung, zur Rechten die Kaiserlichen, zur Linken die Lüneburger und die Brandenburger; erst Infanterie und dann Reiterei. Man hatte gemeint, dem Feind in den Defileen zu begegnen; aber ohne auf ein Hindernis zu stoßen, überschritt das Heer in fünf Kolonnen die Breusch und machte sich zum Kampfe fertig. Der Kurfürst begrüßte den Feind mit den Losungsschüssen. Wenn Turenne hierauf nicht antwortete, so glaubte man, er sei nicht im Lager oder wisse nichts von der Annäherung der Deutschen. Er wußte jedoch darum; von einer Anhöhe, auf die er sich zu

Pferde begab, hatte er das deutsche Heer heranrücken sehen, aber zugleich den Entschluß gefaßt, sich nicht mit ihm zu schlagen. Was von Soest fälschlich behauptet wurde, er habe zu schlagen verweigert, ist ganz wahr von Marlenheim. Indem er damit umging, nach einer anderen, mehr gesicherten Position sich zurückzuziehen, führte auf der anderen Seite der brandenburgische Feldoberst Derfflinger eine Rekognoszierung aus, bei der er zwar die Schwierigkeit wahrnahm, die sich einem Angriff auf das französische Lager entgegensetzte; aber die Ansicht faßte, daß der Marschall zum Schlagen zu bringen sein werde, wenn man die vorliegende Höhe, den Grünberg, mit Geschütz besetze und ihn damit attackiere: er werde dann seine Position verändern müssen und in der Verwirrung, die es veranlasse, leicht geschlagen werden können. Wer will sagen, ob Derfflinger recht hatte und was dann erfolgt wäre; aber in dem Kriegsrat, den der Kurfürst auf der Stelle versammelte, wurde die Ansicht zurückgewiesen; sie wurde als die eines Unerfahrenen selbst verlacht. Denn das ist der Vorteil eines geübten und siegreichen Feldherrn, daß man ihn auch dann fürchtet, wenn es nicht nötig wäre. Über den Mitgliedern des Kriegsrats lag noch die Erinnerung von Ensisheim, wo ihre Angriffe auf Positionen, die sie nicht übersahen noch kannten, zurückgeschlagen worden waren und sie dann das Schlachtfeld nicht hatten behaupten können. Entrüstet über die Einwendungen, die man machte, ging Derfflinger mit Protest gegen die Beschlüsse von dannen. Die Meinung des Kurfürsten war: wenn die Räson die Oberhand behalte, würde man ihm folgen. Aber Bournonville beschloß, daß man Verschanzungen anlegen und den anderen Tag erwarten müsse.

In demselben Moment ordnete Turenne alles zu seinem Abzug an, der nach Untergang der Sonne angetreten und in der Nacht glücklich vollzogen wurde. Als die Verbündeten einige Tage darauf vor der Stellung, die er dann einnahm, erschienen und sie von allen Seiten durch die Saar oder Moräste oder Höhen und mit Geschütz bewahrte Schlösser und Dörfer befestigt sahen, überzeugten sie sich, daß kein Angriff mit einiger Aussicht auf Erfolg darauf zu machen sei.

Darin lag die Entscheidung des ganzen Feldzugs.

In dem Lager bei Ettweiler erhielt Turenne die Verstärkung, die ihm in der Bedrängnis, in der er sich befand, unentbehrlich war. Er war dann wieder den Verbündeten gewachsen, deren Versuche, nach Lothringen oder der freien Grafschaft vorzudringen, an seiner militärischen Übermacht scheiterten; nicht

einmal in dem Elsaß vermochten sie sich zu behaupten. Wieviel dieser Feldzug in den Verhältnissen zwischen Deutschland und Frankreich bedeutete, entnimmt man aus einem Schreiben des Marschall Turenne an Louvois selbst (vom 11. Juni 1674); er bemerkt: daß es nicht mehr darauf ankomme, Plätze zu erobern; würde man den Feind nicht aus dem Felde treiben, so würde man in große Gefahr geraten; denn der Kaiser habe jetzt weder den Zwiespalt der Religion noch Einfälle der Schweden zu fürchten: er könne zwei große Armeen ins Feld stellen; selbst der Besitz von Breisach und Philippsburg bedeute nichts gegen den Verlust des Elsasses: dann würde der Kaiser Straßburg und ganz Deutschland hinter sich haben; man würde die französischen Provinzen verteidigen müssen; der König würde sich in der denkbar schlechtesten Lage befinden. Wenn nun alles darauf ankam, diesem großen Angriff zu widerstehen, so lag es auf der Hand, daß nichts wichtiger sein konnte, als den Kaiser in Deutschland zu beschäftigen.

Unmittelbar nach dem Ereignis von Marlenheim erfuhr man, Turenne selbst erwähnt es in einem seiner Briefe mit hoher Freude, daß Schweden für Frankreich rüste. Es war besonders das Werk des französischen Gesandten Feuquières, der, indem er die inneren Parteien in Schweden durch seinen Einfluß unterstützte, den Entschluß hervorrief, Frankreich dadurch Hilfe zu leisten, daß man den norddeutschen Reichsfürsten, von denen es angegriffen werde, von Schweden her zu Leibe gehe. Ein Entschluß, den man jedoch nicht so ganz von persönlichem Einfluß und Hinneigungen ableiten darf: es liegt sehr in der Natur der Sache, daß Schweden, welches seine Stellung in Europa seiner Allianz mit Frankreich verdankte, für diese Macht in die Schranken trat, als dieselbe gefährdet wurde.

In Brandenburg glaubte man bei den damals obwaltenden freundnachbarlichen Verhältnissen nichts fürchten zu müssen; aber noch vor Ablauf des Jahres 1674 drangen die Schweden, etwa 14 000 Mann stark, zum Teil aus dem Bremischen und zum Teil aus Pommern kommend, in die Mark ein.

Der Reichsfeldherr Wrangel nahm sein Hauptquartier in Prenzlau. Er wollte seinen Einmarsch nicht als einen eigentlichen Friedensbruch angesehen wissen: denn nur darauf denke man, daß der Kurfürst seine Truppen von der gegen Frankreich operierenden Armee abfordere: würde er sich dazu verstehen, so werde man die schwedischen Mannschaften nicht allein zurück-

ziehen, sondern die von ihnen über das Land verhängten Lasten vergüten.

Was man aber auch sagen mochte, um den Einmarsch zu beschönigen, der Zusammenhang lag vor Augen: die großen Weltverhältnisse zersprengten das kaum zustande gekommene erträglich gute Vernehmen zwischen Brandenburg und Schweden. Indem Friedrich Wilhelm das Elsaß den französischen Händen zu entwinden suchte, wurde er durch die Rückwirkung Frankreichs auf die Schweden in seinem eigenen Gebiete heimgesucht. Bei der ersten Nachricht empfand er vor allem, daß er persönlich dadurch gefährdet werde. Er besorgte, seine Residenz zu verlieren, was ihn zu einem ruinierten Manne machen würde; er fürchtete für seine jungen Kinder, die sich dort aufhielten. In dem Lande selbst gab es kaum Mittel dagegen; denn was konnten die Bürgerschaften, die man allerdings unter die Waffen treten ließ, oder der Adel, den man nach seinen Ritterpferden aufbot, gegen ein Kriegsheer, wie das schwedische war, ausrichten! Wäre er selbst nach dem Lande geeilt, hätte er, wie er sich ausdrückt, eine Kavalkade dahin unternommen: so würde er vielleicht nichts Entscheidendes ausgerichtet und nur durch die erneuerten Kriegshandlungen das Land noch unglücklicher gemacht haben.

Bedachtsam und tief, wie er war, nahm er den Fehdehandschuh nicht sogleich auf. Nicht einen lokalen Krieg wollte er führen, wie er ja nur der allgemeinen Kombination halber angegriffen war; sondern die Macht der Alliierten, von denen ihn die Schweden trennen wollten, gegen sie aufbieten. Dem Kaiser schrieb er: Schweden verwüste ihm seine Kurlande und verursache ihren Ruin; er müsse fürchten, um alle Konsideration bei Freunden und Feinden zu kommen, zum Schimpf zu leben. Seine nächste Bitte geht dahin, den König von Dänemark zu befriedigen, der gegen die Schweden losbrechen werde, sofern man ihm in etwas helfe. Seine Nichte, die Königin von Dänemark, läßt er erinnern, wie treulich einmal er dem Vater derselben in seinen größten Gefahren beigestanden habe. Er ruft auch die Hilfe von Spanien an, um die Krone von Dänemark in Bruch mit Schweden zu bringen; aber das meiste erwartete er von den Generalstaaten und dem Prinzen von Oranien, denen er zu Gemüte führte, einmal, daß er nur deshalb angegriffen werde, weil er sich mit ihnen verbündet habe; und sodann, welches die Folgen sein würden, wenn man ihn ohne Hilfe lasse. Alle katholischen Mächte würden sich freuen, wenn er zugrunde gerichtet würde. „Wenn ich heute zum Sterben komme, so werden meine Kinder an den Bettelstab gebracht

Karl Gustav von Wrangel.
Nach dem Kupferstich von N. Pitau.

werden"; das Land werde mehr Schaden nehmen als im Dreißigjährigen Kriege. „Man helfe mir", sagt er in einem Schreiben vom 9. Januar an den Prinzen, „oder ich muß andere Resolutionen fassen: mein und meiner Lande Untergang zuzusehen, läuft wider mein Gewissen." Am 14. Januar läßt er die Generalstaaten wissen: würden sie ihn jetzt verlassen, so würden alle ihre Bundesgenossen abtrünnig von ihnen werden; sein Blut walle ihm auf, wenn er an seine Kurmark denke; allein die Partei zu wechseln, werde er sich darum nicht entschließen; er sei vielmehr willens, das Äußerste auszustehen, um sich an Frankreich und Schweden zu rächen: mag es gehen, wie es will. In einem Schreiben an Dohna drückt er aus, daß der Höchste ihn schon aus mancherlei Gefahr gerettet habe, und daß das auch jetzt geschehen werde.

Noch war jedoch eine politische Vorfrage zu erledigen; die Verbündeten hatten sich verpflichtet, dem Kurfürsten gegen seine Feinde zu Hilfe zu kommen. Aber man konnte zweifeln, ob dieser Fall schon eingetreten sei? Die Schweden verhüllten ihre Feindseligkeiten unter dem Schein der Mediation, zu deren Erfolge es erforderlich sei, Brandenburg zur Neutralität zu nötigen. In dieser Krisis war es nun entscheidend, daß die Provinzialstände von Holland unter dem damals im Steigen begriffenen Einfluß des Prinzen von Oranien in dem Verfahren der Schweden eine Feindseligkeit und einen offenen Bruch zu erkennen erklärten: sie faßten den Beschluß, daß der Kaiser aufgefordert werden sollte, dies auch im Reiche zur Anerkennung zu bringen. Die Invasion von Brandenburg sollte für eine Ruptur erklärt, der Reichskrieg gegen Schweden ausgesprochen werden. Man wollte zugleich Dänemark an seine alten Verträge erinnern, durch die es zur Teilnahme an dem Kriege gegen Schweden verpflichtet sei, und ihm hierbei Subsidien versprechen. Auch der Zar sollte zum Kriege gegen Schweden aufgefordert werden; vor allem die Generalstaaten zu Kriegsrüstungen auf Land und See schreiten. Nicht sogleich und unbedingt traten die übrigen Provinzen diesen Resolutionen bei; es erschreckte sie, daß sie zu großen, neuen Aufwendungen schreiten sollten, und man diese um so schwerer fühlen werde, da Spanien soeben in den Fall komme, Sizilien mit allen seinen Kräften zu verteidigen. Auf der anderen Seite aber fiel doch ins Gewicht, daß Schweden auch in kurzem gegen Lüneburg, Braunschweig und selbst gegen Dänemark auf dieselbe Weise verfahren dürfte wie gegen Brandenburg: es sprang in die Augen, daß die Erhebung der schwedischen Macht um so gefähr-

licher für die Niederlande werde, je enger es mit dem ihnen feindseligen Frankreich verbunden sei.

Aus diesen Gründen wurde der Beschluß am 13. Februar 1675 von Holland von den Generalstaaten im allgemeinen adoptiert. Noch war die schwedische Gesandtschaft mit der übernommenen Mediation beschäftigt; aber der Prinz ordnete an, daß keine Eingaben weiter angenommen würden. Es muß als eine der großen politischen Handlungen Wilhelms III. angesehen werden, daß er diesen Beschluß förderte und durchführte. Am 19. Februar konnte er dem Kurfürsten schreiben: er habe nun freie Hand, ihm seine Affektion zu zeigen; von den Generalstaaten sei die Resolution genommen worden, die Schweden feindlich anzugreifen. Um diesen Erfolg zu würdigen, muß man sich der Zustände erinnern, wie sie um das Jahr 1637 waren, als sich Holland, Schweden, Frankreich gegen das Haus Österreich-Spanien und zugleich gegen Brandenburg vereinigten.

Jetzt war Holland mit Österreich-Spanien und mit Brandenburg verbunden, und zwar nicht bloß gegen die eine oder die andere der beiden in Deutschland eingedrungenen Mächte, sondern gegen beide zugleich. Darauf aber beruhte es, daß der Kurfürst von Brandenburg, soeben erst in der äußersten Bedrängnis, eine zuversichtliche Haltung annehmen konnte. Die Entscheidung in Holland war noch nicht definitiv erfolgt, als er in Voraussicht derselben die Hoffnung faßte, die Schweden nicht allein aus seinem Gebiete zu vertreiben, sondern auch ihrer Nachbarschaft überhaupt sich zu entledigen. „Die Schweden", schreibt er am 10. Februar, „haben mir nichts mehr übrig gelassen als das Leben. Ich werde nun, solange ich lebe, mich an ihnen zu rächen suchen, bis ich ihre Nachbarschaft los werde. Der Höchste wird mir geben, daß ich an dem Untergang meiner Feinde meine Lust sehe." Nachdem nun der Bescheid definitiv gefaßt war, schwanden in ihm alle Zweifel. Er hatte dem Prinzen eine Zusammenkunft in Minden vorgeschlagen; dem war das zu fern, so daß Kleve vorgezogen wurde. Unverzüglich brach er von Schweinfurt, wo er die Winterquartiere genommen hatte, dahin auf. Denn auch in der allgemeinen Richtung gegen die schwedische Herrschaft stimmte der Prinz ihm bei. In jenem Briefe sagt er, das Dominat der Schweden werde ein baldiges Ende haben. Auf der Reise nicht bedrängt von laufenden Geschäften, hat der Kurfürst einige allgemeine Gesichtspunkte für seine politische Haltung gefaßt; sie sind nicht allzu weit ausgreifend, eben darum von um so größerer Bedeutung.

Er war entschlossen, die ihm in dem Hauptvertrage zugesagte Satisfaktion dahin auszudehnen, daß ihm, wenn nicht ganz Pommern, wenigstens Stettin und Vorpommern überlassen werde. Er kam auf seine alten Gedanken von 1646 zurück. Die Schweden sollten auch ihrer Anwartschaft auf die Neumark verlustig gehen und die Lizenten, von denen ihnen die Hälfte überlassen war, überhaupt von seinen Untertanen nicht mehr bezahlt werden. Nicht minder merkwürdig sind seine Ideen in bezug auf die innere Regierung, worüber er noch mit seinen Landständen streitig war. Die Einführung der Akzise sollte ihm von Kaiser und Reich bewilligt werden, überdies aber die geistlichen Güter in den Domstiftern, die ihm zugefallen, zu Magdeburg, Halberstadt, Minden und Kammin säkularisiert und zu Domänen gemacht werden, ähnlich den Kommenden des Johanniterordens: er wollte seine Hauptleute darauf einsetzen können. Es ist die Idee einer auf Säkularisationen innerhalb der Landschaften gegründeten Staatsverwaltung, die ihm eine finanzielle Unabhängigkeit gegeben hätte, deren er für die Stellung, die er ergriff, eben am meisten bedurfte. Vor der Hand aber konnte nicht davon die Rede sein; vor allen Dingen mußte das Verhältnis der gesamten Allianz in dem Sinne der niederländischen Beschlüsse festgesetzt werden. Der Kurfürst ging selbst nach dem Haag, voll Vertrauen in die Freundschaft und geschäftskundige Tätigkeit seines Neffen, des Prinzen von Oranien. In einer Konferenz, die am 3. Mai im Haag gehalten wurde, legte dieser dem Bevollmächtigten von Österreich und Spanien: Camprich Crana und Lyra, die nächstwichtigsten politischen Fragen vor. Nicht in allem war man einverstanden, aber darin, daß eine allgemeine Erklärung der Ruptur ausgesprochen werden sollte. Daran schloß sich am 15. Mai die weitere Erklärung, daß alle die, welche die Könige von Frankreich und von Schweden mit ihren Waffen gegen Brandenburg unterstützen würden, als offenbare Feinde der hohen Alliierten betrachtet werden sollten.

Hierdurch wurde nun eine feste Grundlage gewonnen. Denn daran konnte kein Zweifel sein, daß auch das Reich diesen Beschlüssen beitreten würde, was auch bald darauf geschah. Der Kurfürst konnte, gestützt auf eine große europäische Einigung, die Wiedereroberung seines Landes unternehmen, ein Unternehmen, zu welchem Derfflinger die brandenburgischen Regimenter, die über den Rhein zurückgekommen waren und in Schweinfurt lagerten, in Bereitschaft setzte. „Ich würde unglücklich sein", schreibt der Kurfürst einmal, „wenn ich ihn verlöre;

ich wüßte nicht, wo ich einen anderen bekommen sollte, der das Werk recht aus dem Grunde verstünde und mir an die Hand gehen könnte."

Die Winterquartiere in Franken waren der Armee sehr förderlich gewesen. In der zweiten Hälfte des Monats Mai brach sie aus allen ihren Quartieren auf. In drei verschiedenen Kolonnen bewegte sie sich nach dem Thüringer Walde, dessen Höhe zu übersteigen als ein Unternehmen von Schwierigkeit betrachtet wurde. Der Kurfürst sagte: er werde nichts versäumen, was zur Konservation der Truppen nötig sei, alles tun, um sobald wie möglich nach seinem Lande zurückzukommen, wozu ihn die einlaufenden Nachrichten auf das dringendste aufforderten. Die Schweden hatten sich eine Zeitlang mit großer Mäßigung in den Marken betragen. Wir haben darüber die Aufzeichnungen des Predigers zu Drossen, Loccelius, denn auch die Neumark hatten sie besetzt, der mit dem Obersten Wangelin in ein freundschaftliches Vernehmen trat; wäre es ihm auch befohlen, sagte dieser, die Stadt zu plündern, so würde er allemal Kirche und Schulhäuser schonen. Der Feldprediger hörte die Predigten des Pfarrers und wiederholte sie dann seinen Finnen. Die Gemahlin des Obersten, die bald nach ihm ankam, nahm ihren Platz in der Kirche neben der Frau des Pastors und bezeigte sich ebenso andächtig und freundlich.

Die Schweden hielten noch die Erklärung aufrecht, daß sie nur als Freunde gekommen seien; aber sie hatten doch kein Hehl damit, daß sie die Neumark zu behalten gedächten. Nach einer Besichtigung der Lage von Küstrin sagten sie, auch das werde bald in ihren Händen sein. Aber in kurzem kam ihre Feindseligkeit allenthalben zu wildem Ausbruch. Gewaltsamkeiten erfolgten, die an die Greuel des Dreißigjährigen Krieges erinnern. Im April wurde eine Musterung der schwedischen Regimenter bei Altendamm vor Stettin gehalten in Gegenwart französischer Bevollmächtigter, worauf sich die Truppen weit über das Land hin ergossen. Im Mai nahmen die Schweden, nachdem sie sich des Passes von Fehrbellin bemächtigt hatten, auch das Havelland ein, das als die Kornkammer der Hauptstadt betrachtet wurde. Sie besetzten Havelberg, Tremmen, Nauen, besonders zahlreich Brandenburg und Rathenow, wo wir wieder den Obersten Wangelin finden. Sie erschienen auch in der Umgegend von Berlin. Aus allen offenen Ortschaften flüchtete man nach den festen Plätzen Spandau, Küstrin und Peitz. Der Reichsfeldherr lagerte in Havelberg und machte Miene, über die Elbe zu gehen, um sich mit den Truppen

von Hannover und mit Bayern, die noch zur französischen Partei hielten, zu verbinden. Er ließ vernehmen, er werde dem Kurfürsten in Halberstadt begegnen. Indem kam dieser durch Thüringen, so rasch nur immer möglich, heran; nicht jedoch, ohne zugleich seine politischen Verhandlungen fortzusetzen. Zuweilen sah man sächsische Hofleute, die denn gut schwedisch zu sein schienen. Dagegen trafen von anderer Seite erwünschte Nachrichten aus der Ferne her ein, die besten aus Dänemark. Am 11. Juni erreichte ein ansehnlicher Teil der Truppe, vornehmlich Kavallerie, Magdeburg, das selbst nicht wenig gefährdet gewesen war.

Hier aber wurde man erst der Schwierigkeiten inne, die sich der Durchführung eines Kriegsunternehmens entgegenstellten. Ein regelmäßiger Angriff der Position auf der Havel war ohne ansehnliches Fußvolk unmöglich; den Angriff aber abzuwarten, würde dem Feind Zeit geben, sich in Gegenverfassung zu setzen. Etwa unterhalb Havelberg einen Übergang über die Elbe zu versuchen, worauf der Kurfürst ursprünglich gedacht zu haben scheint, würde das Vordringen der Feinde in die Altmark nach sich gezogen haben. Es blieb nichts übrig, als einen Handstreich gegen den am schwächsten besetzten Havelpaß Rathenow zu versuchen. Nur eine geringe Zahl geübter Mannschaften zu Fuß, kommandiert aus der ganzen Armee, war anwesend. Man traf Anstalt, sie auf Wagen, der Kavallerie zur Seite, fortzuschaffen. Die zufällig erlangte Kunde, daß die Ankunft der Truppen in Rathenow noch unbekannt sei, bestärkte in dem Vorhaben, das dann am 15. Juni ins Werk gesetzt wurde. Dem Feldmarschall, der sich mit jugendlicher List der ersten Brücke bemächtigte, gelang es jedoch nicht, die andere einzunehmen; aber indem sein Angriff die Aufmerksamkeit der Besatzung beschäftigte, näherten sich zwei andere Abteilungen, von denen die eine oberhalb, die andere unterhalb Rathenow die Havel zu passieren die Mittel gefunden hatten; beiden zugleich zu widerstehen, waren die Schweden unfähig; als erst die eine und dann die andere eindrang, waren sie verloren. An dem Wassertor standen jene Finnen, welchen wir schon begegneten: sie wurden tapfer kämpfend niedergemacht, Oberst Wangelin und mehrere andere vornehme Offiziere gefangen, auch die Gemahlin des Obersten. Man führte sie in ein Zimmer, das mit Verwundeten gefüllt war. Hier ward sie von dem Kammerherrn Buch, der an den Kriegshandlungen tätigen Anteil nahm, gefunden und nach ihrer Behausung zurückgebracht.

Soeben hatten die Schweden die Absicht gehabt, in Rathenow eine stärkere Zahl ihrer Truppen zusammenzuziehen, um von da aus über die Elbe zu gehen, als dieser Schlag sie traf; als der Kurfürst, von dem sie meinten, er sei nicht mehr am Leben, mit einer siegreichen Macht in der Mitte ihrer Position erschien. Auch Havelberg und Brandenburg waren alarmiert. Die Schweden sahen ihr Heil nur in ihrem unverweilten Rückzuge. Der Kurfürst, der ursprünglich die Meinung hegte, bei Rathenow seine Armee zu sammeln und es auf eine Schlacht in aller Form ankommen zu lassen, wurde durch die Nachricht von dem eiligen Rückzug des Feindes über Nauen nach Fehrbellin hin veranlaßt, demselben auf der Stelle nachzufolgen. Die Schanze von Fehrbellin war bereits genommen. Man riet ihm hauptsächlich, diese zu behaupten; dann werde die ganze feindliche Armee in wenigen Tagen vernichtet sein. Aber ohne Infanterie war dies doch kaum auszuführen; der Kurfürst wollte nicht hinter seinem Glücke zurückbleiben und vielleicht veranlassen, daß der verhaßte Feind ungeschlagen von dannen zöge.

Unaufhörlich von dem Prinzen von Homburg verfolgt und belästigt, entschlossen sich die Schweden endlich, an einer geeigneten Stelle bei dem Dorfe Hackenberg, ungefähr eine Stunde von Fehrbellin, sich in Schlachtordnung aufzustellen und die Brandenburger abzuwehren, während ihr Gepäck nach dem Passe, der wieder in ihren Händen war, und über denselben geschafft wurde. Die Schlacht entzündete sich, als die Brandenburger auf einer Anhöhe ihr wenig zahlreiches Feldgeschütz nur unter Bedeckung von Kavallerie und Dragonern aufstellten. Schwedische Infanterie rückte gegen die schwache Reiterei an und senkte schon die Piken, um auf sie einzudringen, als eine stärkere Schar der kurfürstlichen Reiterei gegen sie aus der Waldung hervorbrach, sie in Unordnung brachte und großenteils vernichtete. Die Schweden, denen es darauf ankam, den Paß bei Fehrbellin zu erreichen, setzten sich, nachdem sie diesen Nachteil erlitten hatten, aufs neue in Marsch. Die Kurfürstlichen folgten ihnen; zuweilen blieben sie stehen, und zuweilen machten beide Teile halt und wechselten einige Schüsse. Der Kurfürst war mit heißem Eifer immer zugegen. Bei diesen unregelmäßigen Verfolgungen ist es geschehen, daß sein Stallmeister, unmittelbar vorreitend, eine Wunde erhielt, die ihm das Leben kostete. Die Schweden erreichten Fehrbellin. Eine eigentliche Niederlage haben sie nicht erlitten; aber den Brandenburgern war eine seltene Waffentat gelungen. Einem größeren und besser zusammengesetzten Heere

hatten sie nur mit Kavallerie und nicht sehr zahlreichem Geschütz einen empfindlichen Schlag beigebracht, der doch so viel wirkte, daß die Feinde entmutigt das Land verließen.

Fehrbellin (1673) ist die erste Schlacht von Bedeutung, welche die Brandenburger allein gewannen, in gerechter Verteidigung begriffen. Der Kurfürst schreibt alles dem Willen Gottes zu, dessen Obhut er in dem gefährlichsten Augenblick, wie ein Wunder, mit Augen zu sehen geglaubt hatte.

Um so mehr hielt er an dem Entschlusse fest, sich dieser widerwärtigen Nachbarschaft völlig zu entledigen, Pommern zu erobern und dort seine Genugtuung zu nehmen. Mochte indes der Kaiser sein Glück gegen die Franzosen versuchen, „damit endlich", sagte der Kurfürst, „das Römische Reich, von der Gewalt aller fremden Völker befreit, in steter Ruhe und Sicherheit leben möge".

Es war mir vielleicht erlaubt, der Kriegshandlungen zu gedenken, welche große Direktionen ausdrückten und zuletzt auch zu großen Erfolgen führten; weiter aber dürfte ich nun nicht gehen, ich würde sonst eine militärische Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm zu schreiben unternehmen. Nur die wichtigsten Tatsachen, die seine Stellung und die des Staates bestimmt, will ich berühren. Indem er den Krieg gegen die Franzosen, der dadurch nicht wenig erleichtert wurde, daß Turenne gefallen war, den westlichen Verbündeten überließ, suchte er sich der Schweden auf immer zu erwehren und selbst in den Besitz von Pommern zu setzen. Ein Wort des Prinzen von Oranien bestärkte ihn in der Hoffnung, alles zu behalten, was er erobern werde: ein kaiserliches Hilfskorps erschien. Von größter Wichtigkeit war, daß die Dänen, welche auch Hannover auf diese Seite zogen, gemeinschaftlich mit ihm gegen die Schweden angingen. Bei der Eröffnung der wohlverwahrten Übergänge von Pommern über die Peene bei Güstrow erwarb sich der Kurfürst persönliches Verdienst. Er leitete die Rekognoszierung und den Angriff und teilte alle Beschwerden der Soldaten. Er mußte auf Stroh schlafen; die Kugeln schlugen neben ihm ein. Die Dänen eroberten Wismar, die Brandenburger Wolgast. Der Kurfürst erzählt mit Freuden: von den Granaten, die er habe werfen lassen, sei derjenige Teil des Schlosses, worin das Pulver gestanden, in Feuer gesetzt worden; mit glühenden Kugeln habe er dann den anderen in Brand gebracht; und so habe die zahlreiche Besatzung ausziehen müssen. „Man sieht", ruft er aus, „daß Gottes Hand mit uns ist."

Im Jahre 1676 kam dem Kurfürsten seine Bundesgenossen-

schaft mit den Dänen und Holländern aufs neue höchlich zustatten; sie brachten dem König von Schweden, der noch persönlich in Dänemark und Deutschland als Sieger zu erscheinen gedroht und eine stattliche Flotte ausgerüstet hatte, um seine Macht auf der Ostsee zu behaupten, eine Niederlage an dem Vorgebirge bei Öland bei, welche seine stolzen Hoffnungen zertrümmerte. Einige Korvetten, die für den Kurfürsten in Holland gemietet waren, nahmen teil an der Seeschlacht. Der Befehlshaber brachte ihm drei eroberte schwedische Flaggen in sein Feldlager. An den Küsten von Pommern leistete dies kleine Geschwader sehr gute Dienste. Die Schweden wichen vor der stattlichen Kriegsmacht, die der Kurfürst entwickelte, allenthalben zurück, und er konnte zur Belagerung von Anklam schreiten. Ein Versuch Königsmarks, dieselbe zu stören, wurde zurückgewiesen, ein Sturm unternommen, der wenigstens so viel Erfolg hatte, daß die Besatzung gleich darauf kapitulierte. Der Kurfürst hat den Sturm hinter einem Walle mitangesehen: die Kugeln sind oft über ihn weggeflogen. In Anklam zögerte er nicht, die Huldigung anzunehmen; er bestätigte der Stadt die ihr von den alten Herzögen, als deren rechtmäßigen Nachfolger er sich betrachtete, erteilten Privilegien.

Im Jahre 1677 lagen die Verhältnisse nicht mehr so günstig. Die Vorteile, welche die Franzosen auf dem Mittelmeer über die Spanier davontrugen, stimmten den Mut des Hauses Österreich und selbst der Holländer herab. Die Generalstaaten bemerkten: ihre Subsidien nur zur Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor dem Kriege gewesen war, nicht für neue Eroberungen bestimmt zu haben. Alle Verhältnisse der Allianz waren bereits zweifelhaft, als der Kurfürst zur Belagerung Stettins schritt — des Platzes, auf welchen ihm das meiste ankam. Seine Geschütze waren zahlreich und meisterhaft bedient, überhaupt hatte er ein für diese Zeiten seltenes Kriegsmaterial zusammengebracht, das die einheimischen Schriftsteller mit einer Art von staunendem Selbstgefühl darüber, daß ihr Fürst über so bedeutende Mittel verfüge, aufzählen. Noch unterstützten ihn die Dänen und die norddeutschen Verbündeten, nicht mehr die kaiserlichen. Der Kurfürst und der Kurprinz waren zugegen. Es war das größte Unternehmen, zu dem sich das Land und die Dynastie vereinigen konnten. Ein allgemeiner Buß- und Bettag war vorangegangen, um die göttliche Hilfe zu erflehen. In den Schweden, welche die Festung nach niederländischem Muster eingerichtet hatten und von der Bürgerschaft gut unterstützt wurden, fand der Kurfürst

nachhaltigen Widerstand; sie zweifelten nicht, daß sie noch zur rechten Zeit Entsatz bekommen würden. Die schwedische Führung hat bei den Kriegskundigen immer großen Beifall gefunden. Sie traf Vorkehrungen, welche in der Lehre der Verteidigung fester Plätze später zum Grundsatze erhoben worden sind. Aber der Angriff war zu gewaltig und methodisch. Von dem Kurfürsten will man bemerken, daß er einige Mittel der Belagerungskunst, welche Vauban erfunden, nicht in Anwendung brachte; wahrscheinlich, weil er sie noch nicht kannte; er war trotzdem im allgemeinen überlegen. Besonders die halben Kartaunen und Mörser, welche sich in dem niederländischen Kriege erprobt hatten, wurden mit Geschicklichkeit angewendet und brachten große Wirkung hervor; Petarden und Handgranaten kamen in Anwendung. Der Kurfürst erschien häufig auf den Batterien, selbst in Begleitung seiner Gemahlin. Er vermaß sich, er wolle die Stadt nehmen oder sich davor begraben lassen. Endlich erklärte der Kommandant, er möge sich dem Glücke, das den Kurfürsten allenthalben begleite, nicht länger in den Weg stellen. Sehr wohl sagten die Bürger: ihr pflichtmäßiges Betragen gegen die Krone Schweden mache sie erst würdig, in des tugendeifrigen Kurfürsten Huld und Schutz aufgenommen zu werden. Sie leisteten die Huldigung, von der sie nicht zweifelten, daß sie auf immer geschehe.

Hierauf blieb nur noch Stralsund und Greifswalde übrig, deren Verteidigung weniger sorgsam vorbereitet war. Besonders die Brandgeschosse des Kurfürsten brachten eine mörderische und unwiderstehliche Wirkung hervor. Es machte einen gewissen Eindruck in der Welt, daß die durch die vergebliche Wallensteinsche Belagerung berühmt gewordene Festung von Stralsund von den Brandenburgern binnen sechzehn Stunden genommen ward.

Im November waren dann die Schweden von dem pommerschen Boden allenthalben vertrieben.

Die Eroberung von Pommern war gemacht, aber bei weitem nicht gesichert.

Fünftes Kapitel.

Der Friede von St. Germain und dessen Folgen.

Ein gigantisches Unternehmen war es, zugleich Frankreich und Schweden zu bekämpfen und die von Deutschland auf beiden Seiten abgerissenen Provinzen wieder erobern zu wollen. Wenn nun aber die Brandenburger im Osten große militärische Erfolge errungen hatten, so war dagegen im Westen Ludwig XIV., und zwar eben infolge der Diversion, durch welche dieselben nach Osten hin abberufen wurden (seine Berechnung in dieser Hinsicht erwies sich sehr richtig), zum Übergewicht der Waffen gelangt. Noch ein anderes Ereignis kam ihm zustatten; eine Auflösung der großen Allianz bahnte sich an. Wenn der Bund gegen Frankreich hauptsächlich dadurch zustande gekommen war, daß Spanien den Entschluß dazu faßte, so konnte es nicht anders als eine allgemeine Rückwirkung haben, daß eine innere Revolution in Spanien ganz andere Menschen und Tendenzen an die Spitze brachte. Die verwitwete Königin, die als Regentin und Vormünderin ihres Sohnes die Geschäfte bisher verwaltete, wurde gestürzt. Sie hatte die Politik nach den Interessen des Gesamthauses Österreich-Spanien geleitet; eben dadurch aber eine nicht geringe Verstimmung in den spanischen Grandes hervorgerufen. Durch diese hauptsächlich geschah es, daß Johann d'Austria II., Sohn Philipps IV., an das Ruder des Staatsschiffes berufen wurde, zu dessen Führung der junge König Karl II. nicht fähig war. Will man den Wechsel der Politik, der hiermit eintrat, ermessen: so braucht man sich nur zu erinnern, daß die Königin-Mutter ihren Sohn mit einer Prinzessin aus der deutschen Linie des Hauses Österreich vermählen wollte, Don Johann aber ihn mit einer Dame aus dem Hause von Frankreich zu verheiraten die Absicht faßte. Mit der Erhebung des Don Johann zur leitenden Autorität in Spanien war eine sehr bewußte Abwendung von dem deutschen Österreich verbunden. Man gab dem Kaiser schuld, er vernachlässige die Interessen der Spanier, denen er doch die Kaiserkrone verdanke; wenn der Kaiser aber nur sein Augenmerk auf Deutsch-

land gerichtet habe, so sei es denn auch für sie geboten, nur für Spanien Sorge zu tragen.

Darin kündigt sich der Wechsel der Zeiten an: die beiden großen Hälften, aus denen sich die Gesamtmacht des Hauses Österreich zusammensetzte, traten in verschiedene Direktionen auseinander. In Wien wurde der Abfall der Spanier auf das bitterste empfunden, da dies nun aufhörte, die Subsidien zu zahlen, die den Krieg bisher möglich gemacht hatten.

Ein anderes, außer aller Berechnung liegendes Motiv trat in den Niederlanden hervor. Die patrizischen Magistrate, welche in den Generalstaaten dominierten, nahmen Anstoß an dem Zuwachs der Macht, der dem Prinzen von Oranien durch den Krieg zuteil wurde. Diese Rücksicht, die Veränderung in Spanien und das Vordringen König Ludwigs in unmittelbarer Nähe vermochten die Holländer, auf die Friedensbedingungen, welche Ludwig XIV. in dem Momente vorschlug, als er die Situation von Europa beherrschte, einzugehen. Eine der vornehmsten derselben war nun aber, daß die Verbündeten von Frankreich in dem Umfange ihrer Besitzungen vor dem Kriege wiederhergestellt werden sollten: eine Bedingung, welche der Ausdruck der alten, gleichsam natürlichen Verbindung war, in der Schweden und Frankreich ihre damaligen Stellungen errungen hatten. Wie sehr lief das alles den Wünschen und Erwartungen entgegen, die der Kurfürst hegte.

Seine Siege über die Schweden hatten keinen anderen Erfolg, als daß der König von Frankreich seinerseits das Übergewicht davontrug und die Verbündeten Brandenburgs dazu brachte, in die Restitution der den Schweden entrissenen Landschaften zu willigen; seine Siege hatten eine Rückwirkung, die ihren Erfolg aufhob. Noch im letzten Augenblick bot er dem Prinzen von Oranien, der damals mit König Karl II. von England verbündet war, seine unmittelbare Teilnahme an einem Feldzuge gegen Frankreich an.

Aber die Verhandlungen waren schon zu weit gediehen und zu sehr in den Händen derer, welche in dem Frieden ihren eigenen Vorteil sahen, als daß sie rückgängig hätten gemacht werden können. Gegen Ende des Jahres 1678 wurde noch ein zwischen Frankreich und Schweden vereinbarter Versuch gemacht, den Kurfürsten an seine eigene Gefahr zu erinnern. Durch einen schwedischen Einfall in Preußen, der sehr gefährlich werden konnte, da man auf die Unterstützung von Polen rechnete, sollte er zur Annahme der von Frankreich aufgestellten Friedens-

bedingungen in vollem Umfange genötigt werden. Der Kurfürst behauptet, Frankreich habe dazu die Summe von 200 000 Talern gezahlt.

Im Dezember 1678 überschritten die Schweden, von Livland kommend, die preußische Grenze. Friedrich Wilhelm entschloß sich, ihnen persönlich entgegenzugehen, in der Hoffnung, ihnen eine Feldschlacht zu liefern. Unverzüglich eilte er dahin; bespannte Schlitten beförderten das Heer im Januar 1679 über das Eis des Haffs. Die Feinde wichen überall in wilder Unordnung vor ihm aus; zurückgelassene Tote und zerstreutes Gepäck bezeichneten der Verfolgung ihren Weg. Auf einer Medaille jener Zeit sieht man den brandenburgischen Adler, aus seinem Neste aufgescheucht, auf den im Raub begriffenen nordischen Löwen stürzen. In der durch den neuen Erfolg gehobenen Stimmung war der Kurfürst nun vollends nicht geneigt, auf die französischen Bedingungen einzugehen: er bot dem Kaiser an, mit seiner Armee, weil jetzt in den Niederlanden nichts mehr auszurichten sei, an dem Oberrhein zu erscheinen, um mit ihm gemeinschaftlich die Marken des Reiches zu verteidigen.

Der Kurfürst forderte den Kaiser auf, den Krieg auch jetzt fortzusetzen: denn nun könne man die nicht mehr durch die schwedische Diversion getrennten Kräfte insgesamt gegen die Franzosen wenden, auch diese vom Boden des Reiches verjagen oder doch wieder einmal zu einem vorteilhaften Frieden nötigen, der das Reich und vor allen Dingen Straßburg sicherstellte, das sonst ohne Zweifel verlorengehen werde. Er entwarf den Plan zu einem neuen Feldzuge, an dem er selbst an der Spitze von 20 000 Mann teilnehmen wollte.

Nicht ganz ohne alle Wirkung verhallten seine Worte. Wir erfahren, daß die kaiserlichen Minister nicht geradezu widerstrebten.

Noch war Kaiser Leopold I. dem französisch-holländischen Frieden nicht beigetreten. Wenn nun das Übergewicht der Franzosen hauptsächlich daher kam, daß die brandenburgischen und nordischen Waffen anderweit beschäftigt worden waren, so ließ sich hoffen, daß ihre erneute Teilnahme an dem Kriege gegen Frankreich demselben eine andere Wendung geben würde. Der Kurfürst erklärte: nur durch die Waffen könne man zu einem guten Frieden gelangen. Es war wohl ein großer Augenblick für Brandenburg und das Reich. Der Kurfürst würde, wenn er Kaiser und Reich mit sich fortgerissen hätte, den von Ludwig XIV. begonnenen Krieg vielleicht noch zu einem für Deutschland günsti-

gen Ausgange geführt haben. Allein nach einigen Bedenken erklärte man sich in Wien dagegen.

Der Kaiser Leopold wollte sich nicht wieder in das offene Meer des Krieges wagen. Er nahm Rücksicht auf die Verbindungen Frankreichs mit der Türkei und Polen sowie auf die von dieser Macht angeregten antiösterreichischen Bewegungen in Ungarn. Kein Zweifel aber kann sein, daß es zugleich die Eifersucht auf die kommende Macht von Brandenburg war, was ihn zurückhielt. Man zog in Wien in Betracht, daß der Kurfürst, wenn er keine Besorgnis vor Schweden zu hegen brauche, auch keine Rücksicht auf Österreich nehmen werde. Und überdies regten sich die religiösen Antipathien. Damals war wieder von einer Zurückdrängung, wo nicht Vertilgung der Ketzer durch Frankreich und Österreich die Rede.

Der Gedanke ist geäußert worden, die Holländer, deren Nachgiebigkeit ihnen keineswegs Kredit oder Zuneigung verschafft hatte, dadurch für alle Zukunft in Zaum zu halten, daß man die spanischen Niederlande gegen andere dem Hause Österreich zu gewährende Entschädigung den Franzosen überlasse. Dazu kam, daß Spanien nach einigem Zögern den Frieden angenommen und ratifiziert hatte.

Vor den Augen des Herzogs von Lothringen war die Brücke zu Kehl auf der linken Seite des Rheinufers von den Franzosen verbrannt und zerstört worden. Alles Gründe, die den Kaiser vermochten, den Frieden ebenfalls anzunehmen, in demselben Augenblick, in welchem ihm Brandenburg die Hand bot, um zu einem energischen Kriege für das Deutsche Reich zu schreiten.

So verhält es sich doch schon in diesem Augenblick, daß der Kaiser zwischen dem entschiedenen Übergewicht Frankreichs und der aufstrebenden Macht von Brandenburg in der Mitte, doch lieber das erste ertragen, als die andere vergrößern und zu ihrer weiteren Verstärkung Anlaß bieten wollte: eine Politik, welche ein sehr gesetzliches und gerechtfertigtes Ansehen hatte, indem man nur auf den Frieden von Münster zurückzukommen schien. So ward die Sache auf dem Reichstage vorgestellt, wo denn die beiden nächstmächtigsten Kurfürsten Sachsen und Bayern und selbst Kurpfalz den Kaiser unterstützten, so daß der Friede vom Kaiser sowie vom Reich angenommen und im Frühjahr 1679 ratifiziert wurde. Es leuchtet ein, was dies in sich schloß.

Der Westfälische Friede hätte insofern, als er die beiden Nachbarn in das Reich einführte, notwendig vernichtet werden müssen, wenn dies jemals zu seinem alten Bestand und Ansehen ge-

langen sollte. So verlangte Brandenburg; aber seine Anträge fanden kein Gehör.

Die Idee des Kurfürsten Friedrich Wilhelm war, die beiden fremden Mächte von dem Boden des Reiches zu verjagen, was ihm mit der einen fast gelungen war und wozu er sich gegen die andere anschickte; aber Kaiser und Reich erkannten den Zustand, wie er im Drange der universalhistorischen Kämpfe im Jahre 1648 durchgesetzt war, nunmehr aufs neue an, und zwar im Gegensatz gegen Brandenburg, das ihnen durch die Erwerbung Pommerns zu mächtig geworden und durch den erneuten Kampf nach der anderen Seite noch mehr emporgekommen wäre; nicht sowohl in der bisherigen Machtgestaltung, als vielmehr in der Idee, dieses große Anliegen durchzuführen, lag die Zukunft von Brandenburg.

Der Kurfürst hat oft gesagt: nicht der Krieg, sondern der Frieden habe ihn ruiniert. Wenn nun aber die Frage war, ob er denselben auch seinerseits annehmen solle, so ergab sich aus der Lage der Verhältnisse, daß dies nicht zu vermeiden sein werde. In einem Gutachten des Fürsten von Anhalt heißt es: Frankreich habe nun einmal erklärt, die Waffen nicht niederlegen zu wollen, bis Schweden Satisfaktion erlangt habe; nachdem nun der Frieden ratifiziert worden, dürfe sich der Kurfürst auf keinerlei Assistenz Rechnung machen; zum Nachteil Brandenburgs habe sich auch das Haus Lüneburg dem Frieden gefügt, Münster werde dem Beispiel folgen; den Kurfürsten von Bayern, Sachsen und Pfalz sei es lieber, wenn Pommern wieder in die Hände der Schweden falle; für die Erhaltung der Armee sei der Kurfürst fortan auf seine Landschaften angewiesen: diese aber nicht allein nicht imstande, das Erforderliche zu leisten, sondern selbst in großer Gefahr: man werde einen Teil derselben seinen Nachbarn versprechen, ihn von Schweden und Polen her angreifen lassen; leicht könne eine Flotte etwa im Putziger Winkel landen.

Der Frieden erschien dergestalt auch für Brandenburg als eine unabweisliche Notwendigkeit: selbst eine Ermäßigung der auferlegten Bedingungen ließ sich nicht erwarten, es sei denn, daß der König selbst, mit dem man im Kriege war, sie bewilligte. Schon hatte man mit Frankreich angeknüpft. Meinders, der in dieser Absicht nach Paris geschickt worden war, gab wenig Hoffnung, daß sich etwas erreichen lasse. „Der König", sagt er, „beharre auf seinen Friedensbedingungen; weder von auswärtigen noch von inneren Feinden habe derselbe das mindeste zu fürchten; es sei ein Ehrenpunkt für ihn, die einmal ausgesprochenen Bedingungen durchzusetzen: die Absicht sei gefaßt, bei längerem

Widerstreben eine Flotte nach der Ostsee auslaufen zu lassen, in Westfalen vorzurücken und selbst über die Elbe zu gehen: wolle der Kurfürst veranlassen, daß Frankreich in das Innere des Reiches vordringe; welcher Friede sei dann zu erwarten?" Ein Kontrast merkwürdiger Art, der für die Zustände selbst aus den beiden Gutachten hervorgeht. Frankreich braucht nur zu wollen, so ist Brandenburg ohne Rettung verloren; denn es ist ohne mächtige Alliierte und viel zu schwach, um sich zu verteidigen; nur durch Verhandlungen mit Frankreich kann es noch hoffen, etwas zu erlangen.

Der Kurfürst hielt für ratsam, Meinders unverzüglich nochmals an den französischen Hof zu schicken. Was ihn vornehmlich dazu bestimmte, war die Nachricht, daß zwischen Schweden und Frankreich eine neue Vereinbarung bevorstehe, von der er mit Recht fürchtete, auf das widrigste betroffen zu werden. Wenn Meinders vor seiner Abreise noch mit Schwerin Rücksprache zu nehmen beabsichtigte, so mißbilligte das der Fürst; denn so viel Zeit habe man nicht; keine Stunde sei zu verlieren: vielleicht lasse sich noch durch unmittelbare Verhandlung eine Ermäßigung der Bedingungen erlangen. Er wies Meinders an, Freundschaft anzutragen und zugleich die Zurückgabe von schwedischen Landschaften in verschiedenen Gradationen anzubieten: noch hoffte er Stettin für sich zu retten. Er meinte, durch seine Haltung an der Weser in Verbindung mit Dänemark den Franzosen zu imponieren und ein Gewicht zu seinen Gunsten in die Waagschale zu werfen. Meinders wurde in Paris mit großer Höflichkeit aufgenommen. Jederman sprach Bewunderung für den Fürsten aus, der im Kriege unter allen Potentaten der Welt die größten Erfolge davongetragen habe. Nicht ganz vergeblich blieben die Unterhandlungen, die er einleitete: so viel erreichte er, daß in Frankreich die Wiedererwerbung des im Jahre 1653 dem Kurfürsten abgerungenen Landstriches über der Oder versprochen wurde. Indem der König die Prätensionen der Schweden auf die durch den Münsterschen und den Kopenhagener Frieden gemachten Erwerbungen im allgemeinen in Schutz nahm, hielt er doch für erlaubt — denn auch den Gegner wollte er verpflichten —, diesem eine oder die andere Gebietsstrecke vorzubehalten. Dem Kurfürsten kam zustatten, daß Pomponne, der Minister, der die Unterhandlung pflog, früher Gesandter in Stockholm gewesen war und an der Ungerechtigkeit, mit welcher die Schweden einen Strich Landes an dem rechten Oderufer über die Bestimmungen des Friedens hinaus sich zueigneten, Anstoß genommen hatte. Indem

nun der König als einen Preis des Friedens dies kleine Gebiet mit einer sehr mäßigen Geldentschädigung anbot, blieb er gleichwohl dabei stehen, daß Stettin zurückgegeben werden müsse. Zugleich rückten die Franzosen nach Ablauf eines kurzen Stillstandes in den klevisch-märkischen Landschaften vor. Am 19. Juni 1679 besetzten sie Bielefeld. Der Kurfürst geriet in die schwerste Bedrängnis: er hing mit seinem ganzen Herzen an Stettin, das er noch immer nicht aufzugeben dachte; aber auch die geheimen Räte, die ihn umgaben, waren der Meinung, daß er unter den obwaltenden Zuständen nicht daran festhalten dürfe. Gedenken wir der Gründe, die sie dafür anführen, obgleich sie nur eine Erweiterung der schon früher beigebrachten sind. Man legt dabei auf die Behauptung von Stettin allen den Wert, der diesem Platz zukam: wegen des Handels und der Schiffahrt nicht allein, sondern auch wegen der Sicherheit, die der Mark Brandenburg dadurch zuteil werde; aber man fügte hinzu: Frankreich sei zu stark, als daß man seinen Anforderungen widerstreben könne; von allen Nachbarn Brandenburgs werde jetzt die Freundschaft des Königs gesucht, so daß sogar der Administrator von Magdeburg wieder gefährlich werden dürfte; in Westfalen werde der Feind täglich stärker. Zögere der Kurfürst noch länger, so werde er einen schlechten Frieden schließen müssen; jetzt biete man ihm noch ein nicht übel gelegenes Stück Land und überdies eine Summe Geldes an: dies müsse man um so mehr annehmen, da die Fortsetzung des Krieges durch den inneren Zustand der kurfürstlichen Landschaften unmöglich würde. An vielen Orten seien die Untertanen so verarmt, daß sie die Kontributionen nicht aufbringen können; wenn aber die monatliche Quote nicht mehr gezahlt werde, so sei eine Empörung der Regimenter zu befürchten. Von fremder Seite könne man keine Beihilfe erwarten, und Kredit habe man nicht; kaum sei man imstande, die Kosten des Hofhalts und der auswärtigen Missionen zu bestreiten: soviel auch immer an Stettin liege, dürfe man doch um dessentwillen nicht den ganzen Staat in Gefahr setzen.

Endlich fügte sich der Kurfürst in das Unvermeidliche, doch geschah es nicht ohne inneren Kampf. Er litt damals an der Gicht; „die Krankheit", sagt Schwerin, „und die öffentlichen Angelegenheiten erwecken seinen Mißmut; es ist zum Erbarmen, ihn zu sehen, wenn er von Stettin redet". Den schmerzlichsten Eindruck auf ihn machte das Vorrücken der Franzosen gegen Minden, das er eigentlich nicht mehr erwartete; denn schon war ihm Hoffnung gemacht worden, daß eine Zessation der Feindseligkeiten von

Graf Otto Wilhelm von Königsmarck,
Schwedischer Befehlshaber in Pommern. Aus dem Hohenzollern-Jahrbuch.

Plan der Belagerung von Stettin 1677, von Osten aufgenommen.

Versailles aus angeordnet werden sollte, sobald man des Friedens sicher sei. Er war der Meinung, durch seine Instruktion an Meinders sei derselbe bevollmächtigt, auf alles einzugehen, was der König verlange. Wörtlich verhielt sich das nicht so, aber es geschah in diesem Augenblick. Seinem General Sparr befahl er, den Marschall Crequi wissen zu lassen, er habe sich ganz dem Edelmut des Königs anvertraut und sich bereit erklärt, die Bedingungen anzunehmen, die der König angemessen und billig finde.

Eine ausdrückliche Weisung an Meinders in diesem Sinne findet sich nicht; aber man sandte ihm das Schreiben an Sparr zu, was eine solche doch eigentlich enthielt. Auch alles andere, was vom Berliner Hofe an Meinders gelangte, atmete diesen Geist: denn man sehe, wie es in einem Briefe an ihn heißt, daß der Kaiser nichts für den Kurfürsten tun werde; von Spanien, England und den Generalstaaten dürfe man das ebensowenig erwarten, noch weniger von den benachbarten deutschen Fürsten; und schon seien Kriegsunternehmungen nach einer anderen Seite hin im Werke: der König von Polen, der römische Papst und zugleich der russische Zar dringen in den Kaiser, den Krieg gegen die Türken zu unternehmen.

Während sich die Stimmung in Berlin entwickelte, geriet Meinders in Versailles mit seiner Unterhandlung sehr ins Gedränge. Pomponne erklärte ihm, der König wolle und müsse aus der Sache kommen: der Traktat müsse entweder geschlossen oder die Verhandlung abgebrochen werden. Dazu drängten die Schweden, welche lieber gesehen hätten, daß es zum Bruch gekommen wäre. Mit Mühe erlangte Meinders die Erlaubnis, noch die nächste Post abzuwarten. Diese brachte ihm das erwähnte Schreiben und ein anderes von gleichem Inhalt an Blaspeil, in welchem Meinders die Ermächtigung sah, auf die von den Franzosen gemachten Vorschläge abzuschließen.

Formell war diese Ermächtigung nicht erteilt; es gehörte ein Entschluß dazu, sie als solche zu betrachten. Meinders faßte ihn im entscheidenden Augenblick; es war den 29. Juni vormittags. Der Kurier war schon fertig, um dem Marschall Crequi den Befehl wegen der Zessation oder der Fortsetzung der Kriegsoperationen zu überbringen, als man in erneuerten Beratungen so weit gekommen war, daß der Traktat als angenommen betrachtet werden konnte. Meinders motiviert seine Unterzeichnung mit der Bemerkung, daß der König sonst seine Vorschläge zurückgenommen haben würde; Minden ohne Zweifel, Magdeburg wahrscheinlich verloren gewesen wären: nur durch den Frieden entziehe

man der Krone Schwedens, die mit einem abermaligen Einfall in Preußen umgehe, die Subsidien, von denen sie lebe.

Wenn Meinders andeutet, daß der Kurfürst ja noch immer seine Ratifikation verweigern könne, wofern ihm das besser erscheine, so konnte doch davon nicht ernstlich die Rede sein. Jedermann war zufrieden, daß man dem drohenden Ruin entgehe. Der Bevollmächtigte in Nimwegen, Blaspeil, schrieb sofort zurück: er freue sich von ganzem Herzen, daß man den Frieden habe; man hätte sonst Wesel an die Franzosen überlassen müssen; „jetzt ist es eine abgemachte Sache; man kann nur daran denken, zu ratifizieren". Davon war nun auch der Kurfürst überzeugt. Die Ratifikation erfolgte unverzüglich. Nicht genug aber hieran, die ganze Politik nahm eine andere Wendung.

Der Unmut, den der Fürst und seine Umgebung empfand, galt nicht mehr dem König, vor dem man sich beugen mußte; er wandte sich gegen die eigenen Verbündeten, deren Abfall hierzu nötigte. „Der sei unglücklich", sagte man, „der seine Kräfte für das Wohl des Vaterlandes anstrenge." Als der Kurfürst zugunsten des Reiches nach dem Elsaß rückte, in der Meinung, der Krone Schweden sicher zu sein, sei er dort durch die Kaiserlichen in seinen Unternehmungen gehindert; hier aber von den Schweden in seinem Lande angegriffen worden. Wohl habe man nun Schweden zum Feind des Reiches erklärt, aber nichts für den Kurfürsten getan. Der Kaiser habe den versprochenen Sukkurs anfangs nicht zur Hälfte, später gar nicht gesendet; von Braunschweig und Münster seien nur gegen große Kosten Auxiliartruppen zu erlangen gewesen, auf einem Kreistage in Leipzig habe man keinen Bogen Papier daran wenden wollen, um einen Brief zugunsten des Kurfürsten zu schreiben; mit Gottes Hilfe habe derselbe dennoch durch unvergleichlichen Heldenmut und Handlungen, die die Nachwelt kaum glauben werde, die Schweden nach ihrem Vaterlande zurückgewiesen. Als er nun aber die Kräfte des Reiches gegen Frankreich habe wenden wollen, um einen sicheren und ehrenvollen Frieden zu suchen, so habe er erfahren müssen, daß gegen alle Zusagen wetteifernd im Namen des Reiches ein unsicherer, schimpflicher und schädlicher Friede geschlossen worden sei. Aber noch mehr: man habe ihn der französischen Macht allein exponiert und ihm alle durch die Konstitution des Reiches gewährten Rettungsmittel abgeschnitten, und zwar unter öffentlicher Autorität.

Und nicht besser stand man in bezug auf die europäischen Verhältnisse. Was auch dagegen gesagt werden mag: unleugbar ist es

doch, daß der Kurfürst zur Rettung der Republik der Niederlande, zur Begründung der Koalition gegen die französischen Übergriffe im Reiche mit energischem Entschlusse fast das meiste beigetragen; dagegen aber in seinem vornehmsten Anliegen, das zugleich die Verbündeten so nahe berührte, von ihnen verlassen worden war.

Wenn man den bitteren Gefühlen, die auch in den Nachlebenden sich regen, nicht unbedingt Raum gibt und die Lage der übrigen Potenzen in Betracht zieht: so muß man gestehen, daß es bei dem Gange der Dinge und den eingewohnten politischen Anschauungen nicht wohl anders sein konnte. Denn das Vorhaben des Kurfürsten lief dem Westfälischen Frieden entgegen, in dessen Bestimmungen man sich bereits eingelebt hatte und auf denen der damalige Zustand nun einmal beruhte. Frankreich durfte Schweden nicht fallen lassen, ohne seine eigene Stellung in ihrer Grundlage zu gefährden.

Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte sehr recht, dawider anzugehen; aber ob er etwas gegen Frankreich ausgerichtet haben würde, selbst in Verbindung mit dem Kaiser, nachdem Spanien und Holland zurückgetreten waren, ist doch bei den herrschenden Stimmungen sehr zweifelhaft. Gewiß hätte ein viel besseres Einverständnis mit dem Kaiser und dem Reiche dazu gehört, als sich erreichen ließ. Friedrich Wilhelm behauptet, der Kaiser sei von den vier angesehensten Kurfürsten gedrängt worden, den Frieden auf die für Brandenburg so höchst ungünstigen Bedingungen anzunehmen.

Er war — wir werden dessen noch weiter gedenken — von aufwallendem Selbstgefühl. Wenn man einem von den brandenburgischen Fürsten den Beinamen Achilles geben wollte[1], so würde sich Friedrich Wilhelm mit dem Heros der Mythe, dessen zornige Entrüstung den Gegenstand der homerischen Dichtung bildet, besser vergleichen lassen als sein Vorfahr Albrecht. Sein Gemüt wandte sich ab von den Verbündeten und Genossen, denen er zugehörte. Um keinen Preis durfte er zulassen, daß der König von Frankreich sich mit seinen Nachbarn, worauf diese drangen, zu seinem Nachteil verbunden hätte. In der Besorgnis, in der Mitte seiner feindseligen Nachbarn alles Ansehen zu verlieren, von Widerwillen gegen sie erfüllt und voll Haß gegen den Kaiser, trat er in noch engere Verbindung mit dem bisherigen Gegner. Eine solche ist im Oktober 1679 geschlossen worden, aber bis in unsere Tage mit dem tiefsten Geheimnis bedeckt geblieben. Als

[1] Vgl. Seite 144.

sie bekannt wurde, konnte sie nicht verfehlen, das größte Erstaunen zu erregen; denn der Große Kurfürst ist darin so weit gegangen, dem König von Frankreich oder dem Dauphin seine Mitwirkung zur Erlangung der deutschen Kaiserwürde zu versprechen: sollte das nicht möglich sein, so würde man sich über einen anderen Fürsten, für den sie erworben werden könne, verständigen.

Stand das nicht im schneidendsten Widerspruch mit dem, was er bisher immer versichert und mit lebhaftem Nachdruck ausgesprochen hatte? Aber so weit führte ihn beides: sein Unwille und die Politik des Augenblicks. Die Sache verhält sich folgendergestalt. Meinders, der nach dem geschlossenen Frieden in Paris geblieben war mit dem Auftrag, eine Verbindung mit König Ludwig XIV. zu schließen, führte diese Unterhandlung eine Zeitlang, ohne des Erfolges sicher zu sein. Endlich Anfang Oktober schickte ihm Pomponne den ersten Beamten des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, um ihm zu sagen, der König werde von allen Seiten mit Anträgen auf Verbindungen angegangen, die ihm jedoch nicht anständig seien: am liebsten würde er sich mit dem Kurfürsten von Brandenburg verbinden, wenn dieser auf die Bedingungen, die man ihm vorschlage, eingehe. Meinders nennt unter den Mitbewerbern um eine engere Verbindung zugleich mit den Generalstaaten Sachsen, Celle, Schweden, die damals alle als Gegner des Kurfürsten galten. In ihrer Allianz mit Frankreich sah Meinders den bevorstehenden Ruin seines Fürsten. Die französischen Bevollmächtigten versicherten ihm nun, daß es dem Könige nur darauf ankomme, den Frieden zu erhalten, um dessen Früchte zu genießen. Wenn sich der Kurfürst mit ihm in der gleichen Intention verbinde, so könne man überzeugt sein, daß niemand wagen werde, die öffentliche Ruhe zu stören. Der König werde dann auch den Kurfürsten, falls ihm ein Angriff drohe, mit aller Macht unterstützen. In der damaligen Lage der Dinge hatte dies Versprechen den höchsten Wert für den Kurfürsten, zumal da die Franzosen sich nach einigem Weigern verstanden, ihm Subsidien zu zahlen, wenngleich dieselben im Anfang nicht sehr stark sein würden. Meinders machte ihn aufmerksam, daß diese Zusagen für einen Staat und sein Interesse überaus vorteilhaft seien; und dagegen habe nun der Kurfürst nichts weiter zu versprechen als seine Mitwirkung bei einer künftigen Kaiserwahl.

Da sich das auf eine Eventualität bezog, die in weiter Ferne stand: denn der Kaiser Leopold, der dem König Platz machen

sollte, war sogar noch jünger als dieser, so schlug Meinders das Versprechen nicht eben hoch an; er bemerkte ausdrücklich: es sei von zweifelhafter Natur, Veränderungen unterworfen und von künftigen Konjunkturen abhängig.

Man dürfte sich beinahe verwundern, daß die Franzosen bei der einleuchtenden Zweifelhaftigkeit des ihnen gegebenen Versprechens so großen Wert darauf legten, um andere ihnen förderlich gewordene Verbindungen darüber aufzugeben; aber die Zusage des Kurfürsten hatte noch eine andere, man möchte sagen, negative Seite: der Kern seines Versprechens lag darin, daß er sich der Wahl des jungen Erzherzogs, des älteren Sohnes Kaiser Leopolds, zum römischen Könige widersetzen wolle; er versprach, nicht zuzugeben, daß für die Einleitung derselben eine vorläufige Zusammenkunft der Kurfürsten, wie doch erforderlich sei, zustande komme: und in jedem Falle sich zu weigern, über die Wahl eines Kindes in Deliberation einzutreten. Sollte es doch dazu kommen, so würden die obigen Zusagen zugunsten des Königs von Frankreich oder eines von demselben gebilligten Kandidaten statthaben. Das Wesentliche und Unmittelbare ist der Widerspruch gegen eine erneuerte Übertragung der höchsten Gewalt im Reiche an einen Prinzen aus dem Hause Österreich. Darin vereinigten sich die Interessen von Frankreich und von Brandenburg in diesem Augenblick. Sehr auffallender Weise ist des Vertrages bei den folgenden Verhandlungen keine Erwähnung geschehen. Ezechiel Spanheim, welcher seit 1681 als brandenburgischer Gesandter in Paris fungierte, hat im ganzen Verlaufe seiner Verhandlungen während der Lebzeiten des Großen Kurfürsten keine Kenntnis davon gehabt; erst bei dem Eintritt der folgenden Regierung im Jahre 1688 hat der französische Minister ihn in Erinnerung gebracht, nicht jedoch in bezug auf die dem Hause Bourbon gemachten Aussichten, sondern in bezug auf den gegen die Wahl eines Erzherzogs zum römischen Könige versprochenen Widerstand.

Einst hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm die Wahl des Kaisers Leopold auf das kräftigste befördert; er hielt sie für sein Werk. Jetzt war er, beleidigt und mißhandelt, wie er sich fühlte, zu dem Entschluß gekommen, das gerade Gegenteil von dem zu tun, was er zwanzig Jahre früher getan hatte: das Haus Österreich bei einer künftigen Kaiserwahl auszuschließen. Die eventuelle Verpflichtung zugunsten Frankreichs scheint auch den wirksamsten Geheimen Räten in Berlin unbekannt geblieben zu sein. Im Gegenteil: diese versichern in ihren gutachtlichen Äußerungen, daß

Brandenburg dem König zu nichts verpflichtet sei, als den Frieden zu halten.

In dringenden Momenten, wo man des Königs bedurfte, wurden ihm so große Anerbietungen gemacht, daß man darüber erstaunt: das der Krone jedoch nicht.

Von größter Bedeutung war auch ohnedies der Vertrag zwischen dem König und dem Kurfürsten, in welchem sie versprachen, zur Behauptung der ihnen durch den Frieden von Münster und Nimwegen zugesprochenen Rechte und Besitztümer einander gegenseitig beizustehen. Auch für die Friedensschlüsse von Oliva und Bromberg trat der König zugunsten des Kurfürsten ein. Er will nicht zulassen, daß derselbe wegen des im letzten Kriege Geschehenen irgend jemand zur Schadloshaltung verpflichtet werde. Und gewiß ist, daß der Kurfürst durch diesen raschen Umschlag seiner Politik wieder zu einer festen Stellung gelangte inmitten der Verbündeten, die ihn verlassen hatten, und der Feinde, die sich an ihm zu rächen suchten. Er sagte seinen Vertrauten: „Nicht der König von Frankreich habe ihn zum Frieden genötigt, sondern der Kaiser, das Reich und seine Verbündeten.“ „Sie werden aber“, fügte er hinzu, „dafür büßen müssen; sie haben es aus Eifersucht gegen mich getan; der König von Frankreich wird sie dafür strafen.“

Von vornherein war nun freilich die Frage, ob der Kurfürst nicht auch selbst davon betroffen werden müsse. Die Ansprüche der Franzosen nahmen sogleich eine für die Gesamtheit des Reiches sehr gefährliche und weitaussehende Richtung.

Bei dem Frieden von Nimwegen hatte man keineswegs alle Streitigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland beseitigt, namentlich diejenigen nicht, die aus den unbestimmten Ausdrücken des Friedens von Münster, denen man verschiedene Auslegungen gab, entsprangen. Bei den Verhandlungen in Nimwegen lagen die Dinge nicht so, daß man den Streit zugunsten der deutschen Auffassung zu entscheiden hätte hoffen dürfen. Man versäumte dort, die erforderlichen Festsetzungen zu treffen, was denn die Franzosen veranlaßte, ihrerseits bei ihrer Auslegung zu verharren. Hatten sie das getan, als das gesamte Deutschland ihnen gegenüberstand: wieviel leichter wurde es ihnen jetzt, da die größeren Mächte in voller Entzweiung miteinander waren. Insofern war es für die Franzosen von unendlicher Wichtigkeit, Brandenburg für sich zu gewinnen. Mehr als an dem Kaisertum lag ihnen an der Durchführung jener unbestimmten Rechte, die sie aus dem Westfälischen Frieden herleiteten und nunmehr in

vollem Umfange zur Geltung zu bringen unternahmen. Der Kurfürst war durch seinen geheimen Vertrag vielleicht gerettet und gewiß gesichert; aber zugleich in die allerschwierigste Lage geraten. Die täglich wachsenden Übergriffe Ludwigs XIV. erweckten im Jahre 1680 in England und Holland den Gedanken einer Defensiv-Allianz gegen denselben, zu der Dänemark und Brandenburg gezogen werden sollten.

Der Prinz von Oranien, damals im besten Verständnis mit König Karl II. und wieder mehr in Ansehen bei den Generalstaaten, war einer der vornehmsten Urheber des Planes.

Im Februar 1680 fand sich Karl II. bewogen, einen außerordentlichen Gesandten, Robert Southwell, nach Berlin zu schicken, um eine Vereinbarung für die gemeinschaftliche Sicherheit anzubahnen. Der Kurfürst nahm ihn gut auf; bei der Tafel hat er wohl selbst die Gesundheit Karls II. ausgebracht. Doch fiel es dem Gesandten auf, daß er in seinen Gesprächen, die alle Dinge der Welt berührten, es vermied, Frankreichs zu gedenken. Sobald die Rede auf den letzten Krieg kam, so erging er sich in heftigen Ergüssen gegen die Treulosigkeit, die er von seinen Verbündeten erfahren habe; von jenem Antrag wollte er nichts hören. Wenn nun Southwell mit seinen Eröffnungen an den Geheimschreiber Fuchs gewiesen wurde, so wiederholte dieser die Klage seines Herrn; er sagte wohl: „Es sei nicht viel weniger als ein Wunder, daß derselbe in dem Besitz seines Landes geblieben sei"; und brachte dann das Gespräch auf die Macht von England, durch deren Einwirkung allein ein Gleichgewicht in Europa erhalten werden könne. „Aber, Herr", fügte er hinzu, „was uns betrifft, so sind wir für England zu entlegen; und wir müssen zuerst auf Allianzen in unmittelbarer Nachbarschaft denken." Vornehmlich dahin ging der Vorschlag, daß Kaiser und Reich eine Armee an den Grenzen aufstellen sollten, um sie gegen Frankreich zu schützen. Friedrich Wilhelm antwortete: „Dazu sei Zeit gewesen, als er mit seinem schlagfertigen Heere im Felde gestanden habe und Frankreich schwächer gewesen sei; jetzt aber halte dies eine Armee von 100 000 Mann in Bereitschaft, während man diesseits entwaffnet habe." Seine Stimmung verrät einen tiefen Widerspruch mit seiner Lage. Er hatte den vollkommensten Begriff davon, was die Übermacht Frankreichs über Deutschland bedeute. Ein älteres Wort: daß nämlich der König Ludwig die Bastille nach Deutschland verpflanzen wolle, hat er auch damals wiederholt. Der Gesandte hielt sich versichert, daß der Kurfürst noch kein eigentliches Bündnis mit Frankreich habe; aber auch nicht geneigt sei,

in eine Verbindung gegen dies Reich zu treten, die keine besseren Folgen haben konnte als die frühere. „Er ist", sagt Southwell, „darin unerschütterlich wie ein Fels."

Gerade im Gegensatz mit den von Southwell gemachten Anträgen schloß der Kurfürst im Januar 1681 eine Defensiv-Allianz mit Frankreich. Er erkannte nochmals die Festsetzung des Nimweger Friedens zugunsten Frankreichs an. Wenn ihn aber Ludwig XIV. gegen die Nachteile sicherzustellen versprach, die für ihn aus demselben entsprungen seien, so lag darin an sich ein Widerspruch; denn der größte Vorteil Frankreichs, die Herstellung Schwedens, enthielt eben den größten Nachteil für Brandenburg. Aber so meinte man das auch nicht; man wollte nur die Dinge auf dem Standpunkt festhalten, den sie erreicht hatten. Die vornehmste Absicht war, Verbindungen entgegenzutreten, wie eine solche eben von Holland und England vorgeschlagen worden war, und den nach so langem Kampf geschlossenen Frieden aufrechtzuerhalten. Dem Kurfürsten wurde Förderung seiner besonderen Interessen zugesagt, unter anderem die eventuelle Sukzession in den oranischen Landen, da der Prinz von Oranien wahrscheinlich einmal kinderlos sterben würde. Nun aber erst wurde der Kurfürst inne, welch einen gefährlichen Bundesgenossen er an Ludwig XIV. hatte. Nicht allein schritt dieser Fürst, unter dem Vorwand, den Frieden auszuführen, in der Einziehung der Dependenzen der ihm abgetretenen Bistümer und Herrschaften in immer größeren Dimensionen und immer rücksichtsloser fort; erfüllt von der Absicht, seinem Reiche das militärische Übergewicht in dem mittleren Europa zu sichern, bediente er sich eines günstigen Augenblicks, um sich in den Besitz von Straßburg zu setzen, wofür er auch nicht den Schein eines Rechtes in Anspruch nehmen konnte.

Es gelang ihm ohne Mühe: denn, nachdem man versäumt hatte, in der Zeit, wo es noch möglich gewesen wäre, seinen Gewaltschritten ein Ziel zu setzen, und darüber unter denen, die ihm gegenüberstanden, ein heftiger Zwiespalt ausgebrochen war, gab es niemand, der ihm hätte widerstehen können.

Das europäische Gleichgewicht existierte nicht mehr[1]. In den Jahren 1681, 1682 machte man in den Vereinigten Niederlanden den Versuch, ein solches herzustellen. Der Ratspensionarius Fagel bemerkte: „Da Frankreich so vieles tue, was gegen die Friedensschlüsse und alles Recht laufe, so dürfe man sich nicht darauf

[1] Hier setzt Rankes Aufsatz über „Die Großen Mächte" ein: vgl. daher für die allgemeine Entwicklung Europas Päpste II, 452 ff.

einlassen, neue Verträge mit dieser Macht zu schließen, sondern müsse eine allgemeine europäische Verbindung zustande bringen, um ferneren Gewaltschritten entgegentreten zu können." Dies ist der Gedanke der Assoziation, die im Oktober 1681 zunächst zwischen Schweden und den Niederlanden geschlossen wurde und welcher der Kaiser und eine Anzahl deutscher Fürsten mit Freuden beitraten. Vor allem suchte man dann auch den streitbaren Kurfürsten von Brandenburg herbeizuziehen, der wohl auch von Zeit zu Zeit eine Hinneigung dazu zu erkennen gab. Eine vorläufige Bedingung wäre gewesen, über die aus dem vorigen Kriege rückständigen Subsidien von Holland sowohl als auch von Spanien einen Austrag zu treffen. Die Erörterungen hierüber erfüllen die gesandtschaftlichen Berichte mit widerwärtigen Details. Doch waren sie ernstlich gemeint. Denn auch der Kurfürst war durch die Gewaltschritte seines Verbündeten tief betroffen. Er hat sich über den Verlust des „herrlichen Propugnaculum" des Deutschen Reiches, der Stadt Straßburg, nie ohne herben Schmerz ausgedrückt. Über seine Äußerungen, die man am französischen Hofe wieder erfuhr, hat er sich daselbst zuweilen entschuldigen müssen; aber der Assoziation beizutreten, konnte er sich doch nicht entschließen; er urteilte, daß sie dem König von Frankreich gegenüber viel zu schwach sei; und da England ihr nicht angehöre, so falle die Seemacht von Holland nicht viel ins Gewicht.

Überdies aber: wie hätte er nicht Anstoß daran nehmen sollen, daß die Schweden, in welchen er seine vornehmsten Gegner sah, in der Assoziation eine große Rolle spielten.

Die Verlegenheiten, die aus dieser Situation nach allen Seiten hin entsprangen, läßt ein Gutachten von Paul Fuchs aus dem Jahre 1682 erkennen. Er warnt darin vor jeder Feindseligkeit gegen Schweden, dessen Anhänger und Freunde den Kurfürsten alsdann anfallen würden; wohl werde Frankreich zu seinen Gunsten einschreiten, aber dabei im Reiche noch mehr um sich greifen und den Rheinstrom okkupieren, „woran doch, daß es nicht geschähe, dem Kurfürsten zum höchsten gelegen sei". In die Assoziation könne er aber auch nicht eintreten: denn den Schweden sei in derselben eine Stellung zugestanden, die mit dem kurfürstlichen Interesse sich nicht vereinbaren lasse; sie seien seine natürlichen Feinde; er dürfe sie auf deutschem Boden nicht zu Ansehen kommen lassen: die anderen Beteiligten seien eifersüchtig auf Brandenburg, wie der Kaiser, Kursachsen und Polen selbst. Und warum habe sich Polen sowie Schweden von Frank-

reich gesondert? Doch nur deshalb, weil ihnen Frankreich die bisherigen Subsidien verweigere; würde sich der Kurfürst gegen Frankreich erklären, so würde man diesen die alten Subsidien wieder zugestehen, er aber würde dieselben verlieren; und doch gereiche ihm das Geld, das man ihm zahle, zum größten Vorteil: dadurch hauptsächlich komme er in den Stand, eine formidable Armee in Kriegsbereitschaft zu erhalten. Den Franzosen sei er dagegen zu weiter nichts verpflichtet, als zur Erhaltung des Friedens; und der sei ohnehin das Notwendigste: denn käme es zum Kriege, so würde Frankreich den anderen Mächten ohne Zweifel überlegen sein. Man sieht den Helden des vorigen Krieges zwischen zwei entgegengesetzten Strömungen, die ihn einengen und seine freie Tätigkeit beschränken: auf der einen Seite der Feind, den er damals vornehmlich bekämpfte, mit seinen damaligen Verbündeten in einem Einverständnis, von dem sein Staat gefährdet wird; auf der anderen der mächtige König, der immer um sich greift, den man aber nicht beleidigen darf, weil er sonst wider Brandenburg sich wenden und bei der Nichtigkeit der englischen Politik ohne Zweifel die Oberhand davontragen würde. Es ist, man könnte sagen, der tragische Zug in dem politischen Leben des Großen Kurfürsten, daß er im Konflikte der Mächte der Welt genötigt ist, im Bündnis mit einer Macht zu verharren, deren Handlungen er in seiner Seele verabscheut und die dem Reiche, dem er mit Hingebung angehörte, die schwersten Verluste zufügt. Aber er bedarf der Hilfe von Frankreich, um den feindseligen Intentionen der Schweden zu widerstehen; um keinen Preis durfte er den offenen Ausbruch eines Krieges veranlassen, welcher nur zu einer neuen Vergrößerung der französischen Macht geführt hätte. Er darf seine Feinde nicht angreifen, weil seine Verbündeten ihm zu mächtig werden würden; indem er eine ansehnliche Armee erhält, muß er doch vor allem auf Frieden Bedacht nehmen. Eine Stellung höchst außerordentlicher Art, aber von der größten inneren Schwierigkeit.

Wenn es vornehmlich darauf ankam, den Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich zu verhüten, so trat ein Ereignis ein, wodurch das doppelt notwendig wurde. Die Osmanen hatten sich zu jenem Zuge in dem Sinne des alten kriegerischen Islam erhoben, der sie gegen Wien führte. Niemand war von dem gemeinsamen Interesse der Christenheit, denselben zu widerstehen, mehr durchdrungen als Kurfürst Friedrich Wilhelm. Weit entfernt, seinem gegen Österreich gefaßten Widerwillen Raum zu geben, drang er darauf, daß alles vermieden

werden müsse, was die Verteidigung Österreichs hindern könne. Wie er in einem seiner Schreiben den König von Dänemark, der damals kriegerische Absichten hegte, aufforderte, davon abzustehen, denn sonst würde er die deutschen Fürsten in die Unmöglichkeit setzen, ihrem Reichsoberhaupte und ihrem Vaterlande Hilfe zu leisten: so wandte er sich an den Edelmut und die christliche Gesinnung Ludwigs XIV., indem er ihn ersuchte, den Bruch zu verhüten und vielmehr zur Herstellung eines guten Vernehmens mit dem Reiche die Hand zu bieten, wobei er, der Kurfürst, die Vermittlung übernehmen wolle. In Frankreich ging man zunächst auf diese Gesichtspunkte ein: denn als ein Bundesgenosse der Türken wollte Ludwig XIV. nicht angesehen werden. Um diesen Schein zu vermeiden, hatte er einige Monate früher die Blockade von Luxemburg, zu der seine Reunionspolitik ihn führte, aufgegeben. Man hat dies damals als einen Akt christlicher Religiosität gepriesen. Und so unrichtig, wie manche glauben, dürfte dies nicht sein, wenn man sich erinnert, daß der Begriff der allgemeinen Christenheit trotz aller ihrer Spaltung dem Islam gegenüber noch sehr lebendig war. Damals hatte man die Meinung, Ludwig denke bei anwachsender Gefahr als der allgemeine Retter der Christenheit zu erscheinen und sich so den Weg zum abendländischen Kaisertum zu bahnen. Wie dem auch sei: er willigte ein, den Feindseligkeiten mit dem Deutschen Reiche vorläufig ein Ende zu machen, und forderte dann selbst den Kurfürsten auf, sich für diesen Zweck auf das kräftigste zu verwenden: ihm werde dann auch das Lob dafür zuteil werden. Für das Deutsche Reich war das in diesem Augenblick unerläßlich: denn zwischen den beiden Feindseligkeiten, zugleich von der französischen und türkischen Seite angegriffen, hätte es zugrunde gehen müssen. Die Franzosen wurden bewogen, eine Bedingung fallen zu lassen, die für die Zukunft den Kaiser gebunden und damals die Vereinbarung gehindert hätte. Der Augenblick, in welchem die Türken vor Wien standen, diente zugleich zur Anbahnung eines erträglichen Einvernehmens mit Frankreich.

Im August 1683 nahm man einen Waffenstillstand an, ohne noch über die Dauer desselben oder andere Modalitäten eine Bestimmung zu treffen. Friedrich Wilhelm trat dabei in eine einigermaßen veränderte Stellung. Wenn er bisher den Krieg gegen die Franzosen hintangehalten hatte, weil die Verbündeten des Kaisers zu schwach seien, ihnen zu widerstehen: so wurde nunmehr durch seine Vermittlung bewirkt, daß auch die Franzosen von weiteren Angriffen abstanden. Der Abschluß des Waffenstillstandes gehörte

dazu, daß Wien gerettet werden konnte; und daß, nachdem dies geschehen, der Kaiser freie Hand behielt, den Türkenkrieg in Ungarn mit allem Eifer fortzusetzen.

Noch war jedoch das getroffene Abkommen nur vorläufig und viel zu unbestimmt, um recht verbindlich zu sein; es wurde im höchsten Grade zweifelhaft, als bald darauf König Ludwig Luxemburg wieder angriff und dagegen die Spanier sich dazu anschickten, ihre alten Feindseligkeiten gegen Frankreich mit offener Entschiedenheit wieder aufzunehmen; sie rechneten dabei auf ihre früheren Verbündeten: Holland und den Kaiser und dessen Anhänger im Reich, die Assoziation überhaupt, namentlich auch auf das Haus Lüneburg.

Auf das dringendste erneuerte sich dann die Gefahr eines allgemeinen Krieges. Welche Aussicht bot sich dann dar? Deutschland wäre wieder der Schauplatz desselben geworden. Der Waffenstillstand, welcher die Möglichkeit des Krieges gegen die Türken gewährte, wäre gebrochen worden und alles in die größte Verwirrung geraten. Der Kurfürst von Brandenburg würde davon unmittelbar betroffen, sein bisheriges System aufgelöst, der Nachbar, den er haßte, durch den größeren Bund, in den er trat, und den Widerstand gegen Frankreich überaus mächtig geworden sein.

Alledem zuvorzukommen, den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland zu befestigen, zugleich aber den Schweden Abbruch zu tun, gab es nur ein Mittel: das Haus Lüneburg, das im nördlichen Deutschland den Kern der Assoziation bildete, mußte von derselben losgerissen werden. Ein Anlaß dazu entsprang aus dem Verhalten der Schweden selbst.

Gegen Ende des Jahres 1682 hatte man gehört, Karl XI. denke einige national-schwedische Truppen in die deutschen Gebiete, die ihm infolge der letzten Friedensschlüsse zurückgegeben worden waren, überzuführen, wozu er durch ansehnliche Bewilligungen des Schwedischen Reiches in den Stand gesetzt worden sei. Man brachte dies in Verbindung mit der Assoziation, welcher sich Frankreich, Dänemark und Brandenburg entgegensetzten, und gab der Besorgnis Raum, die Schweden, damals im besten Verständnis mit dem Kaiser, würden, durch Nationaltruppen verstärkt, der Assoziation im Reiche die Oberhand verschaffen können. Brandenburg und Dänemark waren einverstanden, daß dieser Transport schwedischer Truppen nach Deutschland unter allen Umständen verhindert werden müsse. Derselben Ansicht war man auch in Frankreich. Der französische

Hof billigte nicht allein, daß man diesen Transport verhindere; er erklärte sich selbst damit einverstanden, daß man, wenn es darüber zum Kriege komme, die Schweden aus den ihnen wieder eingeräumten Plätzen und Besitzungen in Deutschland verjagen könne. Diesem Vorhaben stellten sich aber die Bundesverhältnisse in den Weg, in welche Schweden mit den deutschen Fürsten getreten war. Wenn in dem angeführten Gutachten alle Feindseligkeit gegen Schweden widerraten worden war, so lag der Grund davon in der Besorgnis, diese Macht würde bei den Nachbarn des Kurfürsten Unterstützung finden. Vornehmlich war das von dem Hause Lüneburg zu erwarten. Man würde in Gefahr geraten sein, einen Krieg in dem Innern des Reiches hervorzurufen, wenn man Schweden angreifen wollte, ohne sich dieses Hauses versichert zu haben. Da nun dasselbe die beste Stütze des Kaisers und der Assoziation in Deutschland überhaupt bildete, ist einmal der Gedanke gefaßt worden, sich seiner Feindseligkeit selbst mit offener Gewalt zu entledigen, und zwar durch einen doppelten Angriff, von französischer und dänisch-deutscher Seite her. Ein eventueller Vertrag, durch welchen die Kooperation Frankreichs zu diesem Zwecke näher bestimmt wurde, ist entworfen und unterschrieben, niemals aber ratifiziert worden. Bei den Erörterungen, die darüber in Versailles gepflogen wurden, setzte sich der brandenburgische Gesandte demselben entgegen; und die Franzosen selbst verwarfen das Verfahren des Gesandten, der ihn geschlossen hatte, weil er das Geheimnis des Königs nicht kenne. Ein ganz anderes Verfahren war es, was Friedrich Wilhelm wirklich im Sinne hatte. Er suchte seiner Lage gemäß den Abschluß mit Frankreich mit Feindseligkeit gegen Schweden zu kombinieren und das Haus Lüneburg zu dem einen sowohl wie zu dem anderen herbeizuziehen.

In demselben Augenblick, in welchem jener Vertrag verabredet wurde, wandte er sich, einverstanden mit Dänemark, an die lüneburgischen Höfe, um ihnen eine engere Vereinigung zu diesem Zweck anzubieten.

Meinders hatte bereits Anfang Mai 1683 eine Konferenz mit den Geheimen Räten zu Celle, denen er die Unmöglichkeit vorstellte, daß das Reich zugleich König Ludwig und die Türken bekämpfe; das einzige Mittel, den König an weiteren Umgriffen und ferneren Reunionen zu verhindern, liege darin, sich mit ihm, so gut wie es eben gehe, zu verständigen.

Dann aber kam er auf die schwedische Sache zu sprechen. Der eine der celleschen Räte wandte ein, daß man den Schweden nicht

mit Recht verbieten könne, die Besatzungen ihrer festen Plätze durch eine mäßige Zahl schwedischer Truppen zu verstärken. Meinders antwortete, auf die Zahl der Truppen komme es nicht an; wenn diese auch nicht sehr ansehnlich sei, so würden sie sich doch nicht innerhalb des schwedischen Gebietes halten, sondern, auf ihre Bundesgenossen vertrauend, weiter vordringen.

Die brandenburgischen Staatsmänner und ihr Fürst hatten die Überzeugung, die Absicht der Schweden sei ganz im allgemeinen, ihre verlorene militärische Reputation wiederherzustellen und den Krieg zu erneuern, namentlich in den niederdeutschen Gebieten das alte Übergewicht, gleichsam eine beherrschende Stellung sich wieder zu verschaffen. In Celle sowie in Hannover war man ebenfalls der Meinung, daß man die schwedische Macht nicht wieder aufs neue emporkommen lassen dürfe, und nicht abgeneigt, darüber mit Brandenburg und Dänemark eine Vereinbarung zu treffen. Der leitende hannoversche Minister Grote wurde bald darauf nach Kopenhagen geschickt, wo er in Konferenzen mit dem brandenburgischen und dänischen Minister die Verbindung der drei Höfe verhandelte, zu der man auf lüneburgischer Seite bereit sei. Auch des Entwurfes gegen Schweden ist dabei gedacht worden. Es fehlte jedoch viel daran, daß man sich verständigt hätte.

Die nachbarlichen Reibungn waren nicht so leicht zu beseitigen; und die Verpflichtungen der Assoziation behielten das Übergewicht. Von verdoppelter Bedenklichkeit und Gefahr wurde diese Lage, als es im Jahre 1684 zur Erneuerung des Krieges zwischen Frankreich und Spanien kam und Lüneburg bereit erschien, die Partei des letzteren zu ergreifen.

König Ludwig XIV. war jetzt sehr geneigt, den früher zurückgelegten Plan wieder aufzunehmen. Seine Verbindung mit dem westdeutschen Fürsten nahm eine für Hannover drohende Haltung an, wie denn die kur-kölnischen Truppen Höxter besetzten, das in Schutz von Hannover stand, und von der anderen Seite Dänemark in Lauenburg um sich griff.

Ein Moment trat ein, in welchem auch das Haus Lüneburg, von verschiedenen Seiten bedrängt und bedroht, die Meinung faßte, es sei auf seine Vernichtung abgesehen.

In dieser Besorgnis gelangte es zu dem Entschluß, seine Rettung bei Brandenburg zu suchen. Im März 1684 erschien Grote in Berlin, um die Autorität des Kurfürsten gegen alle Übergriffe Frankreichs und seine Verbündeten in Anspruch zu nehmen, aus denen einmal ein politischer Umsturz entspringen könne — denn

was dem einen Stande geschehe, müsse der andere erwarten —, überdies aber ein religiöser, da der hohe deutsche Klerus, auf französische Unterstützung gelehnt, die deutschen Protestanten zu unterjochen suchen werde. Grote fand damit Gehör bei dem Kurfürsten und erschien im Juni wieder, um ein wirkliches Verständnis einzuleiten. Die Bedingung von allem war, daß Lüneburg sich von Spanien lossagte; denn sonst würde das französisch-spanische Zerwürfnis Deutschland notwendig ergriffen haben. Es war nicht sehr schwer zu erreichen, zumal da auch Holland Bedenken trug, für Spanien nochmals die Waffen zu ergreifen: denn nicht durch eigene Anstrengung, sondern mit fremden Kräften suche Spanien die französische Übermacht zu bekämpfen. Die Stadt Amsterdam weigerte sich, wegen Luxemburg, das nun eben in die Hände der Franzosen geriet, die Waffen zu ergreifen oder ergreifen zu lassen. Dadurch aber wurden die Sympathien der deutschen Fürsten für Spanien vernichtet.

Diese Macht erfuhr jetzt die unausbleiblichen Folgen ihres Abfalls von der allgemeinen Sache bei der Pazifikation von Nimwegen; niemand wollte sie auf eigene Gefahr unterstützen. Es war die Rache, welche der damals höchst empfindlich verletzte Kurfürst von Brandenburg an ihr nahm; denn dem war es doch zuzuschreiben, daß Lüneburg von der Assoziation zugunsten des Hauses Österreich zurücktrat. Vor allem waltete bei der Verbindung zwischen Brandenburg und Lüneburg die Absicht vor, den Waffenstillstand mit Frankreich auf festen Normen zustande zu bringen. Lüneburg fügte sich aus zwei Gründen: zugleich deshalb, weil es sich bedroht sah und weil es die Schweden in Deutschland nicht mächtig werden lassen wollte. Sobald nun aber Lüneburg und Brandenburg darüber einverstanden waren, hatte die definitive Annahme des Stillstandes, dessen Dauer jetzt auf zwanzig Jahre bestimmt wurde, keine Schwierigkeit. Am 11. August willigte Spanien in die Abtretung von Luxemburg, am 15. nahm der Reichstag den Waffenstillstand an, durch welchen die früher bis zum 1. August 1681 vollzogenen Reunionen und die Stadt Straßburg den Franzosen für den angegebenen Zeitraum überlassen wurden. Der Nachteil, den Deutschland dadurch erlitt, wäre unermeßlich gewesen, wenn es durch einen förmlichen Frieden, also auch für immer geschehen wäre, was die Franzosen anfangs gefordert hatten und worauf sie bald zurückkamen.

Der zwanzigjährige Stillstand ließ die Aussicht auf eine Wiedererwerbung des Verlorenen in nicht zu ferner Zeit erwarten. Der König von Frankreich wurde durch die Bedingungen, die er ein-

zugehen nicht vermeiden konnte, allezeit erinnert, daß er nicht ein eigenes Gebiet in Besitz genommen habe. Lüneburg und Brandenburg gaben sich das Wort, auf die Herausgabe alles dessen, was nach dem festgesetzten Termine weggenommen war, zu dringen und darüber zu halten, daß Frankreich nicht weiter um sich greife oder gar den Rheinstrom okkupiere.

Der Erfolg des Königs war glänzend und groß, aber doch nicht so vollständig, wie er erwartete und wünschte. Indem die deutschen Fürsten den Stillstand annahmen, fühlten sie sich doch bereits stark genug, um auf einen eventuellen Widerstand zu denken.

Überdies aber war mit ihrer Nachgiebigkeit noch ein anderer Entwurf verbunden, der dieselbe einigermaßen motivierte. Die Idee des Kurfürsten von Brandenburg war, indem er Frankreich und Deutschland pazifizierte, dem Kaiser Gelegenheit zu geben, seine Unternehmungen gegen die Türken fortzusetzen; aber in ein Mißverhältnis der Macht glaubte er damit nicht zu geraten, wenn man ihm nur gestatte, seinerseits die Schweden anzugreifen und nochmals vom deutschen Boden zu verjagen. Diese Absicht nun machte das Haus Lüneburg zu der seinen. Friedrich Wilhelm stützte sich darauf, daß Frankreich einige Zeit zuvor dies Vorhaben gebilligt habe. Er meinte im Verein mit Dänemark nicht allein, sondern auch mit Lüneburg es durchzuführen. Denn weder Polen noch Österreich, beide in dem Türkenkriege vollauf beschäftigt, würden dagegen wirksamen Einspruch haben erheben können. Und sehr entschieden ging das Haus Lüneburg darauf ein.

Auf Grund vorläufiger Besprechungen, die in Kopenhagen gepflogen worden waren, traf man eine Verabredung über eine eventuelle Teilung der schwedischen Provinzen in Deutschland, welche dadurch merkwürdig ist, daß sie im allgemeinen dieselben Bestimmungen enthält, die sich später realisiert haben. Die große Frage war nun, wie sich Frankreich zu diesem Vorhaben stellen würde. Mit großem Feuer wurde sie von Meinders und Spanheim in Versailles angeregt. Da Dänemark und Brandenburg und zuletzt auch das Haus Lüneburg den zwanzigjährigen Waffenstillstand durchgesetzt hatten, der den Franzosen, wenn auch nur vorläufig, einen Besitz sicherte, den sie unendlich hoch anschlugen, so meinten sie, nunmehr auch auf die Einwilligung von Frankreich in ihren Unternehmungen gegen Schweden rechnen zu dürfen. In sich selbst hingen diese Angelegenheiten genau zusammen; denn wenn Lüneburg nicht von seiner Verbindung mit

Kurfürst Joseph Clemens von Köln.
Nach dem Kupferstich von Leonhard Heckenauer.

Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg.
Nach dem Kupferstich von Leonhard Heckenauer.

Spanien zurückgetreten wäre, so würde die Assoziation zu festem Bestand gelangt und der Waffenstillstand niemals durchgesetzt worden sein. Eben nur deshalb änderte das Haus Lüneburg seine Haltung, weil es ein großes Interesse gegen Schweden hatte: und die gleiche Rücksicht war es, durch welche Brandenburg von Anfang an bewogen worden war, mit Frankreich in Verbindung zu treten. Man durfte erwarten, daß Frankreich diesen Motiven, die ihm mächtig zustatten gekommen waren, nun auch seinerseits Rechnung tragen würde. Und nicht etwa Hilfeleistung forderten die drei Fürsten, sondern eine Beistimmung, wie sie einige Zeit zuvor bereits gegeben worden war. Würde der König dieselbe nochmals aussprechen und zugleich den Kaiser und Holland dessen mit Nachdruck verständigen, so würde, so meinten sie, die Sache auf das leichteste vollzogen werden können: denn niemand werde sich alsdann für Schweden regen können. Allein indessen war die Lage verändert; was Ludwig XIV. nachgab, als die Assoziation ihm noch kräftigen Widerstand leistete, wurde ihm höchst bedenklich, nachdem dieselbe gebrochen und der Waffenstillstand durchgeführt worden war. Ohne alles Zögern schlug er diese Bestimmung, die doch eine Mitwirkung gewesen wäre, rundweg ab. Die dänischen Minister bemerkten: nachdem er seine eigene Sache durchgeführt habe, mit Hilfe der Verbündeten, so daß er ihrer nicht mehr dringend bedürfe, so wolle er in ihren eigenen Angelegenheiten nichts für sie tun. Auch für Dänemark war die Feindseligkeit gegen Schweden das vornehmste Motiv, wodurch es zu dem Bunde mit Ludwig XIV. veranlaßt worden war. Aber beide, Dänemark wie Brandenburg, hatten versäumt, sich der französischen Zustimmung durch eine unbezweifelte Zusage im voraus zu versichern. Der französische Hof trat ihnen jetzt mit Gründen entgegen, die sich sehr gut hören ließen. Er bemerkte: da Karl XI. der Stillstandsakte beigetreten sei, welche ein freundliches Vernehmen mit allen Reichsständen sanktioniere, so könne Frankreich unmöglich eine Unternehmung gegen denselben gutheißen und auf irgendeine Weise, welche auch immer, sich daran beteiligen. Das große Verhältnis blieb immer dasselbe: wenn Frankreich in dem Frieden von Nimwegen die Herstellung der den Schweden entrissenen Landschaften durchgesetzt hatte, und zwar wegen der ursprünglichen politischen Gemeinschaft der schwedischen mit den französischen Eingriffen in den Bestand der Reichslande, so waltete das nämliche Motiv auch in diesem Augenblicke vor. Hatten aber die drei Fürsten Frankreich nicht für sich, und mußten sie vielmehr die Gegenwirkung desselben

erwarten, so war das Unternehmen überhaupt nicht auszuführen. Für Deutschland ist jedoch das Vorhaben nicht ohne ein großes Resultat geblieben. Der Gedanke führte zu einer Verständigung zwischen den Häusern Brandenburg und Lüneburg, indem er ein gemeinschaftliches Interesse für sie schuf. Wir berührten schon, welche Gesichtspunkte in bezug auf die Übergriffe von Frankreich sie miteinander teilten, sowohl zur Behauptung ihrer Territorialmacht als auch zur Verteidigung ihrer Religion. Es ist immer bemerkenswert, daß hiermit die Verabredung einer Vermählung des Kurprinzen von Brandenburg mit einer hannoverschen Prinzessin, Sophie Charlotte, Hand in Hand ging; sie war gleichsam der Ausdruck dieser Verständigung, bei der, wiewohl sie nur vorläufig war, zugleich ein großes Anliegen seinen Ausdruck fand.

Sechstes Kapitel.

Letzte Jahre des Großen Kurfürsten.

Wie bei persönlichen Freundschaften, so gibt es auch bei den großen politischen Verbindungen unausgesprochene Tendenzen, die doch eben die wirksamsten sind, und auf denen von beiden Seiten das Verständnis beruht. Die Allianzen bestehen in voller Stärke so lange, als dieselben Tendenzen, aus denen sie entsprungen sind, vorwalten und ausführbar erscheinen: sowie das nicht mehr möglich ist, treten sie in ein neues Stadium ein, in welchem beide Teile, ohne miteinander zu brechen, sich doch voneinander sondern. Diesen Charakter trug fortan die Verbindung zwischen dem König von Frankreich und dem Kurfürsten von Brandenburg. Auf den Kurfürsten mußte es den tiefsten Eindruck machen, der nicht ohne Bitterkeit sein konnte, wenn Frankreich seinen Absichten gegen Schweden, die er immer vorbehalten hatte, im entscheidenden Moment entgegentrat. Es leuchtete ein, daß das System, dem er angehörte, niemals die Ausführung der Unternehmungen zulassen werde, in denen die Vollendung seines politischen Lebens gelegen hätte. So hatte nun aber auch Frankreich eine politische Tendenz, in welcher der Kurfürst dieser Macht empfindlichen Widerspruch entgegensetzen konnte. Es war die Richtung gegen Holland, die man in Frankreich niemals aufgegeben hatte. Man nährte von dort her geflissentlich das Mißverständnis, das zwischen der Stadt Amsterdam und dem Prinzen von Oranien obwaltete, in der Hoffnung, sich desselben bei einer oder der anderen Konjunktur zu einer abermaligen Niederwerfung der Republik bedienen zu können. Dagegen brachte es die Stellung des Kurfürsten mit sich, daß er diese Entzweiung zu heben und selbst in ein gutes Verhältnis zur Republik zu treten suchte. Paul Fuchs wurde in einer besonderen Mission nach Holland abgeordnet, bei der es ihm gelang, den einen sowie den anderen Zweck zu erreichen, nicht ohne daß die religiösen Sympathien und Antipathien dabei mitgewirkt hätten. Im August 1685 kam ein Vertrag zustande, durch welchen die gehässige Streitig-

keit über die rückständigen Subsidiengelder gütlich ausgeglichen und das alte Defensivbündnis erneuert wurde. Das meiste Gewicht hat der Artikel, durch welchen beide Teile sich verpflichten, wenn eine Störung des allgemeinen Friedens drohe, miteinander in Beratung zu treten, wie das zu verhüten sei, und auf ihre gegenseitige Konservation Bedacht zu nehmen.

Der Kurfürst trug kein Bedenken, oder vielmehr er war vorsichtig genug, den Vertrag, ehe er noch ratifiziert war, in Frankreich mitzuteilen.

Wie man aber dort schon die Unterhandlungen mit Mißtrauen beobachtet hatte, so machte die geschlossene Abkunft den unangenehmsten Eindruck. Man stellte sogar die Behauptung auf, sie laufe dem Vertrage von 1681 zuwider, durch welchen Brandenburg verpflichtet sei, dem Könige von Frankreich in den Kriegen, in die er verwickelt werde, Beistand zu leisten, so daß der Kurfürst den Holländern nicht so ganz im allgemeinen, also auch für den Fall, wenn sie von Frankreich angegriffen würden, seine Unterstützung schlechthin versprechen dürfe.

Der Kurfürst antwortete: sein Bündnis mit Frankreich sei lediglich ein defensives; es würde aggressiv werden, wenn er in allen Streitigkeiten, selbst dann, wenn Frankreich der angreifende Teil sei, mit demselben gemeinschaftliche Sache machen solle. Zur Begründung dieser Ansicht führte er das Verhalten Frankreichs in der schwedischen Streitfrage an: da habe Ludwig XIV. nicht allein abgelehnt, an einem Angriff gegen Schweden teilzunehmen, sondern sich auch geweigert, dem Kurfürsten beizustehen, wenn er bei einem solchen Unternehmen von dem Kaiser oder den Polen angegriffen werde. Dabei eben hatte sich gezeigt, daß die französischen und brandenburgischen Interessen nicht zusammengingen. Es ist der Moment, welcher den Angelpunkt des entstehenden Mißverständnisses bildet. Unstreitig war der Kurfürst in seinem Rechte, wenn er ein Defensivbündnis mit Holland abschloß; er tat es jedoch ohne Zweifel auch in dem Bewußtsein, daß er sich damit von Frankreich entferne. Die Franzosen hatten das nicht erwartet: sie wollten in jedem Fall und unbedingt auf den Kurfürsten rechnen können. Sie forderten ihn zu der Erklärung auf, daß er sein Bündnis mit Frankreich unverbrüchlich halten wolle, ohne Rücksicht auf andere Verträge, die er seitdem geschlossen oder erneuert habe; er solle sich überhaupt anheischig machen, keine Verpflichtung einzugehen, die seinem Bündnis mit Frankreich direkt oder indirekt entgegenlaufe. Unmöglich konnte der Kurfürst eine Deklaration dieser Art ausstellen: er

würde sich damit zu immerwährender Abhängigkeit von Frankreich verurteilt haben. Der französische Gesandte aber bestand auf seiner Forderung; er ließ vernehmen: würde der Kurfürst diese Erklärung verweigern, so würde der König die Zahlung der Subsidien einstellen und überhaupt auf Bündnisse mit anderen deutschen Fürsten Bedacht nehmen. An dem brandenburgischen Hof konnte das nicht anders als eine sehr peinliche Empfindung erwecken; denn unmöglich war es doch, den Anmutungen der Franzosen nachzugeben, und sehr widerwärtig, sich von ihnen zu trennen. Nur ungern würde man der Subsidien verlustig gegangen sein. Doch gab es noch einen anderen Grund, die Entzweiung zu vermeiden. Man fürchtete, sobald etwas davon verlaute, daß man des französischen Rückhalts entbehre, allen anderen Potenzen gegenüber einen schwierigen Stand zu bekommen.

Dieser Betrachtung zum Trotz wurde doch der Entschluß gefaßt, die Deklaration nicht zu unterschreiben. Paul Fuchs sagte dem französischen Gesandten: er könne seinem Herrn niemals zur Ausstellung derselben raten. Dieser selbst war in tiefster Seele dagegen. Der Gesandte hielt für seines Amtes, darüber persönlich mit ihm zu sprechen. Aber bei der ersten Erwähnung der Sache brach der Sturm los. Der Kurfürst sprang von seinem Stuhle auf, und indem er mit heftiger, in diesen Jahren bei ihm ungewohnter Raschheit im Zimmer auf und ab ging, sprach er aus, diese Erklärung würde schimpflich und entehrend sein und ihn selbst der ferneren Freundschaft des König unwürdig machen. Dazu war die Sache doch nicht angetan, um mit dem König von Frankreich zu brechen. Indem der Kurfürst die geforderte Deklaration verweigerte, hielt er doch für gut, dem König die früheren Versicherungen der Freundschaft zu wiederholen. Er sagte ihm: die Deklaration zu unterzeichnen, würde gegen seine Ehre laufen, die ihm lieber sei als das Leben, und ihn der Rechte der Souveränität gewissermaßen berauben. Aufs neue führt er aus, daß sein Vertrag mit Holland durchaus nicht gegen Frankreich gerichtet sei.

Noch war die Diskussion rein politischer Natur; aber in denselben Tagen trat auch die religiöse Differenz zwischen dem König von Frankreich und dem Kurfürsten in den Vordergrund. Niemals hat der Katholizismus größere Aussicht gehabt, wieder in Europa zu allgemeiner Herrschaft zu kommen, als eben in diesen Zeiten. Die Siege des Kaisers in Ungarn wurden als Siege der katholischen Welt überhaupt betrachtet. Es war die Epoche zahlreicher Bekehrungen im Deutschen Reiche. Eine höchst umfassende Wirkung versprach man sich von der Thronbesteigung

eines katholischen Königs, Jakob II. in England, die damals erfolgte. Hauptsächlich aber war es doch die Haltung Ludwigs XIV. — der den stolzen Aufbau einer ausschließend katholischen Monarchie unternahm und dessen politisches Übergewicht ihm einen großen religiösen Einfluß nach allen Seiten hin sicherte —, was eine allgemeine Restauration der katholischen Kirchenform und Doktrin als möglich erscheinen ließ und die Besorgnisse der evangelischen Welt erweckte.

Gewiß haben diese bereits zu dem Abschluß des erwähnten Ausgleichs mit Holland beigetragen; das aufgeregte protestantische Gemeingefühl hat dabei eine Rolle gespielt. Der Prinz von Oranien hatte schon etwas früher den Kurfürsten durch eine Art von geistlicher Mission aufgefordert, sich an die Spitze des Protestantismus zu stellen, eine Aufforderung, welche dem tiefsten Ehrgeiz entsprach, den dieser Fürst in seiner Seele nährte.

Nach allen den vorangegangenen Bedrängungen der französischen Reformierten war Ludwig XIV. im Oktober 1685 dazu geschritten, das Edikt seines Großvaters, auf welchem die gesetzliche Toleranz, deren sie sich früher erfreuten, beruhte, in aller Form aufzuheben. Man darf bezweifeln, ob bei diesem Schritte die Rückwirkung erwogen worden ist, die derselbe in den auswärtigen Verhältnissen nach sich ziehen mußte[1].

Ein großes weitverbreitetes Interesse, mit welchem die französische Politik bisher verbündet gewesen war, das protestantische, wurde derselben entfremdet. Nirgends war dies mehr der Fall als in Brandenburg, dessen Fürst sich mit voller Überzeugung zu dem reformierten Bekenntnis hielt, so daß er in den französischen Flüchtlingen nicht mehr die Untertanen des Königs, sondern nur noch seine Glaubensgenossen sah. Der Aufhebung des Edikts von Nantes antwortete er durch das Edikt von Potsdam, durch welches er den Reformierten, denen es gelang, aus Frankreich zu entfliehen, seine Gebiete eröffnete und sie einlud, ihre Zuflucht bei ihm zu suchen. Die diplomatischen Agenten des Kurfürsten in den Frankreich zunächst gelegenen Hauptstädten wurden angewiesen, den Flüchtlingen darin behilflich zu sein. Der Gegensatz ist ein durchgreifender. Indem der König durch die gewaltsamen Reduktionen der Reformierten von Frankreich die Macht des bourbonischen Hauses auf immer zu begründen gedachte, sah der Kurfürst sein größtes Interesse darin, die den gewaltsamen Bekehrungen Entronnenen bei sich aufzunehmen. Die Flüchtlinge bildeten gleichsam eine neue Kolonie, welche

[1] „Französische Geschichte", XIII. Buch, 5. Kapitel.

Brandenburg mit dem vorgeschrittenen romanischen Europa in unmittelbaren Kontakt brachte. Für die Pflege der Gewerbe, die dem Fürsten sehr am Herzen lag, ein höchst schätzbarer Vorteil und zugleich eine mächtige Verstärkung des Prinzips, auf welchem das besondere Dasein und die Stellung von Brandenburg beruhte: des protestantischen. War nun aber nicht von dieser doppelten Differenz, der religiösen und politischen, ein offener Bruch mit Frankreich, mit dem man bisher eng verbunden gewesen war, zu erwarten? In Frankreich erklärte man das Potsdamer Edikt für eine Beleidigung: doppelt unerträglich von einem Fürsten, den man als einen Verbündeten betrachte, um den man Verdienste zu haben glaube. Man ließ vernehmen, das Versehen sei nicht gutzumachen, und drückte sich in einer Weise aus, die in Berlin einen baldigen Bruch besorgen ließ.

Alle obschwebenden Differenzen, auch manche kleinere Zwistigkeiten, die bisher mit Mühe in den Hintergrund gedrängt worden waren, wurden lebhaft hervorgekehrt. Wie dann, wenn Frankreich von seinem Bündnis wirklich zurücktrat, seine Subsidien nicht mehr zahlte, die Verpflichtungen überhaupt, die es übernommen, als erloschen betrachtete? Den Eindruck, den jene drohenden Äußerungen des französischen Hofes in Berlin machten, lernt man aus einem ausführlichen Gutachten kennen, welches derselbe Mann, der das französische Bündnis sechs Jahre früher geschlossen hatte, Franz Meinders, dem Kurfürsten überreichte, ganz in entgegengesetztem Sinne.

Vergegenwärtigen wir uns mit ein paar Worten den Inhalt desselben. Er fordert darin den Kurfürsten auf, sich durch Frankreich nicht schrecken zu lassen. Das vornehmste Motiv ist auch für ihn das religiöse und die Überzeugung, daß man bei einer auf die Rettung des evangelischen Glaubens zielenden Haltung des göttlichen Beistandes sicher sei; zugleich aber liege es am Tage, daß man dabei auf eine ansehnliche Bundesgenossenschaft unter den Mächten der Welt rechnen dürfe. „Man verliere", sagt Meinders, „die Subsidien; aber man gewinne an Reputation." Gerade weil die Verbindung mit Frankreich so viel üble Nachrede nach sich gezogen habe, werde der Kurfürst eine allgemeine Befriedigung erwecken, wenn er nun in dieser Sache gegen Frankreich standhalte. Auf die Lage der damaligen Politik wirft es Licht, wie sich Meinders über das Verhältnis zu den anderen Mächten ausdrückt: er rät vor allen Dingen, sich mit dem Kaiser in ein gutes Vernehmen zu setzen. Schon sei derselbe geneigter als jemals, in den Streitigkeiten über die brandenburgischen Prätensionen

einen Vergleich anzunehmen. Einen solchen zu treffen sei aber nötig, weil sonst der Hader bald aufs neue ausbrechen würde. Sehr erwünscht sei dem Wiener Hofe, daß ihm Brandenburg in den Türkenkriegen Hilfe leiste: der Hofkanzler werde für Brandenburg sein. Glücklicherweise, fährt er fort, sei man Hollands sicher: auf den Prinzen von Oranien dürfe man unbedingt zählen. Auch von England habe man nichts zu fürchten; König Jakob halte noch an den Ideen des europäischen Gleichgewichts fest, und die englische Nation verehre den Kurfürsten als den vornehmsten Potentaten unter den Reformierten. Schon nähere sich selbst Schweden; und vielleicht sei es möglich, unter kaiserlicher Vermittlung ein günstiges und festes Abkommen mit dieser Krone zu treffen. Von Dänemark habe man wegen dessen enger Verbindung mit Frankreich nichts zu hoffen, doch werde man Holstein für sich haben. Wenn der König von Polen sich an Frankreich halte; so werde dagegen die Republik Polen, mit welcher der Kurfürst von jeher in gutem Vernehmen gestanden, ihm Anhänglichkeit beweisen. Ein großer Vorteil liege darin, daß der Kurfürst sich vor kurzem mit dem Hause Lüneburg gutgestellt habe; mit den übrigen Reichsfürsten stehe er ohnehin auf freundschaftlichem Fuße.

Das Gutachten zeugt von den politischen Fähigkeiten und umfassenden Anschauungen des Autors: die Möglichkeit, das bisherige System zu verlassen und ein anderes von entgegengesetzter Natur anzunehmen, stellt sich darin einleuchtend heraus.

Wir erfahren, daß es dem Kurfürsten von dem Kabinettssekretär Stosch vorgelesen wurde und seine Billigung fand. Nicht als hätte er es zur Richtschnur seiner Politik gemacht; er hegte längst ähnliche Gedanken und hatte schon ihre Ausführung eingeleitet: doch hing alles von den Umständen ab. Zuweilen schien damals wirklich ein Bruch zwischen Frankreich und Brandenburg bevorzustehen. Der Kurfürst hielt für nötig, Wesel zu befestigen, um nicht etwa einer Überraschung ausgesetzt zu bleiben. In Westfalen wurde ein neues Regiment geworben. Der Prinz von Oranien wurde auf alle Fälle um seine Unterstützung ersucht. Man hat sich lange einer Audienz erinnert, welche der Kurfürst den französischen Flüchtlingen, die nunmehr eingetroffen waren, am 10. Januar 1686 zu Potsdam erteilte. Er empfing sie mit einer Herzlichkeit, welche eine tiefe Bewegung seines Gemütes verriet.

Man lernt seine Stimmung erst würdigen, wenn man erfährt, daß er in demselben Augenblick Grenzplätze in Verteidigungsstand setzen mußte, um sich gegen einen plötzlichen Ausbruch

von Feindseligkeiten sicherzustellen. So weit ist es doch nicht gekommen. Von keiner Seite konnte man es wünschen. Der Kurfürst ließ in Versailles bemerklich machen, daß sein Verfahren keine Feindseligkeit gegen Frankreich enthalte; denn es sei keine innere Landesangelegenheit, in die er sich mische. Nur den Geflüchteten biete er ein Asyl an: es könne dem König sehr gleichgültig sein, was aus denen werde, die sich aus seinem Reiche entfernt hätten. So habe er sich auch der ausgewanderten Untertanen des Kaisers angenommen, dieser aber ihm deshalb niemals gegrollt. Friedrich Wilhelm versichert, daß er an den Verpflichtungen seiner Allianz mit Frankreich nach wie vor festhalten werde. Auch in Frankreich hielt man, wie drohend auch die Worte anfänglich gelautet haben mögen, doch nicht für ratsam, den Aufwallungen der Entrüstung Folge zu geben. Spanheim fand Eingang mit seiner Erläuterung des Verhaltens des Kurfürsten in bezug auf die Flüchtlinge; für den Gesandten selbst traten bisweilen Fälle von zweifelhafter Erwägung ein, z. B. ob er den Reformierten Aufnahme in seinem Hause gewähren dürfe, wenigstens etwa bei einem bevorstehenden Todesfall, um sie vor den beängstigenden Bekehrungsversuchen katholischer Priester in den letzten Augenblicken in Schutz zu nehmen; die Regel blieb, daß er sich hüten mußte, den französischen Protestanten, solange sie noch im Lande waren und als Untertanen betrachtet wurden, die mindeste Unterstützung zu leisten. Und was das erschütterte politische Verhältnis betraf, so fanden die Erklärungen des Kurfürsten über die defensive Natur seines Vertrages mit Holland allmählich Gehör. Er wiederholte: solange der König wolle, werde er seine Freundschaft mit ihm nicht abbrechen und wie bisher die größte Rücksicht für ihn an den Tag legen. Friedrich Wilhelm behauptete seinen Standpunkt; und auch in Frankreich ließ man sich denselben nunmehr gefallen: denn ein entschiedener Übertritt des Kurfürsten zur entgegengesetzten Partei würde allem eine unwillkommene, selbst gefahrvolle Wendung gegeben haben, in einer Zeit, in welcher Frankreich mit religiöser Agitation erfüllt war. In diese Phase trat jetzt das Bündnis zwischen Frankreich und Brandenburg: es war nicht gebrochen, aber in dem alten Sinne bestand es nicht mehr. Wenn die Direktionen früher konvergierend gewesen waren, so waren sie jetzt divergierend.

Da lag es nun in der Natur der Sache, daß sich der Kaiser und der Kurfürst einander näherten. Den letzten Frieden mit Frankreich hatte Österreich geschlossen, weil es sich zu schwach fühlte, den Feind zu bestehen, und abgeneigt war, Brandenburg zu ver-

stärken. Brandenburg hatte dann seine Allianz mit Frankreich geschlossen, um nicht seinen früheren Alliierten gegenüber in eine unhaltbare und seine eigene Sicherheit gefährdende Haltung zu geraten. Jetzt waren sie beide überzeugt, daß weder Friede, wie Österreich wünschte, noch weniger Freundschaft, wie Brandenburg gemeint hatte, mit dem übermächtigen Nachbar bestehen könne. Die großen Interessen veranlaßten sie, sich demselben entgegenzusetzen; allein zwischen ihnen selbst gab es Streitigkeiten von dem größten Belang, über welche vor allem weiteren erst ein Austrag getroffen werden mußte. Die eine, über welche man seit mehr als einem halben Jahrhundert ohne Erfolg verhandelte, betraf das Herzogtum Jägerndorf, welches das Haus Brandenburg einst besessen, aber Österreich eingezogen und weiter vergabt hatte. Dazu war nun aber bei dem Aussterben des piastischen Hauses Liegnitz ein neuer Anspruch Brandenburgs gekommen.

Die Aussichten, in denen Joachim II. im sechzehnten Jahrhundert eine Erbverbrüderung mit demselben geschlossen hatte, schienen sich zu realisieren[1]. Aber die böhmische Krone hatte niemals, wie erwähnt, die Erbverbrüderung anerkannt, wiewohl es zweifelhaft war, ob sie dabei nicht ihr eigenes Recht überschreite. Und daran hielt der Wiener Hof fest; er nahm die Fürstentümer für sich in Besitz. Seine Animosität ging so weit, daß er in den türkischen Gefahren die brandenburgische Hilfe lieber zurückwies, als annahm: er fürchtete, eine brandenburgische Hilfsmacht werde sich beim Durchzug durch Schlesien der Landschaften bemächtigen. Notwendig mußte über diese Frage ein Abkommen getroffen werden, ehe von einer engen Verbindung aufs neue die Rede sein konnte.

Im Anfang des Jahres 1685 begab sich der jüngere Otto von Schwerin an den kaiserlichen Hof, vor allem, um die Lehen des nun durch den Tod des bisherigen Administrators erledigten erzstiftischen Gebietes von Magdeburg zu empfangen. Schon bei der Verhandlung über diese Sache konnte er bemerken, daß es in Wien eifrige Gegner von Brandenburg gab; manche Schwierigkeiten wurden ihm in den Weg gelegt, aber doch überwunden. In kurzem erlangte er die Belehnung; in der schlesischen Angelegenheit dagegen konnte er nichts erreichen. Für Jägerndorf wurde eine Entschädigung in Aussicht gestellt. Dem Anspruch auf die drei Herzogtümer Brieg, Liegnitz und Wohlau versagte man alle Anerkennung. Der Gesandte meinte, jede Einwendung, die man gegen das brandenburgische Anrecht mache, widerlegen

[1] Vgl. Seite 180.

zu können; aber man vermied alle Diskussion. Unumwunden sagte man, daß man dem Hause Brandenburg einen so großen Besitz in der Mitte der österreichischen Provinzen nicht zugestehen könne, um so weniger, da damit ein evangelisches Interesse verbunden sei. Otto von Schwerin wurde inne, daß unter den Umständen, wie sie damals waren, nichts erreicht werden könne; aber er sagte, sie würden sich ändern; dann werde man in den Stand kommen, sein Recht mit Gewalt der Waffen durchzukämpfen: der Gott, der den Anspruch gegeben, werde auch helfen, ihn auszuführen.

Damals wurde der Ausbruch der Entzweiung durch die Lage der allgemeinen Angelegenheiten verhindert. Brandenburg hätte fürchten müssen, durch einen Versuch auf Schlesien ein Verständnis zwischen Österreich und Frankreich herbeizuführen, was auch für die Religion höchst gefährlich hätte werden können: denn eben in dieser Zeit entwickelte sich die allgemeine Gefahr des Protestantismus. Österreich seinerseits mußte fürchten, durch weitere Entfremdung Brandenburgs die überwiegende Macht Ludwigs XIV. noch zu vermehren und in allen anderen europäischen Angelegenheiten in Nachteil zu geraten.

Wenn Brandenburg, Frankreichs nicht mehr sicher, wünschen mußte, das gute Verhältnis mit Österreich herzustellen, so hatte Österreich für den gleichen Wunsch eine noch dringendere Veranlassung: einmal in der wachsenden Feindseligkeit Frankreichs, und sodann in seinem Unternehmen, Ungarn auf immer den Türken zu entreißen. Der spanische Gesandte sagte laut: ohne Brandenburg werde man nichts gegen Frankreich ausrichten; und welche Förderung dürfe man sich dagegen von der Teilnahme brandenburgischer Hilfstruppen in Ungarn versprechen.

Unter diesen Umständen war es, daß Baron Freitag von Goedens nach Berlin gesendet wurde, um eine Abkunft zu treffen. Er war ein angesehener Beamter, der hohe Stellen am Hofe und in den Reichskreisen bekleidete; er wird als ein Mann von allgemeiner Bildung geschildert, der es in gesellschaftlichen Qualitäten wohl mit dem französischen Gesandten Rebenac, welcher damals am Berliner Hofe eine glänzende Rolle spielte, aufnehmen könne. Die Schwierigkeit einer Abkunft lag darin, daß die brandenburgischen Minister jeden Vergleich durch eine geringfügige Entschädigung verwarfen, weil dagegen allzu große Rechte aufgegeben werden mußten; die kaiserlichen aber von der Entschädigung an Land und Leuten nichts hören wollten. Dennoch gelang es dem kaiserlichen Gesandten, einen Ausweg zu finden, der für

den Augenblick alles ausglich, freilich für die späteren Zeiten verhängnisvoll geworden ist.

Er brachte einen Vertrag zustande, in welchem Österreich wirklich einen, wenn auch nur kleinen Landstrich abtrat und Brandenburg dagegen das engste Bündnis mit dem kaiserlichen Hofe einging. In dem geheimen Allianzvertrage, der am 22. März 1686 zu Berlin abgeschlossen wurde, vereinigten sich Brandenburg und der Kaiser, den Westfälischen Frieden und den zwanzigjährigen Waffenstillstand unverbrüchlich zu halten; gegen jede Überschreitung der Verträge aber, wie eine solche zunächst aus der kurpfälzischen Sukzessionssache zu entspringen drohe, alle ihnen von Gott verliehenen Kräfte zu vereinigen. Sie versprechen einander gegenseitige Hilfeleistung, wenn der eine oder der andere Teil angegriffen werde. Der Kaiser sagt selbst dem Kurfürsten, weil er zur Erfüllung dieser Verpflichtung allezeit eine starke Mannschaft werde halten müssen, jährliche Subsidien zu. Seinerseits verspricht der Kurfürst, bei einer Kaiserwahl seine Stimme einem Erzherzog zu geben, überdies aber bei der Erledigung der spanischen Erbschaft unter alsdann näher festzusetzenden Bedingungen die Rechte der deutschen Linie verfechten zu helfen; er tritt, wie man sieht, dem Hause Österreich in seinen vornehmsten Interessen gegen Frankreich bei. Dagegen macht der Kaiser auch in bezug auf die schlesischen Differenzen eine ins Gewicht fallende Konzession. „Um allen aus denselben zu besorgenden Mißverständnissen vorzubeugen, zur Bezeigung seiner Freundschaft gegen das kurfürstliche Haus, besonders zur Stiftung dieser genauen Allianz", erklärt der Kaiser, daß er dem Kurfürsten und dessen Nachkommen männlichen Geschlechts den schwiebusschen Kreis in Schlesien und die lichtensteinsche Erbfolge an Ostfriesland abtrete. Der Schwiebuser Kreis gehörte zum Herzogtum Glogau; er sollte jetzt von demselben getrennt und mit dem brandenburgischen Crossen verbunden werden. Für den Fall, daß es zu völliger Richtigkeit komme, leistet der Kurfürst auf alle obenerwähnten Ansprüche Verzicht.

Wenn man dies liest, so erhebt sich die Frage, wieso die brandenburgischen Minister nun doch ihren oft wiederholten Erklärungen untreu wurden und gegen wenig bedeutende Zugeständnisse nicht allein umfassende Ansprüche und Rechte aufgaben, sondern auch Verpflichtungen übernahmen, welche ihre Politik auf unabsehbare Zeiten fesselten. Hatten sie nicht immer gesagt, es sei besser, lieber nichts anzunehmen und die Anrechte in ihrer ganzen Integrität der Zukunft vorzubehalten?

Die Erklärung hiervon liegt, nach einem Aufsatz des schon damals wirksamen, später zu der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten aufgestiegenen Ilgen darin, daß den vornehmsten und in dieser Sache unbeugsamen Ministern dieser Vertrag gar nicht mitgeteilt worden ist; es wurden ihnen nur die Nebenverträge vorgelegt: eine Abkunft über Hilfstruppen gegen die Türken, aber ein Rezeß über die Abtretung von Schwiebus, ohne daß der über die spanische Erbfolge getroffenen Verabredung Erwähnung geschehen war; von den geheimen Stipulationen erfuhren nur die, welche man als entschiedene Anhänger des Kaisers betrachtete. Die Unterhandlung führte vornehmlich Paul Fuchs, der das volle Vertrauen des Kurfürsten besaß und ohne Zweifel ein für das brandenburgische Haus, das doch wieder einen Zuwachs erhielt, und für die allgemeinen Interessen sehr nützliches Werk zustande gebracht zu haben glaubte; allein auch er war getäuscht.

Denn wenn man nun die zweite Frage aufwirft, wie sich Österreich doch zuletzt zu einer Abtretung von Land und Leuten bestimmen ließ, so sieht man bald, daß es sein Ernst nicht war. Für die ganze Verhandlung kam es dem kaiserlichen Gesandten zustatten, daß sich am Berliner Hofe eine Partei für Trennung von Frankreich und Vereinigung mit Österreich gebildet hatte, an deren Spitze der Fürst von Anhalt und der Kurprinz standen. Kurprinz Friedrich war auch deshalb ein natürlicher Gegner der Allianz mit Frankreich, weil er sich bereits als den Erben von Orange betrachtete, das von den Franzosen eigenmächtig mit politischen Übergriffen und religiösen Verfolgungen heimgesucht wurde. Er teilte die Feindschaft des Prinzen von Oranien gegen Frankreich. Für die einzig richtige Politik Brandenburgs hielt er die Verbindung mit dem Kaiser in den deutschen und allgemeinen Angelegenheiten. Er war sehr bereit, alles zu tun, was zu einer Wiederherstellung des guten Vernehmens zwischen beiden Häusern beitragen konnte. Zu den Verhandlungen selbst ward er nicht herbeigezogen; über die Hauptpunkte, die dabei zur Sprache kamen, nicht unterrichtet. Er befand sich in der ungenügenden Lage, in welche die Nachfolger häufig geraten, von den Angelegenheiten, welche ihre Zukunft betreffen, nur allgemeine Kunde zu erhalten, bei der die Abweichung von ihren Ideen sich nicht selten stärker darstellt, als sie ist und ihren Unmut reizt. An den nun wandte sich Freitag. War der Prinz von der allgemeinen Notwendigkeit eines engen Bündnisses mit dem Kaiser durchdrungen, so mußte es Eindruck auf ihn machen, wenn ihm Freitag

versicherte, die Weigerung seines Vaters, darauf einzugehen, rühre nur von den Vorstellungen her, die ihm der französische Gesandte dagegen mache. Der Kurprinz hatte von dem aus der alten Erbverbrüderung herrührenden Anspruch auf die piastischen Herzogtümer keinen Begriff und kannte nur den Anspruch auf Jägerndorf; aber man sagte ihm, für dies kleine Land mache man dem Vater Anerbietungen, die derselbe wohl annehmen könne, aber zurückweise, wenn ihm nicht der schwiebussche Kreis abgetreten werde: der französische Gesandte veranlasse ihn hierzu in der bestimmten Absicht, die Verbindung mit dem Kaiser unmöglich zu machen; denn er wisse wohl, daß der Kaiser, durch seinen böhmischen Kroneneid gefesselt, Schwiebus nicht abtreten könne. Freitag hat behauptet, der Kurprinz habe sich aus freien Stücken erboten, bei dieser Lage der Sache den Abschluß des Vertrages dadurch möglich zu machen, daß er verspreche, wenn er zur Regierung komme, den Kreis an den Kaiser zurückzugeben. Der Kurprinz hat dagegen allezeit versichert, der Antrag sei ihm von seiten des Gesandten gemacht worden. Daran liegt nicht soviel, wer das Wort zuerst ausgesprochen hat. Denn wie leicht ist es in persönlicher Diskussion, die Auskunft, die man wünscht, dem anderen Teile so nahe zu legen, daß dieser selbst darauf verfällt und sie zuerst formuliert. Unleugbar ist es, daß der Fürst von Anhalt an der Verhandlung den wirksamen und selbst entscheidenden Anteil gehabt hat: sonst aber wurde dem Kurprinzen das strengste Geheimnis zur Pflicht gemacht. Nicht einmal der vertrauteste Rat, der seine Angelegenheiten verwaltete, sein alter Lehrer Eberhard von Danckelmann, durfte davon erfahren. Das Verhältnis zu dem Vater mochte diese Verschwiegenheit ratsam erscheinen lassen; aber die unmittelbare Folge davon war, daß der Prinz sich überreden ließ: man biete seinem Vater Schwiebus gleichsam für nichts an, nur eben um des Friedens willen. Man steckte ihm, wie er selbst sagte, den Revers, den er unterzeichnen sollte, in die Hände. Ohne mit irgendwem darüber zu Rate zu gehen, vollzog er die Unterzeichnung. Als er später nach dem Antritt der Regierung bessere Kunde bekam, hat er sich darüber auf das bitterste beklagt. In einem Erlaß an die Geheimen Räte bemerkt er, daß für ihn, wenn er Schwiebus zurückgeben müsse, auch eine gegründete Veranlassung bestehe, die Rechte geltend zu machen, die von seinem Vater gegen die Abtretung dieses Kreises aufgegeben worden seien. Die Differenz beherrscht die Folgezeit, sowie sie aus der fernen Vergangenheit stammt.

Der vornehmste Grund, aus welchem man österreichischerseits

jede Abtretung ablehnte, lag in der Behauptung, daß der Kaiser durch seinen Eid als König von Böhmen daran verhindert werde. Gewiß ein treffendes Argument, wenn nur von einer durchaus auf den Verhältnissen, wie sie standen, gegründeten Abkunft die Rede gewesen wäre; bei der Lage dieser Sache aber insofern nicht entscheidend, als ja die Rechte der böhmischen Krone über die erbgesessenen schlesischen Fürsten, kraft deren sie die Anerkennung der Erbverbrüderung verweigerte, von jeher zweifelhaft gewesen waren. Es ließ sich nicht denken, daß nicht ein anderes Mal wieder davon die Rede sein würde; zunächst aber waren die Schwierigkeiten gehoben.

Der Kaiser entließ den Schwiebuser Kreis seiner Pflicht gegen das Haus Österreich. Die kurfürstlichen Bevollmächtigten empfingen den Handschlag der Treue und Untertänigkeit von den Ständen. Der Kurfürst, der diese Überlieferung als auf immer geschehen betrachtete, hielt sie an sich für ungenügend. Was ihn dennoch bewog, darauf einzugehen, war nicht sowohl der territoriale Erwerb, obwohl derselbe sehr zur Genugtuung gereichte, als die Lage der großen Angelegenheiten.

Den Krieg gegen die Türken, zu dem er nunmehr mitwirkte, betrachtete er als die Sache des gesamten östlichen Europa. Man hat damals den größten Wert darauf gelegt, daß er durch seine Dazwischenkunft den ewigen Frieden zwischen Rußland und Polen vermittelte, infolgedessen es den beiden Mächten möglich wurde, an den Feldzügen gegen die Osmanen mit allen ihren Kräften teilzunehmen. Durch den Beitritt von Venedig kam dann eine Liga zustande, die zu einem entscheidenden Umschlag in den Verhältnissen des südöstlichen Europa geführt hat. Kurfürst Friedrich Wilhelm war kein Mitglied derselben, aber er unterstützte sie mit seinen besten Kräften. Es ist immer im Gedächtnis geblieben, wie er das kleine Heer, welches er dem Kaiser zuschickte, unter dem General Schöning, bei Crossen musterte: in stattlicher Erscheinung zu Pferd, obgleich schon in vorgerücktem Alter, und mit welcher Ansprache er sie entließ. Es war zum erstenmal seit den pommerschen Feldzügen, daß seine Brandenburger sich wieder zu Waffentaten anschickten. Er sagte ihnen zum Abschied: er vertraue ihnen den erworbenen Waffenruhm der Brandenburger an; „er werde mit Geist und Gemüt allezeit in ihrer Mitte sein“. Die Truppen trafen noch zur rechten Zeit in Ungarn ein, um bei der großen Unternehmung des Jahres 1686, der Belagerung von Ofen, mit tätig zu sein. Man erfährt, daß eben das Feuer der brandenburgischen Mörser und Haubitzen bei den

Osmanen große Wirkung hervorbrachte. Der Oberbefehlshaber, Herzog von Lothringen, schrieb ihnen vielen Anteil an dem glücklichen Erfolge zu. Die Feste, welche den Osmanen bisher die Herrschaft in Ungarn gesichert hatte, fiel in die Hände der Kaiserlichen. Der Krieg nahm überhaupt eine entscheidende Wendung zugunsten der christlichen Waffen.

Wenn die Beruhigung des europäischen Ostens die Bedingung der Sukzesse in Ungarn war, so trug Friedrich Wilhelm auch insofern dazu bei, als er eben damals mit Schweden in ein freundschaftliches Vernehmen trat (Februar 1686). Doch herrschte bei den Verhandlungen darüber noch ein anderer Gesichtspunkt vor. Die beiden Mächte vereinigten sich zur Erhaltung der Integrität des Deutschen Reiches und zum Schutz der Evangelischen. Die Veränderung der Politik des Kurfürsten erschien bei dieser Abkunft besonders auffallend. Der Vertrag mit Schweden schloß eine Tendenz in sich, die offenbar zuletzt gegen Frankreich gerichtet war. Der Widerspruch, der darin lag, ist doch nicht ohne eine gewisse innere Folgerichtigkeit; die große, niemals aufgegebene Intention ging dahin, die beiden eingedrungenen Potenzen vom Boden des Reiches zu entfernen; sie führte an sich zur Feindseligkeit gegen die beiden Mächte. Was nun gegen die Schweden vor kurzem beabsichtigt worden, ward durch den Rückhalt, den sie an Frankreich fanden, vereitelt. Wenn der Kurfürst die Freundschaft mit Frankreich auch deshalb gesucht hatte, um zuletzt gegen Schweden anzugehen, so war ihm dies mißlungen. Da nun das Übergewicht von Frankreich um so drohender auftrat, so wendete er sich mit rascher Entschlossenheit an Schweden, um dem Reiche und sich selbst die Unterstützung dieser Macht gegen Frankreich zu verschaffen; denn das Allergefährlichste war eine Vereinigung der beiden Mächte. Man mußte entweder mit der einen oder der anderen gehen und ihr Zusammenwirken unter allen Umständen verhindern. Wir behaupten nicht, daß dieser Gedanke in vollkommener Präzision von dem Kurfürsten gefaßt worden sei. Eine authentische Erklärung desselben darüber ist uns nicht bekannt geworden; doch wäre eine solche an sich nicht zu erwarten: denn wer spräche jemals die letzten Gedanken aus, mit denen er in seiner Seele umgeht. Aber selbst abgesehen von dem subjektiven Moment, so brachte es die Kombination der Verhältnisse in ihrem Wechsel notwendig mit sich. Wenn das protestantische Prinzip verteidigt werden sollte, so mußte man Schweden für sich haben; und da nun einmal der Kurfürst die Schweden an seiner Seite dulden mußte, so war es

Feldmarschall Derfflinger.
Nach dem Kupferstich von Johann Hainzelmann.

ratsam, sich ihrer eventuellen Beihilfe gegen Frankreich, dessen Übermacht alle Tage wuchs, zu versichern. So war der Vertrag mit Holland gemeint gewesen. Ein Glück für Europa, daß das protestantische Gemeingefühl Schweden, Brandenburg und Holland vereinigte[1]. Alles aber geschah in Formen, so auch in einer Absicht, über welche Frankreich sich nicht offen beschweren konnte. Man wollte nur einem weiteren Umsichgreifen dieser Macht entgegentreten, von welchem sie doch nicht eingestehen durfte, daß sie damit umgehe.

Eine höchst außerordentliche politische Lage war es nun, in welche Friedrich Wilhelm auf diese Weise geriet. Er schloß sich faktisch der Assoziation an, die er früher im Bunde mit Frankreich bekämpft hatte. Diesen Bund aber wollte er darum nicht aufgeben; er hielt ihn vielmehr, inwiefern er zur Erhaltung des Friedens notwendig war, sorgfältig aufrecht. Er ging nicht etwa, wie das Gutachten von Meinders in Aussicht stellte, von einer Partei zur anderen über; sondern in der Mitte von beiden nahm er seine Position pazifikatorisch, zugleich abwartend, ein. In Versailles fehlte es nicht an Remonstrationen gegen die anderweiten Verbindungen des Kurfürsten. Dieser ließ sich dadurch nicht irren. Er bestand darauf, daß er in Konföderation mit Frankreich, nicht in Dependenz von demselben stehe. Er wiederholte: „Er halte es für ein Glück, mit Frankreich verbündet zu sein: er müsse manchen Vorwurf darüber hören; aber er glaube dadurch nicht so gefesselt zu sein, daß er nicht, wenn er es für nötig halte, auch nach anderen Seiten hin Bündnisse eingehen dürfe. So schließe auch Frankreich mancherlei Verträge ab, von denen sein Staat und das deutsche Vaterland nahe berührt würden, ohne daß ihm die geringste Meldung davon geschehe." Dies war der Charakter der damaligen Politik überhaupt, nach allen Seiten Unterhandlungen, die an jeder Stelle ihre besondere Begründung hatten, und Traktate, die denselben entsprachen, wobei divergierende Tendenzen, die dann etwa in den geheimen Artikeln Ausdruck fanden, nicht vermieden wurden.

Man empfand das, ohne darum miteinander zu brechen. Im Juli 1686 wurde dem französischen Hofe mitgeteilt, daß der Kur-

[1] Diese Wertung, die Ranke hier einfließen läßt, ist die Grundlage für seinen Aufsatz „Die Großen Mächte" (Päpste II, 443 ff., besonders Seite 447). Die Gemeinschaft der europäischen Staaten und Nationen kann sich ebenso wie die Entwicklung der Menschheit überhaupt nur dann in ihrer ganzen Lebendigkeit darstellen, wenn nicht ein Teil, eine besondere Macht alle anderen erdrückt. Das ist ein Grundzug aller Werke Rankes. (Vgl. auch Reformation I, 428 und III, 199.)

fürst mit dem Kaiser ausgesöhnt sei. Das konnte dort nicht anders als einen unangenehmen Eindruck machen; aber man sah darin nicht unbedingt einen Vorteil für Österreich, welches sich zu Konzessionen herbeilassen müsse. Man erwartete von Brandenburg eine Gegenwirkung gegen die von den Spaniern befürworteten Ratschläge, nach denen der Krieg mit den Türken beendigt und die ganze Macht des Reiches gegen Frankreich gewendet werden sollte. Man glaubte, der Kurfürst, der mit religiösem Feuer jetzt selbst am Türkenkrieg teilnehme, würde das nicht billigen: war er doch auch der Verbindung der oberdeutschen Fürsten, die man als die Liga von Augsburg bezeichnet, nicht beigetreten. Er schien durch seine Stellung zur Neutralität angewiesen zu sein. Der Zusammenkunft, die zwischen dem Kurfürsten und dem Prinzen von Oranien im Sommer 1686 zu Kleve stattfand, hat man eine größere Bedeutung zugeschrieben, als ihr zukommt; man hat gemeint, die Unternehmung des Prinzen von Oranien gegen England unter Zuziehung des Marschall Schomberg, der damals in brandenburgische Dienste getreten wäre, sei dort vorläufig verabredet und zugleich der Plan einer Invasion in Frankreich festgestellt worden. Aber Schomberg befand sich in dieser Zeit in Portugal. Da er sich zum Übertritt zu dem Katholizismus nicht verstehen wollte, war er auf einem französischen Schiffe, das für ihn besonders bestimmt war — eine Gunst, die ihn aber zugleich hinderte, sich nach einer anderen Seite hin zu wenden —, nach Portugal gegangen, wo er an dem Hofe, der ihm die größte Dankbarkeit schuldete, gern aufgenommen wurde.

Noch standen die englischen Angelegenheiten nicht so, daß ein gewaltsames Eingreifen in dieselben von seiten des Prinzen von Oranien nötig erschienen wäre. Noch hoffte derselbe auf regelmäßigem Wege durch seine Gemahlin auf den englischen Thron zu gelangen. Und von einer Invasion in Frankreich konnte nur eventuell die Rede sein; die in Holland zusammenströmenden Hugenotten mögen sie dem Kurfürsten leichter vorgestellt haben, als sie war.

Die Verhandlungen, die man in Kleve wirklich gepflogen hat, gingen hauptsächlich dahin, die französische Übermacht nicht etwa durch eine Entzweiung unter den protestantischen Fürsten und Staaten zu befördern: besonders richtete man sein Augenmerk auf die Beilegung des Haders zwischen Lüneburg und Dänemark, der aus den Streitigkeiten der Bürger und des Rates von Hamburg entsprungen war.

Aber daß es zu einem Bruche mit Frankreich kommen würde,

lag doch damals außer aller Wahrscheinlichkeit. Der französische Hof, welcher die Folgen der Widerrufung des Edikts von Nantes bereits empfand, wollte doch den Zweck, den er dabei im Auge gehabt hatte, erst vollständig erreichen, ehe er etwas anderes unternahm. In Deutschland beschied man sich, unmöglich mit dem türkischen zugleich einen französischen Krieg führen zu können. Zwischen Frankreich und Brandenburg gab es noch keinen offenen Zwiespalt. Auf beiden Seiten genossen die Gesandten Ansehen und Vertrauen; aber es fehlte doch dabei niemals an Differenzen, und alle Tage wurden diese bedeutender. Auf das lebhafteste verwarf der Kurfürft die Ansprüche, die von dem Könige von Frankreich bei dem Abgange der Simmerschen Linie in der Kurpfalz auf die Verlassenschaft derselben zugunsten seines Bruders, der mit der Schwester des letzten Kurfürsten vermählt war, erhoben wurden. Er führte aus, daß die geborene deutsche Prinzessin keine anderen Rechte haben könne als die, welche das deutsche Fürstenrecht zulasse. Unter seiner Einwirkung geschah es, daß die darüber hinausgehenden Anforderungen der Franzosen von seiten des Deutschen Reiches zurückgewiesen wurden. Sein Blut wallte auf, als ihm eine Beschreibung des Standbildes zukam, welches von den Bewunderern des Königs damals errichtet wurde. Abgesehen davon, daß in den Basreliefs eine Andeutung der Nachgiebigkeit vorkam, zu der er selbst und der König von Dänemark sich bei dem Frieden von Nimwegen entschlossen hatten, erblickte er in dem Denkmal eine unzulässige Überhebung der Franzosen in Beziehung auf den letzten Krieg. Er bemerkte, wenn sie in einigen Kriegshandlungen die Oberhand behauptet hätten, so sei in anderen das Gegenteil der Fall gewesen; und man könne zweifeln, ob den Deutschen nicht größere Reputation zuteil geworden sei als den Franzosen. Was später geschehen, z. B. die Eroberung Straßburgs, das sollte man mehr entschuldigen, als darüber triumphieren. Indem er sich der Ehre der Nation und seiner eigenen annahm, trat nun aber ein Streitpunkt von wichtigster realer Bedeutung hervor.

Die vornehmste Absicht Ludwigs war, den zwanzigjährigen Waffenstillstand, wie er vorlag, in einen definitiven Frieden zu verwandeln. Ein großer Umkreis deutscher Gebiete würde damit für immer an Frankreich überlassen worden sein. Von allen Kontraventionen gegen den Stillstand, die man dem König schuld gab, sollte selbst am Reichstage nicht die Rede sein dürfen. Je glücklicher die Erfolge waren, zu denen die Kriege des Kaisers und seiner Verbündeten in Ungarn führten, um so entschiedener ver-

langte Ludwig XIV., in den definitiven Besitz der eingenommenen Reichslande gesetzt zu werden; denn wer könne zweifeln, daß der Kaiser Frankreich mit Krieg überziehen werde, sobald er der Türken Meister geworden sei. Er forderte im Jahre 1687 eine Entscheidung vor dem nächsten Feldzug. Das große Interesse der Christenheit bewog den Päpstlichen Stuhl, darüber in Unterhandlung mit dem Kaiser zu treten, der, wenn der Friede mit Frankreich nicht sogleich geschlossen werden könne, doch versprechen solle, dasselbe keiner Beschwerde halber mit Krieg zu überziehen. Die päpstliche Vermittlung und die Einflüsse von Frankreich bewirkten doch so viel, daß die rheinischen Kurfürsten und andere Stände dafür gewonnen wurden. Selbst der brandenburgische Gesandte Jena ließ sich zu einem Gutachten herbei, in welchem er sich mit diesen Absichten konformierte. Der Kurfürst geriet in heftige Entrüstung darüber; er behauptete, sein Gesandter habe unter dem Einfluß eines französischen Ministers, der alle violenten Ratschlüsse befördere, gehandelt und die von Rom ausgegangenen Memoralien sogar noch überboten. Er zögerte keinen Augenblick, ihn abzurufen, so daß die Vorschläge, die ohnedies Aussicht gehabt hätten, angenommen zu werden, verworfen wurden. Auch bei diesem starken Gegensatz meinte der Kurfürst noch immer nicht, mit dem König von Frankreich zu brechen. Er sagte ihm, allen Kredit, den er durch die Beförderung des armistitium in Deutschland gewonnen, würde er verloren haben, wenn er sich jenem Gutachten seines Gesandten nicht widersetzt hätte. Er würde unfähig geworden sein, dem König jemals wieder einen Dienst zu leisten.

Ein Akt der Selbständigkeit des Kurfürsten war die Aufnahme des Marschall Schomberg in seinen Dienst, die im April 1687 wirklich erfolgte. Schomberg hatte auch in Portugal Anfechtungen zu erdulden, die ihm den dortigen Aufenthalt unerträglich machten. Daß er sich dann nach dem Haag, hierauf nach Berlin begab, machte doch Aufsehen in Frankreich, wo der Abgang tüchtiger Generale bereits gefühlt wurde. Man hat dem Marschall Vorschläge zu dem Wiedereintritt in den Dienst gemacht; denn leicht werde ein gutes Verhältnis sich wiederherstellen lassen; er antwortete: er sehe, daß man in Frankreich überhaupt Leute, die sich zu seiner Religion bekennen, nicht mehr haben wolle.

Das religiöse Motiv war auch für Schomberg das Entscheidende. Schon früher hat ihm der Kurfürst durch einen französischen Prediger im Haag Anträge machen lassen; diese nahm er nunmehr an, merkwürdigerweise jedoch nicht, ohne die Erlaubnis

dazu vom Könige von Frankreich eingeholt zu haben; sie wurde ihm auf so lange gegeben, als der Kurfürst im Bündnis mit Frankreich verharre.

Er empfing die oberste Stellung im Kriegsdienst, wurde Mitglied des Geheimen Rates und Statthalter in Preußen. Die häuslichen Einrichtungen, die er in Berlin traf, zeugen von seiner Absicht, sich daselbst für immer anzusiedeln. Seine Bestallung entwickelt besonders die Gesichtspunkte, die er als Statthalter von Preußen im Auge zu behalten habe. Er soll das gute Einvernehmen mit den Nachbarn sowie den inneren Frieden pflegen, die Katholiken in den durch die Traktate festgesetzten Schranken zu halten sich angelegen sein lassen. Eine Hauptabsicht bei der Aufnahme Schombergs war ohne Zweifel, daß er die Armee, für deren innere Ausbildung und Verfassung Frankreich das Muster darbot, diesem gemäß weiter gestalten solle. Wie es sich auch mit dem Gedanken einer ferneren Verwendung Schombergs verhalten möge: unverfänglich war es an sich nicht, daß ein aus französischen Diensten tretender General an die Spitze des brandenburgischen Heerwesens gestellt wurde. In jeder weiteren Verwicklung mußte sein Wort maßgebend sein.

Wohl hat man in Frankreich Anstoß daran genommen, beruhigte sich aber mit der Erklärung, daß der Kurfürst an dem Austritt Schombergs aus dem französischen Dienst keinen Anteil habe und dem einmal Ausgetretenen das Recht zustehe, Dienst zu nehmen, wo es ihm beliebe. Der französische Minister Croissy ließ sich das gefallen. Er lehnte seinerseits den Vorwurf ab, daß Frankreich die alte Politik, mit den protestantischen Ständen in Verbindung zu stehen, aufgebe: denn nur auf das Innere Frankreich beziehe sich, was der König gegen die Reformierten tue; die äußere Politik meine er nicht zu verändern, namentlich nicht seine Beziehung zu den protestantischen Reichsfürsten abzubrechen. Gleich als ließe sich das in unserem Europa wirklich so vollkommen scheiden: die Tendenzen, welche im Innern eines großen Reiches vorwalten, werden immer eine unvermeidliche Rückwirkung auf die Nachbarn haben und die auswärtigen Verhältnisse bestimmen[1]. Wie sehr war dies damals der Fall, als wieder ein großes katholisches Interesse emporkam, von welchem der Protestantismus in seiner Selbständigkeit gefährdet wurde.

Der Charakter eines protestantischen Staates, wie er sich eben in Brandenburg ausbildete, schloß zugleich Widerstand gegen die

[1] Vgl. die ausführliche Behandlung dieses Gedankens in den „Großen Mächten“ (Päpste II, 443 ff.).

Entwicklung der Übermacht des entgegengesetzten Prinzips in sich ein. Nicht allein aber gegen Frankreich, sondern auch gegen Österreich strebte diese Richtung an. Der Orden der Jesuiten war in der Hofburg zu Wien ebenso mächtig und noch mächtiger als in dem Schlosse zu Versailles. Der Fortgang des Übergewichts von Österreich würde die von den Protestanten im Reiche errungene Stellung ebenfalls zugrunde gerichtet haben.

Auch nach den letzten Verträgen war doch für den Kurfürsten eine unbedingte Bundesgenossenschaft mit dem Kaiser unmöglich. Um nicht den König von Frankreich noch weiter um sich greifen zu lassen, hat er über seine alten und neuen Streitigkeiten mit Leopold I. einen Austrag angenommen. Jene Absichten, die er für den Fall des Erlöschens der deutschen Linie des Hauses Österreich in ihrem Mannesstamm gefaßt hatte, fanden keine Stätte mehr, da die Nachkommenschaft des Kaisers gesichert war. Der Kurfürst erkannte selbst die Ansprüche Österreichs auf die Sukzession in Spanien im Gegensatz gegen Frankreich an. Und wenn es jemals sein Ernst gewesen war, was wir jedoch kaum annehmen dürfen, dem Hause Bourbon zur Erwerbung der kaiserlichen Würde behilflich zu sein, so war dieser Gedanke schon längst so gut wie aufgegeben; weder von der einen noch von der anderen Seite sprach man davon. Der Kurfürst hat sich vielmehr verpflichtet, bei der nächsten Vakanz dem Hause Österreich ebenso zur Seite zu stehen, wie das von seinen Vorfahren fast immer und von ihm selbst bereits geschehen war; doch gab er seine selbständige Haltung darum nicht auf.

Wenn damals die Rede davon war, dem ältesten Sohne des Kaisers Joseph die römische Königswürde zu übertragen, so erklärte sich der Kurfürst fürs erste namentlich, bevor derselbe das gesetzliche Alter erreicht habe (er zählte erst zehn Jahre), dagegen, was dann in Frankreich einen sehr guten Eindruck machte; noch weniger hätte er der Absicht des Hauses Österreich, den Herzog Karl Leopold von Lothringen, Schwager des Kaisers, zur Krone von Polen zu befördern, seinen Beistand geliehen. Er erklärte, in der Sache der polnischen Königswahl nichts tun zu wollen, ohne mit Frankreich Rücksprache genommen zu haben.

Und wenn wir sahen, mit welchem Eifer der Kurfürst den Krieg gegen die Türken förderte, so machten ihn doch die unerwartet großen Erfolge desselben wieder besorgt, daß Österreich zu mächtig werden würde. Für ihn war eine Art Gleichgewicht zwischen Frankreich und Österreich notwendig; denn in der Beseitigung der Übermacht des einen und des anderen bestand seine

Sicherheit und Unabhängigkeit. Den mancherlei Reibungen, die vorgekommen waren, zum Trotz hielt er doch an seiner Verbindung mit Frankreich, selbst mit einer Art von Eifersucht fest. Er nahm nicht geringen Anstoß daran, daß ein Bündnis zwischen dem Hause Lüneburg, mit dem er wieder in Mißhelligkeiten geraten war, und Frankreich im Werke war. Die Franzosen stellten die Unterhandlung nicht in Abrede; aber sie versicherten ihm, er habe davon nichts zu fürchten, wenn er nur selbst an ihrer Allianz festhalte.

Sehr eigentümlich markiert war nun die Stellung des Kurfürsten Friedrich Wilhelm; seine Neutralität zwischen Frankreich und Österreich hatte die eigentümliche Form eines Bündnisses mit der einen und der anderen Macht, bei dem er seine Unabhängigkeit sorgsam vorbehielt. Auch die freundschaftlichen Verhältnisse, die er sonst nach anderer Seite hin angeknüpft hatte, waren doch nirgend ohne Spannung. Dem geschlossenen Bündnis zum Trotz hat ein holländischer Gesandter den brandenburgischen Hof, bei dem er beglaubigt war, verlassen müssen, weil er in den maritimen Streitsachen keine befriedigende Auskunft mitbrachte. Dieser Gesandte hatte wohl gemeint, den französischen Einfluß in Berlin vernichten zu können. Seine Entfernung gereichte dann eben dem französischen Hofe zur Genugtuung.

In dieser Verbindung vielfältiger Allianzen mit eigenartiger Selbständigkeit kann man das Resultat der Politik des Kurfürsten in seinen letzten Jahren sehen.

Nach dem Nimweger Frieden war er in die Gefahr geraten, durch die von beiden Seiten ihm gegenüberstehenden Parteien herabgedrückt und vielleicht niedergeworfen zu werden; jetzt war er dahin gelangt, daß beide sein Bündnis aufs eifrigste suchten. Seine Reputation beruhte vor allem auf der stattlichen bewaffneten Macht, die er geschaffen und die sich bereits durch ihre Kriegstaten hohes Ansehen erworben hatte. Man mußte seine Feindschaft fürchten, seine Freundschaft war willkommen.

In der durch diese Stellung gebotenen Politik, bei der ruhigen Abwägung aller Interessen bis zu dem Augenblick, wo wieder andere Entschlüsse gefaßt werden mußten, wurde der Kurfürst durch den Versuch seines Sohnes, sich von dem Hofe loszureißen, unangenehm überrascht. Wir werden der Sache in der Folge näher gedenken. Die politische Tragweite, die ihr der Kurfürst zuschrieb, hatte sie doch nicht. Nach einigen Monaten kehrte der Prinz zurück und schloß sich dem Vater in seinen damaligen Bestrebungen an.

Wenn jemals die Übermacht Frankreichs drohend erschien, so war das gegen Ende des Jahre 1687 und im Anfang des Jahres 1688 der Fall. Immer dringender wurde die Forderung desselben, den Waffenstillstand in einen Frieden zu verwandeln, was, wie wir wissen, dem Reiche schwere Verluste zugezogen haben würde. Und was sollte daraus werden, wenn der Kardinal Fürstenberg, der als der eifrigste Anhänger Frankreichs galt und im Jahre 1688 zum Koadjutor von Köln erhoben wurde, wirklich in den Besitz dieses Erzbistums, vielleicht auch der mit demselben damals verbundenen Bistümer Münster, Hildesheim und Lüttich gelangte, wenn dann Frankreich Ernst machte, seine Prätensionen auf die Pfalz durchzuführen.

Nimmermehr konnte der Kurfürst dies geschehen lassen. Wiewohl er seine Streitkräfte, selbst in Rücksicht auf eine solche Eventualität, möglichst verstärkt hatte, so war er doch weit entfernt, den Widerstand allein über sich nehmen zu können. Weder von dem Kaiser, der in Ungarn beschäftigt war, noch von den deutschen Fürsten, noch von dem übrigen Europa konnte er auf Unterstützung bei einem solchen Vorhaben rechnen. Von jeher war seine Meinung gewesen, daß es nur dann geschehen könnte, wenn England Partei gegen Frankreich ergreifen würde.

Nicht allein aber die Entlegenheit, wie einst gesagt wurde, sondern vielmehr die Unzuverlässigkeit der englischen Regierung unter Karl II. hatte alle Verbindungen mit ihr unmöglich gemacht. Von König Jakob II. hegte man lange Zeit die Hoffnung, daß er für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts miteintreten werde. Und wahr ist es, daß er in seinen ersten Regierungsjahren nicht schlechthin als ein Verbündeter Ludwigs XIV. betrachtet werden konnte; allein seitdem hatte er sich, von katholischen Antrieben beherrscht, immer mehr in den Kampf gegen die protestantische Verfassung des Landes verwickelt. Er hatte dabei die Unterstützung Ludwig XIV. und bedurfte des Übergewichts desselben, das auch auf England zurückwirkte, zur Durchführung seiner kirchlichen Absichten. Durch das gemeinschaftliche religiöse Interesse wurden die beiden Könige auch politisch auf das engste verbunden.

Schon längst richtete die protestantische Welt dagegen ihre Augen auf den Prinzen von Oranien, von dem man voraussetzte, daß er auf dem regelmäßigen Wege der angebahnten Sukzession König von England werden würde. Nicht anders verstand es der Kurfürst, wenn er früher einmal diese Erwartung aussprach. Es ist ein Irrtum, wenn man meint, er sei für die Unternehmung

Monmouths gewesen: denn ihr Gelingen würde die Ansprüche des Prinzen vernichtet haben. Zwischen dem Kurfürsten und Jakob II. bestand überhaupt lange Zeit ein gutes Vernehmen. Im März 1686 erfuhr man im Haag, daß sich Jakob II. bei Ludwig XIV. auf das angelegentlichste für die Abstellung der Gewaltsamkeiten, die er in Orange vornahm, verwendet habe. Der englische Resident im Haag suchte den brandenburgischen auf, um zwischen beiden Höfen eine gewisse Gemeinschaft in der Politik herbeizuführen: denn noch hielt auch der König daran fest, daß der Prinz von Oranien ihm nachfolgen werde: er hatte das wiederholt auf das bündigste erklärt. Die Dinge näherten sich erst dann einer Krisis, als im folgenden Jahre die Gegensätze in England unvereinbar aufeinanderstießen. Alles knüpfte sich daran, daß König Jakob bei seinem Versuche, die Eidesleistungen abzuschaffen, auf denen der protestantische Charakter der englischen Verfassung beruhte, einen Widerstand fand, dem der Prinz und die Prinzessin von Oranien unbedingt vor aller Welt Beifall gaben. Jenes Flugblatt, in welchem gegen Ende des Jahres 1687 der Ratspensionarius Fagel im Namen derselben diese Gesinnung aussprach, wurde allenthalben als ein Manifest gegen das Vorhaben des Königs betrachtet. Nur in der persönlichen Teilnahme des Prinzen sahen die Lords und Commons, die anglikanische Kirche und die Dissenters ihre Rettung.

Im Januar 1688 traf ein Schotte in Berlin ein, der dem Kurfürsten von der allgemeinen Bewegung Großbritanniens Nachricht gab, und zwar im Auftrage des Prinzen von Oranien. Die Zeit schien gekommen, in welcher der Beschluß gefaßt werden mußte, in diese Angelegenheit einzugehen. Gerade hierfür hatte es den größten Wert, daß der Kurfürst mit dem Kurprinzen wieder versöhnt worden war. Nur einer seiner vertrautesten Räte, Eberhard Danckelmann, wurde in das Geheimnis gezogen. Ein Zwischenfall, welcher entscheidend werden konnte, lag darin, daß Jakob II. in mannigfaltige Differenzen mit den Generalstaaten geriet, vornehmlich über die englischen Truppen, die in holländische Dienste getreten waren, die er zurückrief, die Generalstaaten aber nicht entlassen wollten. Der Streit war insofern prinzipiell, als der König auf die Unauflöslichkeit des Untertanenverbandes drang, welche die Republikaner naturgemäß leugneten, wie sie denn anderseits den König nicht so weit verstärken wollten, um, was durch die Rückkehr der Truppen möglich geworden wäre, ihre Glaubensverwandten unterdrücken zu können. In diesem Gegensatz verschwanden die Streitigkeiten zwischen dem Prinzen

und den Generalstaaten. Alles ließ sich zu einem Kriege an, bei welchem schon die Absicht vorwaltete, den Anglikanern einen Rückhalt zu gewähren, wie dann der König eben deshalb aus dieser Besorgnis Anstand nahm, das Parlament einzuberufen. Im März 1688 meldete der brandenburgische Gesandte im Haag dem Kurfürsten von den maritimen Rüstungen in Holland: achtzig Kapitalschiffe würden sogleich in See gebracht werden können. Im April gibt er Nachricht von der auf beiden Seiten alle Tage wachsenden Animosität. Wie sehr dies den Kurfürsten in seiner Seele beschäftigte, sieht man daraus, daß er inmitten der Agonien seiner schwersten Krankheit dem eintretenden Gardeoffizier eines Abends London und am folgenden Amsterdam zur Parole gegeben hat. Er selbst erlebte den Ausbruch des Kampfes nicht, den er kommen sah. Jene Worte sind vom 27. und 28. April; am 29. früh ist er gestorben. Das Tagewerk seines Lebens war vollbracht.

Kurfürst Friedrich Wilhelm steht ebenbürtig in der Reihe der großen theoretisch-praktischen Geister, die das siebzehnte Jahrhundert in seinen religiösen und politischen Kämpfen hervorgebracht hat[1]. Gustav Adolf und Kardinal Richelieu waren von unvergleichlich größerer Bedeutung für die Entscheidung der Weltgeschicke; Wallenstein unternehmender; Cromwell unergründlicher angelegt, originaler, an seiner Stelle gewaltiger; Karl Gustav verwegener; er vermaß sich, die Welt des Nordens aus ihren Angeln zu heben; niemals wird man den feinen Begründer der diplomatischen Weltstellung von Frankreich, Mazarin, noch auch den bedächtigen erwägungsvollen Republikaner Johann de Wit, den Urheber des politischen Gleichgewichts, vergessen. Friedrich Wilhelm hatte nicht eine Stellung, um eine so universal eingreifende Wirksamkeit auszuüben; aber seine Tätigkeit ist nicht minder bedeutend. Er lebte nicht allein in den momentanen Kämpfen; er vollbrachte eine Gründung für alle Zeiten.

Kurfürst Friedrich Wilhelm erscheint als ein Mann von natürlichster Einfachheit, der, wenn er über den Markt geht, wohl ein paar Nachtigallen kauft, die man feilbietet; denn er liebt Singvögel in seinen Gemächern; der in seinem Küchengarten das aus der Fremde gebrachte Reis mit eigener Hand pfropft, in Potsdam die Trauben im Weinberge lesen, die jungen Karpfen im Teich fischen hilft. Dabei aber richtete er sich doch eine stattliche Hofhaltung ein; er hält auf die Abzeichen, die ihn von allen anderen unterscheiden, er legt selbst Wert darauf, daß er einen gewissen

[1] Vgl. zu dieser Doppelseitigkeit des geschichtlichen Daseins die Einführungen zu den Werken der I. Reihe dieser Ausgabe. — Auch Seite 380.

Aufwand machen kann, nach welchem ihn niemand zu fragen hat. Für die Künste wohnte ihm ein natürliches Talent inne, so daß er das Gute und Brauchbare auf den ersten Blick unterschied. Er war mehr ein Kriegsmann als ein Gelehrter; aber er hatte Sinn für Gelehrsamkeit und den Wunsch, sich allseitig zu unterrichten. Wichtige Fragen über zweifelhafte Punkte legte er den Gelehrten vor, die er erreichen konnte, und ließ sich von ihnen Vortrag halten, ohne die Kontroverse zu scheuen. In seinen mittleren Jahren geschah das alle Tage: die Staatsgeschäfte litten dabei nicht. Er war vielmehr überzeugt, daß er eben des Rates der Gelehrten bedürfe, um sie zu führen.

Seine Staatsverwaltung hatte eine patriarchalisch-familiäre Ader.

Eine große Anzahl eigenhändiger Briefe von ihm an seinen vertrautesten Rat, Otto von Schwerin, sind aufbehalten. Alle öffentlichen Geschäfte und häuslichen Ereignisse werden darin in den Formen der herzlichsten Freundschaft erörtert. Der Fürst wünscht z. B. seinem Minister einen glückseligen guten Morgen oder Gottes Beistand bei der bevorstehenden Entbindung seiner Frau Liebsten. Darum durfte dieser aber keine persönlichen Interessen in die Verhandlungen mischen. Er wird wohl bedeutet, keine Affekte blicken zu lassen, wo er nur seine Meinung zu sagen habe.

In der alten Weise deutscher Fürsten liebte Friedrich Wilhelm noch regelmäßige und eingehende Deliberation.

Schon Oxenstierna lobt einmal den Fleiß, mit welchem der Kurfürst in seiner Jugend den Sitzungen seines Geheimen Rates beigewohnt; wie er sich sogar die Mühe gegeben habe, die verschiedenen Abstimmungen aufzuzeichnen. Er zog besonders juridisch gebildete Männer, welche politisches Talent verrieten, in denselben. In dem versammelten Staatsrat hielt er fürs beste, alle sprechen zu lassen, und zwar die jüngsten Mitglieder zuerst, weil sie, wenn die älteren ihre Meinung zuvor aussprachen, durch deren Autorität leicht beherrscht werden würden; seine Methode war: alles zu hören, aber selbst keine definitive Meinung zu äußern. Dafür behielt er die stille Überlegung mit sich selbst vor, nicht ohne Gebet. Durch diese Erhebung der Seele meinte er in den Stand gesetzt zu werden, den besten Rat zu finden und zu wählen. Man verglich sein Urteil mit dem Neigen der Zunge in der Waage: nach der Seite hin, wo das Übergewicht der Gründe fällt, fast ohne Willkür. „Und was ich dann", sagte er, „im Geheimen Rat einmal beschlossen, das will ich auch vollzogen

haben.“ Eben aus dieser Verbindung von Deliberation und entschiedenem Willen leitete man seine Sukzesse her. Seine Grundsätze waren: wohl überlegen, rasch ausführen; wo die Not vorhanden, da gilt kein Privilegium.

Sehr bequem und beliebt war sein Regiment mitnichten; die allgemeine Klage war, daß er die Untertanen zu sehr belaste, und zwar immer stärker, je älter er wurde. Man hatte viel von seinem Jähzorn zu leiden, der dann auch keineswegs ohne Einfluß auf die Geschäfte blieb. Wenn die großen Angelegenheiten überhaupt selten ohne Leidenschaft verwaltet werden, so war das auch bei ihm nicht der Fall. Aber in der Situation lag ein gutes Korrektiv momentaner Aufwallungen. Man hat wohl erlebt, daß er nach irgendeiner ihm geschehenen Mißachtung Feuer und Flamme war, um sich zu rächen, den anderen Tag aber Pazifikationsentwürfe zum Vorschein brachte, welche sehr wohl erwogen und von der anderen Seite angenommen werden konnten. Alles war voll von Gärung und Wechseln der Entschlüsse. Wer in dem vorigen Jahre mit Krieg und Verderben bedroht worden, dem wurden nach veränderten Umständen im laufenden Anerbietungen zu der engsten Verbindung gemacht. Jede neue Wendung der Dinge regte neue Entwürfe auf. Die persönliche Stimmung wurde doch immer durch die allgemeine Erwägung beherrscht.

In seinem Geiste war etwas Weitausgreifendes, man möchte sagen, allzu weit; wenn man sich erinnert, wie er Brandenburg in unmittelbaren Bezug zu den Küsten von Guinea brachte und auf dem Weltmeer mit Spanien zu wetteifern unternahm, oder wie er auf den Entwurf einging, zur Begründung einer allgemeinen Wissenschaft eine von aller Rücksicht auf die christlichen Konfessionen unabhängige Universität zu stiften. Er zweifelte nicht an dem Erfolge der geheimen Wissenschaften; er liebte von dem Entlegenen und Wunderbaren zu hören; und dabei war er doch durch und durch praktisch. An jeder Tätigkeit der Menschen hat die Imagination großen Anteil: denn das Zukünftige muß sich dem Geiste in ergreifbaren Formen darstellen. Die Verbindung einer ausführenden Tätigkeit mit einer Phantasie, die vor dem Unausführbaren nicht auf den ersten Blick zurückweicht, gibt seinem Wesen um so mehr etwas Großartiges und Außerordentliches. Wir fühlen um ihn her die geistige Luft, in welcher der Genius atmet; die Handlungen, die sich auf einen unendlichen Hintergrund der Gesinnung und der politischen Anschauungen erheben[1].

[1] Vgl. Seite 378.

In seinen jüngeren Jahren erschien der Kurfürst als ein schöner Mann, groß und wohl gewachsen, mit vollem Gesicht, bedeutend ausgeprägten Zügen und hellen Augen. Er vereinigte den Ausdruck der Entschlossenheit mit höflichem Wesen. Man urteilte aus seinem Gespräch, daß er die Welt kenne und die Geschäfte verstehe. So erschien er bei jener Zusammenkunft in Bromberg, auf welche dann bald ein Besuch der Königin von Polen in Berlin folgte; da kehrte der Kurfürst eine andere Seite seines Wesens hervor. Er holte sie mit einem Gefolge von 4000 Mann ein und einem ansehnlichen Geschütz, das zu ihrer Begrüßung gelöst wurde. So begleitete er sie auch, als sie wieder abreiste. Als sie sich von seiner Gemahlin getrennt hatte, ritt er noch eine Zeitlang neben dem Wagen her, stieg dann ab, um persönlich Abschied zu nehmen. Der Besuch hatte seiner Gemahlin Luise Henriette von Oranien gegolten, die auch mit ihm in Bromberg gewesen war; sie erschien neben ihm sanfter und ruhiger; sie war klein, aber wohlgestaltet; sie sprach wenig und verriet eine Neigung zur Melancholie. Sie fastete alle Dienstage, weil ihr Bruder an diesem Tage gestorben war. Auch bei festlichen Gelagen hielt sie dies ihr Gelübde; sie nahm die Gesundheiten an, die man ihr brachte, und erwiderte sie, ohne zu trinken. Aber mit ihrer religiösen Devotion verband sie doch auch ein Verständnis für die vorliegenden Fragen. Sie hielt es beinahe für die Pflicht der Gemahlin eines Fürsten, sich mit den öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen. Der Kurfürst hat sich bei ihren Ratschlägen wohl befunden: er hat sie nach ihrem Tode oft vermißt. Die zweite Gemahlin des Kurfürsten, Dorothea von Holstein-Glücksburg, war aus stärkerem Stoff gebildet. Sie begleitete ihn auf seinen Feldzügen, in das Getümmel des Feldlagers, in die Gefahren der Belagerungen; niemals wollte sie ihn verlassen. Sie behandelte ihn als den großen Mann, der er war; und war besorgt für sein Glück und seinen Ruhm. Man findet nicht, daß sie in den großen Angelegenheiten Einfluß auf seine Entschlüsse ausgeübt hat; dagegen in seiner äußeren Umgebung herrschte sie unbedingt. Unter den Freunden und Genossen der Familie war sie bekannt dafür, daß es ihr das größte Vergnügen auf der Welt mache, zu befehlen. Dem Kurfürsten, der sie gewähren ließ, verschaffte sie eine seiner Natur entsprechende Häuslichkeit. Er erscheint als ein Hausvater alter Zeit; wie wenn er vor Tische im Lehnstuhle sitzend die Begrüßung seiner Kinder empfing, die ihn ehren, aber auch fürchten. Wie ihn seine Bildnisse zeigen, und die, welche ihn kannten, versichern, in ihm war eine seltene

Verbindung von Ernst und Wohlwollen, Güte und Majestät. In jedem Augenblick erschien er würdig und gediegen, seiner Stellung bewußt, die doch größtenteils sein eigenes Werk war. Er hat den brandenburgischen Staat nicht etwa geschaffen, denn in seinen Grundlagen bestand derselbe bereits und hatte seinen eigentümlichen Charakter: aber diese Bestandteile hat Kurfürst Friedrich Wilhelm nicht allein zusammengehalten, sondern auch solche von wesentlichster Bedeutung hinzugefügt und ihnen die Idee eines Staates eingehaucht, das Bewußtsein nicht allein eines äußeren, sondern auch eines inneren Zusammenhaltes[1].

Wir berührten, wie dies zuerst im Kriege durch die Aufstellung einer aus allen Teilen zusammengesetzten und überall aus freiwilliger Beistimmung hervorgegangenen Armee geschah. Die bewaffnete Macht war der vornehmste Mittelpunkt der Einheit des Landes; sie hat ihm selbst und allen seinen Nachfolgern ihre Stellung in der Welt gegeben. Seine ganze Staatsverwaltung beruht darauf. Er selbst hat der Armee zwei Dritteile seiner Einkünfte zugewendet. Seinem Nachfolger hat er das Heer sterbend als seine eiserne Hand empfohlen und denselben verpflichtet, sie aufrechtzuerhalten. Ein anderes Moment, das alles zusammenhielt, war die Religion. Nicht sowohl die Ausbreitung des evangelischen Bekenntnisses als die Verteidigung desselben hat seine Politik alle die Jahre seiner Regierung hindurch beschäftigt. Anknüpfend an die Altvordern hat er dem werdenden Staat seinen protestantischen Charakter auf das tiefste eingeprägt und ihn für alle Folgezeit befestigt. Die Verbindung Brandenburgs mit dem Reiche war die Grundlage seiner Politik. Die Idee des Reiches trug er tief in seiner Seele[2]; man sagte wohl: er sei der einzige, in welchem diese Idee lebe; ohne ihn würde sie zugrunde gehen. Und wenn Brandenburg durch ihn eine gesicherte Stellung in Deutschland und Europa gewann, so hat er gleichsam seinen Nachkommen ihre künftigen Bahnen demgemäß vorgezeichnet. Die Eroberung von Pommern in den Verbindungen, in denen sie später ausgeführt worden ist; die Eroberung von Schlesien schon mit Andeutung eines Feldzugsplans zu diesem Behuf; selbst ein

[1] Vgl. Seite 260 und 303.

[2] Mit dieser die preußische Eigenentwicklung schließlich doch hemmenden Idee hat erst Friedrich der Große ganz gebrochen. Dennoch hat Friedrich Wilhelm ebenso wie sein Vorfahr Joachim II. (vgl. Seite 175) an dieser Idee auch nur soweit gehangen, als sie dem Wachstum seines Sonderstaates Freiheit ließ.

Unternehmen gegen Frankreich, wo er das alte, durch Parlamente und mächtige Stände beschränkte Königtum, mit welchem Europa in Frieden leben konnte, herzustellen gedachte, hat er entworfen; eine kleine Marine, die freilich wieder zugrunde ging, hat doch die Idee einer brandenburgischen Seemacht lebendig erhalten.

Eine der empfindlichsten Schwierigkeiten in seinem Leben bildete die Differenz des reformierten Bekenntnisses, zu welchem er sich mit vollem Herzen hielt, und des lutherischen, welches seine Untertanen mit altdeutscher Glaubensfreudigkeit erfüllte. Seiner Gemahlin Dorothee, die ihm zu Liebe zu dem reformierten Bekenntnis übergetreten war, schreibt man zu, daß sie seinen Eifer gegen die Lutheraner gemäßigt habe. Er hätte dann nichts mehr gewünscht, als beide Bekenntnisse, wenn nicht zu vereinigen, doch zu versöhnen. Er beschwerte sich oft über die Hartnäckigkeit der Lutheraner, aber auch über den Eifer der Reformierten, namentlich in Behauptung der Beschlüsse von Dortrecht. Noch in seinen letzten Stunden beklagte er sich darüber, daß unter den Evangelischen so wenig Eintracht herrsche. Er wußte, welch ein Moment entscheidungsvoller Kämpfe dem Protestantismus bevorstand. Jene Erwartung einer durchgreifenden Umwandlung der europäischen Politik zugunsten des allgemeinen Gleichgewichts, die er in seinen letzten Tagen kundgab, war zugleich religiöser Natur.

Was aber könnte den Abschied aus diesem Leben leichter machen als religiöse Überzeugung. Der Kurfürst zeigte ein volles Bewußtsein davon.

Der Stoismus, den man ihm wohl zuschreibt, ist eben der feste, seiner Sache gewisse Glaube. Er wußte, was die Lehre von der Erlösung bedeute: die Reinigung der im Laufe des Lebens nicht ohne Makel gebliebenen Seele und ihre Rettung. In ihm durchdrang sich das Vertrauen auf den Sieg der guten Sache in der Welt und auf die Fortdauer des persönlichen Daseins auf einer höheren Stufe.

Joachim Ernst von Grumbkow.
Nach dem Kupferstich von J. G. Wolffgang.

Samuel Pufendorf,
der erste Geschichtschreiber des Großen Kurfürsten.
Nach dem Gemälde von David Klöcker von Ehrenstrahl.

VIERTES BUCH

DER ERSTE KÖNIG

Erstes Kapitel.

Übergang der Regierung auf Kurfürst Friedrich III.

Was sich bei der Aufeinanderfolge der Päpste bemerken läßt, daß die großen Gesichtspunkte immer dieselben bleiben; ein neu eintretendes Oberhaupt der Kirche aber doch in der Regel eine andere Politik einschlägt als der unmittelbare Vorgänger: das ist auch bei den erblichen Monarchien der Fall. Auch in diesen setzen sich die vornehmsten Gesichtspunkte in Beziehung auf die Machtstellung des Staates fort; doch bringt die Verschiedenheit der Individualitäten, die den Thron einnehmen, in der Regel einen Wechsel in der Politik hervor[1]. Der Charakter der einzelnen Regierungen beruht auf dem Zusammenwirken der allgemeinen Gesichtspunkte und der Persönlichkeit des jedesmaligen Regenten[2]. Die Frage ist immer, inwiefern diese ihrem Berufe gewachsen ist; inwiefern sie sich eignet, das Allgemeine zu beleben und zu fördern, oder es vielleicht in seiner Entwicklung hemmt und in seinem Bestand schädigt. Die Schicksale der Staaten hängen davon ab. Bei den brandenburgischen Fürsten aus dem Hause Hohenzollern, bei denen die Kontinuität eines allgemeinen Bestrebens, das die Jahrhunderte verbindet, recht eigen zu bemerken ist, tritt noch eine besondere Erscheinung hervor.

Den großen Individualitäten, welche neue Stufen der Entwicklung erreichen und bestimmen, reihen sich andere, minderbegabte an, die sich doch auf diesen zu behaupten wissen, und, ein jeder zu seiner Zeit, ebenfalls den allgemeinen Fortgang fördern. Wenn man darüber nachdenkt, wie das bei den Gebrechen, die der menschlichen Natur anhaften, geschehen konnte: so wird die Lösung dieser Frage darin liegen, daß immer ein großes Ziel vor Augen schwebt, welches durch das Interesse des Staates wie von selbst gegeben ist[3].

---

[1] Vgl. Weltgeschichte VI, 3 ff.
[2] Vgl. Weltgeschichte VII, 197 ff.
[3] Vgl. das Nachwort im III. Band.

Denn nicht wie ein Landgut ist die Monarchie erblich; dem territorialen Besitz fügt sie die großen Intentionen hinzu, die aus der Natur der öffentlichen Gewalt entspringen. Wie aber diese verschiedene Mittel und Wege zulassen und auch die glänzendsten Regierungen ihre Mängel haben: so treten den regierenden Fürsten nicht selten schon bei ihren Lebzeiten in ihren Nachfolgern abweichende Bestrebungen zur Seite, was nicht ohne Konflikte bleiben kann; die verschiedenen Generationen reißen sich nicht selten mit einer gewissen Gewaltsamkeit voneinander los. Ein Konflikt dieser Art fand nun auch zwischen dem Großen Kurfürsten und seinem Sohne, der später der erste König geworden ist, statt.

Indem wir desselben gedenken, trennen wir uns noch nicht von der imponierenden, auf ihrer eigenen Kraft beruhenden Gestalt des Großen Kurfürsten, der aber auch seinerseits nicht der Staat selbst war, welchen er umschuf und neu begründete; vielmehr gegen Ende seines Lebens Gesichtspunkten folgte, die nicht die allgemeinen sein konnten. Die Differenzen, die hieraus entsprangen, sind nicht so wichtig für ihn selbst und für seine Geschichte wie für seinen Nachfolger, der dabei die eigentümliche Stellung nahm, welche für seine Regierung maßgebend geblieben ist. Gedenken wir zuerst der Testamente, in denen der Kurfürst über seinen Staat zugleich als großer Fürst und als ein guter Hausvater zu verfügen meinte.

Wohl selten wird ein Fürst so viel testamentarische Verfügungen getroffen haben wie Kurfürst Friedrich Wilhelm. Die erste ist bereits im Jahre 1651, als er erst in seinem einunddreißigsten Jahre stand, abgefaßt worden. Sie ist bemerkenswert durch einen Ausdruck der Dankbarkeit gegen Gott, den Allgewaltigen, der ihn mit zeitlicher Würde und Herrlichkeit ausgestattet habe. Von einer Bestimmung über die gesamten Besitzungen, wie sie damals waren, konnte dabei noch keine Rede sein: den bestehenden Verträgen gemäß hätten die Landschaften in verschiedene Hände geraten müssen. Der Kurfürst suchte darin hauptsächlich die Zukunft seiner Mutter, die noch lebte, und seiner oranischen Gemahlin sicherzustellen; die letzte in Beziehung auf die reiche Mitgift, die sie ihm zugebracht und die er zum Besten des Landes verwendet habe. Anders gestalteten sich die Dinge, als ein Erbe, Karl Emil, geboren war, dem nun die Landschaften sämtlich zufallen zu müssen schienen. Doch wurde das wieder nach einer anderen Seite hin zweifelhaft, als dem Kurfürsten von derselben Gemahlin noch zwei andere Söhne

geboren wurden. Auch diese dachte er selbständig auszustatten. Eine der großen Fragen des Staatsrechts jener Zeit trat damit an ihn heran, die Frage, inwiefern sich die Unteilbarkeit des Gebietes mit der standesmäßigen Ausstattung der nachgeborenen Söhne vereinigen lasse. Noch wurde das Recht der Primogenitur keineswegs vollkommen anerkannt.

Manche fürstlichen Räte haben geurteilt, daß darin eine unzulässige Neuerung liege, welche die fürstlichen Häuser zugrunde richte: man erlebe schon, daß protestantische Fürstensöhne, des nach ihrem Stande erforderlichen Unterhalts beraubt, sich eines solchen durch Übertritt zur römisch-katholischen Kirche zu versichern suchen; um den Glanz des Hauses zu erhalten, dürfe man sich nicht Fleisch aus seinem Arm schneiden. Kurfürst Friedrich Wilhelm dachte beides zu verbinden; indem er die Primogenitur sanktionierte, traf er doch auch Dispositionen zugunsten der nachgeborenen Söhne; er tat das allerdings mit zurückhaltender Umsicht, wie oben erwähnt, und ermahnte den älteren Sohn, in keinem Fall weiterzugehen, um nicht den Glanz des Hauses zu gefährden. Als er aber nach seiner zweiten Vermählung eine weitere stattliche Nachkommenschaft erhielt, so glaubte er für diese ebenfalls sorgen zu müssen. Ohne sich an den von ihm ausgesprochenen Grundsatz zu binden, verfaßte er im Jahre 1680 ein neues Testament, in welchem zur Seite des nunmehrigen Kurprinzen Friedrich — denn Karl Emil war gestorben — für die jüngeren Söhne aus beiden Ehen ansehnliche Ausstattungen mit Land und Leuten festgesetzt wurden. Er wollte sie nicht, wie er sagte, in die Notwendigkeit geraten lassen, auswärtige Dienste zu suchen. Die Anordnungen, die er traf, beweisen, daß er die ganze Schwierigkeit empfand, die darin lag, seine Pflicht als Landesherr und Oberhaupt des werdenden Staates mit der Fürsorge, die er als Vater allen seinen Kindern schuldig sei, zu vereinigen.

Zugunsten der nachgeborenen Söhne bestimmte er Halberstadt, Egeln, Minden, Ravensberg, Lauenburg und Bütow. Diese Landschaften sollten unter sie nach weiterer Bestimmung verteilt und einem jeden sein Anteil erb- und eigentümlich versichert werden. Dabei meinte der Kurfürst die Einheit seines Staates aufrechterhalten zu können.

Als Haupterbe wurde immer der älteste Sohn betrachtet; ihm sollten in allen Landesteilen die Rechte der Souveränität, die Landesfolge, das Recht der Waffen, das Recht, Bündnisse zu

schließen, vorbehalten bleiben. Auf das sorgfältigste bemühte er sich, die Grenzlinie zwischen beiderlei Befugnissen zu ziehen.

Wenn den jüngeren Fürsten das Recht zugesprochen wurde, ihre Gesandten auf die Kreistage zu schicken, so sollte doch deren Instruktion mit dem Kurfürsten verabredet werden. Auf die Reichstage würden sie keine Gesandten zu schicken haben. Der kurfürstliche Gesandte würde für Halberstadt und Minden im Namen der beiden mit diesen Gebieten ausgestatteten Fürsten votieren, und zwar für beide zugleich, ohne daß die Stelle, die sie im Reiche einnehmen, zwischen den Prinzen selbst einen Unterschied begründen dürfe.

Bei alledem wäre doch die Beschränkung des unmittelbaren Besitzes für den künftigen Herrn sehr empfindlich geworden. Und aus diesem Grunde ist die Meinung entstanden, der Kurprinz Friedrich sei dadurch veranlaßt worden, sich näher an den Kaiser anzuschließen, durch dessen Einfluß auch im Jahre 1686 wesentliche Beschränkungen des Erstgeborenen, die das Testament 1680 enthalten habe, aufgehoben worden seien. Bei näherer Ansicht der Urkunde muß indes diese Meinung aufgegeben werden.

Die beschränkenden Bestimmungen erscheinen in dem Testament von 1686 in eben denselben Worten wie in dem von 1680. Der Unterschied kommt in einigen Zusätzen zutage, die, weit entfernt, diese Beschränkungen zu mildern, sie vielmehr noch verstärken. In dem Testament von 1686 wird den Prinzen das Recht, Lehen zu erteilen, zugesprochen; es soll ihnen zugleich mit dem Kurfürsten gehuldigt werden; seinerseits soll der Kurfürst gehalten sein, bei der Ausübung seiner Prärogative, welche ihm die Landesverteidigung zur Pflicht macht, doch so zu verfahren, daß die Einkünfte seiner Brüder dadurch nicht geschmälert oder gar absorbiert werden. Offenbar sind diese Zusätze zugunsten der Prinzen und neue Einschränkungen oder Verpflichtungen des künftigen Kurfürsten. Sie enthalten mehr einen Nachteil als einen Vorteil für denselben. Eine allgemeine politische Bedeutung hat ein anderer Unterschied zwischen beiden Testamenten.

Den vornehmsten Anstoß hatte das Testament von 1680 dadurch erweckt, daß die Exekution desselben dem Könige von Frankreich anvertraut werden sollte. Meinders, dem man das wohl schuld gab, versichert, er habe kein Wort davon gewußt und sei vielmehr der Meinung, daß die Ausführung kurfürstlicher und fürstlicher Testamente lediglich dem Kaiser zustehe. Dieser Ansicht wurde nun auch im Jahre 1686 entsprochen.

Indem sich der Große Kurfürst dem Kaiser wieder anschloß, erkannte er auch diese reichsoberhauptliche Prärogative desselben an; aber an seinen Dispositionen zugunsten der jüngeren Söhne hielt er nicht allein fest, sondern, wie erwähnt, er verstärkte sie noch. Er dachte denselben ungefähr eine Stellung zu, wie Kursachsen den Herzogen von Merseburg und Zeitz eingeräumt hatte; denn auch dort waren die wesentlichen Rechte der höchsten Gewalt dem Kurfürsten vorbehalten worden.

Die Tradition aus jener Zeit geht dahin: die Kurfürstin Dorothea, die in ihren eigenen Kindern künftige Fürsten sehen wollte, sei durch die Einwilligung des Kaisers in die zu deren Gunsten getroffenen Dispositionen vermocht worden, ihren Gemahl zu dem ungleichen Austausch der schlesischen Ansprüche mit dem Kreise Schwiebus zu überreden; indem doch zugleich der Kurprinz dahin gebracht wurde, auf diesen Kreis Verzicht zu leisten. Für historisch begründet kann das nicht gelten. Etwas Wahres mag dabei zugrunde liegen: wie denn bei den Einreden, die das Testament nach dem Tode des Kurfürsten Friedrich Wilhelm erweckte, die Äußerung vorkommt, daß derselbe durch einen anderweiten Einfluß zu einer Disposition bestimmt worden sei, welche seinen oft wiederholten Äußerungen entgegenlaufe; man deutet an, er habe, mit anderen schweren Geschäften überhäuft, die volle Bedeutung dieser Anordnungen sich augenblicklich nicht vergegenwärtigt. Welcher Einfluß aber konnte dies sein als der der Kurfürstin. Und was da nur angedeutet wird, das spricht Friedrich I. in einer für seinen Nachfolger bestimmten Anweisung mit deutlichen Worten aus. Er sagt: „Seines Herrn Vaters Gnaden sei in dieser Sache durch die unablässigen kläglichen Vorstellungen seiner Frau Stiefmutter bestimmt worden.“ Man sieht den Hausvater, der für alle seine Kinder sorgen möchte, und die Mutter, welche die Nachgeborenen, ihre eigenen Kinder, einem künftigen Herrn gegenüber für alle Fälle aus einer Art erklärlicher Besorgnis sicherzustellen bemüht ist. Die Tatsache wird unleugbar, daß die Kurfürstin ihren Gemahl zu den nachgeborenen Söhnen günstigen Dispositionen vermocht hat. Alle weiteren politischen Rücksichten und Einwirkungen müssen dahingestellt bleiben.

Überhaupt läßt sich das Gewebe der Intrigen und Gegensätze, die einander in den letzten Jahren des Kurfürsten an seinem Hofe bekämpften, nicht mehr durchschauen. Nur für *ein* Ereignis, das aus denselben entsprang, haben sich Korrespondenzen und Aktenstücke gefunden, die einen Blick in die häuslichen Irrungen

eröffnen, welche zuweilen, namentlich in diesem Falle, dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm schwere Augenblicke gemacht haben, ohne ihn jedoch in seiner stolzen Haltung zu stören. Es ist die sogenannte Flucht des Kurprinzen Friedrich nach Kassel, deren wir wohl mit einiger Ausführlichkeit gedenken dürfen, da die näheren Umstände derselben bisher unbekannt geblieben sind.

Man findet nicht, daß eben die Differenz über die Testamente es gewesen ist, was die Mißverständnisse veranlaßte. Am Hofe herrschte überhaupt, wahrscheinlich infolge der übertriebenen Gerüchte über dieselben, aber doch auch aus mannigfaltigen anderen Gründen eine Agitation, welche irgendwie einmal zum Ausbruch kommen mußte.

Die beiden älteren Söhne Friedrich und Ludwig hatten insofern eine bevorzugte Sonderstellung, als ihnen die Aussicht auf die oranische Erbschaft zufiel, die sehr bedeutend werden konnte. Der ältere von ihnen war der präsumtive Nachfolger in der Kur; der jüngere bekam durch die Vermählung mit der Prinzessin Radziwill, die er der Fürsorge seines Vaters verdankte, reiche Besitzungen und Anwartschaften in Polen. Ihre körperliche Schwäche ließ aber zweifelhaft, ob die Söhne aus der zweiten Ehe nicht einmal doch zu den höchsten Stellungen aufsteigen würden. Daß die Kurfürstin hierbei die gehässige Rolle gespielt habe, die man ihr zuschreibt: dafür findet sich keinerlei Beweis. Sie liebte in dem Hause zu herrschen und zu walten; sie wollte ihre eigenen Kinder so gut wie immer möglich versorgen; aber darum hat sie ihre Stiefsöhne nicht gehaßt, noch verfolgt. Der Kurfürst rühmt einmal die mütterliche Sorgfalt, die sie für seine sämtlichen Kinder an den Tag lege. Den nächsten Anlaß zu dem Mißvergnügen des Kurprinzen gab der Kurfürst selbst. Das große Verdienst, das er besaß, sein Ansehen in der Welt, seine geistige Überlegenheit und der natürliche Zug der meisten Regenten, ihren Nachfolgern gegenüber ihre Autorität ungeschmälert zu erhalten, mag dazu beigetragen haben, daß er dem Kurprinzen, der einen aufstrebenden Geist in sich nährte, mit einer gewissen ihn zurückweisenden Härte behandelte; wenigstens klagt dieser selbst darüber. Er behauptet, daß eine gefährliche Krankheit, die ihm im Jahre 1686 zustieß, hauptsächlich durch die Unannehmlichkeiten, die er erfuhr, veranlaßt worden sei. Sein Bruder Ludwig hat ihm dabei herzliche Teilnahme bewiesen. Die Briefe sind noch erhalten, die ihm derselbe während seiner Krankheit schrieb: sie zeugen von echt brüderlicher Sympathie. Auch die Gemahlinnen der beiden Prinzen lebten in vertraulicher Verbin-

König Friedrich I. von Preußen.
Nach einem Gemälde im Berliner Schloß.
Aus dem Corpus Imaginum der Photographischen Gesellschaft, Berlin.

dung: sie brachten die Abende meistens in Gesellschaft miteinander zu. Da geschah es nun, daß der Prinz Ludwig unerwartet starb; und zwar so plötzlich, daß die ohne Zweifel falsche Meinung um sich griff: er sei vergiftet worden. Der Kurfürst hielt für nötig, eine Kommission zur Untersuchung der Sache niederzusetzen, die nun freilich zu keinem Ergebnis führte; aber das Gerücht auch nicht niederschlug. Der Kurprinz sagte, die Untersuchung sei nicht mit rechtem Ernst geführt worden; namentlich ihm habe man nichts Beruhigendes mitgeteilt. Ihm selbst begegneten Verdrießlichkeiten aller Art, die aus kleinen Reibungen der Eifersucht und aus Rangstreitigkeiten innerhalb der Familie entsprangen. Besonders widerwärtig war ihm die Anwesenheit einer Kusine der Kurfürstin am Hofe, Prinzessin von Holstein. Er glaubte zu bemerken, daß es eine Partei gebe, die sich seiner entledigen wolle; und da er nun die Gnade des Vaters nicht besaß, so fing er an, sogar für sein Leben besorgt zu sein. Es schien Leute zu geben, denen das oranische Geblüt verhaßt sei. Er behauptet sogar, schon einmal Gift bekommen zu haben, wie ja einst sein Vater; wahrscheinlich jedoch ebensowenig mit gutem Grunde. Im Frühjahr 1687 begab er sich in Begleitung seiner Gemahlin zur Kur nach Karlsbad. Nach Vollendung derselben aber trug er Bedenken, nach Berlin zurückzukommen, wo er eine Erneuerung der alten Unannehmlichkeiten und schädliche Folgen derselben für seine Gesundheit fürchtete. Er beschloß, sich nach Kleve zu begeben, wozu ihm die Erlaubnis von seinem Vater ein Jahr zuvor in Aussicht gestellt worden war. Von Leipzig aus meldete er dem Kurfürsten, daß er den Weg dahin einschlagen werde, ohne daß er jedoch eine definitive Erlaubnis von demselben nachgesucht oder erhalten hätte (Mitte Juni 1687).

Kurfürst Friedrich Wilhelm, der nur vollkommene Verehrung und Hingebung in seinem Hause und seinem Lande erwartete, zeigte darüber Befremdung und Mißfallen. Er hat wahrscheinlich von den Zwistigkeiten, die den Hof agitierten, nicht sehr ernstlich Notiz genommen. Er lebte nur immer in den großen politischen Kombinationen, die ihm seine Stellung zwischen den verschiedenen Reichen und Staaten an die Hand gaben. Auch von der Absicht seines Sohnes, sich von dem Hofe zu entfernen, urteilte er, daß eine durch dessen Gemahlin gepflegte Vorliebe für Hannover dabei im Spiele sei. Am wenigstens wollte er ihn damals in Kleve sehen, in der Nähe der Niederlande, wo sich, wie er sich aus seiner Jugend erinnern konnte, die Fäden der europäischen Politik auf eine der allgemeinen Direktion, die er genommen, nicht ent-

sprechende Weise verschlingen konnten; er verbot seinem Sohne, die Reise fortzusetzen. Wenn dieser antwortete: seine Vorbereitungen seien schon zu weit gediehen, als daß er sie abbrechen könne: so verwandelte sich das Mißfallen Friedrich Wilhelms in die heftigste Aufwallung. Er kündigte dem Kurprinzen seine Ungnade an; er bedrohte ihn selbst mit seinem väterlichen Fluche, wenn er sich wider seinen Willen nach Kleve begebe. Daß ihm in seinem eigenen Hause von seinem Nachfolger, dem doch alles, was er getan und geleistet habe, zugute kommen müsse, Ungehorsam begegne, erfüllte ihn mit dem herbsten Schmerz. Einer der Hofbeamten des Kurprinzen, welcher herbeieilte, um dem Vater die persönlichen Motive des Sohnes zu vergegenwärtigen, fand keinen Eingang. Die innere Bewegung des Kurfürsten schwankte zwischen heftiger Entrüstung und einem Kummer, der sich selbst in Tränen kundgab. Sein Entschluß, die Reise unter keinen Umständen zuzulassen, war unerschütterlich. Wenn nun der Kurprinz dennoch bei seiner Absicht blieb: so war ein offener Bruch zwischen Vater und Sohn unvermeidlich, der die schwersten Folgen nach sich ziehen konnte. Den Geheimen Räten stellten sich diese in sehr erschreckender Gestalt vor die Augen: sie bemerkten dem Kurfürsten, daß sein Staat, der jetzt auf den höchsten Gipfel des Glückes und des Ansehens gestiegen sei, durch eine offene Entzweiung mit seinem Nachfolger ins Verderben gestürzt werden könne: denn die mannigfaltigen Feinde, die man habe, würden sich derselben zu bedienen wissen.

Ein Glück, daß es einen Mann gab, der die Vermittlung übernehmen konnte: es war Eberhard Danckelmann, der alte Erzieher und jetzt vertrauteste Rat des Prinzen, der aber an dessen letzten Entschlüssen doch keinen Anteil hatte. Er war in Berlin geblieben und der Kurfürst überzeugt worden, daß er den Prinzen schon vorher abgehalten habe, ihm zu widerstreben. An den nun wandten sich die Geheimen Räte und beschwuren ihn, bei dem Wohle des Staates, den sie alle aufrechtzuerhalten verpflichtet seien, sich zu dem Prinzen zu begeben und ihn zu vermögen, von der Reise abzustehen, die alles mit Unheil bedrohe. Danckelmann säumte nicht, diesen Wunsch zu erfüllen. Er eilte zu dem Prinzen und bewog ihn wirklich, auf die Reise nach Kleve Verzicht zu leisten. Zunächst begab sich der Kurprinz nach Kassel zu dem Landgrafen Karl, Bruder seiner verstorbenen Gemahlin. Schwer war es wohl nicht, ihn in bezug auf die Reise umzustimmen, bei der gewiß eine eigentlich politische Absicht fernlag. Der Prinz beklagte sich nur, daß ihm die Gründe, weshalb seine

Reise bedenklich sei, nicht mitgeteilt würden; aber indem er in diese Forderung sich fügte, bestand er doch darauf, nicht nach Berlin zurückzukehren; einmal, weil seinem Leben Gefahr drohe, und sodann wegen der Ungnade des Vaters, die er nicht verdiene und die er doch auszuhalten haben würde. Eine Unterhandlung entspann sich nun zwischen Kassel und Berlin. Der Kurprinz schrieb mehr als einmal an seinen Vater und an die Frau Mutter, wie er die Kurfürstin fortwährend nennt, über die er sich stets mit größter Ehrerbietung ausdrückt, und die sich seiner in der Tat annahm. Sie sagte einmal, sie werde nicht ruhen, bis sie ihn wieder am Hofe sehe, sollte sie auch darüber einen Fußfall bei ihrem Gemahl tun müssen. Eine Zeitlang aber war alles vergeblich. Die Briefe des Sohnes genügten doch dem Vater nicht; und die Geheimen Räte mußten sich hüten, sehr lebhaft in ihn zu dringen, weil er sie sonst als Anhänger seines Sohnes, wie er sagte, der aufgehenden Sonne betrachtet haben würde. Länger aber konnte es so nicht fortgehen; denn schon zeigte sich eine unangenehme Rückwirkung des Zerwürfnisses auf die Staatsangelegenheiten; und der Prinz drohte, wenn man ihn zur Desperation bringe, fremden Mächten Gehör zu geben. Auf der anderen Seite machte man ihn aufmerksam, daß seine Abwesenheit vom Hofe für ihn selbst sehr nachteilige Folgen haben dürfte, da er seinen Widersachern dadurch freie Hand verschaffe; was sei vollends zu erwarten, wenn Gott in diesem Moment über den Kurfürsten verfüge. Der Kurprinz verlangte größere persönliche Sicherheit. Der Kurfürst erwiderte, er könne ihm keine größere Sicherheit versprechen, als er selbst habe; man müsse sich in dieser Beziehung auf den göttlichen Schutz verlassen. Es schien ihm fast, als wolle sein Sohn ihm Bedingungen machen, „mit ihm kapitulieren, was er nimmermehr dulden könne". Ganz unzugänglich aber blieb er doch nicht für die Vorstellungen des Prinzen. Er hielt für ratsam, daß jene holsteinische Prinzessin, welcher der Kurprinz das Schlimmste zutraute, von dem Hofe entfernt wurde. Und da nun auch die Gesandten der evangelischen Verbündeten ihn aufmerksam machten: durch den Hader mit seinem Sohne werde er der Religion schaden, wie man denn nicht ohne Besorgnis war, daß sich ein jesuitischer Einfluß des Prinzen bemächtigen könne; so neigte sich dieser widerwärtige Streit allmählich zur Beruhigung. Der Prinz stand von den aufgestellten Forderungen ab: er meinte, da sein Vater ihn nötige, nach Berlin zurückzukommen, nehme derselbe tatsächlich die Pflicht auf sich, für die Erhaltung seines Lebens alle mögliche Sorge anzu-

wenden. Ihm war auch dann noch vor dem Aufenthalt in Berlin bange; aber er hegte die Hoffnung, sein Vater werde ihm mehr Freiheit als bisher gewähren und später aus freiem Willen gestatten, daß er sich nach Kleve begebe. Im Laufe des September 1687 schrieb er dem Kurfürsten in Ausdrücken, die denselben befriedigten. Seinerseits bezeigte dieser sein Wohlgefallen darüber, daß er seinen väterlichen Ermahnungen Folge leiste, und versprach ihm bei fernerem Gehorsam den Segen Gottes und alle väterliche Liebe und Fürsorge. Denn seine Würde als Vater und Fürst hielt er allezeit aufrecht; aber auch der Prinz, dessen Rückkehr bald darauf stattfand, gewann doch eine bessere Stellung. Es war zur Anerkennung gekommen, was er als präsumtiver Nachfolger bedeute. Auf seiner Versöhnung mit dem Vater beruht die Fortsetzung der Politik desselben, die eben in diesem Momente von der größten Wichtigkeit für die Welt wurde.

Das Ereignis der sogenannten Flucht nach Kassel bildet schon ein Moment des Überganges zur neuen Regierung. Der Kurprinz unterschied zwischen der Nachgiebigkeit, die er dem Vater schulde, und dem Verhältnis zu den Ministern, von denen er annahm, daß sie dem ganzen Hause verpflichtet seien, nicht allein seinem Vater. Sie betrugen sich in dem Streite zwischen den beiden hohen Persönlichkeiten mit Klugheit und Einsicht: denn das Wesentliche war doch bei dem immer mehr verfallenden Gesundheitszustand des Kurfürsten, den demnächst zu erwartenden Regierungswechsel ohne Verletzung nach der einen oder anderen Seite hin und ohne innere Unruhe zu vermitteln. An sich empfindlich in seinem Selbstgefühl, wurde der Prinz zuletzt überzeugt, daß die Minister wohlgesinnt seien: er trat mit ihnen in ein engeres Verhältnis. Wenn man sagen sollte, worauf die spätere Stellung Danckelmanns beruhte, so war dies zum Teil der gute Gebrauch, den er von seinem Einfluß auf den Kurprinzen zur Beseitigung dieser Zwistigkeit gemacht hatte, und zwar auf das Ansuchen der kurfürstlichen Minister und im Einverständnis mit denselben.

Eberhard Danckelmann verdankte seine Stellung dem persönlichen Wohlwollen des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, der zuweilen in dem Hause seines Vaters zu Lingen, wo derselbe als oranischer Landrichter fungierte, eingesprochen hatte. Die Familie war in den Zeiten der Religionsbedrückungen, die bei der Restauration des Katholizismus eintraten, aus Münster nach Oberyssel ausgewandert und in nahe Verbindung mit dem Hause Oranien gekommen. Der Kurfürst erklärte wohl den Landrichter

für den glücklichsten aller Väter, da er ihn von sieben kräftig emporblühenden Söhnen umgeben sah. Er nahm sie gern, wie sie es denn wünschten, in seinen Dienst. Da war denn der mittlere von ihnen, Eberhard, der gelehrte Studien auf den holländischen Universitäten gemacht hatte, zum Informator des Kurprinzen bestellt worden, dessen ganze Gunst er gewann, wiewohl er ihn nicht ohne Strenge behandelte; oder vielmehr eben deshalb, da seine Strenge mit aufrichtiger Sorge für sein Gedeihen verbunden war. Danckelmann hatte dem Oberpräsidenten Schwerin sehr nahe gestanden und war von demselben, wie er selbst erzählt, als der eine von zweien, denen nach ihm die oberste Verwaltung anvertraut werden könne, genannt worden. So konnte es geschehen; und etwas durchaus Befremdendes liegt darin nicht, daß Danckelmann nach dem Tode des Kurfürsten Friedrich Wilhelm in die Geschäfte eintrat. Wie aus seinen eigenen Aufzeichnungen erhellt, wäre es nur auf ihn angekommen, die gesamte Autorität in seiner Hand zu vereinigen; aber auf seinen Rat geschah es, daß die wirksamsten Mitglieder der bisherigen Verwaltung, Grumbkow, Fuchs, Meinders, in ihrer bisherigen Stellung blieben; doch konnte kein Zweifel sein, daß ihm die oberste Leitung der Geschäfte zufallen würde. Nach einiger Zeit wurde er zum Oberpräsidenten ernannt und die Gültigkeit der kurfürstlichen Reskripte von seiner Kontrasignatur abhängig gemacht. Auch seine Brüder gelangten zu wichtigen Ämtern. Danckelmann behauptet, ohne sein Zutun; er habe selbst auf den Anstoß aufmerksam gemacht, der darin liege, daß zwei von seinen Brüdern zugleich mit ihm in dem Geheimen Rat aufgenommen wurden; der Kurfürst habe erwidert: das würde bei anderen Kollegien unstatthaft sein, nicht aber bei dem Geheimen Rate, wo er selbst anwesend sei und entscheide. Danckelmann war von Anfang an nicht ohne die Besorgnis, daß ihm eine so hohe Stellung Feindseligkeiten aller Art erwecken werde. Allein, solange er des Kurfürsten und der nächsten Umgebungen sicher war, hatte er nichts zu fürchten.

Von den Angelegenheiten, welche die neue Regierung beschäftigten, war die nächste und dringendste die Frage über die Testamente. Das leuchtet wohl ein, daß die beabsichtigten Landesteilungen, so umsichtig sie auch angelegt, so sehr dabei auf die Konservierung der kurfürstlichen Oberhoheit Rücksicht genommen war, doch für die Entwicklung des Staates nicht anders als nachteilig wirken konnten, wenn sie zur Ausführung kamen. Eine einheitliche Administration desselben wäre dadurch für alle Zeit unmöglich geworden. Aber die vornehmste Einwendung war,

daß sie ungesetzlich seien, in offenem Widerspruch mit den Hausgesetzen, der sogenannten Achilleischen Disposition und dem Geraischen Vertrag. Denn in der ersten sei verordnet, daß es niemals mehr als drei regierende Herren aus dem brandenburgischen Hause geben solle: dem füge aber das letzte Testament des Kurfürsten drei andere hinzu, die in Halberstadt, Minden und Ravensberg regieren sollten. Besonderen Wert legte man auf die Bestimmungen des Geraischen Vertrages[1], nach welchem zwar über andere Expektanzen des Hauses, wenn sie realisiert würden, eine anderweite Verfügung gestattet werde, nicht jedoch über Mecklenburg und Pommern, welche der Kur ausdrücklich vorbehalten bleiben: nun aber seien dem Hause an Stelle des von seiten des Reiches an Schweden abgetretenen Pommern Entschädigungen zuteil geworden, für die diese Festsetzung notwendig ebenfalls gelte. Dem widerspreche es aber, wenn eben aus diesen, namentlich Halberstadt und Minden, die dazu gehören, die nachgeborenen Söhne ausgestattet werden sollten. Nur mit Bewilligung der nächsten Erben seien die beiden Hausgesetze gemacht worden. Kurfürst Friedrich Wilhelm aber habe den damaligen Kurprinzen nicht zu Rate gezogen. Aus diesen Gründen erklärten die vier vornehmsten Mitglieder des Geheimen Rates: Meinders, Fuchs, Danckelmann und Rhätz das Testament für rechtlich ungültig: der neue Kurfürst sei nicht allein nicht daran gebunden; er würde vielmehr eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn er es annehmen und vollziehen wolle.

Dieser Meinung war nun Friedrich III. selbst. Er sah in dem Rechte der Primogenitur den Grund- und Eckstein für die Größe seines Staates und seines Hauses; er wolle nicht der Mann sein, durch den der Glanz desselben geschwächt, seine Macht zerrüttet werde.

Die Kurfürstin Dorothea, deren Einkommen soeben auf eine Weise bestimmt worden war, welche sie befriedigte, hielt sich für verpflichtet, die Sache ihrer Söhne in die Hand zu nehmen. Auf ihren Anlaß kam es zu Konferenzen zwischen einigen kurfürstlichen Ministern und den Anwälten der jüngeren Markgrafen. Auch ein sächsisch-merseburgischer Rat hatte sich dazu eingefunden. Die Kurfürstin machte besonders die Verdienste des verstorbenen Kurfürsten geltend, dessen Ehre es fordere, daß das Testament vollzogen würde.

Die kurfürstlichen Räte legten die Gründe vor, durch die es unmöglich werde, daß es dem Lande und Staate zum Verderben

[1] Seite 188.

gereiche. So weit aber ließ sich der neue Kurfürst herbei, daß er versprach, die im Geraischen Vertrag bestimmte Apanage von 6000 Talern auf das Doppelte zu erhöhen und selbst noch mehr zu bewilligen, wenn man von der Errichtung neuer Regierungen, wie das Testament sie bestimme, Abstand nehme. Er wollte sich dadurch nicht irremachen lassen, daß der Kaiser es genehmigt habe: denn so weit erstrecke sich die Macht des Kaisers nicht, um über die Rechte Dritter zu verfügen. Indem er aber sich so entschieden ausdrückt, fügt er hinzu: er wolle an die jetzt ausgesprochene Zusage nicht gebunden sein, wenn man andererseits fortfahre, die wörtliche Ausführung des Testaments zu fordern. Die Erinnerungen und Vorschläge des Kurfürsten fanden Eingang In der Familie bestand überhaupt trotz dieses Streites wieder ein besseres Vernehmen. Die einander entgegenlaufenden Erklärungen sind gleichwohl voll von Ausdrücken gegenseitigen Vertrauens, brüderlicher Liebe und gemeinsamer Verehrung für das Andenken des großen Vaters. Den größten Eindruck machte den nachgeborenen Prinzen die väterliche Vermahnung, die sie als ein Monument von unvergänglicher Geltung für alle künftigen Kurfürsten betrachteten; in der aber war zu lesen, daß der Vater selbst eine Teilung, wie sie jetzt zwischen seinen Kindern ausgeführt werden sollte, für verderblich erklärt hatte. Die Markgrafen gestanden zu, daß ihr Anspruch niemals zu rechtlicher Geltung erhoben werden könne; und da nun der Kurfürst ihnen eine Ausstattung, die der von Kurfürst Friedrich Wilhelm beabsichtigten in bezug auf ihren Ertrag nicht nachstehen solle, zu erteilen versprach, so standen sie von ihren weiteren Ansprüchen ab; zufrieden damit, daß das Wesentliche des väterlichen Willens auf eine Weise erfüllt werde, durch die dem Staat, welchem anzugehören ihr größtes Glück ausmache, kein Eintrag geschehe. Sie unterwarfen sich dem Gesetze der Primogenitur und begnügten sich mit einer Apanagierung, welche jede Selbständigkeit ausschloß. Der Hauptvertrag ist zu Potsdam am 3. März 1692 unter Vermittlung des nahe verwandten Herzogs von Sachsen-Zeitz geschlossen worden; einer kaiserlichen Bestätigung des Testaments von 1686 geschieht darin keine Erwähnung. Es war alles eine innere Angelegenheit des Hauses in sich selbst.

Für die Geschichte des Staates als solchen ist der Regierungsantritt Friedrichs III. dadurch bedeutend, daß das Recht der Primogenitur über die bisherigen Erbteilungsgewohnheiten die Oberhand davontrug, also die Idee des Staates[1] über die

[1] Seite 260 und 303.

dynastischen Ansprüche auf einen Anteil an der höchsten Gewalt. Die Unteilbarkeit des Landes und der Autorität wurde stärker als jemals festgesetzt. Dem entsprach es, daß ein erster Minister, voll Entschlossenheit und Tatkraft, zur Seite des auch selbst immer tätigen Fürsten und mit ihm einverstanden, einen die wichtigsten Zweige des Staatslebens umfassenden Einfluß ausübte. Danckelmann strebte die in der vorigen Regierung gegründete allgemeine Ordnung zu erhalten; aber zugleich nahm er sich vor, die berechtigte Ambition des jungen Fürsten zu pflegen und ihn so mächtig und angesehen wie möglich zu machen. Dafür bot sich ihm in den allgemeinen europäischen Verwicklungen eine große Gelegenheit dar.

Kurfürst Johann Philipp von Mainz.
Nach dem Kupferstich von Matthäus Merian.

Franz Egon Graf von Fürstenberg, Bischof von Straßburg.
Nach einem zeitgenössischen Kupferstich.

Zweites Kapitel.

Teilnahme Friedrichs III. an dem englisch-deutschen Kriege gegen Frankreich. 1688 und 1689.

Dem Kurfürsten Friedrich III. wurde bei seinem Regierungsantritt unverzüglich eine der für den Gang der Welthistorie wichtigsten Fragen vorgelegt. Er war der Vertraute seines Vaters in bezug auf die europäische Krisis, welche dieser bei seinem Ende kommen sah. Sie lag, wie wir wissen, in der Kombination der französischen und der englischen Verhältnisse, welche Europa beherrschte.

Mit all seinem Eifer war Jakob II. beschäftigt, die parlamentarischen Gesetze abzuschaffen, durch welche die Katholiken von einer freien Teilnahme an der gesetzgebenden Gewalt ausgeschlossen wurden; den vornehmsten Rückhalt gewährte ihm hierbei Ludwig XIV., der überdies eine drohende Stellung gegen das Deutsche Reich und die Republik der Vereinigten Niederlande einnahm. Er machte soeben den anfangs glücklichen Versuch, einen Erzbischof, der ihm unbedingt anhing, in Köln einzuführen, was ihm Macht am Niederrhein und eine fortdauernde Einwirkung auf das Kurkollegium verschafft haben würde. Von dem neuen Kurfürsten von Brandenburg erwartete er hierbei noch weniger Widerstand als von dem früheren. Er kam ihm mit sehr verführerischen Anerbietungen entgegen: man wolle ihm alle rückständigen Subsidien zahlen, man wolle ausschließend Brandenburg zum Stützpunkt der Verbindungen Frankreichs in Deutschland machen. Allein für diese Erbietungen war man in Brandenburg jetzt nicht empfänglich. Der junge Kurfürst war immer der Gegner der Verbindung seines Vaters mit Frankreich gewesen. Wie hätte er selbst auf eine solche eingehen können. Überdies aber stand er mit dem Prinzen von Oranien, der als der größte Gegner Ludwigs XIV. galt und sich zur Teilnahme an dem kirchlichen und politischen Kampfe in England anschickte, von jeher in enger Beziehung; sein Minister Danckelmann war der Vertraute dieser Kombination. Die günstigste Aufnahme fanden

am brandenburgischen Hofe Eröffnungen des Prinzen von Oranien über sein Vorhaben, der protestantischen Opposition in England zu Hilfe zu kommen.

Gleich bei der Beglückwünschung zu dem Regierungsantritt des Kurfürsten Friedrich, welche der persönliche Freund des Prinzen, Bentink, vollzog, ist der Sache gedacht worden. Der Kurfürst hat damals sich so zu verhalten versprochen, wie es seine nahe Verwandtschaft mit dem Prinzen und die alte Allianz mit den Generalstaaten erheische. Da die Sachen in England sich immer ernstlicher gestalteten und eine Expedition des Prinzen nach England zur Rettung der protestantischen Sache notwendig schien, so konnte eine nähere Verabredung nicht lange verschoben bleiben. Sie beruhte darauf, daß die Republik für die Truppen, die sie dem Prinzen zu seiner Expedition überwies, einen anderweiten Ersatz bedurfte. Bereits gegen Ende Juli 1688 wurde eine in tiefstes Geheimnis gehüllte Zusammenkunft zwischen Bentink und Paul Fuchs veranstaltet, um über die Mitwirkung Brandenburgs ein Abkommen zu treffen. Das vornehmste Motiv war ohne Zweifel das religiöse[1]; denn der Untergang des Protestantismus in England würde für die Religion in Holland und Deutschland gleich verderblich sein. Doch trat auch eine politische Erwägung von großem Gewicht dabei ein: denn wollte man den Kampf den Engländern allein überlassen, so würde doch selbst in dem Falle, daß die Nation die Oberhand behielte, die Lage des Prinzen von Oranien sehr bedenklich werden; man würde dort die Republik erklären und ihn mit Feindseligkeiten heimsuchen. Fuchs erwiderte: „Der Kurfürst wolle mit dem Prinzen heben und legen.“ Man bestimmte die Truppenzahl zuletzt auf 9000 Mann, welche in den Dienst von Holland überlassen werden sollten; nur unter der Bedingung, daß diese dort verpflegt und der Kurfürst in den Stand gesetzt würde, eine gleiche Anzahl zu werben: denn auf eigene Kosten würde er das nicht tun können, da der Vater ihm kein bares Geld hinterlassen habe und das Land ohnehin überbürdet sei.

Bentink hatte bereits mit Hessen-Kassel und den lüneburgischen Höfen ähnliche Verhandlungen eröffnet, die ihm ebenfalls gelangen; denen fügte dann der Kurfürst eigene Verabredungen mit ihnen hinzu, in welchen die französischen und die englischen Angelegenheiten bereits in Verbindung gebracht sind. Mit seinem Schwager, Landgraf Karl von Hessen, vereinigte sich

[1] Vgl. Seite 488.

der Kurfürst nicht allein dahin, in bezug auf die erworbenen religiösen Freiheiten und die englische Angelegenheit mit dem Prinzen von Oranien gemeinschaftliche Sache zu machen, sondern auch das Deutsche Reich in seinen Rechten und Besitztümern, namentlich am Rheinstrom zu verteidigen, Köln und Koblenz in ihren besonderen Schutz zu nehmen.

Mit dem Hause Lüneburg hatte die Allianz von 1684 nicht so ganz ohne Irrungen fortbestanden. Ernst August von Hannover war selbst mit Frankreich in Allianz getreten. Eine der ersten Sorgen Friedrichs war nun das Bündnis, welches zu seiner Vermählung mit der Tochter Ernst Augusts geführt hatte, in voller Geltung wiederherzustellen. „Es solle", sagt er, „zur Grundlage aller künftigen Handlungen dienen: denn nur auf die Erfüllung der Obliegenheiten gegen das Reich und das wahre Interesse der beiden Häuser sei es dabei abgesehen."

Besonderen Wert legte man in Brandenburg auf die Ausführung der für den zwanzigjährigen Waffenstillstand festgesetzten Bestimmungen; darauf gingen die lüneburgischen Räte nach einigem Bedenken ein; doch hielten sie eine Prorogation der alten Allianz nicht für ratsam, weil dann Herzog Ernst dem König von Frankreich Nachricht davon geben müsse; eine Konfirmation derselben aber wurde von ihnen gebilligt; und man ging mit dem besten Willen daran, die indes eingetretenen untergeordneten Streitigkeiten beizulegen. Ein Besuch des Kurfürsten in Hannover diente dann dazu, das volle Einverständnis wiederherzustellen, das sich höchstwahrscheinlich auch zugleich auf den vornehmsten Gegenstand des Ehrgeizes des Herzogs, die Erlangung der Kurwürde, bezog.

Lassen wir nicht unbemerkt, daß diese Verbindung zwischen den nächsten Blutsverwandten geschlossen wurde. Friedrich III. war der Schwiegersohn Ernst Augusts, der Schwager des Landgrafen Karl, der Neffe des Prinzen Wilhelm.

So verhält es sich doch, daß der, wenngleich nicht in einem förmlichen Bunde, aber in gleicher religiöser Intention geschlossenen Vereinigung zwischen Ludwig XIV. und Jakob II. hier in Norddeutschland eine Verbindung zwischen Oranien und Brandenburg mit einigen der mächtigsten benachbarten und verwandten Fürsten entgegentrat; das vornehmste Motiv war auch hier das religiöse[1]. Bei einer Zusammenkunft des Kurfürsten mit dem Prinzen zu Minden wurde, wie der Erfolg zeigt, das Nächst-

[1] Vgl. Seite 402.

erforderliche verabredet. Das größte gemeinschaftliche Interesse bot die kölnische Angelegenheit dar. Der von Frankreich unterstützte Kardinal Fürstenberg war zuletzt bei der Postulation unterlegen: denn eine solche, nicht eine einfache Wahl wurde notwendig, weil er noch ein anderes Bistum besaß; die in diesem Fall erforderlichen Zweidritteile der Stimmen hatte er nicht erlangen können. Er selbst betrachtete sich, da er doch die Mehrzahl der Stimmen gehabt hatte, als rechtmäßig, mit ihm der König von Frankreich, nicht aber das Deutsche Reich.

Fürstenberg zog sich nach dem festen Bonn zurück und trug kein Bedenken, unter allerlei Vorwänden Franzosen in dem Stift aufzunehmen. Um nicht auch Köln, welches gut deutsch gesinnt war, in seine Hände geraten zu lassen, wurde die Stadt mit brandenburgischen Truppen besetzt. Doch ordnete Friedrich III. die Sache nicht als Kurfürst von Brandenburg an; denn er wollte mit den Franzosen nicht brechen; sondern als Mitdirektor des westfälischen Kreises, für dessen Konservation er sorgen müsse.

Schomberg war es, der am 9. September ein paar tausend Mann nach Köln führte; was dem an Fürstenbergs Stelle unter der Mitwirkung des Papstes gewählten Erzbischof Klemens von Bayern einen festen Rückhalt gewährte.

Von Köln wandte sich Schomberg nach den Niederlanden, wohin er brandenburgische Hilfsvölker führte. Er erscheint schon hier als ein überaus wirksamer Gegner des französischen Hofes, der ihn seiner Religion wegen ausgestoßen hatte; aber noch bedeutender sollte er werden. Er begab sich zu dem Prinzen, der sich nun aufs eifrigste rüstete, nach England überzuschiffen. Schomberg war einer seiner tätigsten Gehilfen in England und Irland.

In Versailles ließ Kurfürst Friedrich eröffnen, daß die kölnische Frage eine innere des Reiches sei, in die sich kein Fremder mischen dürfe, auch nicht der König von Frankreich, der ja noch immer versichere, in den Reichsangelegenheiten einen gütlichen Austrag zu suchen. Denn noch war die offizielle Voraussetzung, daß der Waffenstillstand bestehe, das Werk des Großen Kurfürsten, an dem auch der Nachfolger festhalte.

Eben in diesem Augenblick aber traten die feindseligen Intentionen Ludwigs XIV. unverhüllt und in vollem Umfang hervor. Eine Krisis trat ein, welche zu den größten Verwicklungen zwischen Frankreich und Deutschland führte, die bisher noch stattgefunden hatten. Ludwig XIV., der durch die Erfolge der kaiserlichen Waffen an der mittleren Donau erschreckt wurde,

wollte nicht warten, bis nach einem den Türken aufgenötigten Frieden die deutschen Streitkräfte sich unfehlbar gegen ihn wenden würden; er ergriff den Augenblick, den er als den geeignetsten betrachtete, um die überlegene Position, die er gegen das Deutsche Reich bereits einnahm, auf immer zu befestigen. Gegen Ende September schritt er zu einer großen Invasion (1688).

Man hat wohl in neuester Zeit den französischen Kriegsplan als den einer aggressiven Defension bezeichnet, was insofern nicht unrichtig ist, als Ludwig XIV. die ihm durch Waffenstillstand auf einstweilen überlassenen Reunionen zu behaupten gedachte; die Wahrheit aber ist, daß diese Defensive selbst eine Aggression in sich schloß. Denn das Reich sollte gezwungen werden, die ihm auf eine Zeitlang überlassenen Gebiete auf immer an ihn abzutreten. Um die den Verträgen gemäß zu erwartende Zurückforderung derselben im voraus zu vereiteln, wurde Philippsburg belagert und eingenommen. Die Herausgabe dieses Platzes sollte der Preis für den angebotenen Frieden sein. Die Aggression sollte dazu dienen, den Besitzstand nicht allein zu behaupten, sondern erst definitiv zu fixieren. Zugleich sollte der Kurfürst von der Pfalz durch die Eroberung der pfälzischen Plätze und Festen genötigt werden, die vermeintlichen Ansprüche der Herzogin von Orléans anzuerkennen, wenn auch vielleicht nur, um sie alsdann durch eine Geldsumme an sich zu bringen. Von dem Heere, das sich gegen die Pfalz wendete, wurden auch die Gebiete von Mainz und Trier überflutet. Der Kurfürst von Mainz fügte sich ohne Widerstand; er nahm eine Besatzung in seine Hauptstadt auf. Trier war nicht so gefügig. Aber Kardinal Fürstenberg nahm keinen Anstand, die in seinem Besitz befindlichen rheinischen Festungen Bonn und Neuß, sowie Kaiserswerth an die Franzosen zu überlassen. Holland wurde durch eine Armee, die zwischen Sambre und Maas erschien, im Zaum gehalten und bedroht. Die Expedition des Prinzen von Oranien nach England erschien im ersten Augenblick nicht durchaus nachteilig: denn der am meisten zu fürchtende Gegner der französischen Übermacht entfernte sich dadurch vom Kontinent. Louvois hat dem Kardinal Fürstenberg dazu Glück gewünscht, daß der Prinz so verblendet gewesen sei, sich nicht zuvörderst gegen ihn zu wenden. Die Unternehmungen der französischen Armee haben doch selbst unter den Franzosen nicht durchgängig Beifall gefunden. Ein Kenner der Politik, der sich im französischen Heere befand, machte den Hof darauf aufmerksam, welch üblen Eindruck es in Deutschland hervorbringen werde, daß Frankreich vier Kur-

fürsten auf einmal und zugleich den Kaiser angreife; er riet zu einem gemäßigteren Verfahren. Höchst energisch und wegwerfend lautete die Antwort von Louvois: den Deutschen gegenüber, sagte er, keine Freundschaft, keine Mäßigung, sondern Kanonen; eine Anzahl eingenommener Plätze auf ihrem Gebiete werde sie zur Vernunft bringen. Die Franzosen überblickten mit Genugtuung die große Reihe fester Plätze, die von Luxemburg bis Belfort in ihren Händen waren, so daß Frankreich unangreifbar werde.

Aber die volle Bedeutung der Invasion faßt man erst dann, wenn man den Umfang der reunierten Plätze und die innerhalb derselben an Saar und Mosel errichteten Festungen in Betracht zieht. Nicht allein das ganze streitige Gebiet sollte mit Frankreich vereinigt bleiben. Durch die Stellung, die es genommen, würden die vier rheinischen Kurfürstentümer und die vorliegenden Kreise dem Einfluß dieser Macht auf immer unterworfen worden sein. Auch des geringen Rückhalts, den Philippsburg nach seiner Zurückgabe gewährt hätte, sollten die Deutschen durch die in dem französischen Kriegsmanifest angekündigte Schleifung der Festung beraubt werden. Die Franzosen fürchteten weder von dem Kaiser, noch von den oberdeutschen und katholischen Fürsten ernstlichen Widerstand; sie waren erstaunt, daß die protestantischen sich regten. Waren sie nicht alte Freunde von Frankreich, bestand nicht namentlich mit Brandenburg noch immer eine Allianz? Man gab in Frankreich die Hoffnung nicht auf, den Kurfürsten von Brandenburg zur Neutralität zu bewegen. Als im November 1688 dieser Wunsch ernstlich geäußert wurde, brachte der brandenburgische Gesandte all die Unbill in Erinnerung, die das Deutsche Reich, welchem der Kurfürst mit unverletzlichen Pflichten verwandt sei, erfahren habe. Er gedachte überdies der Irrungen Frankreichs mit der dem brandenburgischen Hause befreundeten Republik der Niederlande, die eben zu einer Kriegserklärung führten.

Die Franzosen haben nach einiger Zeit ihre Anträge sehr wesentlich verstärkt. Wir dürfen ihre Erbietungen, die eine allgemeine Tragweite haben, nicht übergehen. Im Januar 1689 bemerkte der Minister Croissy dem Gesandten Spanheim, dem Kurfürsten seien bereits gute Bedingungen angeboten worden, wenn er neutral bleiben wolle, namentlich die Zahlung der dem Vorgänger zugesagten Subsidien zugleich mit dem Rechte, dabei doch seine Reichspflichten zu erfüllen und sein Kontingent zum Reichsheere zu stellen; aber Frankreich werde noch weiter gehen: es wolle nämlich zulassen, daß das in die holländischen Dienste

überlassene brandenburgische Truppenkorps in denselben verbleibe. Da der Kurfürst erklärt hatte, er könne nicht dulden, daß Holland zugrunde gerichtet würde, so versicherten die Franzosen, ihre Absicht sei es nicht, die Republik umzustürzen oder zu unterjochen; mit Rücksicht auf Brandenburg werde Frankreich den Holländern die besten Friedensbedingungen bewilligen; Brandenburg solle diese selbst bestimmen. Ferner ließ der König versichern, daß er niemals gegen Köln etwas zu unternehmen gedenke; der Kurfürst könne Vorkehrungen für die Stadt treffen, unter der Voraussetzung, daß sie die Neutralität beobachte. Der Gesandte hatte sich beklagt, man verfahre gegen Koblenz wie gegen Algier. Der König versprach jetzt, nichts gegen Koblenz zu unternehmen, wofern man dort nur seinen Feinden den Durchzug nicht gestatte.

Anerbietungen, die für den brandenburgischen Partikularismus, wenn es einen solchen gab, sehr verführerisch lauteten. Die Rückstände der alten Subsidien sollten gezahlt und ansehnliche neue hinzugefügt werden. Dabei sollte doch dem Kurfürsten eine gewisse Teilnahme an dem Reichskrieg sowohl, als an dem Kriege gegen Holland zugestanden sein. Auch seine Stellung am Niederrhein soll ihm gewahrt bleiben; er soll den Frieden mit Holland vermitteln und selbst die Bedingungen setzen: nur eine ernstliche, volle Teilnahme der brandenburgischen Streitkräfte an dem bevorstehenden Kriege wider Frankreich will man verhüten.

So vorteilhaft diese Anträge lauteten, so hätte es doch der eigensten Gesinnung des Kurfürsten widerstrebt, darauf einzugehen. Als sie ihm gemacht wurden, war ihm das auch deshalb unmöglich, weil er seit dem ersten Einbruch der Franzosen in der Vorbereitung zu einem Krieg gegen sie, an dem er persönlich Anteil nehmen wollte, begriffen war. Im Anschluß an die erwähnten früheren Besprechungen war zwischen den einverstandenen norddeutschen Fürsten in aller Form ein Bündnis zu diesem Zweck geschlossen worden. Es waren die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, der Herzog von Hannover, der Landgraf von Hessen, die in Magdeburg zusammenkamen, um sich darüber miteinander zu verständigen. Von Kurfürst Friedrich liegt ein Aufsatz vor, worin er die Punkte erwägt, welche in Magdeburg zur Sprache zu bringen wären. Er hielt es danach für möglich, den in Deutschland eingedrungenen Franzosen vielleicht von den Niederlanden her eine Diversion in ihrem Rücken zu machen, was den Angriff auf ihre Front sehr erleichtern würde: hier aber sei es notwendig, solche Stellungen zu nehmen, daß von

den verbündeten Heerhaufen der eine von dem anderen rechtzeitig unterstützt werden könne. Auch noch andere wichtige Anliegen, vor allem die Sicherung der Religion im Verhältnis zu dem Kaiser faßt er dabei ins Auge.

Die Zusammenkunft der Fürsten, zugleich mit ihren Räten, führte zu dem Beschluß, aus ihren Truppen, zu denen auch herzoglich-sächsische stoßen sollten, eine Armee von etwa 22 000 Mann zu vereinigen und den Franzosen am Mittelrhein entgegenzustellen. Brandenburg, das hierbei nur schwach beteiligt war, soll dagegen am Niederrhein in Verbindung mit den Holländern eine Armee von 20 000 Mann aufstellen; hauptsächlich, um Köln zu schützen. Die beiden Armeen sollen immer durch Detachements in einiger Verbindung bleiben. Der Kaiser soll angegangen werden, mit Bayern eine dritte Armee im schwäbischen Kreise und im Elsaß zustande zu bringen und die Franzosen zur Teilung ihrer Kräfte zu nötigen. Nur mit kaiserlicher Hilfe meinte man die zunächst bedrohten Kreise von einem Waffenstillstand abhalten zu können.

Charakteristisch für den Zeitmoment ist es, daß nicht der Kaiser die Fürsten zur Verteidigung der Gesamtheit des Reiches auffordert; die Initiative geht vielmehr von diesen aus.

Kurfürst Friedrich muß doch wohl als der Mann betrachtet werden, der für die allgemeinen Beziehungen der Lage den umfassendsten Blick hatte. Er ließ den Prinzen von Oranien ausdrücklich erinnern, wenn es ihm mit seinem Vorhaben gelinge, möge er vor allem darauf denken, England zur Teilnahme an dem Kriege gegen Frankreich zu vermögen.

Mit der Expedition des Prinzen, der nun wirklich in See ging und am 5. November in England landete, war auch wieder insofern eine Gefahr verknüpft, als die religiöse Tendenz, die sie hatte, sehr dazu angetan war, den Wiener Hof in seinen katholischen Sympathien zu verletzen und der Sache der Verteidigung gegen Frankreich zu entfremden.

Die Jesuiten in Wien bemerkten anfangs: wenn in England der protestantische Schwiegersohn den katholischen Schwiegervater überwältige, so werde die nächste Folge davon sein, daß dem jungen Prinzen von Wales eine andere als eine katholische Erziehung gegeben werde. In kurzem vernahm man, wieviel weiter die Intentionen des Prinzen von Oranien gingen. Die Deklaration desselben, in welcher die Echtheit des Prinzen von Wales in Abrede gestellt wurde, ließ den ganzen Umfang seiner Absichten erkennen. Um so mehr aber mußte man fürchten, daß es den

Franzosen gelingen werde, der Ansicht, sein Unternehmen sei als ein Angriff auf den Katholizismus zu betrachten, Beistimmung zu verschaffen.

Noch war jedoch der entgegengesetzte Eindruck, den die französische Invasion im Reiche gemacht hatte, zu stark in Wien, als daß es geradezu dahin kommen konnte. Eine entschiedene Meinung wagte niemand auszusprechen. Eben zur rechten Zeit traf eine Weisung des Kurfürsten, in welcher die Frage erörtert wurde, an seinen Gesandten in Wien ein. Es war Nikolaus Bartholomäus von Danckelmann, ein Bruder Eberhardts, dessen Berichte trotz aller Steifheit ihrer Fassung doch viel Einsicht und ein ungewöhnliches Talent der Unterhandlung verraten und zur Aufhellung der Verhältnisse der Zeit wesentlich beitragen. Dem teilte nun sein Fürst die aus Versailles bei ihm eingegangenen Nachrichten mit, nach welchen daselbst das Unternehmen des Prinzen hauptsächlich deshalb Konsternation hervorrufe, weil, wenn es Sukzeß habe, England und Holland gemeinschaftlich gegen Frankreich angehen würden. Da habe man nun dort beschlossen, die Gefahr der katholischen Religion, die hieraus entstehen würde, durch die geistlichen Ratgeber den katholischen Fürsten vorstellen zu lassen, namentlich dem Kaiser, um ihn mit den Protestanten, von denen er seine beste Unterstützung gegen Frankreich erwarten dürfe, zu entzweien und ihn zu einem schädlichen und übereilten Frieden zu vermögen. Dagegen erinnert der Kurfürst in jener Weisung: das Erzhaus habe den Sturz der Stuarts nicht zu beklagen; denn Jakob II. würde ruhig zugesehen haben, wenn Holland und Österreich zugrunde gerichtet worden wären; nicht einen Degen hätte er darüber zücken lassen. Er bezieht sich auf eine vielgelesene Flugschrift, in der die Gefahr, die aus der Verbindung der Bourbons und Stuarts für Österreich hervorgehe, entwickelt worden war. Auf der anderen Seite, fährt er fort, wisse man, daß das Parlament wie die Nation gut österreichisch gesinnt sei und nichts mehr wünsche als einen Krieg gegen Frankreich. Die Expedition des Prinzen würde also dem Hause Österreich eher nützlich sein als schädlich.

Der Moment bildet gleichsam einen Ausgangspunkt der europäischen Politik nach dem achtzehnten Jahrhundert hinüber. Holland und Brandenburg waren für die Expedition des Prinzen, obwohl die Holländer voraussehen konnten und voraussahen, daß, wenn sie gelinge, England das Übergewicht zur See davontragen werde, und Brandenburg sich bewußt war, eine Verbindung zwischen England und Österreich anzubahnen, durch

welche es nicht gefördert werden konnte. Aber das ist das Gute der großen Krisen der europäischen Angelegenheiten, daß dabei das besondere Interesse eines jeden vor dem allgemeinen zurücktritt. Das Schreiben des Kurfürsten wurde nicht allein dem Hofkanzler Stratmann, sondern dem Kaiser mitgeteilt, der sich dann beistimmend vernehmen ließ.

Man wird nicht zu viel sagen, wenn man behauptet, daß die brandenburgische Erklärung auf die Entschlüsse des Kaisers entscheidenden Einfluß gehabt habe. Die Gesichtspunkte, die sie aufstellt, sind richtig und schlagend. Man hat zwar in späterer Zeit, als das Mitgefühl für die damalige längst erloschen war, in Abrede gestellt, daß eine Universalmonarchie Frankreichs jemals zu befürchten gewesen sei; ungefähr, wie dieselbe Idee in den Zeiten Karls V. und Philipps II. als unausführbar betrachtet worden ist. Das ist sehr richtig, wenn man das Wort buchstäblich nimmt; der Ausdruck bezeichnet jedoch nur das Übergewicht einer einzelnen Macht, gegen welches von keiner Seite wirksamer Widerstand geleistet werden könnte, wie Kurfürst Friedrich III. sagt, ein absolutes arbitrium in den europäischen Angelegenheiten. Der Kurfürst stellt dem Kaiser vor, der Augenblick dazu sei jetzt gekommen, sich des französischen Übergewichts zu entledigen. Die Lage könne nicht günstiger sein, da Frankreich mit dem Papst und einem großen Teil der Katholischen zerfallen sei. Dadurch werde es möglich, eine Vereinigung der Protestanten und der Katholiken in dem Deutschen Reiche zu bewerkstelligen. Gegen eine solche Verbindung anzugehen und standzuhalten, wäre Frankreich unfähig. Man könne alles, was diese Macht dem Deutschen Reiche entrissen habe, wieder herbeibringen, namentlich die Reunionen, Straßburg inbegriffen, vielleicht selbst das Elsaß und Lothringen: und die Integrität der spanischen Niederlande wiederherstellen. In Wien schien man geneigt zu sein, sich mit der Erneuerung des Nimwegischen Friedens zu begnügen. Dem setzte man sich brandenburgischerseits eifrigst entgegen; denn eben das sei der Friede, durch welchen Frankreich zu so vielen Gewalttätigkeiten fähig geworden sei. Der Gedanke Brandenburgs war damals, nicht auf den Nimwegischen, sondern auf den Pyrenäischen Frieden zurückzukommen.

Der Kurfürst kehrt dabei immer den Vorteil des Hauses Österreich, selbst dessen Aussichten auf die Sukzession in Spanien hervor. Der eigenen, brandenburgischen Interessen gedenkt er nicht; diese treten bei ihm vor den allgemeinen in den Hintergrund.

Der Kaiser hatte anfangs eine nicht geringe Verstimmung über das, was in Magdeburg ohne sein Vorwissen vereinbart worden war, blicken lassen; allmählich pflichtete er alledem bei, was ohne ihn geschehen war. Die Gedanken reiften, aus denen die große Allianz gegen Frankreich hervorgegangen ist. Brandenburg stand damals der österreichisch-spanischen Politik näher als Bayern, welches die Anträge Fürstenbergs auf Neutralität in bezug auf das Herzogtum Westfalen nicht geradezu zurückgewiesen hatte. Als der spanische Botschafter in Wien von dem Antrag hörte, fuhr er zusammen; aber sein Gesicht erheiterte sich, als er vernahm, daß der Kurfürst von Brandenburg abschlägig darauf geantwortet hatte. Von großem Einfluß war der spanische Gesandte noch in diesen Zeiten in Wien; er genoß das Ansehen eines Familienbotschafters und war voll von antifranzösischem Eifer. Er wandte seinen Einfluß bei dem Kaiser an, um alle von der Religion hergenommenen Einreden gegen den Bund mit den Protestanten zu entkräften. Er stellte ihm vor, daß die Gesamtlage der öffentlichen Angelegenheiten den Protestanten verbiete, auf etwas anderes als auf ihre Verteidigung zu denken. Den Protestanten hingegen sagte er, der Kaiser sei entfernt davon, den Katholizismus durch Gewalt ausbreiten zu wollen; aber allerdings sei derselbe durch und durch katholisch: er ermahnte sie, ihrerseits alle Härte und Gewaltsamkeit gegen die Katholiken zu vermeiden, weil sonst der Kaiser doch in religiösen Eifer geraten könne.

Wenn einst in der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts die Gefahr vor dem spanischen Übergewicht die beiden religiösen Parteien in Deutschland vermocht hatte, den Religionsfrieden zu schließen, der dann gewaltsam unterbrochen und erst im Westfälischen Frieden wiederhergestellt worden war, ohne jedoch eine Versöhnung herbeizuführen; so trat nun gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts in dem Gegensatz gegen die französische Oberherrschaft ein Moment ein, in welchem ein Verständnis der beiden Parteien und gegenseitige Toleranz nötig wurde. Alle Gewaltsamkeit von der einen und der anderen Seite wurde durch die politische Notwendigkeit verboten; auf den Krieg mußte dieses Verhältnis sogleich die ersprießlichste Rückwirkung ausüben.

Am 15. April 1689 kam es in Wien, nachdem die verschiedenen Vorschläge über den zu unternehmenden Feldzug eingegangen und geprüft worden waren, zu einer großen Konferenz. Obenan saßen die obersten kaiserlichen Räte, der Hofkanzler und der

Reichsvizekanzler und einige Generale. Zugegen waren außer dem sächsischen und brandenburgischen Gesandten die von Lüneburg und Hessen, welche zusammen die Konföderation von Magdeburg repräsentierten, überdies der bambergische, auch der schwedische, kein bayerischer; doch vernahm man, daß Bayern im voraus einverstanden sei. Der Reichsvizekanzler hielt eine Ansprache, in der er den Fürsten den Dank des Kaisers für ihre Bereitwilligkeit, das Reich zu verteidigen, ausdrückte und es als ein gutes Zeichen begrüßte, daß die eingereichten Vorschläge mit dem Vorhaben des kaiserlichen Hofes vollkommen in Einklang seien.

Was er vortrug, stimmte denn auch mit den in Magdeburg vereinbarten Absichten zusammen. Am Oberrhein sollte eine Armee von 22 000 Mann unter dem Kurfürsten von Bayern aufgestellt werden, in welcher auch kaiserliche Truppen und die Völker des schwäbischen Kreises dienen würden. Die vornehmsten Anstrengungen dachte man an dem Mittelrhein mit einem den magdeburgischen Entwürfen gemäß gebildeten, aber bis auf 40 000 Mann verstärkten Heere zu machen.

Da es darauf ankam, Mainz zu belagern, so erbot sich der Kaiser, das erforderliche Geschütz auf seine eigenen Kosten, so beträchtlich auch diese sein würden, herbeizuschaffen. Den Oberbefehl sollte der Herzog von Lothringen führen: über das Verhältnis, in welches derselbe hierbei zu dem Kurfürsten von Sachsen treten sollte, wurden eingehende Bestimmungen gegeben. Für den Niederrhein nahm der Kaiser das Erbieten des Kurfürsten von Brandenburg, mit einer Armee von 20 000 Mann aufzutreten, dankbar an, zumal da ein Teil derselben bereits in Aktion begriffen war. Mit den Brandenburgern sollten sich auch die münsterschen Mannschaften, 5000 Mann stark, vereinigen. Diesem Heere würden die Truppen der Generalstaaten zur Seite stehen; ohne den freien Entschluß des Kurfürsten von Brandenburg im mindesten beschränken zu wollen, ließ der Kaiser doch aussprechen, der nächste Zweck des Krieges werde sein, Bonn zu erobern und den Niederrhein in die Devotion des Reiches zurückzubringen.

Indem diese Beschlüsse gefaßt wurden, hatten die französischen Feindseligkeiten bei den Deutschen bereits die heftigste nationale Erbitterung hervorgerufen. Die Verwüstung der Pfalz wurde von dem empörten Volke, das sich zusammenscharte, mit populärer Entrüstung erwidert. Man wollte keinen Pardon nehmen noch geben; aber weder dieser lokale Widerstand noch auch die Kriegs-

rüstungen der deutschen Fürsten erregten bei den Franzosen ernste Besorgnisse. Sie meinten, an den Belagerungen werde sich der Kriegseifer der Deutschen erschöpfen.

Während sich nun die vereinigten kaiserlichen Truppen durch Bayern, Hessen und Sachsen verstärkt gegen Mainz wendeten, erschien Kurfürst Friedrich am Niederrhein. Das Kriegsheer, welches sein Vater ihm hinterlassen, stand bereits im Felde; die in dessen Dienst bewährten Offiziere scharten sich um den neuen Fürsten, der den Ehrgeiz fühlte, an ihrer Spitze Ruhm zu erwerben wie einst sein Vater. Die Armee war noch stärker, als man angekündigt hatte; sie zählte etwa 26 000 Mann, denen sich dann die münsterischen und holländischen Truppen beigesellten. Der erste Anlauf richtete sich gegen Kaiserswerth, welches die äußerste Linke der französischen Position bildete. Dem Kurfürsten Friedrich schreibt man persönliches Verdienst bei der Belagerung zu, bei der er Augenmaß und gute Einsicht bewährt habe: er folgte dem Coehornschen System. Bei der Übergabe traten die fürstenbergischen Truppen, die daselbst dienten, zu den Deutschen über.

Hierauf wendete man sich gegen Bonn, das notwendig genommen werden mußte, um Köln und den Rheinstrom zu decken und weitere Unternehmungen gegen die Maas hin möglich zu machen; aber es hatte gute Festungswerke, eine zahlreiche Besatzung und einen tapferen Kommandanten. Dagegen waren die brandenburgischen Generale uneinig. Das Bombardement, zu dem man schritt, zerstörte zwar die Stadt, bewog aber den feindlichen Befehlshaber mitnichten, die Festung aufzugeben. Der Kurfürst war mit seinem ganzen Herzen dabei. Eines Tages, als der Ausgang zweifelhaft schien, hat er, durch Patriotismus und Religion gehoben, an das Fenster tretend, zu Gott gebetet: er möge ihn bei seinem ersten Unternehmen keinen Schimpf erleben lassen. Doch kam es zunächst mehr auf Mainz an, das von dem vereinigten deutschen Heere unter dem Herzog von Lothringen belagert wurde. Die Franzosen beabsichtigten, ein starkes Korps zum Entsatz dahin zu dirigieren. Schon gegen Bonn hatten sie etwas Ähnliches versucht; doch war es infolge der Stärke und Beweglichkeit der brandenburgischen Truppen bei der bloßen Demonstration geblieben. Und gegen Mainz heranzurücken, verhinderte sie eine Zeitlang die Mangelhaftigkeit ihrer eigenen Veranstaltungen. Auf die Nachricht, daß es damit Ernst werde, entschloß sich der Kurfürst, fürs erste Bonn nur eingeschlossen zu halten und einen ansehnlichen Teil seiner Belagerungstruppen gegen Mainz zu schicken. Wir entnehmen aus einem Briefe von Louvois,

daß das in Frankreich großen Eindruck machte; denn man sah, daß der beabsichtigte Entsatz dadurch unmöglich werden würde.

Man gab dem Kommandanten, der nicht kriegsgefangen werden dürfe, die Weisung, in Zeiten zu kapitulieren. Wenn dieser durch die Fortschritte der Belagerung, noch ehe die Weisung eingetroffen war, sich zur Kapitulation entschloß, so hat ohne Zweifel die bei dem Herannahen der Verstärkung auch ihm einleuchtende Unmöglichkeit, sich zu behaupten, dazu beigetragen. Nach dem Fall von Mainz wurde nun die Belagerung von Bonn mit verdoppeltem Eifer fortgesetzt. Die dort nicht mehr beschäftigten kaiserlichen Truppen kamen nun ihrerseits den kurfürstlichen zu Hilfe.

Die Tapferkeit ist immer in Einnerung geblieben, mit welcher die Brandenburger bei dem von ihrem Fürsten angeordneten Sturme den gedeckten Weg eroberten und bis zum Hauptwall vordrangen, worauf in der äußersten Gefahr der französische Kommandant kapitulierte.

Die Franzosen hatten die Eintracht der deutschen Fürsten und das Zusammenwirken ihrer Streitkräfte nicht erwartet und waren über die Erfolge derselben nicht wenig betroffen. Eine Ahnung regte sich von der Änderung des Verhältnisses zwischen beiden Nationen, welche überhaupt bevorstand.

Drittes Kapitel.

Brandenburg während der Fortsetzung des Krieges und beim Frieden von Ryswyk.

Das Jahr 1689 ist in der Geschichte der deutschen Nation überaus bedeutend. Denn zum ersten Male seit Jahrhunderten vereinigten sich die deutschen Fürsten und Stände beider Religionen zu dem Widerstande gegen Frankreich und hatten große und glänzende Erfolge. Der Anteil, den Friedrich III. daran genommen hat, sichert ihm ein rühmliches Andenken in der Geschichte der Nation. Bei anderen Fürsten entwickelt sich ihre Tatkraft nach und nach. Friedrich hat das Beste, das ihm gelang, gleich im ersten Jahre vollbracht. Ihm hauptsächlich war die Verbindung der norddeutschen Fürsten, wie unter sich, so auf der einen Seite mit Holland und auf der anderen mit dem Kaiser zu verdanken. Es war der Versuch des neubegründeten Staates, eine deutsche und europäische Stellung zu kombinieren.

Aber der Krieg, der damit begann, war weder ein brandenburgischer noch ein deutscher, sondern ein allgemeiner, in welchem sich die universalen Weltkräfte, sowohl zu Land wie zur See, miteinander maßen.

Wenn alles darauf beruhte, daß England, wie schon der Große Kurfürst gewünscht hatte, an dem Kampfe gegen Ludwig XIV. teilnahm, so reichte es doch nicht hin, daß König Wilhelm, nachdem er in dem Inselreiche Meister geworden war, auch nach den Niederlanden herüberkam, um die Franzosen zu bekämpfen. Die Hauptsache lag in dem Zusammentreffen der maritimen Kräfte; zur See aber gewannen England und Holland vereinigt in kurzem die Oberhand, was denn nicht verfehlen konnte, auf den Landkrieg zurückzuwirken. Die Anstrengungen zur Verteidigung seiner Küsten, welche Frankreich machen mußte, schwächten die Entwicklung seiner Streitkräfte gegen seine Nachbarn. Die Seeschlacht von La Hogue (1692), die Wiedereroberung von Namur sind die großen Marksteine dieses Umschlages in den Geschicken von Europa. Es griff damit zusammen, daß die

Osmanen im Osten ebenfalls durch große Schlachten wie bei Salankemen besiegt wurden: auf der ganzen ungeheueren Linie von Limerik bis nach Belgrad behaupteten die Verbündeten den Invasionen gegenüber nach langem Schwanken eine siegreiche Stellung.

Der Kurfürst von Brandenburg hatte den Krieg herbeizuführen vornehmlich beigetragen; noch waren seine Streitkräfte viel zu schwach, als daß die Entscheidung eben von ihm abgehangen hätte. Aber sie nahmen an dem Kriege an der mittleren Donau und in den Niederlanden den lebendigsten und wirksamsten Anteil. Die brandenburgischen Truppen erneuerten ihren Ruhm in der Schlacht bei Salankemen und trugen dazu bei, daß Namur wiedererobert werden konnte. Die Politik des Kurfürsten war, die Fortsetzung des allgemeinen Krieges möglich zu machen und dabei die Bedingungen zu wahren.

Wollten wir diese doppelte Tätigkeit in ihr volles Licht stellen, so würden wir die Geschichte der Zeit schreiben müssen; es sei genug, nur die Momente hervorzuheben, in welchen sich ein besonderes brandenburgisches Interesse mit dem allgemeinen verbindet.

Vornehmlich behielt der Kurfürst seine noch immer nicht ganz sichere Stellung gegen Schweden im Auge. König Karl XI. war keineswegs französisch gesinnt: religiöse und reichsrechtliche Tendenzen trennten ihn von dieser Macht; auch der Reichskanzler gehörte der antifranzösischen Richtung an. Aber der König war heftigen Aufwallungen unterworfen; der Kanzler ein hochbejahrter Mann und die alte Freundschaft für Frankreich in den schwedischen Magnaten keineswegs erloschen. Wenn Schweden schon bald nach dem Ausbruch des Krieges Vorschläge zum Frieden machte, so meinte der Kurfürst, die Mediation, die es in Anspruch nehme, sei der Vorläufer des Übertritts zur französischen Partei, wie das einst in der Zeit seines Vaters der Fall war.

Bei der Volkshilfe, welche Kurfürst Friedrich in Ungarn leistete, hatte er vor allem die Absicht, den Kaiser so zu verstärken, daß er an keinen Frieden mit Frankreich zu denken brauche; damit verknüpfte er aber die andere, zu verhindern, daß nicht etwa schwedische Truppen, wovon zuweilen die Rede war, in den kaiserlichen Dienst gezogen wurden, was seine Lage unhaltbar gemacht hätte. Sehr vorteilhaft war ihm auch in dieser Hinsicht die große Allianz, der er beitrat (1688). Die Generalstaaten und Großbritannien verpflichteten sich, jeden Angriff gegen die Territorien des Kurfürsten außerhalb und innerhalb des Reiches als

Kolonie Großfriedrichsburg. Nach einer Zeichnung aus dem Jahre 1688.
Aus den kriegsgeschichtlichen Einzelschriften des Großen Generalstabs, Heft VI, „Brandenburg-Preußen an der Westküste von Afrika", 1885.
Verlag von E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

einen Angriff gegen sie selbst zu betrachten. Die Machtstellung Brandenburgs im Osten wurde dadurch bei weitem besser gesichert, als es unter dem Großen Kurfürsten geschehen war, der bei dem Antagonismus zwischen Holland und England oder der Teilnahmlosigkeit des letzteren immer schwedischen Angriffen ausgesetzt blieb. Die guten Erfolge in Ungarn, welche Brandenburg erringen half, hatten die erwünschte Rückwirkung, daß sie die kaiserliche Autorität in Deutschland verstärkten: was zur energischen Führung des Reichskrieges notwendig war. Unter anderem erwartete man davon — wer sollte es glauben — eine Umwandlung des Verhaltens des damals renitenten Bischofs von Münster.

In dieser Beziehung war nun aber das allerwichtigste, Hannover bei der Teilnahme an dem Kriege festzuhalten. Die Unterhandlungen über die Errichtung der neunten Kur zugunsten Hannovers gewinnen dadurch an allgemeiner Wichtigkeit, daß die Kurwürde eben der Preis war, welchen Herzog Ernst August von Hannover für seine Teilnahme an dem Kriege verlangte. Schon längst war die jüngere Linie des Welfischen Hauses, die in dem Dreißigjährigen Kriege neue Grundlagen der Macht gewonnen hatte, zu den mächtigsten Dynastien im Reiche zu zählen, ungeduldig darüber, daß sie in der Hierarchie des Reiches noch nicht auf die erste Stufe hatte gelangen können.

Wenn nun schon der Große Kurfürst nicht gegen die Erfüllung dieses Wunsches gewesen war, weil er in der neunten Kur eine Verstärkung des protestantischen Interesses in dem kurfürstlichen Kollegium sah; so erklärte sich Friedrich III., der Schwiegersohn des Herzogs Ernst August, noch viel eifriger dafür, nicht allein aus dynastischer Vorliebe, sondern noch mehr um der politischen Rücksichten willen, die aus dem Kriege gegen Frankreich entsprangen. Gleich bei den Vorbereitungen zu demselben ist Bedacht darauf genommen worden: denn eine Trennung des hannoverschen Interesses von dem allgemeinen deutschen in dem Kriege gegen Frankreich wäre unerträglich geworden; aber die Durchführung dieses Vorhabens bei dem Kaiser und dem Reiche mußte notwendig auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Man hat in Wien selbst seine Verwunderung ausgesprochen, daß Brandenburg sich dafür erkläre; denn es habe keinen eifersüchtigeren Nebenbuhler als eben Hannover. Und wie hätte man in Berlin nicht den Gegensatz, in welchem man sich zu Hannover befand, fortwährend empfinden sollen. Oft genug haben die brandenburgischen Minister, vornehmlich Eberhard

von Danckelmann, den alten Antipathien Raum gegeben. Danckelmann unterstützte den Widerstand, auf welchen die Einführung der Primogenitur in der jüngeren Linie des Hauses Lüneburg in diesem Hause selber stieß. Gegen das zuweilen beschwichtigte, aber immer von neuem hervortretende Widerstreben Hannovers in den deutsch-französischen Angelegenheiten hat er wohl einmal ein ernstliches Einschreiten des kaiserlichen Hofes nachgesucht; die neunte Kur aber zu hintertreiben, war er doch nicht stark genug. Herzog Ernst August beharrte unerschütterlich bei dieser Forderung.

Auf dem Wahlkonvent zu Augsburg, bei welchem Erzherzog Joseph zum römischen König gewählt wurde, äußerte ein anwesender hannoverscher Geschäftsträger, der die Sache betrieb, ohne Gehör zu finden: wenn sein Herr nicht auf dem einen Wege zu seinem Ziele gelange, so werde er einen anderen suchen. Der Herzog bildete dann eine dritte Partei, die auf unverweilte Herstellung des Friedens mit Frankreich hinarbeitete. Diese Politik, die bei anderen deutschen Fürsten Anklang fand und dem kaiserlichen Hofe sehr gefährlich werden konnte, verschaffte den hannoverschen Anträgen endlich auch Gehör in Wien.

Friedrich III. war nicht im Geheimnis der Unterhandlungen zwischen dem Herzog und dem Kaiser; aber sowie sie zu gelingen schienen, sprach er seinen Beifall aus. Ein englischer Gesandter berichtet, an dem brandenburgischen Hofe sei man nicht ohne Eifersucht gegen die wachsende Macht von Hannover gewesen: aber als man vernommen, daß der Herzog sich der Allianz mit Entschiedenheit anschließen und eine ansehnliche Truppenschar gegen Frankreich stellen werde, so sei dieselbe geschwunden; zwischen dem hannoverschen Minister Platen und dem brandenburgischen Danckelmann sei nach langer Entfremdung, jedoch nicht ohne die Vermittlung Dritter, eine Annäherung erfolgt; und Danckelmann dann bei der nächsten Durchreise des Hofes nach Kleve mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt worden. Man hatte in Brandenburg die Absicht, die Kontinuität des westlichen Gebietes bei dieser Gelegenheit durch eine von Hannover zu gewährende, an sich unbedeutende Landesabtretung zu erreichen; allein auch ohne dies erlangt zu haben, unterstützte Friedrich III. seinen Schwiegervater mit allem möglichen Nachdruck. Er hielt darüber, daß der Hof zu Wien nicht geradezu eine Erhebung durch kaiserliche Machtvollkommenheit vornahm; aber er bewirkte, daß die Kurfürsten ihre Einwilligung aussprachen, und drang dann auf die baldige Investitur Hannovers mit der neuen

Würde, ein Akt, welcher die Einführung in das Kurkollegium noch nicht in sich schloß, aber sie vorbereitete. Nirgends erweckte die Nachricht von dem günstigen Beschlusse des kaiserlichen Hofes größere Freude als in Berlin, wo im Dezember 1692 Ernst August eben anwesend war, als sie eintraf. Damals wurde zwischen Brandenburg und Hannover das Bündnis von 1684 in den bindendsten Formen erneuert; die beiden Häuser versprachen einander innerhalb und außerhalb des Reiches ihre Besitzungen und selbst ihre Rechte gegenseitig zu verteidigen, kein Bündnis einzugehen, das dem entgegenlaufe. Eine Übereinkunft, die einer sehr umfassenden Auslegung fähig war und die bedeutendsten Eventualitäten in sich begriff. Der Investitur setzte sich eine sehr ausgedehnte und energische Opposition entgegen, an deren Spitze Dänemark stand; gefährlich wurde dieselbe jedoch nicht; sie hatte vielmehr die Wirkung, daß sich Hannover um so enger an Brandenburg anschloß.

Zwischen dem Kaiser und diesen beiden mächtigen Fürsten bildete sich dadurch ein gemeinschaftliches Interesse, welches sich für die Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich eine Zeitlang sehr nützlich erwies. Gewiß sind hieraus mit der Zeit Verwicklungen unangenehmer und selbst gefährlicher Art entsprungen; aber wer könnte die Zukunft voraussehen oder beherrschen. „Dann, wie dann", ist ein altes wahres Wort. Die Politik muß vor allem dem Augenblicke genügen, was niemals ohne Gefahren für die Zukunft geschehen kann.

Auch gegen den Kaiser selbst mußte sich Brandenburg damals zu einer Konzession entschließen oder vielmehr zur Ausführung einer schon geschehenen, die ihm höchst beschwerlich war.

Retradition von Schwiebus.

Jenes Versprechen, welches Friedrich III. sich als Kurprinz hatte abdringen lassen, das seinem Vater überwiesene Territorium von Schwiebus dem Kaiser zurückzugeben, sobald er selbst zur Regierung komme, wurde, nachdem dies erfolgt war, von dem kaiserlichen Hofe dringend in Erinnerung gebracht. Die nunmehr eingegangene Kriegsgemeinschaft änderte daran nichts.

Es war in dem Lager vor Bonn, daß die Angelegenheit auf das ernstlichste zur Sprache kam. Danckelmann, der noch immer nichts davon wußte, war um so mehr erstaunt, da er nicht gemeint hatte, daß der Fürst, dem er damals sehr nahe stand, einen Schritt, wie diesen, ohne ihn zu fragen, hätte tun können. Er war

eigentlich der Meinung, man könne und solle das Versprechen für null und nichtig erklären; ebenso die übrigen Geheimen Räte. Sie überzeugten den Kurfürsten von der rechtlichen Nullität des Versprechens, wie er dann selbst in einem seiner Reskripte sagt: „Er sei in jener Zeit noch unter väterlicher Gewalt gewesen und habe darum gar nicht das Recht gehabt, ein solches Versprechen zu geben: von den Ansprüchen, für welche Schwiebus als Ersatz habe gelten sollen, habe er keinen Begriff gehabt: man habe ihm nicht die Zeit gelassen, sich über deren Beschaffenheit zu unterrichten.“ Bei alledem fiel es dem Kurfürsten Friedrich unendlich schwer, ein Versprechen, das er einmal gegeben hatte, nicht zu halten. Juridisch meinte er nicht gebunden zu sein, wohl aber moralisch. Und dazu kam noch ein politisches Moment. Der Fürst von Anhalt, Johann Georg, der die Vermittlung in der Sache geführt hatte, wurde in einem starken Anschreiben nicht ohne harte Ausdrücke darüber zur Rede gestellt; er antwortete: „Das Versprechen sei die Bedingung des Traktats von 1686 gewesen: der Kaiser würde denselben nie ratifiziert haben ohne den Revers; dieser erschien dann gleichsam als der Grundstein des ganzen Verhältnisses zu Österreich. Und von seiten des Kaisers drang man alle Tage stärker auf seine Erfüllung. Die höchsten Beamten der böhmischen Krone behaupteten, daß die in dem Allianztraktat nachgegebene Abtretung von Schwiebus den Gesetzen des Königsreichs widerstrebe; besonders bestand die katholische Priesterschaft auf die Restitution, weil die Landschaft sich sonst von ketzerischen Elementen anfüllen werde.“

An eine offene Verweigerung der Retradition ließ sich bei so bewandten Umständen nicht denken. Kurfürst Friedrich III. bewilligte sie, wie er ausdrücklich sagt, aus Respekt für den Kaiser und um das gute Vernehmen mit demselben aufrechtzuerhalten. Da er aber keine rechtliche Verpflichtung dafür zu haben meinte, so stellte er Gegenforderungen auf, die über die geringfügigen Erbietungen, die ihm ursprünglich gemacht waren, weit hinausgingen.

Sein Wunsch war auf zwei neue Expektanzen von hohem Werte gerichtet, die eine auf die Reichslehen der Grafen von Limpurg, die andere auf Ostfriesland. Die erstere hatte darum eine besondere Bedeutung, weil von den beiden Linien, in welche das Haus sich teilte, in dieser Zeit die eine ausstarb, die andere der Extinktion nahe war. Hauptsächlich dieser Umstand beschleunigte den Abschluß der Schwiebuser Angelegenheit. Denn man erfuhr, daß eine Expektanz auf Limpurg bereits erteilt, dann

wieder zurückgenommen sei und jetzt wieder erteilt werden solle. Noch bedeutender war Ostfriesland, obgleich die Kaduzität des Lehens in weiterer Ferne lag. Danckelmann versichert, dem kaiserlichen Hofe sei die Forderung der Anwartschaft auf Ostfriesland so widerwärtig gewesen, daß er es, obwohl er anfangs darauf einging, später doch vorgezogen haben würde, die Volkshilfe Brandenburgs in Ungarn zu entbehren. Allein auch für Leopold I. war es unter den obwaltenden Verhältnissen unmöglich, mit Brandenburg zu brechen. Merkwürdig sind die Worte, in denen der Kaiser endlich seine Einwilligung ausspricht; er versteht sich, die „auf gewisse Maß und Weise vertröstete Expektanz" erteilen zu wollen; er tut das, wie er ausdrücklich hinzufügt, nicht als Gegenleistung für die Restitution von Schwiebus, sondern wegen der Verdienste, die der Kurfürst und sein Haus sich um das Reich erworben haben.

Mit der Retradition hat es sich noch eine Zeitlang hingezogen. Im Jahre 1695 mußte sie ausgeführt werden. Der Kurfürst wünschte nicht, daß die Sache im Geheimen Rat vorgelegt würde. Danckelmann nahm sie selbst ganz in die Hand. Dem entging es nicht, daß infolge der Retradition der auf einige schlesische Fürstentümer bestehende Anspruch wieder zu seiner Geltung gelange. Er sagt ausdrücklich, „den Nachfolgern bleibt das Recht vorbehalten, den Anspruch zur Geltung zu bringen, insofern er rechtmäßig sei". Danckelmann schlägt die Anwartschaft auf Limpurg überaus hoch an; denn die Bevölkerung sei zum Teil protestantisch und wünsche die Erwerbung der Grafschaft durch Brandenburg. Zu dem schwäbischen und fränkischen Kreise würde sie ein neues Verhältnis eröffnen. Er deutet an, daß man in jenen Gegenden reichsfreier, aber untereinander streitender Gewalten geneigt sei, den Kurfürsten wegen der Gelindigkeit seines Regiments zum Protektor zu wählen. Man komme dadurch in die Nähe der fränkischen Markgrafschaften, mit denen sich zu verbinden zu der Größe des Hauses wesentlich beitragen werde.

Mit Ostfriesland wurde bereits ein Erbverbrüderungsvertrag unterhandelt, durch welchen Brandenburg das Recht erhalten sollte, im Falle der Erledigung Posseß zu ergreifen. Darauf komme alles an: die Nähe brandenburgischer Lande mache das sehr leicht, und glücklich, wer einmal im Besitz sei. Danckelmann meinte, dem Kurfürsten Einfluß, wie auf die beiden sächsischen und den westlichen Kreis, so auch auf den schwäbischen und fränkischen zu verschaffen. Auch von der Erlangung der Königs-

würde ist bei der Negoziation über Schwiebus die Rede gewesen, obwohl sie, soviel man aus Danckelmanns Äußerungen schließen kann, nicht entscheidend eingewirkt hat. Vorläufige Andeutungen sind den kaiserlichen Ministern gemacht, von denselben beanstandet, jedoch nicht abgelehnt worden. Der Wiener Hof ging bis zu der Versicherung fort, kein anderer Fürst solle in dieser Beziehung dem Kurfürsten von Brandenburg vorgezogen werden. Weiter ist er nicht gegangen; eine Zusage wurde aber nicht gegeben. Der Gedanke ist zunächst in einer anderen Kombination angeregt worden. Nach einiger Zeit wurde dem König Wilhelm eine Eröffnung darüber gemacht und der Plan von demselben zwar nicht gebilligt, aber auch nicht ausdrücklich verworfen.

Es war in einer Zeit, daß die brandenburgische Politik sich in einer von dem Kaiser abweichenden Richtung bewegte, als die bayerischen Interessen den österreichischen in bezug auf die Sukzession in Spanien entgegentraten. Überaus umfassend sind die Aussichten, welche Danckelmann, der sich noch des unbedingten Vertrauens seines Herrn erfreute, alsdann an eine engere Verbindung mit Bayern knüpfte. Unleugbar ist es, daß das alte spanische Erbrecht, welches auch die weibliche Linie umfaßte, dem Kurprinzen von Bayern günstiger war als den Erzherzogen von Österreich; und bereits im Jahre 1696 regte sich in Kurfürst Maximilian Emanuel die Absicht, diesen Anspruch, für den er auf die Beistimmung der beiden Seemächte rechnen durfte, geltend zu machen. Dem schloß sich nun Brandenburg nicht eigentlich an; aber es faßte die Eventualität ernstlich ins Auge. Danckelmann wünschte vor allem zu wissen, wohin die Absicht von Bayern gehe und was Brandenburg dagegen für sich in Anspruch nehmen könne. Und nicht gering waren die Forderungen, die er aufstellte. Von dem Nachfolger des Königs von Spanien, namentlich in den Niederlanden, verlangte Brandenburg die Anerkennung der Rückstände spanischer Subsidien, die auf zwei Millionen berechnet werden, und, da an keine Geldzahlung zu denken war, die Abtretung des Oberquartiers von Geldern. Wenn dann das große Interesse der oranischen Erbschaft bei dem schwankenden Gesundheitszustand Wilhelms III. alle Tage mehr hervortrat, so war es von vielem Wert, daß ein Fürst von so großer Aussicht auf europäische Machtstellung, wie in diesem Moment der Kurfürst von Bayern, sich anheischig machte, diese Ansprüche in vollem Umfange anzuerkennen. Noch eine dritte Territorialausbreitung brachte Danckelmann in Anregung. Für

den Fall des Aussterbens des pfalzneuburgischen Mannesstammes sollte Bayern das Anrecht Brandenburgs auf die Sukzession in Jülich ausführen helfen. Man hoffte, die alten Erbschaftslande, wie von Anfang beabsichtigt worden war, unter dem brandenburgischen Zepter zu vereinigen. Auch alle anderen Anwartschaften, die dem Hause Brandenburg zuteil geworden, sollte Bayern unterstützen.

Mit diesen zusammengenommen würde die brandenburgische Macht im Westen des Reiches eine weite Ausdehnung erhalten haben. Und da tritt zugleich der Gedanke an die Erwerbung der Königskrone, von dem in Wien nur oberflächlich die Rede gewesen war, bestimmt und energisch hervor. Den nämlichen Plan hegte auch Bayern für sich selbst. Man verständigte sich dahin, daß die beiden Häuser hierbei keine Eifersucht gegeneinander hegen sollten, hielt zugleich an der Voraussetzung fest, daß dadurch den Reichskonstitutionen in bezug auf die Kurwürde kein Eintrag geschehe. Der Vertrag ist weder dem Geheimen Rat vorgelegt noch auch ratifiziert worden.

Zu eigentlich politischer Bedeutung ist er nicht gelangt; aber man erkennt darin die Gesichtspunkte, welche die damalige Regierung verfolgte.

Wenn nun hierin eine Abwendung vom kaiserlichen Interesse liegt, so war das noch mehr in bezug auf die mecklenburgischen Irrungen der Fall. Die kreisausschreibenden Fürsten wollten das Einschreiten der kaiserlichen Autorität bei dem güstrowschen Erbfall schlechthin nicht anerkennen. Der kaiserliche Kommissar wurde von dem Stuhl, auf dem er saß, mit Gewalt entfernt. Man hat Danckelmann die Vernachlässigung der reichsoberhauptlichen Autorität zum Vorwurf gemacht; er habe sich mit dem Studium der Reichskonstitutionen den Kopf nicht zerbrochen und sich um die Beobachtung derselben nicht bekümmert. Er verband sich damals auf das engste mit Schweden. Bei der Erneuerung der alten Allianz wurden die Rechte des schwedischen Hauses aus pfälzischem Stamme auf die Rheinpfalz, anderseits die eventuelle Sukzession Brandenburgs in Mecklenburg anerkannt und gegenseitig gewährleistet. Die große Frage über die spanische Sukzession gab gleichsam einen Impuls für alle anderen Erbfolgeansprüche. Man sieht wohl, welch eine Stellung in dem Osten und Westen des Reiches Danckelmann für Brandenburg zu gewinnen die Absicht und die Hoffnung hegte. Die schlesischen Ansprüche waren, wie angedeutet, nicht definitiv aufgegeben. Die königliche Krone würde ein neues Reich konsti-

tuiert haben. Wie sehr in weitem aber lag das alles; den ungeheuren Aussichten zur Seite waren die wirklichen Erfolge doch gering.

Anteil an den Friedensverhandlungen von Ryswyk. (1697).

Die Zeiten traten ein, in denen die große Koalition, von deren vereinigten Anstrengungen alles Fernere abhing, nicht mehr zusammenhielt. Ein Moment dafür lag in der finanziellen Erschöpfung der beidenSeemächte, von denen die Kosten des Krieges bisher hauptsächlich getragen worden waren. König Wilhelm führte aus, daß die Fortsetzung desselben, bis man die ursprünglich gefaßten Absichten, die Erneuerung der durch den Pyrenäischen Frieden festgesetzten Bestimmungen erreicht habe, unmöglich sein werde. Schon wurden von den Seemächten Abtretungen an Frankreich ins Auge gefaßt, welche man in Deutschland auch an dem kaiserlichen Hofe verabscheute.

Aber auch noch aus ganz anderen Motiven entsprangen Entzweiungen zwischen den koalisierten Mächten. In Wien gab es immer eine Partei, welche, an den katholischen Tendenzen festhaltend und besonders durch die Jesuiten darin bestärkt, die Errichtung eines protestantischen Thrones in England für ein Unglück hielt und die Wiederherstellung Jakobs II. noch immer gern gesehen hätte. Es erregt Erstaunen, wie genau hochangesehene Personen in Wien mit den Umtrieben bekannt waren, die zu dem Attentat gegen König Wilhelm in Jahre 1696 führten, welches, wenn es gelungen wäre, eine durchgreifende Reaktion herbeigeführt hätte. Der englische Gesandte war empört darüber: er ließ vernehmen, daß sein König daran denken müsse, seinen besonderen Frieden mit Frankreich zu schließen. Diese natürliche Differenz der wirksamsten Mächte der Koalition kam den Franzosen höchlich zustatten; die katholischen Interessen verschafften ihnen die Möglichkeit, dem König Wilhelm die Spitze zu bieten; denn in England war immer eine starke jakobitische Partei für Frankreich. Entschloß sich der König von Frankreich hingegen, hiervon abzusehen, so konnte er darauf rechnen, die Seemächte in der Auseinandersetzung der territorialen Streitigkeiten gefügig zu finden.

Wie weit reichten diese großen Interessen über den Einfluß hinaus, den ein Kurfürst von Brandenburg ausüben konnte. Friedrich III. versäumte nichts, um den kaiserlichen Hof bei der

einmal ergriffenen Politik festzuhalten. Er brachte nochmals demselben in Erinnerung, wie gefährlich auch ihm die Wiederherstellung der Stuarts auf dem englischen Throne werden müsse. Jakob II. sei das bereitwilligste Instrument des französischen Dominats gewesen; die Wiederherstellung desselben würde gleichsam einen französischen König auf den Thron von England bringen; was würde Österreich dann zu erwarten haben, selbst in betreff seiner Sukzession in Spanien; und um keinen Preis dürfe man Luxemburg oder auch Straßburg in französische Hände geraten lassen; von Luxemburg her würde er selbst und alle niederdeutschen Fürsten, von Straßburg aus das gesamte Oberdeutschland gefährdet werden. Dasselbe brachte er auch in Holland und in England mit möglichstem Nachdruck zur Sprache.

An und für sich hätte er nichts gegen die Fortsetzung des Krieges gehabt, um alle streitigen Fragen definitiv auszumachen. Daran aber war bei der Haltung, welche Frankreich zuletzt doch wieder gewonnen hatte, und der Erschöpfung der Seemächte nicht zu denken. Es mußte zu Friedensunterhandlungen kommen. Der vornehmste Gesichtspunkt Friedrichs III. war alsdann, jedes ernstliche Mißverständnis zwischen dem Kaiser und den Seemächten zu verhüten. Er warnte den Kaiser wiederholt, es nicht dahin kommen zu lassen, daß England mit Frankreich eine besondere Abkunft treffe. Denn ohne die Seemächte sei die Fortsetzung des Krieges ein Ding der Unmöglichkeit; das Reich, von dem Kaiser, der in Ungarn vollauf zu tun habe, nur wenig unterstützt, sei unfähig, den Franzosen, die dann anderthalbhunderttausend Mann stark heranrücken würden, zu widerstehen: man würde dann in eine schlimmere Lage als beim Anfange des Krieges geraten. Noch eine besondere Irrung entspann sich bei der Verhandlung des Friedenskongresses zwischen Brandenburg und dem Kaiser. Dieser meinte, die Unterhandlungen zugleich im Namen des Reiches und für sich selbst zu führen. Vor allem Brandenburg, das durch seinen eigenen Impuls den Krieg in Gang gesetzt und erst nachher den Kaiser zu demselben fortgerissen hatte, bestritt ihm dieses Recht. Aber das Vorhaben wurde unerschütterlich festgehalten. Daß der Reichstag eine Deputation ernannte, um an den Friedensunterhandlungen teilzunehmen, machte doch bei den österreichischen Gesandten wenig Eindruck; sie zogen selbst die kurfürstlichen Bevollmächtigten erst dann in die Beratung der vorliegenden Angelegenheit, wenn sie so gut wie abgemacht war. Und da nun auch Frankreich die Prärogative des Kaisers in dieser Beziehung anerkannte, wie denn die fran-

zösische Gesandtschaft keinen Auftrag hatte, mit dem Kurfürsten zu unterhandeln; so war die Anwesenheit ihrer Bevollmächtigten in der Hauptsache so gut wie unnütz. Damit stand es in Zusammenhang, daß der Kaiser Bevorzugungen, die ihnen bisher gewährt worden waren, versagte. Nach dem Herkommen nicht allein, sondern nach sehr ausdrücklichen Bestimmungen hätte er denselben den Rang vor den Gesandten der Republiken oder doch einen diesen gleichen zugestehen müssen. Allein für den Kaiser hatte jetzt ein Repräsentant der Republik Holland, so wenig er sie auch liebte, ein größeres Gewicht als der Botschafter eines Kurfürsten, so mächtig derselbe auch war und soviel man ihm auch verdankte. Gerade in diesem Punkte sehr empfindlich, sprach sich Kurfürst Friedrich mit heftiger Entrüstung dagegen aus: denn was der Kaiser dergestalt versage, würden ihm auch die königlichen Höfe nicht gewähren; es sei ein Schimpf, den er im Angesicht von Europa erleide; nachdem er das Blut seiner Truppen und das Vermögen seiner Untertanen aufgeopfert habe, wolle man ihm seine Dignität schmälern, die ihm lieber sei als sein Leben. Er forderte den Dekan des kurfürstlichen Kollegiums, den Kurfürsten von Mainz, auf, mit dem patriotischen Eifer, der ihm eigen sei, sich einem solchen Vorgehen zu widersetzen und der Präeminenz der Kurfürsten anzunehmen. Er war nicht abgeneigt, hierüber mit Frankreich anzuknüpfen oder selbst seine Truppen aus Ungarn abzurufen.

Wenn nun die Kaiserlichen bei den Unterhandlungen in Ryswyk wenig ausrichteten und selbst die französische Gesandtschaft nicht alle altherkömmlichen Rücksichten gegen sie an den Tag legte, so schrieb das Friedrich III. der den Kurfürsten bewiesenen Mißachtung zu, wodurch ihnen deren Unterstützung, die bewußte und nachwirkende Teilnahme des Reiches überhaupt entzogen werde.

In diesem Moment kam es so weit, daß der König von Frankreich ein besonderes Verständnis mit Wilhelm III. schloß, in welchem er denselben als König in England anerkannte; er ließ die Sache der Stuarts, die er bisher verteidigt, eher und entschiedener fallen als Österreich, das sie bekämpft hatte. In den Vertrag nun, welchen England und Holland mit Frankreich trafen, wurde auch Kurfürst Friedrich eingeschlossen. Mit der Behandlung, die er von den Seemächten erfahren hatte, war er ebenfalls nicht zufrieden; seine besonderen Anliegen waren nicht beachtet; zu den eigentlichen Unterhandlungen war er nicht mit zugezogen worden; wenn man ihn in den Frieden aufnahm; so

geschah es infolge der alten Traktate, durch welche die Holländer dazu verpflichtet waren; in dem letzten Augenblicke, als die Seemächte auf eine besondere Allianz mit ihm dachten, haben sie ihm Vorschläge gemacht, die seinen Ansprüchen angemessener waren. Aber es war zu spät: er mußte sich damit begnügen, daß seine Aufnahme in den Frieden ihm eine sichere Stellung den Franzosen gegenüber gewährte.

Bei dieser Lage der Geschäfte und den obwaltenden Stimmungen erhielten die Franzosen jenes Übergewicht, dessen sie sich bei der ersten Gelegenheit bedienten, um in Widerspruch mit einer in aller Form festgesetzten Alternative, nach eigener Wahl Straßburg in Anspruch zu nehmen. Der Frieden war für Deutschland keineswegs nachteilig. Die Franzosen hatten die ursprüngliche Absicht, alle ihnen durch Waffenstillstand überlassenen Reunionen durch einen Frieden an sich zu bringen, aufgeben müssen. Diese Gebiete kamen großenteils an Deutschland zurück. Aber so mächtig waren die Franzosen doch wieder, um eine Konzession zugunsten der von ihnen daselbst eingeführten religiösen Neuerungen durch eine besondere Klausel durchzusetzen; deren Bewilligung von kaiserlicher Seite viel dazu beitrug, das im Laufe des Krieges zwischen Protestanten und Katholiken begründete gute Vernehmen zu stören.

Wie wenig Kurfürst Friedrich mit dem Verfahren der Mächte gegen ihn und den Festsetzungen zu Ryswyk zufrieden war, sieht man aus seinen Äußerungen gegen Stepney im folgenden Jahre. Auf seine Dienste, sagt er, habe man dort keine Rücksicht genommen; was ihm durch seinen Traktat mit den Generalstaaten und Spanien versprochen worden, sei von den ersteren nur sehr ungenügend geleistet worden; noch weniger sei Spanien seinen Verpflichtungen nachgekommen; seine Kriegskasse sei in den empfindlichsten Nachteil geraten; bei dem Frieden habe jeder andere Vorteil gehabt: England, Spanien und Savoyen, nur er nicht, obgleich er doch zu der englischen Revolution den Hauptanstoß gegeben und an Frankreich ebensogut den Krieg erklärt habe wie die übrigen Potentaten; an den Friedensunterhandlungen habe man ihm dennoch keinen Anteil gewährt; er habe dabei weder Reputation noch Vorteil davongetragen; das werde ihm in Zukunft zur Warnung dienen, den Alliierten seine Dienste nicht zu eifrig anzubieten; er werde warten, bis man sich ihm mit soliden Bedingungen verbinde.

Viertes Kapitel.

Erwerbung der Krone.

Als sich Kurfürst Friedrich in diesem Sinne aussprach, war Danckelman bereits nicht mehr sein Minister. Für einen dirigierenden Minister würde schwerlich möglich sein, sich zu behaupten, wenn er sein Übergewicht, das, wie er sich auch anstelle, von anderen immer als Druck empfunden wird, nicht allezeit durch ausgezeichnete Dienste, die er dem Staate leistet, erträglich macht. Die Verwaltung Danckelmanns war alle die Jahre daher in den allgemeinen Angelegenheiten mit Erfolg gekrönt. Der Gedanke, mit dem unter seiner Mitwirkung die Regierung eröffnet wurde, dem übermächtigen Frankreich eine Koalition mit den Seemächten und dem Kaiser entgegenzusetzen, war durchgeführt worden und hatte, wenn auch nicht zu den letzten Zielpunkten, die man ursprünglich ins Auge faßte, aber doch insofern zu großen Resultaten geführt, als die französische Macht von beiden Seiten her unüberwindlichen Widerstand fand. Der Kaiser hatte die Osmanen besiegt, England sich einen König gegeben, der das Inselreich in einem der französischen Politik entgegenlaufenden Sinne regierte. Holland war der gefahrdrohenden Position von Luxemburg entledigt. Anders aber stellte sich die Verwaltung dar, wenn man seinen Einblick auf die besonderen brandenburgischen Verhältnisse richtete.

Danckelmann hob hervor, wieviel Ehre die brandenburgische Kriegsmacht allenthalben davongetragen, in den Niederlanden und am Rhein, am Po und an der Donau; sie hatte die prächtigsten Zeugnisse ihrer Bravour und guten Mannszucht aufzuweisen, aber für ihren Fürsten war nichts erreicht worden. Bei dem Frieden von Ryswyk war ihm nur eine untergeordnete Rolle zugefallen, so daß er sich in seinem Ehrgeiz gekränkt fühlte. Er empfand, daß er unter den europäischen Fürsten noch keine selbständige Stellung besitze. Während alle anderen anwuchsen, blieb er auf seine Erblande beschränkt. Man machte Danckelmann zum Vorwurf, daß das Kriegsheer an verschiedenen Stellen verteilt

und eigentlich zersplittert gewesen sei; wäre es beisammen gehalten worden, so würde es dem Kurfürsten mehr Rücksicht verschafft haben. Von jeher hatte die Gefügigkeit, mit welcher Danckelmann den Forderungen der beiden Seemächte entgegenkam, Anstoß erregt. Bei den Kongressen erschraken andere mitanwesende brandenburgische Minister darüber, was er alles verspreche und in Aussicht stelle. Bei dem Zustand der Finanzen werde es unmöglich, alledem zu genügen. Danckelmann schlug an sich diesen Vorwurf nicht sehr hoch an; denn ohne Geld könne man an keinem Kriege teilnehmen; aber allmählich stellten sich doch die Folgen sehr empfindlich heraus. Zwei Jahre lang bis gegen Ende 1690 hatte man den Krieg, obwohl nicht ohne Anstrengung, auf eigene Kosten führen können. Die Subsidien, die dann von den Verbündeten versprochen wurden, gingen nur sehr unregelmäßig ein. Indem die Rückstände anwuchsen, mußte der Kurfürst die Einkünfte seiner Domänen verpfänden, ansehnliche Anleihen in Holland aufnehmen. Die Kriegskasse geriet in eine Verwirrung, von der die anderen Kassen nach und nach auch ergriffen wurden.

Wir wissen, welche Bedeutung Danckelmann den Anwartschaften beimaß, zu denen der Kaiser sich verstanden hatte; anderen schienen sie nicht so viel zu bedeuten; man hob die Schwierigkeiten hervor, welche ihre Durchführung haben würde. Nachdem man den allgemeinen Zweck in bezug auf die europäischen Angelegenheiten einigermaßen erreicht und dann die Spannung, welche der Krieg veranlaßte, nachgelassen hatte, machte sich die Unzulänglichkeit der inneren Lage geltend, und die mannigfaltigen Verletzungen der Eigenliebe anderer hochgestellter Persönlichkeiten, die Danckelmann nicht vermieden hatte, übten ihre natürliche Wirkung aus. Die Familie Schwerin, von der sich sein Emporkommen herschrieb, fühlte sich zurückgedrängt und in ihren eigensten Interessen z. B. bei der Retradition von Schwiebus, durch welche sie an Einkommen einbüßte, beeinträchtigt. Die Zurückgabe dieses Kreises, über deren Motive man nicht genau unterrichtet war, hat man damals den persönlichen Gesichtspunkten des ersten Ministers zugeschrieben und ihn dafür verantwortlich gemacht. Danckelmann war, wie wir wissen, vor allem durch den ausgesprochenen Willen und die Gunst des Kurfürsten in die Verwaltung gezogen worden. Er hatte sich der Leitung derselben bemächtigt und wichtige Geschäfte abgemacht, ohne daß sie dem Geheimen Rate vorgelegen hätten, zufrieden damit, die Einwilligung des Fürsten zu besitzen, der zu-

weilen selbst die Vorlegung in dem Geheimen Rat nicht gewünscht hatte. Notwendig erweckte dies das Mißbehagen der Staatsmänner der alten Schule. Der Tadel, den der Gang der öffentlichen Angelegenheiten hervorief, fand Rückhalt an der verletzten Eigenliebe. Paul Fuchs, der wohl auf eigenen Füßen stehen konnte, sah sich fast als einen Schreiber behandelt. Marschall Barfuß konnte nicht verwinden, daß er bei den letzten Feldzügen vor anderen hatte zurückstehen müssen; der Obermarschall Lottum legte es dem leitenden Minister zur Last, daß die Hofstaatskasse niemals in Ordnung komme. Der Oberkammerherr Kolb von Wartenberg, der seine Erhebung ursprünglich dem Einflusse Danckelmanns verdankte, wünschte nun auch seinerseits Anteil an den wichtigen Angelegenheiten des Staates zu nehmen.

Wenn Danckelmann seine Brüder in die Geschäfte gezogen hatte, so war das an sich nicht ungerechtfertigt: es waren talentvolle Männer; sie leisteten gute Dienste; allein die Autorität, welche sich dadurch in einer Familie konzentrierte und ihr überdies Reichtümer verschaffte, konnte nicht verfehlen, die Eifersucht anderer zu erwecken, welche ebenfalls Anspruch machen durften. Man wußte, daß der Kurfürst damit zufrieden war; aber dies gerade verdoppelte die Eifersucht. Und, wiewohl in seinem Verhalten keineswegs ohne Vorsicht, ist doch Danckelmann von Überhebung nicht freizusprechen. Einem angesehenen Beamten, der sich an den Kurfürsten unmittelbar in einer ihm widerwärtigen Sache zu wenden suchte, verwies er das, nicht ohne die Drohung, daß er es ihn empfinden lassen werde.

War denn aber, so dürfte man fragen, die Gunst des Kurfürsten so unerschütterlich? Danckelmann hat sich derselben doch niemals vollkommen sicher gefühlt, da sie zugleich von der nächsten Umgebung des Fürsten abhing. Er wußte sehr wohl, wieviel für ihn daran lag, bei Friedrich III. keine Einwirkung, die er nicht beherrschte, aufkommen zu lassen. Durchaus zu vermeiden aber vermochte er das bei dem Stande der persönlichen Verhältnisse doch nicht. Er mußte einen Kammerherrn aufnehmen und dulden, wie den Graf Christoph von Dohna, der sein Gegner war. Dem gelang es auch seinerseits, der Gnade des Kurfürsten, der einen vertraulichen Verkehr mit seiner Umgebung liebte, die ihm nichts übelnehmen durfte, teilhaftig zu werden. Vergebens hat sich Danckelmann bemüht, Dohna für sich zu gewinnen. Wohl wußte er Dohna eine Zeitlang zu verdrängen; später ist derselbe dann wieder erschienen.

Noch bei weitem gefährlicher für Danckelmann war es, daß die

Kurfürstin Sophie Charlotte sich niemals recht mit ihm befreunden konnte und eigentlich immer ihm entgegenwirkte.

Unter den Angelegenheiten, welche Hof und Staat beschäftigten, war keine zarter und schwieriger als die Beziehung zum Haus Hannover. Die Kurfürstin nahm für die Familie Partei, aus der sie stammte, in deren Größe sie noch immer ihre eigene sah.

Danckelmann war nicht prinzipiell, noch allemal, doch zu Zeiten, wenn die Umstände es so mit sich brachten, gegen Hannover. Wiederkehrende bessere Verhältnisse zu diesem Hause waren dann mit Annäherungen des Ministers an die Kurfürstin verknüpft, die sich aber nicht durchgreifend und nachhaltig erwiesen. Auch über die Erziehung des Kurprinzen traten Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen hervor. In der Umgebung der Kurfürstin gab es eine Dame, welche ebenfalls persönlicher Zurücksetzung halber die Mißverständnisse geflissentlich nährte und schärfte. Diese sind doch sehr weit gegangen. Die Kurfürstin hat einmal behauptet: wäre es auf Danckelmann angekommen, so würde sie als Bettlerin mit einem weißen Stabe das Land verlassen müssen. Gewiß ist, daß Danckelmann dem Kurfürsten zuweilen den Vorwurf gemacht hat, daß er seiner Gemahlin zuviel nachgebe, ein Vorwurf, den dieser ihm zurückgab. Überhaupt wird Danckelmann sehr ernstlich beschuldigt, Unfrieden zwischen dem Kurfürsten und dessen Gemahlin gesäet zu haben. Der Liebenswürdigkeit und dem Geist derselben war er aber nicht gewachsen. Wir sehen: die verschiedensten Momente wirkten zum Nachteil Danckelmanns zusammen: der Mangel an großen Erfolgen in der auswärtigen Politik; die im Innern hervortretenden Verlegenheiten; die Verstimmung der angesehensten Männer in Hof und Staat; ein immer andauerndes Mißverständnis mit der Kurfürstin; kleine Überhebungen des Selbstgefühls, die man geschickt und boshaft dem Kurfürsten selbst zur Kunde brachte. Und sehr empfindlich war Friedrich III. für jede Verletzung seines persönlichen Ansehens. Er glaubte zu finden, daß Danckelmann demselben Eintrag tue; er wollte bemerken, daß man die Anordnungen des Ministers besser befolge als die kurfürstlichen und diese erst dann ausführe, wenn jener sie bestätige. Er bereute, daß er den Mann größer gemacht habe, als zuträglich sei. Er fühlte sich durch die ministerielle Autorität des vormaligen Informators gedrückt und faßte den Gedanken, sich ihrer zu entledigen.

Im Sommer 1697 begleitete Danckelmann den Kurfürsten nach Königsberg, wo er bei dem Besuche des Zaren als der vornehmste

Repräsentant der ministeriellen Gewalt gefeiert wurde. In derselben Zeit aber bemerkte man, daß der Kurfürst, der einen Ausflug nach Kurland machte, an seiner Tafel Anzüglichkeiten gegen Danckelmann, die er sonst nie geduldet hatte, freien Lauf ließ. Auf der Heimreise aus Preußen deutete er an, nur sehr unverständlich jedoch und abgebrochen: er hat den Satz, den er aussprechen wollte, nicht vollendet, daß er an dem Hofe eine große Veränderung vorhabe. Welche aber hätte größer sein können als die Entlassung des allgewaltigen Ministers, die im Dezember 1697 erfolgte. Es geschah in sehr gnädigen Ausdrücken, auf die Danckelmann anfangs sich verlassen zu haben scheint, die aber bald in das Gegenteil umschlugen. Wie früher in seiner Vorliebe, so entschieden war Friedrich III. jetzt in seiner Abneigung, die von Tag zu Tag wuchs. Alle Gegner erhoben sich. Danckelmann wurde mit Anklagen heimgesucht, die zu einem Verfahren führten, in welchem ihm Unregelmäßigkeiten mancherlei Art, aber doch keine Verbrechen nachgewiesen wurden. Der Minister wurde in eine Festung gebracht, von wo aus er keine Kommunikation mit dem Hofe haben konnte. Er schien allzu talentvoll und staatskundig, um ihn aus dem Lande ziehen zu lassen; selbst die Kurfürstin hätte von seiner Freiheit schädliche Wirkungen befürchtet. Die Vorstellungen, die König Wilhelm III. durch einen Gesandten, den er eigens hierzu nach Berlin sandte, Stepney, machen ließ, blieben ohne Erfolg.

Danckelmann erinnert an Burgsdorff, der in den ersten Jahren des Großen Kurfürsten ebenfalls eine unbedingte Gewalt behauptete und dann plötzlich entfernt wurde. Was aber damals in dem oranischen Interesse geschah, das erfuhr Danckelmann in dem entgegengesetzten. Denn wie seine ursprüngliche Stellung es mit sich brachte, war er durch und durch oranisch gesinnt. Er hat sich eine Stelle in der allgemeinen Historie verdient, für welche die damalige enge Verbindung zwischen Brandenburg und Oranien ein wichtiges Moment bildet. Von diesem Standpunkt aus hat er die Politik von Brandenburg neun Jahre lang geleitet. Aber indem er die inneren Angelegenheiten mit den äußeren in Verbindung brachte, verlor er die Sympathien des Landes und des Staates, deren er bedurft hätte, um sich zu behaupten. Als die Koalition auseinanderfiel, ist er gestürzt worden. Die Mitglieder der Verwaltung, die ihm gegenüberstanden, stießen ihn gleichsam aus. Seine Entfernung reichte für sie hin, um die Geschäfte selbst wieder in die Hände zu bekommen.

Wenn nun der Fall Danckelmanns in einem nicht zu offenem

Paul von Fuchs.

Eberhard von Danckelmann.

Nach zeitgenössischen Porträts.

Ausdruck gelangten, aber doch unleugbaren Zusammenhange mit dem Frieden von Ryswyk stand, so hatte dieser für Brandenburg, dem die Unzuträglichkeit seiner Position dabei zum Bewußtsein gekommen war, noch eine andere Folge von hoher Bedeutung; die Erfahrungen, die dort gemacht worden waren, führten dazu, daß der Kurfürst die Absicht, die königliche Krone zu erwerben, auf das ernstlichste ergriff. Die Sache ist für die Ausbildung des Staates von so großer Wichtigkeit, daß wir ihr eine eingehende Erörterung widmen müssen. Das allgemeinste Motiv für ein solches Vorhaben entsprang aus den Zuständen der althergebrachten Rangordnung der europäischen Reiche und Staaten untereinander.

Noch bildeten die abendländischen Fürstentümer und Republiken eine große Körperschaft, an deren Spitze der römisch-deutsche Kaiser stand[1]. Wie mannigfaltige und langwierige Unterhandlungen hat es selbst der Krone Frankreich gekostet, das Prädikat Majestät zu erlangen, das sonst nur dem Kaiser gebührte. Dem Könige von Frankreich wollten die übrigen Könige gleich sein: diesen stellte sich wegen der Königreiche, die sie einst besessen, die Republik Venedig zur Seite; wohl haben die kurfürstlichen Gesandten in Wien unbedeckten Hauptes stehen müssen, während der venezianische sich bedeckte; aber nur schlecht waren die Kurfürsten und souveränen Herzoge mit diesem Vorrang zufrieden; auch sie forderten die Bezeichnung Serenissimus, den Titel Bruder, für ihre Gesandten das Prädikat Exzellenz. Selbst den mächtigsten weltlichen Kurfürsten aber fiel es schwer, hierin einen Schritt weiter zu kommen, weil, was man ihnen zugestand, dann auch von den geistlichen, die doch zum Teil bloße Reichsbarone von Herkunft waren, in Anspruch genommen wurde. Es konnte nicht anders sein, als daß die Rangstreitigkeiten auf die Unterhandlungen in den großen Kongressen zurückwirkten. Um der widerwärtigen Mißverständnisse, die zugleich tief in die Geschäfte eingriffen, auf einmal überhoben zu werden, gab es für den Kurfürsten von Brandenburg nur das eine Mittel, die königliche Würde anzunehmen. Wir finden die bestimmte Versicherung eines höheren Beamten, daß diese Würde schon dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm versprochen worden sei. Der Sohn desselben warf seinen ganzen Ehrgeiz darauf, sie zu erwerben. Der Vater nährte ein Vollgefühl der Bedeutung, die ihm aus seinen eigenen Handlungen entsprang; der Sohn war zugäng-

[1] Vgl. Päpste II, 447.

licher für die Beweggründe der äußeren Geltung. Sein Wunsch mußte sich dadurch steigern, daß ihm nach alledem, was er getan, auf dem Kongreß zu Ryswyk die herkömmlichen Ehren noch geschmälert wurden. Augenscheinlich ist, daß der Staat, wie er nunmehr war, keine seinen Machtverhältnissen entsprechende Repräsentation finden konnte, solange das Oberhaupt desselben eben nur den Rang eines Kurfürsten besaß, der an einem Besitz haftete, welcher doch nur ungefähr den dritten Teil der Landschaften bildete, aus denen seine Macht bestand. Es ist schon damals gesagt und unzählige Male wiederholt worden, daß ein wohlgerüstetes Heer und ein wohlgefüllter Schatz mehr wert sei als alle Rangerhöhung. Und nichts ist wahrer, sobald von einer unmittelbaren Wirksamkeit der realen Macht in Fällen allgemeiner Erschütterung oder des Krieges die Rede ist. Allein so stehen die europäischen Verhältnisse nicht, daß darauf jederzeit Bezug genommen werden könnte.

In der Regel kommt es auf die Weiterführung der politischen Verhältnisse auf gebahntem Wege an. Die Aktion hängt dann auch von einer angemessenen Rangstellung ab. Unter diesem Gesichtspunkte darf man behaupten, daß die Erwerbung der Krone auch ohne Zuwachs an Macht ein großes Interesse für die Weiterbildung des Staates in sich schloß. Da gewannen nun eben in der Zeit, als Danckelmann entfernt wurde, die europäischen Verhältnisse eine Gestalt, die dazu die Möglichkeit gab. Die beiden Systeme, denen Brandenburg von Anfang an angehörte, im Osten und Westen boten zu gleicher Zeit, jedes für sich, Momente dafür dar, um die königliche Würde annehmen zu können. Denn nicht darauf kam es für den Staat an, die Krone als eine Konzession zu erlangen, sondern sie selbst zu ergreifen, ohne jedoch darüber mit den anderen Mächten zu zerfallen.

Im Westen trat die größte aller territorialen Fragen, welche eine Neugestaltung Europas in sich schloß, in den Vordergrund. Im Jahre 1698 waren die eifrigsten Unterhandlungen zwischen Frankreich und England im Gange, um die spanische Sukzession im voraus zu regeln; und zwar waltete hierbei der Gesichtspunkt vor, den Kurprinzen von Bayern, der durch seine Herkunft ohnehin das beste Recht dazu hatte, zum Haupterben der spanischen Monarchie zu erheben, dabei das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, so daß Frankreich seinen Nachbarn nicht unmittelbar gefährlich werden konnte.

Aber der Tod des Kurprinzen machte alledem ein Ende. Die einander entgegengesetzten Ansprüche der Häuser Österreich

und Bourbon traten in voller Evidenz hervor. Wenn nun Frankreich einwilligte, den jüngeren Erzherzog als Erben der spanischen Hauptlande anzuerkennen, so erhob es doch dagegen für sich selbst Ansprüche, welche seine eigene Macht zu vergrößern und die österreichische zurückzudrängen drohten. Wie vor alters richteten die Franzosen ihr Augenmerk auf Mailand, nicht geradehin es zu reunieren; aber sie wollten es gegen Lothringen austauschen. Damit wäre ihnen ein verstärktes Übergewicht an den deutschen Grenzen, zugleich durch die Verfügung über Mailand ein verdoppelter Einfluß auf Italien zuteil geworden, beides zum Nachteil von Österreich.

Und darauf nun gingen die Seemächte ein; denn die inneren Verhältnisse einer jeden von ihnen machten die Erhaltung des kaum geschlossenen Friedens unentbehrlich für sie. Österreich, dem diese Entwürfe im August 1699 vorgelegt wurden, wies sie mit Indignation von der Hand. Mit dem Prinzip des ausschließenden Erbrechts vereinigte sich das Interesse des Staates. Der Wiener Hof sah seinen vornehmsten Ehrgeiz darin, nicht sowohl den durch die spanische Herrschaft in Mailand vermittelten Einfluß in Italien zu behaupten, als durch eigenen Besitz erst recht zu begründen. Es war nicht allein der Gegensatz gegen Frankreich, sondern das Einverständnis der Seemächte mit dieser Macht, was die Weltstellung von Österreich gefährdete. Und auch das Verhältnis des Deutschen Reiches wurde von dieser Frage auf das wesentlichste berührt, da Mailand immer als Reichslehen gegolten hatte, Lothringen ihm aber vollends entrissen werden sollte. Für Brandenburg erwuchs die Frage, auf welche Seite es sich schlagen wolle, ob auf die der Seemächte, die jetzt mit Frankreich verbunden waren, oder aber auf die Österreichs, welches sich den Franzosen nach wie vor entgegensetzte. So im Westen von Europa.

Für den Osten und Westen war es ein für die Folgezeit entscheidendes Ereignis, daß in den Wahlkämpfen nach dem Tode Johann Sobieskys der Kurfürst August II. von Sachsen über einen Prinzen aus dem Hause Bourbon, Conti, den Sieg davontrug (1697). Auch dies war ein Vorteil, den die Koalition über Frankreich davontrug. Wie genau alles zusammenhing, ergibt sich aus der Bemerkung des Kurfürsten von Brandenburg, daß die Wahl Contis die Sukzession des Hauses Bourbon in Spanien befördert haben würde: denn dann würde in dem Rücken der deutschen Alliierten Österreichs eine Gegenmacht gebildet worden sein, welche dieselben verhindert hätte, sich nach dem Westen hin zu wenden.

Vornehmlich aus diesem Grunde begrüßte Friedrich III. die Wahl seines Nachbars mit Beifall. Er ließ ihn, sowie er nur den polnischen Boden betrat, beglückwünschen, ihn um Freundschaft bitten und der seinen versichern. Der Bestand der östlichen Reiche in ihrem damaligen Verhältnis und die Ruhe wurden aber hiermit keineswegs befestigt. Ehrgeizig von Natur und eines Erfolges bedürftig, um sich auf dem polnischen Throne zu behaupten, nahm August II. durch die Zustände von Livland angeregt, eine feindselige Richtung gegen Schweden.

In Livland kümmerten sich die Schweden nicht mehr um die Bedingungen, unter denen ihnen die Herrschaft überlassen worden war. Sie dehnten vielmehr Anordnungen, die aus den Mißhelligkeiten des schwedischen Adels mit der Krone entsprangen, auf die livländische Ritterschaft aus, die an sich damit nichts zu schaffen hatte. Auf das schwerste empfand diese nunmehr die Unselbständigkeit, die in ihrer Vereinigung mit der schwedischen Monarchie lag: sie fühlte sich in ihrem eigensten Dasein bedroht; und da die Maßregeln der schwedischen Regierung allen ihren Suppliken zum Trotz nicht gemildert wurden, wandte sie ihr Augenmerk nach außen. In einem Mann aus ihrer Mitte, Reinhold Patkul, der ihre Sache vergebens in Stockholm geführt hatte, als sie noch zu retten war, und darüber hatte fliehen müssen, fanden sie einen überaus beweglichen, geistvollen und unternehmenden Vertreter ihrer Sache bei den offenen und geheimen Gegnern Schwedens.

Noch hatten die Polen die Wiedereroberung Livlands nicht aufgegeben. König August war sehr bereit, diese Sache in die Hand zu nehmen.

Es ist gleichgültig, ob Patkul es war, der einen sächsisch-polnischen General zur Teilnahme aufrief, oder ob dieser sich an ihn gewendet hat: aber Patkul warf dann das Feuer des Patriotismus und der Rachsucht in die Unterhandlung. Schon im Frühjahr 1698 war ein jedoch nur auf Verteidigung berechneter Vertrag zwischen Dänemark und dem neuen König von Polen geschlossen worden. Auch spätere, weiterreichende Verabredungen zwischen den beiden Mächten waren noch sehr vorläufiger Natur. Nunmehr aber nahmen die Verhältnisse einen drohenderen Charakter an. Die Erneuerung der alten Traktate zwischen Schweden und Rußland wurde nicht zustande gebracht: in der gottorpischen Sache kam es zu ernstlichen Reibungen zwischen Dänen und Schweden. Wenn nun unter diesen Umständen niemand mehr zweifeln konnte, daß ein offener Kampf der drei Potenzen

bevorstehe: so trat für Brandenburg-Preußen dergestalt auch für den Osten die Frage ein, ob es an dem Kampfe, von welchem es unmittelbar berührt werden mußte, Anteil nehmen, auf welche Seite es sich schlagen wolle.

Wir sprechen hier nicht von umfassenden Deliberationen, welche schwerlich gepflogen worden sind, sondern von dem, was die Natur der Sache mit sich brachte. Unmöglich konnte der Kurfürst nach beiden Seiten hin, nach Osten und Westen, tätig einzugreifen versuchen. Dazu reichten seine Kräfte nicht hin; und es gab keinen politischen Gesichtspunkt, der sie vereinigt hätte. Gerade das Zusammengreifen der beiden Aktionen war dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm verderblich geworden. Es mag sein, daß Danckelmann andere Hinneigungen dieser Art gehegt hat; jene nicht vollständig gewordene Verabredung mit Bayern gehörte mehr den Bahnen an, welche die Politik der Seemächte einschlug. So hatte er auch mit Schweden in der Sache des niedersächsischen Kreises und Mecklenburgs eine überaus enge Gemeinschaft der Interessen angebahnt. Diese politische Richtung würde Brandenburg auf die Seite von Schweden, England und Frankreich geführt haben, wie einst in den Zeiten Karl Gustavs und Mazarins davon die Rede gewesen war. Allein auch jetzt war sie noch nicht mit Entschiedenheit ergriffen, vielleicht nicht einmal ins Bewußtsein getreten. Die Tradition des Hauses war im allgemeinen nicht dafür. Und unmöglich konnte der Kurfürst geradehin gemeinschaftliche Sache mit Schweden machen. Denn wie hätte er sich nicht jeden Augenblick an Pommern erinnern sollen, zu dessen Eroberung die Vorfahren von jeher große Anstrengungen gemacht hatten, die größte der letzte von ihnen. Dagegen war man durch die alten Allianzverträge dem Kaiser verpflichtet, die Sukzession des Hauses Österreich zu unterstützen.

Indem nun auf beiden Seiten neue Kämpfe sich vorbereiteten, welche über das Schicksal von Europa entscheiden mußten, kam auch das eigene Interesse Brandenburgs, die Erwerbung der Königskrone, zur Sprache, und zwar zunächst von seiten der nordischen Potenzen, welche Brandenburg wenigstens nicht gegen sich haben wollten: denn daß Friedrich nach der Krone trachte, war gleichsam ein öffentliches Geheimnis. In einem Gutachten, welches Patkul im Anfang des Jahres 1699 über das Vorhaben, einen Krieg gegen Schweden in Verbindung mit den beiden Nachbarmächten zu unternehmen, an August II. erstattete, wird dieser Absicht als eines Momentes, dessen man sich bedienen müsse, gedacht. Er sagt: ohne die Neutralität von Brandenburg würde

man das große Unternehmen nimmermehr durchführen; nur durch Förderung und Zugeständnis in diesem Punkte lasse sich dieselbe erlangen. Entfernt davon, den Kurfürsten zur Allianz gegen Schweden zu drängen, verlangte man von demselben nur seine Neutralität, die ohnehin durch seine Situation geboten war.

Wie Patkul geraten hatte, so verfuhr hierbei August II. Noch im Sommer des Jahres 1699 hat er die offizielle Erklärung gegeben, daß er, sobald der Kurfürst von Brandenburg den königlichen Titel annehme, denselben anerkennen wolle. Obgleich es nun noch einer besonderen Unterhandlung mit den Magnaten der Republik bedurfte, die dann eingeleitet wurde, so war doch schon die Erklärung des Königs, der das Reich nach außenhin repräsentierte, von dem größten Wert.

Welche Gedanken weitester Aussicht von dieser Stelle her an das Vorhaben anknüpften, läßt ein Anschreiben des Paters Vota, eines Jesuiten, an Friedrich III. erkennen. Vota war von Sobiesky in den mannigfaltigsten Geschäften gebraucht worden.

Indem er sich nun der Politik des Königs August, welche ein gutes Verhältnis mit Brandenburg erforderlich machte, anschloß, verknüpfte er damit zugleich katholisierende Ideen. Er meinte, der Kurfürst von Brandenburg solle sich von dem Papst zum König von Preußen erheben lassen; er brauche darum nichts wider sein Gewissen zu tun. Man werde eine Auskunft finden, die von beiden Parteien angenommen werden könne, um die gesamte Kirche unter dem einzigen, wahren Hirten zu vereinigen. Er deutet an, daß das Haus Brandenburg auf diesem Wege auch noch zur höchsten Würde der Christenheit gelangen könne.

Friedrich III. war viel zu umsichtig und gut protestantisch, als daß diese Anmahnungen viel Eindruck auf ihn hätten machen können.

Wohl verbarg er sich nicht, um sein Vorhaben durchzuführen, daß er eines festen Rückhaltes bedürfe: aber er hielt den in Europa vorwaltenden Ansichten und seiner eigenen Stellung gemäß daran fest, daß nur der Kaiser ihm einen solchen gewähren könne. Die Sache war von so großem Gewicht und bot so vielseitige Beziehungen dar, daß er für ratsam hielt, die Gutachten seiner erfahrensten Räte darüber zu vernehmen. Diese waren nicht ohne Bedenklichkeiten dabei.

Paul von Fuchs, der jetzt Raum hatte, seinen eigenen Gedanken und Auffassungen zu folgen, sprach die Meinung aus, sein Fürst könnte wohl auf eine andere Weise König werden, wenn er das nun einmal wünsche; entweder an der Spitze der Engländer in

einem Kampfe gegen die Jakobiten, oder indem er die polnisch-preußischen Provinzen samt Danzig in Besitz nehme und sich dann zum König erkläre. Wer würde wagen, dem zu widersprechen? In Fuchs lebte die alte Schule der Staatsmänner des Großen Kurfürsten fort: sich an den Wiener Hof zu wenden; machte ihm mannigfache Skrupel; unter allen Umständen riet er, nur auf Anerkennung anzutragen, nicht etwa auf Kreation durch den Kaiser; auch für die erste werde man dort die schwersten Bedingungen machen.

Neben Fuchs kam damals Ilgen in den Geschäften empor; ein Mann, der einst von Leibniz, der ihn in untergeordneten provinzialen Geschäften fand und sein Talent erkannte, erinnert worden war, sich ein größeres Theater zu suchen als die Schreibstube eines westfälischen Kollegiums. Auch gewann Ilgen, als er nun am brandenburgischen Hofe erschien, Eingang und Geltung. Der obere Kammerherr, Kolb von Wartenberg, der nach Danckelmanns Fall zu dem gewünschten Einfluß auf die Geschäfte gelangte, hatte den gesunden Sinn, sich mit politischen Talenten zu umgeben, die ihm doch keine Eifersucht erwecken konnten. Ilgens Gutachten lautet um vieles eingehender als das vorige, ohne daß er jedoch unbedingt beistimmte. Er erörtert die Vorteile, die mit der Erwerbung der Krone verbunden sein würden, wie es ja doch ganz unbillig sei, daß man Vorzüge, die man einem Herzog von Savoyen oder einem Großherzog von Toskana gewähre, einem Kurfürsten von Brandenburg versage, der dreimal mehr Truppen halte und in den letzten Kriegen gegen Frankreich und die Türken auf das erfolgreichste mitgewirkt habe; aber er hob auch die Bedenken hervor, die dabei nicht außer acht zu lassen seien, selbst für den Fall, wenn es in Wien gelinge. Denn wie dann, wenn die europäischen Könige die Anerkennung der Krone und die Gleichheit im Range, die dabei hergebracht seien, versagen sollten? Wie viele Verdrießlichkeiten würden darüber entstehen: Widerspruch Polens, das seine frühere Oberherrlichkeit faktisch nicht ganz aufgegeben habe, Einreden des Deutschmeisters, dem die katholische Geistlichkeit und der Papst zur Seite stehen würden, sogar die preußischen Landstände, denen man versprochen habe, in der Landesverfassung ohne ihr Mitwissen nichts zu verändern. Er wirft die Frage auf, ob es nicht besser sei, der mächtigste Kurfürst zu sein, als der schwächste König. Bei alledem ist er doch weit entfernt, das Vorhaben zu widerraten; aber er dringt auf das besonnenste, vorsichtigste Verfahren. Man möge die preußischen Landstände veranlassen,

wie aus eigener Bewegung die Verwandlung des Herzogtums in ein Königreich zu verlangen. Alle Widerrede im Deutschen Reiche sowie in Polen müsse man durch die Versicherung zu beseitigen suchen, daß die neue Würde keinerlei Veränderung in den bestehenden Rechtsverhältnissen veranlassen solle.

Noch ein drittes Gutachten liegt vor von einem Manne, der nach Bartholomäus Danckelmann den Gesandtschaftsposten in Wien versah und sich eine gute Kunde von den dortigen Zuständen verschafft hatte: Christian von Bartholdi. Auch er versäumte nicht, die entgegengesetzten Gesichtspunkte hervorzuheben, z. B. man würde den Hofstaat zu vermehren veranlaßt werden, zum Nachteil für die Armee, auf der doch die Größe und Macht des Hauses Brandenburg beruhe; wenn Brandenburg mit so stattlichen Expektanzen, die es habe, versehen auf seinem Wege ruhig fortschreite, so werde es dem Hause Österreich ohne Rangerhöhung in kurzem gleich sein. Schon übe der Kurfürst alle Majestätsrechte aus; wolle er aber damit nicht zufrieden sein, sondern auch zum Besitz den Namen hinzufügen, so sei keine Zeit zu versäumen, der jetzige Kaiser sei lenksam und sanft; sein Nachfolger dagegen von Leuten umgeben, welche die Reichsfürsten niederzudrücken suchen; man dürfe den Tod des Kaisers Leopold nicht abwarten, und eben jetzt biete sich die beste Gelegenheit dar, die Sache zum Ziel zu führen; es sei der Streit über die spanische Erbfolge.

So die Gutachten der Minister, an denen der Kurfürst seinen Sinn bestärkte, wie sich aus den Bemerkungen ergibt, mit denen er das Gutachten von Fuchs eigenhändig begleitet hat: er wiederholt darin das vornehmste Argument, daß er in seinem Verhältnis als Kurfürst niemals königliche Ehren erlangen werde. Der einzige Weg dazu sei die Erwerbung der Krone; unmöglich könne sie durch die von Fuchs angedeutete Kombination erreicht werden. Wolle er zu seinem Ziele kommen, so müsse er vermeiden, irgendeinen anderen Vorteil mit seinem Vorhaben in Verbindung zu bringen. Und nicht etwa auf seine Reichslande dürfe er die Krone gründen. Bei dem Reiche wäre es nimmermehr durchzusetzen, und in dem besten Falle würde er nur ein Lehnskönig sein und von den anderen Königen nicht als ihresgleichen betrachtet werden. Er hält an dem Gedanken fest, der auch schon früher in Wien geäußert worden war und Beistimmung gefunden hatte, die Krone auf sein von allem Lehnsverband unabhängiges Herzogtum Preußen zu begründen. Die preußischen Stände hoffte er dabei für sich zu haben, den Wider-

spruch der Republik Polen meint er leicht beseitigen zu können; aber davon ist er überzeugt, daß er der Einwilligung oder vielmehr der Approbation des Kaisers nicht entbehren könne; und jetzt sei die Zeit gekommen, sie zu erlangen. Der Kaiser bedürfe seiner wegen der spanischen Sukzession. Sollte er säumen, bis Österreich dazu gelangt sei, so würde derselbe andere Potentaten und besonders ihn weniger achten und den Anwachs seiner Macht mehr hindern als befördern. Die Zeit müsse ergriffen werden, in welcher der Kaiser sich noch nicht mit Frankreich, England und Holland verglichen habe; denn sobald dies geschehen sei, brauche er Brandenburg nicht mehr. Dahin ging also der Beschluß, die Einwilligung des Kaisers in die Erhebung des Herzogtums Preußen zu einem Königreich unverweilt nachzusuchen.

Man konnte sich dabei auf die früheren Zusagen, so unbestimmt dieselben auch waren, berufen; zugleich erneuerte man die Versicherung, die Königswürde werde keinerlei Einfluß auf das Reich haben, da der Kurfürst in bezug auf seine Hauptlande nach wie vor Vasall des Kaisers sein werde. Noch immer fand jedoch die Sache großen Widerspruch in Wien, aus politischen, wie aus religiösen Gründen: denn, was man auch sagen möge, die Königskrone schließe ungeheure Rechte in sich ein; und einen evangelischen Fürsten dürfe man nicht größer machen, als er sei; leicht könne ein solcher einmal nach dem Kaisertum streben. Bartholdi erwiderte: der Kurfürst sei nun einmal entschlossen — man habe ihn wohl sagen hören, er würde sich eher einen Finger an seiner Hand abschneiden lassen, als seinen Plan aufgeben — und mancherlei Mittel habe er in den Händen, denselben durchzuführen; er brauche sich nur den Mächten des Teilungsvertrages anzuschließen; sie würden ihm den königlichen Titel nicht versagen; der Kurfürst sei voll von Ergebenheit und Ehrfurcht gegen den Kaiser; aber dieser möge ihn nicht nötigen, auf die andere Partei zu treten. Auf die Frage, ob der Kurfürst schon mit anderen Potentaten einverstanden sei, verhehlte Bartholdi nicht, daß er auf den König von Polen mit Bestimmtheit rechnen dürfe. Im Januar 1700 fand eine neue Zusammenkunft zwischen Kurfürst Friedrich und dem König von Polen zu Oranienbaum statt, auf die man in Wien nicht ohne Eifersucht blickte, und die in der Tat von der größten Wichtigkeit ist. Denn allerdings wurde darin die Eventualität ins Auge gefaßt, daß Brandenburg mit den drei anderen Mächten, deren Vorhaben ihm vertraulich mitgeteilt ward, gemeinschaftliche Sache machen könne, wogegen ihn diese zur Wiedereroberung von Pommern unterstützen würden. Der

nächste und vornehmste Gesichtspunkt dabei blieb, daß Brandenburg nicht auf die Seite der Schweden trete. Der Kurfürst behielt sich vollkommen freie Hand vor, ob er sich der Allianz der Verbündeten anschließen wolle. Und schon diese zweifelhafte Annäherung wurde von den brandenburgischen Ministern als ein so gefahrvoller Schritt betrachtet, daß sie den Kurfürsten veranlaßten, sie für dessen nicht abzusehende Folgen aller Verantwortung im voraus zu überheben.

Die Zusage der Neutralität aber wurde von den Verbündeten mit dem Versprechen der Annahme, der königlichen Würde beizustimmen, erwidert. König August II. sprach dasselbe in einer besonderen Deklaration unmittelbar nach der Zusammenkunft unzweideutig aus. Die Erklärungen, die Bartholdi in Wien gab, enthielten die Andeutung, daß der Kurfürst auf Rußland, Dänemark, der nordischen Interessen wegen wohl auch selbst auf Schweden zählen könne, England und Holland würden schon um der Religion willen ihn anerkennen: auf den Papst komme es so sehr nicht an. Er fügte hinzu: von Frankreich, welches einst das Haus Braganza und jetzt den König Wilhelm anerkannt habe, könne auch ein neuer König von Preußen anerkannt zu werden mit Sicherheit erwarten, wenn er sich an diese Macht anschließen wolle. Der Kaiser war nicht ohne Besorgnis, daß hierüber bereits Verhandlungen angeknüpft seien. Welche Gefahr aber lag darin für die gesamte Zukunft seines Hauses.

Im März des Jahres 1700 kam es nun zum Abschluß jenes zweiten Teilungsvertrages, durch welchen Österreich von Italien ausgeschlossen werden sollte. Man empfand das in Wien auf das bitterste. Man sagte wohl, das Haus Österreich würde lieber das verlieren, was man ihm zuspreche (Spanien und Indien), als das missen, was man ihm entreißen wolle. Man rief die Hilfe des Himmels an, der sich in diese Angelegenheiten mischen werde; allein Verbündete, um es zu verhindern, hatte das Erzhaus doch nicht. Da ward es nun von doppelter Bedeutung, daß ein Fürst, der über ein zahlreiches und wohlgerüstetes Heer gebot, seinen Beistand dagegen antrug. Und was die religiösen Bedenken betrifft, welche die Erhebung eines protestantischen Fürsten zur königlichen Würde veranlasse, so fand sich ein geistlicher Ratgeber des Kaisers, der sie hob: es war der Jesuitenpater Wolf; ein guter Bekannter des Kurfürsten Friedrich von alter Zeit her, welcher sich in dieser Angelegenheit an ihn gewandt hatte. Der Pater hat sich mit der Hoffnung getragen, die engste Familienverbindung zwischen beiden Häusern zustande zu bringen.

Es springt in die Augen, daß die allgemeine Lage der Umstände es gewesen ist, was dem Vorhaben Brandenburgs, als die Macht, die es in der Tat war, auch anerkannt zu werden, nach beiden Seiten hin den Weg bahnte. Im Osten war es der Wunsch der streitenden Mächte, Brandenburg nicht gegen sich zu haben: so konnte auch der Kaiser nicht zulassen, daß ein Plan von dieser Bedeutung ohne ihn oder gar im Gegensatze gegen ihn unternommen und vielleicht durchgeführt würde. Er konnte Brandenburg nicht auf die Seite der Mächte treiben wollen, welche ihm einen Teilungsvertrag aufzudringen suchten, den er verabscheute. Jede entgegengesetzte Betrachtung wurde dadurch zurückgedrängt. In einer großen Konferenz aller kaiserlichen Minister am 24. Juli 1700 wurde nach neuer Beratung der Beschluß gefaßt, das Gesuch des Kurfürsten von Brandenburg, sich zur königlichen Würde von Preußen zu erheben, in Gottes Namen zu erfüllen, doch müsse derselbe in die Bedingungen einwilligen, die man ihm setzen würde. Und in diesem Sinne sprach sich nun der Kaiser persönlich gegen Bartholdi aus. Der hielt die Sache für so gut wie abgemacht. In seinem Berichte wünscht er dem brandenburgischen Hause bereits Glück zum Erfolg: es möge die Früchte dieser neuen Würde bis zu den spätesten Nachkommen genießen.

Sehr umfassend aber waren die Gegenbedingungen, welche man in Wien für die Einwilligung in das große Vorhaben machte. Vor allem sollte der Kurfürst dem Kaiser bis zur völligen Durchführung der spanischen Sukzession 10000 Mann zu Hilfe schicken, ferner in allen Angelegenheiten des Reiches und selbst der Kreise mit Österreich stimmen; endlich sich und seine Nachkommen verpflichten, bei künftigen Kaiser- und Königswahlen allezeit einem österreichischen Prinzen, solange ein solcher vorhanden sei, den Vorzug zu geben. Noch manche andere Bedingnisse wurden aufgestellt, so daß Brandenburg, indem es zur königlichen Würde emporstieg, doch in eine größere Abhängigkeit als zuvor geraten wäre; selbst der protestantischen Religionsbeschwerden sollte sich der künftige König nicht annehmen. Unmöglich konnte Brandenburg sich in diese Anforderungen fügen; die Unterhandlung bot viele Schwierigkeiten dar: sie hing selbst von den Nachrichten über das Befinden des Königs von Spanien ab, von dem man in Wien meinte, er könne noch eine Weile leben, so daß der allgemeine Frieden erhalten bleibe; doch verständigte man sich nach und nach. Der Kaiser begnügte sich mit 8000 Mann Hilfstruppen und verstand sich zu einem Beitrag im

Falle erheblicher Verluste zur Ergänzung dieser Truppenschar. Der Kurfürst, der seine Truppen nur innerhalb Deutschlands verwenden lassen wollte, gab endlich dem Begehren nach, daß sie nach Mailand ziehen könnten, weil auch dies zum Reiche gehöre. Ein Zugeständnis, das sich später als überaus bedeutend bewährt hat; es ist für das Haus Österreich von entscheidender Wichtigkeit geworden. Wenn der Kurfürst aber weiter zusagte, in einer besonderen testamentarischen Disposition seine Nachfolger erinnern zu wollen, bei einer künftigen Wahl nicht vom Hause Österreich abzuweichen; so hatte das wenig zu bedeuten; er fügte eine Klausel hinzu, die das eigentlich wieder aufhob, für den Fall nämlich, daß sie nicht erhebliche Ursache hätten, anders zu verfahren. Auch in anderen Reichsangelegenheiten machte Brandenburg mancherlei Konzessionen; aber der Kaiser erklärte, einer wörtlichen Ausführung derselben nicht nachfragen zu wollen. Ganz zuletzt trat noch eine Differenz ein, die nur ein Wort betraf, das aber die Summe der Dinge berührte. Wenn der Kurfürst bisher alles vermieden hatte, was eine förmliche Erhebung zu der königlichen Würde durch den Kaiser angedeutet hätte, so lief dem der in dem Entwurfe einer offiziellen Deklaration des kaiserlichen Hofes vorkommende Ausdruck: er sei nicht befugt gewesen, die Krone anzunehmen, ohne Einwilligung des Kaisers, geradezu entgegen. Der Kurfürst forderte die Änderung des Wortes: „befugt“ in das Wort „gemeint“, was dann sehr wahr und unverfänglich lautete. Der kaiserliche Hof nahm das an. Die ganze Verhandlung zeigt, daß man in der Hauptsache einverstanden, auch in den Nebendingen, obwohl man lange und ehrlicherweise stritt, einander doch keine unübersteiglichen Schwierigkeiten entgegensetzte. Am 16. November 1700 wurde der Vertrag unterzeichnet.

Dagegen stieß die Unterhandlung, die indessen in England und den Niederlanden eröffnet worden war, auf sehr entschiedene Widerrede. König Wilhelm schlug ab, die Annahme der Krone zu genehmigen, auch insgeheim, da es doch nicht geheim bleiben könne. Er führte den guten Grund an, daß er mit sich selbst in Widerspruch geraten würde, wenn er eine Würde anerkenne, die unter Bedingungen erworben werde, welche dem eben geschlossenen Partitionstraktat entgegengesetzt seien. Demgemäß ließ der Ratspensionarius vernehmen: der Kaiser werde vergeblich gegen den Teilungsvertrag ankämpfen, wenngleich der Kurfürst dreimal mehr Truppen ihm zuführe, als er verspreche. Hätte Frankreich an dem Traktat festgehalten, so würde Brandenburg in der

Mitte zwischen seinen alten Verbündeten in schwere Verlegenheit geraten sein. Da trat aber eine Wendung der großen Angelegenheiten ein, die allem eine andere Gestalt gab.

Am 1. November erfolgte der Tod des Königs von Spanien, wovon die Nachricht in Wien an jenem 16. einlief, an welchem der Vertrag mit Brandenburg unterzeichnet wurde; aber gleich darauf folgte die Nachricht von dem Testament, das der Verstorbene zugunsten des Königs von Frankreich errichtet hatte; und endlich die dritte entscheidende, daß dieser von dem Teilungsvertrag zurücktrete, um das Testament, wie es war, anzunehmen.

Dadurch erneuerte sich die ganze Gefahr des verderblichen Übergewichts von Frankreich, dem man im Jahre 1688 entgegengetreten war. England und Holland stellten sich wieder auf die Seite von Österreich, das nun keinen Augenblick zögerte, seine dynastischen Rechte mit den Waffen zu verteidigen. Auch in bezug auf die neue Krone wurde König Wilhelm einer anderen Meinung. „Unsere Interessen sind einerlei", schrieb er dem Kurfürsten und versprach unverweilte Anerkennung. So erklärte der Ratspensionarius Heinsius, die Zeit sei gekommen, in der sich alle protestantischen Mächte vereinigen müßten, um den Franzosen zu widerstehen.

Historisch merkwürdig bleibt es für immer, daß die preußische Krone in demselben Interesse, wie die parlamentarische Macht von England, nämlich in dem gegen das Übergewicht von Frankreich gegründet worden ist.

Friedrich nahm jetzt die entschiedenste Haltung von allen an; er verweigerte, den Herzog von Anjou auch nur vorläufig als König anzuerkennen: bei einer Audienz, die er dem französischen Gesandten gab, vermied er diesen Ausdruck. Sobald der Abschluß jenes Vertrages bekannt wurde, verließ der Gesandte Berlin.

Es war in offenem Gegensatz gegen die damaligen Entwürfe dieser Macht, daß der Kurfürst im Januar 1701 seine Krönung vollzog.

Wir wollen die Zeremonien derselben nicht schildern: sie haben für unser Gefühl, wenn wir davon lesen, etwas Überladenes. Doch hat das Selbstergreifen der Krone eine Würde, welche der Tatsache entspricht und sie ausdrückt. Daß die Salbung nicht vorangeht, sondern nachfolgt, und zwar durch zwei eben hierzu zu Bischöfen erhobene Geistliche, drückt eine Unabhängigkeit der weltlichen Macht von der geistlichen aus, wie sie vielleicht, ausgenommen bei der Krönung des Kaisers Friedrich II. in Jerusalem, früher bei keiner anderen Krönung hervorgetreten ist[1]. Das

[1] Vgl. Weltgeschichte VI, 349.

geistliche Element erschien in der einzigen Selbständigkeit, welche ihm in protestantischen Staaten geblieben, der Lehre und Ermahnung. Der Propst zu Berlin legte aus dem Beispiel Christi und Davids dar, daß die Regierung eines Königs zur Ehre Gottes und zum Besten der Untertanen geführt werden müsse. Er bezeichnet als das vornehmste Prinzip, das Regenten wissen sollen, dieses, daß sie um der Untertanen, nicht die Untertanen um ihretwillen in der Welt sind. Er ermahnt zum Gebet, daß Gott diesen Grundsatz allen Regenten tief ins Herz drücken möge. Auch die Stiftung des Schwarzen-Adler-Ordens, die der Krönung unmittelbar voranging, hat einen Bezug auf Pflichten des Königtums. Jenes „Suum cuique" in den Insignien desselben bezieht sich, wie Lamberty, der es selber angegeben hat, versichert, auf die Definition einer guten Regierung, in der den Guten sowohl wie den Bösen nach ihrem Verdienst geschehe; Lorbeer und Blitz bedeuten Belohnung und Strafe. Der Gedanke wenigstens ist großartig und eines Herrschers würdig.

Leibniz, der damals dem Hofe nahe stand und sich viel mit dieser Sache beschäftigte, bemerkt sehr wohl, daß allezeit zur Erfüllung des Wesens auch der Name gehöre; der Kurfürst von Brandenburg habe alles gehabt, was königlich sei; König aber sei er erst dadurch, daß er König heiße. Und dürfen wir auf die allgemeine staatsrechtliche Bedeutung der Krone zurückkommen, so liegt diese vornehmlich in dem Grundsatz, daß alle Könige untereinander gleich seien, ein Grundsatz, der den Nachkommen höchlich zustatten gekommen ist.

Der Staat selbst, inwiefern er in seinem Oberhaupt repräsentiert war, erhielt dadurch einen Rang, der ihn den Königreichen gleichstellte.

Obwohl die neue Würde nur auf Preußen gegründet war, so umfaßten doch Titel und Rang alle Provinzen; auch der durch herrliche Taten wachsende Kriegsruhm, der sich an den Namen Preußen knüpfte, war ein Gemeingut aller. Die dem Deutschen Reiche angehörigen Gebiete wurden aus der Reihe der anderen deutschen Landschaften gleichsam herausgehoben und zu einer besonderen Einheit zusammengefaßt, wie sorgfältig man auch sonst noch das Verhältnis zu dem Reiche aufrechterhielt. Insofern ist die Erwerbung der königlichen Würde für den Fortgang der preußischen Dinge ein wesentliches und selbst notwendiges Moment, das aus dem Zusammenhang der Ereignisse nicht hinweggedacht werden kann.

Fünftes Kapitel.

Innere Zustände.

König Friedrich I. — denn so ist er fortan zu nennen — spricht einmal der Vorsehung Dank dafür aus, daß, indem sich die Welt mit Unruhen und Krieg erfüllte, woran er selbst teilzunehmen in den Fall kam, seine Lande gleichwohl in Ruhe, wie er sagt, einer stolzen Ruhe verharrt und zu innerem Flor gediehen seien. Wir würden ihn nicht kennen, wollten wir nicht auch auf die Kulturbestrebungen, die seine Zeit charakterisieren, einen Blick werfen.

Der Große Kurfürst hatte, wie wir wissen, seine Hauptstadt den durch Ludwig XIV. verjagten Franzosen geöffnet. Unter Friedrich III. langten sie zahlreich an; sie kamen auch aus protestantischen Städten, in welchen politischer Rücksichten halber ihres Bleibens nicht gewesen war, sowie aus dem altangestammten, nun völlig katholisierten Orange. Die Aufnahme, die ihnen Friedrich gewährte, hat wohl Eifersucht bei seinen eingeborenen Untertanen geweckt. Unter denen nun, die sich ansiedelten, befanden sich auch einige Gelehrte, die von hier aus die literarischen Kämpfe fortführten, in welchen sie durch die Gewaltsamkeiten der mit ihren Feinden einverstandenen französischen Regierung unterbrochen worden waren.

Berlin gewann bereits damals einen Namen in der literarischen Bewegung der Epoche.

Es entsprach der Weltstellung des aufkommenden Staates, der sich der Übermacht des damals im vorzüglichen Sinne katholischen Reiches mit allen Kräften widersetzte, recht gut, daß man von dessen Hauptstadt her auch auf dem Gebiete der Literatur die Angriffe abzuwehren suchte, welche die dort nunmehr allein herrschende Meinung gegen die Ideen des Protestantismus unternahm. Die Schriftsteller der anglikanischen Kirche, die Gelehrten der holländischen Universitäten und die in Berlin angesiedelten Flüchtlinge bildeten gleichsam eine Koalition wie die Staaten, denen sie nunmehr angehörten. Was diese mit den Waffen ver-

fochten, suchten sie in den Gebieten des forschenden Geistes aufrechtzuerhalten.

In Berlin war Jakob Lenfant, von dem man sagt, daß er nach jedem Beisammensein mit seinen Freunden, die sich gern bei ihm einfanden, statt Abspannung vielmehr neuen Trieb zu literarischen Arbeiten fühlte, was ohne Zweifel daher kam, weil die Gleichgesinnten sich in ihren Meinungen bestärkten und die schwachen Seiten der Gegner wetteifernd entdeckten; mit den Behauptungen und Doktrinen der Jesuiten befanden sie sich in unaufhörlichem Kampfe. Lenfant beschäftigte sich besonders mit den Verhandlungen der großen Kirchenversammlungen des fünfzehnten Jahrhunderts. Die Geschichte des Costnitzer Konzils schrieb er zum erstenmal aus den echten Aktenstücken, welche damals zusammengebracht worden waren; Burnet setzt seine Arbeit dem Werke Paolo Sarpis über das Tridentinum zur Seite.

Noch höher hinauf stieg Isaak von Beausobre. Sein Buch über die Manichäer gehört zu den belehrendsten und sinnreichsten, die je über eine ketzerische Sekte geschrieben worden.

Beide waren beliebte Prediger, Lenfant durch Lebhaftigkeit, Beausobre durch Schwung und Adel des Ausdrucks ausgezeichnet. Von unendlicher Wirksamkeit ist die von ihnen gemeinschaftlich verfaßte Übersetzung des Neuen Testaments in das Französische geworden, ein Werk zugleich von gelehrtem und kirchlichem Wert, das von allen Reformierten, auch den englischen, mit großem Beifall begrüßt ward.

Mit ihnen arbeiteten Vignoles und Lacroze.

Der erste hat sich noch in Frankreich durch die Behauptung Richard Simons, es sei unmöglich, eine Chronologie des Alten Testaments zu verfassen, veranlaßt gefühlt, einen solchen Versuch zu wagen; mit umfassendem Fleiße brachte er endlich in Berlin ein Werk dieser Art zustande, das immer in Ansehen geblieben ist. Doch besaß der andere wohl eine entschiedenere Gabe für fernliegende Gelehrsamkeit. Vortrefflich begegnete er den Paradoxien Harduins, denn auch die Ausschweifungen der französischen Schulen hielt man für notwendig zu bestreiten; seine koptischen Studien haben nach langer Zeit eine Beziehung zu der Erkenntnis der ältesten Weltgeschichte gewonnen, die er selber nicht geahnt hat. Auch in dem Kreise der französischen Literatur richteten die Flüchtlinge ihren Blick über die sonst allenthalben vorwaltende Geschmacksrichtung hinaus.

Jakob le Duchat, der unter Friedrich I. nach Berlin kam, einer der gelehrtesten Kenner seiner Muttersprache, erwarb sich das

Die Proklamation der Preußischen Krone am 15. Januar 1701.
Nach dem Kupferstich von Johann Georg Wolffgang, Berlin 1717.

Verdienst, Rabelais in seiner ursprünglichen Gestalt wieder in das Publikum zu bringen. Auch dies war gleichsam eine allgemeine Angelegenheit der ausgewanderten Franzosen; mit le Duchat arbeiteten andere zusammen, die in England eine Freistatt gefunden hatten.

Es war gewiß von dem größten Wert, daß in einer großen Hauptstadt des nördlichen Deutschlands, wo man infolge der Einwanderung mit jedem Zweige der französischen Literatur, welche die allgemeine europäische war, in innige Beziehung geriet, das protestantische Prinzip zu einer so gründlichen literarischen Darstellung gelangte[1].

Daneben hatten aber innerhalb des deutschen Protestantismus schon wieder eigene Bewegungen begonnen, die ihm, unter Widerstreit und Kampf, eine neue Entwicklung ankündigten. Aus der Tiefe der lutherischen Theologie und der damit zusammenhängenden Weltansicht erhoben sich neue Tendenzen, zwar im Widerspruch mit den gerade vorwaltenden Systemen, aber auf ihrem Grunde beruhend.

Der äußerlichen Orthodoxie setzte sich die Forderung tätigen Glaubens und sittlichen Wandels in Philipp Spener (1635—1705) und dessen Freunden entgegen, die sich zur Aufgabe machten, in den jungen Lehrern des Volkes einen praktisch lebendigeren Geist zu erwecken.

Dann erhob sich eine juridische Schule, welche nicht mehr das gesamte Leben des Staates von dem geistlichen Prinzip beherrschen lassen wollte, sondern diesem sein besonderes Gebiet in Erhaltung der äußeren Ordnung und Friedlichkeit vindizierte.

Ansichten, die man übertreiben und wieder verfälschen konnte, dennoch in sich selbst nicht ohne gute Berechtigung und durch und durch protestantisch. Eben tiefere Religion und sittlicher Abscheu vor den Unordnungen eines bloßen Fürwahrhaltens und Werkdienstes und dann das Hervorheben der dem Staate unabhängig innewohnenden Rechte und Pflichten hatte die Reformation möglich gemacht und begründet. In Brandenburg faßte man den Entschluß, beiden eine freie Wirksamkeit nicht allein zu gestatten, sondern zu verschaffen.

Ein Grund lag auch darin, daß das vorwaltende System allezeit eine Feindseligkeit gegen das dem reformierten Bekenntnis angehörige Haus von Brandenburg gezeigt und seine Jünger damit erfüllt hatte. Das strenge Luthertum war, wie oben angedeutet,

[1] Vgl. auch Seite 453 und Reformation III, Seite 402.

seiner äußerlichen Ausbildung nach ständischer, und zwar provinzialständischer Natur. Eine aus ihrer eigenen Macht emporsteigende Staatsgewalt konnte sich unmöglich zur Pflege desselben berufen fühlen.

Genug, als Spener und seine Freunde aus Sachsen entfernt wurden, wo die bisherige Meinung den Platz behielt, öffnete sich ihnen in den brandenburgischen Gebieten ein bei weitem größerer Wirkungskreis. Die Universität Halle ward gestiftet, vor allem in der Absicht, die Kandidaten für die 6000 Pfarren, die man im Lande zählte, nicht mehr einem feindseligen und überdies geistig beschränkten Einfluß zu überlassen. Hier entwickelten die Schüler gar bald eine sowohl theoretisch als praktisch energische, durchgreifende Tätigkeit: in der Nähe des Hofes in der Hauptstadt übte der Meister selbst, milder und feiner als jene, aber nicht weniger unerschütterlich seinen segensreichen Beruf aus.

Schon hatte Friedrich den Mann, der zuerst das Recht der Natur von den Fesseln des theologischen Systems befreit, und ohne die Offenbarung zu bekämpfen, die wohlbegründeten Ansprüche der Vernunft gerettet, Samuel Pufendorf (1632—1694), mit dem würdigsten Auftrag betraut, den er ihm geben konnte, die Geschichte seines Vaters mit furchtloser Wahrheitsliebe zu schreiben.

In die literarische Bewegung der Zeit, in der sich die allgemeinen Überzeugungen umgestalteten, griff noch um vieles mehr Christian Thomasius (1655—1728) ein. Jene Grundsätze des Staatsrechts wandte er auch auf das Kirchenrecht an. Ein unermeßlicher Unterschied ist es doch, wenn man früher die Kirchengewalt als die Vollzieherin der reinen Lehre nach der von den Theologen gegebenen Entscheidung betrachtet hatte und er dagegen ihr Amt nur darin sah, daß keine Streitigkeit zwischen ihnen den äußeren Frieden störe. Er kam damit den Toleranzbestrebungen zu Hilfe, die hier zunächst zwischen den beiden protestantischen Parteien eine Notwendigkeit waren, und in deren Durchführung Friedrich I. seinen Ruhm setzte. So hatte Gottfried Arnold die Krönung des Königs beglückwünscht, weil unter ihm die Gottesfurcht geschützt, aber dem Verfolgungsgrimm der kleinen Feinde kein Raum gegeben werde; denn, sagt er, das freieste Wesen will auch frei verehrt sein. Die Unabhängigkeit, welche dem religiösen Gedanken vindiziert wird, erinnert an die Grundsätze Fenelons und selbst des Stifters der Quäker. Das Prinzip ist, daß dem Menschen eine unsterbliche Seele inne-

wohne, ein Prinzip, auf welchem alle Religion und alle Moral beruht. Für die freie Gottesverehrung ist die Unterordnung unter den Staat nicht allein unschädlich, sondern notwendig: denn der Staat allein hält die feindseligen Kräfte im Zaum. In diesem Sinne sollte, wie Spener sagt, die Regierung zu Gottes Ehre geführt werden. Die Unterordnung unter den Staat, welcher notwendig ist, hebt die wahre innere Freiheit nicht auf. Dieses Prinzip wurde von dem neuen Königtum akzeptiert, dessen Sinn nicht sein konnte, einen abstrakten religiösen Begriff durchzuführen, sondern nur die öffentliche Ordnung zu erhalten und zugleich die obersten Grundsätze der Religion des Menschengeschlechts mit der weltlichen Autorität zu vereinbaren. Man dürfte nicht sagen, daß dieser Grundsatz in dem emporkommenden Staate zu vollem Bewußtsein erhoben worden wäre; aber er wurde in das Gemeingefühl desselben aufgenommen und gab ihm einen eigentümlichen Charakter; er bildet ein Ferment seines Daseins[1].

Christian Thomasius, der in diesem Sinne arbeitete, ist überhaupt einer der wirksamsten Professoren gewesen, die je auf einer deutschen Universität gelehrt haben, nicht sowohl allemal durch den Sachinhalt seiner Vorträge, als durch die Methode, das Wesentliche, Wissenswürdige zu ergreifen. Man begegnet in den Vorreden und Dedikationen von Büchern der mannigfaltigsten Art dankbarer Erinnerung an ihn oder die von seinem Geiste erfüllten Schüler. Und wie vieles andere mag ungesagt geblieben sein.

Die Universität war überhaupt nach Grundsätzen, die sich allezeit bewährt haben, eingerichtet worden. Man stellte nur so viel Professoren an, als unbedingt notwendig waren; wählte aber solche, von denen man wußte, daß sie fleißig seien, keine Freunde allzu häufiger Unterbrechungen, und besoldete sie nach den Verhältnissen der Zeit hinreichend; sie brauchten nicht durch verwerfliche Mittel die Gunst ihrer Zuhörer zu gewinnen. Man befolgte hierbei besonders die Ratschläge des erfahrenen Samuel Stryck, der selbst eine der ersten Stellen in der juristischen Fakultät bekleidete; eine große Anzahl Schüler folgte ihm von Wittenberg.

Auch die dritte Fakultät zeigte sich von wissenschaftlichem Leben erfüllt. Es war nicht ein zufälliger, auf Antipathien der Persönlichkeit, sondern in der Natur dieser Wissenschaft gegründeter Gegensatz, der hier eintrat, zwischen dem nüchternen,

[1] Zu dieser geistigen Begründung des „Prinzips" der preußischen Monarchie vgl. auch Päpste II, 448, und das Nachwort im III. Bande.

auf dem einmal eingeschlagenen Wege rationell fortschreitenden Hofmann und dem kühnen Theoretiker, Stahl; auch der erste erwarb sich viel Verdienst um die Praxis; dem zweiten entsprang auf seinem Wege eine neue Wissenschaft und eine neue Heilart.

In der merkwürdigen Rede, mit der Paul von Fuchs die Universität eröffnete, hebt er besonders den Zusammenhang hervor, welchen auch die allgemeine Wissenschaft mit dem Leben und dem Staate habe; z. B. Mathematik und Geschichte mit der Kriegskunst. Und wo sei überhaupt eine Nation, welche Macht erworben ohne Wissenschaft? Als das rechte Symbol des preußischen Königtums erscheint ihm Pallas, welche zugleich den Kriegs- und Friedenskünsten vorsteht.

Man darf die Frage aufwerfen, ob eben alles Wissen auf den Universitäten gepflegt werden kann, und ob es nicht andere Werkstätten der nur auf das Objekt gerichteten Forschung, ohne Beziehung auf den Unterricht der Jugend geben muß. Friedrich I. machte, auf Anregung von Leibniz, wenigstens den Versuch, eine solche zu gründen.

Der Gedanke von Leibniz ging zunächst auf die Förderung der mathematisch-physikalischen Wissenschaften. Er wollte eine Gesellschaft, wie die englische und die französische waren, bei der aber das bloß Zufällige, die Neugier reizende vermieden würde; für diese sollte eine Sternwarte erbaut, ein Laboratorium mit großem Apparat angelegt werden, woran es ohnehin dem Hoflager eines großen Fürsten nicht fehlen dürfe.

Er bemerkte den Nutzen, den die Pflege der Naturwissenschaften für das gemeine Wohl haben werde, ihren unmittelbaren Zusammenhang mit dem Ackerbau, dem Berg- und Hüttenwesen: er bezeichnete die Entwicklung dieser Kenntnisse zugleich als das beste Mittel, die evangelische Wahrheit den heidnischen Völkern näherzubringen. Es war auf einem Ausflug nach Oranienburg, im März 1700, daß dieser Entwurf vorgelegt und von Friedrich in Beratung gezogen ward. Die eben gelingenden Kronunterhandlungen erfüllten seine Seele mit mannigfaltigen Hoffnungen und Absichten, und mit Freuden ging er darauf ein. Er dehnte den Entwurf sogar noch über eine andere Seite wissenschaftlicher Studien aus. Wahrscheinlich angeregt durch das kurz vorher erschienene akademische Wörterbuch der französischen Sprache, gab er den Wunsch zu erkennen, daß die neue Gesellschaft einen ähnlichen Fleiß der deutschen widmen, wie er sagt, zur Erhaltung der Reinigkeit der deutschen Hauptsprache beitragen möge. Überhaupt war die Idee königlich und zugleich

national: die Deutschen auch in den Wissenschaften auf den Weg zu bringen, daß sie sich einmal mit anderen Völkern würden vergleichen können. Wie reich und glänzend ist dieser Wunsch in Erfüllung gegangen. Einen besseren Bund konnte der preußische Staat nicht schließen, als mit dem auf richtigem Wege sich fortentwickelnden Geiste der deutschen Nation[1].

Friedrich I. hatte sowohl Einsicht und Bildung als Ehrgeiz genug, um Gedanken dieser Art zu verstehen: das allgemeine Wohlwollen, das ihn belebte, das aber einen Kern von Energie in sich trug, wandte er auch diesem Zweige zu.

Noch eine viel lebendigere Beteiligung widmete seine Gemahlin, Sophie Charlotte, die von dem allgemeinen Geist europäischer Bildung berührt war, der Literatur und den Wissenschaften. Sie besaß nicht allein eine sehr gute äußerliche Kenntnis, so daß sie wohl manchen Fachgelehrten in Verlegenheit setzen konnte, sondern sie widmete den Studien das lebendige Interesse, das aus einem noch unbefriedigten Suchen der Wahrheit entspringt; sie kannte die Probleme, die noch nicht gelöst waren.

Unter ihren Augen sind die theologischen Kontroversen, welche, wenn sie auch nicht mehr die Welt bewegten, doch die Gemüter zu beschäftigen fortfuhren, vielfach und keineswegs ungründlich erörtert worden.

Zuweilen erschien der vielgesuchte geistliche Diplomat, dessen Gutachten über die Königskrone wir erwähnten, Pater Moritz Vota, an dem Berliner Hofe, wie seine Erinnerungen zeigen, nicht ohne die Hoffnung, den König und die Königin zu bekehren. Er war ein Jesuit von Welt, mit den mannigfaltigsten Kenntnissen, nunmehr ein alter Mann, aber von einer Lebhaftigkeit der Auffassung, welche die Jugend beschämte; die Königin fand großes Gefallen an ihm. Sie lud ihn wohl mit einem oder dem anderen protestantischen Prediger zu sich ein — jedesmal nur mit einem, um nicht Verwirrung zu veranlassen — und verfolgte mit gespannter Aufmerksamkeit die Argumente, welche sie gegeneinander vorbrachten. Man hat davon angefangen, ob Petrus in Rom gewesen, dann den Primat des Römischen Stuhles, die Immunität und Befugnisse des geistlichen Standes durchgesprochen, bis man auch auf die schwebenden Streitigkeiten in der katholischen Kirche, z. B. das Verhalten des Papstes in der jansenistischen Sache gekommen ist. Einer der vornehmsten Gedanken Votas war, daß sich eine Wiedervereinigung der Kirche auf dem Grund

[1] Vgl. Päpste II, 447 und 471 ff., sowie Seite 449.

der Lehre der Kirchenväter und der alten Konzilien hoffen lasse. Wenn ihm Beausobre oder Lenfant einwandten, daß auch von den griechischen Kirchenvätern die Sprache der Schrift nicht immer verstanden, und manches Fremdartige, Neuplatonische eingemischt worden sei, geriet er in einen heiligen Eifer, der ihm unendlich gut stand. Man besitzt einen lesenswürdigen Brief der Königin darüber, zu dem ihr ihre Gelehrten ohne Zweifel die Materialien gegeben haben; die letzte Redaktion würde einer denkenden Fürstin nicht ungemäß sein: sie ist bei eingehendem Ernst doch leicht und angenehm.

Ebenso vergeblich bestürmte sie der Freidenker Toland mit seinen dunkeln und verwegenen Lehrmeinungen.

Dagegen machten ihr die Schriften von Bayle, besonders das Diktionär, das man in Charlottenburg trotz seines Folioformats und seiner gelehrten Ausstattung auf das eifrigste studierte, einen nicht geringen Eindruck. In den Regionen des Zweifels, der Gegensätze zwischen Vernunft und Glauben, in welche dieser Autor führt, knüpfte sich das Verhältnis der Königin zu Leibniz an, der keine leichte Aufgabe bei ihr hatte. Sie war dafür bekannt, daß sie das Unzureichende eines Beweises auf der Stelle fühle, die treffendsten Einwürfe vorbringe; es schien, als stelle sich ihrem Geiste bei jeder Behauptung die ganze Reihe der daraus fließenden Folgerungen dar, und zwar auf einmal, in voller Deutlichkeit; da sie dachte, so verstand sie zu fragen; sie forschte, wie man gesagt hat, dem Grunde des Grundes nach; Leibniz sah sich auf Untersuchungen geführt, auf die er sonst schwerlich gekommen wäre; bei diesem Anlaß hat er die Grundlinien seiner Theodizee entworfen. Von der eigenen Hand der Königin haben wir zu wenig übrig, um die Überzeugungen anzugeben, die sie in sich ausbildete; sie gehörte zu den Naturen, welche der Widerwille gegen alles äußerliche Wesen in der Religion eher auf die entgegengesetzte Seite treibt; aber sie war wohltätig und leutselig, teilnehmend an fremdem Unglück, gefaßt im eigenen: sie durfte glauben, sie stehe gut mit ihrem Gott: oft hat sie von dem Frieden Gottes geredet. Ganz wahr ist es nicht, was man bisher behaupten durfte, sie habe sich nie in die Geschäfte gemischt; wir wissen jetzt, daß sie an dem Sturze Danckelmanns fast den vornehmsten Anteil hatte; es war gleichsam ein Akt der Selbstverteidigung, in welchem politische und persönliche Verhältnisse einander unmittelbar berührten. Selbst ihr Verhältnis zu dem Philosophen, der sie besuchte, um ihre philosophisch-theologischen Studien zu fördern oder zu leiten, war nicht ohne politischen Anflug; wenigstens hat

sich Leibniz selbst wohl als den Vermittler der Verbindung zwischen den Häusern Brandenburg und Hannover angesehen; er hielt sich, da er sich bald an dem einen, bald an dem anderen Hofe aufhalte, für einzig geeignet, die Verbindung der beiderseitigen Interessen in die Hand zu nehmen. Man würde seinem Andenken unrecht tun, wenn man die philosophische Unterhaltung als Maske für politische Geschäfte betrachten wollte: jene blieb immer das Wesentliche und Echte; sie schloß politische Gespräche nicht aus, wie es ja unmöglich gewesen wäre.

Das tägliche Vergnügen der Königin war, in dem Garten zu Lietzenburg, der seitdem ihren Namen trägt, zu lustwandeln, in der Umgegend der Stadt spazieren zu fahren; sie bedurfte Luft und Sonne und hauptsächlich geistige Beschäftigung. Wenn sie sich, was sie nicht verschmähte, mit ihren Damen zu weiblichen Arbeiten niedergelassen, ward etwas vorgelesen: noch sind die Musikalien übrig, an denen sie eine natürliche Gabe dafür übte. Ihr eigentümlichstes Talent aber — vielleicht das dem weiblichen Geiste, wenn er zu seiner Reife gelangt, entsprechendste — war das der Konversation. Recht im Gegensatz mit ihrem Gemahl, der sich am frühesten Morgen erhob und sein Tagwerk gern mit zeremoniöser Pracht unterbrach, liebte sie die langen Abende, zwanglose Hoheit, freies Gespräch. Keine Schmeichelei, viel weniger etwas Unschönes hätte sich an sie heranwagen dürfen; sie wußte das Echte von dem Falschen zu unterscheiden. Die Gelehrten, die sie in ihre Nähe zog, haben der Verbindung von Schönheit und Geist, Adel und Höflichkeit, die in ihr war, nie vergessen. So erschien sie auch in der Gesellschaft, die den Hof bildete. Sie kannte ihre Leute durch und durch und schonte ihre Eigenschaften im vertrauten Gespräche mitnichten; Anmaßung, namentlich ungeschickte, wies sie mit Kälte von sich, verlegene Bescheidenheit zog sie eher hervor. Sie war stolz und voll Anmut. Der Hof nahm etwas von ihren Bestrebungen an; er teilte, wie Toland erzählt, seine Zeit zwischen Studien und Ergötzungen. Eben darin lag das Verdienst der Königin, daß sie die geistigen Interessen in den höheren Kreisen anregte, die auch sehr empfänglich dafür waren.

Den wissenschaftlichen Bestrebungen gingen andere, die sich auf die Kunst bezogen, zur Seite.

Friedrich I. hatte eine natürliche Vorliebe für die Baukunst. Man erkennt das unter anderem an der Ermahnung, die er an seinen Sohn richtet, sich vor Oper, Komödie und anderen kostspieligen und gefährlichen Vergnügungen zu hüten; das Geld,

das er übrig habe, würde er besser auf Schulen und Kirchen, sowie auf schöne Gebäude wenden. Er hatte das Glück, Baumeister und einen Bildhauer zu finden, deren Genius seinen Wünschen entgegenkam. Die Kunst erscheint hier nicht als ein frei hervorgehendes Erzeugnis des allgemeinen Bildungstriebes; aber sie fand einen Anhalt in den Ideen, die sich in dem emporkommenden Staate regten, und schloß sich den vorwaltenden Richtungen an. Der Magnifizenz, die Friedrich I. in Staat und Hof liebte, entsprach der Ausbau des Schlosses, durch welchen den längst vorhandenen Bestandteilen bei mancherlei Abweichung im einzelnen, doch im ganzen eine harmonische und imponierende Gestalt gegeben wurde. Die Gründung des Staates auf die Waffen drückt sich im Zeughause aus, einem Bauwerke, welches zugleich Ruhe und Stärke atmet, bei dessen Beschauung man das Gefühl hat, es müsse so sein, wie es ist. In diesem Sinne ward die Reiterstatue des Großen Kurfürsten, auf dem beides beruht: Heer und Staat, zur Ausführung gebracht; ein Werk von gediegener Großheit, in welchem die Beibehaltung konventioneller Eigentümlichkeiten des Jahrhunderts dem Ausdruck des Heroischen und Naturgewaltigen, auf den es ankam, keinen Abbruch tut. Weder Frankreich noch Italien hatten demselben eine ebenbürtige Hervorbringung an die Seite zu setzen.

Fast die schönsten Bauwerke, welche die Hauptstadt besitzt, selbst die gelungene Anlage eines Stadtteils verdankt sie diesen Zeiten. Und wie nun zu einer glänzenden Residenz auch ein angemessener Landaufenthalt erfordert wird, so wurde auch dafür mit Vorliebe gesorgt. Künstlerische Intentionen erscheinen auch in dem Bau des Schlosses von Charlottenburg, mit seinem von Le Notre geschaffenen Garten und den großartigen Baumgängen, die dahin führten, an deren schattiger Pracht wir uns noch heute erfreuen. Friedrich I., der an alledem persönlich den lebendigsten Anteil nahm, hat auch eine Akademie der Künste gegründet, die man als eine Pflanzschule, besonders der Baukunst, für ganz Deutschland betrachtete.

Ein vielgewandter Kenner versichert, daß er nirgends in der Welt geschicktere Lehrer und eifrigere Schüler gefunden habe.

Dohna pries einst den König glücklich, daß er alles habe, was ihm rühmlich und angenehm sei, treffliche Truppen, Geld in seinen Kassen, schöne Landhäuser, darin zu wohnen, eine unvergleichliche Gemahlin. Der König antwortete: er schlafe doch nicht so ruhig, wie man glaube; es sei nicht leicht, die mannigfaltigen Staatsinteressen zu vereinen, die gierigen Hofleute zu befriedigen.

Es gab jedoch noch andere Schwierigkeiten als die hier bezeichneten, und immer mehr traten sie an den Tag.

König Friedrich fühlte sich glücklich, wenn er in der Pracht seines Ornates auf seinem Throne saß, umgeben von seinen Brüdern, den Markgrafen, die mit fürstlichem Pomp erschienen, den Rittern seines Ordens, der alsdann an kostbarer Kette, vorn und hinten überhängend getragen wurde, seinen Kammerherren mit dem goldenen Schlüssel, den Mitgliedern seines Geheimen Staatsrats und Ministeriums in ihren gestickten Amtstrachten, den Generalen und Obersten seines Kriegsheeres. In alter Schweizerart, in weißem Atlas mit goldenen Spitzen verbrämt, prangten die Offiziere seiner Trabanten. Was nur irgend zum Hofe gehörte, Garderobe und Stall, Keller, Küche, Bäckerei, Silberkammer, mußte Überfluß zeigen. Vierundzwanzig Trompeter riefen zur Mittagstafel: die Jägerei und vor allem die Kapelle waren zahlreich besetzt. Der Fürst ließ sich den kurzweiligen Rat nicht nehmen, der ihm zuweilen im Scherz entdecke, was ihm von anderen verschwiegen werde; er sah gern ein paar Mohren, einen und den anderen getauften Türken in seinem Dienst. Die blaue Livree der Dienerschaft war bedeckt mit goldenen Galonen, so daß von den rotsamtenen Borten, mit denen sie versehen war, nur die äußersten Ränder erschienen. An der genauen Bestimmung dieser Dinge, der Anordnung prächtiger Feste, nahm er selber Anteil, und man sagte ihm, niemand habe ein größeres Talent dafür. Anderen aber, denen ein Fortgang in den wesentlichen Dingen am Herzen lag, wurde nicht so wohl dabei. Es schien nun doch wahr zu werden, was man von Anfang an befürchtete, daß der Glanz der Königskrone den Staatshaushalt gefährde. Man hielt einst für notwendig, dem König vorzustellen, daß die Kosten seines Hofstaates gegen die ersten Jahre, wo doch viele außerordentliche Aufwendungen nötig gewesen, um das Doppelte gestiegen seien, ohne daß sich eine neue Quelle der Einnahme eröffnet habe.

An dem Hofe herrschte ein faktioses Wesen, das zugleich den Staat ergriff, die Kollegien durchdrang, rasches Emporkommen und plötzlichen Fall der Häupter und ihrer Anhänger hervorrief.

Daher kam es, daß alles rühmliche Bestreben, dem zuweilen selbst großartige Gedanken innewohnten, doch von einem Gefühl der Unsicherheit begleitet war. Man fühlte den Boden, auf dem man stand, doch niemals recht sicher.

Wie die Dinge gingen, wie weitreichende Absichten man faßte, mit welcher Rücksichtslosigkeit man sie durchzuführen suchte,

bis doch zuletzt alles wieder an der inneren Unordnung scheiterte, in der man begriffen war: davon gibt der Versuch einer Vererbpachtung der Domänen ein merkwürdiges Beispiel, dessen ich — denn diese administrativen Bewegungen gehören zu dem eigentlichsten Wesen des aufkommenden Staats — mit einem Worte gedenken muß.

Neben der Einführung der Konsumtionssteuern hatte sich der Große Kurfürst mit nicht geringerem Eifer auch der Bewirtschaftung der Domänen gewidmet und war nach mancherlei entgegengesetzten Versuchen doch wieder auf den Pacht gekommen, den man damals in der eigentümlichen Form, die er hatte, als Arende bezeichnete. Dabei blieb man auch unter dessen Nachfolger stehen, und zwar mit dem besten Erfolg; der Ertrag der Domänen im Magdeburgischen ist von 1683 bis 1702 um mehr als das Doppelte gestiegen.

Indessen war schon Friedrich Wilhelm mit der Methode nicht ganz zufrieden gewesen: der einmal erwachte Geist staatswirtschaftlicher Verbesserungen begnügte sich jetzt mit dem gewonnenen Ergebnis um so weniger, als die Bedürfnisse täglich wuchsen.

Da erhob sich nun aus der Mitte der Administration ein Mann, der sich erbot, von den Domänen, wenn man sie nur anders verwalten wolle, einen viel größeren Ertrag herauszuschaffen.

Es war ein früherer Beamter der kurmärkischen Kammer, der in dem Archive derselben auf ältere anderswo ausgeführte, in das sechzehnte Jahrhundert zurückreichende Pläne gestoßen war, Christian Friedrich Luben von Wulffen, ein Mann von emporstrebendem Ehrgeiz, in nahen Beziehungen zu dem inneren Krieg entgegengesetzter Intrige dieses Hofes, aber nicht ohne eine Ader von echtem Talent für Auffassung großartiger Ideen und Durchführung neuer Einrichtungen.

Im Jahre 1700, als alles Neue Anklang fand, trat Luben mit dem Plane auf, die Domänen zu vererbpachten, zunächst die großen Vorwerke, die man jetzt auf Zeitpacht ausgetan, an Bauern und Kossäten um einen jährlichen Erbzins zu eigener Bewirtschaftung zu überlassen. Er meint, das sei vielleicht einem Edelmann nicht zu raten, der alles selbst in Obacht nehmen könne, aber wohl einem Fürsten, der viele und weit entlegene Ämter besitze. Er berechnete, daß ein Vorwerk, das jetzt auf 500 Taler Pacht angesetzt sei, nach den Abzügen, die der Fürst übernehmen müsse, noch nicht die Hälfte davon einbringe; wenn es aber an verschiedene ausgeteilt werde, mehr als 600 Taler reinen Ertrags

abwerfen könne. Doch waren seine Gedanken nicht allein fiskalischer Art, sie erinnern bereits an eine Agrikulturgesetzgebung, die später aus ganz anderen Rücksichten angenommen worden ist. Er wollte die von den Vorwerken abhängigen Bauern der harten Dienste entledigen, zu denen sie den Pächtern verpflichtet waren, und ihre persönlichen Leistungen in ein Dienstgeld verwandeln; er hegte die Hoffnung, infolge der Begründung neuer Bauernstellen werde sich das Land bevölkern, die Jugend sich dem Ackerbau widmen, vielleicht eine große Anzahl von Fremden anziehen; in der Menge der Untertanen bestehe die Glorie des Herrn sowie die Sicherheit des Landes; denn in ein Gebiet, das überall mit Eigentümern besetzt sei, werde sich kein Feind mehr wagen.

Vorschläge, die dem wohlmeinenden und vorstrebenden Sinne des Fürsten entsprachen. Dahin eben ging seine Absicht, auf das Emporkommen aller lebendigen Kräfte ein starkes und glänzendes Königtum zu gründen. Der Geheime Staatsrat war nicht dagegen, denn gute Wirte und bemittelte Leute ins Land zu ziehen, hatte er immer geraten; mit großem Eifer nahm Wartenberg die Sache vor die Hand. Nachdem er sich noch anderweit bei kundigen Männern Rats erholt, ward der Beschluß gefaßt, eine von jeder anderen Behörde unabhängige Kommission, zu der auch Luben gehörte, niederzusetzen, welche den Plan ausführen sollte; sie verpflichtete sich, ein bestimmtes Mehreinkommen auszubringen. Am 2. April 1701 erschien eine Verordnung, welche die Ämter der Altmark bestimmte, wo der erste Versuch in der neuen Bewirtschaftung gemacht werden sollte; sie verkündigte den Untertanen Erledigung von der Last des Scharwerkes und forderte die, welche Kaution zu stellen imstande seien, auf, sich zur Übernahme der Erbpacht zu melden.

Und der Anfang nun, den man in sieben Ämtern der Altmark machte, gewährte den besten Erfolg. Gebäude und Inventarien wurden um gute Preise verkauft, die festgesetzte Erbpacht überstieg noch den versprochenen Mehrertrag; nachdem der König im Herbst 1701 die neue Einrichtung persönlich in Augenschein genommen und sie gebilligt, suchte man sie nach anderen Provinzen fortzupflanzen; im Jahre 1702 zunächst nach der Mittelmark und dem Magdeburgischen. — Hier aber erhob sich ein Widerstand, den man in diesem Staate kaum erwarten sollte.

Die beiden Amtskammern zu Halle und zu Berlin, in der Überzeugung, ihre Pflicht bisher erfüllt und das mögliche geleistet zu haben, waren entrüstet, daß neben ihnen in ihrem Wirkungs-

kreise eine von ihnen unabhängige Autorität sich regte, deren Tätigkeit ihren Begriffen schnurstracks entgegenlief. Mit der größten Mühe hatten sie die Wirtschaftsgebäude unter Dach und Fach gebracht, die Luben jetzt zu veräußern eilte. Sie waren noch mit besonderen Schulden belastet, die sie durch neue auf dem bisherigen Wege allmählich zu erzielende Ertragserhöhungen zu decken gedachten, und mußten nun sehen, daß diese künstlich auf einmal hervorgebracht und zu anderen Zwecken verwendet wurden. Die hallische Kammer wollte die Unterbeamten, welche Luben anstellte, nicht als königliche Diener gelten lassen, wies ihre Vorstellungen zurück, erließ keine Verfügungen an sie. Luben, der immer fortschritt, wies die Erbpächter an, zur Landrentei der Kammer nichts weiter einzuliefern, als was diese in den letzten Jahren der Arende empfangen hatte: die Kammer dagegen forderte auch das Mehr, das infolge der Erbverpachtung versprochen worden war, und ließ es durch Exekution eintreiben.

Man würde die Natur preußischer Beamten verkennen, wenn man in ihnen bloß willenlose Werkzeuge sehen wollte. Allgemeine Überzeugungen praktischer Art werden von ihnen auf den Grund ihrer Erfahrung ausgebildet und eifrig festgehalten. Hier brach gleichsam ein Krieg zwischen zwei Behörden aus, von denen sich die eine im Besitz der regelmäßigen Befugnis befand, die andere einen außerordentlichen Auftrag vollzog. Ein lebhafter Schriftwechsel entspann sich; eine Untersuchungskommission ward niedergesetzt, ausführliche Informationen wurden aus den bereits neu eingerichteten Bezirken eingeholt; das Resultat war, daß das neue Verfahren bestätigt und die Absicht, die Erbpacht einzuführen, auch auf alle anderen Provinzen ausgedehnt wurde.

Man war damals nicht gewohnt, Leute zu schonen, welche sich in der Opposition befanden. Die Mitglieder der Amtskammern, wie von Halle und Berlin, so auch von Halberstadt, welche sich den Lubenschen Plänen widersetzt hatten, wurden aus dem Dienst entlassen, und nur solche geduldet, die sich denselben anschlossen. Die Hofkammer, in der Luben jetzt selbst eine Stelle erhielt, übernahm die Durchführung des ganzen Vorhabens. Was bisher mehr ein außerordentlicher Versuch gewesen, ward im Jahre 1704 zum System erhoben.

Hierauf nahm die Sache fürs erste einen ungehinderten Fortgang.

In den Jahren 1704 bis 1706 wurden in der Kurmark zwölf große Ämter und eine Anzahl Vorwerke der Erbpacht unter-

worfen. Im Magdeburgischen wurden die zu vererbpachtenden Domänen unter die Kommissarien verteilt, und man kam im Jahre 1706 bis auf wenige Pertinenzien damit vollkommen zustande. Hier und im Halberstädtischen, in der Nähe von Ackerstädten und großen Bauerndörfern hatte es keine Schwierigkeit, angesessene Leute zu finden, welche die Ländereien, die sie in Erbpacht nahmen, auch mit ihrem eigenen Geschirr zu bewirtschaften vermochten. In der Neumark begann man 1706, weil da viele Ämter aus der Zeitpacht kamen; nach drei Jahren waren zwölf Ämter und eine große Anzahl Vorwerke vererbpachtet. In Pommern schritt man 1707 an das Werk. Und da die Erbpacht ein ansehnliches Mehr eintrug als die Zeitpacht (in der Kurmark 20 000, in der Neumark 12 000, in dem Magdeburgischen 16 000 Taler), so wuchs der Eifer des Hofes. Im Anfang des Jahres 1710 wurden die königlichen Beamten vom höchsten bis zum niedrigsten ausdrücklich aufgefordert, sich bei der Erbpacht zu beteiligen, wobei man ihnen Bedingungen zu machen gedenke, mit denen sie zufrieden sein würden. Es sah beinahe aus, als sollte der ganze Patrimonialbesitz des Fürsten unter diejenigen ausgeteilt werden, die jetzt seinen Staat bildeten oder bei Gelde waren. Den Mitgliedern der Hofkammer sagt man nach, daß sie sich über die günstigen einem jeden zu gewährenden Erbpachtskontrakte untereinander verstanden hätten.

Notwendig erwachte, als die Sache so weit gekommen, der Widerspruch, der früher nicht ohne Gewaltsamkeit beseitigt worden, mit verdoppelter Stärke.

Schon immer hatte man gegen das ganze System eingewendet, daß ein großer Verlust für den Staat darin liege, wenn man die Ländereien nach dem eben geltenden Preise erblich und also auf immer abtrete; denn nichts sei wahrscheinlicher, als daß sich der Wert im Laufe der Zeit noch sehr erhöhe. Luben zeigte wenig Voraussicht, wenn er erwiderte, seitdem die Schiffahrt nach den beiden Indien eröffnet und der ganze Weltkreis in Verbindung gebracht worden, habe sich der Preis der Dinge schon auf eine unveränderliche Art festgestellt. Eben kam ein junger Mann empor, befugt, in diesen Angelegenheiten mitzureden, mehr als irgend jemand, der Kronprinz, der vom Verhältnis des Geldes eine andere Vorstellung hegte; er war überzeugt, daß sich der Wert der Domänengüter unverzüglich noch weit höher steigern lasse, und sah in jenem Verfahren eine Veräußerung, die er an sich nicht dulden dürfe.

Ein zweiter Einwand war, daß das Geld, welches von den

Kautionen und Erbstandsgeldern einkomme, von dem Hofe aufgewendet und daher der Domänenverwaltung entzogen werde, die darüber in die größte Verwirrung gerate.

Wenn man näher nachforscht, wozu jene ansehnlichen Summen verwandt worden sind, welche aus der Erbpachtoperation aufkamen, so findet sich, daß ein guter Teil zu Gütererwerbungen gedient hat. Unter anderen hat man die Grafschaft Hohenstein für mehr als 330 000 Taler eingelöst. Anderes hat man erkauft, in der Uckermark Brachwitz, in der Neumark den Marwitzischen Anteil von Tornow, Belgard ward für 33 333 Taler reluiert. Auch zum öffentlichen Nutzen, der Instandsetzung von Salzwerken, der Austrocknung eines und des anderen Bruches ist einiges geschehen; nicht geringe Auslagen hat die erste Einrichtung gekostet. Auf diese Weise können mehr als 600 000 Taler nachgewiesen werden.

So viel ungefähr hatte allein der Mehrertrag der Domänen in den zehn Jahren betragen; aber außerdem war wenigstens eine gleiche Summe aus den Erbstands-, Inventarien- und Kautionsgeldern eingekommen. Untersucht man, wohin diese geraten ist, so lassen die Rechnungen keinen Zweifel übrig: sie dienten großenteils, die Schulden des Hofstaats zu tilgen; ich finde ein Jahr, 1707 bis 1708, wo für diesen Zweck mehr als 100 000 Taler aus den Erbpachtverträgen entnommen worden sind.

Alles beruht darauf, daß der General-Domänendirektor, Graf Wittgenstein, der im Jahre 1704 den Sieg der Erbpacht hauptsächlich entschieden hatte, zugleich Obermarschall war und die Hofstaatskasse dirigierte. Was er brauchte als Hofmarschall, das verschaffte er sich als Domänendirektor. Die Beamten klagen, daß er weder die Hofstaatskasse noch die Provinzialetats gehörig habe revidieren lassen.

Nun mußte aber das Vorwalten eines fiskalischen Gesichtspunktes, wie dieser, den verderblichsten Einfluß auf das ganze Geschäft ausüben. Die Forderungen wurden zu hoch getrieben; die Zuverlässigkeit der Unternehmer nicht, wie sich gebührt hätte, in Betracht gezogen.

Im Magdeburgischen, wo es noch am besten und leichtesten gegangen, zeigten sich viele Erbpächter zahlungsunfähig und mußten durch Zwangsmaßregeln an ihre Verpflichtung erinnert werden. In der Kurmark war die Kammer gar bald genötigt, auf den versprochenen Mehrertrag Verzicht zu leisten. In der Neumark wollten die Pächter nicht zahlen, weil man sie zu hoch angesetzt habe: die Kammer war unfähig, den Hof zu befriedigen.

In Pommern fand sich, daß die Kommissarien, um nur Pächter zu bekommen, Befreiungen von Akzise oder Kontribution, einmal selbst von ordentlichen und außerordentlichen Lasten gewährt hatten; und da man es dabei nicht lassen konnte, so weigerten sich auch die Pächter, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Im Clevischen, wo Luben sein Verfahren 1709 mit großen Hoffnungen begann, stieß er auf einen solchen Widerstand bei den Drosten, die ihre Bannrechte, den Schlütern und Rentmeistern, die ihre Beamtungen gefährdet sahen, überhaupt allen, die bei der bisherigen Landesverwaltung beteiligt waren, endlich den Dienstpflichtigen auch, welche die Eigenbehörigkeit der Geldabgabe vorzogen, wenigstens an dem Tage, wo diese zu leisten war, daß die Sache gar nicht ins Werk gesetzt werden konnte.

Wie weit blieben diese Resultate hinter den Erwartungen zurück, die man sich einst von diesem Unternehmen gemacht. Die Kammern in einer Art von Auflösung und ihre Kassen in Verwirrung: große Summen verschwunden; nichts von den versprochenen Vorteilen: keine Zunahme der Kultur oder der Volksmenge.

Es ist nicht allein die Zahlungsunfähigkeit einer Brandkasse gewesen, was man dem Grafen von Wittgenstein zur Last legte; sein vornehmster Gegner, Boguslav von Kameke, griff seine ganze Verwaltung und zugleich seinen Gönner und Beschützer, der die Erbpacht zu seiner eigenen Sache gemacht hatte, den Grafen Wartenberg, an.

Den Gründen, die er anführte, gab die offenbare Verwirrung der Angelegenheiten einen unwiderstehlichen Nachdruck. Plötzlich sah man, jedoch allerdings unter Mitwirkung noch anderer Motive, in Hof und Staat eine vollständige Umkehr eintreten; Luben ward abberufen und entfernt, Wittgenstein verhaftet und bei hellem Tage nach Spandau abgeführt.

In diesen Umsturz wurde auch Wartenberg verwickelt. Er verdankte sein Emporkommen, das ihn in eine große Stellung brachte, der persönlichen Gunst des Königs, den er zu behandeln wußte, wie er behandelt zu werden begehrte. Doch machte ihn die Herrschsucht seiner Gemahlin dem König nach und nach unerträglich. Friedrich I. hat oft bedauert, ihn nicht mehr um sich zu haben; nur dürfe er, wenn er jemals wiederkomme, seine Frau nicht mitbringen. An der Behandlung der ökonomischen Angelegenheiten hatte Wartenberg einen Anteil genommen, der seine Entlassung motivierte.

Denn das war nun einmal der Sinn der Zeit, daß mißlungene

Unternehmungen, sei es in der inneren oder äußeren Politik, an den vornehmsten Urhebern derselben, die als persönlich verantwortlich galten, geahndet wurden.

Da der größte Teil der geschlossenen Kontrakte die königliche Bestätigung noch nicht erhalten hatte, so trug man kein Bedenken, die Erbpacht überhaupt zurückzunehmen.

Aber es läßt sich denken, in welche Verwirrung hiedurch die einzelnen Provinzen, ein Teil der Privatbesitztümer, und dann auch die königlichen Kassen gerieten. Als auf einen harten Winter in der Provinz Preußen eine Hungersnot folgte, besaß man keine Mittel, derselben abzuhelfen; aus merkantilen Rücksichten scheute man sich sogar, die Ausfuhr des Getreides zu verbieten; und es brach eine Seuche aus, welche Litauen beinahe verödete.

Das Unternehmen hatte eine bedeutende Seite von weitester Aussicht für Land und Volk: es hätte dabei nur nicht auf unmittelbaren und momentanen Vorteil abgesehen sein müssen. Wie man es angriff, konnte es nicht anders als scheitern.

Auch in anderen Beziehungen schwebten dieser Regierung umfassende Ideen vor. Das Gute wenigstens hatte die Pracht und Geldaufwendung des Hofes, daß das Gewerbe dadurch gefördert wurde; aber nicht allein in den Zweigen, die dem Hofe dienten, sondern in jedem anderen kamen sie empor. Der Fleiß und die Geschicklichkeit der ausgewanderten Flüchtlinge trug dazu das meiste bei, so daß man zu exportieren anfing und aller Verkehr sich hob. Die Regierung wurde dadurch zu einigen für denselben unentbehrlichen Bestimmungen veranlaßt: z. B. einer Wechselordnung, welche jede bisher gegen Gesetze dieser Art erhobene Ausrede abschnitt und allgemeine Anerkennung gefunden hat; die Absicht war, ein Kommerzkollegium zu errichten, welches zugleich als Handelsamt dienen und bei der Einrichtung von Manufakturen für eine gewisse Vollständigkeit sorgen sollte. Das merkwürdigste ist aber wohl der Versuch, den regelmäßigen Truppen zur Seite eine Landmiliz aufzustellen.

Zunächst in den königlichen Ämtern sollten die Bauernsöhne, welche verheiratet und noch unter 40 Jahren seien, in den Waffen geübt werden. Nachdem man ihnen einmal die Furcht benommen, als würden sie mit zu Felde ziehen müssen, machten ihnen die Übungen, welche von Unteroffizieren der Armee, die die Dörfer bereisten, im Sommer nach dem Feierabend vorgenommen wurden, viel Vergnügen; einmal im Monat kamen sie aus einem ganzen Amte zusammen. Das Amt schaffte Montur und Waffen an und hielt sie in Verwahrung. Mit eingeübten Mannschaften

H. M. I. 30

König Friedrich I. von Preußen.
Nach dem Stich von P. Schenk (1705).

Thronsiegel König Friedrichs I.
Nach einem Abdruck im Geh. Staatsarchiv zu Berlin.

dieser Art hoffte man Einfälle, wie noch der schwedische von 1675 gewesen und wie der Nordische Krieg sie wieder befürchten ließ, auf immer unmöglich zu machen: jedes Amt und jedes Dorf würde sich verteidigen; zur Zeit dringender Not würde man sie wenigstens innerhalb des Landes auch mit den regelmäßigen Truppen vereinigen können. Wenn in den königlichen Erlassen diese neue Pflicht der Bauern durch die Aufhebung der Scharwerksdienste begründet wird: so erkennt man den Zusammenhang, in welchem die Anordnung mit der Veränderung in den Agrikulturverhältnissen stand. Erbpacht, dienstfreies Eigentum, Selbstverteidigung bedingen einander. Es gab populäre Regungen in diesem Staate, die gleich damals noch zu einer ganz anderen inneren Entwicklung hätten führen können: wäre die Zeit dazu angetan oder auch die Verwaltung umsichtig genug gewesen. Aber Unordnung des Haushalts, Überschätzung der Kräfte, die sich dann plötzlich geringer zeigten, als man geglaubt, Mangel an sicheren und zuverlässigen Formen, hin und wider wogende Parteiung, und endlich auch Mißgeschicke, über die nicht zu gebieten war, wirkten zusammen, um alles in Verwirrung zu bringen.

Noch fehlte es an den vornehmsten Grundlagen der Macht und des Gedeihens; man hatte noch kein befestigtes politisches Dasein.

Sechstes Kapitel.

Übergang der Regierung Friedrichs I. auf Friedrich Wilhelm I. Erwerbung von Vorpommern.

I. Politik der späteren Jahre Friedrichs I.

Die großen Feindseligkeiten der europäischen Mächte, deren Anfänge für die Erwerbung der Königskrone so viele Bedeutung hatten, waren indessen in vollen Flammen ausgebrochen und hatten überall zu durchgreifenden Umwandlungen, noch nirgends zu sicherem Bestand geführt.

Der Krieg über die spanische Erbfolge, an welchem der neue König Anteil nahm, hat über das Schicksal der spanischen Monarchie und ihrer Nebenlande noch nicht entschieden. Noch war nicht abzusehen, inwiefern ihre Bestandteile beisammen bleiben oder getrennt werden; in welches Verhältnis sie zu Frankreich und zu Österreich treten; welches deren gegenseitige Stellung fortan sein würde.

In dem östlichen Europa hatte sich indes alles dadurch umgestaltet, daß der König von Schweden über die anderen drei Potenzen, die ihn angriffen, den Sieg behauptete, die eine nach der anderen niederwarf und sogar die Wahl eines neuen Königs in Polen, Stanislaus Leszczynski, in seinem Sinn durchsetzte. Über die Reiche, welche ein Jahrhundert früher das nordöstliche und südwestliche Europa beherrscht hatten, Spanien und Polen, wurde jetzt gleichsam das Los geworfen.

Man begreift, daß die Unentschiedenheit der allgemeinen Lage und der fortdauernde Kampf mancherlei Pläne der definitiven Gestaltung und Pazifikation hervorrief. Einen von diesen, welcher das westliche und östliche System zugleich umfaßte, mag es erlaubt sein hier zu erwähnen, da er dem König Friedrich I. vorgelegt wurde. Man geht darin von dem Streite der beiden Könige von Polen aus, der nur dadurch zu schlichten sei, daß Stanislaus auf dem Thron erhalten und August durch eine andere Krone entschädigt werde. Welche aber sollte diese sein? Indem man

festhält, daß dem Hause Österreich Spanien und Indien verbleiben und der Enkel Ludwigs XIV. durch Neapel und Sizilien befriedigt werden solle, schlägt man zugleich vor, daß dem Kaiser Joseph I., der soeben auf den Thron gestiegen und in lebhaften Streitigkeiten mit dem Römischen Stuhl begriffen war, der Kirchenstaat und behufs näherer Verbindung mit den deutschen Landen Mantua und sein Gebiet eingeräumt werden solle; überdies müsse alles geschehen, um die Malkontenten in Ungarn, die sich gewaltig regten, ihm zu unterwerfen. Wenn nun aber hiedurch das Haus Österreich so ansehnlich verstärkt worden wäre, so mutete man ihm, um es nicht zu mächtig werden zu lassen, eine entsprechende Abtretung zu. Für die Verzichtleistung auf die polnische Krone sollte König August durch Böhmen, auf das er ohnehin Ansprüche machte, entschädigt werden. Die nördlichen hierüber einverstandenen Potenzen würden alsdann vereinigt sich auf Frankreich werfen und es zur Annahme der Vorschläge, die man ihm mache, nötigen. Dabei ist es besonders merkwürdig, durch welche Erbietungen König Friedrich für den Plan gewonnen werden sollte. Man wollte ihm eine beinahe verdoppelte Macht verschaffen; er sollte nicht allein mit den noch unter Polen stehenden altpreußischen Landschaften, sondern auch mit Schlesien ausgestattet werden, um durch diesen Besitz in den Stand zu kommen, die beiden Gegner, Stanislaus, der unter allen Umständen auf Schweden zählen dürfe, und August, von dem man meinte, er werde den neuen Kaiser mit sich fortreißen und für sich haben, auseinanderzuhalten. Man nahm an, der König von Schweden werde auch deshalb einwilligen, weil damit der Päpstliche Stuhl, dessen Gegenwirkungen er jeden Augenblick zu fürchten habe, des Rückhaltes, der in dem Besitz eines weltlichen Gebietes liege, beraubt würde. Um ihn auch übrigens zufriedenzustellen, sollte Rußland von der Ostsee ausgeschlossen bleiben. Trotz seiner Extravaganz ist dieser Entwurf nicht ohne Bedeutung, namentlich an der Schwelle des Jahrhunderts, welches so mannigfache Wechsel des Territorialbestandes der Staaten herbeizuführen bestimmt war. In dem südlichen Europa Spanien ein besonderes Reich sowie Neapel; Frankreich seiner Übermacht beraubt, der Kirchenstaat vernichtet, Savoyen durch Mailand verstärkt, Österreich in seiner internationalen Stellung zwischen Italien und Ungarn fest begründet, aber nicht übermächtig, im Norden und Osten ein gewisses Gleichgewicht der Mächte, nicht Vernichtung, aber Beschränkung von Polen, noch kein Vorherrschen von Rußland, das man durch eine binnenländische Provinz zu befriedigen dachte;

Sachsen und Böhmen vereinigt, Dänemark in seinen alten Grenzen, Schweden ohne erheblich neuen Zuwachs. Das Königreich Preußen durch Schlesien und Polnisch-Preußen verstärkt, würde in der Mitte dieser Staaten den anderen gegenüber eine an Macht ebenbürtige Stellung eingenommen haben: in der Vernichtung des Papsttums als weltliche Macht hätte das Übergewicht des protestantischen Prinzips seinen Ausdruck gefunden.

Und sollte nun Friedrich I. nicht von den großen Aussichten eines Planes, wie dieser war, fortgerissen alle seine Kräfte zur Verwirklichung desselben anstrengen? Er war weit entfernt davon. Eine politische Imagination, wie diese, konnte keinen Einfluß auf ihn ausüben. Wie wir oben berührten, das Glück seines Staates sah er in der Ruhe desselben mitten in den allenthalben tobenden verderblichen Stürmen. Wenn er die Hand dazu geboten hatte, daß seine Truppen an den Kämpfen des westlichen Europa teilnahmen, so war es einer der obersten Grundsätze seiner Politik, sich dagegen an den östlichen nicht zu beteiligen. Einmal ist ihm dies sehr nahegelegt worden (im Jahre 1706).

Um für seinen Schützling Stanislaus Leszczynski an Preußen einen festen Stützpunkt zu gewinnen, machte Karl XII. dem König Vorschläge, die ihm unmittelbar zu erreichende und dabei sehr erhebliche Vorteile in Aussicht stellten. Eine definitive Lösung der Reste der Oberherrlichkeit und des Lehnsnexus mit Polen, Abtretung von Ermland und Elbing, vor allem eines ansehnlichen Landstrichs, durch welchen die Kontinuität des brandenburg-preußischen Gebietes hergestellt werden sollte.

Bei dem preußischen Hofe verfehlten diese Vorschläge nicht, Eindruck zu machen; sie riefen die ernstlichsten Erwägungen hervor. Die Minister, die zu Rate gezogen wurden, erkannten die große Bedeutung des Anerbietens; sie meinten, man werde sich eine Verantwortung zuziehen, wenn man es von der Hand weise. Eine Mission wurde nach Warschau, wo sich augenblicklich Karl XII. aufhielt, abgeordnet, um sich mit ihm selbst darüber zu besprechen. Gerade über die Hauptsache, die Kontinuität des Gebietes, hat er sich dabei nicht mit voller Bestimmtheit ausgesprochen, weil ihre Gewährung nicht allein von ihm abhänge; aber ohne Zweifel hätte man doch darauf rechnen können, wenn man sich zur Behauptung Stanislaus Leszczynskis auf dem polnischen Thron verstanden hätte. Dagegen aber erhoben sich die gewichtigsten Einwendungen. Man erinnerte daran, wie zweifelhaft die Wahl des neuen Königs von Polen gewesen sei; wie sehr sie den polnischen Gesetzen und Gebräuchen zuwiderlaufe. Über-

dies aber, wenn Friedrich sich der schwedischen Forderung gemäß verpflichte, Leszczynski gegen dessen Feinde aufrechtzuhalten: so würde ihn das in einen unabsehbaren Krieg verwickeln. Denn über Zepter und Krone sei keine Vermittlung zu treffen; August und Stanislaus, beide noch jung, würden darüber unaufhörlich schlagen. Und da der König von Schweden entschlossen sei, die Russen von der Ostsee entfernt zu halten, im Gegensatz gegen den eifrigsten Wunsch des Zaren, so würde sich dieser an König August halten; Preußen würde mit ihm zu kämpfen haben. So führte namentlich Ilgen in bündiger Schlußfolge aus. Der Rat der namhaftesten Minister ging dahin, die angebotenen Vorteile abzulehnen und an der bisherigen Neutralität festzuhalten, wie das denn auch erfolgte. Von dem König von Schweden hatte Brandenburg-Preußen doch zunächst nichts zu fürchten. Er stand durch die Gemeinschaft des protestantischen Bekenntnisses in einer natürlichen Allianz mit ihm. Was wäre wohl erfolgt, wenn Karl XII. seine Waffen mit den französischen vereinigt hätte! Aber davon hielt ihn sein energischer Protestantismus zurück; er folgte nur seinen eigenen Gedanken, die, nachdem er des Königs August in Sachsen Meister geworden, sich gegen Rußland wendeten.

Behauptete nun dergestalt Friedrich I. seine Neutralität in den östlichen Verwicklungen: so konnte er um so tätiger in die westlichen eingreifen.

So erheischten es die Verpflichtungen des Krontraktats und die wieder hervortretende Gefahr einer französischen Weltherrschaft. Brandenburg hatte hiebei auch ein besonderes Interesse. Wilhelm III. starb, nachdem er die große Allianz gegen Frankreich erneuert hatte, ohne über seine Verlassenschaft zugunsten des neuen Königs, wie dieser erwartete, verfügt zu haben. Dem war nun nicht wenig daran gelegen, zu einem seinem Recht entsprechenden Anteil zu gelangen und zugleich den alten Anforderungen, die er an Spanien hatte, Berücksichtigung zu verschaffen; doch war das nur die Nebensache. Das Hauptgewicht lag in der Entscheidung des Kampfes, der damals zugleich ein europäischer und ein deutscher war. In der Schlacht bei Höchstädt, durch welche den Eingriffen Ludwigs XIV. in Deutschland am entschiedensten Einhalt geschehen und gleichsam ein Ziel gesetzt worden ist, haben die Brandenburger zu dem Erfolge der koalisierten Mächte, deren Streitkräfte hier zusammenstanden, wesentlich beigetragen. Prinz Eugen, unter dessen Befehl sie standen, weiß die unerschrockene Standhaftigkeit, mit der sie die Gewalt des Feindes

zuerst aushielten und dann durch ihr starkes Feuer brechen halfen, nicht genug zu rühmen.

So tief wirkend diese Niederlage auch war, lag doch darin noch nicht die Entscheidung des gesamten Krieges.

Als die Verbündeten im folgenden Jahre unternahmen, gegen Frankreich unmittelbar anzugehen, wurden sie zurückgeschlagen, und König Ludwig aufs neue von der Hoffnung erfüllt, die große Erbschaft für seinen Enkel zu behaupten. Der Kampf um dieselbe mußte sich in immer weiterer Ausdehnung fortsetzen.

Es wurde die Aufgabe der großen Allianz, die Franzosen aus den eingenommenen Provinzen der spanischen Monarchie zu verdrängen. Auch daran nahm Brandenburg-Preußen mit seinen besten Kräften teil. Brandenburgische Hilfsvölker fochten mit in der Schlacht von Ramillies, durch welche die belgischen Niederlande den Franzosen entrissen und an das Haus Österreich zurückgebracht wurden. Von noch größerer Wichtigkeit war ihre Teilnahme an den italienischen Feldzügen. In der Schlacht bei Turin hat der Fürst von Anhalt an ihrer Spitze die französischen Verschanzungen überstiegen; die Brandenburger riefen einander ein älteres Vorwärts zu, das Wort: „Gah to!“ (Geh zu!) Man sah sie bei dem Unternehmen von Toulon in dem südlichen Frankreich erscheinen; auf dem Gebiet des Papstes ward der protestantische Feldgottesdienst zuerst in ihrer Mitte gehalten, die Einwohner kamen herbei, ihn zu sehen, und ließen eine gewisse Genugtuung darüber bemerken. Dem militärisch-protestantischen Charakter des preußischen Staats[1] ist es zuzuschreiben, wenn die Ansprüche Friedrichs I. auf Neufchatel zur Geltung kamen. Man wollte sich dort von dem politischen so gut wie religiösen Einfluß Frankreichs befreien. Die Anstrengungen der Franzosen hingegen waren vergeblich, solange die Koalition zusammenhielt. In der Schlacht von Malplaquet behielten die Verbündeten, unter denen auch der Kronprinz von Preußen focht, die Oberhand. Aber die Verluste, die sie dabei erfuhren, hinderten ihr weiteres Vordringen. Die Franzosen wußten die Grenzen ihres Reiches zu verteidigen; aber die von ihnen eingenommene europäische Position konnten sie nicht behaupten.

Wenn es der Zweck des Erbfolgekrieges sowie des Krieges von 1688 gewesen war, dem Übergewicht Frankreichs ein Ende zu machen, so war dies für jene Zeit erreicht; der stolze König, der Europa direkt oder indirekt zu beherrschen gemeint hatte, war

[1] Vgl. Seite 451.

genötigt, zu einer Faktion, die soeben in England emporkam, seine Zuflucht zu nehmen. Ein Umschlag, der nun wieder eine andere Wendung der Geschicke des westlichen Europa in sich schloß als die, welche man soeben erwartet hatte.

In demselben Augenblick geschah das gleich auch im Norden. Das siegreiche Heer Karls XII., immer tiefer in das südliche Rußland gezogen, wurde bei Pultawa so gut wie vernichtet; der König von Schweden verdammte sich gleichsam selbst zu einem freiwilligen Exil in der Türkei. Notwendig erwachten hiemit die Antipathien der Nachbarn, die den Augenblick für gekommen hielten, um nicht allein das Verlorene wieder zu erwerben, sondern die schwedische Macht selbst zu stürzen. Noch vor der Katastrophe von Pultawa wurde zwischen Friedrich IV. von Dänemark und August II. von Polen-Sachsen ein Bündnis zur Wiedereroberung Schonens für den einen, zur Rekuperation der polnischen Krone in ihrem vollen Umfange für den anderen geschlossen. Die beiden Könige machten dann dem Könige von Preußen einen Besuch, um ihn zur Teilnahme an dem Unternehmen gegen Schweden zu vermögen. Und wie wir wissen, Friedrich war an sich nicht ohne Sympathien für ein solches Unternehmen; man hat immer gemeint, er sei sehr geneigt gewesen, darauf einzugehen. Dem Minister Ilgen, der vorzüglich die Vereinigung mit Schweden gegen die nordischen Verbündeten hinderte, hat man es zugeschrieben, daß er auch die Vereinigung mit den nordischen Verbündeten gegen Schweden hintertrieben habe.

Wie es sich auch mit den augenblicklichen Äußerungen des Königs verhalten mag: unleugbar ist, daß er durch eine rasche Teilnahme an dem Kriegsvorhaben der Nachbarn mit sich selbst und seinen alten Ideen in Widerspruch geraten sein würde. In einer im Jahre 1707 für den Nachfolger aufgesetzten Instruktion ermahnt er ihn vor allem zur Vorsicht in den Verwicklungen des Nordischen Krieges, die leicht zum Verderben Brandenburgs ausschlagen könnten. Er macht ihm exakte Neutralität zur Pflicht, wie er selbst eine solche beobachtet habe. Mit Sachsen und Dänemark auf Schweden loszugehen, hätte der ursprünglichen Intention, alle disponiblen Streitkräfte in dem Kriege gegen Frankreich zu verwenden, ohne sich in die nordischen zu mischen, widersprochen. Dagegen lag es nahe, die Neutralität nicht nur auch fortan zu beobachten, sondern ihr durch den Anschluß an die verbündeten Mächte größere Gewähr zu verschaffen. Diese, die den Krieg gegen Frankreich noch mit Anstrengung fortsetzten,

um den König Ludwig zur Annahme der Präliminarien zu zwingen, durch welche der Zustand von Europa, wie er vor alters gewesen, wiederhergestellt und er selbst verpflichtet werden sollte, zur Verjagung seines Enkels aus Spanien beizutragen, durften nicht zugeben, daß einer ihrer besten Verbündeten durch eine Kriegsgefahr im Norden genötigt würde, seine Truppen zurückzuziehen. So weit erstreckte sich ihre Macht nicht, in den Nordischen Krieg unmittelbar einzugreifen; daran aber konnten sie denken, die fremden Waffen von Deutschland abzuhalten. Der Gedanke wurde gefaßt, die schwedisch-deutschen Provinzen in die von Brandenburg angenommene Neutralität hereinzuziehen, wodurch es erst möglich wurde, dieselbe zu behaupten. So ward die Sache von jenen Triumvirn angesehen, welche die drei wirksamsten Staaten repräsentierten und damals die allgemeinen Geschäfte in ihrer Hand hatten: Marlborough, Prinz Eugen und Heinsius.

Im Frühjahr 1710 wurde im Haag eine Konvention geschlossen, nach welcher die schwedischen Besitzungen in Deutschland neutral sein, keine Feindseligkeiten weder von ihnen her ausgeübt, noch auch gegen sie zugelassen werden sollten. Das Deutsche Reich genehmigte diese Festsetzung; ein ansehnliches Heer sollte aufgestellt werden, um sie zu handhaben.

Man hoffte, daß Karl XII., den sein Schicksal in weite Ferne gezogen, mit einer Übereinkunft zufrieden sein werde, welche seine deutschen Provinzen vor der offenbaren Übermacht seiner Feinde sicherstellte.

Von einem anderen würde man das haben erwarten dürfen: von Karl XII. nicht. In der Zufluchtsstätte, die er gefunden, erging er sich in den kühnsten Kombinationen erneuerter Einwirkung auf die allgemeine Politik; er wollte nicht aufgeben, sich der Truppen, die in seinen deutschen Provinzen standen, zu dem Angriffe auf Polen und Rußland, den er in der Türkei einzuleiten gedachte, zu bedienen. Er erklärte, er könne sich durch Verträge, die gegen seinen Willen geschlossen wären, mitnichten gebunden achten; er behalte sich die Freiheit vor, die ihm von Gott verliehenen Mittel gegen seine Feinde, wo und wie er es für gut halte, zu brauchen, ohne Beschränkung.

Darin lag überhaupt das Verderbliche der Verbindung deutscher Provinzen mit auswärtigen Machtgebieten, daß sie in deren Politik, die einen ganz anderen Mittelpunkt hatte, verflochten wurden wie damals Livland in die innere, Pommern in die auswärtige Politik der Könige von Schweden.

Aus der Renitenz Karls XII. folgte aber, daß die Feinde von Schweden auf die von dem Reiche anerkannte Neutralität keine Rücksicht nahmen.

Ungehindert ergossen sich im Jahre 1711 russische, polnische und dänische Truppen über Pommern. Der schwedische General, der sich noch geschmeichelt, von da aus in Polen eindringen zu können, mußte sich vor ihnen zurückziehen, und der Krieg ergriff das ganze nordöstliche Deutschland.

Wie schonungslos er geführt wurde, sah man in Altona, wo die Schweden das ihnen von ihren Vätern im vorigen Jahrhundert gegebene Beispiel noch überboten.

Die neutrale Haltung von Brandenburg flößte ihnen keine Rücksicht ein und wurde kaum noch anerkannt. Der schwedische General hat sich einmal drohend vernehmen lassen: er denke den Sitz des Krieges ins Brandenburgische zu verlegen. Der Berliner Hof hat ihm geantwortet, er hoffe ihm das mit Gottes Hilfe zu verwehren; man darf bezweifeln, ob er bei der Zerstreuung seiner Kräfte wirklich fähig dazu gewesen wäre. Wenigstens hätte eine kräftige Unterstützung des Reiches und der Verbündeten dazu gehört. Wie die Sachen standen, konnte man den Russen und Polen, so sehr man es ernstlich gewünscht zu haben scheint, den Durchzug durch einige Kreise nicht abschlagen, noch auch nur mit Nachdruck verhindern, daß sie nicht hier und da in dem Brandenburgischen Quartier genommen hätten.

In dieser wiewohl nicht gerade gefahrvollen, aber doch immer unsicheren Lage erwartete König Friedrich, seiner alten Politik getreu, sein Heil von den westlichen Alliierten unter Feststellung ihres Übergewichts. Er hatte nicht allein nichts dagegen, sondern war lebhaft dafür, daß nach dem frühen Absterben Kaiser Josephs dessen Bruder König Karl von Spanien zu seinem Nachfolger erkoren wurde. Bei der Verhandlung hierüber ist der schlesischen Ansprüche einmal gedacht worden, jedoch ohne darauf zu bestehen. Denn das Allernächste und Dringendste war die Teilnahme des Kaisers an der Aufrechterhaltung oder vielmehr der Wiederherstellung der Neutralität der Reichsgebiete im Norden. Noch immer schmeichelte sich Friedrich I. mit der Erwartung, daß Frankreich in seine alten Grenzen eingeschränkt und selbst zur Zurückgabe der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun genötigt werden würde. Daran knüpfte nun aber auch sein eigener Ehrgeiz an, der sich nicht durchaus auf die Neutralität beschränkte. Da Schweden sich den Anordnungen des Reiches und Wünschen der großen Mächte offenbar widersetze, so meinte er,

die Zeit werde bald kommen, in der es ganz vom deutschen Boden vertrieben werden könne. Dahin würde die Konsequenz der gefaßten Beschlüsse geführt haben.

Und wohl konnte eine solche Eventualität in Aussicht genommen werden, solange die große Allianz, die noch immer siegreich im Felde stand, zusammenhielt. Allein große Allianzen verschiedener Mächte werden meistens dadurch unzugänglich, daß die eine zugleich von den inneren Bewegungen der anderen abhängig wird. Damals kam es in England zu einer Entzweiung zwischen dem im Heer und Staat vorwaltenden Herzog von Marlborough und der Königin Anna, die sich wieder auf die Tories lehnte. Eine Zeitlang waltete noch das whigistische Interesse vor. Der Kaiser, die Republik Holland, der König von Preußen, der Kurfürst von Hannover, der durch seine Aussichten auf den englischen Thron an die Whigs gebunden war, hielten an demselben fest. Aber schon zeigte sich, daß sie mit ihren Absichten gegen Frankreich nicht durchdringen würden. Nicht allein die Tories, an denen jetzt Ludwig XIV. einen Rückhalt fand, sondern die Nation wünschte den Frieden. Auch der König von Preußen entschloß sich dann, dem beizutreten, obwohl dabei nur untergeordnete, wenngleich nicht unwichtige Geschäfte erledigt werden konnten; so schwer es ihm auch werden mochte, so sehr es der Politik, die er sein ganzes Leben befolgt hatte, widersprach, schloß er sich zuletzt an die Königin von England an. Wenn auch unter Umständen, wie sie nunmehr wurden, der Friede zustande kam, ließ sich an die Wiederherstellung der Integrität des Deutschen Reiches nicht denken, weder nach Westen hin, noch auch wohin jetzt die Wünsche des Königs gingen, in Vereinigung mit Kaiser und Reich im Osten. In dieser Lage der öffentlichen Angelegenheiten ist Friedrich I. gestorben.

Wir haben zwei Anweisungen von ihm für seinen Nachfolger übrig, welche, an die väterliche Vermahnung des Großen Kurfürsten anschließend, doch auch eigentümliche Gesichtspunkte darbieten, die ihm selbst in dieser Regierung entstanden waren. In der ersten, die aus dem Jahre 1698 stammt — sie ist eigenhändig, aber nicht vollendet —, warnt er davor, leitenden Männern zuviel Gewalt einzuräumen, wie ihm selbst mit Danckelmann begegnet sei. Es wirft ein gewisses Licht auf sein Verhältnis zu den mächtigen Persönlichkeiten, in deren Mitte er die Zügel der Regierung ergriff, wenn er sagt: auch von General Schöning habe er viel zu dulden gehabt, aber es sich eine Zeitlang gefallen lassen müssen weil der General, der seine Garde kommandierte, in der

Armee zu viel Ansehen besessen habe. Er mußte, wie er sich ausdrückt, dissimulieren, bis das gewaltsame Gebaren Schönings in dem eigenen Vorzimmer des Fürsten den Anlaß gab, jedoch nicht ohne einen Spruch der Geheimen Räte, sich desselben zu entledigen und dem unbedingten Gehorsam, ohne den kein Heerwesen zu denken ist, Raum zu verschaffen. Bei der vielfach und auch hier ausgesprochenen Friedensliebe Friedrichs fällt es auf, daß wir ihn fast immer in große Kriege verwickelt finden; er erklärt das mit seiner Fürsorge für die evangelische Religion, welche immer noch in Gefahr gewesen sei, von den Katholischen ausgerottet zu werden. Auch hier nimmt er die Ehre in Anspruch, zu der englischen Revolution, welche dieser Gefahr ein Ende machte, selbst zu der Eroberung von Irland entscheidend mitgewirkt zu haben. Es ist charakteristisch für ihn, wie er die entgegengesetzten Notwendigkeiten zu vereinigen sucht. Der Nachfolger soll sich schon aus Rücksicht auf die Religion mit der Republik Holland gut stellen und ihre Unterdrückung verhindern; aber er soll sie auch in ihren Anmaßungen nicht unerträglich werden lassen. Indem er die engste Verbindung mit dem Kaiser anrät, gibt er doch zu verstehen, daß man auch die andere Partei nicht vernachlässigen dürfe. Der Nachfolger soll die Armee in möglichster Stärke aufrechterhalten, doch darin ja nicht weiter gehen, als das Land ertragen könne: die Stände nicht übermächtig werden lassen, aber sie doch mit Gelindigkeit behandeln, der Geistlichkeit alle Ehre erweisen, aber ihr nicht zu viel Macht einräumen, den Frieden aufrechthalten und dennoch die großen Interessen mit Kraft wahrnehmen. Friedrich gibt einmal in einem Satze den an sich nicht homogenen, aber in ihm verbundenen Hinneigungen zu einem stattlichen Soldatenwesen und schönen Werken der Baukunst Ausdruck.

In dem zweiten Schriftstück, welches in aller Form unter dem königlichen Insiegel ausgefertigt worden ist, wird der friedliche Ton fast noch stärker angeschlagen. Friedrich I. geht von der Betrachtung aus, daß sein Königreich, sein Kurfürstentum und seine übrigen Lande, „so weit begriffen“ und von vielen eifersüchtigen, in anderweiten Verbindungen stehenden Nachbarn umgeben seien. Wohl dürfe der künftige König von seinen begründeten Rechten nichts aufgeben; wenn er aber einen Krieg unternehme, ohne seine Partei mit aller Umsicht und Sicherheit genommen zu haben, so werde er sich in die größte Gefahr stürzen: es sei leicht, den Degen zu ziehen, aber schwer, ihn mit Ehren wieder einzustecken. Auf das dringendste empfiehlt er die Aufrechterhaltung

der Armatur, die unter ihm höher gebracht sei als unter einem früheren Fürsten; denn ein anderes Mittel gebe es bei der gegenwärtigen Beschaffenheit der Welt nun einmal nicht, um sich Ansehen zu verschaffen. Doch flicht er die Erinnerung ein, daß die Waffen vor allem dazu dienen sollen, den Frieden zu erhalten. Sehr hoch schlägt er die Sorgfalt an, die er dem inneren Emporkommen seines Landes gewidmet, und den Erfolg, den er damit erzielt habe: so möge auch der Nachfolger fortfahren, in einer glücklichen, ruhigen und friedsamen Regierung müsse er sein vornehmstes Vergnügen finden. In dem Besitz aller der Lande, die er ererbe, werde er auch ohne Krieg eine angesehene Stellung in Europa einnehmen. Ein wehrhaftes, aber dem Genuß und den Tätigkeiten des Friedens zugewandtes Regiment, durch Kultur gehoben, war das Ideal des ersten Königs. Und immer schwebte ihm die Größe seiner Dynastie vor Augen. Bei aller körperlichen Schwäche besaß er viel geistige Energie. Er war nicht stark von Charakter, aber voll von genialen Absichten. Er verband Beweglichkeit und Ruhe, Gemächlichkeit und Ehrgeiz, Vorsicht und Entschluß; sein leicht erregtes Gefühl für die Ausübung ungeschmälerter Fürstenmacht vereinigte sich mit landesväterlicher Fürsorge; von dem ersten haben einzelne gelitten, das letzte kam jedermann zugute und verschaffte ihm allgemeine Verehrung und Liebe. Seine natürliche Vorliebe für äußeren Pomp durchdrang sich mit dem Gefühl seiner aufkommenden Macht und Würde. Wenn er dann und wann ein nicht geringes Bewußtsein von dem Werte seiner Leistungen verrät, so muß man ihm, denke ich, zugestehen, daß er an seiner Stelle zu dem Wachstum des Staates nachhaltig beigetragen hat. Die Behauptung der Primogenitur, die Erwerbung der Krone, die Sicherung eines bedeutenden Teiles der oranischen Erbschaft und die Anbahnung weiterer großer Vorteile, die erst nach seinem Tode erreicht wurden, geben ihm ein Anrecht auf das dankbare Andenken der Nachkommen. Wahr ist es jedoch, daß er die Förderung der eigenen Sache allezeit hauptsächlich von der allgemeinen Kombination der europäischen Angelegenheiten erwartete, in denen er Partei ergriff und zu deren Entscheidung er seine Kräfte soviel wie möglich anstrengte. Man sollte ihn nicht darüber tadeln. Denn bei dem Übergewicht von Frankreich, wie es in dem Jahre 1688 bestand, wäre keine freie Entwicklung weder Deutschlands überhaupt, noch Brandenburgs möglich geworden. Die beiden Kriege, an denen Friedrich teilnahm, haben, wie berührt, dem Deutschen

Reiche und demgemäß auch seinem Staate ihre Unabhängigkeit gesichert.

Daß nun aber dieser politische Standpunkt, der doch keine volle Selbständigkeit in sich trug, nicht auf immer festgehalten, daß zunächst die Staatsverwaltung auf die von Friedrich eingeleitete Weise nicht weiter geführt werden konnte, springt doch auch in die Augen. Besonders für die letztere gebrach es ihm an einer allezeit eingreifenden und alles regelnden und dominierenden Tätigkeit. Er verstand es nicht, die Faktionen zu beherrschen, die sich um ihn her bildeten, noch auch die einzelnen Zweige des Staatswesens in Ordnung zu halten. Als er starb, waren die Finanzen erschöpft, die Verwaltung in Verwirrung, die Armee selbst weder gut imstande noch beisammen, die Grenzen nicht unverletzt. So wird der Zustand von dem Nachfolger geschildert, der nun, indem er das allgemeine Ziel der Selbständigkeit und der Macht, das auch sein Vater verfolgt hatte, unverrückt im Auge behielt, den Anlauf nahm, es auf anderen Wegen, oft den entgegengesetzten, zu erreichen.

II. Eintritt Friedrich Wilhelms. Eroberung von Pommern.

Den Übergang der Regierungsgewalt auf Friedrich Wilhelm I. bekam zuerst die nächste Umgebung des Vorgängers zu empfinden. Die Hofhaltung, in der sich die Sinnesweise des Vaters vorzugsweise repräsentierte, war längst der Gegenstand der Antipathie des Sohnes; er warf sie mit einem Schlage über den Haufen.

Kammerjunker, Hofjunker und viele andere Angehörige des Hofes wurden unverzüglich in Masse entlassen; die, welche man beibehielt, ansehnlichen Gehaltsabzügen unterworfen. In Briefen aus jener Zeit finden wir doch, daß die letzteren sich nicht so bitter beklagten, als zu erwarten gewesen wäre, da nun auch sie ihrerseits sich sehr beschwerlicher Ausgaben überhoben sahen. Manche aber wurden auf das härteste betroffen, unter ihnen der geniale Schlüter, von dem das Denkmal des Großen Kurfürsten herrührt, der aber jetzt nach Rußland auswanderte. In anderer Rücksicht bemerkenswert ist der Zeremonienmeister Besser, der sein Leben der Wissenschaft von den Äußerlichkeiten einer Hofhaltung gewidmet hatte, und dessen Name der erste gewesen sein soll, der auf der Liste der Gehalte gestrichen wurde. Davon insgeheim benachrichtigt, wendete er sich in einer Eingabe, worin er ein gewisses Selbstgefühl blicken ließ, an den neuen König:

der warf sie ins Feuer; er hatte keinen Platz mehr für einen Zeremonienmeister. Besser mußte Wagen und Pferde abschaffen und auf kleinerem Fuße leben, bis er endlich so glücklich war, eine Stelle seiner Wissenschaft gemäß in Sachsen zu bekommen.

Durch Natur und Reflexion einseitig und durch die ungenügenden Zustände veranlaßt, faßte Friedrich Wilhelm den Gedanken, eine ganz andere Regierungsweise einzurichten als die seines Vaters und ihre Durchführung in seine eigene Hand zu nehmen.

„Saget dem Fürsten von Anhalt", heißt es in dem ersten Briefe von ihm nach seiner Thronbesteigung, der uns zu Gesichte gekommen ist, „daß ich der Finanzminister und der Feldmarschall des Königs von Preußen bin; das wird den König von Preußen aufrechterhalten."

Worte, welche die Vereinigung der Herrschaft und Arbeit, in der er fortan leben wollte, bezeichnen.

Die militärisch-administrativen Reformen, an die Friedrich Wilhelm unverzüglich Hand anlegte, haben dem Staat einen neuen Charakter gegeben; wir werden ihrer im Zusammenhange an einer anderen Stelle gedenken. Vor allem anderen liegt uns ob, den Fortgang der auswärtigen Politik zu begleiten, die er von dem Vater überkommen hatte, und zunächst nur eben fortsetzte.

Friedrich Wilhelm hatte das Glück, seine Regierung mit einer sehr ansehnlichen Erwerbung zu eröffnen.

In dem Widerstreit der beiden Prätensionen auf die spanische Monarchie, der österreichischen und der französischen, konnte ein Anrecht geltend gemacht werden, das auf einer Schuldforderung an die alte nun ausgegangene Dynastie beruhte. Ludwig XIV. im Namen Philipps V. und der Kaiser willigten ein, das Quartier Obergeldern an Preußen abzutreten, worauf schon Danckelmann sein Augenmerk gerichtet hatte und welches durch die Verstärkung, die es den klevisch-westfälischen Besitzungen gab, höchst willkommen war. Dieser Erfolg gehörte zum größten Teil noch Friedrich dem Ersten an. Die Unterhandlung ward hauptsächlich von Ilgen geführt, einem der wenigen Männer, welche in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten von Preußen, die sonst fast immer von den Fürsten unmittelbar ausgegangen ist, einen selbständigen Ruf erworben haben. Dieser feine und arbeitsame Geist war durch die lange Geschäftsführung zu einer vollkommenen Kenntnis aller Beziehungen und Interessen des Staates und der Dynastie gelangt, in denen er zu Hause war wie in seinem Eigentum und die er nun mit einer Einsicht, Tätigkeit und Geduld verfolgte, die oft auch das Schwierigste zustande brachte.

Auf ihn und die auswärtigen Angelegenheiten überhaupt bezogen sich die Veränderungen nicht, welche Friedrich Wilhelm bei seinem Regierungsantritt vornahm. Ilgen gehörte, wie Anhalt und Grumbkow, zu den Männern, die sich noch vor demselben an Friedrich Wilhelm angeschlossen hatten: diese zum Teil, weil sie auch selbst zurückgesetzt waren, Ilgen aus eigenem Antrieb und Voraussicht. Er hatte das Vergnügen, für den König — denn erst jetzt wurden dem Wiener Hofe die entscheidenden Erklärungen abgewonnen — am fünfzigsten Tage seiner Regierung den Utrechter Frieden zu schließen, der für die Territorialangelegenheiten so vorteilhaft war, als sich erwarten ließ, und die königliche Würde nun auch im westlichen Europa zu allgemeiner Anerkennung brachte.

Indem stellte sich nun aber eine andere Frage, wenn nicht von größerer Schwierigkeit, doch von noch umfassenderer Bedeutung für das eigentümliche Bestehen des brandenburgisch-preußischen Staates in den Verwicklungen des Nordens dar, deren Ergebnis für die Geschichte seines Werdens gleichsam einen Abschluß darbietet.

Wenn Friedrich I. von Anfang seiner Regierung an bis zu Ende den Gedanken seines Vaters, die Schweden aus Deutschland zu vertreiben, niemals aus den Augen verlor, so erwartete er das doch nur von dem Umschlag der allgemeinen Verhältnisse. Während seiner Regierung nahmen aber dieselben nie eine solche Gestalt an, daß davon ernstlich die Rede hätte sein können. Durch die Wendungen, welche die Angelegenheiten im Norden genommen, wurde es aber fast noch dringender für Brandenburg als vorher, sich Pommerns zu bemeistern.

Bisher hatte man vor allem das Widerwärtige gefühlt, das darin lag, eine kriegsbedürftige und kriegsuchende Macht wie Schweden neben sich zu sehen; nicht minder bedenklich war es aber, wenn die Schweden, wie es nunmehr den Anschein gewann, die von ihnen eingenommenen Länder nicht mehr zu schützen vermochten. In die schwedische Nachbarschaft hatte sich Brandenburg gefunden; wie konnte es aber vollends zugeben, daß sich Polen-Sachsen, wie bei einem vorläufigen Vertrag schon wirklich einmal bestimmt worden ist, oder gar das mächtige Rußland im Gegensatz gegen Schweden in Besitz der Ausflüsse der Oder und dieser wohlgelegenen Küste setzte? Worauf die Markgrafschaft ein Recht erworben, was die Kurfürsten so ernstlich in Anspruch genommen, das durfte das Königtum nicht nochmals aufs neue ganz in fremde Hände geraten lassen.

Beim Deutschen Reiche aber, wie sehr dies auch durch die

Natur der Sache und durch die gegebene Zusage verpflichtet gewesen wäre, fand Friedrich Wilhelm keine Hilfe; sich selbst in den Krieg zu werfen, einer oder der anderen Partei beizutreten, wozu sich doch kein entscheidender Rechtsgrund erkennen ließ, hatte unendliches Bedenken.

Da haben sich die Dinge nun, nicht ganz einfach, folgendergestalt entwickelt.

Der präsumtive Erbe der Krone Schweden, Herzog Karl Friedrich von Holstein-Gottorp, von einem der nordischen Verbündeten, dem Könige von Dänemark, in seinen holsteinischen Landen angegriffen und mit dem Verlust derselben auf immer bedroht, suchte die Hilfe von Preußen nach, als welchem nächst dem Kaiser an der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung im Reiche am meisten gelegen sein müsse; überdies aber sei es auch für keine andere Macht so wichtig, daß im Norden ein System des Gleichgewichts eingerichtet werde. Die Minister Bassewitz und Görz, ein paar durch Verwegenheit ihrer Entwürfe und die Gewandtheit, mit welcher sie dieselben verfolgten, namhaft gewordene Männer, versäumten nichts, um die Sympathie Friedrich Wilhelms für die Behauptung ihres Fürsten sowohl bei dem angestammten Lande als bei seiner Aussicht auf Schweden zu erwecken.

Friedrich Wilhelm I. zeigte sich nicht abgeneigt, auf die Vorschläge, die ihm gemacht wurden, einzugehen; aber er sagte, er habe einen Dorn in seinem Fuße, der noch vom Westfälischen Frieden herrühre, und den man ihm ausziehen müsse. — Und wie hätte sich in ihm unter diesen Umständen nicht die Hoffnung regen sollen, die alten Rechte auf Pommern wiederherzustellen?

Die beiden Minister erkannten, daß, wenn der Herzog, den sie als den künftigen König von Schweden dachten, von Brandenburg unterstützt sein wollte, auch diesem wesentliche Zugeständnisse gemacht werden mußten. Sie trugen kein Bedenken, dem König für den Fall, daß ihr Fürst zur schwedischen Krone gelange, den Besitz von Stettin anzubieten. Für die damaligen Irrungen kamen sie mit dem Antrag hervor, die pommerschen Festungen gemeinschaftlich mit holsteinischen und preußischen Truppen zu besetzen. Sie bemerkten dabei ausdrücklich, daß es schon ein Anfang der Besitznahme sei, wenn der König Truppen nach Stettin legen könne, und machten sich anheischig, die Krone Schweden zur Einwilligung zu vermögen.

Auf diesen Grund ward nun am 22. Juni 1713 ein Traktat zwischen Preußen und Holstein abgeschlossen, nach welchem

Kronprinz Friedrich Wilhelm im Krönungszug Friedrichs I.
Nach dem Kupferstich von Joh. Georg Wolffgang.

Sophie Charlotte, Gemahlin des Königs Friedrich I. von Preußen.
Nach dem Kupferstich von Johann Hainzelmann.

Stettin und Wismar von Mannschaften beider Teile besetzt, Vorpommern überhaupt vor feindlichen Anfällen geschützt und die Herstellung des Herzogs in seine verlorenen Lande durch alle dienlichen Mittel bewirkt werden solle.

Ein Vertrag, bei dem man auf einige Beistimmung der Krone Schweden rechnen zu dürfen glaubte, da sich diese in einer allgemeinen Bedrängnis befand: ein Verbündeter wie der König von Preußen, der freilich eine Kriegführung wie die bisherige nicht gestatten konnte, hätte ihr doch übrigens sehr nützlich werden können. Und wäre endlich Stettin aufgegeben, Holstein mit der schwedischen Krone verbunden worden, so hätte diese an Umfang des Gebietes nichts verloren.

Auf der anderen Seite sahen auch die nordischen Verbündeten, welchen Vorteil ihnen der Beitritt der in ihrer Regeneration begriffenen preußischen Macht gewähren konnte, auch um den Preis einiger Abtretungen in Pommern; auch sie näherten sich dem preußischen Hofe. Peter I., der bei einem Besuche desselben, wie er sich in seiner Weise ausdrückt, „Schwedengeruch witterte", legte auch seinerseits viel Geneigtheit an den Tag, Stadt und Gebiet von Stettin in den Besitz von Preußen kommen zu lassen.

So wurde jenes Vorpommern das dem Großen Kurfürsten einst wie durch eine Übereinkunft von Europa abgestritten worden, dem Enkel desselben von den entgegengesetzten Seiten dargeboten. Es schien eine sehr angemessene Auskunft, die Stadt zunächst von neutralen Truppen besetzen und später in den Besitz von Preußen übergehen zu lassen; wenigstens Pommern wäre dadurch von allen Unruhen befreit worden.

Nicht einem jeden aber leuchtete dies ein oder schien es annehmbar: der schwedische Gouverneur von Stettin, General Meierfeld, der es mit seiner Pflicht unverträglich fand, einen Traktat des präsumtiven Nachfolgers anzuerkennen oder gar ausführen zu helfen, zog es vor, eine förmliche Belagerung zu bestehen; er mußte durch die Waffengewalt der nordischen Verbündeten zur Kapitulation gezwungen werden.

Der König von Preußen war von denselben auf das dringendste aufgefordert worden, sie dabei zu unterstützen; und nichts wäre für ihn leichter gewesen, als im Bunde mit ihnen sich der ganzen Provinz zu bemächtigen. Aber sehr gewissenhaft und mit bedachtsamer Umsicht dem Beispiele seines Vaters folgend ging Friedrich Wilhelm hierin zu Werke. Seine Minister stellten ihm vor: wenngleich ein großer Fürst die Pflicht habe, das Beste seines Hauses und seines Landes soviel als möglich zu befördern, so dürfte das

doch nur insofern geschehen, als es mit dem Rechte übereinstimme, mit Schweden aber sei Preußen nicht im Krieg begriffen. Friedrich Wilhelm äußerte in einem lebhaft aufwallenden Gefühle politischer Moral, er wolle mit dieser Sache nichts zu schaffen haben.

Dagegen ging er, nachdem Meierfeld zu jener Kapitulation genötigt worden, auf andere Vorschläge ein, die mit seiner bisherigen neutralen Haltung besser zusammenstimmten.

Eben das war eine Bedingung der Kapitulation, daß die Stadt an holsteinische und preußische Truppen überliefert würde. Die nordischen Verbündeten erklärten sich bereit, dies zuzugeben, wofern man ihnen ihre Kriegskosten erstatte, die sie auf 400 000 Taler berechneten. Und diese Summe nun übernahm König Friedrich Wilhelm zu zahlen, nicht etwa auf ungewisse Aussicht der eigenen Erwerbung hin, sondern auf den Grund der bestimmten Zusicherung der Wiedererstattung des Geldes bei dereinstiger Rückgabe des Platzes. Der schwedische Generalgouverneur, Mauritz Vellingk, der von seinem König eine ausdrückliche Vollmacht hatte, in dringenden Fällen in seinem Namen Verträge einzugehen, besonders mit Preußen, schloß darüber mit ihm ab. Der König trug nicht das mindeste Bedenken: denn noch viel höher als das Geld, das man ihm schuldig werde, sei der Vorteil anzuschlagen, den er dem Lande durch die Befreiung von der Kriegsgewalt der nordischen Verbündeten verschaffe. Um aber die Sache zustande zu bringen, übernahm er auch noch eine politische Verpflichtung. Die Verbündeten versprachen, keine weitere Feindseligkeit gegen Pommern auszuüben, er dagegen machte sich anheischig, dafür zu sorgen, daß deren keine von Pommern aus gegen die Verbündeten ausgeübt würde. Unter diesen Bedingungen ward Stettin und dessen Bezirk, samt dem Lande bis an die Peene seiner Obhut in der Form einer Sequestration bis zum Frieden anvertraut.

Die Idee der Neutralität, wie sie von den verbündeten Mächten und von dem Deutschen Reiche angenommen war, wurde dergestalt festgehalten. Der König von Preußen nahm gleichsam auf sich, was dem Reiche unmöglich gewesen, Pommern von den Verwicklungen des nordischen Krieges freizuhalten; doch kann man nicht leugnen, daß das Abkommen auch wieder eine höchst außerordentliche Seite hat.

Der Landesfürst, dem Vorpommern gehörte, König Karl XII., war dabei nicht gefragt. Es ist wahr: er konnte nicht gefragt werden, da er sich selber ein entferntes, unzugängliches Exil

gewählt hatte. Da er aber seine Einwilligung nicht gegeben, so dürfte man allerdings fragen, ob der Vertrag als gültig betrachtet werden konnte.

Man muß wohl zweierlei unterscheiden.

Der präsumtive Erbe der Krone war zufrieden, um das Ganze zu retten, einen Teil aufzugeben und künftig einmal Stettin an den König von Preußen zu überlassen. Damit stimmten die nordischen Verbündeten überein; das preußische Interesse forderte es auf das dringendste, und es war die Aussicht, welche zu Friedrich Wilhelms Teilnahme an diesen Angelegenheiten mitgewirkt hatte. — Es liegt am Tage, daß Karl XII. durch kein Gesetz noch Herkommen der Welt verpflichtet war, eine Stipulation dieser Art zu billigen.

Anders verhielt es sich mit dem Sequestrationstraktat, wie er vorlag. Dieser war geschlossen worden auf den Grund einer von ihm erteilten Vollmacht; er gereichte seinem Lande zu unbeschreiblichem Vorteil; er schloß eine politische Notwendigkeit in sich ein, die schon durch Kaiser und Reich festgesetzt worden, die Beruhigung dieser deutschen Gebiete, welche er doch nicht so ganz als sein Eigentum betrachten konnte wie seine schwedischen Länder: daran war er ohne alle Zweifel gebunden.

Allein man kannte ihn schlecht, wenn man meinte, daß er jemals seine Einwilligung zu einer Abkunft geben würde, die ihm Rücksicht auf andere, Fesseln einer fremden Politik anlegte. Noch von der Türkei her ließ er Erklärungen ergehen, durch welche der von Vellingk geschlossene Vertrag verworfen und Preußen wegen seiner Forderungen lediglich an Holstein gewiesen wurde. Als er dann, unerwartet, gegen Ende des Jahres 1714 zurückkam und in Stralsund eintraf, sah man, daß nichts in ihm verändert war. Die Bürger dieser Stadt begrüßten ihn mit herzlicher Freude; wenn sie sich nun aber überredeten, sein Sinn werde auf Frieden gerichtet sein, so täuschten sie sich sehr. Karl hegte noch die Hoffnung, durch Unterstützung von Frankreich und England, die damals wieder verbunden waren, und die Mitwirkung seiner Partei in Polen den nordischen Angelegenheiten eine andere Gestalt zu geben; sein Sinn war nur darauf gerichtet, politische Verbindungen zu treffen, Geld und Truppen herbeizuschaffen.

Von Stettin sprach er zuerst nicht, aber der König von Preußen und dessen Minister wollten nicht warten, bis er so stark geworden sei, um sie zur Räumung des Platzes zu nötigen.

Da auf die ersten diplomatischen Anfragen keine Antwort erfolgte, schickte Friedrich Wilhelm einen seiner angesehensten

Generale, Grafen Schlippenbach, nach Stralsund, um bei dem König von Schweden die Anerkennung des Sequestrationsvertrages auszuwirken.

Alles, was um Karl XII. war, Mauritz Vellingk, der Prinz von Hessen, General Daldorf, der damals sein Vertrauen genoß, suchte ihn zu einer Verständigung mit Preußen zu vermögen, das für diesen Fall sogar noch ein ansehnliches Darlehn anbot. Und dahin brachten sie ihn auch wirklich, daß er nicht ungeneigt schien, sich für die baren Auslagen der preußischen Regierung als Schuldner zu bekennen. Wenn aber weiter die Rede darauf kam, daß er versprechen sollte, von Vorpommern aus die nordischen Verbündeten nicht anzugreifen, so war das schlechterdings nicht zu erreichen. Sein ganzes Gemüt stand ihm nach neuen Kämpfen gegen Polen und Moskau; die Nachricht, daß Russen im Anzug seien, erfüllte ihn mit freudigem Kriegsfeuer; schon sammelte er Truppen um sich: man wollte wissen, er ziehe Subsidien von Frankreich und werde im nächsten Frühjahr mit einer starken Armee im Felde erscheinen.

Hierauf war nun an keine Übereinkunft zwischen Preußen und Schweden zu denken. Aus den eigenhändigen Briefen Friedrich Wilhelms an seine Minister ergibt sich, daß er noch immer nur Garantien für die Ausführung der von ihm übernommenen Verpflichtungen suchte und Stettin beim Frieden herauszugeben bereit war: „Ich will nichts Ungerechtes", sagt er, „ich suche nichts, was wider mein Gewissen wäre; Gott wird mir beistehen." Im Januar 1715 ward die Frage in Berlin noch einmal mit aller Umständlichkeit erwogen: aber niemand konnte ein Mittel entdecken, um den Frieden zu erreichen. Der gewissenhafteste und ruhigste von den Generalen, der alte Natzmer, erklärte doch, es werde nichts helfen, wenn man sich auch entschließen wollte, auf das Geld Verzicht zu leisten; da Karl XII. die unmittelbare Räumung von Stettin fordere und von dem Einfall in Polen nicht abstehen wolle, was gegen die Verträge mit den nordischen Verbündeten laufe, so könne man nicht vermeiden, mit ihm zu schlagen. Und zwar, fügten andere hinzu, müsse das unverzüglich geschehen. Es mache nichts aus, daß Karl XII. noch nicht gerüstet sei, er pflege seine Sachen auszuführen „mit Konfusion und doch mit Sukzeß": sollte er die Oberhand bekommen, auch nur gegen Dänemark, so habe man alles von ihm zu befürchten; denn rachsüchtig sei sein Gemüt und unversöhnlich.

Von allen Gründen, den schwedischen Krieg zu erneuern, war dies der entscheidende: einen auf Eroberung berechneten Kriegs-

staat, mit einem nur auf Waffentaten sinnenden König an seiner Spitze konnte Brandenburg nicht länger neben sich dulden.

Dem Helden der verwegenen Kriegszüge, der entschlossen war, sie wieder zu erneuern, die drohende Stellung festzuhalten, welche seine Vorfahren eingenommen, stellte sich nun noch ein anderer Feind entgegen als die bisherigen; ein Fürst, der fast mehr die Mittel des Krieges liebte als diesen selbst, dessen Sinn an sich nicht auf Eroberungen gerichtet war, der nur Schritt für Schritt die ihm erwünschteste Erwerbung ins Auge faßte, mit seinem Gewissen lange zu Rate ging: aber nun auch wohlvorbereitete und überlegene Kräfte ins Feld führte.

Friedrich Wilhelm hatte sogleich, als die Sachen sich gefährlich anließen, in einem geheimen Vertrag sich die Versicherung Stettins durch Rußland bestätigen lassen, wogegen er sich einverstanden damit erklärte, daß Ingermannland, Karelien und Estland an dasselbe übergehe.

Jetzt hätte er gern, denn nach allen Seiten wünschte er sich im voraus sicherzustellen, eine ausdrückliche Billigung seines Vorhabens gegen Karl XII. von dem gemeinschaftlichen Lehnsherrn, dem römischen Kaiser, zuwege gebracht. Die kaiserlichen Minister wollten so deutlich nicht herausgehen, aber sie erklärten, wenn Karl XII. keinen Frieden annehmen wolle, so könne niemand dem König von Preußen verargen, daß er seinem Gewissen und seinen Allianzen ein Genüge tue und etwas unternehme, was ohnehin mit der Befugnis eines kreisausschreibenden Fürsten, wie er es sei, in Übereinstimmung stehe.

So geschah, daß sich Friedrich Wilhelm, nachdem er lange gezögert, endlich dazu entschloß, mit den nordischen Verbündeten gemeinschaftliche Sache zu machen.

Anfangs war wohl die Idee, es nur mit einer Postierung an der Grenze zu versuchen; bald aber zeigte sich, daß damit nichts ausgerichtet sein werde, und man beschloß, Karl XII., wenn es nötig, in der starken Feste aufzusuchen, wo die Schweden zuerst auf deutschem Boden Fuß gefaßt hatten. „Er muß uns schlagen", sagte Friedrich Wilhelm, „oder dort in der Festung umkommen."

Im Lager zu Schwedt ward hierauf die allgemeine Musterung der altbewährten und jetzt in verjüngender Umgestaltung begriffenen preußischen Kriegsvölker gehalten. Der Fürst von Anhalt hatte bereits vorbereitet. Die Armee erschien in neuen, sauberen Monturen, mit geputztem Gewehr, in schönster Ordnung, und gewährte zugleich einen sehr kriegerischen Anblick. Bei ihrem Vorrücken gesellten sich ihr sächsische Hilfstruppen zu; von der

anderen Seite erschienen die Dänen zu Land und zur See. Man hatte eine Macht von 60 000 Mann beisammen.

Denen stellte Karl XII. nicht mehr als 14 000 Mann entgegen, und man könnte nicht einmal sagen, daß er diese so gut anwandte, als es allenfalls möglich gewesen wäre.

Die preußischen Offiziere wenigstens erstaunten, daß er Pässe, wo er das ganze Heer hätte aufhalten können, wie Loitz, unbesetzt, und ebenso Stellen, wo der Angriff am meisten erwartet werden mußte, wie auf der Insel Usedom, fast unbefestigt ließ. Einen Verteidigungskrieg mit Benutzung der strategisch wichtigsten Punkte zu führen, war aber überhaupt nicht sein Talent. Auch die Landung auf Rügen, welche für seinen Hauptplatz Stralsund entscheidend werden mußte, verstand er nicht zu verhindern. Erst als sie geschehen und bereits die schützenden Verschanzungen um das Lager seiner Feinde aufgeworfen waren, langte er an und machte nun einen verzweifelten Anfall auf dieselben, mit unvergleichlicher Tapferkeit, mitten in persönlicher Gefahr; aber zu spät und vergebens. Dann ward zur Belagerung von Stralsund geschritten, mit um so größerer Anstrengung, je häufiger die Angriffe gescheitert waren; auch Natzmer hatte nicht dazu raten wollen. Die Eroberung des Hornwerks und der Schanzen am Frankentor sind berühmte Taten in der Geschichte nordischer Belagerungen. Endlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1715 sah Karl XII., daß die Stadt nicht mehr zu behaupten war.

Jetzt erst ließ er anbieten, was man vor dem Jahre von ihm gefordert, Anerkennung des Sequesters und Vertrag mit dem König August von Polen; die Verbündeten antworteten ihm, zuerst müsse die Stadt kapitulieren, hernach wolle man von Friedensbedingungen reden.

Darauf aber, in den Trümmern einer halberoberten Festung seinen Frieden schließen zu müssen, wollte Karl XII. es doch auch nicht ankommen lassen; er rettete sich noch glücklich nach Schweden; dann fiel die Stadt in die Hände der Verbündeten.

Karl XII. erinnert an einen jener Jomsvikingenjarle, die, nachdem sie die Ostsee und ihre Gestade mit Krieg erfüllt und dann die Gegenwirkungen des Geschickes auf sich gezogen, nach dem Norden zurückgehen. — Sein Unglück rührte zuletzt vornehmlich daher, daß er, allezeit sich selbst gleich, die Veränderungen, die während seiner Abwesenheit in seinem Reiche und in ganz Europa geschehen, nicht verstehen noch anerkennen wollte. Schweden war erschöpft und schon gegen ihn selber in Bewegung; Preußen, von einem energischen Willen geführt, kraftvoller als je, die

Kriegskunst und Kriegszucht der Norddeutschen gewaltig vorgeschritten; die beiden Mächte aber, auf die er baute, England und Frankreich, zu keiner wesentlichen Teilnahme zu bringen. Welch ganz andere Zustände als die, unter denen einst Gustav Adolf an der pommerschen Küste gelandet war. Es ist eine Epoche der deutschen Geschichte, welche 1630 begann und 1715 endigte. Eben in dieser Epoche war Brandenburg zu einem Staat geworden.

Allerdings war die Eroberung Pommerns durch Friedrich Wilhelm I. nur eine Wiederholung dessen, was schon dem Großen Kurfürsten gelungen war. Allein dem zur Seite stand ein mächtiges, in allseitigem Vordringen begriffenes Frankreich, welches seine Sache mit der schwedischen identifizierte. Diese Übermacht von Frankreich existierte nicht mehr; es war das Resultat aller seit 1688 eingetretenen Ereignisse.

Da Frankreich sein Ansehen nicht mehr für die Schweden einsetzte, so war die Niederlage, welche diese erlitten, definitiv: denn für sich selbst hatten sie nicht die Kräfte, ihre im Gedränge der früheren Konflikte gemachten Eroberungen zu behaupten.

Noch war kein Friede geschlossen, der dann nicht ohne Modifikationen getroffen werden konnte; noch standen mannigfache allgemeine Irrungen und wechselvolle politische Erfolge bevor; aber Brandenburg durfte die Eroberung, die ihm aufs neue gelungen war, in der Hauptsache als gesichert betrachten, da sie durch ein Zusammenwirken aller nordischen Potenzen gelungen war und eine allgemeine Notwendigkeit in sich schloß. Darin lag gleichsam die Vollendung des Staates, wie ihn einst der Große Kurfürst gedacht hatte.

Der Besitz der Mündung der Oder, die man so weit hinauf zu beiden Seiten beherrschte, und eines Platzes wie Stettin, so nahe der Hauptstadt, so wohlgelegen für die Ostsee und den Handelsverkehr überhaupt, war von unschätzbarem Vorteil.

Eine feste Grundlage für eine eigentümliche innere Entwicklung und eine entsprechende Stellung nach außen war gewonnen. Die geographische Lage gab den nunmehr vereinigten Landschaften eine hohe Bedeutung für ganz Europa.

Von den östlichen Grenzen der vollständig germanisierten Lande her — denn jenseits derselben finden wir mehr Ansiedlungen, die doch nicht das ganze Gebiet zu Germanien gesellt hatten — erstreckte sich Preußen, freilich nicht ohne große Unterbrechungen, bis in die alten westlichen Marken der deutschen Nation; es stand schon damals Rußland und Frankreich gegenüber. Dort breitete es sich in Gebieten aus, wo skandinavische und slawische Völker

einander seit den ältesten Zeiten begegnet waren, wo Polen, Russen und Schweden die letzten Jahrhunderte so oft geschlagen; in ihrer Mitte hatte es das Prinzip der deutschen Kultur aufrechtzuerhalten. Es entspricht sehr gut dem großen historischen Verhältnis, daß sich auch fortan der Zug der Kolonisation nach jenen östlichen Grenzen hin richtete. Im Westen waren die Gegenden eingenommen, wo zwischen Spaniern und Holländern so oft wegen des religiösen, zwischen Österreich und Frankreich so oft wegen des politischen Übergewichtes geschlagen worden war. Es mußte als ein allgemeiner Gewinn angesehen werden, daß die deutschen und protestantischen Interessen einen sichern Rückhalt an einer kräftigen und auf ihr Anrecht eifersüchtigen Regierung fanden. Die Grundlage der Macht bildeten doch aber die mittleren Länder, an Elbe und Oder, die sich langsam, aber unter sorgsamen Verwaltungen sicher aus der Verödung des Dreißigjährigen Krieges erhoben hatten. Auf diese hauptsächlich war das militärisch-administrative System gegründet, das dem Ganzen Einheit und Gleichartigkeit verlieh. Die territoriale Unabhängigkeit eines deutschen Fürstentums war darin auf das schärfste ausgeprägt. So wahr es ist, daß der Staat auf dem Protestantismus beruhte, der durch ihn zu neuem Ansehen gelangte[1], so war doch der Zweck und Sinn seines Daseins mitnichten konfessioneller Natur. Der erste deutsche Fürst, von welchem wir wissen, daß er das damalige Aufkommen der brandenburgisch-preußischen Macht mit Freude begrüßte, ist ein katholischer gewesen, jener von Österreich verjagte Kurfürst Max Emanuel von Bayern. Noch in Paris hat er dem preußischen Gesandten gesagt, er freue sich, daß es unter den Fürsten des Reiches wenigstens e i n e n gebe, der selbständig zu sein die Mittel anwende; er hoffe, das solle allen und besonders auch ihm zugute kommen.

Die Zeit mußte nun lehren, wie sich diese norddeutsche Selbständigkeit sowohl zu Kaiser und Reich als zu den europäischen Mächten verhalten, ob sie stark genug sein würde, unter den Streitigkeiten derselben, in den täglich auftauchenden Fragen eine ihrem Wesen entsprechende Politik zu ergreifen und zu behaupten und, lebenskräftig genug, sich auf eine den Forderungen des menschlichen Daseins gemäße Weise in sich selbst zu entwickeln.

Großes war geschehen, Größeres stand bevor.

[1] Vgl. Seite 402.

Inhaltsverzeichnis.

BAND 1:

Seite

Vorrede 5
Eingang 11

Erstes Buch.

Kolonisation von Brandenburg und Preußen . . . 17
Erstes Kapitel. Gründung der Mark Brandenburg 19
Zweites Kapitel. Das Ordensland Preußen 40
Drittes Kapitel. Verhältnisse des Ordenslandes zu Polen, der Mark zu Kaiser und Reich 57
Pommerellen, das Weichseldelta 58
Brandenburg im Kampfe zwischen Bayern und Luxemburg . . 62
Thronstreit in Polen und Ungarn, dessen Folgen für die Mark und das Ordensland 72

Zweites Buch.

Das Kurhaus Brandenburg vom fünfzehnten bis zum siebzehnten Jahrhundert 87
Erstes Kapitel. Kurfürst Friedrich I. Erwerbung der Mark . . . 89
Zweites Kapitel. Die Kurfürsten Friedrich II. und Albrecht . . . 118
Erweiterung und Umgrenzung der Mark Brandenburg . . . 118
Verbindung der preußischen Stände mit Polen 123
Einwirkung Podiebrads 136
Erneuerte Absicht auf Pommern. Kurfürst Albrecht 141
Drittes Kapitel. Momente der inneren Entwicklung. Die Kurfürsten Johann, Joachim I. und Joachim II. 151
Viertes Kapitel. Brandenburg im Gegensatz mit der Restauration des Katholizismus 182
Fünftes Kapitel. Bedrängnisse und Gefahren im Kampfe der beiden Parteien 203
Georg Wilhelm 203

BAND 2:

Drittes Buch.

Seite

Der Große Kurfürst 229
Erstes Kapitel. Die ersten Regierungsjahre des Großen Kurfürsten. Verzicht auf Vorpommern 231
Zweites Kapitel. Territoriale und reichsrechtliche Stellung. Erwerbung der Souveränität 248
Drittes Kapitel. Teilnahme an dem schwedisch-dänischen Kriege 269
Die Stände und das stehende Heer. Weitere Aussichten . . . 269
Die Stände der verschiedenen Landschaften und das stehende Heer 280
Momente der damaligen Politik und Staatsbildung. Weitere Aussichten 295
Viertes Kapitel. Friedrich Wilhelm im Kampfe mit Frankreich und Schweden 306
Fünftes Kapitel. Der Friede von St. Germain und dessen Folgen . 330
Sechstes Kapitel. Letzte Jahre des Großen Kurfürsten 355

Viertes Buch.

Der erste König 385
Erstes Kapitel. Übergang der Regierung auf Kurfürst Friedrich III. 387
Zweites Kapitel. Teilnahme Friedrichs III. an dem englisch-deutschen Kriege gegen Frankreich. 1688—1689 401
Drittes Kapitel. Brandenburg während der Fortsetzung des Krieges und beim Frieden von Ryswyk 415
Retradition von Schwiebus 419
Anteil an den Friedensverhandlungen von Ryswyk 424
Viertes Kapitel. Erwerbung der Krone 428
Fünftes Kapitel. Innere Zustände 447
Sechstes Kapitel. Übergang der Regierung Friedrichs I. auf Friedrich Wilhelm I. Erwerbung von Vorpommern 466
Politik der späteren Jahre Friedrichs I. 466
Eintritt Friedrich Wilhelms. Eroberung von Pommern 477

Verzeichnis der Bildbeigaben.

Farbbilder:

Seite

Kurfürst Joachim I. von Brandenburg. Gemälde von Lucas Cranach d. Ä. in der Alten Pinakothek zu München 96

Kurfürst Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst. Gemälde von J. Hannemann 288

König Friedrich I. von Preußen. Nach einem Gemälde im Berliner Schloß 392

Schwarzbilder:

Kurfürst Johann Siegmund von Brandenburg 48

Kurfürst Joachim II. — Kurfürst Joachim Friedrich. — Kurfürst Johann Georg 64

Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg. — Das Berliner Schloß vor dem Umbau durch Schlüter, von der Langen Brücke aus gesehen. Aus dem Hohenzollern-Jahrbuch 192

Kurfürst Friedrich Wilhelm im Jahre 1642. Nach dem Gemälde von Matthias Czwiczek 208

Louise Henriette, die erste Gemahlin des Großen Kurfürsten. Nach dem Gemälde von Gerard van Honthorst. — Kurfürstin Dorothea, die zweite Gemahlin des Großen Kurfürsten. Nach dem Gemälde von Vaillant im Berliner Schloß 224

Berlin und Cölln. Nach dem Kupferstich von P. Schut. — Kurfürstliche Werft zu Havelberg 240

Kaiser Ferdinand III. Nach dem Kupferstich von Frans van der Steen. — Kaiser Leopold I. Nach dem Kupferstich von Matthias Küsell 256

Kurfürst Friedrich Wilhelm. Nach einem Kupferstich aus dem Jahre 1683. — Kurprinz Karl Emil († 1674). Nach dem Gemälde im Berliner Schloß 272

Georg Friedrich Graf von Waldeck. Nach einem zeitgenössischen Kupferstich. — Prinz Friedrich von Hessen-Homburg. Nach dem Kupferstich im Theatrum Europaeum 304

Karl Gustav von Wrangel. Nach dem Kupferstich von N. Pitau . . 320

Seite

Graf Otto von Königsmarck, schwedischer Befehlshaber in Pommern. Aus dem Hohenzollern-Jahrbuch. — Plan der Belagerung von Stettin 1677, von Osten aufgenommen 336

Kurfürst Joseph Clemens von Köln. — Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg. Nach den Kupferstichen von Leonhard Heckenauer 352

Feldmarschall Derfflinger. Nach dem Kupferstich von Johann Hainzelmann 368

Joachim Ernst von Grumbkow. Nach dem Kupferstich von J. G. Wolffgang. — Samuel Pufendorf, der erste Geschichtschreiber des Großen Kurfürsten. Nach dem Gemälde von David Klöcker von Ehrenstrahl 384

Kurfürst Johann Philipp von Mainz. Nach dem Kupferstich von Matthäus Merian. — Franz Egon Graf von Fürstenberg, Bischof von Straßburg. Nach einem zeitgenössischen Kupferstich . . . 400

Umgebung von Großfriedrichsburg. Nach einer Zeichnung aus dem Jahre 1688 416

Paul von Fuchs. — Eberhard von Danckelmann. Nach zeitgenössischen Porträts 432

Die Proklamation der Preußischen Krone am 15. Januar 1701. Nach dem Kupferstich von Johann Georg Wolffgang 448

König Friedrich I. von Preußen. Nach dem Stich von P. Schenk (1705). — Thronsiegel König Friedrichs I. Nach einem Abdruck im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin 464

Kronprinz Friedrich Wilhelm im Krönungszug Friedrichs I. Nach dem Kupferstich von Joh. Georg Wolffgang. — Sophie Charlotte, Gemahlin des Königs Friedrich I. von Preußen. Nach dem Kupferstich von Johann Hainzelmann 480

Karte:

Brandenburg-Preußen. — Brandenburg-Preußen unter dem Großen Kurfürsten und Friedrich dem Großen. — Preußen unter dem Deutschen Orden 144

VICTORIA UNIVERSITY
LIBRARY